

PROTOKOLL

DER VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS



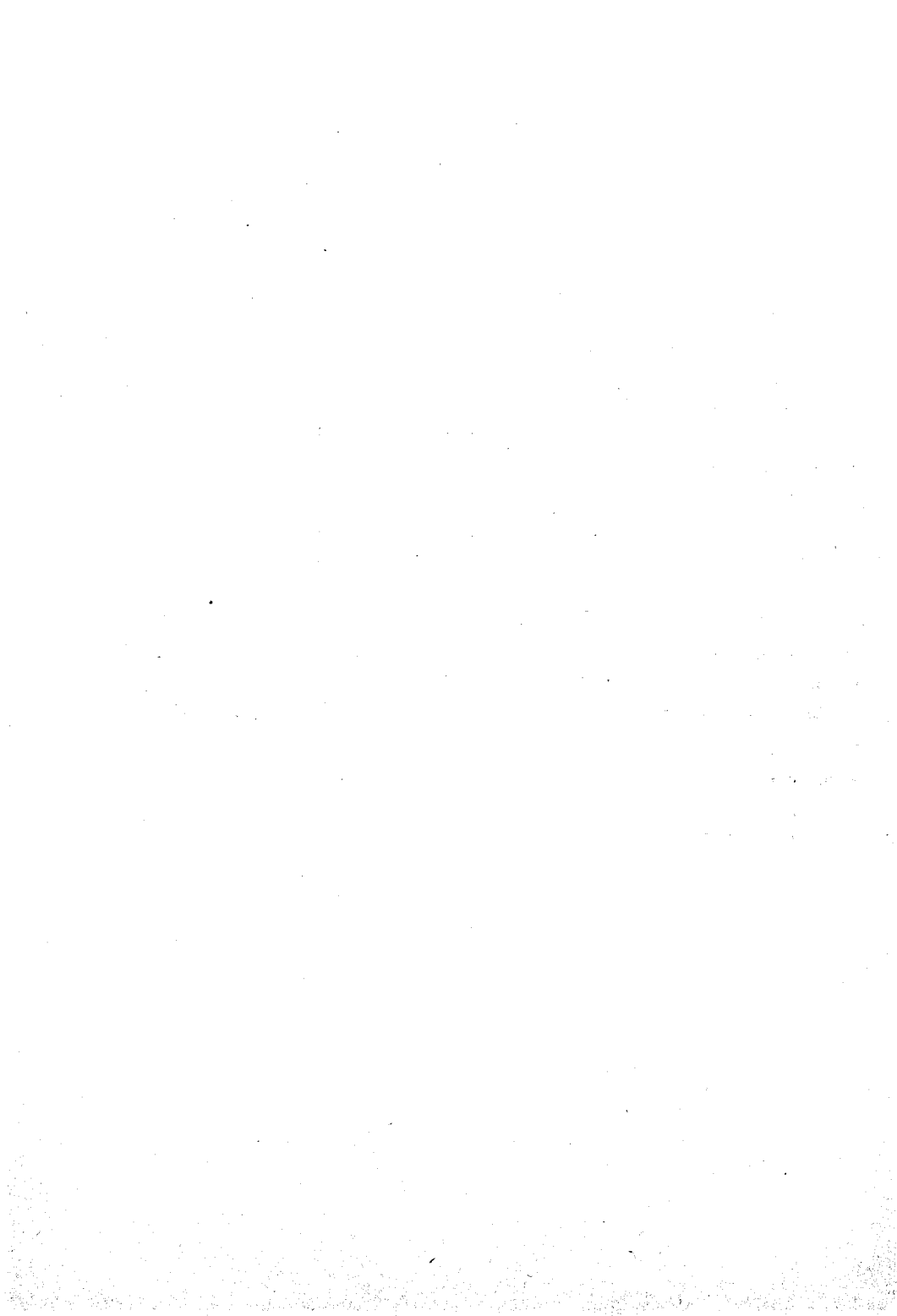
VOM 24. BIS 28. SEPTEMBER IN

DORTMUND 1952



Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßungen
2. „Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordringlichstes Ziel sozialdemokratischer Politik“ Referent: Erich Ollenhauer
3. Aktionsprogramm der Sozialdemokratie Berichterstatter:
Willi Eichler
4. Arbeitsberichte des Parteivorstandes
 - a) Organisation Referent: Egon Franke
 - b) Finanzen Referent: Alfred Nau
 - c) Presse und Propaganda Referent: Fritz Heine
 - d) Frauensekretariat Referentin: Herta GotthelfBericht der Kontrollkommission Referent: Adolf Schönfelder
5. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Referent: Wilhelm Mellies
6. Sonstige Anträge
7. Wahlen
 - a) des Parteivorstandes
 - b) der Kontrollkommission



ERSTER VERHANDLUNGSTAG

Mittwoch, den 24. September 1952

Der Parteitag 1952 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde am 24. September um 15.15 Uhr in Dortmund eröffnet. Nach einem feierlichen Orgel-Vorspiel hielt der Vorsitzende des Bezirks Westliches Westfalen und Oberbürgermeister von Dortmund, Fritz Henßler, die

Gedenkrede für den verstorbenen Vorsitzenden der SPD,

Dr. Kurt Schumacher

Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen!

Diese Feierstunde ist dem Gedenken unseres Kurt Schumacher gewidmet. Wir alle in der Partei hatten die Hoffnung, daß der Parteitag in anderem Sinne, als es jetzt geschehen muß, in dem wir des Toten ehrend gedenken, im Zeichen der Persönlichkeit Kurt Schumachers stehen würde. Wir hofften, ihn nach langer Krankheit auf diesem Parteitag wieder aktiv erleben zu können als den ersten Mann der Partei und als den Hauptsprecher zu dem Thema „Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordringlichstes Ziel sozialdemokratischer Politik“.

Unser Wunsch war auch sein Wunsch. Von ihm selbst stammt die Thematikfestlegung. Sein Sehnen und Denken war auf diese Stunde und auf diese Aufgabe konzentriert. Und auch nach seinem Wunsch sollte damit seine Rückkehr in die aktive Politik eingeleitet werden.

Das Schicksal wollte es anders. Oft beschlichen uns während der Monate seiner schweren Krankheit peinigende Zweifel, ob seinem und unserem Wunsch des Wiedersehens auf diesem Parteitag und des Wiederbeisammenseins in kämpfender Gemeinschaft Erfüllung beschieden sein würde. Und dann kam zu einem Zeitpunkt, als wir glaubten, diese Zweifel seien fast endgültig behoben, die Entscheidung, daß es dieses Wiedersehen und dieses Zusammensein nicht mehr geben sollte.

Die Aufgabe, die ihm als dem ersten Mann unserer Partei in Deutschlands größter Not gestellt war, war außergewöhnlich in Größe und Verantwortung. Diese Aufgabe meisterte er, obwohl er ein körperliches Wrack war als Folge besonders der Verfolgung und der Mißhandlungen, die er weit über ein Jahrzehnt lang in den KZ der Nazis über sich ergehen lassen mußte, weil er unbeugsam in seiner Gesinnung als demokratischer Sozialist blieb.

Niemand hätte ihm nach diesem Erleben gram sein können, wenn er am Ende dieser Leidenszeit von dem Verlangen des Rachenehmens und dem Verlangen, daß ihm nun alle möglichen Bequemlichkeiten zum Leben gegeben werden müßten, erfüllt gewesen wäre. Nichts davon, sondern sein Sinnen war auf Kampf für ein hohes sittliches Ziel gestellt. Es galt dem Verlangen, eine neue Lebensordnung zu zimmern, um solche Methoden des Barbarismus endgültig überwinden zu können. Er sah zuerst das zerschlagene und zertrümmerte Heimatland; er sah die Not der Menschen und die unfriedliche Welt, und er vergaß sich darüber fast selbst in dem Verlangen nach einer neuen Ordnung, damit dieses Chaos beseitigt werde und die Menschen allmählich einem Leben zugeführt werden können frei von Sorgen und in Freiheit und Recht.

Sein Tod ist nicht nur ein unsagbarer Verlust für unsere Partei. Auch das deutsche Volk und darüber hinaus die ganze nach wahren Frieden sich sehrende Menschheit hat mit seinem Tod einen der Besten und Befähigten verloren.

Ein gewisses Ahnen dieses großen Verlustes ließ die Anteilnahme erkennen, die anlässlich seines Todes auch auf der gegnerischen Seite und über unser Volk hinaus zum Ausdruck kam. Bei dieser ihm wahrlich gebührenden Würdigung des Menschen und Politikers Schumacher drängte sich mir die Frage auf: Warum erst dem Toten diese Würdigung, warum nicht schon zuzeiten seines Wirkens?

Es wiederholte sich, was wir bei unserem unvergeßlichen Fritz Ebert und manchem anderen Verdienstvollen erlebten, daß man erst dann zu einer objektiven Würdigung dieser Persönlichkeiten kam, als sie aus dem politischen Leben ausgeschieden waren.

Was hätte insbesondere unserem innerpolitischen Leben an stickiger und vergiftender Atmosphäre erspart werden können, wenn man schon dem lebenden Kurt Schumacher diese Achtung und Wertschätzung trotz der Verschiedenheit in der politischen Auffassung entgegengebracht und sich mit ihm auf dieser hohen menschlichen und politischen Warte auseinandergesetzt hätte! Eine solche Auseinandersetzung wäre allerdings nicht so leicht gewesen wie die Methode vager Verdächtigungen und die Methode, ein paar aus dem Zusammenhang gerissene Worte zum Anlaß zu nehmen, solchen ernstesten politischen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen.

Wie ganz anders war dieser Mensch und Politiker Schumacher, als er oft dargestellt wurde. Ich darf aus eigenem Erleben feststellen, er hat sich seine Aufgabe wahrhaftig nicht leicht gemacht. Ich wünschte, jede Rede, die verantwortliche Männer des politischen Lebens halten, wäre ebensosehr das Ergebnis sorgfältiger Überlegung und starker, tiefer, selbstkritischer Überprüfung seiner eigenen Haltung gewesen, wie es bei Kurt Schumacher der Fall war.

Man stellte ihn als einen herrischen, unduldsamen Diktator hin, der keine andere Meinung neben der seinen gelten ließ. Die Wirklichkeit war aber ganz anders.

Sicher, er war eine Persönlichkeit mit festem eigenem Urteil, das er sich nach gründlicher Überlegung bildete. Aber damit bewies er doch nur eine Eigenschaft, die die erste Bedingung für Führerqualität ist! Sicher, er hatte auch Führungswillen! Man muß ihm aber auch die Befähigung dazu bestätigen und, worauf es besonders ankommt, Führungswillen im Geist und Sinne der Demokratie. Das heißt, er war von dem Bewußtsein getragen, daß er dieses Führervertrauen sich täglich sozusagen neu erwerben mußte und nicht den über aller Kritik stehenden selbstherrlichen Diktator spielen konnte.

Wieder betone ich: Ich kann aus eigenem Erleben feststellen, er suchte Aussprache, und er vertrug nicht nur kritische Einwände, er wünschte, daß sie offen ausgesprochen wurden. Seine Stärke war, daß er stets auch politische Einzelheiten im Gesamtzusammenhang sah und beurteilte. Wer es mit ihm zu tun hatte, weiß, er war ein Meister der politischen Analyse. Das gab ihm überzeugende Kraft. Er war aber frei von jeder selbstgefälligen Eitelkeit, die es ihn als Prestigeverlust hätte empfinden lassen, auch Argumente gelten zu lassen, die gegen seine Auffassung vorgebracht wurden. Nur, er wollte überzeugt werden, wie er selbst überzeugen und nicht diktieren wollte.

Nichts ist törichter als das Geschwätz, daß es unter Schumacher nicht mehr, wie früher in der Sozialdemokratie üblich, freien Meinungs-austausch

gegeben habe. Bei einem solchen Vergleich darf man nur nicht übersehen, daß in der gegenwärtigen Zeit die Geschehnisse oft in großer Schnelligkeit abrollen und daß deshalb Stellungnahmen erforderlich werden, ohne daß die Zeit zur vorherigen ausgiebigen Diskussion gegeben ist.

Anläßlich einer seiner großen Reden im Bundestag, die ungeteilten Beifall in der sozialdemokratischen Fraktion fand und auch bei den Gegnern tiefen Eindruck hinterließ, schilderte er mir, daß diese Rede das Ergebnis tagelanger Arbeit war und das Ergebnis von Aussprachen, die er mit einem großen Kreis von Parteigenossen vordem kritisch geführt hatte.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch ein Wort hinzufügen, sozusagen aus der Schau des Dortmunder Bezirks bzw. des Ruhrgebiets. Im Namen des Bezirks wurde ihm vorbehaltlos das Ja gegeben, daß unter seiner Führung der Neuaufbau der Partei erfolge. Mit ihm waren wir in voller Übereinstimmung in allen Fragen, die das Ruhrgebiet und die Grundstoffindustrie betrafen. Wenn heute die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet unumstritten als die führende Partei auch von den Gegnern anerkannt werden muß, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil Kurt Schumachers Auffassung in den das Ruhrgebiet besonders angehenden Fragen hier nachhaltigen Eindruck machte. Schumacher spricht! Diese Ankündigung zündete, und zweimal erlebten wir im Dortmunder Bezirk, daß bei strömendem Regen Zehntausende kamen und aushielten, um ihn über Lebensfragen des Volkes zu hören. Ich hielt mich für verpflichtet, dieser Anerkennung unseres Kurt Schumacher hier an der Ruhr noch besonderen Ausdruck zu geben.

Es wäre nicht im Sinne von Kurt Schumacher, wenn wir seinen Tod mit Wehklagen und traurigem Kopfhängenlassen beantworten würden. Er wollte nie Mitleid, er schätzte den Arbeits- und Kampfeswillen. Könnte er uns auch heute mahnen, so würde er uns sagen, daß auch in seinem Fall gelte: Die vom Tod geschlagene Lücke so schnell wie möglich und so gut wie möglich auszufüllen, auf daß die Bewegung und die Arbeit keinen Schaden nehme.

Wir ehren ihn, wenn wir uns bewußt zeigen, daß sein Tod unsere Aufgabe und unsere Verantwortung steigere. Wir ehren ihn, wenn wir ihn als Beispiel nehmen in seiner vollen Hingabe an die große Aufgabe, die der Sozialdemokratie gestellt ist. In seinem Vorwort zu dem Entwurf eines Aktionsprogramms hat er die klare Zielrichtung des gegenwärtigen Kampfes mit den Worten umrissen:

„Die Demokratie wird von der Sozialdemokratie als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet.“

Deshalb seine Mahnung, daß es weder eine Restaurierung des Vergangenen noch eine Lierung mit dem Bolschewismus geben dürfe. Es müsse klar erkannt werden: Ein Staat des demokratischen Sozialismus ist die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern. Indem wir dieses Kampfziel zu unserem Gelöbnis machen und indem wir in ihm ein Beispiel sehen in der Leidenschaftlichkeit und Klarheit dieses Strebens, bezeugen wir ihm unsere Verehrung, so ernst und tief, wie es seiner großen Persönlichkeit immerwährend würdig ist.

Verehrte Gäste, Genossinnen und Genossen! Namens der Partei auch noch ein Wort dankbaren Gedenkens all derer, die der Tod seit dem letzten Parteitag aus unseren Reihen nahm. Es ist eine große Zahl. Ich gedenke in besonderer Verehrung der vielen, die neben ihrer Berufsarbeit viele Stunden der Parteiarbeit widmeten und die mitgeholfen haben, der

Partei das feste innere Gefüge und die organisatorische Kraft zu geben, um die uns unsere Gegner immer wieder beneiden. Ich gedenke auch besonders derer, die aus dem klein gewordenen Kreis der alten Führerschaft von Partei und Gewerkschaften vom Tod abberufen wurden. Manchem von uns waren sie einst Lehrmeister und Vorbilder. Von fast allen ist zu sagen, daß sie sich auch nach 1945 wieder zur Verfügung stellten und — buchstäblich genommen — bis zur äußersten Kraft in der politischen und gewerkschaftlichen Front standen. Ich will mich auf wenige Namen als Beispiel beschränken. Ich denke an Carl Severing, Anna Siemsen, Hans Böckler, Adam Remmele, Fritz Tarnow. Ich möchte auch Hugo Heimann nennen, der fern der Heimat, um die er sich einst so verdient machte, im Exil in Amerika gestorben ist.

Sie alle haben sich durch ihre Arbeit ein Denkmal gesetzt. Unsere Aufgabe ist aber, dafür zu sorgen, daß ihr Schaffen und Wirken nicht in Vergessenheit gerät. Und noch einige Persönlichkeiten aus unserer Partei muß ich nennen, die, ihrem Alter nach sich sozusagen noch im Sommer des Lebens befindend, aus verantwortlichem Schaffen an führender Stelle vom Tod angefordert wurden. Ich denke an Erich Klabunde, Bruno Leddin, Ernst Roth, Willi Fischer. Sie alle leisteten selbstlos und bis zur Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst, besonders in der Fraktion des Bundestages, wertvolle und wichtigste Arbeit. Ich denke auch an Karl Brunner, von dem wir noch so viel erwarten durften, den aber ein tragischer Unfall aus einer hoffnungsreichen Tätigkeit riß.

Noch so mancher verdiente, daß er persönlich genannt würde. Ich muß aber darauf verzichten, möchte aber von dieser Stelle aus noch ein Wort des Dankes und der ehrenden Erinnerung äußern für den verstorbenen Genossen Salomon Grumbach, der uns von vielen Parteitagungen her als Vertreter unserer französischen Bruderpartei bekannt ist. Wir schätzten ihn ob seines lautereren Strebens für internationale Verständigung und Freundschaft.

Wir ehren die Toten, indem wir an die Arbeit gehen und zu vollenden versuchen, was sie erstrebten!"

*

Verhalten, aber machtvoll klingt feierliche Orgelmusik auf und leitet über zur

TOTENEHRUNG

Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen und verharren eine Minute in andächtigem Schweigen.

Eröffnung des Parteitages

Erich Ollenhauer:

Verehrte Anwesende, liebe Gäste, Genossinnen und Genossen!

Im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiße ich Sie herzlich willkommen.

Ich begrüße alle Gäste und alle Genossinnen und Genossen, die als Delegierte an den Verhandlungen des Parteitages teilnehmen.

Die Zahl unserer Gäste ist so groß, daß ich sie unmöglich im Rahmen dieser kurzen Eröffnungsansprache alle einzeln auführen kann. Wir sind besonders erfreut über das große Interesse, das die in- und ausländische Presse an unseren Verhandlungen nimmt, und über die Tatsache, daß sich unter unseren Gästen zahlreiche Vertreter der in Bonn akkreditierten ausländischen Botschaften und Gesandtschaften befinden.

Unser Gruß gilt den Vertretern der Behörden, vor allem den Vertretern der gastlichen Stadt Dortmund, ihrem Oberbürgermeister und ihrem Oberstadtdirektor, unseren Freunden Fritz Henßler und Wilhelm Hansmann (Beifall). Beide repräsentieren eine sozialdemokratisch geführte Stadt, die durch ihre Leistungen, vor allem nach den schrecklichen Zerstörungen des Krieges, überzeugende Beweise bester sozialdemokratischer Kommunalpolitik erbracht hat und erbringt.

Wir danken der Stadtverwaltung für die weitgehende Hilfe, die sie uns bei der Vorbereitung und Durchführung unseres Parteitags bereits bisher gewährt hat. Ich bin sicher, daß wir uns in dieser Stadt mit ihrer soliden sozialdemokratischen Tradition heimisch fühlen werden.

Fast alle Organisationen in Deutschland, die uns infolge der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft oder durch den Aufgabenkreis, den sie sich gestellt haben, besonders nahestehen, sind unseren Einladungen gefolgt und sind unter unseren Gästen vertreten, so vor allem die Genossenschaften, die Naturfreunde, die Kriegsbeschädigtenorganisationen, die Mieter und die Kleingärtner.

Einen besonderen Gruß möchte ich an die Vertreter der deutschen Gewerkschaften richten, die in so großer Zahl hier anwesend sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Gewerkschaften haben in den letzten Monaten in besonderem Maße im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gestanden. Sie haben in machtvollen Demonstrationen den Willen ihrer Organisationen und ihrer Mitglieder zum Ausdruck gebracht, endlich eine befriedigende Regelung der Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in Betrieb und Wirtschaft zu erhalten. Wir werden auf die sachliche Bedeutung dieser Forderung nicht nur als gewerkschaftspolitische Forderung, sondern als staatspolitische Notwendigkeit im Laufe unserer Verhandlungen noch zurückkommen.

Die Gewerkschaften sind wegen ihrer Aktionen heftig angegriffen worden. Man glaubt auch sonst, die Zeit sei schon wieder gekommen, in der man die Gewerkschaften in Deutschland sehr von oben herab behandeln könnte. Die Gewerkschaften sind stark genug, um sich gegen Vorwürfe zu verteidigen und ihre Stellung in Staat und Gesellschaft zu behaupten.

Ich möchte heute für die Sozialdemokratische Partei nur eins feststellen: Wenn vor allem in den letzten Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei festzustellen war, dann hat das nicht seine Ursache in einer mangelnden Überparteilichkeit der Gewerkschaften oder in einem mangelnden Respekt der Sozialdemokratischen Partei

vor den Notwendigkeiten der von uns stets bejahten Idee der Einheitsgewerkschaft, sondern darin, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der einzige zuverlässige politische Partner der Gewerkschaften in ihrem Kampf um die Rechte ihrer Mitglieder und der arbeitenden Menschen in Deutschland ist. (Lebhafter Beifall.)

Die Solidarität der Sozialdemokratischen Partei mit den Gewerkschaften war und ist und bleibt für uns eine Selbstverständlichkeit. Das Bedeutsamste der Entwicklung in den letzten Monaten und Jahren ist die sich immer mehr verhärtende Einheitsfront der bürgerlichen Parteien und der Kräfte des deutschen Großbesitzes im Kampf gegen die Lebensinteressen der deutschen arbeitenden Bevölkerung.

Diese Kräfte sind heute weniger als je bereit, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, die sich für die Stellung des arbeitenden Menschen in einem wahrhaft demokratisch und sozial gestalteten Gemeinwesen ergeben. Es wird immer deutlicher, daß dieser Besitzblock auch weiterhin den arbeitenden Menschen als Objekt und nicht als Mitträger der Wirtschaftspolitik behandeln will.

Wir nehmen diese Kampfansage auf. Freund und Gegner sollten wissen, daß die Sozialdemokratische Partei auch in Zukunft einmütig und geschlossen an der Seite der Gewerkschaften und der von ihr vertretenen arbeitenden Menschen in Deutschland stehen und kämpfen wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben die große Freude, auch auf diesem Parteitag eine große Zahl von ausländischen Gästen begrüßen zu können. Fast alle in der Sozialistischen Internationale vertretenen Parteien sind hier anwesend, an der Spitze der Sekretär unserer Internationale, der Genosse Julius Braunthal. (Beifall.) Wir danken euch für euer Interesse. Mit manchem unter euch verbinden uns Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit in der sozialistischen Jugend- und Arbeiterbewegung. Wir haben viele trübe und viele frohe Stunden miteinander verlebt. Wir haben immer wieder in gemeinsamer Arbeit um Lösungen gerungen, die gleichermaßen den Notwendigkeiten unserer Völker wie unseren Zielsetzungen als demokratische Sozialisten gerecht zu werden versuchten. Nicht immer haben wir dabei einen vollen Erfolg gehabt. Auch der demokratische Sozialismus braucht Zeit zur Gestaltung und Verwirklichung seines eigenen Zukunftsbildes.

Unser Wunsch an unsere ausländischen Freunde ist, daß auch dieser Parteitag sie davon überzeugen möge, daß in der deutschen Sozialdemokratie, der größten und geschlossensten Partei in Deutschland, der Geist der internationalen Verständigung und der Wille zum Aufbau einer freien und friedlichen Welt so lebendig sind wie in allen Phasen der Geschichte unserer Partei. (Beifall.)

Jedes Land und jede sozialdemokratische Partei hat besonders in dieser Zeit des Übergangs ihre besonderen Probleme. Sie können nur gelöst werden, wenn wir diese Besonderheiten respektieren. Wir haben den Wunsch, daß alle unsere Freunde im Ausland verstehen mögen, welche besondere Lage für die deutsche Sozialdemokratie und für die deutsche Demokratie aus den Gegebenheiten der Katastrophe von 1945 und aus der Nachkriegspolitik, der Besetzung und Teilung Deutschlands, entstanden sind.

Gestatten Sie mir noch ein besonderes Wort des Grußes an die Vertreter der Falken und der Jungsozialisten (Beifall), die auf diesem Parteitag zum erstenmal mit stärkeren Delegationen anwesend sind. Wir alle wissen um das große, für die deutsche Demokratie lebenswichtige Problem, den jungen Menschen, der jungen Generation unseres Volkes den ihr gemäßen Platz in der gemeinsamen Arbeit für eine hellere Zukunft unseres Volkes zu verschaffen. Wir haben noch viel zu tun, um dieses Ziel zu erreichen. Das

erste ist, daß wir diese Jugend ernst nehmen, daß wir ihr Raum geben und daß wir einsehen, daß sie anders ist und anders sein muß, als wir vor dreißig Jahren waren. Was sie braucht, ist Vertrauen.

Wenn ich die Entwicklung unserer sozialistischen Jugendarbeit in den letzten zwei Jahren überblicke, dann glaube ich, daß wir unserer Jugend dieses Vertrauen mit vollem Recht entgegenbringen können. Der Jugendtag in Hamburg im vorigen Jahr, das Internationale Jugendtreffen in Wien im Juli dieses Jahres und nicht zuletzt das große Falkenlager im Allgäu in den hinter uns liegenden Sommermonaten waren für jeden, der an diesen Veranstaltungen teilnehmen durfte, ein großes, ermutigendes Erlebnis.

In diesen jungen Menschen wächst wieder das, was wir für die Verwirklichung unserer Ziele so dringend nötig brauchen, der Geist der Solidarität und der Verantwortung für die Gemeinschaft, der Wille zur Leistung für das Ganze und — nicht zuletzt — eine neue, gerade in dieser Zeit bedeutungsvolle Weltoffenheit und Unvoreingenommenheit. Diese Entwicklung stärkt unsere Hoffnungen für die Zukunft.

Ich habe bis jetzt zu denen gesprochen, die hier in unserer Mitte weilen. Aber wir können die Arbeit unseres Parteitags nicht beginnen, ohne derer zu gedenken, die auch diesmal nur im Geist bei uns sein können. Ich denke an unsere sozialdemokratischen Vertrauensleute und Anhänger in der Sowjetzone. (Lebhafter Beifall.) Sie leben nach wie vor im Dunkel der Illegalität, viele tausend von ihnen hinter den Mauern und Stacheldrähten der Zuchthäuser, Gefängnisse und Zwangsarbeitslager. Sie haben schwerste Opfer auf sich genommen, weil sie sich nicht beugen wollten, weil sie der Idee der Freiheit und des Sozialismus nicht untreu werden wollten, weil sie kämpften für das, was uns alle verbindet und was der Menschheit höchstes Gut ist. Ihre Plätze auf diesem Parteitag sind leer. Aber sie sind im Geiste unter uns, und sie werden unter uns sein in jedem Augenblick, in dem wir hier über Weg und Ziel unserer Partei beraten und beschließen. Es kann und wird keine Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geben, die nicht entscheidend mitbestimmt wird von dem Willen, in unsere Arbeit und in unseren Kampf die Befreiung der 18 Millionen Deutschen in der Sowjetzone als vornehmstes Ziel einzubeziehen. (Beifall.) Es gibt keine geteilte Freiheit, und es gibt kein Nacheinander, es gibt nur ein Miteinander bis zu dem Tag, an dem wir wieder alle in Freiheit in der einen großen deutschen Sozialdemokratie vereinigt sind. (Lebhafter Beifall.)

Das weithin leuchtende Symbol dieses Kampfes ist und bleibt Berlin, der Vorposten der Demokratie und die Hauptstadt eines wiedervereinigten freien Deutschlands von morgen. Wir stehen zu Berlin. (Erneuter lebhafter Beifall.) Wir werden weiterhin für seine Existenz und seine Lebensmöglichkeiten arbeiten und kämpfen, denn für uns ist Berlin ein Teil der Bundesrepublik Deutschland. (Beifall.)

Wir haben leider noch an einer anderen Stelle der deutschen Grenzen einen Kampf um die Anerkennung der elementaren demokratischen Grundrechte zu führen. Es ist der Kampf um die demokratischen Freiheiten an der Saar. (Lebhafte Zustimmung.) Das Saargebiet ist ein Teil des deutschen Staatsgebietes und die Saarbevölkerung ein Teil des deutschen Volkes. Wir können und werden uns mit dem durch Besatzungsrecht geschaffenen Status an der Saar nicht abfinden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir können aber auch nicht untätig sein gegenüber der Tatsache, daß der Saarbevölkerung das einfache elementare Grundrecht der freien Bildung von demokratischen Parteien verweigert wird. Wir stehen zu unseren Genossen an der Saar, die die Bildung einer Deutschen Sozialdemokratischen Partei beantragt haben, und wir freuen uns, daß wir ihre Delegierten heute

zum erstenmal auf einem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie als Gäste begrüßen können. (Lauter Beifall.) Die Genossen von der Saar werden aus dem Verlauf unserer Beratungen erneut die Überzeugung gewinnen, daß wir ihre Sache als unsere betrachten und daß sie auf unsere Hilfe und unsere Solidarität rechnen können.

In diesen Augenblicken, da wir von denen sprechen, die in der Sowjetzone in der Nacht der Diktatur leben müssen, von denen sprechen, die an anderen Stellen um ihre Grundrechte zu kämpfen haben, lastet auf uns allen noch ein anderer, vielleicht der bedrückendste Gedanke für jeden Menschen, der das Gefühl für Menschlichkeit und Menschenwürde in dieser grausamen Zeit nicht verloren hat. Es ist der Gedanke an unsere Kriegsgefangenen (lebhafter Beifall), die sieben Jahre nach dem Ende der Kriegshandlungen immer noch nicht in ihre Heimat und zu ihren Angehörigen zurückgekehrt sind.

Welches Maß von seelischer Not und unendlichem Leid verbirgt sich hinter diesen Schicksalen. Für die Betroffenen, die es zu erleiden haben, wird es durch die Länge der Zeit nicht leichter, denn die Wunden der Ungewißheit bluten immer von neuem. Für die zivilisierte Welt aber wirkt es wie ein Hohn gegenüber allen Bekenntnissen zu dem neuen Geist unserer Zeit.

Pathetische und ergreifende Worte sind in den letzten Jahren genug gesprochen. *Uns bleibt nur eins. Ein neuer, dringender Appell an alle in der Welt, die es angeht: Im Namen der Menschlichkeit gebt endlich alle die Männer und Frauen frei, die unschuldig der Heimat ferngehalten werden.* (Stürmischer Beifall.)

Und nun, Genossinnen und Genossen, laßt uns an die Arbeit gehen. Wir haben eine schwere und ernste Arbeit vor uns. Die Partei erwartet von uns, daß wir ihr für die nächsten Arbeiten und Kämpfe, die von entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes sein werden, Richtung und Ziel weisen. Die Welt blickt auf uns. Unsere Verantwortung ist groß.

Zum erstenmal müssen wir auf diesem Parteitag auf den Rat, das Wissen, die Mitarbeit jenes Mannes verzichten, der so unendlich viel für uns und unser Volk seit 1945 bedeutet und geleistet hat, auf unseren Kurt Schumacher. Es entspricht aber seinem Geist, wenn wir enger zusammenrücken und entschlossen und geschlossen die Aufgaben in Angriff nehmen, die uns Zeit und Umstände aufgetragen haben.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952 ist eröffnet. (Langanhaltender Beifall.)

Genossinnen und Genossen, wir kommen zur Konstituierung des Präsidiums des Parteitages. Ich bitte um Vorschläge für das Präsidium!

Hermann Runge, Düsseldorf:

Werte Genossen! Ich gestatte mir zur Wahl des Präsidiums dieses Parteitages folgende Vorschläge zu unterbreiten:

Entsprechend den Gepflogenheiten unserer Parteitage, dem jeweils gastgebenden Bezirk die Führung der Geschäfte des Parteitages zu übergeben, schlage ich die Genossen Fritz Henbler, Dortmund, und Fritz Steinhoff, Düsseldorf, zu Vorsitzenden vor. Für die Beisitzer und Schriftführer gestatte ich mir folgenden Vorschlag: Die Genossin Edith Krappe, Berlin, den Genossen Alfred Frenzel, Südbaden, den Genossen Erich Beyer, Niedersachsen, und den Genossen Hans Schroeder, Hessen.

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen! Sie haben die Vorschläge des Genossen Runge gehört. Werden weitere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, daß die hier genannten Genossinnen und Genossen das Präsidium unseres Parteitages bilden, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist einstimmig beschlossen.

Ich bitte die gewählten Genossinnen und Genossen, ihre Plätze im Präsidium einzunehmen. (Geschieht.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen! Namens des von Ihnen gewählten Präsidiums möchte ich Ihnen für das Vertrauen Dank sagen, das Sie uns durch diese Wahl entgegengebracht haben. Wir werden versuchen, dieses Vertrauen dadurch zu ehren, daß wir die Verhandlungen dieses Parteitages entsprechend der stolzen Tradition der sozialdemokratischen Parteitage objektiv und unparteiisch führen. Wir haben die Überzeugung, daß unsere Beratungen, Überlegungen und Beschlüsse — wie schon Erich Ollenhauer sagte — der Partei Richtschnur und Meilensteine sein werden. Von diesem Geist beseelt, wollen wir in die Beratungen unseres Parteitages eintreten. Als erstem Redner erteile ich zur Begrüßungsansprache dem Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, unserem Freunde Fritz Henßler, das Wort.

Oberbürgermeister Henßler, Dortmund:

Genossinnen und Genossen!

Namens der Stadt Dortmund begrüße ich den Parteitag.

Zum ersten Male sind wir der Ehre teilhaftig, einen Parteitag der Sozialdemokratie beherbergen zu dürfen. Ich bitte, es uns nicht nachzutragen, daß zum Teil mancherlei Unbequemlichkeiten in Kauf genommen werden müssen. Die Tatsache, daß im Kriege über 22 000 t Bomben über Dortmund abgeworfen wurden, macht jede besondere Begründung überflüssig. Und wenn ich hinzufüge, daß von den rund 148 000 Wohnungseinheiten, die wir vor dem Kriege hatten, rund 100 000 zerstört oder beschädigt worden sind und daß insbesondere im inneren Stadtkern von einer großen Anzahl von Gebäuden für öffentliche Aufgaben — Verwaltungsgebäude, Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsanlagen usw. — buchstäblich genommen nicht ein einziges Gebäude von schweren Beschädigungen verschont blieb, dann ist ebenfalls jedes weitere Wort, unsere Aufgaben und Sorgen in der Stadt Dortmund zu schildern, überflüssig.

Die aktuellste Sorge war damals die Trümmerräumung, sodann die Beseitigung jener Schäden, die durch Tausende von Sprengbomben in und unter den Straßen angerichtet wurden, die unsere Versorgungsanlagen trostlos zerstörten und — was das Schlimmste war — unsere Abwasserregelung völlig lahmlegte, denn auch die Pumpwerke waren zerstört. Bis 1947 mußten wir fast jede Arbeitskraft und fast jeden Zentner Zement, den wir bekommen konnten, für diese Arbeit verwenden, und dann erst konnten wir daran denken, an andere Aufräumungs- und Aufbauarbeiten zu gehen.

Zur Charakteristik der damaligen Lage will ich nur noch bemerken, daß es fast zwei Jahre dauerte, ehe durch die innere Stadt Dortmund wieder eine Straßenbahn schlecht und recht fahren konnte. Die Einwohnerzahl Dortmunds war 1945 auf fast die Hälfte der Friedenszahl gesunken. Heute ist diese Friedenszahl 540 000 um einige Tausend überschritten, obwohl der Wohnungsstand noch um über 20 000 unter dem Friedensstande ist — und dabei sind Not- und Behelfswohnungen eingerechnet. In der Zusammensetzung der Bevölkerung ist aber gegenüber früher ein großer Unterschied zu verzeichnen. Ungefähr 40 000 Vertriebene und Flüchtlinge, eingerechnet einige tausend Einzelzugewanderter, sind in unserer Stadt aufgenommen

worden. Entsprechend groß ist die Zahl der noch draußen befindlichen Evakuierten, die sich zum großen Teil ebenfalls nach Dortmund zurücksehen.

Im Augenblick gesehen, ist uns hier eine unlösbare Aufgabe gestellt. Soweit uns heute Mittel für den Wohnungsbau überwiesen werden, sind sie zu rund 80 Prozent zweckgebunden. Für die Umsiedlung und für die Sonderbauprogramme, für den Bergbau und für das Stahlprogramm. Das schafft besonders für die Unterbringung der Evakuierten und der in der Stadt verbliebenen in Behelfswohnungen befindlichen Ausgebombten eine außerordentlich harte Situation. Deshalb wäre den Städten im Ruhrgebiet sehr geholfen, wenn künftig, wie das ein sozialdemokratischer Antrag für ein neues Wohnungsbauprogramm im Bundestag fordert, Sonderbauprogramme, wie z. B. für den Bergbau, nicht in das eigentliche Wohnungsbauprogramm einbezogen würden.

Wir stehen hier fast täglich vor der Frage: Wer soll bei der Wohnungszuweisung den Vortritt haben, die Vertriebenen, die Evakuierten oder die in der Stadt behelfsmäßig untergebrachten Ausgebombten — ganz abgesehen von denen, die altersmäßig allmählich in das Erwachsenenalter kommen und Familien gründen möchten. Wir glauben aber, daß man nicht nach irgendeinem starren Schema verfahren kann, sondern daß auch die Wohnungsbaupolitik sehr stark mit einer sinnvollen Politik der Arbeitsbeschaffung in Verbindung gebracht werden muß. Den Menschen an den richtigen Arbeitsplatz zu bringen, muß ebenfalls Aufgabe der Wohnungsbaupolitik sein. Und nach dieser Seite hin haben wir noch manche Überlegungen anzustellen. Obwohl Dortmund noch stark Trümmerstadt ist, müssen Freund und Gegner anerkennen, daß es 1945 niemand gegeben hat, der auch nur entfernt mit solchen Aufbauleistungen, wie wir sie heute zu verzeichnen haben, gerechnet hat.

Ich gebe gern zu, daß unter Bearbeitung der Verwaltung durch einen Sozialdemokraten und unter einem Sozialdemokraten als Vorsitz mit wenigen Ausnahmen in den wesentlichsten kommunalpolitischen Fragen in der Ratsversammlung stets einmütige Beschlüsse erreicht wurden. Das trifft, nebenbei bemerkt, auch für die Wiederaufrichtung der Westfalle zu.

In diesem Zusammenhang dürfte auch interessieren, daß die Ratsversammlung erst kürzlich einmütig die Amtszeitverlängerung des gegenwärtigen Oberstadtdirektors gefordert hat und daß seit 1946 der sozialdemokratische Oberbürgermeister stets einstimmig gewählt wurde, wobei der Genauigkeit halber auch festzustellen ist, daß die Kommunisten dabei erklärt haben, der Oberbürgermeister taue zwar nichts (Heiterkeit), und er habe nicht ihr Vertrauen, aber sie wählten ihn, weil die Kommunisten sich nicht von der Sozialdemokratie trennen ließen. (Erneute Heiterkeit.)

Die von mir eben erwähnte sachliche Zusammenarbeit ist aber für unsere Gegner im bürgerlichen Lager kein Hindernis bei dem Versuch, für die bevorstehenden Wahlen zur „Brechung der roten Herrschaft“ — wir besitzen die Hälfte der Mandate der Ratsversammlung — eine geschlossene Front im Sinne eines Bürgerblocks zustande zu bringen. Wir nehmen dies mit Gelassenheit zur Kenntnis, und unsere Erwartungen für diese Wahlen werden dadurch nicht beeindruckt.

Lassen Sie mich mit ganz wenigen Worten bei dieser Gelegenheit rückschauend etwas zu der kommunalpolitischen Lage an der Ruhr sagen. Dortmund war die einzige Stadt im Ruhrgebiet, in der schon vor dem Fall des Dreiklassenwahlrechts einige Dreiklassenmandate in sozialdemokratischer Hand gewesen sind. Der Terror der Großindustrie war so, daß insbesondere auf den Hütten kein Mensch wagte, sich offen als Sozialdemokrat zu be-

kennen, nicht einmal wagte, sich als Gewerkschaftler zu bekennen. Eine rühmliche Ausnahme machte nur der Ruhrkumpel. Er ließ sich das Recht zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß nicht nehmen. Und dort, wo es geschlossene Bergarbeitergemeinden gab, hatten wir auch unter dem Dreiklassenwahlrecht Männer in den kommunalpolitischen Gremien.

Es ist interessant, daß sich damals die Herren Generaldirektoren von der Großindustrie in Dortmund mit dem Amt eines Stadtverordneten belasteten, um verhindern zu können, daß in dieser Verwaltung Geld ausgegeben wurde für Dinge, die nach ihrer Auffassung nicht notwendig waren. Ich habe damals als junger Redakteur an Stadtverordnetenversammlungen teilgenommen, und ich entsinne mich der Etatberatungen, bei denen die Frage untersucht wurde, ob die Klassenfrequenz bei den Volksschulen von 64 auf 63 oder 62 heruntergesetzt werden könne, und man zu dem Ergebnis kam: das geht nicht, das kostet zu viel. Das war in einer Zeit, als das Hüttenwerk Hoesch an seine Aktionäre jährlich 20 oder 25 Prozent Dividende verteilte (Hört, hört!), als bei der Union 9 Prozent Dividende verteilt wurden und die Harpener Bergbaugesellschaft, die in Dortmund ihren Verwaltungssitz hatte, rund 20 Prozent Dividende verteilte. (Hört, hört!) Sie gab dann allerdings auch dem damaligen Oberbürgermeister ein Aufsichtsratsmandat, dotiert mit 25 000 Mark, was mehr war als das, was er von der Stadt als Gehalt bezog.

Genossen, Genossinnen! Ich bringe diese Erinnerungen, um zeigen zu können, wie die Lage war, als wir nach 1919 erstmalig auf das kommunalpolitische Geschehen an der Ruhr selbst Einfluß nehmen konnten. Damals litten wir nicht nur unter den Hemmungen, die der verlorene Krieg mit sich brachte, damals standen wir auch vor der Tatsache, daß wir sehr viel nachholen mußten, was vordem versäumt war. Ich darf dabei sagen, daß der größte Teil dessen, was damals geschah, was in diesen Jahren aufgebaut wurde, im zweiten Weltkrieg wieder zerstört worden ist.

Ich erinnere an diese Dinge, um alle die unter Ihnen, die auf hoher Warte, besonders auf der Bundesebene, Politik zu machen haben, zu ersuchen und von ihnen zu fordern, daß sie es als ihre Aufgabe und im Rahmen ihrer Verantwortung ansehen, den Gemeinden von den öffentlichen Einnahmen einen solchen Teil zu lassen, daß schöpferische Leistungen möglich sind. (Lebhafter Beifall.) Ich habe das Glück oder das Pech, wie man es nehmen will, sowohl Oberbürgermeister als auch Bundestagsabgeordneter zu sein. Aber gerade deshalb weiß ich, daß diese Mahnung voll berechtigt ist. In erster Linie gilt sie der Regierungskoalition, aber dann und wann auch manchem von uns, wenn er im Eifer der Arbeit nur die Bundesaufgaben sieht. (Sehr gut!)

Zum Schluß möchte ich sagen: Nehmen Sie es mir nicht krumm, wenn ich mein Recht zu einer Begrüßungsansprache vielleicht ein klein wenig mißbraucht habe. Aber die Gelegenheit war zu günstig (Heiterkeit und Beifall), und es geschah für einen guten Zweck.

Im übrigen ist mein Wunsch, daß der Dortmunder Parteitag in der Geschichte der Sozialdemokratie zu den erfolgreichsten Tagungen zählen möge. Deshalb dem Parteitag ein herzliches Glück auf! (Starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Als Sprecher für den Bezirk Westliches Westfalen hat Bezirkssekretär Wenke das Wort.

Heinrich Wenke, Dortmund:

Verehrte Gäste! Genossen und Genossinnen! Es erfüllt mich mit freudiger Genugtuung, diesen Parteitag in Dortmund als den ersten Parteitag in West-

falen überhaupt begrüßen zu dürfen. Ich grüße den Parteitag im Namen der 86 000 Mitglieder des Bezirks Westliches Westfalen der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Als Vorsitzender des Unterbezirks Dortmund begrüße ich den Parteitag im Namen der 23 000 Mitglieder dieses Unterbezirks (Beifall), und in besonderem Auftrag begrüße ich den Parteitag im Namen der 19 000 Mitglieder der Stadt Dortmund. (Beifall.) Der Bezirk Westliches Westfalen ist der an Mitgliedern stärkste Bezirk, der Unterbezirk Dortmund ist der an Mitgliedern stärkste Unterbezirk der Gesamtpartei. Das erfüllt uns hier natürlich mit einigem Stolz.

Während vor 1933 der Bezirk Westliches Westfalen unter den Bezirken der Gesamtpartei hinsichtlich seiner Mitgliederzahl an zehnter Stelle stand, steht er heute an erster Stelle. (Beifall.) Im Jahre 1932 hatte der Bezirk Westliches Westfalen 32 000 Mitglieder, heute sind es, wie gesagt, 86 000 Mitglieder. In der Stadt Dortmund hatten wir 1932 7200 Mitglieder, heute sind es 19 000 Mitglieder.

Die Mitgliederzahl in der Stadt Dortmund befindet sich seit 1945 in einem stetigen Aufschwung. Auch nach der Währungsreform war in Dortmund kaum eine absteigende Tendenz festzustellen. Wir sehen in dieser ständig aufsteigenden Entwicklung aber auch eine große Verpflichtung, nämlich die Durchdringung der zu uns kommenden Menschen mit sozialistischem Geist, und die politische Erziehungsarbeit betrachten wir als eine unserer Hauptaufgaben.

Die Partei in Dortmund setzt mit der aufsteigenden Entwicklung eine alte Tradition fort, eine Tradition, die bis in die Zeit Lassalles, ja bis in die Zeit der 48er Demokratie zurückgeht.

Schon im Jahre 1848, als Karl Marx das Kommunistische Manifest verfaßte und mit dem Losungsruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in die Welt hinausgeschickte, als die bürgerlichen Demokraten sich für ein schwarz-rot-goldenes Großdeutschland stark zu machen versuchten und die revolutionären Kämpfe der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts besonders auch hier im Westen Deutschlands Auswirkungen zeigten, gab es in Dortmund einen Arbeiterverein, der sich unter anderem die Bildung des Arbeiters und die Sicherung der Lebensgrundlagen der Arbeiterschaft zur Aufgabe gemacht hatte.

Bereits im Jahre 1848 wurde unter der Führung dieses Arbeitervereins auf den Eisenbahnwerkstätten in Dortmund ein erfolgreicher Streik durchgeführt. Die Eisenbahndirektion versuchte, diesen Streik durch Militär im Keime zu ersticken. Die Bürger Dortmunds sympathisierten aber mit den Streikenden, sie verweigerten die Aufnahme des Militärs in Dortmund, und die Dortmunder Ratsversammlung erhob mehrfach Protest gegen die Entsendung von Militär nach Dortmund. Die Eisenbahndirektion mußte in diesem Kampf schließlich nachgeben.

Als dann später in den 60er Jahren Ferdinand Lassalle von Düsseldorf her die Agitation für den Zusammenschluß der Arbeiter entfaltete, kam es auch in Dortmund bald zur Bildung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der sich die Propagierung der Lassalleschen und Marxschen Thesen zur Aufgabe machte.

1874 beteiligten sich die Dortmunder Sozialdemokraten zum ersten Male offiziell an den Reichstagswahlen. Es ist bezeichnend, daß sie ihrer Verehrung zu Lassalle dadurch Ausdruck gaben, daß sie ihn als ihren Kandidaten zur Wahl stellten, obwohl Ferdinand Lassalle bereits zehn Jahre vorher verstorben war. Auch in den folgenden Reichstagswahlen war Ferdinand Lassalle noch der Kandidat der Dortmunder Sozialdemokraten.

Im Jahre 1878 haben die Dortmunder Sozialdemokraten ihren ersten Stadtverordneten in das Dortmunder Stadtparlament hineingebracht. Er hat bis zum Jahre 1883, noch unter dem Sozialistengesetz, dieses Mandat ausgeübt.

Das Sozialistengesetz hat dann diese Entwicklung der Arbeiterbewegung unterbrochen. Aber nach Aufhebung des Sozialistengesetzes war die Sozialdemokratie Dortmunds wieder zur Stelle. Bei der ersten Reichstagswahl im Jahre 1890 wurde sie zur zweitstärksten Partei Dortmunds, und bei der dann folgenden Reichstagswahl im Jahre 1893 wurde die Sozialdemokratie die stärkste Partei. Seitdem sind die Sozialdemokraten in Dortmund die stärkste Partei geblieben; seitdem haben sie Erfolge auf Erfolge erringen können und die Reihen der Partei stärken können.

Von den drei Bundestagswahlkreisen Dortmunds gehören heute drei, also alle, der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Die fünf Landtagswahlkreise Dortmunds gehören der Sozialdemokratie. (Erneuter Beifall.) Im Dortmunder Stadtparlament sind, wie Genosse Henßler schon gesagt hat, von 52 Stadtverordneten 26 Sozialdemokraten. Wir stellen den Oberbürgermeister, wir stellen den Oberstadtdirektor. Bei den kommenden Kommunalwahlen am 9. November hofft die Dortmunder Partei, diese Stellung nicht nur zu halten, sondern die absolute Mehrheit im Dortmunder Stadtparlament zu erreichen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn Sie, meine Freunde, in diesen Tagen des Parteitages auch noch ein klein wenig Zeit finden, sich in Dortmund umzusehen, dann werden Sie auch den Eindruck bekommen von der guten kommunalpolitischen Arbeit dieser schwer zerbombten Stadt. Von dem Erlebnis dieses Parteitages werden Sie wahrscheinlich, so hoffe ich, auch den Eindruck mit nach Hause nehmen von der guten Arbeit der Sozialdemokratischen Partei Dortmunds und von dem Geist der Solidarität, der in dieser Partei herrscht. Es ist unser Wunsch, daß dieser Parteitag ein Markstein in der Geschichte der deutschen Parteitage werden möge, und es ist unser Wunsch, daß Sie selbst, wenn Sie wieder an Ihre Arbeit in Ihre Heimorte zurückkehren, diesen Dortmunder Parteitag in guter Erinnerung behalten.

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat nunmehr der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette. (Beifall.)

Christian Fette, Vorsitzender des Bundesvorstandes des DGB:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine ganz besondere Freude, Ihnen zu Ihrem Parteitag die herzlichsten Grüße und besten Wünsche übermitteln zu können, und zwar in doppelter Hinsicht: Einmal persönlich, da auch ich der Sozialdemokratischen Partei seit meinem 18. Lebensjahr als Mitglied angehöre und somit auf eine nahezu 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann, zum anderen aber besonders als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der unter seinen 6 Millionen Mitgliedern sehr viele hat, die nicht nur mit den Zielen der SPD sympathisieren, sondern eingeschriebene Mitglieder dieser Partei sind! (Beifall.)

So kommen meine Wünsche für einen guten Verlauf dieses Parteitages aus ehrlichem Herzen. Mögen die in den nächsten Tagen zu fassenden Beschlüsse — und dessen bin ich sicher — sich nicht nur zum Wohle der Partei, sondern zum Wohle der gesamten schaffenden Menschen auswirken! Die jüngste Vergangenheit hat erneut bewiesen, daß gerade die Abgeordneten der SPD-Fraktion im Bundestag sich mit Nachdruck für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingesetzt haben und daß besonders die Vertreter der SPD im Parlament es waren, die sich für die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung

einsetzen. In einer Zeit, in der die Gegner unserer Bewegung mit allen Mitteln versuchen, die im DGB geschaffene Einheit zu zerschlagen, berührt es mich wohlthuend, wenn ich im Entwurf zu Ihrem Aktionsprogramm lese:

„Die SPD bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Rücksicht auf parteipolitische und religiöse Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.“

Unser begreiflicher Wunsch ist es, daß sich dieser Gedanke auch in den anderen politischen Parteien durchsetzen möge, soweit diese auf dem Boden der Demokratie stehen! (Beifall.) Denn das Interesse aller Schaffenden erfordert die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung gegenüber Staat, Regierung und gegenüber allen politischen Parteien. Das hindert mich aber nicht, hier auszusprechen, daß wir, das heißt der DGB und die SPD, uns in der Zielsetzung in den kurz angedeuteten Punkten treffen. Wir sind uns einig in den Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, einig auch im Kampf um eine soziale Demokratie, in der nur eine freie Arbeiterbewegung sich frei entfalten kann. Wir sind uns auch einig im Kampf um soziale Sicherheit für alle, die dem Staat und der Wirtschaft ein Leben lang gedient haben, einig ferner — und das unterstreiche ich besonders — im Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Einheit als Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in der Welt.

Nochmals allen Delegierten meinen Gruß und ein „Glückauf“ zu fruchtbringender Arbeit! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Nun spricht zu Ihnen der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften, Gustav Dahrendorf.

Gustav Dahrendorf:

Liebe Freunde, die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung war immer das, was sie auch heute ist: ein Teil der modernen Arbeiterbewegung. Hunderttausende, also ein sehr großer Teil der mehr als 1,8 Millionen in den Konsumgenossenschaften heute wieder Organisierten, sind der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf das engste verbunden. Als Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften spreche ich für sie, wenn ich Ihnen die Grüße der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung überbringe.

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist auch die Geschichte des Kampfes um den Schutz des Verbrauchers. Darüber hinaus weist die Geschichte viele Zeugnisse der engen Verbindung zwischen dem demokratischen Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung auf. Das gilt für die politische Praxis der Sozialdemokratie, das gilt für ihre Theorie, das gilt auch für die Parteitage. Sie werden daher begreifen, daß wir die Hoffnung haben, daß dieser Parteitag die Erfahrungen in der Praxis auch in den Beratungen bestätigen möge. Dabei denke ich vor allem an das Aktionsprogramm, das Sie in den nächsten Tagen verabschieden werden. Wir folgen Ihren Beratungen mit sehr wachem Interesse. Wir wünschen Ihren Beratungen Erfolg im Interesse der arbeitenden Menschen! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Bevor ich unseren ausländischen Gästen das Wort zu ihren Begrüßungsansprachen erteile, darf ich ein Telegramm verlesen, das uns die Genossin Louise Schröder geschickt hat, die, wie gestern bekannt wurde, ernstlich erkrankt ist. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Traurig, nicht dort sein zu können, sende ich herzliche Grüße und Wünsche für einen harmonischen, erfolgreichen Verlauf des Parteitages.“
Louise Schröder.“

Ich erteile jetzt das Wort dem Genossen Julius Braunthal, Sekretär der Sozialistischen Internationale.

Julius Braunthal:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist für mich eine ehrenvolle Aufgabe, Sie im Namen der Sozialistischen Internationale zu begrüßen. Es ist für mich noch mehr: es ist mir eine wahrhaft beglückende Aufgabe, weil ich aus eigenem Erleben sagen kann, was Ihre Partei, die deutsche Sozialdemokratie, mir und allen Genossen meiner Generation bedeutet hat.

Keiner, der nicht vor dem Jahre 1914 in der sozialistischen Bewegung gearbeitet hat, kann sich heute den überwältigenden Einfluß vorstellen, den die deutsche Sozialdemokratie auf das Denken der Sozialisten in der ganzen Welt ausübte. Die deutsche Sozialdemokratie war damals nicht allein die stärkste und bestorganisierte Partei der Sozialistischen Internationale, sie war mehr als das: sie war ihr Vorbild — das Vorbild einer sozialistischen Partei, die versuchte, in einem faszinierenden geistigen Ringen sich selbst und die Welt nach ihren Ideen umzugestalten, eine Partei, die einen beispiellosen Idealismus in den breiten Massen der Arbeiter und Intellektuellen erweckte und eine Flamme der Begeisterung für die sozialistischen Ideen entzündete, deren Strahlen die Herzen von Tausenden in den Ländern weit über Deutschland hinaus erwärmten.

Nirgends war damals der Einfluß der deutschen Sozialdemokratie größer als in Österreich, in dem ich aufgewachsen bin. An allen politischen Kämpfen der deutschen Partei wie an ihrem geistigen Ringen nahmen wir in Österreich mit einem brennenden Interesse teil, als wären dies unsere ureigenen Angelegenheiten gewesen. Manche unserer begabtesten Genossen — Kautsky, Hilferding, Stampfer, Adolf Braun — wurden von der geistigen und politischen Dynamik der deutschen Partei so mächtig angezogen, daß sie ihre eigene Partei und ihr eigenes Land verließen, um in der deutschen Arbeiterbewegung zu wirken, und als ich selbst im Jahre 1912 für kurze Zeit nach Berlin übersiedelte, um in der deutschen Partei zu arbeiten und vor allem zu lernen, da hatte ich, wie jene österreichischen Genossen, keinen Augenblick lang das Gefühl, als wäre ich in einer fremden Partei — es war schlechtweg die Partei, zu der wir, die Jungen, mit Bewunderung emporblickten.

Dieses Gefühl der Verbundenheit mit der deutschen Sozialdemokratie hat mich nie verlassen, und welche Schicksale sie auch immer seither erlitten hatte — es waren furchtbar tragische Schicksale —, ihre große Vergangenheit blieb mir ein Vermächtnis. Sie verstehen nun, Genossen, wie dankbar ich für den Auftrag bin, Ihrem Parteitag die Wünsche der Sozialistischen Internationale zu übermitteln.

Die Sozialistische Internationale ist heute ein weltweiter Bund. Sie ist nicht mehr, wie in der Vergangenheit, nur eine Internationale weißer Menschen europäischer Kultur; sie ist eine wahre Internationale, die die Sozialisten aller Farben, Zungen und Kulturen vereinigt, Japaner, Inder, Neger und Malaien wie Europäer, Kanadier und Neuseeländer. Die 36 Parteien, die ihr angeschlossen sind, repräsentieren zusammen annähernd zehn Millionen organisierte Mitglieder und mehr als 62 Millionen Wähler in den fünf Kontinenten. Aber selbst diese eindrucksvollen Ziffern ergeben nur ein unzulängliches Bild der wirklichen Stärke der Internationale, denn nicht mitgezählt sind die Millionen Genossen unter der eisernen Ferse des kommunistischen und faschistischen Despotismus: die Millionen Genossen in der russischen Zone in Deutschland, in den russischen Vasallenstaaten Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien, mit ihren ehemals so starken sozialdemokratischen Parteien, und schließlich in Rußland selbst und in dem faschistischen Spanien. Überall dort sind Genossen, die zu uns gehören und die von der Internationale alles erhoffen.

Ihre Partei, Genossen, die deutsche Sozialdemokratie, nimmt in der Internationale nicht allein eine so hoch geachtete Stellung ein, weil sie das „andere Deutschland“ verkörpert — das Deutschland freien Menschentums im Gegensatz zu jenem scheußlichen Ungetüm, das als Nazideutschland die Menschheit schaudern machte —, sondern auch weil sie mit einem so tiefen Bewußtsein ihrer Verantwortung, mit der Bewältigung von Aufgaben ringt, wie sie schwerer selten einer Partei zugeteilt worden waren. Es ist ihre Aufgabe, ja noch mehr: Es ist ihre geschichtliche Mission, dieses Deutschland, das sich in einem materiellen und moralischen Chaos aufgelöst hatte, im Geiste der Freiheit, der Demokratie und des Sozialismus zu einigen und zu erneuern.

Es ist eine wahrhaft schicksalschwere Mission, von deren Erfüllung mehr als die Zukunft Deutschlands abhängt, denn die Zukunft der Demokratie, die Zukunft des Sozialismus in der ganzen Welt, ja, noch mehr: Die Geschieke der ganzen Menschheit sind mit dem Geschick Deutschlands verflochten.

Diese Perspektive mag phantastisch übertrieben erscheinen. Aber, Genossen, hat nicht der geschichtliche Ablauf der Dinge in den letzten zwei Jahrzehnten, den wir doch alle selbst erlebt haben, die Richtigkeit dieses geschichtlichen Ausblicks erhärtet mit dem Blut der Millionen Opfer des zweiten Weltkrieges?

Warum war und warum ist das Geschick Deutschlands so schicksalbestimmend für die Geschieke der Welt? Die Antwort ist: Weil Deutschland eine Schlüsselstellung in Europa und Europa eine Schlüsselstellung in der Welt einnimmt. Darum ist die innere Entwicklung Deutschlands ein entscheidender Faktor für den Gang der Weltereignisse. Weil die deutsche Sozialdemokratie nicht die Kraft hatte, zu verhindern, daß Deutschland unter die Herrschaft der Nazis fiel, wurde der zweite Weltkrieg unvermeidlich, und es war die deutsche Sozialdemokratie, die noch vor der Machtgreifung Hitlers nicht müde wurde, die Welt zu warnen, daß die Nazi-herrschaft zum Krieg führen müßte, der die ganze Menschheit mit hineinreißen würde. Auch damals, Genossen, fand man diese Warnung übertrieben. Sie hatte sich jedoch in sechs Jahren erfüllt, und zwar erfüllt mit der geradezu zwangsläufigen, unwiderstehlichen Logik der Dinge.

Dies, Genossen, gilt auch für die Entwicklungsmöglichkeiten von heute. Fiele Deutschland von heute unter die Herrschaft der Kommunisten oder wieder der Faschisten, dann würde, wie unter Hitler, der ganze europäische Kontinent der Demokratie verlorengehen, und der dritte Weltkrieg wäre nach aller menschlichen Voraussicht nicht mehr abzuwenden. Er würde unvermeidlich werden, wenn Rußland durch das Instrument einer deutschen kommunistischen Regierung seinen Machtbereich bis ins Ruhrgebiet zum Rhein ausbreitete, und er würde gleichermaßen unvermeidlich werden, wenn eine faschistisch-nationalistische Regierung Deutschland beherrschte; denn sie würde sich um den Preis der Einigung Deutschlands und der Rückgewinnung der annektierten deutschen Gebiete entweder mit Rußland gegen den Westen oder mit dem Westen gegen Rußland verbünden und vorbedacht den Krieg provozieren als die große Chance, Deutschlands Vorherrschaft in Europa wiederaufzurichten.

Diese Gefahren sind nicht eingebildet, Genossen; sie sind real und latent. Und wie in den Vorkriegsjahren nur eine mächtige, einige und geschlossene Sozialdemokratische Partei den Aufstieg der Nazis zur Macht und damit die Katastrophe des zweiten Weltkrieges hätte verhindern können, so hängt heute die Zukunft Deutschlands, die Zukunft Europas und des Weltfriedens von der Stärke der deutschen Sozialdemokratie ab. Nur eine starke, mächtige Sozialdemokratie ist fähig, zu verhindern, daß Deutschland kommunistisch oder wieder nationalistisch wird und mit Deutschland die ganze Welt wieder ins Verderben stürzt.

Darum sind die Augen der Demokratien der ganzen Welt auf Deutschland gerichtet, und darum nimmt vor allem die Sozialistische Internationale einen so tiefen Anteil an Ihrem Ringen und Kämpfen, Genossen. Wenn es jemals wahr war, daß eine Partei der Internationale auf dem Vorposten des Sozialismus und der Demokratie kämpft, so gilt dieses Wort für die deutsche Sozialdemokratie von heute. Sie steht heute auf dem Vorposten in der Weltfront des Sozialismus gegen den kommunistischen Despotismus und gegen die Gefahr, die sich aus seinem Triumph in Deutschland für den Weltfrieden entwickeln würde. Und sie steht auf dem Vorposten im Kampf gegen jene dunklen reaktionären Mächte, die Schande über Deutschland und Unheil über die Welt gebracht und sich wieder ans Tageslicht wagen, um ihr unheilvolles Werk von neuem zu beginnen. Der Kampf, den Sie, Genossen, führen, ist ein Kampf, der uns alle in der Internationale angeht. Sie, Genossen, kämpfen heute nicht allein für Ihre eigene Sache, sondern für die ganze internationale sozialistische Bewegung, denn in Ihrer eigenen Sache ist das Schicksal der ganzen Internationale verflochten.

Im Bewußtsein dieser großen, edlen und stolzen Schicksalsgemeinschaft begleiten die heißen Wünsche der Internationale Ihre Beratungen auf Ihrem Parteitag und Ihre Kämpfe um ein sozialistisches Deutschland. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Die Grüße der englischen Arbeiter übermittelt uns der Internationale Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Saul Rose.

Saul Rose:

Im Namen der Labour Party darf ich unserer Verehrung für Kurt Schumacher Ausdruck geben. Die britische Labour Party wird oft und mit einigem Recht als insular betrachtet. Wir wissen über den europäischen Kontinent nicht so viel, wie wir sollten. Aber wir alle kannten Kurt Schumacher. Wir wußten, was er im Widerstand gegen den Nazismus geleistet hat. Wir wußten, wie er die Sozialdemokratische Partei nach dem Kriege aufgebaut hat. Wir wußten, wie fest er blieb angesichts der Verlockungen der Kommunisten zu einer Zeit, als die Lage noch ungeklärt war, und wie er es auf diese Weise der SPD ermöglichte, noch einmal als die Hochburg des Widerstandes gegen den Totalitarismus jeder Färbung und gegen die Kräfte der Reaktion dazustehen. Sozialisten in der ganzen Welt stehen bei ihm in einer Dankesschuld, die sie nur dadurch abtragen können, daß sie seinem Beispiel folgen. Ihm verdanken wir es in hohem Maße, daß die internationale Sozialistische Bewegung in Deutschland eine ihrer Hauptsäulen erblicken und sich auf die machtvolle SPD verlassen kann im Kampf um die Erreichung des Sozialismus. Die Zeit ist nicht fern, da die SPD die Regierung Deutschlands bilden wird. Und dieser Erfolg wird die Erfüllung des Werkes von Kurt Schumacher sein. Über ihn kann man wohl sagen, er hätte erst sterben dürfen, nachdem er die Erfüllung seiner unermüdlichen, tapferen Arbeit erlebt hatte.

Ihre und unsere Partei sehen den nächsten Parlamentswahlen entgegen. Bei Ihnen steht der Termin dafür fest. Für uns ist er noch nicht entschieden. Er mag früher oder später kommen. Aber, wann immer er kommt, wir können euch versichern, daß wir vorbereitet und zuversichtlich sind. Wir freuen uns auf den Tag, da es eine Arbeiterregierung in England und eine sozialistische Regierung in Deutschland geben wird, und wir sind überzeugt, daß dieser Tag nicht mehr fern ist. Dann werden wir in der Lage sein, in gemeinsamer Arbeit die Schritte zu unternehmen, die unsere Länder auf den Weg zu echter Demokratie, zu echtem Sozialismus und Frieden führen werden. Solch eine gemeinsame Aktion wird von ungeheurer Bedeutung sein, nicht

nur für unsere Länder, sondern für Europa und die Welt, und zu solch einer Aktion wird es kommen.

Trotz unserer Insularität sind wir zutiefst an der Zukunft Deutschlands interessiert, von der auch unsere Zukunft abhängt. Sie alle werden die Haltung kennen, die die britische Labour Party zu den Problemen Deutschland und Europa eingenommen hat, und wir sind sehr froh darüber, daß sie eng mit der Haltung unserer deutschen Genossen übereinstimmt. Es ist dies nicht der Zeitpunkt, diesen Gegenstand weiter auszuführen. Aber lassen Sie mich dies eine sagen: daß wir in der britischen Labour Party die Notwendigkeit, ein freies, demokratisches und vereintes Deutschland zu schaffen, in den Vordergrund stellen. Und wir glauben, daß dieses Deutschland ein sozialdemokratisches Deutschland sein wird.

Ich komme hierher von der Tagung der Beratenden Versammlung des Europarats, und ich gehe von hier zu unserem eigenen Parteitag. In Straßburg hatten wir Gelegenheit, die SPD-Delegation in ausführlicher und offener Aussprache zu treffen, die wir im Geiste warmer Herzlichkeit und echter brüderlicher Zusammenarbeit durchgeführt haben. Wir in der Labour Party sind vom Wunsche erfüllt, einen häufigen und engen Kontakt mit unseren sozialdemokratischen deutschen Genossen zu pflegen, und wir werden keine Gelegenheit versäumen, die enge Verbundenheit zu entwickeln, die wir uns alle wünschen.

Ich werde von eurem Parteitag zu unserem Parteitag den starken Eindruck mitnehmen, den mir die Macht, die Leistungsfähigkeit und die Einheit der SPD gemacht hat. Unsere Parteien haben die Lehre gezogen, daß die Kräfte des demokratischen Sozialismus vereint sein müssen.

In manchen Kreisen des Auslands besteht der Eindruck, der natürlich von unseren Gegnern gefördert wird, daß die britische Labour Party gespalten sei. Dieser Eindruck entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir sind eine demokratische Partei, und das Wesen der Demokratie ist eine Vielfalt von Meinungen. Verschiedene Ansichten tragen bei zur Stärke, nicht zur Schwäche unserer Partei, weil dadurch unsere Entscheidungen gefällt werden, nach gründlicher Erwägung und Diskussion der Probleme, denen wir gegenüberstehen. Auf unserem Parteitag wird es der Welt klarwerden, daß die britische Labour Party mit ihren 6 Millionen Mitgliedern fest und geschlossen in den Reihen der sozialistischen Bewegung steht.

Erlaubt mir daher, daß ich den Genossen hier und in der ganzen deutschen Sozialdemokratie die wärmsten brüderlichen Grüße der britischen Labour Party überbringe und die Versicherung, daß wir mit euch Seite an Seite stehen, ebenso wie mit allen sozialistischen Genossen der ganzen Welt, im großen Kampf um den demokratischen Sozialismus, von dem die Zukunft der Welt abhängt. Es lebe die SPD, es lebe die internationale sozialistische Solidarität. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Die Grüße der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil übermittelt uns Genosse Llopis.

Rodolfo Llopis (Übersetzung):

Wie vor zwei Jahren auf eurem Hamburger Parteitag, so bringe ich euch auch heute, meine lieben deutschen Genossen und Genossinnen, die brüderlichen Grüße der spanischen Sozialisten. Und zwar bringe ich nicht nur die Grüße derer, die zur Schande aller demokratischen Länder nun schon seit mehr als 13 Jahren im Exil leben, sondern auch derer, die in Spanien, in den Gefängnissen und in der Untergrundbewegung, die Fahne des Sozialismus hochhalten und unter Einsatz ihres Lebens den Kampf gegen die Franco-Tyrannie fortsetzen.

Zwischen dem Parteitag in Hamburg und dem in Dortmund besteht ein schmerzlicher Unterschied: die physische, wenn auch nicht die geistige Abwesenheit von Kurt Schumacher. Sein Tod ist ein unersetzlicher Verlust, nicht nur für euch als deutsche Sozialisten, sondern für den gesamten internationalen Sozialismus, und insbesondere für uns, das darf ich hier sagen, die spanischen Sozialisten. Durch seine Intelligenz und seine Hingabe an ein Ideal, durch die physischen und seelischen Leiden, durch die er hindurchgegangen ist, ist Kurt Schumacher nicht nur das Symbol eines zerrissenen Deutschlands, das das Opfer des Krieges und das Opfer des Nationalsozialismus ist, sondern darüber hinaus für uns alle das tragische Symbol einer Welt, die, zerrissen und von Krieg und Unterdrückung durch die totalitären Kräfte, wieder frei werden will.

Aber Kurt Schumacher war für uns spanische Sozialisten noch mehr. Er war unser treuer Freund und Verteidiger der Sache des spanischen Volkes. Als wir zum erstenmal auf dem Hamburger Parteitag miteinander sprachen, sagte er mir, daß die deutsche Sozialdemokratie eine Schuld gegenüber dem spanischen Volk habe. Und er sagte weiterhin, daß die Schuld so lange wahren werde, wie das spanische Volk der Franco-Diktatur unterworfen sei. Es sei darum eine Ehrenverpflichtung der deutschen Sozialdemokratie, ohne Unterlaß und bis zum Endsieg gegen die Franco-Diktatur und für die Freiheit des spanischen Volkes zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Das ist auch der Grund dafür, daß die Franco-Presse den Tod Schumachers mit einer makabren Freude begrüßt haben, indem sie sagte, und ich zitiere dabei wörtlich, daß „mit dem Tode Schumachers von der politischen Weltbühne ein unversöhnlicher Feind Spaniens verschwindet“. (Lebhafte Rufe: Pfui!)

Das ist falsch und das ist ungerecht. Schumacher war ein Feind des Franco-Regimes, gerade weil er ein Freund Spaniens war. (Lebhafter Beifall.) Er hat nur nicht Spanien mit dem tyrannischen Regime des Generals Franco gleichgesetzt.

Ebenso haben wir spanischen Sozialisten Deutschland geliebt und den Nationalsozialismus, der uns in Spanien so viel Leid angetan hat, gehaßt.

Ihr deutschen Sozialdemokraten hattet recht, euch im Bundestag der Entsendung eines deutschen Botschafters nach Madrid zu widersetzen. Und ihr habt ebenso recht daran getan, euch dagegen zu stemmen, daß deutsche Arbeiter nach Spanien geschickt werden. Das francistische Spanien ist bestimmt nicht das richtige Klima für eine Entgiftungskur vom Totalitarismus.

Ihr deutschen Genossen und Genossinnen müßt auch weiterhin mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen, was sich dort unten abspielt. Wir alle wissen, daß eine große Anzahl von Feinden des deutschen Volkes sich nach Spanien geflüchtet hat und daß in Madrid und anderswo Komplote gegen alle demokratischen Länder geschmiedet werden. Im Moment wird viel von einem deutschen Schatz geredet, den die Nazis im letzten Augenblick in Spanien versteckt haben. Wenn dieser Kriegsschatz existiert, so gehört er dem deutschen Volke und nicht den Nazis. Tut alles, um zu verhindern, daß dieses Geld von den Feinden der Demokratie benutzt werden kann, der Welt eine neue totalitäre Herrschaft aufzuerlegen.

Man muß einmal beobachten, was sich heute in der Welt abspielt. Aus Angst vor dem Kommunismus und einer möglichen Aggression Sowjetrußlands akzeptiert und unterstützt man die reaktionärsten Kräfte in allen Ländern. (Sehr gut.) Das geht sogar so weit, daß man die absurdesten Bündnispläne wälzt, wie z. B. mit Franco, den Henker des spanischen Volkes, den man zum Stützpunkt der Verteidigung der freien Welt machen

möchte. Diese Politik stellt einen schweren Fehler dar, nicht nur gegenüber dem spanischen Volk, sondern gegenüber der gesamten freien Welt.

Wir Spanier kennen die Kommunisten, denn wir haben ihre Tyrannei in Spanien während des sogenannten Bürgerkrieges kennengelernt. Aber gerade deswegen müssen wir sagen, daß die beste Waffe zur Bekämpfung des Kommunismus darin besteht, daß man der Arbeiterschaft und mit ihr dem ganzen Volk ein Dasein bereitet, das besser und würdiger ist als das Schicksal, dem die unglücklichen Völker unterworfen sind, die unter der Herrschaft des Kremles zu leben gezwungen sind.

Die einzige Abwehr gegen den Kommunismus bilden die Sozialisten, die freie Arbeiterschaft überall in der Welt. Wir Sozialisten begehen nicht den Fehler, eine Diktatur zu bekämpfen, indem wir uns dabei auf eine andere Diktatur stützen. Wir kämpfen gegen alle Diktaturen, gegen die von Moskau ebenso wie gegen die von Madrid. Und deshalb bin ich sicher, daß ihr deutschen Sozialisten getreu den Prinzipien des Sozialismus, in Treue an das Andenken Kurt Schumachers weiter gegen den Sowjetkommunismus und den Franco-Faschismus kämpfen werdet. Ihr werdet uns spanischen Sozialisten weiter helfen, die Demokratie in Spanien wieder aufzurichten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Die Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz überbringt jetzt der Generalsekretär der SPS, Humbert-Droz.

Jules Humbert-Droz:

Geschätzte Genossinnen und Genossen,

ich bin beauftragt, Ihrem Parteitag die brüderlichsten Grüße der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu überbringen. Als Nachbarn Deutschlands, mit derselben deutschen Kultur und als Bruderpartei haben wir ein lebhaftes Interesse an dem politischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie zur Umgestaltung Deutschlands in einen friedlichen, demokratischen, sozialfortschrittlichen und souveränen Staat.

Unser Gruß ist der Ausdruck der tiefen Solidarität unserer Partei mit Ihren Bemühungen und Kämpfen. Wir wissen, welche gewaltigen ideologischen und politischen Rückwirkungen die deutschen Ereignisse auf das Leben unseres Volkes in der Vergangenheit gehabt haben und in der Zukunft haben werden. Wir möchten diese Solidarität nach dem großen Verlust Ihres Parteivorsitzenden Kurt Schumacher, der so meisterhaft und mit einem genialen Weitblick die Zukunft des deutschen Volkes, die Zukunft Europas und die des Weltfriedens verteidigte, besonders betonen.

Ihr wißt, daß die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine gewisse Zurückhaltung im Leben der Internationale und in den Problemen der Außenpolitik ausübt. Diese Zurückhaltung ist durch die Neutralität unseres Landes bedingt, eine Neutralität, die wir Sozialdemokraten vorbehaltlos bejahen und als Staatsmaxime für die Schweiz verteidigen.

Staatsneutralität bedeutet für uns aber nicht Gesinnungsneutralität und Isolierung. Mehr als irgendein anderes Land wissen wir als kleiner, freier Staat im Zentrum Europas, daß die Aufrechterhaltung des Friedens und der Freiheit in Europa und in der Welt für unser Land wie für alle anderen Länder eine Existenzfrage ist. Wir kennen die großen Gefahren, die durch den Expansionsdrang und die aggressive Politik Rußlands den freien Völkern drohen, und wir haben auch die großen Ausgaben für unsere Milizarmee bewilligt. Wir sind jedoch der Meinung, daß die militärischen Abwehrmaßnahmen allein nicht genügen, ja, daß sie sogar nicht das Wesentliche der Verteidigung bedeuten.

Westeuropa war vor fünf Jahren militärisch viel schwächer als heute. Rußland hätte ohne große militärische Bemühungen Europa überfallen und besiegen können. Aber Rußland muß mit anderen Faktoren als mit Waffen und Divisionen rechnen. Es muß mit dem Freiheitswillen der Völker, mit ihren demokratischen Traditionen, mit ihren sozialen Errungenschaften rechnen. Der Bruch mit Jugoslawien, die ständigen Säuberungen innerhalb der Volksdemokratien und der kommunistischen Parteien sind Beweise eines wachsenden Widerstandes der Arbeitermassen gegen die Diktaturmethoden Stalins innerhalb des Kominformblocks.

Die Stärkung der Demokratie und des Freiheitswillens der Völker, die Schaffung der sozialen Sicherheit, der Vollbeschäftigung und die Hebung des sozialen Niveaus der Arbeiterklasse, des Angestellten und des Bauern sind nach unserer Überzeugung für die Verteidigung der Freiheit wichtiger als die Militarisierung und die Aufrüstung.

Soziale Not, schlechte Löhne, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit bilden die fünfte Kolonne, die Rußland unbedingt braucht, um einen militärischen Vorstoß zu wagen.

Wenn die Ausgaben für die militärische Aufrüstung die Staaten so belasten, daß sie die sozialen Ausgaben kürzen und die Lage der Volksmassen verschlechtern müssen, dann ist die russische Gefahr größer, weil die Staaten, die sich verteidigen wollen, die fünfte Kolonne selbst schaffen. Was nützen zehn gut gerüstete Divisionen mehr, wenn ein Drittel oder die Hälfte dieser Soldaten Kominformanhänger sind und der Widerstandswille der Bevölkerung durch die soziale Not untergraben wird?

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat auch gegenüber der Bewegung zur Einigung Europas eine abwartende und kritische Stellung eingenommen. Die Schweiz hat vor hundert Jahren ihre Einigung durchgeführt. 25 kleine Republiken mit verschiedenen Sprachen und Kulturen, Valuta, Religionen, Traditionen und Geschichte haben nach jahrhundertelangen Kriegen und Kämpfen einen Bundesstaat gegründet.

Wir sollten aus dieser glücklichen Erfahrung im Europarat sehr aktiv mithelfen, die föderative Einigung Europas aufzubauen. Und wir sind nicht dabei, obgleich wir in der Losung der Vereinigten Staaten Europas eine alte sozialistische Forderung und den alten Traum aller Kriegsgegner und Friedliebenden erblicken.

Auch hier sind wir zurückhaltend, weil wir in diesem Europa nicht die Verwirklichung unserer alten Träume, sondern mehr eine politische und militärische Allianz eines Teiles Europas gegen einen anderen Teil Europas erblicken.

Wir glauben nicht, daß man aufbauende und dauernde Arbeit leistet, wenn die Einheit Europas auf Kosten der Spaltung Deutschlands gebaut wird und die definitive Trennung unseres Kontinents verursacht. Wir mißtrauen einem Europa, das uns eine gemeinsame Uniform geben will. Wir haben volles Verständnis für die Politik der SPD, die die Wiedervereinigung Deutschlands mit so viel Nachdruck fordert und alles bekämpft, was diese Vereinigung verzögert oder unmöglich macht.

Dasselbe Verständnis haben wir für die Politik der SPD zum Remilitarisierungsproblem.

Die Demokratisierung Deutschlands scheint uns für die Aufrechterhaltung des Friedens und für die Verteidigung der Freiheit viel wichtiger als die Remilitarisierung, und wir zweifeln, daß beides geleistet werden könnte. Der deutsche Militarismus hat nie große Sympathien für die Demokratie gezeigt, und nur mit Mißtrauen würden wir eine Neubelebung und Wiederauferstehung des

Militarismus in Deutschland sehen, selbst wenn die deutschen Einheiten in einer europäischen Armee eingegliedert werden würden.

Indem ich unser brüderliches Verständnis für Ihre Kämpfe ausdrücke, möchte ich noch zum Schluß die herzlichen Wünsche der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz für eine erfolgreiche Tagung und für die kommenden Jahre zum Ausdruck bringen.

Wir hoffen, daß die SPD an der Macht ein friedliches, freies, demokratisches und soziales Deutschland bauen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Es ist mir eine besondere Freude, das Wort erteilen zu dürfen dem Genossen Dr. Estrin, der als Vorstandsmitglied des Jüdischen Arbeiterkomitees der USA zu uns gekommen ist. (Beifall.)

Dr. S. Estrin: Im Namen der Jewish Labor Committee, des Jüdischen Arbeiterkomitees in Amerika, habe ich die Ehre, den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu begrüßen. Unser Komitee, das sich aus 500 000 Mitgliedern von Gewerkschaften, sozialistischen Gruppen und Arbeiterhilfsorganisationen zusammensetzt, hat immer in engem Kontakt mit der SPD gearbeitet. Wir möchten unterstreichen, daß das Jüdische Arbeiterkomitee in seiner internationalen Solidaritätsarbeit nie einen Unterschied der Religion und Nationalität gemacht hat. Wir sind stolz, daß es unseren Bemühungen gelungen ist, viele führende Genossen der SPD den blutigen Hitlerhänden zu entreißen und ihnen eine zeitweilige Heimat in Amerika zu geben. (Beifall.) Wir sehen jetzt viele von diesen Genossen an führenden Stellen wieder.

Ich bin sicher, es gibt hier unter den Delegierten viele, denen das Jüdische Arbeiterkomitee und seine internationale Solidaritätsarbeit bekannt ist. Es macht mir eine besondere Freude, die SPD zu begrüßen, die von uns als die stärkste Säule der Demokratie in Deutschland anerkannt ist. Wir wissen um die großen Opfer, die die SPD im Kampf gegen den Nazismus gebracht hat. Der verstorbene Genosse Kurt Schumacher war ein Opfer dieser Nazibrutalität. Die deutsche Sozialdemokratie war auch die erste Partei nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes, die die großen Sympathien für die jüdischen Opfer des Naziregimes gezeigt hat, und sie war immer bereit, den Überlebenden zu helfen.

Vor kurzer Zeit haben die Vertreter der SPD in enger Zusammenarbeit mit Vertretern unseres Komitees gearbeitet, um die Wiedergutmachungsverhandlungen zu einem siegreichen Abschluß zu bringen. Wir wünschen dem Parteitag der SPD einen guten Erfolg, und wir wünschen der Partei, daß sie wie früher weitere Erfolge im Kampf für Demokratie und Sozialismus erzielt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Nun spricht zu uns das Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Finnlands, Genosse Dr. Simonen.

Dr. Simonen: Liebe Genossen! Ich habe die Ehre und Freude, dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die warmen Grüße der Sozialdemokratischen Partei Finnlands zu überbringen. Das ist mir um so angenehmer, da ja das Verhältnis zwischen unseren beiden Parteien immer das beste gewesen ist. Das ist auch ganz natürlich, denn die ideellen Wurzeln unserer Partei sind in Deutschland, und die schlagkräftige und gut organisierte deutsche Bruderpartei war das große Vorbild im praktischen Aufbau der finnischen Partei.

Die Freundschaft, die unsere Parteien vereint, ist immer ehrlich und schön gewesen. Es ist eine Freundschaft, die immer tiefer geworden ist, und ich bin davon überzeugt, daß sich diese Entwicklung auch so fortsetzen wird.

Die finnischen Sozialdemokraten haben mit besonderer Bewunderung den Kampf Dr. Kurt Schumachers verfolgt. Körperlich gebrochen, aber geistig unbesiegt, hat seine Vision und die Kraft seines Willens für den schnellen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse und des ganzen deutschen Volkes aus den Trümmern des Krieges eine entscheidende Bedeutung gehabt. Kurt Schumacher war ein Fahnenträger des Sozialismus nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt.

Wir Finnen haben auch die Freude gehabt, einige andere führende Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie kennenzulernen. Ich möchte besonders die Genossen Erich Ollenhauer und Andreas Gayk erwähnen, die beide mit ihrer Anwesenheit die Fünfzigjahresfeier unserer Partei beehrten.

Die Zusammenarbeit beschränkt sich aber nicht nur auf das politische Leben, sondern umfaßt auch viele andere Gebiete. So ist z. B. die Zusammenarbeit auf dem kommunalen Gebiet besonders lebendig, und mein Freund Andreas Gayk hat sie durch seine Besuche in Finnland weiter vertieft.

Um heute zu leben, braucht die freie internationale Arbeiterbewegung nicht nur Ideen, sondern auch große und kampffähige Parteien. Eine solche Partei ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wir Finnen wissen, was eure Partei für die Zukunft der ganzen freien Welt bedeutet. Wir wissen, daß sie ihre Aufgabe erfüllen wird. Es ist kaum nötig, zu sagen, daß wir mit tiefer Sympathie den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung verfolgen.

Dieser Parteitag wird Entscheidungen von der größten Bedeutung treffen, und die ganze Welt verfolgt ihn deshalb mit besonderem Interesse. Die Sozialdemokratische Partei Finnlands wünscht der deutschen Bruderpartei den besten Erfolg in dem Kampf für Freiheit, Demokratie und Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Genosse Panas Fedenko spricht nun zu uns als Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei der Ukraine im Exil. (Beifall.)

Panas Fedenko: Werte Genossinnen und Genossen! Es ist mir zur Ehre, Ihren heutigen Parteitag im Namen der Sozialistischen Union von Zentral- und Osteuropa zu begrüßen. Vorerst spreche ich im Namen der Sozialistischen Union wie auch als Vertreter der Ukrainischen Sozialistischen Partei das tiefste Beileid aus zum Tode des großen Führers der SPD, Kurt Schumacher. Diesen schweren Verlust erleidet nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern die gesamte demokratische Welt.

Unsere Union, die zehn sozialistische Parteien der Völker hinter dem Eisernen Vorhang umfaßt, ist in derselben Lage, in der sich die SPD während der Hitler-Tyrannei befand: Unsere Genossen sind heute unter der kommunistischen Herrschaft und bekämpfen die Moskau-Tyrannei, die ihre Weltherrschaftspläne verfolgt. Die deutschen Sozialdemokraten, die in der Sowjetzone für die Demokratie kämpfen, verstehen unsere Lage am besten.

Die Parteien der Sozialistischen Union können ihre Meinung nur im Exil frei äußern, aber unsere Stimmen werden in unseren unterdrückten Ländern gehört. Sie wissen doch, daß die Sozialdemokratie immer der Hauptfeind der kommunistischen Diktatur war und bleibt.

Wir bekämpfen nicht nur den Kommunismus, wir sind entschlossene Gegner jeder anderen Reaktion und Diktatur in unseren Ländern.

Unsere Völker, die den Hitler-Imperialismus ertragen mußten und unter dem russischen Imperialismus leiden, der auch die verruchte Herrenvolks-Ideologie von Hitler übernommen hat, hoffen, daß die Epoche der Imperia-

lismen aller Art abgeschlossen werden sollte. Wir arbeiten gemeinsam für eine demokratische Entwicklung unserer Völker, die die stärkste Garantie der Freiheit und des Friedens nicht nur bei uns, sondern auch in ganz Europa ist.

Wenn alle europäischen Völker keinen vernünftigen Weg für eine Vereinigung im Rahmen eines demokratischen Staatenbundes finden würden, wird die Freiheit aller Völker durch die russische kommunistische Tyrannei zerstört werden.

In der Hoffnung, daß die Bäume der Tyrannei nicht zum Himmel wachsen, haben wir eine Zuversicht, daß die wiedererstandene deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf für die Festigung der Demokratie in ihrem Lande erfolgreich fortführt.

Die Zeit der Theorien ist vorbei. Wir müssen auf einem festen Boden des Realismus stehen. Die Demokratie, die Freiheit der Völker und Freiheit jedes einzelnen Menschen zeigen den einzigen Weg zum Sozialismus, zum Frieden und zum Glück der Menschheit.

Die Vorboten des italienischen Sozialismus aus der Zeit von Guiseppo Mazzini hatten eine schöne Losung geprägt:

Uomini libri sone fratelli (Freie Menschen sind Brüder). Diese Losung sollte alle Völker Europas beseelen.

Es lebe die Freiheit der Völker und die Demokratie — politische und wirtschaftliche —, es lebe der Sozialismus!

Es lebe die SPD!

Es lebe der demokratische Bund der Völker Europas!

Vorsitzender Steinhoff: Nun spricht zu uns der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Hans Hedtoft. (Beifall.)

Hedtoft: Werte deutsche Genossen und Genossinnen! Im Namen der norwegischen, im Namen der schwedischen und im Namen der dänischen Sozialdemokratischen Partei habe ich die Ehre und die Freude, euch von diesen skandinavischen Parteien herzliche Grüße zu übermitteln. Nur einzelne skandinavische Vertreter sind hier anwesend. Ich kann euch aber versichern, daß Tausende und aber Tausende von skandinavischen Genossen in Gedanken hier sind, daß dieser deutsche Parteitag, daß eure Beschlüsse, daß der Weg, den ihr findet, mit größtem Interesse von allen nordischen Völkern und besonders von unseren nordischen Genossen verfolgt wird.

Viele von uns, die vom Norden kommen, haben vor der Hitlerzeit hier in Deutschland bei der alten Sozialistischen Arbeiterjugend und bei der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihre organisatorische und sozialistische Lehrzeit gehabt. Viele Kontakte und persönliche Freundschaftsverbindungen haben uns an das demokratische Deutschland, das war, gebunden. Hitler, sein Krieg, die deutsche Okkupation auch von zwei skandinavischen Ländern und alles das, was diese furchtbare Zeit mit sich gebracht hat, haben unsere Freundschaft auf eine harte Probe gestellt. Wir haben uns mit allen Kräften gegen das nationalsozialistische Deutschland gewendet, nie gegen das deutsche Volk als Ganzes, und die Verbindungen mit unseren deutschen Freunden haben wir aufrechterhalten. Wir haben es als unsere Pflicht angesehen, alle antinazistischen Kräfte zu unterstützen, und wir haben so schnell, wie es möglich war, nach dem Krieg dem demokratischen Deutschland die Hand gereicht. (Beifall.)

Alle haben wir uns gefreut, und wir freuen uns auch heute über die starke Entwicklung der deutschen Sozialdemokratischen Partei.

In dem Friedensprogramm, das von der nordischen Arbeiterbewegung aufgestellt ist, treten alle nordischen Parteien für die volle Gleichberechtigung Deutschlands ein. Unserer Auffassung nach wird es nicht möglich sein, ein lebenskräftiges Europa zu schaffen ohne ein freies und gleichberechtigtes Deutschland. (Starker Beifall.)

Ein freies demokratisches Deutschland kann aber unserer Auffassung nach auch nicht geschaffen werden ohne Zusammenarbeit mit dem übrigen freien demokratischen Europa und ohne Zusammenarbeit mit den progressiven, fortschrittlichen, den Frieden wollenden Kräften der United States.

Genossinnen und Genossen! Ich bringe euch allen die besten Wünsche unserer nordischen Parteien. Ich spreche die Hoffnung aus, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nun unter der Leitung des vorgeschlagenen neuen Vorsitzenden, unseres alten, treuen, international geprägten Freundes Erich Ollenhauer, sich entwickeln kann, so daß ihr deutschen Genossen, so daß ihr deutschen Sozialdemokraten die verantwortliche politische Leitung in Deutschland übernehmen könnt. In jedem Lande ist es die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, die Voraussetzungen für eine sozial gerechte Wirtschaft zu schaffen. Gleichzeitig ist es ihre Aufgabe, die Länder in einer internationalen Zusammenarbeit zusammenzuführen mit dem Ziel, Freiheit und Frieden aufrechtzuerhalten.

Ich wünsche ein gleichberechtigtes Deutschland, das unter sozialdemokratischer Führung mit aller Konsequenz, mit allen Vorteilen und Pflichten der Gleichberechtigung, sich Seite an Seite mit uns stellt im Kampfe für Freiheit und für Frieden, für Demokratie und für Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Ich gebe nunmehr einige schriftliche Grüße aus dem Ausland bekannt:

Die Sozialdemokratische Partei Belgiens wünscht der Konferenz gute Arbeit und viel Erfolg.

Anlässlich Parteitag Sozialdemokratischer Partei Deutschlands übersenden unsere brüderlichen Grüße. Verfolgen mit Anteilnahme Euren schweren mutigen Kampf für Sozialismus und Frieden. Wir wünschen dem Kongreß unserer großen Bruderpartei, der Partei Schumachers, vollen Erfolg zu seinen Arbeiten.

Sozialdemokratische Partei Italiens
Romita Zagari

(Beifall.)

Von der Sozialistischen Partei Luxemburgs liegt hier folgendes Schreiben vor:

Bezugnehmend auf Eure Einladung vom 9. August 1952 müssen wir Euch leider mitteilen, daß wir infolge der Tagung unseres außerordentlichen politischen Parteikongresses nicht an Eurem Parteitag vom 24. bis 28. September in Dortmund teilnehmen können.

Die Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei wünscht Eurem Parteitag einen vollen Erfolg besonders im Interesse des deutschen Sozialismus und des europäischen Sozialismus im allgemeinen. (Beifall.)

Fritz Segall schreibt:

Im Gedenken an Kurt Schumacher sendet die Vereinigung deutscher Sozialdemokraten aus London Parteitag und neuem Vorsitzenden herzliche Grüße. Mit Euch verbunden wünschen wir vollen Erfolg für Bundestagswahl. Es lebe unsere große Partei.

Genossinnen und Genossen! Damit sind die ersten Begrüßungsansprachen der Vertreter unserer Bruderorganisationen für heute abgeschlossen. Erfreulicherweise ist noch eine Reihe von Vertretern, zum Teil aus früheren Zusammenkünften bekanntgeworden, ausländischer Parteien hier anwesend. Wir haben mit ihnen in Anbetracht der Tagesordnung, die wir noch erledigen müssen, vereinbart, daß sie morgen mittag während der Debatte zu uns sprechen werden. Einige werden auf der großen Schlußkundgebung am Sonntagmittag zu uns sprechen.

Ich möchte nicht unterlassen, die uns mündlich und schriftlich übermittelten Grüße und Wünsche der ausländischen Organisationen herzlichst zu erwidern, den Organisationen unseren herzlichsten Dank auszusprechen und zu versprechen, daß wir nach wie vor gemeinsam zusammenarbeiten werden im Interesse des Sozialismus und getreu unserer gemeinsamen Idee! (Beifall.)

Wir treten in die Beratung der Tagesordnung ein und kommen zunächst zur

Vorlage 1, Vorschlag für die Tagesordnung.

Vorlage Nr. 1 liegt Ihnen vor. Sie sieht vor, daß wir morgen das Referat Ollenhauer entgegennehmen, über das Referat diskutieren und am Freitag den Organisationsbericht des Parteivorstandes entgegennehmen. Der Parteivorstand schlägt Ihnen im Benehmen mit Parteiausschuß und Kontrollkommission vor, den Arbeitsplan dahingehend zu ändern, daß wir am Freitag nicht die Arbeitsberichte des Parteivorstandes hören, sondern uns vom Genossen Willy Eichler über das Aktionsprogramm berichten lassen, damit wir schon am Freitag über das Aktionsprogramm diskutieren und einer noch zu bildenden Kommission die Möglichkeit geben können, das Ergebnis der vorliegenden Anträge der Diskussion am Samstag oder Sonntag uns zur Beschlußfassung vorzulegen. Es wird also beantragt, damit einverstanden zu sein, am Freitag nicht die Arbeitsberichte des Vorstandes, sondern den Bericht Eichler auf die Tagesordnung zu setzen. Bestehen Bedenken? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle also fest, daß der Parteitag einstimmig mit dieser Änderung einverstanden ist. Der übrige Ablauf des Parteitages bleibt also entsprechend Vorlage 1 bestehen.

In Verbindung mit diesem Vorschlag ist vom Parteivorstand, Parteiausschuß und der Kontrollkommission beschlossen worden, zu empfehlen, zur gründlichen Durcharbeitung des vorliegenden Aktionsprogramms eine Kommission zu bilden. Der Parteivorstand hat von sich aus einige namentliche Vorschläge gemacht. Die Bezirke sollen noch Vorschläge machen. Mir liegen bisher keine Vorschläge der Bezirke vor. Jetzt hat Genosse Ollenhauer das Wort.

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen!

Genosse Fritz Steinhoff hat schon darauf hingewiesen, daß Parteivorstand und Parteiausschuß den größten Wert darauf legen, daß der Parteitag genügend Zeit für die Diskussion über den Entwurf des Aktionsprogramms hat. Wir haben deshalb — wie eben beschlossen — den Bericht von Willy Eichler auf Freitag vorverlegt. Darüber hinaus möchten wir aber noch ein Stück weitergehen und dem Parteitag vorschlagen, daß wir heute abend eine besondere Redaktionskommission wählen, die die Aufgabe hat, sich mit den vorliegenden Anträgen zum Aktionsprogramm und selbstverständlich mit den Resultaten der Aussprache am Freitag zu beschäftigen. Wir schlagen die Einsetzung einer Redaktionskommission schon heute vor, weil wir der Meinung sind, daß diese Redaktionskommission sich schon vor Freitag ein

Arbeitsprogramm machen sollte, damit die Genossen und Genossinnen dieses Ausschusses bis Freitag, insbesondere aber am Samstag in der Lage sind, die sachlichen Anregungen zum Entwurf des Aktionsprogramms durchzuarbeiten mit dem Ziele, daß uns am Sonntagvormittag ein Schlußbericht dieser Redaktionskommission vorliegt, der uns in die Lage versetzt, dieses Aktionsprogramm auf diesem Parteitag zu verabschieden. Parteivorstand und Parteiausschuß legen auf diese Erledigung aus praktischen politischen Gründen den größten Wert.

Genossinnen und Genossen! Wir wissen nicht, wann die nächsten Bundestagswahlen stattfinden werden. Wir wissen aber, daß dieser Bundestagswahlkampf die schwerste und entscheidendste Aufgabe unserer Partei nach 1945 sein wird und daß wir mit den Vorbereitungen für diesen Wahlkampf nicht nur organisatorisch, sondern auch politisch rechtzeitig beginnen müssen. Hinzu kommt, daß am 9. November auch in drei Ländern der Bundesrepublik, nämlich in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahlen stattfinden, die nach Lage der Dinge weit über den kommunalpolitischen Charakter dieser Wahlen hinausgehen. Wir glauben, daß es für die Schlagkraft der Partei unerläßlich ist, daß wir schon in diesen Wahlkampf mit einem von diesem Parteitag beschlossenen Aktionsprogramm an die Arbeit gehen können. Wir sind auch nach gründlicher Prüfung der vorliegenden Anträge der Überzeugung, daß es angesichts der Tatsache, daß es in der Partei über den Entwurf des Aktionsprogrammes grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht gibt, möglich ist, bei einer intensiven Arbeit des Parteitages bis zum Schluß des Parteitages ein Programm zu beschließen, das jeder Delegierte als eine gute Grundlage akzeptieren kann.

Wir haben für die Zusammenstellung dieses Aktionskomitees folgende Überlegung angestellt: Wir wollen die Genossinnen und Genossen berücksichtigen, die teils als Mitglieder des Parteivorstandes und teils als Mitarbeiter in der Vorbereitenden Kommission bereits sehr aktiv an der Vorarbeit beteiligt waren. Auf der anderen Seite möchten wir die Bezirke durch je einen Genossen berücksichtigt wissen, die durch die vorliegenden Anträge oder durch die Diskussion in ihren Bezirken ein besonders starkes Interesse an diesen Fragen bewiesen haben oder sehr wichtige sachliche Beiträge geliefert haben. Es kommt also darauf an, in diesem Ausschuß möglichst alle Anregungen und Arbeitsmöglichkeiten zur Geltung zu bringen. Unter diesem Gesichtspunkt schlägt der Parteivorstand vor, eine Redaktionskommission einzusetzen, die aus folgenden Mitgliedern besteht:

Eichler, Gayk, Gotthelf, Dr. Koch, Dr. Menzel, Prof. Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Dr. Veit, Herbert Wehner. Dazu kommt noch je ein Genosse aus folgenden Bezirken: Hamburg: Prof. Schiller; Hannover: Dr. Diederichs; Schleswig-Holstein: Eugen Lechner; Südwest: Alex Möller; Berlin: Willy Brandt; Nordrhein-Westfalen: Hermann Herberts; Bayern: Georg Kurlbaum; Hessen-Süd: Walter Hesselbach.

Wir glauben, daß wir damit eine Arbeitsgemeinschaft haben, die uns Gewähr dafür bietet, daß alle Anregungen richtig verwertet werden, und die in der Lage ist, die Bearbeitung der Anträge so vorzunehmen, daß wir am Ende dieses Parteitages einen Schlußbericht über die Aussprache und über die Kommissionsberatungen bekommen, der die Zustimmung des gesamten Parteitages finden kann. Wir bitten daher, diesen Vorschlag anzunehmen.

Vorsitzender Steinhoff:

Wird weiter das Wort gewünscht? — Bestehen Bedenken, den Vorschlag Ollenhauer zu beschließen? — Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle einstimmige Zustimmung fest.

Wir kommen zur

Vorlage Nr. 2

Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitag.

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Bestehen Bedenken, diese Geschäftsordnung anzunehmen? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle fest, daß Sie einstimmig mit Vorlage Nr. 2 einverstanden sind.

Wir kommen zur

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Rudolf Freidhof, Kassel: Wir schlagen vor: Schleswig-Holstein: Paul Dölz; Braunschweig: Heini Edler; Berlin: Alex Völker; Bielefeld: Benz; Südwest: Steffi Restle; Franken: Heinz Schmude; Pfalz: Gustav Hochwerther; Rheinhessen: Emil Lang und schließlich Alfred Nau.

Sind Sie mit dem Vorschlag einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Ich stelle fest, daß Sie einstimmig zugestimmt haben.

Mir wird soeben mitgeteilt, daß die Redaktionskommission sich heute abend im Heidekrug zusammenfindet, um den Arbeitsplan zu beschließen. Unsere Beratungen beginnen morgen früh pünktlich 9 Uhr. Für heute sind die Beratungen geschlossen.

Schluß des 1. Verhandlungstages.

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

Donnerstag, den 25. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Ich eröffne die heutige Verhandlung des Parteitages, Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich einige kurze Mitteilungen zu machen:

1. Die Ordner haben die Verpflichtung, sich beim Verlassen und Eintreten in den Saal das Mandat oder den Ausweis vorzeigen zu lassen. Ich bitte Sorge zu tragen, daß das ohne Diskussion geschieht und nicht in jedem einzelnen Falle immer erst eine Aufforderung gegeben werden muß.

2. Eine weitere Bitte ist, das Rauchen soweit wie möglich einzustellen.

3. Eine Genossin hat eine Brille mit Rand verloren. Es wird gebeten, sie hier abzugeben.

Schließlich bitte ich, das Verteilen von Material während der Rede des Genossen Ollenhauer einzustellen.

Die Mandatsprüfungskommission tritt nach der Rede des Genossen Ollenhauer auf der Rosenterrasse zusammen.

Wir kommen zur eigentlichen Tagesordnung, und zwar zu Punkt 2:

Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordringlichstes Ziel sozialdemokratischer Politik.

Ich bitte den Genossen Ollenhauer, das Wort zu nehmen. (Beifall.)

Erich Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen!

Der Ausgangspunkt für jede sozialdemokratische Politik sind die durch Krieg und Nachkriegszeit in Deutschland und Europa geschaffenen Gegebenheiten.

Das vordringlichste Ziel ist die Schaffung eines geeinten, freien, demokratischen und sozialen Deutschlands in einem Europa von Freien und Gleichen.

Ohne die Sicherung der nationalen Existenz unseres Volkes wie die jedes anderen Volkes ist weder der Aufbau eines lebensfähigen Europas noch die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus möglich.

Wir vergessen das unendliche Leid nicht, das Krieg und Hitler-Diktatur über Millionen unschuldiger Menschen in unserem Volk und in anderen Völkern gebracht hat, wenn wir feststellen, daß die verhängnisvolle Folge der Katastrophe von 1945 die Zerstörung der nationalen Einheit des deutschen Volkes durch die geographische und politische Spaltung Deutschlands ist.

Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und unsere Mitarbeit in ihr sind vor unserem Gewissen und vor der Geschichte nur zu rechtfertigen, wenn die Bundesrepublik im Hinblick auf die deutsche Einheit in unserem Bewußtsein und in unserem Handeln stets als Provisorium lebendig bleibt. (Beifall.)

Jeder Schritt und jede Maßnahme, die wir über die unumgängliche Ordnung der Dinge im Gebiet der Bundesrepublik innen- und außen-

politisch unternehmen, müssen bestimmt werden vom Bewußtsein der Verantwortung für das ganze Deutschland, für Berlin, für die Sowjetzone, für das Gebiet hinter Oder und Neiße und für die Saar.

Wir haben viele Bekenntnisse zur deutschen Einheit, wir haben einstimmige Beschlüsse des Bundestages, aber wir haben trotzdem eine tiefe Unruhe im deutschen Volk. Sie resultiert nicht in erster Linie aus der kommunistischen Propaganda für die deutsche Einheit. Sie ist in Wahrheit die Folge der praktischen Politik der gegenwärtigen Bundesregierung und einflußreicher, hinter ihr stehender Kräfte. (Beifall — Sehr gut!)

Die Außenpolitik der Bundesregierung ist nur verständlich, wenn man von der Annahme ausgeht, daß für sie die Teilung Deutschlands für eine absehbare Zeit eine unabänderliche Tatsache ist. (Sehr richtig!) Fünfzigjährige Bindungen eines Teiles Deutschlands an internationale Verträge, wie den Schumanplan, sind unvereinbar mit dem im Hinblick auf Gesamtdeutschland provisorischen Charakter unserer Bundesrepublik. (Beifall.)

Ich mache den Bundeskanzler oder die Bundesregierung nicht verantwortlich für eine so schamlose Bemerkung, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine gesamtdeutsche Einigung gesamtdeutsches Elend bedeuten würde (Hört, hört!), aber es ist bemerkenswert, daß solche Äußerungen aus Kreisen kommen, die sich uns gegenüber immer als die besseren Europäer herausstreichen. (Sehr gut!) Was kann Europa von Männern erwarten, die nicht einmal bereit sind, für die Einigung der eigenen Nation Opfer auf sich zu nehmen. (Sehr gut! — Beifall.)

Die deutsche Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß kein Opfer zu groß ist, wenn es sich darum handelt, nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit das wirtschaftliche und soziale Tief, das durch die Ausbeutungspolitik der Sowjets in der Sowjetzone entstanden ist, durch alle notwendigen materiellen Leistungen aus dem Westen wieder aufzufüllen. (Beifall.)

Außer der undiskutablen Sowjetisierung Deutschlands sind zwei Lösungen für uns unannehmbar. Die erste ist der Versuch, sich mit dem Status quo, mit der Existenz von zwei selbständigen Staatsgebilden auf deutschem Boden, abzufinden und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik de facto anzuerkennen. Es ist vom Standpunkt bestimmter Kreise des deutschen Unternehmertums keine schlechte Lösung, hier im restaurierten Westen zu leben, aber die Gewinnmöglichkeiten aus Geschäften mit der Sowjetzone auszunutzen. (Sehr gut!) Das mag ein erträgliches Verfahren für die Beteiligten sein, aber es ist weder eine nationale noch eine deutsche Lösung.

Die zweite Vorstellung ist der Gedanke, im Falle einer Überwindung der Spaltung die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege des Anschlusses der Sowjetzone an die Bundesrepublik zu betreiben, d. h. die einfache Gleichschaltung der Sowjetzone mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik von heute.

Es gibt nur eine unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau eines einheitlichen Deutschlands, nämlich die Herstellung von freiheitlichen und demokratischen Zuständen in allen Teilen Deutschlands, freie Wahlen und Freiheit der Person. Die politische und vor allem die ökonomische Gestaltung des neuen geeinten Deutschlands ist ausschließlich die Aufgabe des neuen frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments. (Lebhafter Beifall.)

Wir Sozialdemokraten lehnen es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der Sowjetzone als Sozialisierung zu betrachten, aber wir lehnen mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung des Großbesitzes (Lebhafte Zustimmung) und der Restauration früherer Verhältnisse ab.

Ein frei gewähltes deutsches Parlament wird nicht nur vor der Aufgabe stehen, in der jetzt von den Sowjets besetzten Zone menschenwürdige Zustände für alle zu schaffen, es wird auch seine Aufgabe sein, die Entwicklung in der jetzigen Bundesrepublik in der Richtung auf eine demokratische und sozialistische Ordnung voranzutreiben. (Lebhafter Beifall.) Wir haben in der letzten Woche eine Diskussion über die Frage gehabt, ob man eine Delegation aus Pankow empfangen soll oder nicht.

Das merkwürdige Argument für den Empfang war, man müsse durch den Empfang unter Beweis stellen, daß man die Einheit wolle und daß man bereit sei zu einem Gespräch unter Deutschen.

Sprechen wir nicht von der moralisch-menschlichen Seite. Kann man wirklich mit Männern reden, die als Verhandlungspartner nichts anderes mitbringen, als daß sie die Verantwortlichen für das Diktatorsystem hinter dem Eisernen Vorhang, für die Schrecken von Bautzen und Aue sind und den Vorkämpfern der Freiheit zu Tausenden Freiheit und Leben geraubt haben? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Sprechen wir lieber von der politischen Seite.

Wir sind jederzeit bereit, mit Vertretern der Deutschen aus der Sowjetzone zu reden, aber nur mit Männern und Frauen, die sich durch freie Wahlen als frei gewählte Vertrauensleute legitimieren können. (Lebhafter Beifall.)

Jeder andere Weg, jede Fühlungnahme mit den Repräsentanten des Pankower Diktatorsystems führt zu den sogenannten Gesamtdeutschen Gesprächen, die kein Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, sondern ausschließlich ein Instrument der kommunistischen Zersetzungs politik im Westen sein würden.

Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt nicht bei den Gefangenenerwärttern in Pankow, er liegt bei dem Hausherrn in Moskau. (Sehr richtig!)

Der erste und wichtigste Prüfstein für die Stärke des Willens zur deutschen Einheit ist praktische Politik, insbesondere das Verhältnis zu Berlin.

Aber die Sicherung und Erhaltung Berlins als eines lebensfähigen Vorpostens der deutschen und der europäischen Demokratie ist eine immer von neuem gestellte Aufgabe, vor allem für die deutsche Politik.

Es kommt nicht in erster Linie darauf an, wo und was über Berlin gesprochen wird, es kommt darauf an, was für Berlin praktisch getan wird.

Die Gefahr für die Existenz und die Lebensfähigkeit dieser Stadt, für die Hauptstadt der kommenden deutschen Republik ist noch nicht vorüber. Berlin liegt in der vordersten Front des Kalten Krieges. Die Berliner, die ihre großartige moralische Kraft, ihren Mut und ihre Entschlossenheit so oft unter Beweis gestellt haben, haben ein Recht darauf, daß die Bundesrepublik ihnen in noch höherem Maße als bisher die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gewährt, die sie brauchen, um auf die Dauer den Gefahren der wirtschaftlichen und politischen Isolierung begegnen zu können. Dreihunderttausend Arbeitslose, die Notlage der Rentner und Unterstützungsempfänger, die schwierige Lage der Berliner Wirtschaft im ganzen, sind eine ständige Mahnung an uns hier in der Bundesrepublik. Es gibt kein stichhaltiges Argument, mit dem die notwendige Hilfe verweigert werden könnte.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß die Frage der deutschen Einheit nur gelöst werden kann durch eine Vereinbarung zwischen den vier Besatzungsmächten. So entschieden wir gegen jeden Kontakt mit den Pankower Hilfstruppen des Kremls sind, so entschieden fordern wir Viermächteverhandlungen über Deutschland.

Seit einem halben Jahr, seit der Märznote der Sowjetunion, ist dieses Viermächtegespräch in Gang. Die Bundesrepublik ist keiner der eigentlichen Partner in diesem Gespräch, aber sie ist uns selbst im Rahmen der uns gegebenen geringen Möglichkeiten zu passiv. Wir hätten gewünscht, die Bundesregierung hätte auch nur einen Bruchteil ihrer außenpolitischen Aktivität, die sie bei den Verhandlungen über die westeuropäischen Vertragswerke an den Tag gelegt hat, der Frage der deutschen Einheit zugewendet. (Lebhafter Beifall.)

Der Bundestag hat am 10. Juli dieses Jahres auf sozialdemokratischen Antrag einstimmig den Beschluß gefaßt, die Bundesregierung aufzufordern, den vier Besatzungsmächten in aller Form den Wunsch nach baldiger Einberufung einer Viermächtekonferenz zu unterbreiten. In der vorigen Woche erhielten die Mitglieder des Bundestages eine Mitteilung des Staatssekretärs Hallstein, datiert vom 11. August, man habe den Beschluß des Bundestages den Hohen Kommissaren mitgeteilt. „Es gibt keine deutlichere Demonstration für die Lauheit der Bundesregierung in der Ausführung der Beschlüsse des Bundestages als in diesem Fall.“

Bei den vier Besatzungsmächten wird die gleiche Frage zuerst unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen nationalen und internationalen Interessen gesehen. Das gilt nicht nur für die Sowjetunion. Das Interesse an der Wiederherstellung eines geeinten Deutschland ist bei den verschiedenen Besatzungsmächten verschieden groß. Die Rangordnung, die man dem deutschen Problem in der Skala der internationalen Probleme der einzelnen Besatzungsmächte zuweist, ist sehr unterschiedlich.

Wir können solche Überlegungen der Alliierten verstehen, aber sie können und dürfen nicht die Richtlinie für unsere eigene Aktivität in dieser Frage sein, wenn das Bekenntnis zur deutschen Einheit nicht als ein blasses, blutleeres Lippenbekenntnis erscheinen soll.

Es handelt sich nicht um die Frage einer aggressiven oder behutsamen Außenpolitik der neuen deutschen Demokratie, es handelt sich darum, daß jetzt — im Zeitalter der Partnerschaft, wie man uns sagt — die deutsche Politik in der Frage der deutschen Einheit nicht in erster Linie aufgebaut werden kann auf den Interessen und nationalen und internationalen Bedürfnissen der drei westlichen Besatzungsmächte.

Die Frage der deutschen Einheit ist nicht nur eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Angesichts der Entwicklung seit 1946 kann niemand bestreiten, daß die Spaltung Deutschlands zugleich die Spaltung Europas und der Welt bedeutet. Wir erfüllen daher ein europäisches und ein internationales Anliegen, wenn wir für die Einheit Deutschlands in Freiheit kämpfen.

Wir brauchen uns dabei wirklich nicht gegen den Verdacht zu verteidigen, unser Drängen nach einer Viererkonferenz entspringe einer Sympathie für das Sowjetregime oder einer Spekulation mit der Möglichkeit des Ausspiels des Ostens gegen den Westen.

Die europäische Demokratie hat heute einen ihrer stärksten Stützpunkte in Deutschland, wo die sozialistische Arbeiterbewegung seit dem Ende des ersten Weltkrieges einen ununterbrochenen kompromißlosen Kampf gegen den Kommunismus geführt hat.

Was die Sowjetunion als internationalen Verhandlungspartner angeht, so wollen wir doch auch nicht vergessen, daß dieselbe Sowjetunion von den Westmächten als bündnisfähig angesehen wurde, als der Westen in einem Kampf auf Leben und Tod gegen den deutschen Hitlerismus stand. Und daß heute noch die Freundschaftsverträge zwischen Frankreich und Eng-

land auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen in Kraft sind.

Die Fragen der inneren Ordnung eines Staates und der moralischen und politischen Bewertung der einzelnen Verhandlungspartner stehen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht zur Diskussion.

Die einzige Frage ist, ob es möglich ist, auf dem Wege von Verhandlungen der vier Besatzungsmächte — der einzig denkbare Weg einer friedlichen Lösung — zur deutschen Einheit zu kommen. Keine Einheit um jeden Preis. Ein geeintes Deutschland als Volksdemokratie und als sowjetisches Protektorat lehnen wir ab, denn das wäre der Weg in die Knechtschaft und in den Krieg. Es wäre der Weg über München und Wien nach Prag im Jahre 1939.

Hier und heute wünschen wir gerade im Hinblick auf die gestern veröffentlichte Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion an Stelle eines endlosen fruchtlosen Notenwechsels den Versuch einer Viererkonferenz. Es ist klar, daß der erste Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die Durchführung und Sicherung von freien Wahlen in allen vier Zonen und in Berlin sein muß. Aber wenn die Sowjets jetzt in ihrer letzten Note mehrere Tagungsordnungspunkte vorschlagen und die Diskussion über die freien Wahlen an den Schluß dieser Liste setzen, so soll man nicht auf dem Notenwege über die Reihenfolge der Tagungsordnung, sondern am Verhandlungstisch die Reihenfolge der Aktion diskutieren. (Lebhafter Beifall.)

Die sozialdemokratische Forderung ist und bleibt die baldige Einberufung einer Viermächtekonferenz mit dem festen Willen, am Konferenztisch die Möglichkeiten der Lösung des Problems der deutschen Einheit ernsthaft zu untersuchen. Bedauerlich ist vom nationalen Standpunkt, daß die Sozialdemokratische Partei in dieser Forderung nach einer Viermächtekonferenz gegenüber der Bundesregierung allein steht. Die Bundesregierung hat vor einigen Tagen den Text der Antwortnote der drei Westmächte gebilligt. Ich muß sagen, daß das nicht überrascht. In der Verhandlung mit dem Bundeskanzler stellte sich heraus, daß es in dieser Diskussion über die Lebensfrage, insbesondere über die deutsche Einheit, keine Übereinstimmung zwischen dem Bundeskanzler und der sozialdemokratischen Opposition gibt.

Dann diskutiert man über den Preis, den man für die Verständigung mit der Sowjetunion über die deutsche Frage zahlen muß. Man sagt, die Sowjets könnten doch niemals den von ihr besetzten Teil Deutschlands aufgeben ohne eine Gegenleistung. Ist diese Diskussion wirklich so real, wie sie auf den ersten Blick scheint?

Wenn es zu einer Verständigung über die Einheit Deutschlands in Freiheit kommt, dann ist doch nicht nur für das deutsche Volk unendlich viel gewonnen, sondern ebensoviel für den Frieden der Welt. Dann ist einer der gefährlichsten Spannungspunkte in der internationalen Politik entschärft.

Der Aufbau der westlichen Verteidigung basiert doch in hohem Maße auf der Tatsache der durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Spannung. Fällt sie weg, dann schafft sie eine neue Lage in den Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Hat man sich über die deutsche Frage einigen können, dann kann und muß man gemeinsam auch über die sich daraus ergebenden Konsequenzen reden, und die neugewählte deutsche Regierung wäre ein gleichberechtigter Partner in diesem Gespräch.

Es ist auch nicht einzusehen, warum man eine solche Scheu vor einer Konferenz hat. Selbstverständlich trägt sie in sich das Risiko des Scheiterns.

Aber auch jede andere Politik hat ihr Risiko. Und warum ist die Politik der Geduld, die die Vereinigten Staaten in den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea betreiben, nicht auch anwendbar für die Politik in Europa? (Beifall.) Hier geht es ja schließlich mindestens um die 18 Millionen Menschen, die in der Sowjetzone zu befreien sind, um 18 Millionen Gefangene des Kalten Krieges. (Zustimmung.) Außerdem: die Frage des Zustandekommens oder des Nichtzustandekommens dieser Konferenz kann bei der gegenwärtigen Weltlage mitentscheidend sein für die schicksalsschwerste Entscheidung der Mächtigen dieser Welt über Krieg oder Frieden. (Sehr gut!)

Die Erhaltung des Friedens ist aber für unser Volk die Lebensfrage. Von ihr hängt unsere Existenz als Staat und Nation ab.

Dabei wissen wir selbstverständlich, daß die Diskussion über eine Viererkonferenz nicht im luftleeren Raum stattfindet. Sie wird geführt in einer Welt, in der der Expansionsdrang der Sowjets und der Selbsterhaltungs- und Verteidigungswille der freien Völker aufeinanderstoßen. Die westliche Aufrüstung ist die Folge der russischen Expansionspolitik in Osteuropa nach 1946. In dem Willen zur Erhaltung und zur Verteidigung ihrer Freiheiten sind sich die deutschen Demokraten und Sozialdemokraten mit den Demokraten des Westens einig. Wir Sozialdemokraten wissen vor allem, daß es ohne die Erhaltung der demokratischen Freiheiten keine Zukunft für eine freie Arbeiterbewegung und keinen freiheitlichen Sozialismus geben kann. Diese Erkenntnisse haben von Anfang an unseren politischen Standort in der Auseinandersetzung zwischen sowjetischem Totalitarismus und westlicher Demokratie eindeutig an der Seite des demokratischen Westens bestimmt. Er wird sich nicht ändern. (Lebhafter Beifall)

Die Differenzen, um die es jetzt geht, beginnen erst in der Diskussion über die Konsequenzen, die sich in Hinblick auf die besondere deutsche Situation daraus ergeben. Es kann jedenfalls heute kein Zweifel darüber bestehen, daß es ein verhängnisvoller Fehler der amerikanischen Politik war, als sie im Jahre 1950 die Frage der Beteiligung des gespaltenen und machtlosen, unter der Besatzungsgewalt der Siegermächte lebenden Deutschlands an der militärischen Verteidigung der westlichen Welt aufwarf, und noch verhängnisvoller für die deutsche und die europäische Politik war das Angebot eines militärischen Beitrags durch den deutschen Bundeskanzler vom August 1950. (Sehr richtig!) Die Sache der freien Völker hat nichts mit diesem unglückseligen Start der Diskussion gewonnen, aber der Aufbau eines lebensfähigen, umfassenden Europas ist heute in ernster Gefahr.

Die gegenwärtige Unmöglichkeit einer gemeinsamen deutschen Außenpolitik von Regierung und Opposition liegt nicht in taktischen Differenzen, sie liegt im Grundsätzlichen. Mit dem Augenblick der Konstituierung der Bundesrepublik im Herbst 1949 und mit dem Beginn einer ersten außenpolitischen Aktivität der Bundesregierung mußte es einen ersten und unantastbaren Grundsatz dieser Außenpolitik geben. Das Provisorium Bundesrepublik darf keine — wie immer gearteten — internationalen Verpflichtungen auf Vertragsbasis eingehen, die durch deutsche Entscheidung die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren oder erschweren könnten. (Lebhafte Zustimmung.)

Schon die Unterzeichnung des Petersberg-Abkommens war ein erster Schritt in der falschen Richtung. Dann kam die Einladung an die Bundesrepublik, dem Europarat als assoziiertes Mitglied beizutreten. Wir haben darüber ausführlich auf unserem Hamburger Parteitag gesprochen. Inzwischen ist die Bundesrepublik Mitglied des Ministerrats und damit neben den anderen Mitgliedstaaten gleichberechtigt. In einem anderen entscheidenden Punkt aber, der damals für unsere Ablehnung eine große Rolle

spielte, sind unsere Befürchtungen in vollem Umfang eingetroffen. Die gleichzeitige Einladung an das Saargebiet, unter denselben Bedingungen wie die Bundesrepublik dem Europarat beizutreten, hat in Straßburg zu einer De-facto-Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar geführt.

Die Konsequenzen dieser damaligen Entscheidung der Mehrheit des Bundestages haben wir zuletzt in der vorigen Woche in Straßburg bei der Behandlung des Antrags der deutschen Delegierten zur Saarfrage erlebt. Die Mehrheit der Versammlung hat eine Diskussion über die Zustände an der Saar als „politisch inopportun“ bezeichnet, und der Antrag ist zunächst im Ausschuß verschwunden. (Hört, hört!)

Ebenso ernst hat sich die Ignorierung der deutschen Interessen in bezug auf die deutsche Einheit im Zusammenhang mit dem Schumanplan ausgewirkt. Er bindet den entscheidenden Teil des westdeutschen wirtschaftlichen Potentials an die kleineuropäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Er sanktioniert de facto — trotz allem Briefwechsel — die wirtschaftliche Annexion des Saargebiets durch Frankreich. Eine materielle Änderung dieses Zustandes ist nach französischer Auffassung unmöglich, weil es das wirtschaftliche Gleichgewicht der Kräfte in der Montan-Union zugunsten Deutschlands verschieben würde. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes ist für Frankreich eine Bedingung für seine Mitarbeit im Schumanplan geworden.

Ein anderer Gesichtspunkt! Im Falle der Einigung Deutschlands wird die Stahl- und Kohleproduktion der Sowjetzone nicht automatisch in den Bereich der Montanunion einbezogen. Ihre Aufnahme bedarf der Zustimmung aller Vertragspartner. Das heißt: Alle Befürchtungen, die die sozialdemokratischen Redner in der Ratifizierungsdebatte in dieser Richtung vorgebracht haben, haben sich bestätigt. Die deutsche Vorleistung auf Kosten der deutschen Einheit ist offensichtlich.

Die vorläufige Krönung wird diese Politik der Außerachtlassung wichtiger deutscher Interessen in bezug auf die deutsche Einheit finden, wenn der Generalvertrag und der EVG-Vertrag ratifiziert werden sollten. Ich will hier nicht im einzelnen die Unannehmbarkeit des Generalvertrags und des EVG-Vertrags nachweisen. Unser Widerstand gegen die Eingliederung der Bundesrepublik in das westeuropäische Verteidigungssystem ist nicht begründet in einer grundsätzlichen Verweigerung der Teilnahme an der Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Wir berufen uns auch nicht auf die Argumente der Pazifisten. — Wir wenden uns gegen den konkret vorliegenden Plan der Verteidigung, der hier allein zur Entscheidung steht.

Eine Gemeinschaft zur Verteidigung muß aufgebaut sein auf dem Prinzip des gleichen Risikos und der gleichen Chancen für alle. Sie muß aufgebaut sein auf dem gleichen Recht der Mitbestimmung in allen entscheidenden Fragen der Politik und der Strategie, die über Leben und Tod der jungen Menschen entscheiden, denen wir den Dienst in der Verteidigungsgemeinschaft zumuten sollen.

Keine dieser beiden Voraussetzungen ist in dem zur Diskussion stehenden Vertragssystem mit seiner Unterordnung unter das Atlantikpakt-System gegeben.

Der Generalvertrag gibt der deutschen Regierung keine echten Zuständigkeiten in allen Fragen, die die deutsche Einheit betreffen. Sie kann auf diesem Gebiet auch nach dem Inkrafttreten des Vertrages nur aktiv werden durch die Botschafter oder die Botschafterkonferenz der drei Westmächte. Der EVG-Vertrag bindet die Bundesrepublik nach der militärischen Seite. Die Bundesrepublik soll aktiv teilnehmen an einem Verteidigungs-

system, das Schutz bieten soll gegen die Gefahr einer sowjetischen Aggression, eines Landes also, das gleichzeitig eine der deutschen Besatzungsmächte ist.

Was immer die Auswirkungen dieser europäischen Verteidigungsgemeinschaft für die internationale Politik sein mögen, die Wirkung für Deutschland in der Richtung einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands und der Erschwerung der deutschen Einheit ist unvermeidlich.

Das Resultat dieser Politik der Bundesregierung ist, daß wir in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit in höherem Maße Objekt der Politik der Besatzungsmächte geblieben sind, als wir es zu sein brauchten.

Die Politik des „Sich-ausreifen-Lassens“, des, wie man es heute nennt, „Ausklammerns“ von schwierigen Problemen hat sich in unserem Falle als eine Politik der ununterbrochenen deutschen Vorleistungen erwiesen. (Sehr richtig!)

Der zweite grundsätzliche Einwand gegen die Außenpolitik der Bundesregierung bezieht sich auf den Komplex der sogenannten Partnerschaft. Der Generalvertrag soll ein neues Stadium der Beziehungen zwischen den Deutschen und den Besatzungsmächten einleiten. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist in Wirklichkeit ein Kompromiß zwischen der bisherigen Besatzungspolitik und einer Erweiterung der Rechte der Selbstverwaltung der Deutschen. Man hat ganz offensichtlich nach dem Grundsatz gehandelt: „So viel Besatzungsrecht wie möglich und nur so viel deutsche Selbständigkeit wie absolut unvermeidbar“. (Sehr gut!)

Man kann die Ursachen für dieses Kompromiß erklären und verstehen. In der kurzen Spanne von sieben Jahren ist nicht alles vergeben und vergessen, was im Namen Deutschlands anderen Völkern zugefügt wurde, und manche Erscheinungen in der Bundesrepublik erfüllen nicht nur Ausländer mit Sorge über die Stabilität der deutschen Demokratie. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben deshalb hier keine Vorwürfe zu erheben. Wir sind aber der Meinung, daß man nicht beides haben kann. Auf der einen Seite die vertragliche Verankerung von vielleicht begreiflichen Sicherungsmaßnahmen der Besatzungsmächte und auf der anderen Seite die Verpflichtung zum letzten Einsatz, den ein Volk geben kann, den Einsatz von Menschen.

Die Freiheit kann mit Aussicht auf Erfolg nur von freien Menschen verteidigt werden. Eine übernationale Armee, wie man sie jetzt anstrebt, kann nur existieren und im Ernstfall kämpfen, wenn sie von gegenseitigem Vertrauen und von vollem Respekt des einen vor dem anderen getragen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Die deutsche Außenpolitik kann nicht alle europäischen und internationalen Probleme, die der Krieg und die Nachkriegszeit aufgeworfen haben, auf ihre Schultern nehmen. Aber da, wo man ihren Beitrag verlangt, wo man ihn verlangt als Partner in der neuen Ära, da muß die Frage der echten Partnerschaft vor dem Vertragsabschluß ausgehandelt und ausgekämpft werden. (Lebhafte Zustimmung) Das ist nicht geschehen.

Es geht uns in diesen Lebensfragen der Nation nicht um Rechthaberei oder um Opposition um der Opposition willen. Wir sind der Meinung, daß in den letzten zwei Jahren die alliierte und die offizielle deutsche Außenpolitik eine große Chance für die Sache der Demokratie verspielt haben. (Sehr richtig!) Am deutschen Beispiel hätte man vor der Welt und vor allem vor den unterdrückten Völkern in Osteuropa die Überlegenheit der demokratischen und westlichen Vorstellungs- und Lebenswelt demonstrieren können. Hier liegt doch die große Möglichkeit. Die Sowjets behaupten sich in Osteuropa und in der Sowjetzone nur mit einem System von Unter-

drückung und Gewalt. Wenn auf der anderen Seite die amerikanische Politik der Sammlung der Kräfte des westlichen Europas begonnen hätte mit dem entschlossenen Versuch, ihre westeuropäischen Partner zu gewinnen für eine großherzige und großzügige Politik der echten Partnerschaft gegenüber dem freien Teil Deutschlands, wenn den Menschen hier eine echte Wende zum Bewußtsein gekommen wäre, dann stünden wir heute in der ideologischen und politischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus mit größerer Anziehungskraft da, als es tatsächlich der Fall ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch in einer solchen Politik mag ein Risiko stecken, aber es wäre das Risiko des Vertrauens in die demokratischen Kräfte Deutschlands gewesen, und die Zeit zwischen 1920 und 1930 sollte uns alle gelehrt haben, daß das Risiko eines rechtzeitigen Vertrauensbeweises an die Kräfte der Demokratie geringer ist als eine Politik des Zögerns und der Halbheiten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind überzeugt, daß das jetzige System der Verträge zu keiner erträglichen und befriedigenden Lösung des deutschen und europäischen Problems führt. Wir werden diese Verträge ablehnen. Wir sind sicher, daß wir uns in dieser Haltung in Übereinstimmung befinden mit der Mehrheit unseres Volkes. Das gilt vor allem für die jungen Menschen. Sie sind in ihrer großen Mehrheit weder Kommunisten noch „Ohne-mich-Leute“, aber sie haben das unvergeßlich erschütternde Erlebnis eines sinnlosen Einsatzes an Blut und Leben hinter sich. Die landläufige Vorstellung einer militärbegeisterten, kriegssüchtigen deutschen Jugend ist gegenstandslos geworden. Das ist gut für unser Volk und für die anderen Völker.

Aber von der Notwendigkeit des Militärdienstes als einer staatsbürgerlichen Pflicht wie in jedem anderen demokratischen Land werden wir sie nur überzeugen können, wenn wir ihnen mit gutem Gewissen sagen können, daß es im Interesse der Erhaltung der eigenen Existenz und der Freiheit und der Lebensmöglichkeiten unseres Volkes einen Sinn hat, diesen Dienst zu leisten, und daß sie nicht Objekte fremder Entscheidungen sein werden. (Sehr richtig!) Diese elementaren Voraussetzungen auch nach dieser Richtung hin sind in den Verträgen nicht gegeben.

Die Regierung und ihre Mehrheit übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn sie trotz dieses Widerstandes die Verabschiedung der Verträge im Parlament erzwingen. Wir wollen vor niemand irgendeinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den parlamentarischen Kampf gegen diese Verträge führen werden und daß es für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in dieser Frage keinen Unterschied in ihrer Haltung geben wird, ob sie heute in der Opposition oder morgen in der Regierung ist. (Lebhafte Beifall.) Werden die Verträge gegen unseren Willen angenommen, dann wird die Sozialdemokratie vom ersten Tage ab für ihre radikale Revision durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen.

Dabei möchten wir noch einmal in aller Form und mit allem Nachdruck die Regierung und ihre Mehrheit warnen, die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge auf die leichte Schulter zu nehmen. Sie steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Ein etwaiger Versuch, die Verträge zu ratifizieren, bevor die Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit geklärt ist, wäre nicht nur die gewollte Mißachtung einer ersten Sorge eines großen Teils des deutschen Volkes, es wäre auch ein Verstoß gegen die Treueverpflichtung gegenüber der Verfassung der Bundesrepublik selbst. (Lebhafte Zustimmung!)

Man hat unsere Ablehnung des Schumanplans und des EVG-Vertrages als Beweis für eine nationalistische und antieuropäische Haltung der SPD bezeichnet.

Soweit sich unsere Ablehnung des Schumanplans als auch des Generalvertrags und des EVG-Vertrages begründet in der Tatsache, daß in allen diesen Verträgen entscheidende politische und wirtschaftliche Positionen zugunsten der anderen und zuungunsten des deutschen Partners festgelegt worden sind, so sind wir gern bereit, diese Kritik an unserem Verhalten vor dem ganzen deutschen Volk zu tragen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein. (Lebhafter Beifall!)

Wir sind für Europa. Wir sind aber dagegen, daß man dem deutschen Volk die Versuche einer teileuropäischen Organisation in Form von Kleinearopa als die Neuordnung Europas zu verkaufen versucht.

Ich will hier mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht über die merkwürdigen und sehr bemerkenswerten Erfahrungen sprechen, die wir in der Konstituierenden Versammlung des Montan-Parlaments gemacht haben. Wir haben uns bei der Wahl des Präsidenten des Parlaments einer Reihe von Vorwürfen aus dem Lager der Regierungsparteien gegenübergesehen, weil die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Parlaments bei der Abstimmung über die beiden Kandidaten nicht für Herrn von Brentano, sondern für den belgischen Sozialisten Spaak gestimmt haben. Wie war denn die Situation?

Man hat uns in Deutschland in den Diskussionen über den Schumanplan zur Popularisierung dieses Planes immer wieder gesagt, es handle sich da um das erste wirklich europäische Parlament, und als sich dann diese „Neu-Europäer“ (Heiterkeit) in dem Montan-Parlament zusammenfanden, da empfanden sie die Wahl unter übernationalen sachlichen Gesichtspunkten als ein Ausbrechen aus der nationalen Gemeinschaft. (Heiterkeit.) Wir wünschten, das Bedürfnis nach einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in den nationalen Lebensfragen zeigte sich bei der Mehrheit des Bundestages mehr in Deutschland selbst (Sehr gut! und Heiterkeit) als in diesem ersten Europa-Parlament. Die Lage war sehr einfach. Es gab zwei Kandidaten: Einen Kandidaten der klerikalen und liberalen Gruppen in den sechs Schumanplan-Ländern und einen Kandidaten der sozialistischen Gruppen. In dieser Lage entschieden sich die deutschen Sozialdemokraten als Europäer für den Sozialisten! (Lebhafter Beifall!)

Aber das ist noch nicht einmal das Beunruhigendste, was wir in dieser ersten Konstituierenden Versammlung erlebt haben!

Hier in dem Parlament, in dem zum ersten Male nach unserer Meinung in viel zu bescheidenem Maße auf übernationaler Ebene sachliche Arbeit auf einem der wichtigsten Lebensgebiete von sechs Völkern möglich war, haben die eifrigsten Befürworter dieser Wirtschaftsunion schon in der ersten Versammlung wahre Freudenhymnen angestimmt, als ihnen von den sechs Außenministern noch vor Beginn ihrer eigentlichen Arbeit ein völlig neuer Auftrag übertragen wurde, nämlich, sich als eine neue Versammlung zu konstituieren und in dieser Versammlung — wie man so schön sagt — eine europäische Verfassung auszuarbeiten.

Genossinnen und Genossen, was geht denn hier eigentlich vor? Geht es wirklich mit Riesenschritten vorwärts in der Richtung auf einen europäischen Bundesstaat, wie es unsere Europa-Kämpfer im bürgerlichen Lager behaupten? Nein! Es geht bei dieser Ad-hoc-Versammlung weder um Europa noch um einen europäischen Bundesstaat; es geht ganz einfach um eine großangelegte politische Hilfsaktion für die gegenwärtige französische Regierung im Kampf um die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch das französische Parlament. Man braucht, um im europäischen Parlament überhaupt eine Mehrheit zu finden, diese konstituierende Versammlung, damit neben der Hohen Behörde des Schumanplans mit ihren wirtschaftlichen Regulierungs- und Kontrollmöglichkeiten, neben der Hohen Behörde für die Verteidigung

noch eine dritte supernationale Instanz für die politische Koordinierung. Man möchte neben der ökonomischen und der militärischen Sicherung auch noch eine Bindung der Bundesrepublik in ihrer Außenpolitik durch eine solche supernationale politische Behörde. Das ist die Aufgabe der neuen Versammlung: Die Ausarbeitung des Statuts für diese neue Behörde. Es ist klar, daß im Schumanplan-Vertrag nicht eine einzige Bestimmung enthalten ist, die den sechs Außenministern das Recht gegeben hätte, diesem Parlament eine ihm völlig fremde Aufgabe zu übertragen.

Man hat sich dadurch geholfen, daß man Art. 38 des EVG-Vertrages, der eine solche Versammlung vorsieht, sozusagen vorzeitig durch einen Beschluß der Außenminister in Kraft gesetzt hat. Das Bedauerliche ist nicht nur die politische Absicht der Außenminister, das Bedauerliche ist vielmehr noch, daß dieses erste europäische Parlament sich die Oktroierung einer solchen Aufgabe so weitgehend gefallen läßt.

Es ist klar, daß für uns jeder Vorgriff auf den EVG-Vertrag unannehmbar ist. Wir haben deshalb als sozialdemokratische Mitglieder die Einladung der Außenminister zur Bildung der neuen Versammlung abgelehnt, und wir werden uns nicht an ihren Arbeiten beteiligen. Wir sind nicht bereit, uns in Straßburg den Boden für unseren Kampf gegen den EVG-Vertrag in Deutschland unter den Füßen wegziehen zu lassen. (Beifall.)

Aber, Genossen und Genossinnen, diese Entwicklung hat nicht nur einen deutschen Aspekt. Sie hat auch einen sehr ersten europäischen Aspekt, Wenn in dieser Weise das Klein-Europa der sechs Länder immer enger organisatorisch gebunden wird, dann sind wir auf dem besten Wege einer zweiten Spaltung Europas, nämlich der Spaltung des freien Europas. Das ist eine Entwicklung, die wir nicht unterstützen können, sondern der wir uns als Sozialdemokraten und als Europäer mit Entschiedenheit widersetzen müssen.

Das ist wieder ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Opposition. Die Außenpolitik der Bundesregierung hat von vornherein und unbesehen die These akzeptiert, daß es für die Organisation von Europa nur einen Weg, nämlich den Weg über Klein-Europa und den Weg über das System der supernationalen Behörden, gibt. Die unvermeidliche Konsequenz dieser Politik der sechs Länder ist die ständig wachsende Distanzierung zwischen dem Kontinent und Großbritannien und Skandinavien. Für die deutsche Regierungsmehrheit und für die tragenden politischen Kräfte in Frankreich und Italien ist das zweifellos eine Stärkung ihrer konservativen und restaurativen Positionen.

Es ist ja nicht uninteressant, daß z. B. der Heilige Stuhl sein besonderes Interesse bei der Eröffnung der Ratsversammlung des Europarates in einer sehr demonstrativen Weise zum Ausdruck gebracht hat. (Sehr gut.) Für Europa dagegen bedeutet diese Politik die Ausschaltung der vorwärtsdrängenden, zukunftsgestaltenden Kräfte, die insbesondere in Großbritannien und Skandinavien ihre stärksten Stützpunkte in der modernen Arbeiterbewegung haben. Ein Europa aber, das in seinen bestimmenden Kräften konservativ und restaurativ in die große Auseinandersetzung des Kalten Krieges mit dem Totalitarismus eintritt, begibt sich von vornherein einer der größten Chancen des Sieges für Freiheit und Gerechtigkeit. (Beifall.)

Wir lehnen dieses Klein-Europa ab, weil wir das ganze Europa wollen. (Beifall.) Man sagt, das sei keine Alternative, es sei nur eine Illusion. Diese Behauptung geht einfach von der Vorstellung aus, daß es nur den jetzt von der Bundesregierung beschrittenen Weg zu Europa gäbe. Gewiß, für sie und ihre Mehrheit gibt es kaum noch einen anderen Weg, und sie will auch keinen anderen Weg. Aber die Regierung ist nicht das Volk, und sie ist

nicht ewig, ihre Tage sind gezählt, und das Volk hat die Möglichkeit der Korrektur.

Es gibt einen anderen Weg. Jetzt wird es von der anderen Seite als ein großer Erfolg gefeiert, daß die britische Regierung sich entschlossen hat, eine ständige Mission bei der Hohen Behörde des Schumanplans einzurichten.

Ich glaube, daß es eine Irreführung ist, wenn man aus dieser Tatsache zu weitgehende Schlußfolgerungen zieht. Denn Mr. Eden hat in der vorigen Woche zwar in verbindlichen Worten, aber in der Sache eindeutig noch einmal den bekannten ablehnenden Standpunkt der britischen Regierung gegenüber jeder supernationalen Autorität zum Ausdruck gebracht. Seine Rede war viel mehr eine Warnung als eine Ermutigung.

Der Fehler liegt auch hier — um mit Kurt Schumacher zu sprechen — in der falschen Weichenstellung. Wir hätten um Europas willen den vielleicht langsameren, aber im Effekt sicheren Weg der direkten Zusammenarbeit aller demokratischen Regierungen Europas gehen sollen. Die Grenze dieser Zusammenarbeit hätte dann immer da gelegen, wo wir die Zustimmung aller haben konnten.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß das freie Deutschland darauf bestehen, als Partner an der freien Welt schlechthin beteiligt zu werden und nicht nur als lokalisierter Splitter. Einem neuen Deutschland und dem Verständnis der Welt für Deutschland wäre besser gedient, wenn die deutsche Außenpolitik auf volle Beteiligung in der Weltpolitik überhaupt ausgerichtet wäre. Zu diesem Zweck müßten wir vielleicht den langsameren, aber effektiv sichereren Weg der direkten Zusammenarbeit mit den Regierungen der freien Welt gehen. Aber wir hätten die Aussicht, tatsächlich zu einer umfassenden effektiven Zusammenarbeit eines lebensfähigen Europa und zu einer effektiven Zusammenarbeit aller freien Völker der Welt zu kommen.

Das ist die sozialdemokratische Vorstellung von den Aufgaben, die wir in der Erreichung der europäischen Zusammenarbeit durchsetzen und erfüllen wollen. Die Regierung muß sich damit abfinden, daß sie vor die Aufgabe gestellt ist, sich mit dieser Grundeinstellung der Sozialdemokratie in der Außenpolitik sachlich auseinanderzusetzen; denn die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe als Opposition nicht darin, eine retuschierte Aufgabe der Adenauerschen Außenpolitik zu entwickeln.

Genossinnen und Genossen! Selbstverständlich ist uns bekannt, daß auf der anderen Seite die objektiven Ursachen für diese mangelnde Bereitschaft zu einer wirklich sachlichen Diskussion und zu einer Politik, die Deutschland aus den Folgen der Katastrophe des Jahres 1945 herauszieht, daß die Ursachen für dieses Versagen darin liegen, daß den bürgerlichen Parteien in Deutschland die letzte Einsicht in die Größe der uns gestellten geschichtlichen Aufgabe fehlt und daß sie als politische und gesellschaftliche Kraft gesehen nicht fähig sind, innen- und außenpolitisch eine neue zeitgemäße Politik zu entwickeln. Ihre Europa-Begeisterung ist nicht nur ein scheinbarer Widerspruch zu dieser Feststellung. Denn für sie bedeutet die Organisation von Europa nicht den Vormarsch in Neuland, für sie geht es um die Schaffung einer kleineuropäischen Igelstellung zur Befestigung ihrer politischen und geschichtlichen Machtposition. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Die Demokratie wird die ihr durch die geschichtliche Entwicklung noch einmal zugespielte große Aufgabe der Beziehungen zwischen Völkern und Menschen nicht erfüllen, wenn sie ihre Rechte und Möglichkeiten nur benutzt, um das Bestehende zu erhalten und das politische und wirtschaftliche Leben in alten Formen wieder in Gang zu bringen. Das aber ist der Inhalt der Außen- und Innenpolitik der Regierung Adenauer.

Es gibt einen weitgehenden Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik. Wir Sozialdemokraten behaupten nicht, daß diese Regierung innenpolitisch nichts getan habe. Aber wir werfen ihr vor, daß sie viel zu viel getan hat, um den deutschen Großbesitz wieder zur Macht und zum Einfluß zu bringen (Beifall), um die Vorgestrigen und die Gestrigen in der Politik wieder gesellschaftsfähig zu machen und ihnen bestimmenden Einfluß in der Verwaltung einzuräumen. (Sehr gut.)

Die Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard, die Finanz- und Steuerpolitik des Herrn Schäffer, die Personal- und Verwaltungspolitik der Bundesregierung als Ganzes sind eindeutig konservativ und restaurativ. Es ist eine Politik gegen die Interessen der breiten Schichten unseres Volkes.

Auf der anderen Seite hat sie viel zu wenig und nichts Entscheidendes getan, um die Aufgabe auch nur in Angriff zu nehmen, von deren Lösung die Existenz der neuen deutschen Demokratie abhängt: die wirtschaftliche und soziale Neuordnung in Deutschland.

Wir stehen jetzt einer immer sich steigernden Zweckpropaganda der Regierung und ihrer Parteien gegenüber. Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Man läßt Zahlenreihen aufmarschieren über die Steigerung der Produktion, über die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten, über das Anwachsen unseres Exports, über die Erhöhung der Steuereinnahmen und vieles andere mehr.

Es ist ein gefährlicher Optimismus, der hier dem Volke suggeriert werden soll. Wir sind in der Sicherung der dringendsten Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, vor allem in bezug auf seine Ernährung und in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen für unsere Industrie, noch keineswegs über den Berg. Der anomale Charakter der gegenwärtigen Konjunktur, bedingt durch Auslandshilfe und durch die Aufrüstungsverpflichtungen in anderen Industrieländern, kann nicht bestritten werden. Die Konjunktur wird nicht von Dauer sein. (Sehr richtig!)

Was dann? Sind wir dann gerüstet auf den Rückschlag? In keiner Weise. Man hat das Problem nicht einmal diskutiert. Man lebt auch hier von der Hand in den Mund. Das ist für diejenigen, die die Hände voll haben, auch ein ganz erträglicher Zustand. (Beifall und Heiterkeit.) Aber im Grunde steht das Problem der zukünftigen deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik noch in der gleichen Schärfe vor uns wie nach dem Zusammenbruch von 1945. Die Teilung Deutschlands, die Zerstörungen des Krieges, vor allem auch auf dem Wohnungsgebiet, die Demontagen, der Zustrom von rund 10 Millionen Heimatvertriebenen, das Anwachsen des Heeres von alten und arbeitsunfähigen Menschen, vor allem der Opfer des Krieges, haben uns in eine Lage gebracht, in der wir uns als Volk nur lebens- und arbeitsfähig erhalten können, wenn wir das uns verbliebene Potential an wirtschaftlicher Kraft unter dem Gesichtspunkt der Lebensnotwendigkeiten der Allgemeinheit einsetzen, und das ohne Rücksicht auf herkömmliche Besitzverhältnisse, vor allem in den Schlüsselindustrien. Die sogenannte freie Wirtschaft ist im Deutschland des Jahres 1952 nicht nur ein sträflicher Luxus, sie ist ein elementarer Verstoß gegen die einfachsten Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes. (Beifall.)

Heute sind wir schon so weit, daß man die Steigerung der deutschen Produktion an sich schon als einen Beweis für die Güte der Erhard'schen Wirtschaftspolitik betrachten möchte. Über die Qualität einer Wirtschaftspolitik entscheidet aber nicht der Umfang der Produktion für sich allein, sondern die Frage, in welchem Umfang das ganze Volk an dieser Produktionssteigerung durch eine entsprechende Erhöhung seines Lebensstandards Anteil hat. (Beifall.) Und hier ist die Rechnung eindeutig und klar. Die sozialen Unterschiede sind in Deutschland erschreckend und deprimierend.

Einem beleidigenden Luxus steht die Tatsache gegenüber, daß in diesem Volk Millionen von Menschen leben, die nicht einmal das Existenzminimum besitzen, die keine Hoffnung haben, daß ihre Lage sich bessert.

Gegenüber den Lobpreisungen über das „Deutsche Wirtschaftswunder“ seien einige Tatsachen hier nüchtern festgehalten.

Die Gesamtzahl der Renten- und Unterstützungsempfänger in der Bundesrepublik beträgt zwischen 12 und 13 Millionen. In dieser Zahl sind diejenigen einbegriffen, die neben ihren Renten oder Unterstützungen noch zusätzliche Einkommen aus teilweiser Erwerbsarbeit oder anderen Leistungen haben. Die erdrückende Mehrheit dieser Unterstützungsempfänger muß aber mit Beträgen auskommen, die weit unter dem Existenzminimum liegen.

Für die Beurteilung der sozialen Struktur in unserem Volke ist ferner die Feststellung wichtig, daß auf ein bis zwei Lohn- und Gehaltsempfänger ein Unterstützungsempfänger kommt. Diese Zahl unterstreicht noch einmal die Größe unserer sozialen Verpflichtungen.

Wie ist nun die Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger? Nach den letzten Feststellungen Anfang dieses Jahres hatten von rund 14,5 Millionen Arbeitnehmern 42 Prozent ein monatliches Einkommen bis zu 250 DM im Monat. 47 Prozent bezogen ein monatliches Einkommen zwischen 251 und 400 DM, und bei 11 Prozent war das Einkommen höher als 400 DM monatlich. Das heißt, die große Masse der deutschen Arbeitnehmer lebt unter oder hart an der Grenze des Existenzminimums. (Sehr gut!) Die Rechnung wird noch düsterer, wenn man die Kaufkraft der bezahlten Löhne und Gehälter untersucht. Stellen wir einfach den Aufwand an Arbeitszeit für die wichtigsten Lebensmittel gegenüber, der zum Beispiel vom deutschen und vom englischen Arbeitnehmer geleistet werden muß.

Für je ein Kilogramm der wichtigsten Lebensmittel in Deutschland und Großbritannien sind folgende Arbeitsminuten erforderlich:

Brot in Deutschland:	25 Minuten,
Brot in Großbritannien:	13 Minuten,
Rindfleisch:	171 gegen 74 Minuten,
Butter:	246 gegen 111 Minuten,
Zucker:	45 gegen 18 Minuten,
Kaffee und Tee:	1274 gegen 163 Minuten.

Fleisch, Fett und Tee sind in England nach wie vor rationiert. Die für den einzelnen zur Verfügung stehende Menge ist begrenzt, aber er bekommt sie sicher und zu erträglichen Preisen.

Unsere Regierung hat die grausamste Form der Rationierung, die Rationierung durch den Geldbeutel, gewählt. (Lebhafter Beifall.) Im Deutschland der freien Marktwirtschaft hat der kleine Mann die volle Freiheit, auf Butter, Fleisch und Kaffee zu verzichten.

Genossinnen und Genossen! Lohn- und Preispolitik müßten im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik untersucht werden. Ich will das in diesem Zusammenhang nicht tun, um meine Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Aber wenn wir im Laufe der kommenden Auseinandersetzungen für den Wahlkampf zum Bundestag die Finanz- und Steuerpolitik dieser Regierung im einzelnen untersuchen, dann werden wir nicht nur finden, daß das deutsche Wirtschaftswunder zu einem entscheidenden Teil dadurch zustande kam, daß man den Lebensstandard der Millionen von deutschen Arbeitnehmern, den Lebensstandard der sozial Bedürftigen auf Kosten dieses Wunders künstlich niedrig gehalten hat. (Beifall.)

Das Betrüblichste, das wir in Deutschland in den Jahren seit 1947 erlebt haben, ist, daß eine kleine Minderheit unseres Volkes ohne jeden Skrupel

Währungsreform und nachfolgende Wirtschaftskonjunktur zu einer eigenen hemmungslosen Bereicherung ausgenutzt hat. (Beifall.)

Wir haben in Deutschland einige Hundertschaften neuer Millionäre, und sie sind vielleicht das krasseste Sinnbild des unsozialen Charakters der Politik dieser Regierung in bezug auf Wirtschaft, Steuer und Finanzen.

Ich möchte diesen Gesichtspunkt deshalb unterstreichen, weil wir noch vor einer anderen Gefahr stehen. Wenn nämlich nach dem Willen dieser Regierung der EVG-Vertrag ratifiziert wird, dann wird es zu einem noch schärferen Kampf um die sozialen Möglichkeiten in dieser Bundesrepublik kommen. Jetzt schon bedeuten die von der Regierung vertraglich eingegangenen Verpflichtungen für das Jahr 1953 einen finanziellen Verteidigungsbeitrag von 10,2 Milliarden DM. Wenn wir darüber hinaus in den Jahren 1953 und 1954 tatsächlich zur Aufstellung von Divisionen kommen sollten, so haben uns die Sachverständigen dieser Regierung in aller Öffentlichkeit erklärt, daß die erste Ausrüstung dieser zwölf Divisionen auf 30 bis 40 Milliarden DM geschätzt wird. Man spricht von amerikanischer Hilfe. Aber selbst wenn sie kommen sollte und selbst wenn sie mehrere Milliarden betragen sollte, wird die Bundesrepublik im Falle der Ratifizierung der Verträge in den Jahren 1953 und 1954 noch rund je 10 Milliarden DM zusätzlich aufbringen müssen, als jetzt vorgesehen ist.

Herr Schäffer hat sich zunächst bei der Deckung der jetzt eingegangenen Verpflichtungen den bequemsten Weg gesucht. Er hat den Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhöht und hat damit praktisch einen Teil dieser Besatzungs- und Verteidigungslasten auf die Länder abgewälzt. Mit einem unvermeidlichen Effekt, nämlich zu Lasten einer Einschränkung der sozialen und kulturellen Aufgaben, die in den Ländern zu erfolgen haben. (Beifall.)

Im übrigen vertritt er die These, die Rüstungsausgaben können ohne neue Steuererhöhungen gedeckt werden.

Was heißt das praktisch? Alle Rüstungsausgaben sind volkswirtschaftlich gesehen unproduktive Ausgaben. Sie sind verlorene Gelder. Wenn man rüsten will, muß man entweder neue Einnahmen aus Steuern oder inflationistische Maßnahmen schaffen. Beide Wege will die Regierung nicht gehen. Dann bleibt kein anderer Weg als die Drosselung aller sozialen und kulturellen Aufgaben oder Aufrüstung auf Kosten des Lebensstandards der breiten Masse des deutschen Volkes.

In dieser Denk- und Vorstellungsweise spiegelt sich erneut und kraß der Geist des Egoismus und der Interessenpolitik des Großbesitzes, der maßgebend ist für die Finanz- und Steuerpolitik dieser Regierung. Man will für die so beredt geforderte Verteidigung genau so wenig Opfer bringen wie für die Liquidierung des verlorenen Krieges. (Sehr gut!)

Dabei geht es in diesem Fall nicht nur um die gerechte Verteilung der Lasten, die — wie das Beispiel Großbritanniens zeigt — möglich ist.

Mit dieser unsozialen und einseitigen, die breiten Massen des Volkes belastenden Wirtschafts- und Finanzpolitik gefährdet man die erste und entscheidende Voraussetzung für jede erfolgreiche Verteidigung der Demokratie gegen totalitäre Bedrohungen.

In der Auseinandersetzung des „Kalten Krieges“, mit dem wir es hier und heute in erster Linie zu tun haben, ist ein breites soziales Fundament, eine Politik sozialer Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit wichtiger als ein militärischer Beitrag. (Beifall.) Der erste Schritt zur Verteidigung und Festigung der Demokratie — jedenfalls in diesem Deutschland — muß eine soziale Offensive sein! (Beifall.) Hier liegt der Kardinalpunkt der sozialdemokratischen Opposition innen- und außenpolitisch. Auch in diesem Fall

hat die egoistische, allein von den Interessen des Großbesitzes bestimmte Politik der Regierung verhängnisvolle Konsequenzen für die großen nationalpolitischen Aufgaben, denen wir gegenüberstehen.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren immer wieder versucht, einen Durchbruch zu einer neuen Sozialordnung zu erzielen. Wir sind gescheitert an einer Mauer von schlechtem Willen, krassem Egoismus und Unvermögen, die Notwendigkeiten unserer Zeit zu begreifen. Ich erinnere nur an den Lastenausgleich. Hier muß gegenüber den unglücklichen Opfern des Krieges der sichtbare, greifbare Beweis dafür gebracht werden, daß es in Zeiten der nationalen Not eine wirkliche Solidarität des Volkes gibt. (Beifall.) Die bürgerliche Mehrheit des Bundestages hat sich dieser Aufgabe verweigert. Es ist aber nicht nur eine soziale oder humanitäre Frage. Die Existenz, die Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie, ihre Verteidigung und Erhaltung, von der viel gesprochen wird, ist nur dann zu erreichen, wenn wir durch eine soziale Neuordnung die realen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die große Masse unseres Volkes, vor allem auch die Armen und Bedrückten, in ein positives inneres Verhältnis zur Demokratie kommen! (Beifall.) Wenn wir diese Konsequenz aus der Katastrophe des Jahres 1945 nicht ziehen, wenn wir nicht zu einer Politik kommen, die die Lasten dieses Krieges und die Armut, die unser Volk als Ganzes noch zu tragen hat, gerecht verteilt, dann werden wir scheitern, weil die Kräfte, die heute in Deutschland an der Regierung sind, die geschichtlichen Notwendigkeiten eines innenpolitischen und sozialen Neubaus unseres Staates nicht begriffen haben oder nicht begreifen wollen. (Beifall.)

Die Parole, die wir 1945 an den Beginn unserer Arbeit stellten, bleibt unverändert wahr und richtig: Nicht Wiederaufbau, sondern Neubau ist die Aufgabe unserer Zeit. Wir haben in diesen Jahren schon viel Zeit verloren, weil wir auch in der Innenpolitik auf den falschen Weg geführt wurden. Statt der Verbreiterung der Basis des Staatsgefühls im Volk durch Demokratie in Staat und Wirtschaft haben wir in Deutschland in der Praxis den Klassenkampf von oben, die ständige und hartnäckige Verweigerung des Anspruchs der arbeitenden Menschen auf Mitbestimmung und Mitwirkung in Betrieb und Wirtschaft.

Wenn wir die unübersehbare Fülle unserer Aufgaben einzuordnen suchen unter zentralen leitenden Gesichtspunkten, dann kommen wir immer wieder zurück auf die zentralen Probleme, die der deutschen Politik neben der inneren Neuerstehung in der Bundesrepublik gestellt sind. Die Erringung der deutschen Einheit in Freiheit und die Eingliederung des geeinten, freien Deutschlands in ein umfassendes und lebensfähiges Europa. Es gibt kein zeitliches Nacheinander, es gibt nur ein Miteinander, deutsche Einheit und umfassende europäische Einheit.

Man drängt uns. Die Zeit sei knapp. Nur wenn wir Europa schnell organisieren und militärisch stark machen, bestehe die Chance, den Frieden zu erhalten. Es ist nicht das erste Mal, daß mit diesem angeblichen Zeitargument gearbeitet wird.

Es ist auch diesmal nicht richtiger, als es damals bei der Schumanplan-Debatte gewesen ist. Es besteht kein Zweifel, daß, solange in den Vereinigten Staaten das Resultat der Präsidentenwahl nicht vorliegt, in der außenpolitischen Aktivität der Vereinigten Staaten keine neue Initiative erfolgt. Es steht fest, daß das französische Parlament die Verträge erst im März nächsten Jahres zur Diskussion bringen wird. Es steht fest, daß Italien den Versuch macht, die Ratifizierung in seinem Parlament bis nach der Annahme der Verträge in Frankreich zurückzustellen. Haben wir bei dieser internationalen Situation, in der es doch ein gemeinsames Anliegen gibt, nun wirklich eine vordringliche Verpflichtung, diese Verträge heute schon

zu ratifizieren? Es ist auch nicht richtig, wenn man sagt, man brauche die Zeit für die Stärkung des Westens. Jedermann weiß, daß die Beschlüsse der Lissaboner Konferenz der Atlantikpaktstaaten über die westeuropäische Aufrüstung in diesem Jahr und im nächsten Jahr nicht mehr realisiert werden können. Jedermann weiß, daß Amerika seine Aufrüstungsproduktion verlangsamt, weil es die Steigerung der Aufrüstung nicht mit einer weiteren Beschränkung der zivilen Produktion erkaufen will. Jedermann weiß ferner, daß eine Aufrüstung möglicher deutscher Divisionen erst beginnen wird, wenn die westeuropäischen Streitkräfte voll und modern ausgerüstet sind. Wann wird das sein? 1953? 1954? Praktisch weiß es niemand. Die Schlußfolgerung: Es gibt kein echtes Zeitargument, das mit guten Gründen vorgebracht werden könnte, um eine überstürzte Festlegung der Bundesrepublik in diesen Verträgen zu einem Zeitpunkt herbeizuführen, in dem die letzte Chance für eine friedliche Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht aus der Welt verschwunden ist. (Beifall.)

Man spricht auch gern und viel von der Notwendigkeit der Stärke, um zu erfolgreichen Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen zu können. Wir Deutschen sollten uns vor Argumenten dieser Art hüten. In unserer Lage von einer Politik der Stärke zu sprechen, heißt doch wohl, daß wir wieder einmal im Begriff sind, einige Schuhnummern zu groß zu wählen. Überlassen wir diese Sprache anderen Leuten. Ein für allemal.

Für uns ist aber diese Frage nicht nur eine Frage des Takts und der Kleiderordnung, für uns ist sie eine ernste politische Angelegenheit. Eine solche Sprache könnte sehr leicht zu Mißverständnissen über die ferneren Ziele der deutschen Außenpolitik führen. Wir wollen die Wiedervereinigung Deutschlands, wir wollen die Befreiung der Menschen in der Sowjetzone, wir wollen die Rückkehr der Gebiete hinter Oder und Neiße, wir kämpfen für das Recht auf Heimat für alle unsere vertriebenen Landsleute, aber in keinem Fall und unter keinen Umständen ist für uns der Krieg, die militärische Auseinandersetzung, ein denkbare Mittel im Kampf zur Erreichung dieser Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen die Wiedervereinigung auf friedliche Weise, wir wollen durch eine echte Zusammenarbeit mit anderen Völkern versuchen, unsere Probleme durch europäische und nationale Verhandlungen zu lösen.

Das ist ein schwerer und zeitraubender Weg, aber es ist der einzige Weg, auf dem wir Aussicht haben, als Staat und Volk zu bestehen und unseren Platz in der Welt zu finden.

Die Sozialdemokratische Partei geht in die bevorstehenden Kämpfe mit einem klaren Programm. So, wie Kurt Schumacher in den dunklen Tagen der Jahre 1945 bis 1947 im Namen der Partei die Stimme erhob für das Lebensrecht des deutschen Volkes, so, wie er den arbeitenden Menschen den Weg wies für den Aufbau eines neuen Deutschlands, so werden wir unsere Arbeit unter den gleichen leitenden Gedanken fortsetzen. In unserem „Nein“ zu der heutigen Innen- und Außenpolitik der Regierung Adenauer liegt das „Ja“ zu einem neuen Deutschland und zu einem neuen Europa. (Beifall.) Was uns heute in der Opposition verweigert wird, werden wir morgen als bestimmender Faktor der deutschen Politik in Angriff nehmen.

Wir stehen in der letzten Arbeitsperiode dieses ersten Bundestages. Wir wissen heute nicht, wann wir wählen werden; aber wann immer es sein wird, die Partei muß und wird bereit sein.

Unsere Gegner wissen um die Bedeutung dieses Kampfes. Für sie gibt es nur ein Ziel: Kampf der Sozialdemokratie! Sie verfügen über den Apparat

der Regierung. Sie verfügen über die finanziellen Hilfsquellen mächtiger wirtschaftlicher Kräfte in Deutschland, sie werden gegen uns alle Vorurteile und Verleumdungen auf kulturellem und religiösem Gebiet mobilisieren, aber sie sind nicht so stark, wie sie vorgeben zu sein.

Was ihnen, abgesehen von ihrem nackten Machtwillen und dem Willen zur Selbstbehauptung, fehlt, ist die vorwärtsweisende zukunftssträchtige Idee. Wer sich wirklich stark fühlt, der läßt nicht Monate hindurch Berechnungen anstellen, welche Form des Wahlrechts geeignet ist (Beifall), um trotz der Ablehnung im Volk im Parlament eine künstliche Mehrheit zu schaffen. Wer sich stark fühlt, sucht nicht in Blockbildungen sein Heil. (Beifall.) Blockbildungen, bei denen nichts anderes übrigbleibt als eine rein negative Parole: Gegen die Sozialdemokratie! Wer seines Sieges sicher ist, der beginnt jetzt nicht zu spekulieren, ob und wie man die Mandate der vor dem Verbot stehenden SRP in eine bürgerliche Blockkombination gegen die Sozialdemokratie einschalten kann. (Stürmischer Beifall.) Es ist die alte Melodie: Wenn es für diese Kreise gilt, die Macht zu behaupten, dann spielen Weltanschauungen, Parteiprogramme, Staatsnotwendigkeiten keine Rolle.

Die Schwäche der deutschen Demokratie ist nicht die Existenz von verschiedenen Parteien. Sie gehört zum Lebenselement einer wahren Demokratie. Darin unterscheidet sie sich von den Volksdemokratien und den faschistischen Diktaturen. Die Schwäche unserer Demokratie ist, daß es zu unserer Rechten keine echten, in Tradition und gemeinsamen Zielvorstellungen gewachsenen politischen Parteien gibt.

Die Labilität unseres politischen Lebens können wir nur überwinden durch eine starke Sozialdemokratie. Das Fundament unserer Partei ruht fest wie bisher auf den breiten Schichten der deutschen Arbeiterschaft, die in den Jahren seit 1945 durch ihre politische Reife und ihr Verantwortungsbewußtsein so viel zur Überwindung des Chaos, des Zusammenbruchs beigetragen hat. (Beifall.)

Aber in unserer Partei haben darüber hinaus viele eine politische Heimat gefunden, die allein in der Sozialdemokratie die Garantie für ein Leben der persönlichen und politischen Freiheit, der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit erblicken.

Wir wollen um unsere Fahnen sammeln die Armen und Bedrückten, die zuerst der Hilfe bedürfen, die Jungen, die nach einem sinnvollen Leben der Arbeit in Freiheit und Menschlichkeit streben, alle die, die aus ihren religiösen, sittlichen oder ethischen Antrieben und Überzeugungen eine menschliche und gerechte Ordnung in dieser Welt erstreben.

Wir wollen vor allem jenen, die seit der großen Katastrophe ohne geistige und politische Heimat sind und jetzt mit ehrlichem Herzen und offenem Sinn nach neuen Wegen suchen, eine aufgeschlossene Gemeinschaft von Menschen und Sozialisten sein. (Beifall.)

Wir sind auf dem Wege zu der bestimmenden großen deutschen Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes! Unsere Stärke und unsere Chance liegt in der Tatsache, daß — so offensichtlich wie noch niemals zuvor — die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ziele der Sozialdemokratie identisch sind mit den nationalen Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes. (Bravo!)

In dieser Erkenntnis gehen wir an die Arbeit und in den Kampf: Vorwärts zur großen Offensive des demokratischen Sozialismus. Für ein in Freiheit geeintes Deutschland in einem freien und lebensfähigen Europa!

(Stürmischer Beifall. Die Versammelten erheben sich und bringen Erich Ollenhauer stehend ihre Zustimmung zum Ausdruck.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen!

Ich glaube, in diesem Augenblick hat der Parteitag schon eine Entscheidung vorweggenommen, die er noch fällen muß (lebhaft Zustimmung), nämlich die Entscheidung, daß wir künftig Erich Ollenhauer in der Partei dort sehen wollen, wo bislang Kurt Schumacher stand!

Ich schlage vor, in eine kurze Pause von fünf Minuten einzutreten. Ich erwarte aber, daß in zehn Minuten alles da ist. (Heiterkeit.) In der Zwischenzeit bitte ich um Wortmeldungen.

(Pause.)

Vorsitzender Henßler:

Die Verhandlungen sind wieder eröffnet. Bevor wir in die Diskussion eintreten, will ich von einem Telegramm Kenntnis geben, das uns die Genossin Lisa Albrecht geschickt hat, die leider durch einen Unfall verhindert ist, an unserem Parteitag teilzunehmen. Sie wünscht dem Parteitag einen vollen Erfolg.

Zur Diskussion stehen mit die Anträge Nr. 1, 178 und 179 sowie 195 und 196.

Erster Diskussionsredner ist der Genosse Kurt Conrad, Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Partei an der Saar. (Beifall.) Es ist zum erstenmal, daß ein saarländischer Genosse auf dem Parteitag redet. Er ist gestern schon vom Genossen Ollenhauer begrüßt worden. Ich spreche ihm noch einmal die besonderen Grüße des Parteitages aus.

Kurt Conrad, Saarbrücken:

Genossinnen und Genossen!

Ich habe den Auftrag, Ihnen die Grüße der Deutschen Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes zu überbringen.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei des Saargebietes ist die einzige sozialistische Partei der westlichen Welt, die zwar gegründet ist, aber zur Aufnahme ihrer Tätigkeit noch einer Genehmigung durch die Regierung bedarf. (Hört, hört!)

Ich überbringe zugleich die Grüße eines deutschen Landes, das auf Grund der Nachkriegsverhältnisse nicht Teil der Bundesrepublik sein darf.

Es gibt im Saargebiet schon seit 1945 eine Sozialdemokratische Partei Saar, die in ihrer Politik leider allzu willfährig den Wünschen der Sieger des letzten Krieges entgegengekommen ist und diese Politik nicht nur als eine Folge der verwirrten Verhältnisse der Nachkriegszeit betrieb, sondern sie auch jetzt, da die endgültige Entscheidung über das Geschick dieses deutschen Territoriums gefällt werden soll, weiterhin verfolgen will. Das waren die Gründe, warum die Genossen in der Sozialdemokratischen Partei Saar, die in ihrer Politik der SPD zuneigen, diese Partei verlassen mußten, um durch die Neugründung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes den Beweis zu erbringen, daß es nicht so ist, wie ein maßgeblicher Mann — der Mann kann es ruhig aussprechen — der frankophilen SPS kürzlich erklärte: „90% der saarländischen Bevölkerung hätten keinen sehnlicheren Wunsch, als sich durch die sogenannte Europäisierung von ihrem Vaterland zu trennen“.

Diese Politik des Separatismus aber kann niemals die Politik einer sozialistischen Partei sein (Beifall), und wir mußten daher den Weg des Neuaufbaus einer wirklich sozialdemokratischen Partei gehen, die die Verbundenheit mit ihrem Vaterland nicht als einen Verstoß gegen die internationale Solidarität der sozialistischen Partei ansieht. (Beifall.)

Zur Lösung der Saarfrage ist neuerdings eine Patentlösung erfunden worden, die unter dem Schlagwort der Europäisierung segelt. Die Sehnsucht der Menschen in Europa — auch der Menschen an der Saar —, die alten nationalen Grenzen zu überwinden, soll im Falle der Saar durch das Schlagwort Europäisierung ausgenutzt werden, um den nationalen Egoismus eines anderen Landes zu bemänteln.

Wenn der Weg nach Europa, der Weg zur Überwindung der alten Nationalstaaten und damit der alten Grenzen mit der Schaffung eines neuen Zwergstaates und neuer Grenzen begonnen werden soll, kann man der europäischen Zukunft nur mit Sorge entgegensehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin gewiß, daß das französische Volk so wenig Neigung besitzt, sich einen Teil Deutschlands in offener oder versteckter Form anzueignen, wie das deutsche Volk nach den Schätzen des Nachbarlandes schießt. Es sind immer nur kleine, aber einflußreiche Cliques, die, jüngst bei uns und nach dem Kriege auch bei unseren Nachbarn, die alten Rezepte nicht vergessen können und offensichtlich nicht vergessen wollen: Nach einem Kriege sich einen Teil des besiegten Landes einzuverleiben.

Wenn es uns gelingen könnte, diese Kräfte auszuschalten, wäre über die Saar ein gutes Einvernehmen und ein guter Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich durchaus möglich.

Die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar ließen sich mit den Wirtschaftsinteressen der Saar in Frankreich gut in Einklang bringen und auswägen.

Die politische Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland aber darf nicht zur Diskussion stehen! (Stürmischer Beifall.)

Wenn das Zusammenkommen von Grundstoffen — in unserem Falle die Kohle des Saarrevieres und das Eisenerz in Lothringen — nur mittels des Verrückens von Grenzpfählen möglich sein sollte, dann müßten Sie in der Bundesrepublik, wenn nächstens Schweden den Wunsch äußern sollte, um nur ein Beispiel zu nennen, sich die Ruhr anzugliedern, weil die eisen-erzeugende Industrie der Ruhr auf der schwedischen Erzgrundlage basiert, diesen Wunsch akzeptieren.

Das Verhalten in solchen Gedankengängen ist so unsinnig, daß sich ernsthafte Menschen nicht damit beschäftigen sollten. Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit sind jederzeit möglich — Verhandlungen über Menschen und das Verhandeln von Menschen müssen ausgeschlossen sein. (Lebhafter Beifall.)

Die Saar-Situation wird schlagartig erhellt, wenn man sieht, wie ein Geschäft gegen Prinzipien ausgehandelt werden soll.

Die demokratischen Grundfreiheiten sollen der Saarbevölkerung erst dann gegeben werden, wenn vorher der Verzicht auf die politische Verbindung des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland durch die Bundesregierung ausgesprochen wird.

Das Saargebiet ist so viele Jahre nach Kriegsende immer noch ohne demokratische Freiheiten, ein weißer Fleck in der demokratischen Welt des Westens. Die Prinzipien der westlichen Alliierten, die sie während und nach dem Kriege überall verkündeten, scheinen diesen nicht so heilig zu sein, als daß man nicht die Gewährung der politischen Freiheiten an der Saar mit dem vorherigen Abschluß eines guten Geschäftes zu koppeln vermöchte.

Ich appelliere von dieser Stelle aus auch an die sozialistischen Parteien der Internationale, nicht zuzulassen, daß die Gewährung der demokratischen Freiheiten für die Saarbevölkerung an Prämisse geknüpft werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat uns in dieser Frage immer zur Seite gestanden.

Wir danken der SPD für diese ideelle Unterstützung. Besonderen Dank sind wir auch unserem verstorbenen Freunde Kurt Schumacher schuldig, der trotz seiner schweren Belastung immer die Zeit fand, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Der Kampf um die Saar ist der Kampf darum, das Neubeginnen in Europa nicht auf der Grundlage der Verewigung des Siegerrechtes, sondern in Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker zu statuieren. Für diese hohen Ziele wollen auch wir deutschen Sozialdemokraten des Saargebietes unseren Teil beitragen.

Wir sind bereit, an der deutsch-französischen Zusammenarbeit und Aussöhnung mitzuarbeiten. Diese Aussöhnung wird aber nur von Dauer sein, wenn sie nicht auf Kosten Deutschlands geschieht. Die Abtrennung deutscher Gebiete ist ein schlechtes Mittel, Europa zu schaffen. Man möge den Deutschen im Saargebiet die Möglichkeit geben, mit den übrigen Deutschen nach Europa zu gehen. Ich weiß, die SPD wird uns in diesem Amt unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen! Heute vormittag müssen noch die Mandate mit den Mitgliedsbüchern abgegeben werden. Um es der Mandatsprüfungskommission leichter zu machen, ersuche ich die Delegationsführer, für ihre Delegation die Mandate einzusammeln und der Mandatsprüfungskommission zu übergeben, die auf der Rosenterrasse zusammentritt.

Als nächster Redner hat das Wort der Genosse Baade, Kiel; ihm folgt der Genosse Walter Kloos, Uelzen.

Baade, Kiel:

Genossinnen und Genossen!

Erich Ollenhauer hat uns in seinem Referat in packender und überzeugender Weise dargelegt, daß der Generalvertrag vom Standpunkt der deutschen Einheit, vom Standpunkt der wirklichen Verteidigung des Friedens, vom Standpunkt eines wirklichen Europas unerträglich ist. Wir alle können das Wort für Wort unterschreiben. Ich will hier kurz darzustellen versuchen, wie völlig unerträglich, ja wie völlig undurchführbar dieser EVG-Vertrag vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist.

Es ist erschreckend, anzusehen, mit welcher Leichtfertigkeit die wirtschaftliche Seite des EVG-Vertrags von den Abgeordneten der Regierungsparteien und von der Regierung selber behandelt wird, insbesondere in der Debatte des Bundestages über die Ausführungen des Bundesfinanzministers. Es ist außerordentlich verdienstvoll, daß das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften eine nüchterne Rechnung durchgeführt hat darüber, was der Versuch der Anwendung dieses Generalvertrages, der Versuch der Aufbringung dieser Verteidigungslasten für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt, für das deutsche Sozialprodukt, für den deutschen Verbraucher und damit — und das ist das Entscheidende vom Standpunkt der Gewerkschaften — für die Möglichkeiten der Entwicklung des Reallohns der deutschen Arbeiter bedeuten würde.

Ich will Sie hier nicht mit Zahlen vollstopfen, sondern nur das erschütternde Ergebnis mitteilen. Nach den wissenschaftlichen Feststellungen des Instituts der Gewerkschaften würde der Versuch, einen Verteidigungsbeitrag in der Größenordnung von auch nur 10,2 Milliarden aufzubringen, bedeuten, daß der private Verbrauch in Deutschland nicht nur nicht mehr

weiter steigen, sondern zurückgehen würde. Das bedeutet, daß alle Bemühungen, alle Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft um weitere Steigerung des Reallohns einfach am volkswirtschaftlichen Einmaleins scheitern würden. Der Rückgang des Reallohnes ist besonders groß, wenn man die selbstverständliche Unterstellung macht, daß die Zahl der Beschäftigten in Deutschland nicht auf dem heutigen Stande stehenbleiben kann, sondern durch weitere Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen gesteigert werden muß.

Zu demselben Ergebnis kommt ein Institut aus dem entgegengesetzten Lager, das Institut für Steuern und Finanzen. Das ist ein Institut — die Herren in diesem Institut, die dort sehr beachtliche sachliche Arbeit leisten, werden mir diese Feststellung nicht übelnehmen —, das eher den Kreisen nahesteht, die nicht gern übermäßig viel Steuern zahlen.

Die Untersuchungen dieses Instituts kommen zu genau demselben Ergebnis: daß unter der Voraussetzung eines Verteidigungsbeitrags von 11 Milliarden im Bundeshaushalt ein Defizit in der Größenordnung von Milliarden aufgerissen wird und daß man versuchen müßte, dieses Defizit durch Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu decken. Das Institut stellt dann fest, wenn nicht eine konjunkturelle Entwicklung eintritt, die ich für sehr unwahrscheinlich halte, wird man zu drastischen Ausgabenkürzungen, namentlich auf dem Gebiete der öffentlichen und öffentlich geförderten Investitionen schreiten müssen. Eine solche Entwicklung wäre um so bedauerlicher, als sie in erster Linie den sozialen Wohnungsbau treffen würde, dessen Ausbau „unbedingt erforderlich ist“.

Die Konsequenzen brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen. Das ist die wissenschaftliche und rechnerische Wahrheit über die Konsequenzen — nicht des wirklichen Verteidigungsbeitrages, sondern des angeblichen Verteidigungsbeitrages von 10 oder 11 Milliarden DM. Der wirkliche Verteidigungsbeitrag, zu dem sich das deutsche Volk durch Ratifizierung des EVG-Vertrages verpflichten soll, ist aber nicht ein Verteidigungsbeitrag in Höhe von 10 oder 11 Milliarden, sondern von mindestens 20 Milliarden jährlich. Und wenn schon ein Verteidigungsbeitrag von 10 oder 11 Milliarden nur unter völliger Stagnierung des Verbrauchs oder sogar unter Senkung des Verbrauchs oder einer Verminderung der öffentlichen Aufwendungen für produktive Investitionen möglich ist, so sind die 20 Milliarden nur aus dem deutschen Volk herauszupressen, wenn die Steigerung der Reallöhne völlig in ihr Gegenteil verkehrt wird, wenn der Verbrauch drastisch gedrosselt wird. Dabei würden alle Kreise des deutschen Volkes schwer bluten müssen, sowohl die wohlhabenden Steuerzahler, deren Sorgen dem Institut für Finanzen und Steuern am Herzen liegen, als insbesondere auch die breiten Massen der Arbeiter.

Daraus müssen politisch wichtige Schlußfolgerungen gezogen werden. Erich Ollenhauer hat in seinem Referat mit Recht eine Warnung an die Männer in den Regierungsparteien gerichtet, die uns diese Last gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes aufbürden wollen. Ich glaube, es ist nötig, diese Warnung auch an die Staatsmänner der westlichen Welt zu richten. Es ist gesagt worden — es war der Hohe Kommissar McCloy —, man wäre von der Vertragstreue der Sozialdemokratie so tief durchdrungen, daß man sicher wäre, daß die Sozialdemokratie diesen Vertrag auch dann durchführen würde, wenn er gegen ihren Willen vorher von einem Parlament beschlossen worden wäre.

Ich glaube, an der Vertragstreue der Sozialdemokratie kann kein Mensch zweifeln. Eine Bindung des deutschen Volkes, die wirklich mit Zustimmung des deutschen Volkes zustande käme, eine Bindung, die in wirklich verfassungsmäßiger Weise zustande käme, würde von niemand so sorgfältig

honoriert werden wie gerade von der Sozialdemokratie. Aber einen Kampf gegen das Einmaleins kann man nicht führen, und unsere Warnung an die Staatsmänner der westlichen Welt lautet: Meine Herren, in der Rechnung, die sie da zusammen mit Herrn Adenauer und Herrn Schäffer aufgestellt haben, ist ein Loch von 10 Milliarden. Keine Regierung, insbesondere auch keine sozialdemokratische Regierung ist imstande, aus dem deutschen Volk diese 10 Milliarden herauszupressen, welche Ihre illusionäre Verteidigungsrechnung verlangen würde.

Genossinnen und Genossen, in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit kann ich hier nicht darlegen, wie der Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands aussehen müßte, wenn — wir alle hoffen leidenschaftlich das Gegenteil — die Verhandlungen mit Rußland über eine deutsche Einigung scheiterten. Nur so viel darüber, daß, wenn dieses entsetzliche Unglück einträte, wenn die Viermächte-Verhandlungen scheiterten, das deutsche Volk sich erst recht weigern muß, diesen EVG-Vertrag zu ratifizieren, weil er undurchführbar ist und weil er aus Deutschland nicht einen brauchbaren, sondern einen unbrauchbaren Verbündeten zur Verteidigung der Freiheit machen würde.

Zum Schluß noch ein Wort über die Konzeption, die unsere einzige mögliche Konzeption für den Beitrag Deutschlands zur Verteidigung des Friedens darstellt, nämlich über den Verteidigungsbeitrag eines auf Grund friedlicher Verständigung zustande gekommenen freien Gesamtdeutschlands! Es ist so viel vom deutschen Wirtschaftswunder in der Zeit von der Währungsreform bis heute geredet worden: wenn an dieser Entwicklung etwas wunderbar war, dann ist es die Tatsache, daß die deutschen Hand- und Kopfarbeiter trotz Erhard-Politik und trotz fehlenden Mitbestimmungsrechts, trotz nicht ausreichenden Reallohns und nicht ausreichender Ernährung so erfolgreich gearbeitet haben. Das ist das einzige Wirtschaftswunder, was sich seit 1948 in Deutschland ereignet hat. Was es an wirtschaftlichen Fortschritten in Deutschland gibt, ist vom Volke erarbeitet, trotz der Erhard-Politik erarbeitet worden. Aber wenn die Welt wissen will, wie ein wirkliches deutsches Wirtschaftswunder aussehen würde, dann lasse man doch einmal das ganze deutsche Volk arbeiten. Man lasse das ganze deutsche Volk in Frieden arbeiten, in einer langen Periode gesicherten Friedens in Europa, und man lasse das ganze deutsche Volk in Freiheit arbeiten. Man lasse es arbeiten nicht in einer Wirtschaftspolitik des Bekenntnisses zur Planlosigkeit, sondern im Rahmen einer planmäßig gelenkten Wirtschaft, dann wird man sehen, was das deutsche Volk leisten kann! Dann wird man das wirkliche deutsche Wirtschaftswunder erleben:

Es wird dann ein Deutschland entstehen, das in keiner Weise ein Vakuum ist. Ich wende mich immer leidenschaftlich gegen die törichte These, daß das Gesamtdeutschland, das als Ergebnis einer Verständigung zwischen Ost und West entstehen würde, ein Vakuum sei. Dieses Deutschland wäre politisch kein Vakuum; denn es ist ein sehr wichtiges Land an einem besonders wichtigen Platz der Erde. Dieses Deutschland wäre wirtschaftlich kein Vakuum, sondern dieses Deutschland würde wirtschaftlich erstaunlich stark werden. Wenn trotz Erhard-Politik, trotz Spaltung, trotz Planlosigkeit von 1948 bis 1952 in Westdeutschland das geleistet worden ist, was geleistet wurde, so ist gar kein Zweifel, daß das Gesamtdeutschland das Wunder vollbringen würde, seine Reallöhne zu steigern und dabei gleichzeitig das zurückgebliebene soziale Niveau in der Ostzone — ich sage jetzt mit vollem Bewußtsein ein sehr kühnes Wort — ohne Auslandshilfe auf ein westliches Niveau zu heben. Wenn im Zuge einer solchen Politik im Laufe von einigen Jahren die Besatzungsmächte des Westens und des Ostens schrittweise abrückten, so genügt die Hälfte der Ersparnisse, die wir dabei er-

zielen — wenn wir sie sinnvoll und planmäßig investieren —, um den gesamten Nachholbedarf der Ostzone an Investitionen aufzubringen. Dieses Gesamtdeutschland kann ohne Auslandshilfe wohlhabend werden und kann ohne Auslandshilfe einen sehr wirksamen Beitrag zur Verteidigung des Friedens aufbringen. Dies würde nicht ein Verteidigungsbeitrag im Rahmen eines einseitigen Militärbündnisses der Westmächte gegen den Osten sein, sondern der Beitrag eines unabhängigen Deutschlands zur Verteidigung des Friedens, falls dieser Friede gestört und falls dieses Deutschland überfallen würde. Einen solchen echten Verteidigungsbeitrag kann Deutschland nicht dadurch aufbringen, daß man die Reallöhne herunterdrückt, nicht dadurch, daß man aus Volksmassen, die im Elend leben, noch mehr herauspreßt. Das deutsche Volk kann den Verteidigungsbeitrag nur aus der Fülle der Leistungsmöglichkeiten hervorbringen, die ein solches freies Gesamtdeutschland — aber auch nur ein solches Deutschland! — haben würde. Und wenn wir gegen diesen Generalvertrag mit seinen Rechenfehlern, mit seiner politischen Verständnislosigkeit, mit der brutalen Siegerwillkür, die noch immer in ihm steckt, kämpfen, so ist unser Nein zu diesem Generalvertrag das schöpferische Ja zu dem großen Verteidigungsbeitrag für den Frieden, den ein Gesamtdeutschland leisten kann und, soweit es an uns liegt, auch leisten wird. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender Henßler:

Ich kann mitteilen, daß der Antrag Nr. 178 zurückgezogen ist, also nicht mehr zur Diskussion steht. Das Wort hat jetzt der Genosse Kloos; ihm folgt der Genosse Willy Brandt.

Kloos, Uelzen:

Genosse Ollenhauer, wenn wir Funktionäre auf der unteren Ebene der Öffentlichkeit unsere Politik und die Politik des Vorstandes klarmachen wollen, dann müssen wir selber zutiefst davon überzeugt sein, daß sie richtig ist. Und, Genosse Erich Ollenhauer, nach deinen heutigen Ausführungen ist für mich vieles klarer geworden, und wir sind in der Lage dazu. Aber, Genosse Ollenhauer, was draußen nicht verstanden wird, ist folgendes:

Das Volk versteht, daß wir die Delegation aus der DDR nicht empfangen haben, es versteht aber nicht das Drum und Dran in der Woche vor dem Empfang durch den Bundestagspräsidenten Ehlers. Dann sagen die breiten Massen draußen: Herr Ehlers hat Klarheit bewiesen; er hat zumindest zu seinem Wort gestanden, aber unser Vertreter ist vom Vorstande zurückgepiffen worden. Und gerade diese uns vielleicht als nebensächlich erscheinenden Dinge sind draußen sehr, sehr wichtig; denn der einfache und sauber denkende Mensch denkt anders darüber.

Zu Europa! Daß wir Sozialdemokraten nicht für ein kleines Europa sein können, ist selbstverständlich. Daß wir aber auch nicht über die restaurativen Kräfte zu einem Europa kommen können, ist für uns ebenso selbstverständlich. Aber die Bevölkerung weiß, daß wir eine internationale Partei gewesen sind und es auch noch heute sind; und gerade die Jugend sagt uns draußen immer wieder: Ihr seid doch international! Warum ist es euch nicht möglich, mit Hilfe eurer Bruderparteien in den anderen europäischen Ländern zu einer Einigung zu kommen? Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir, wenn der andere Weg nicht möglich ist, in erster Linie erst einmal in unseren eigenen Reihen eine klare Linie über das zu schaffende Europa aussprechen sollten. Genosse Ollenhauer, du hast in Wien auf dem Jugendtag gesprochen und versucht, die deutsche Politik der europäischen sozialistischen Jugend klarzumachen. Der Genosse Buchstaller hat es ebenfalls getan. Und du weißt, Genosse Ollenhauer, wie schwer es war, den

Standpunkt, den wir einnehmen, der sozialistischen Jugend Europas verständlich zu machen. Nachdem ihr fortgegangen wart, haben wir weiter versucht, unseren Standpunkt klarzumachen, aber es ist uns sehr schwer geworden. Geben wir doch der sozialistischen Jugend Europas und unserer deutschen Jugend eine zündende Flamme, versuchen wir doch über die Internationale eine europäische sozialistische Partei zu bilden! Ich glaube, dann haben wir das Fanal für unsere Jugend, das wir brauchen. Nur aus diesem Grunde bin ich auf das Podium gestiegen, um zu sagen, daß wir neben unserer Tagespolitik vor allem unserer sozialistischen Jugend und auch der anderen Jugend — denn auch sie hat Verständnis für ein europäisches Denken — diese zündende Flamme geben sollten. Bilden wir eine europäische sozialistische Partei und kommen wir selber einmal ins reine; dann werden wir auch auf unserem Wege zu einem vereinigten Europa kommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat jetzt Willy Brandt, Berlin.

Brandt, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Als einer der Delegierten aus Berlin möchte ich zunächst schlicht, aber sehr aufrichtig, dem Genossen Ollenhauer für die neue politische Verpflichtung, die er im Namen der Sozialdemokratischen Partei für Berlin durch sein Referat übernommen hat, Dank sagen, und ich meine, daß an dieser Stelle noch einmal vor der breiten Öffentlichkeit gesagt werden sollte, daß jene, wenn auch unzulängliche, aber doch erreichte Verankerung dieses Berlins im Rechts- und Finanzsystem des Bundes einzig und allein auf Grund der Initiative und des unermüdlichen Drängens der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Fraktion gegen das Zögern und gegen das bis in die letzte Zeit andauernde Unverständnis der Regierung Adenauer und der sie tragenden Koalition erfolgt ist. (Lebhafter Beifall.) Denn das eindeutige Bekenntnis zu Berlin und zu den 18 Millionen unserer Landsleute in der sowjetischen Besatzungszone straft alle jene Lügen, die ausgerechnet der Sozialdemokratischen Partei in diesem Lande eine unklare Politik gegenüber dem totalitären Staat andichten möchten. Wir stehen gewiß nicht notwendigerweise zu jedem Projekt, das man als „westlich“ ausgibt; aber ich glaube, wir standen immer und stehen auch heute zum Westen im Sinne von Freiheit und Menschenwürde; und wir stehen wohl auch des Friedens und der Freiheit wegen zur demokratischen Wehrhaftigkeit in dieser, ach noch so wenig friedfertigen Welt.

Wenn es nun richtig ist, daß für uns über allem anderen das Ringen um die Wiedervereinigung auf dem Boden der Freiheit steht, wenn es richtig ist — und ich glaube es ist richtig —, was Erich Ollenhauer sagt: daß kein Opfer zu groß sein darf, dieses Werk zu erreichen, dann entsteht die Frage, ob wir nicht vielleicht bei der Formulierung unseres Standpunkts noch einen Schritt weitergehen sollten und mit der Blickrichtung nach außen deklarieren sollten: Falls sich heute oder morgen die weltpolitische Möglichkeit bietet, dieses Deutschland auf dem Boden der Freiheit wieder zu vereinigen, dann sollten wir auch dann ja dazu sagen, wenn ein solches in Freiheit wieder vereinigt Deutschland — ich möchte hinzufügen leider — nicht militärpolitischer Bestandteil des atlantischen Bündnisystems sein könnte. Eine solche Präzisierung hätte mit neutralistischen Spielereien überhaupt nichts zu tun, und ich finde, es ist eine schlechte Sache, wenn die Bundesregierung versucht, jede Überlegung über Lösungsmöglichkeiten des deutschen Problems mit dem Schlagwort des Neutralismus zu diffamieren.

Was unsere ganzen Vorstellungen zur Europapolitik angeht, dürfen wir wohl nunmehr feststellen, daß das uns allen vorschwebende Ziel durch föderalistischen Perfektionismus nicht zu erreichen ist. Europaverfassungen gibt es schon genug. Was wir brauchen und was erreichbar erscheint, ist ein politisches und soziales Schutz- und Trutzbündnis des freien Europa. Eine entscheidende Voraussetzung für seine Schaffung ist die Verständigung der demokratischen Sozialisten in England, Deutschland und Skandinavien. Ich sage das, ohne damit die Zusammenarbeit mit den Sozialisten in irgendeinem anderen Teil Europas herabmindern zu wollen. Ich möchte hoffen, daß rascher als bisher ein Weg zur konkreten Verständigung zwischen diesen großen demokratischen sozialistischen Parteien in Europa gefunden wird.

Nun zum Schluß noch eine Bemerkung zu der Rolle der Partei. Unsere Partei wird der ihr aufgebürdeten Verantwortung nur gerecht werden können, wenn sie von einem starken Willen zu einer grundlegenden Umgestaltung erfüllt bleibt (sehr richtig) und wenn sie durch nimmermüde geistige Regsamkeit ihren Erneuerungswillen in das Volk hineinstrahlen läßt. (Beifall.) Es mag sein, daß sich auch die sozialistische Bewegung nicht völlig dem leider nicht sehr fortschrittlichen Gesetz der Epoche entziehen kann. Aber wir werden den Kampf gegen die Restauration nur erfolgreich bestehen können, wenn wir selbst jeder Neigung widerstehen, dort einfach weiterzuführen, wo überprüft, verändert und erneuert werden mußte. (Beifall.)

Ich glaube, auf diesem Parteitag sollte in Anlehnung an das, was Genosse Ollenhauer gesagt hat, ein starker Wille zur Macht ausströmen, nicht des Machtwillens wegen, sondern der Menschen wegen, die eine neue politische Führung verdient haben, eine Neugestaltung durch nimmermüde geistige Regsamkeit und durch soziales Erneuerungsstreben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Korn, Lübeck.

Korn, Lübeck:

Genossinnen, Genossen! Ich komme aus Lübeck, der östlichsten deutschen Großstadt am Eisernen Vorhang. Ich bin vielleicht mit der Jüngste unter Ihnen, und ich will nur in wenigen Worten das sagen, was die Meinung der Distrikte und unserer Wählermassen ausdrückt.

Dieser Parteitag — das hat das grundsätzliche Referat des Genossen Ollenhauer und haben die soeben gehörten eindringlichen ernsten Worte des Genossen Willy Brandt, Berlin, sehr drastisch vor Augen geführt — wird zum Parteitag der außenpolitischen Entscheidung und wird vielleicht zu einem Parteitag der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden. Der Noten im Kalten Krieg zwischen Ost und West sind seit Oktober 1951 wahrlich genug gewechselt. Sowjetrußland hat im Tauziehen um 65 Millionen Deutsche, deren Schlagkraft und Kampfeswert man in Moskau und Washington gleichermaßen real beurteilt, sich zu einer außenpolitischen hundertachtziggradigen Kehrtwendung schweren Herzens wahrscheinlich nur deshalb durchgerungen, weil man mit einem antikommunistischen vereinigten Deutschland zwar die eigene Staatspartei, die SEP, von einem Regierungsfaktor zur kleinsten Oppositionsgruppe im neuen deutschen Reichstag verwandeln würde, sie jedoch andererseits ein neutrales bewaffnetes Deutschland als cordon sanitaire herzustellen hofft. Das deutsche Volk — das haben alle Wahlen seit dem Zusammenbruch nach 1945 bewiesen — wählte antikommunistisch wie kein anderes Volk in Europa. Die Visitenkarte der Roten Armee und der politische Marschschritt in der sogenannten Deutschen Demo-

kratischen Republik haben das deutsche Volk zu einem moskaufindlichen Bollwerk in Europa gemacht. Wenn aus ganz realen außenpolitischen Gründen im Ringen der beiden Weltblocks, Amerika auf der einen Seite und Sowjetrußland auf der anderen Seite — und dazu gehört die Pankower Regierung gleichermaßen — freie gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle vorgeschlagen werden und wenn man scheinbar zu weitestgehenden Konzessionen bereit ist, d. h., solange ein Selbstmordangebot der ostzonalen Regierung vorliegt, hat es meines Erachtens für jeden deutschen Politiker nur ein Ziel zu geben: keine Chance ungenutzt zu lassen, um diese Herren und diese Regierung festzulegen.

Der erste Weg, den der neue Hohe Kommissar, Herr Donnelly, in Deutschland nach seinem Besuch beim Bundeskanzler durchführte, war der Besuch bei General Tschuikow. Das Kommuniké sprach von einer sehr herzlichen, ja herzlichsten Unterhaltung und davon, daß man sich sehr oft treffen will.

Sowjetrußland wird zwangsläufig auf die wirtschaftliche und militärische Integrierung Westdeutschlands im Rahmen der EVG-Verträge und der NATO mit einer wirtschaftlichen und militärischen Integrierung in Osteuropa und in der DDR antworten. Die bisherigen sogenannten Schutzmaßnahmen sind erst der Anlauf dazu. Das heißt, der militärische Block von Schanghai bis Lübeck und Eisenach mit rund 800 oder 900 Millionen Menschen erhält den letzten militärischen Drill und Schliff.

Der bestimmt nicht sowjetfreundliche Richard Tüngel schreibt dazu folgendes. Genossinnen und Genossen, ich bitte sehr herzlich, zu entschuldigen, daß ich diese zehn Zeilen hier vorlese, sie sind aber sehr entscheidend und ernst:

Bevor man in Moskau jedoch so weitgehende Schritte wählt, will man offenbar noch einmal den Versuch machen, auf einer Konferenz und nicht in einem fruchtlosen Notenaustausch einen deutschen Friedensvertrag zustande zu bringen, um damit die Teilung unseres Landes zu beseitigen, die, wenn sie weiterbestehen sollte, zweifellos eines Tages eine gewaltsame und entsetzlich blutige Lösung herbeirufen würde. Was also spricht gegen diese Konferenz, auf der doch nicht geschossen, sondern nur geredet werden soll? Gelänge es heute, die deutsche Sowjetzone einem nach westlichem demokratischem Muster aufgebauten freien deutschen Staat einzufügen, welch ein Triumph für die Politik des Westens!

Ich sage, welch ein Triumph der Freiheit und des Friedens, und ich sehe nicht ein, weshalb wir uns päpstlicher als der Papst gebärden wollen, während Amerikaner und Russen seit vielen Monaten in Korea und indirekt in Indochina auf dem Schlachtfeld Hunderte und Tausende von Toten zählen und sich täglich und wöchentlich auf dem politischen Parkett die Wangen küssen, während sie im Rücken Atombomben entschern, ist es unsere Pflicht, jede, selbst die geringste Chance, zu nutzen.

Solange der Vorsitzende der Partei, die sich die Partei der Vertriebenen von jenseits der Oder-Neiße und aus der Ostzone nennt — ich meine Herrn Minister Krafft vom BHE — sich offiziell für Verhandlungen, für direkte Gespräche einsetzt (Zuruf: Er ist der Opportunist!) — das ist möglich — und, wie es geschehen ist, das auf seinem Parteitag offiziell befürwortet — er wurde aber als Opportunist wiederum einstimmig von den Flüchtlingen jenseits der Oder-Neiße und aus der Sowjetzone gewählt —, sehe ich nicht ein, weshalb die Sozialdemokratische Partei nicht mit einem sehr ersten eindringlichen Appell an die Bundesregierung die unverzügliche Aufnahme, allerdings von befristeten und klar umrissenen Verhandlungen mit den derzeitigen Pankower Machthabern fordern soll.

Unser Ziel ist die Befreiung von 18 Millionen Deutschen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg. Für dieses Ziel hat jedes, aber auch jedes

Mittel recht zu sein. Das gegenwärtige Wettrüsten bedeutet nach menschlichem Ermessen zwangsläufig den Krieg.

Herr Eisler erklärte mir vor wenigen Monaten in einem Interview im Beisein eines führenden westdeutschen Journalisten: Wenn die Bundesregierung 50 Divisionen aufstellt, werden wir 100 aufstellen; wir werden immer 10 Minuten vor ihnen liegen. In diesen dialektischen Worten des Propagandachefs, dieses Goebbels der Ostzone, liegt die furchtbare Tragik dieser Stunde. Glaubt ihr im Ernst, daß dreihunderttausend deutsche Soldaten und einige tausend deutsche Panzer den Bolschewismus zum Rückzug zwingen?

Dazu kommt die steigende Gefahr eines russischen Präventivkrieges. Selbst der amerikanische Präsidentschaftskandidat Stevenson erklärte vor wenigen Tagen: Ich würde mich niemals fürchten, im guten Glauben mit der Sowjetunion zu verhandeln; denn die Tür für Konferenzen für immer zuzuschlagen, heißt stets, einen Weg zum Kriege öffnen.

Für uns heißt es in dieser Stunde, klar, konkret und ohne Mißdeutung zu dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch freie Wahlen Stellung zu nehmen. (Zuruf: Auch von den Diskussionsrednern!) — Jawohl, auch von mir. Wir dürfen uns von den Wählermassen nicht mehr zurufen lassen: Was wollt ihr eigentlich? Ihr propagiert, jede Chance, auch die letzte Chance, zu nutzen, und wenn das Tor vielleicht einen halben Zentimeter geöffnet wird, dann stößt ihr es plötzlich zu!

Das außenpolitische Programm unserer Partei sollte in fünf oder sechs Punkten zusammengefaßt werden, ähnlich dem Programm des Heidelberger Parteitages von 1925. Es sollte klar und deutlich für das Selbstverwaltungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung eintreten. Es sollte die internationale Abrüstung verlangen und mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegenreten. (Zuruf: Auch jeder Verschleierung!) — auch jeder Verschleierung! Das liegt an uns. Das deutsche Volk sehnt sich nach Frieden und ist antibolschewistisch. (Zuruf: Wir hatten noch kein Interview mit Eisler!) — Sie werden lachen, bei diesem Interview, das damals auf Einladung der Bundesregierung in Berlin zustande gekommen war, war mit mir der politische Redakteur der „Lübecker Nachrichten“, der gewiß nicht als kommunistenfreundlich bezeichnet werden kann. Wir haben in diesem Interview Eisler nach den Konzentrationslagern gefragt. (Unruhe.)

Vorsitzender Henßler (unterbrechend): Ich bitte, den Redner nicht durch Zwischenrufe zu veranlassen, seine Redezeit zu überschreiten.

Korn, Lübeck (fortfahrend): Genossen und Genossinnen, wenn diese 15 oder 17 Milliarden, wie hier ebenfalls erklärt wurde, die für die Aufrüstung vorgesehen sind, wenn diese Milliarden des deutschen Volksvermögens dem sozialen Aufbau und der sozialen Sicherung unseres Volkes zugeführt werden, dann wäre es ein für allemal gefeit sowohl gegen den Bolschewismus als auch vielleicht gegen den Dollarismus. (Zuruf: Das ist eine zweideutige Rede!)

Vorsitzender Henßler: Als nächster redet Genosse Riegel aus Lübeck.

Riegel, Lübeck:

Genossinnen, Genossen! Der Genosse Ollenhauer hat mit Recht den unfruchtbaren Notenwechsel der alliierten Mächte mit der Sowjetunion kritisiert. Aber nun erhebt sich folgende Frage: Wenn sich die alliierten Mächte dauernd über die Reihenfolge der Tagesordnung nicht einigen können und dieser Streit seit Monaten anhält, dann muß langsam, aber sicher der Ver-

dacht auftauchen, daß zwar die Sowjetunion mit uns sowieso nicht viel im Sinne hat, daß aber auch die Amerikaner an einer wirklichen Einheit Deutschlands nicht interessiert sind. Warum sollen wir nicht diese Tatsache festhalten. Wenn wir aber der Meinung sind, daß die alliierten Westmächte wegen dieser Streitfrage der Reihenfolge mehr oder weniger genau so wie die Sowjetunion in Wirklichkeit gar keine Viererkonferenz wollen, dann frage ich mich, wie soll über die Viererkonferenz die deutsche Einheit zustande gebracht werden, was sollen wir Sozialdemokraten tun, wenn es tatsächlich nicht zu dieser Viererkonferenz kommen sollte?

Als zweite Frage habe ich folgende vorzubringen. Der Genosse Ollenhauer hat gesagt, die Frage der Partnerschaft muß grundsätzlich abgelehnt werden, weil man nicht vorher die Verfahrensregeln festgelegt habe. Das ist nach meiner Ansicht keine grundsätzliche Ablehnung. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß wir als Deutschland genau die gleiche Stellung wie England einnehmen, indem wir uns grundsätzlich zum Westen bekennen und sagen: Wir sind in der Stunde der Gefahr bereit, an der Seite des Westens zu marschieren, wir sind aber im gegenwärtigen Moment grundsätzlich an diesem Problem der Partnerschaft und der konkreten praktischen Durchführung der Dinge nicht interessiert.

Wenn, wie Genosse Baade sagte, wir in Deutschland politisch und auch wirtschaftlich kein Vakuum haben, dann frage ich mich, ob nicht tatsächlich diese Möglichkeit besteht.

Zum Schluß noch eine dritte Frage. Genosse Ollenhauer hat ganz klar davon gesprochen, daß gegenwärtig wirtschaftlich in Deutschland eine Politik getrieben wird, die gegen die breiten Massen gerichtet ist. Das müßte in der Konsequenz heißen, daß wir für die nächste Zeit grundsätzlich ablehnen, uns an irgendeiner Koalition auf der Bundesebene zu beteiligen. Das bedeutet, daß es nach den kommenden Bundestagswahlen nur eine einzige Alternative geben kann: Entweder allein versuchen, wenn wir dazu die erforderliche Zahl von Mandaten haben, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umzustößen, oder in der Opposition bleiben.

Wir müssen — und insofern möchte ich das Wort von Willy Brandt aufgreifen — nicht nur den Willen fortsetzen, der uns seit 80 Jahren beseelt, und den bestehenden Apparat nicht nur übernehmen, sondern müssen die gesellschaftliche Ordnung grundsätzlich neu regeln. Diese Frage wird über lang oder kurz auftauchen. Es gibt nur eine Antwort: Entweder allein oder überhaupt nicht! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Möller-Dostali.

Möller-Dostali, Essen:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Ollenhauer hat mit der ihm eigenen Sachlichkeit eine grundsätzliche Analyse der heutigen Situation gegeben. Sie hat uns die große Gefahr vor Augen geführt, in der wir uns als deutsche Sozialdemokraten und als deutsches Volk befinden. Er sagte, daß die Frage des Generalvertrages und der EVG-Verträge eine Schicksalsfrage sei, die unter Umständen über Krieg und Frieden entscheiden würde. Ich bin mit ihm einverstanden, wenn er noch einmal die Bedingungen formuliert hat, die auch schon Genosse Schumacher formulierte, unter denen wir als Sozialdemokratische Partei diese Verträge ablehnen. Aber ich glaube, wir sollten diesen Bedingungen ganz klar und deutlich eine Bedingung hinzufügen: Unter den Bedingungen der Spaltung und der Rechtsungleichheit gegenüber den Siegern werden wir als Sozialdemokratische Partei jeden Wehrbeitrag ablehnen! Dabei ergibt sich für uns noch folgende Frage: Auf der einen Seite steht als Realität der große Block der

Sowjetunion. Wie wir zu den Kommunisten stehen, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Auf der anderen Seite stehen die Westmächte, in deren Politik sich immer deutlicher ein Sieg der restaurativen kapitalistischen Kräfte abzeichnet. Ich erinnere mich eines kleinen Büchleins, das Genosse Paul Sering wohl 1945 herausgegeben hat und in dem er sagt: „Es wird und muß die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein, weder ein Satellit des Ostens zu werden, noch sich irgendwie in einen Klassenkrieg des Westens gegen den Osten verstricken zu lassen!“ (Beifall.) Wenn wir dieses Nein zu den EVG-Verträgen, zum Generalvertrag aussprechen und bereit sind — wie Genosse Ollenhauer richtig sagte —, mit dem Osten zu diskutieren, so bedeutet das, daß wir eine Diskussion auf internationaler Ebene zwischen den Mächten anstreben, die für die Spaltung Deutschlands verantwortlich sind. Nicht in Frage kommt aber das, was hier gesagt wurde: Eine direkte Diskussion zwischen Vertretern unserer Partei, mit Vertretern einer Partei wie der SED, die ja in Wirklichkeit nicht über eigene Machtvollkommenheit verfügt und keine demokratische Legitimation hat. Dagegen sollten wir aber, wenn eine solche Diskussion in Gang kommt, auch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir, wenn aus gesamtdeutschen Wahlen unter internationaler Kontrolle eine souveräne deutsche Regierung hervorgeht, uns unter Umständen verpflichten, weder mit Washington noch mit Moskau einen militärischen Pakt abzuschließen. Das sollten wir in unserer Propaganda und in unseren sozialdemokratischen Parteidokumenten sehr deutlich zum Ausdruck bringen.

Wenn es der Adenauer-Regierung gelingt, die Ratifizierung der Verträge im Bundesparlament durchzusetzen, dann bedeutet das für den demokratischen Sozialismus und die Arbeiterbewegung eine entscheidende Niederlage, genau so, wie bei den Kämpfen um das Mitbestimmungsrecht von einer Niederlage gesprochen werden kann. Deshalb sollten wir die Zeit nutzen und den Kampf gegen den Generalvertrag und die EVG-Verträge mit viel größerer Schärfe führen, und zwar nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern auch im vorparlamentarischen Raum, mit allen Mitteln, die uns die Demokratie gibt. Aus diesem Grund hat der Unterbezirk Essen den Antrag Nr. 179 vorgelegt. Ich glaube, daß die Stunde so ernst und so entscheidend ist, daß wir uns als Parteitag und damit als höchste Instanz der Sozialdemokratischen Partei überlegen sollten, ob wir nicht mit einem Manifest an die gesamte deutsche Bevölkerung, nicht nur an die westdeutschen Menschen, sondern auch an die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs, herantreten sollten. Wir im Westen müssen versuchen, durch Aktionen im vorparlamentarischen Raum, beispielsweise durch Unterschriften, Versammlungen usw., die Bevölkerung in eine politische Aktivität hineinzusteigern, die die Adenauer-Regierung zwingt, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Das sind legale demokratische Mittel. Ich bitte Sie daher, den Antrag Nr. 179 anzunehmen. Wenn dieser Kampf verlorengeht, dann ist die Spaltung Deutschlands endgültig, dann besteht die große Gefahr, daß angesichts der undurchsichtigen Politik des Amerikanismus eines Tages Deutsche gegen Deutsche auf einem Schlachtfeld kämpfen, das wir Sozialdemokraten nicht gewollt haben! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Von Henry Rutz, dem Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften für Deutschland und Österreich, ist ein Telegramm eingegangen, in dem er bedauert, daß er verhindert sei, an unserem Parteitag teilzunehmen. Er wünscht dem Parteitag bei seinen Entschlüssen Erfolg. — Ferner haben wir eine Mitteilung von der Genossin Stierle erhalten. Sie teilt mit, daß die Ärzte mit dem Gesundheitszustand des Genossen Stierle zufrieden sind. Es gehe aufwärts. (Beifall.) Wir hoffen, daß diese Mitteilung in Erfüllung geht, so daß wir Stierle hoffentlich bald wieder unter uns sehen

können! (Beifall.) — Der nächste Redner ist Genosse Carlo Schmid. Er hat mich gebeten, ihm eine Redezeit von ungefähr 15 Minuten zuzugestehen, und zwar in Berücksichtigung der Aufgabe, die ihm die Partei auf außenpolitischem Gebiet gestellt hat. Bekanntlich ist er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Ich darf also wohl von vornherein der Zustimmung zu dieser Bitte sicher sein! (Einverstanden!)

Carlo Schmid, Bonn:

Genossinnen und Genossen! Zunächst eine Bemerkung zu einigen Ausführungen des Genossen Kloos, Uelzen, die sich — wenn auch nicht unter Namensnennung — mit meiner Person befaßten. Die Entscheidung, die Abgesandten der Volkskammer zu empfangen, war eine Entscheidung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Nach Rücksprache mit einigen Genossen des Fraktionsvorstandes hielt ich es für richtig, daß auch die Vizepräsidenten des Bundestages daran teilnahmen. Spätere Gespräche mit anderen Genossen haben mich davon überzeugt, daß diese meine Entscheidung falsch war. Die Geschlossenheit in der Abwehr aller Infiltrationsversuche von kommunistischer Seite verlangt von uns, daß wir insbesondere auch auf örtlicher Ebene alle Versuche von kommunistischer Seite, mit Funktionären der Partei in ein sogenanntes gesamtdeutsches Gespräch zu kommen, im Keim ersticken. (Beifall.) Die Genossen sagten: „Was sagen wir nun den Genossen auf der örtlichen Ebene in solchen Fällen, wenn diese erklären: ‚Aber der Carlo Schmid war beim Empfang der Volkskammer-Abgeordneten auch dabei?‘“ Natürlich gibt es da erhebliche sachliche Unterschiede. Man darf aber die Urteilskraft der Menschen nicht überfordern, und man darf kein Ärgernis geben. Weil ich das eingesehen habe, habe ich meine ursprüngliche Bereitschaft, dem Empfang beizuwohnen, zurückgezogen. (Lebhafter Beifall.) Ich halte es nicht für eine Schande, sich überzeugen zu lassen. (Sehr gut, Beifall.) Ich halte es noch weniger für eine Schande, nach der neugewonnenen besseren Überzeugung zu handeln. (Beifall.)

Die Ausführungen Erich Ollenhauers zur Europa-Politik unserer Partei waren so eindeutig, daß Mißverständnisse künftig ausgeschlossen sein sollten. Vielleicht wird es aber trotzdem noch Mißdeutungen geben. Ich bin überzeugt, daß man weiterhin mit der Parole von der „uneuropäischen“ Haltung der Sozialdemokraten krebse gehen wird, so wie man früher krebse gegangen ist mit unserer angeblichen Vaterlandslosigkeit, und wie man heute noch mit der Lüge krebse geht, wir seien religionsfeindlich! Man ist aber noch kein Feind Europas, weil man das, was Konrad Adenauer, Robert Schuman und Herr de Gasperi für europäische Politik halten, für verhängnisvoll hält, verhängnisvoll, weil es keinen Weg in die Zukunft weist, sondern restaurativen Zwecken dienen soll. Mancher, der „Europa“ sagt, versteht darunter leider Gottes nicht mehr, als ein Metternich unter der gemeinsamen Verteidigung der gottgewollten Ordnungen gegen die revolutionären Forderungen der Völker verstanden hat. (Beifall.) Und man ist noch kein Feind Europas, weil man der Meinung ist, daß die Deutschen das Recht haben, bei ihrer Europa-Politik ihre Lebensinteressen so zu wahren, wie es die anderen Nationen auch tun, ja für selbstverständlich halten. (Beifall.)

Was verstehen denn die einzelnen unter Europa-Politik? Ich habe wenig Leute getroffen, die darunter dasselbe verstehen. Und ich habe dabei immer wieder Motive höchst gegensätzlicher Art festgestellt! Nur bei den wenigsten Menschen findet man wirklich realistische Vorstellungen von dem, was ist, was sein soll und was sein kann. Bei vielen ist das, was sie Europa-Politik nennen, nicht mehr als falsch angewandter ethischer Impuls. Bei manchen ist es ein ästhetisches Bedürfnis nach einer Bereinigung des „Krickel-Krackel“

der europäischen Flurkarte. Bei vielen, ja zu vielen ist das, was sie europäische Politik heißen, Produkt einer verschwommenen, wenn auch höchst ehrenwerten Sentimentalität. Das schlimmste ist aber, daß die Zahl derer nicht gering ist, bei denen das Europa-Verlangen etwas ist, mit dem sie ihr Sekuritätsbedürfnis am besten glauben zum Ausdruck bringen zu können. Sie meinen, daß das „Europa“, das sie wünschen, ihnen erlauben werde, auf Politik und auf Verantwortung für das eigene Schicksal zu verzichten, denn sie meinen, man könne sich in diesem Europa vor dem heißen Atem der Geschichte verstecken.

Das alles ist nach dem, was hinter uns liegt, verständlich. Es ist aber keine politische Haltung! Denn Politik fängt — wie Religion — damit an, daß man auf die Befriedigung von Gemütsbedürfnissen verzichtet und die Dinge aus dem Bereich der Gefühle in den Bereich der verantwortlichen Entscheidung hebt (Beifall), also unter das Gesetz der Notwendigkeiten des jeweiligen Hier und Jetzt stellt. Und da ist zunächst zu fragen: Was soll denn dieses Europa sein, von dem ja von so verschiedenen Seiten in so verschiedener Weise und offenbar auf Grund so verschiedener Impulse gesprochen wird? Und welches sind die Gegebenheiten, von denen aus wir den Weg dorthin zu bahnen hätten?

Sicher wird eine Welt besser geordnet sein, in der die Völker dieses Kontinents in den „Vereinigten Staaten von Europa“ zusammengefaßt sein werden.

Wir alle hoffen, daß dies einmal der Fall sein wird. Aber diese Vereinigten Staaten von Europa würden nur dann etwas Gutes sein, wenn sie nicht Ausdruck und Produkt des Mißtrauens einiger Völker gegen andere europäische Völker sind, sondern sie werden dann etwas Gutes sein, wenn Europa als Ausdruck und Produkt der Solidarität aller europäischen Völker mit allen anderen europäischen Völkern entsteht. Wenn man aber glaubt, Europa bauen zu müssen, weil man so große Völker besser bändigen könne, dann wird man auf sehr viel schwankenderem Grund bauen, als ein sandiger Bauplatz es wäre. „Europa“ würde nur dann etwas Gutes sein, wenn es den Völkern und den breiten Massen der Werkthätigen eine echte Chance für die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und sozialem Fortschritt gibt (Beifall) sowie eine Chance für die Schaffung der uns aufgegebenen Gesellschaftsordnung, die die Gesellschaftsordnung unseres Jahrhunderts und nicht die des vergangenen Jahrhunderts zu sein haben wird. „Europa“ wird etwas Schlechtes sein, wenn es zu keinem anderen Zweck geschaffen werden sollte, als zu einem Instrument für restaurative Absichten oder um den Deutschen die Möglichkeit einer den Lebensinteressen dieses Volkes dienenden eigenen Aktivpolitik zu nehmen.

Wir müssen also zunächst Fragen stellen. Die erste lautet:

Welches konkrete Europa ist denn gemeint, wenn ihr von Europa-Politik sprecht? Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß nicht alles, was unter der Europa-Flagge segelt, europäisch zu sein braucht.

Die zweite Frage ist:

Wohin sollen und wohin werden uns denn die Dinge führen, die unter dem Namen Europa geschaffen werden sollen?

Die weitere und entscheidende Frage aber ist:

Welche Voraussetzungen muß man denn wollen, wenn man Europa will? Denn wenn man etwas will, muß man gleichzeitig oder gar vorher die Voraussetzungen wollen, ohne die das Gewollte keine echte Wirklichkeit werden kann. Da gibt es eine Reihe ganz klarer und eindeutiger notwendiger Voraussetzungen! Nicht Mißtrauen, sondern Solidaritätsbewußtsein muß der Impuls aller sein, die europäische Politik machen wollen und behaupten, sie

zu machen. Alle müssen damit einverstanden sein, daß alle gleiche Lasten zu tragen haben und den gleichen Zugang zu den Vorteilen des Zusammenschlusses erhalten. Alle müssen davon überzeugt sein, daß nichts in diesem Europa, auch nicht in seinen Vorstufen, daran erinnern darf, daß es Sieger und Besiegte gegeben hat. (Sehr richtig!) Aber das alles muß durch Taten bewiesen werden. Es genügt nicht, daß man es mit Worten versichert.

Zu den Voraussetzungen einer jeden möglichen Europapolitik gehört auch, daß man bereit ist, die uneuropäischen Tatbestände, die 1945 und später geschaffen worden sind, auszuräumen. Ich denke dabei in erster Linie an die Saar. Denn, wenn diese Dinge nicht vorher ausgeräumt werden, dann werden diese ungelösten Probleme den europäischen Körper infizieren und krank machen. Nie wird Europa ein gesunder Körper werden können, wenn diese Krankheitsherde nicht vorher ausgeräumt werden. Ich möchte mit allem Ernst davor warnen, den Namen Europas zu mißbrauchen. Das schlimmste, was man Europa antun könnte, wäre doch, wenn sich allmählich in diesem Volk oder in anderen Völkern die Vorstellung bildete, daß das Zeitwort „europäisieren“ dasselbe bedeutet wie das im letzten Krieg geschaffene Wort „organisieren“. (Zustimmung.)

Eine weitere Voraussetzung muß verwirklicht werden, wenn Europa-Politik gemacht werden soll: Man muß es sich versagen — und zwar auf allen Seiten —, irgend etwas zu tun, auch im Namen Europas, das zumindest in seiner Wirkung die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands blockieren könnte. Das muß um Europas willen geschehen, denn mit einem halben Deutschland kann man kein ganzes Europa schaffen! (Lebhafter Beifall.) Man kann noch weniger Europa um den Preis unseres Verzichts auf die Befreiung unserer Brüder schaffen, die noch drüben unter dem Joch des Totalitarismus seufzen. Wenn man uns sagt: Nehmt doch dieses Problem der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht so wichtig, es ist doch nicht erstrangig, so müssen wir antworten: Für uns ist es eine erstrangige Frage, ob unsere Brüder dort drüben noch lange im Zuchthaus leben müssen (lebhafteste Zustimmung), oder ob man ihnen diese Qual abkürzen kann!

Nun sagt man uns, das alles zusammen sei ein bißchen viel verlangt. Ich glaube es nicht; ich glaube, daß das Mindestforderungen sind. Wenn man nun der Meinung sein sollte, sie seien aus psychologischen und anderen Gründen heute noch nicht zu verwirklichen, dann mag das sein. Wenn dem aber so sein sollte, dann ist es eben offenbar zu früh, an das Werk „Europa“ zu gehen. (Sehr richtig!) Freilich sind wir nicht so töricht, zu glauben, daß dieses Europa mit einem Male geschaffen werden könnte. Selbstverständlich wird es da Zwischenstufen geben. Wir werden nichts nur deswegen ablehnen, weil es noch nicht ganz vollkommen ist. Aber wir werden nur zu den Zwischenstufen ja sagen können, die auch als Zwischenstufen aus wirklich europäischem Geist und nur aus europäischem Geist geboren sind. Wir werden nur ja sagen können zu Dingen, von denen wir wissen, daß sie nicht Hindernis auf dem Wege zur Schaffung der deutschen Einheit sind. Wir werden zu solchen Zwischenstufen nicht ja sagen können, von denen wir wissen, daß es sich um Institutionen handelt, bei denen die Rechte der Parlamente zugunsten eines allmächtigen Managertums entthront werden. (Beifall.) Und wir werden zu Zwischenstufen nicht ja sagen können, die durch Beschränkung der europäischen Initiativen auf das Europa der Schumanplan-Länder den Weg zum ganzen Europa zu versperren drohen. Da geschehen in diesen Wochen gefährliche Dinge. Die aus dem Montanparlament hervorgegangene Sonderversammlung in Straßburg hat auf Grund des Artikels 38 des EVG-Vertrages den Auftrag angenommen, eine Verfassung für eine europäische politische Oberbehörde zu entwerfen. Die Annahme dieses Auftrages bringt uns in die Gefahr, daß nunmehr Europa auch

im Westen gespalten werden könnte, denn dieses Sechser-Europa ist eine schlechte Sache. Es ist nicht wahr, daß man damit den Anfang der Einigung Europas gemacht hat. Was geschieht denn dabei in Wirklichkeit? In Wirklichkeit geschieht doch nicht mehr, als daß man auf dem Gebiet des Kontinents Europa einen neuen — vorläufig noch rudimentären — Groß-Staat zu Sechsen schafft, daß also ein großer Teil Europas in dieses „Europa“ nicht eingeschlossen wird — für manche vielleicht gar nicht eingeschlossen werden soll. Wenn man aber nur einen Teil des Kontinents staatlich organisiert, stört man das politische Gleichgewicht auf dem Boden des Kontinents auf das empfindlichste, denn man schafft so einen politischen Körper von einer Dynamik, von der kein Mensch heute noch weiß, wohin sie uns führen könnte.

Man spricht sehr davon, daß dieses Sechser-Europa eine Art Kern-Europa sein werde, ein Magnet, der schließlich Briten, Skandinavien und andere anziehen müsse. Wir Sozialdemokraten fürchten, daß dieses sogenannte Kern-Europa, dieses Sechser-Europa, nicht magnetisch, sondern daß es auf die Briten und Skandinavien abstoßend wirken wird. Und damit hätten wir aus Europa die Nationen verbannt, die bisher auf dem Gebiete der Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Massen das Beste und meiste getan haben. (Lebhafter Beifall.) Genau betrachtet ist es doch so, daß durch dieses Sechser-Europa zunächst einmal ein neuer Nationalegoismus zu Sechsen geschaffen werden wird —; denn wenn sein Zweck sein soll, den Lebensstandard der Bevölkerung dieser sechs Staaten zu heben, indem man für diese sechs Staaten einen einheitlichen Markt schafft, dann bedeutet das doch, daß man den anderen Staaten gegenüber eine Wirtschaftsgrenze aufrichten muß und daß dann die Wirtschaftsbeziehungen über diese Grenze hinweg nur durch Handelsverträge aufgenommen werden, wie das bisher in den Beziehungen der einzelnen Staaten der europäischen Brüder zu anderen Staaten auch der Fall war. Es besteht die Gefahr, daß die Briten und Skandinavien erkennen könnten, daß ihre Position bei Verhandlungen mit diesem mächtigen Block schwieriger ist als bei Verhandlungen mit anderen Staaten. Was wird die Folge sein? Die Briten und Skandinavien werden vielleicht in der Intensivierung des Osthandels eine Ausweichmöglichkeit sehen und demgemäß in noch engere Beziehungen mit Staaten und Völkern jenseits des Ozeans zu kommen suchen. In Straßburg hat mancher Brite im Gespräch sorgenvoll schon das Wort „Kontinentalsperre“ fallen lassen. Ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen, welche politischen Konsequenzen eine solche Verschiebung der ökonomischen Beziehungen mit sich bringen könnte.

Nun will man also diese politische Oberbehörde in Europa schaffen. Ich will mich darüber nicht in Einzelheiten verbreiten. Nur eins möchte ich dazu sagen: Zu den Zuständigkeiten dieser politischen Behörde soll auch die Führung einer gemeinsamen Außenpolitik dieses Sechser-Europa gehören, wenigstens soweit sich die Gegenstände dieser Politik auf europäischem Boden befinden. Der einzige Partner unter diesen sechs, bei dem sich so gut wie alle Gegenstände möglicher Außenpolitik ausschließlich auf europäischem Boden befinden, ist die Bundesrepublik. Die anderen Staaten haben auch außerhalb Europas außenpolitische Interessen, die sie autonom wahrnehmen werden. Das hätte für uns die Wirkung, daß wir auf der einen Seite keine eigene deutsche Wiedervereinigungspolitik mehr machen könnten, während wir auf der anderen Seite die Gefahren mitzutragen hätten, die die autonom geführte außereuropäische Außenpolitik unserer Partner heraufbeschwören könnte. Es könnten dafür einige Beispiele genannt werden.

Das sind die Gründe, weshalb die Sozialdemokraten es abgelehnt haben, sich an diesen Dingen zu beteiligen. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag diese Haltung billigen wird.

Genosse Ollenhauer hat davon gesprochen, daß es möglich ist, Formen zu finden, die es auch den Briten und Skandinaviern möglich machen, sich mit den anderen europäischen Staaten zusammenzufinden. Ich möchte auf ein Dilemma hinweisen, das unausweichlich ist: Entweder man besteht darauf, diese Zusammenschlüsse von Anfang an sehr eng zu machen — dann muß man darauf verzichten, daß dieser Zusammenschluß allgemein zu machen ist. Wenn man aber den Hauptwert darauf legt, zunächst einmal möglichst viele europäische Nationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen, dann muß man eben — leider Gottes! — für den Anfang auf die Vollkommenheit der organisatorischen Formen dieses Zusammenschlusses verzichten. Mir scheint das der bessere Weg zu sein, denn es wird leichter sein, einen allgemeinen, aber lockeren Zusammenschluß immer mehr zu verdichten, als einen von Anfang an ganz engen, aber beschränkten Zusammenschluß auf andere Staaten auszuweiten.

In Straßburg hat letzte Woche ein Redner gesagt, das Schicksal der Demokratie erfülle sich in Europa. Das ist zweifellos richtig. Aber ich glaube, wir wären sehr kurzichtig, wenn wir übersähen, daß sich das Schicksal der Demokratie heute auch in Afrika und in Asien erfüllt. (Beifall.) Denn wie wollen wir denn bei uns in Europa der Demokratie Bestand geben, wenn man den Völkern, die von europäischen Staaten abhängen, nur deswegen die Rechte der Demokratie verweigert, weil sie in Afrika und Asien und nicht in Europa beheimatet sind. Freiheit und Demokratie sind unteilbar; die Wohlfahrt der Nationen ist es auch.

Genossinnen und Genossen! Ich komme zum Schluß. Es ist von der Vertragstreue der SPD gesprochen worden. Ich brauche dazu nichts mehr zu sagen. Aber Vertragstreue bedeutet nicht Verzicht auf Politik! Wir werden uns im Rahmen der Verträge so verhalten, daß es unseren Partnern geratener erscheinen könnte, mit uns auf neuer Grundlage neu zu verhandeln, um zu neuen Verträgen zu kommen, die im Interesse aller liegen und die das deutsche Volk auch noch in zehn Jahren wird wollen können. Wir werden von uns aus nichts dazu beitragen, daß das fünfzigjährige Reich der Manager der Restauration seine vollen fünf Jahrzehnte dauert. Wir werden aber alles zum Gelingen jedes ernsthaften Versuches beitragen, auf den soliden Grundlagen echter Solidarität der europäischen Nationen Europa zu errichten, wobei wir allerdings einen möglichen europäischen Nationalismus ebenso bekämpfen werden, wie wir heute den Nationalismus der einzelnen europäischen Nationen bekämpfen. Denn Europa wird nur dann seinen vollen Sinn erhalten haben, wenn es sich nicht nur mit sich selbst, sondern darüber hinaus mit den anderen Kontinenten voll solidarisch fühlt. (Großer Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich schlage vor, daß wir nunmehr in die Mittagspause eintreten. Wir müssen pünktlich um 14.30 Uhr beginnen, damit wir, ohne uns irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen, mit dieser Tagesordnung weiterkommen.

NACHMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Wir fahren in unseren Beratungen fort. Bevor ich den ausländischen Gästen, die sich gestern schon zum Wort gemeldet hatten, aber nicht mehr sprechen konnten, das Wort erteile, einige kleine technische Hinweise!

Die Wahl des Parteivorstandes wird technisch auf folgende Art und Weise erfolgen:

Bis Freitag mittag müssen evtl. Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes hier beim Präsidium eingereicht sein. Wir werden dann die Liste einschließlich der Vorschläge, die zusätzlich vom Parteitag gemacht werden, drucken lassen. Sie wird dann am Samstagmittag nach Schluß des Vorstandsberichtes verteilt werden. Im Laufe der Diskussion über den Bericht des Parteivorstandes können Sie dann die Wahlen vornehmen. Die technischen Einzelheiten sind Ihnen ja von früheren Parteitagungen her bekannt. Nach Schluß der Debatte werden dann die Stimmzettel eingesammelt, und das Ergebnis wird festgestellt werden.

Die Mandatsprüfungskommission tritt sofort im Parteivorstandsbüro zusammen, um die Arbeit aufzunehmen.

Nummehr treten wir in unsere Beratungen ein. Ich erteile als erstem dem Mitglied des Vorstandes der norwegischen Arbeiterpartei, Finn Moe, das Wort. (Lebhafter Beifall.)

Finn Moe, Norwegen:

Werte Genossinnen und Genossen! Mit besonders großer Freude überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße der norwegischen Arbeiterpartei. Wenn ich Ihrem Parteitage im Namen der norwegischen Arbeiterpartei einen guten Erfolg wünsche, so deshalb, weil wir in einer starken deutschen Sozialdemokratie die beste Garantie für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland sehen. Die norwegische Arbeiterregierung ist heute die einzige rein sozialdemokratische Regierung, die an internationalen Verhandlungen teilnimmt. Diese Verantwortung ist sehr groß, und wir sehen deshalb dem Tage entgegen, an dem hier in Deutschland die SPD und in England die Labour Party an die Macht kommen. In der Zwischenzeit müssen wir ernsthaft versuchen, die internationale Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien zu vertiefen und zu verstärken. Das ist notwendig, weil so viele Fragen, ja die meisten Fragen, denen die sozialistischen Parteien gegenüberstehen, internationale Fragen sind. Die Politik der norwegischen Arbeiterpartei ist von dem Wunsche bestimmt, die Verteidigung der westlichen Demokratien zu stärken und nicht nur die militärische Verteidigung, sondern auch die wirtschaftliche, soziale und moralische Kraft der Demokratie zu stärken. Hier gibt es kein Entweder-Oder. Wir müssen sowohl wirtschaftlich als auch militärisch stark sein, und es ist die besondere Aufgabe der sozialistischen Partei, darüber zu wachen, daß wir nicht nur militärisch, sondern auch sozial und politisch stark sind, was aber nicht bedeutet, daß wir auf militärische Verteidigung gegen einen Gegner, der zu allem bereit ist, verzichten.

In unserem Kampf für die Stärkung der Demokratien bauen wir auf der Überzeugung auf, daß die Demokratien nie stark werden, wenn sie nicht solidarisch zusammenstehen und zusammenhalten. Deswegen hat sich Norwegen dem Atlantikpakt angeschlossen, und wir sind der Überzeugung, daß nur im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft die Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme der Zeit gefunden werden kann. Wir fühlen uns nicht berechtigt, uns dem Versuch von sechs Mächten, ein Klein-Europa zu bilden, entgegenzusetzen, wenn es nur als erster Schritt auf dem Wege zur Einigung Europas dient. Aber die deutsche Sozialdemokratie sagt mit Nachdruck, daß dieser erste Schritt nicht zu einer Spaltung des freien Europa führen darf. Insbesondere vom sozialistischen Gesichtspunkt aus muß ganz Europa und müssen auch außereuropäische Länder an dieser Zusammenarbeit teilnehmen, wenn wir nicht ein reaktionäres Klein-Europa riskieren wollen.

In diesem Zusammenhange möchte ich unterstreichen, was hier schon gesagt worden ist, daß die europäische Zusammenarbeit nicht zum europäischen Nationalismus führen darf. Es gibt überhaupt kein lebensfähiges Europa isoliert von der übrigen Welt. Es gibt kein lebensfähiges Europa ohne intimste Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada, auch deshalb, weil ohne eine solche intime Zusammenarbeit Großbritannien nicht an einer engen Zusammenarbeit teilnehmen kann.

Als Sozialist und Demokrat möchte ich auch gern sagen, daß ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als unsere europäischen Probleme die Fragen des Verhältnisses der westlichen demokratischen Welt zu den unentwickelten Ländern und Weltteilen sind. Dieses Verhältnis ist die wichtigste Frage auf der Tagesordnung der Sozialistischen Internationale. Deswegen haben auch die norwegische Arbeiterregierung und das norwegische Parlament einstimmig 10 Millionen Kronen für technische Hilfe für Indien bewilligt. Nach unserer Auffassung müßte auch Deutschland an dieser Zusammenarbeit als gleichberechtigter Partner teilnehmen, z. B. als gleichberechtigtes Mitglied des Atlantikpaktes. Man muß aber verstehen, daß es heute noch in der Welt und auch in Norwegen viele Leute gibt, welche die Periode von 1933 bis 1945 nicht vergessen haben und sich nun fragen: Welche Garantien haben wir dafür, daß sich die deutsche Demokratie behaupten wird und daß die deutsche Demokratie stabil ist? Hier blicken wir norwegischen Sozialisten mit Zuversicht auf die deutsche Arbeiterbewegung und auf die deutschen Sozialdemokraten. Deswegen hat auch die deutsche Sozialdemokratie in der heutigen Situation eine so große Verantwortung: Sie hat die Aufgabe, eine Politik aufzuziehen, die nicht nur die selbstverständliche Gleichberechtigung Deutschlands fördert, sondern auch eine fruchtbare Grundlage für die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung und Verteidigung der Demokratie bildet.

Ich habe schon gesagt, daß fast alle Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, internationale Fragen sind und deshalb auch nur auf internationaler Grundlage gelöst werden können. Deshalb wäre es für alle sozialistischen Parteien unrealistisch, auf nationalen Forderungen, mögen sie auch noch so berechtigt sein, derart zu bestehen, daß dadurch die Grundlage für die internationale Zusammenarbeit gefährdet würde.

Ich habe so offen gesprochen, um zu zeigen, welch großes Vertrauen wir zur deutschen Sozialdemokratie haben und welche großen Erwartungen wir in die deutsche Sozialdemokratie setzen. Ich möchte gern als Mitglied des Europarats sagen, mit welcher Zufriedenheit ich festgestellt habe, daß sich in vielen Fragen auch die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie von internationalen sozialistischen Gesichtspunkten leiten lassen. Ich hoffe, es wird immer so sein. Eine internationale Zusammenarbeit kann nicht zustande kommen, wenn wir nicht auf gewisse nationale Rechte verzichten, nur müssen das alle in gleichem Maße tun. Das ist Gleichberechtigung.

In Norwegen wie in der ganzen Welt wird dieser Parteitag mit großem Interesse verfolgt. Ich wünsche Ihnen im Namen der norwegischen Arbeiterpartei besten Erfolg, und ich bin ganz sicher, daß der Parteitag einen Schritt auf dem Wege zur Stärkung eines demokratischen Deutschlands und zur Stärkung der internationalen sozialistischen und internationalen demokratischen Zusammenarbeit darstellen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich bitte nunmehr Georges Brutelle, stellvertretenden Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, das Wort zu ergreifen. (Lebhafter Beifall.)

Georges Brutelle, Frankreich:

(Der Redner überbringt in französischer Sprache die Grüße der Sozialistischen Partei Frankreichs und erhält starken Beifall.)

Übersetzung:

Liebe deutsche Genossen! Wir haben den Auftrag, mein Freund Rosenfeld — Vorsitzender der internationalen Kommission unserer Partei — und ich, die Arbeiten eures Parteitagcs zu verfolgen und euch von hier aus die herzlichsten Grüße der Sozialistischen Partei Frankreichs zu übermitteln.

Ich glaube nicht, daß ich die Bedeutung zu unterstreichen brauche, die eure Parteitage und ganz besonders der diesjährige Parteitag für uns hat.

Wir glauben nicht, wie einige Journalisten es geschrieben haben, daß nach dem Tode Schumachers, vor dessen Vermächtnis ich mich wieder im Namen aller französischen Sozialisten verbeuge, eure Partei an irgendwelche unwahrscheinliche und sofortige Änderung in ihrer Politik gehen wird, die mit einem Schlag gewisse Unterschiede in den Auffassungen unserer beiden Parteien abschwächen würde. Wir sind aber überzeugt, daß ihr sämtlichen Kräften der Reaktion und der Unterdrückung erneute Beweise geben werdet, daß der Verlust auch den hervorragendsten Führer, auch wenn so schwer und schmerzlich wie derjenige Schumachers, das Vorwärtstreben eines Proletariats, das sich frei organisieren und entschließen kann, nicht aufhalten kann. Das vor allem, weil wir zutiefst überzeugt sind, heute an dem Kongreß einer Partei teilzunehmen, die schon des Sieges in den bevorstehenden Wahlen sicher ist und sich auf die Verantwortlichkeiten der Macht vorbereitet.

Man hat neuerdings und so ziemlich überall wiederholt, daß ihr nur zu negativen Standpunkten fähig seid. Man hat von Schumacher gesagt und man wiederholt es jetzt in bezug auf Ollenhauer, daß er nur der Mann der Opposition war, daß er nur nein sagen konnte und niemals was Konstruktives vorbrachte. Das hat man von allen führenden Sozialisten zu gewissen Zeiten ihres Lebens gesagt. Jedesmal aber, wenn dieselben Führer die Verantwortung der Macht haben übernehmen können, haben sie immer gezeigt, daß der Sozialismus, der sie belebt hat, durch sie als im höchsten Grad konstruktiv in Erscheinung tritt.

Wir sind sicher, daß die SPD nächstens an der Macht den Beweis einer großen Befähigung zur Verwirklichung erbringen wird. Und das ist wiederum der Grund, warum das, was ihr in diesem Augenblick tut, um eure Politik für die Zukunft zu verdeutlichen, und der Platz des Aktionsprogramms in euren Erwägungen für uns von höchstem Interesse sind.

Es steht uns nicht zu, uns in irgendeiner Weise in eure Diskussionen einzuschalten außer dadurch, daß wir unsere brüderlichen Grüße und nicht unsere Wünsche zum Erfolg, sondern unsere Gewißheit dieses Erfolges mitteilen.

Ich möchte daher nicht gewisse Probleme der Politik und des Tages berühren, über die wichtige Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs an den Tag getreten sind.

So habe ich auch Genossen in der SPD getroffen, deren persönliche Ansichten über einzelne aktuelle Probleme mit denen der französischen Partei zusammenfallen. Ebenso kommen gewisse Genossen innerhalb der französischen Partei in bezug auf dieselben Probleme zu Schlußfolgerungen, die denen der SPD verwandt sind. Die Gründe, warum die einen und die anderen zu denselben Schlußfolgerungen kommen, sind mitunter weit davon entfernt, die gleichen zu sein. Diese Verschiedenheiten gehören schicksalhaft zur demokratischen Lebensform und zum freien Bestimmungsrecht unserer

Parteien. Und ich bin sicher, daß wir alle zusammen es schon vorziehen, diese Meinungsverschiedenheiten aus unseren inneren freien Auseinandersetzungen entstehen zu sehen, als die Arbeiterklasse, die wir vertreten, sich einer autoritären Körperschaft unterwerfen zu erleben, die fähig wäre, ihr gutdünklich Losungen aufzuzwingen, deren Wert sie nicht diskutieren kann.

Die Differenzen, die während dieser letzten Jahre zwischen uns haben erscheinen können, sind in Wirklichkeit viel mehr taktische als grundsätzliche Differenzen. Niemals waren sie der Ausdruck einer prinzipiellen Gegensätzlichkeit. Um euch davon zu überzeugen, würde es genügen, einzeln die Anmerkungen zu studieren, die wir selber zum Schumanplan gemacht haben, um dadurch die genaue Reichweite der Uneinigkeit zu bewerten, die sich in bezug auf dieses Thema zwischen uns ergeben hat.

Es würde auch ausreichen, noch einmal die Beschlüsse durchzulesen, die, seit der Befreiung französischen Bodens, von unseren Parteitagungen gefaßt worden sind, und ihr würdet schätzen können, mit welchem Mut unsere Genossen das deutsche Problem einer französischen Bevölkerung gestellt haben, die noch in furchtbarer Weise durch die Erinnerung an die Invasion und barbarische Unterdrückung beeindruckt war, die der Hitlerismus ihr aufzwingen konnte, weil das deutsche Volk nicht vermochte, die Macht über ihr eigenes Schicksal in den Händen zu behalten.

Schon in der Illegalität hatten wir unseren Vorsatz bekundet, uns gegen die Spaltung Deutschlands zu wenden, eine Spaltung, die ein Nonsens war, ein Nonsens bleibt und in seiner jetzigen Form der Aufteilung Deutschlands in zwei Staatenbildungen, von denen die eine nicht mehr den kleinsten Hauch der Souveränität besitzt, ein Verbrechen geworden ist.

Heute ist euer Kampf um ein vereintes Deutschland ununterbrochen Gegenstand unserer Erwägungen. Wir werden nicht aufhören zu unterstreichen, daß wir für ein vereintes und freies Deutschland sind.

Wenn es nun unter dem Eindruck der Vergangenheit passiert, daß wir in bezug auf das Problem der Souveränität zögern, dann lassen wir selber nicht zu, daß an dem Prinzip der gleichen Rechte unter demokratischen und freien Völkern gerüttelt wird, und wir zögern nicht, zu verkünden, daß zu jeder Begrenzung der Souveränität Deutschlands eine entsprechende Begrenzung der Souveränität der anderen Staaten innerhalb jedweder Gemeinschaft, die wir werden aufbauen können, gestellt werden muß. (Beifall.)

Vielleicht sind wir noch nicht imstande, uns in dieser Hinsicht völlig zu verstehen. Eine solche Vorstellung von der Gleichheit der Rechte mit ihren Rückwirkungen auf dem Gebiet der Pflichten, begegnet bei euch einem gewissen Mißtrauen, das wir zu verstehen versuchen.

Am wichtigsten für uns Sozialisten aus allen Ländern, um unsere Aktion besser zusammenzufassen, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu verringern, ist, daß unser Kampf gegen die nationalistischen Ansprüche mit einer straffen Selbstbeherrschung unserer eigenen nationalen Regungen verbunden wird. Vielleicht geschieht es nicht durch zahlreichere internationale Konferenzen und offizielle Diskussionen unter unseren Parteien, daß wir unsere Anschauungen am schnellsten in Einklang bringen. Ohne Zweifel würden wir weiterkommen durch größere menschliche Berührung, durch mehr Gedankenaustausch auf allen Ebenen in den Parteien. Ich kenne aber die Schwierigkeiten dieser Vorgangsweise.

Wir werden aber vielleicht eine gemeinsame Lösung durch offizielle Begegnungen unserer beiden Parteien finden, jedenfalls für die wirtschaftliche Seite des Saarproblems. Es ist leichter, das zu versuchen, weil unsere

Partei niemals die Loslösung der Saar von Deutschland unterstützt hat. (Lebhafter Beifall!)

Ich bin überzeugt, Genossen, daß wir auf den Ruinen der Vergangenheit zusammen den Aufbau schaffen können. Wir können und müssen das Mißtrauen und seine unmittelbare Reaktionen überwinden. Laßt euren Willen, das zu erreichen, nicht abschwächen, laßt die internationale Solidarität uns begeistern, und der bevorstehende und sichere Sieg der SPD wird die Wege öffnen zu einer Freundschaft ohne Mißtrauen und ohne Unruhe zwischen unseren beiden großen Völkern.

Es lebe die SPD!

Es lebe der internationale Sozialismus!

(Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender Henßler:

Nunmehr spricht zu uns der Vorsitzende der Partei der Arbeit, Holland. (Beifall.)

Koos Vorrink, Holland:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich überbringe euch die herzlichsten Grüße der Niederländischen Partei der Arbeit. Dabei möchte ich nicht unterlassen, euch unser tiefstes Beileid anläßlich des Ablebens des Genossen Dr. Kurt Schumacher zum Ausdruck zu bringen.

Wenn es richtig ist, daß Deutschland heute an einem entscheidenden Schnittpunkt der internationalen Politik liegt, so ist es notwendig, eins immer wieder deutlich zu machen, wie die deutsche Sozialdemokratie zu verhindern wußte, daß die Barbarei von Moskau jetzt bis zum Rhein ihre Schreckensherrschaft ausüben kann. Bei dieser Absage gegenüber den kommunistischen Verführungen war Dr. Kurt Schumacher der leidenschaftliche Wortführer. Er hat der deutschen Arbeiterklasse nach den Greueln der Hitler-Diktatur und zwischen den Scherben des Krieges eine neue Hoffnung gegeben mit seinem feurigen und hinreißenden Geist.

Liebe Freunde! Wenn ich mich freue, an diesem Parteitag teilnehmen zu dürfen, dann auch deshalb, weil ich gern die Gelegenheit benutze, etwas zu sagen von der Lage in unserem Land.

Wir haben im Jahre 1946 einen Neuanfang im politischen Leben Hollands gemacht. Wir haben den Versuch unternommen, mit Gesinnungsfreunden verschiedener Weltanschauungen ein demokratisches sozialistisches Programm auszuarbeiten, um damit die fürchterliche politische Erstarrung zu durchbrechen, eine Erstarrung, die das Ergebnis einer Parteiformung war, wobei die konfessionellen Gruppen während Jahrzehnten die entscheidenden Positionen in konservativem Sinne beherrschen, eine Erstarrung, die nach dem Kriege die Gefahr der Restauration heraufbeschwor. Jetzt können wir feststellen, daß diese Erstarrung gebrochen ist. In Holland zeigt sich eine geistige Regsamkeit, wobei sich jede politische Partei zwangsläufig über ihre letzten Grundsätze neu besinnen muß. Dazu war Voraussetzung, daß unsere Partei einen eigenen Beitrag zu diesen tiefstehenden Dispositionen zu liefern imstande war. Sowohl unsere katholischen als auch unsere evangelischen Parteimitglieder haben in eigenen Monatsschriften immer wieder ihren Glaubensgenossen deutlich gemacht, warum sie sich gerade wegen ihres Christentums auf der Ebene der gesellschaftlichen und politischen Schichtungen zum demokratischen Sozialismus bekennen.

Vielleicht zum Überfluß möchte ich hinzufügen, daß diese Arbeit ganz selbstverständlich von der ganzen Partei aufs herzlichste auch finanziell unterstützt wird.

Wie Sie vielleicht wissen, sind in Holland sofort nach der Befreiung Sozialdemokraten in die Regierung eingetreten. Zwei unserer heutigen Minister, darunter der Ministerpräsident, walten jetzt seit sieben Jahren ihres Amtes, weiter auch der Minister für Landwirtschaft und Ernährung. Die Nachkriegsregierungen waren Koalitionsregierungen. Wir hatten zwischen 1948 und 1952 nur 27 Prozent der Sitze im Parlament. Hauptpartner dieser Regierungen war die Katholische Volkspartei. Dazu kamen gelegentlich noch ein oder zwei Parteien. Aber was immer auch wechselte, wir behielten meist unter einem sozialistischen Ministerpräsidenten das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Sozialministerium und bis jetzt auch das Wiederaufbau- und das Wohnungsbauministerium.

Sie werden verstehen, daß auch wir in Holland nur mit Wasser kochen können und daß wir als Minderheit in einer Koalitionsregierung nicht hundertprozentig unsere Auffassungen und Wünsche verwirklichen konnten, vorausgesetzt, daß dies in einer reinen sozialistischen Regierung überhaupt möglich wäre. Manchmal hören wir Enttäuschungen und Kritik. Trotzdem: es wurde viel geleistet. Neben dem Aufbau wurde eine Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens eingeleitet. Das insoweit, daß sich die konservativen Flügel der konfessionellen Parteien zum Ziele setzten, die Sozialdemokraten um jeden Preis aus der Regierung zu werfen. Daraus ergab sich ein scharfer Kampf auch innerhalb dieser Parteien. Zehntausende von Wählern haben am Wahltag gezeigt, daß sie wissen, worum es ging und geht. Auf dem Spiele stand die Durchführung der vorsichtigen, toleranten, aber zielbewußten Politik unserer Partei. Die Wähler gaben am 25. Juni ihre Antwort. Wir gewannen drei Sitze und stiegen von 27 auf 30 Sitze. Die Katholische Volkspartei verlor Zehntausende von Stimmen, unter anderem durch die eindringliche Propaganda unserer Sozialistisch-Katholischen Arbeitsgemeinschaft. Die Katholische Volkspartei sank von 32 auf 30 Sitze. Zum ersten Male in der parlamentarischen Geschichte Hollands die größte Partei! (Beifall.) Eine liberale Zeitung nannte den Wahlausgang einen politischen Erdrutsch. Nach unserer Meinung zu Recht. Damals ergaben sich Schwierigkeiten in der Regierungsbildung, die neun Wochen dauerte. Wir stellten keine besonderen Forderungen. Wir bestanden allerdings auf einem zielbewußten Ausbau dessen, was wir nach der Befreiung begonnen hatten. Das ist auch gelungen. Damit waren die reaktionären Bestrebungen innerhalb der konfessionellen Parteien zunichte gemacht. Wir stellten den Ministerpräsidenten, den Landwirtschaftsminister, den Finanzminister, den Sozialminister und zum ersten Male auch den Justizminister. Der Kampf geht weiter. Entscheidender Bestandteil dieses Kampfes ist die geistige Auseinandersetzung innerhalb der wichtigsten Gruppen innerhalb des geistigen Lebens in Holland. Wie sehr dies unsere schärfsten Gegner verstanden haben, zeigt die Überschrift eines Zeitungsartikels nach der Regierungserklärung. Sie lautet: „Der rote Streithahn kräht Sieg!“ (Heiterkeit.)

Liebe Freunde, vielleicht bestünde etwas Veranlassung für die holländische Arbeiterbewegung und für die Sozialdemokratie, die Zukunft mit einer gewissen Zuversicht zu betrachten. Wir sind aber zu gute Internationalisten, um nicht zu wissen, daß wir heute — jedenfalls in der ganzen westlichen Welt — in einer Schicksalsgemeinschaft leben, in der wir auf Leben und Tod miteinander verbunden sind. Keiner von uns wird behaupten, daß der Ausgang von Wahlen — sei es in Amerika oder in irgendeinem Lande in Europa, sei es in Persien, Indien oder in Ägypten — für die anderen Länder gleichgültig sei. Im Gegenteil. Wir alle sind auf das stärkste an diesen Geschehnissen interessiert. Diese Geschehnisse können sogar über unsere eigene Existenz entscheiden. Ich hoffe,

daß nicht vergessen ist, wie der Ausgang der deutschen Wahlen im Jahre 1933 nicht nur über das Schicksal Deutschlands, sondern der ganzen Welt entschieden hat. Hätte die Welt, hätten die Großmächte das damals besser verstanden, dann hätten sie vielleicht die deutschen Demokraten nicht so schmerzlich im Stich gelassen im Kampf gegen Hitler und damit dem Nationalsozialismus den Weg nicht nur zum Verderben Deutschlands, sondern der ganzen Welt geöffnet. Wenn man über eine sogenannte Kollektivschuld spricht, dann darf ich dazu erklären: Jawohl, es gibt eine Kollektivschuld, das heißt, eine gemeinsame Verantwortung der zivilisierten Welt an dem Ereignis von 1933, das Nacht über Deutschland und Europa brachte. Damals hat die zivilisierte Welt in feiger Zurückhaltung gegenüber dem Deutschland der Weimarer Republik ihr eigenes Schicksal unterschrieben. (Sehr gut, Beifall.) Es war der Verrat am Gedanken der kollektiven Sicherheit des Genfer Völkerbundes. Das Zögern der demokratischen Länder des Westens haben wir in Schicksalsgemeinschaft — Deutsche und Nichtdeutsche — mit einem unerhörten Verlust an Leben und Gut bezahlen müssen. Am Verbrechen Hitlers gegen die Menschlichkeit trägt auch die westliche Welt, tragen auch die demokratischen sozialistischen Parteien, die eine Neutralitätspolitik betrieben, einen gebührenden Teil der Schuld. Wir werden guttun, als Nichtdeutsche nie zu vergessen, daß aber Tausende von Sozialisten und Demokraten in den Konzentrationslagern schon ein fürchterliches Ende gefunden hatten, ehe der Krieg kam, ohne daß die demokratische Welt auch nur das geringste gegen Hitler unternommen hatte. (Beifall.) Daß ich heute zu euch sprechen kann, nachdem ich zwei Jahre unfreiwilliger Gast Hitlers im Gefängnis und im Konzentrationslager war, ist nur deswegen möglich, weil ich auf Lebzeit mit dem Teil des deutschen Volkes verbunden bin, das den ungleichen Kampf gegen die Diktatur und für die menschliche Würde mit heldenmütiger Todesverachtung führte. (Beifall.)

Die holländische Partei von der Arbeit hat die Lehre aus den Ereignissen des letzten Krieges gezogen. Aber: Nicht nur die holländische Partei von der Arbeit, nein, das ganze holländische Volk! Wir haben die sogenannte Neutralitätspolitik oder Selbständigkeitspolitik entschieden abgelehnt. Wir verfolgen eine Politik der Integration und der kollektiven Sicherheit. Die Aufgaben, vor die wir in der demokratischen Welt gestellt sind, sind nach unserer Auffassung auf nationaler Ebene nicht zu erfüllen. Die sogenannte Staatssouveränität ist ins Rutschen geraten. Wir fühlen uns daher verpflichtet, jeden Vorschlag und jeden Versuch, der darüber hinaus führt, zu beraten und zu fördern. Daß dabei eine große Anzahl von Schwierigkeiten zu überwinden ist, haben wir im Falle Benelux bereits erfahren. Trotzdem liegt der Weg deutlich vor uns. Wir sind uns immer dessen bewußt: Die Zersplitterung und die Uneinigkeit in diesem Resteuropa sind die Ursachen unserer Schwäche. Bei uns wächst das Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Nüchtern gesagt: Heute kann es dem einen Volke nicht gutgehen, wenn es dem anderen Volke schlecht geht! (Sehr gut!) Wir brauchen einander! Ich denke aber, daß das für Sozialisten eine nicht gerade neue Erkenntnis ist! (Sehr gut!)

Wir Holländer wissen, daß wir für die Gestaltung Europas das deutsche Volk mit seiner großen Begabung und Energie sowie mit seinen großen Hilfsquellen brauchen. Wenn wir uns erlauben, das deutsche Volk zu rufen, so kann das nur auf einer Ebene der vollständigen und uneingeschränkten Gleichberechtigung sein! (Bravo!) Wenn das noch nicht voll und ganz erreicht ist, so liegt hier nach Auffassung der holländischen Partei eine deutliche Aufgabe für die Sozialistische Internationale! (Sehr gut!) Greifen wir zu und erobern wir in gemeinsamem Kampf diese Gleichberechtigung!

Wenn jemand von uns zu deutschen Problemen spricht, dann weisen wir darauf hin, daß die deutschen Probleme gemeinsame europäische Probleme sind. Wir alle sind mitverantwortlich für deren richtige Lösung. Es soll und muß möglich sein, uns über gemeinsame Fragen zu einigen, gerade auch deswegen, weil wir sie nicht auf dem Wege einer nationalen militärischen Auseinandersetzung lösen wollen. Wir sind nicht allein mitverantwortlich für die deutschen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, sondern auch für die Millionen anderer Nationen, die Opfer des Bolschewismus sind.

Liebe Freunde! Ihr werdet verstehen, wie schmerzlich wir davon berührt sind, wenn wir feststellen müssen, daß es leider bisher nicht möglich war, zu einer wirklichen internationalen sozialistischen Politik zu kommen. Die Differenzen sind sehr tief und verhindern eine Wirkung des sozialistischen Gedankens über eine nationale Grenze hinaus. Sie werden schon verstehen, daß wir, wenn wir uns das Urteil unserer deutschen Parteifreunde über den Europarat, über den Schumanplan, über die Verteidigungsgemeinschaft überlegen, zu Ihrer Schlußfolgerung kommen, daß wir uns zu einer Methode bekannt haben, die Ihr mit den schärfsten Qualifikationen ablehnt. Trotzdem geben wir nicht die Hoffnung auf. Wir brauchen das Gespräch, die kameradschaftliche Auseinandersetzung. Wir müssen sagen, daß die Internationale dann und wann die Möglichkeit gegeben hat.

Liebe Freunde! Ich bitte um Verzeihung, daß ich so viel Zeit in Anspruch genommen habe. Sicherlich ist aber die Wichtigkeit Ihrer Beratungen hierfür eine ausreichende Entschuldigung, für mich persönlich außerdem die Tatsache entlastend, daß ich vielen von euch etwas verdanke, dabei denke ich nicht zuletzt an euren neuen Vorsitzenden, meinen Freund Erich Ollenhauer, mit dem ich lange Jahre des jugendlichen Enthusiasmus und der bitteren Not gemeinsam erlebt habe.

Unser Interesse an euren Beratungen ist kein allgemeinpölitisches Interesse schlechthin. Es ist nicht nur das Empfinden parteipölitischer Verbundenheit als Mitglieder derselben Internationale. Nein! Unser Interesse ist geboren aus der Empfindung heraus, daß wir an diesen Beratungen und Beschlüssen beteiligt sind, weil wir durch sie in unserer Existenz mit betroffen werden. Erich Ollenhauer wies darauf hin, daß so viele Journalisten diesem Parteitag beiwohnen. Das braucht euch nicht zu wundern. Buchstäblich die ganze Welt blickt auf diesen Parteitag. Ein gut Teil des Schicksals Europas liegt in eurer Hand! Wir wünschen euch guten Erfolg im Sinne der internationalen Verpflichtung, die wir gemeinsam zu tragen haben! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat nunmehr Genosse Sven Andersson, Verkehrsminister und Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Schwedens.

Sven Andersson, Schweden:

Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Ehre, den Gruß der Sozialdemokratischen Partei Schwedens zum Parteitag der SPD zu überbringen. Ich bedauere, daß wir diesen Gruß nicht mehr an unseren großen Freund Kurt Schumacher richten können. Wir wissen, daß eure Partei durch seinen Tod einen unersetzlichen Verlust erlitten hat. Wir haben an eurer tiefen Trauer teilgenommen. Ich selbst habe Kurt Schumacher 1947 kennengelernt, als er anläßlich der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zürich klar und überzeugend die Stellung und die Schwierigkeiten der SPD beschrieben hat. Die schwedischen Sozialdemokraten waren damals mit die ersten, die für die Wiederaufnahme der deutschen Sozialdemo-

kratie in die internationale sozialistische Zusammenarbeit gestimmt haben. (Beifall.) Der Mut, die Festigkeit und die starke demokratische Gesinnung Kurt Schumachers haben dazu beigetragen. Wir haben ihn etwas später zusammen mit Erich Ollenhauer und Franz Neumann als unsere Gäste in Schweden empfangen. Wir bekamen durch ihren Besuch ein tiefes Verständnis für die gewaltigen Probleme der deutschen Sozialdemokratie. Die Verbindungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Schwedens und der Deutschlands sind alten Datums. Seit der Entstehung unserer Partei vor mehr als 60 Jahren haben wir von der deutschen Sozialdemokratie starke Impulse bekommen. Für die Sozialdemokraten Schwedens ist das Schicksal Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung. Eure Siege sind unsere Siege, eure Niederlagen haben auch für uns ernste Rückwirkungen. Für die Zukunft der Demokratie im Norden ist eine demokratische Entwicklung in Mitteleuropa von größtem Gewicht. Darum haben wir mit Freude den Wiederaufbau der deutschen Sozialdemokratie begrüßt. Wir haben mit Genugtuung festgestellt, daß die deutschen Sozialdemokraten eine klare Grenzlinie gegen die Kommunisten gezogen haben. Wir wissen, welch große Opfer ihr im Kampf gegen jede Art von Diktatur gebracht habt. Wir bezweifeln nicht, daß ihr auch in Zukunft mit aller Kraft die deutsche Demokratie verteidigen werdet. Wir hoffen wie ihr, daß ihr eines Tages die Wiederherstellung der Freiheit im ganzen Deutschland erleben werdet.

Seit 20 Jahren hat die Sozialdemokratie Schwedens fast ununterbrochen die Regierungsverantwortung. Vor wenigen Tagen gingen wir wieder zur Wahl. In diesen Wahlen haben wir unseren früheren Anteil an Stimmen behalten, aber einige Mandate verloren. Das ändert aber nichts an der Grundlage der Regierung, die sich auf die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bauernpartei stützt. In Schweden ist eine feste Politik nur unter Führung der Sozialdemokratie möglich. Die vergangenen 20 Jahre haben dem schwedischen Volke eine große Steigerung ihres Wohlstandes gebracht. (Bravo!) Die soziale Sicherheit ist verwirklicht worden, die Vollbeschäftigung konnte erhalten werden und die Klassengegensätze wurden gemildert. Diese Ergebnisse waren nur durch eine Erweiterung des Einflusses des Staates auf die Wirtschaft und durch die gemeinsame Anstrengung des Volkes auf der Grundlage der Solidarität möglich.

Wir werden in dieser Richtung weitergehen. Schweden lebt seit fast 140 Jahren im Frieden. Darum ist auch unser Volk gegen den Anschluß an ein Alliance-System, das eine selbständige schwedische Friedenspolitik erschwert. Über diese Politik sind alle demokratischen Parteien einig. Das bedeutet aber nicht, daß wir unsere Freiheit im Falle eines Krieges nicht verteidigen wollen. Im Gegenteil, wir machen große Opfer für unsere Landesverteidigung. Darum wehren wir uns auch gegen die kommunistischen Verräter, die in den letzten Jahren einen neuen Rückschlag erlitten haben. Unsere Politik wird durch das Vertrauen an unsere eigene Kraft bestimmt. Wir wissen, daß die Probleme anderer Länder sehr verschieden sind und wir meinen, daß die Außenpolitik jedes Landes von seinen besonderen Voraussetzungen bestimmt werden muß. Die Geschehnisse Deutschlands und Schwedens waren sehr verschieden. Aber im Kampf für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit stehen die Sozialdemokraten Schwedens und Deutschlands zusammen. (Beifall)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat nunmehr Genosse Dr. Bruno Pittermann, der Vorsitzende der Sozialistischen Nationalratsfraktion Österreichs.

Dr. Bruno Pittermann, Österreich:

Genossinnen und Genossen! Namens der mehr als 620 000 eingeschriebenen Mitglieder der Sozialistischen Partei Österreichs entbiete ich Ihrem Parteitag ein herzliches „Freundschaft!“ (Beifall.) Jeder elfte Österreicher und sogar jeder sechste Wiener ist Mitglied unserer Partei.

Die Beziehungen zwischen den deutschen und österreichischen Sozialisten waren schon aus der Gründungszeit ihrer Parteien her besonders eng. Diese Verbindung beruhte nicht auf nationalen Regungen, nicht einmal auf der sprachlichen Verwandtschaft, denn die alte österreichische Sozialdemokratische Partei hat in ihren Reihen neben Deutschen auch Tschechen, Italiener, Polen und Ruthener. Zu ihren Führern zählte nicht nur Victor Adler, sondern auch der Tscheche Soukup, der Pole Daczynski und der Italiener Battisti. Es waren viel mehr die ähnlich gearteten politischen Aufgaben, die in beiden Parteien zu ähnlichen Organisationsformen und zu einem ähnlichen politischen Kampf führten. Die schwere politische Verfolgung unmittelbar nach der Parteigründung, die rücksichtslose Anwendung der kaiserlichen Machtapparate in Deutschland wie in Österreich und die Gegnerschaft einer besonders gehässigen und engstirnigen Bürokratie führten dazu. In beiden Ländern zog die Bourgeoisie, als ihr durch die Begründung der Republik die Unterstützung des kaiserlichen Machtapparates entzogen wurde, den Faschismus groß. Und sogar nach 1945 besicherten die alliierten Abmachungen in Yalta und Potsdam die gleiche Zoneneinteilung und Viermächte-Besetzung, welche die deutsche und die österreichische sozialistische Partei wieder vor ähnliche Aufgaben stellt: Nämlich die Demarkationslinien zu Fall zu bringen und das Recht auf Selbstregierung durchzusetzen. (Beifall.)

Die österreichischen Sozialisten haben aus der gemeinsamen sozialistischen Idee schon im Jahre 1947 öffentlich die Konsequenzen gezogen. Wir haben damals Ihre Partei eingeladen, zu dem Parteitag des Jahres 1947 eine Delegation zu entsenden. Wir konnten die Genossen Schröter, Gotthelf und den Genossen Arno Hennig begrüßen. Wir legten in dem auf dem Parteitag 1947 beschlossenen Aktionsprogramm das Bekenntnis zur internationalen Solidarität der sozialistischen Parteien gegenüber den deutschen Sozialisten mit Folgendem ab: „Die österreichischen Sozialisten lehnen ab den Gedanken an eine kollektive Verantwortlichkeit ganzer Völker für die Verbrechen ihrer herrschenden Schichten. Sie wenden sich darum auch gegen die unterschiedslose Ächtung des ganzen deutschen Volkes, dessen demokratische Teile noch vor dem österreichischen Volk ein Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden.“ (Beifall.)

Wir legten dieses Bekenntnis ab unbeirrt durch die Proteste von Vertretern sozialdemokratischer Parteien, die heute bereits Opfer der kommunistischen Diktatur geworden sind. Denn wir bekannten uns und wir bekennen uns damals wie heute zu dem Grundsatz: Unrecht bleibt Unrecht, Unrecht wird auch dann nicht Recht, wenn es unter Mißbrauch der Begriffe Demokratie und Antifaschismus verübt wird. (Beifall.)

Nötiger denn je ist heute der praktische und aktive Zusammenschluß der sozialistischen Parteien, denn auch wir merken in Österreich Bestrebungen der autoritären Reaktion, die den Kampf der Demokraten gegen die Diktatur der Volksdemokratie insgeheim für die Errichtung autoritärer antidemokratischer Systeme ausnützen wollen. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im Jahre 1945 haben zuerst Sie hier in Deutschland und wir österreichischen Sozialisten die Demokratien darauf aufmerksam gemacht, daß der Kommunismus, mag er sich tarnen wie immer, ein erbarmungsloser Feind der Demokratie und niemals ein Bundesgenosse für Demokraten ist. (Lebhafter Beifall.) Diese Warnungen wurden zu spät beachtet. Erst als eine

Reihe europäischer Völker ihre Freiheit verloren hatte, erkannte man auch im demokratischen Hinterland (Heiterkeit), was wir in der vordersten Abwehrlinie gegen die volksdemokratische Diktatur längst wußten. (Beifall.) Man möge daher auch jetzt unsere Warnungen gegen Feinde der Demokratie aus anderen Lagern ernst nehmen. So wenig die Kommunisten verlässliche Bundesgenossen für die Verteidigung demokratischer Einrichtungen sein können, so wenig können Menschen und Parteien verlässliche Bundesgenossen im Kampf um die Erhaltung der Demokratie sein, die selbst in ihren Ländern Diktaturen errichtet haben oder in anderen Ländern die Diktatur anstreben. (Beifall.)

Aus diesen Erwägungen wünsche ich als Vertreter der Sozialistischen Partei Österreichs Ihren Beratungen vollen Erfolg. Möge das Ergebnis Ihres Parteitagés eine Verstärkung der sozialistischen Energie in Ihrem Lande mit sich bringen, um damit dem Kampf der anderen sozialistischen Parteien um die Erhaltung der Demokratie und um den sozialen Umbau der Gesellschaftsordnung neue Kräfte zuzuleiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen!

Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir gut daran taten, bei der Aufstellung der Tagesordnung einen breiten Raum zu lassen für die Begrüßungsreden unserer ausländischen Freunde. Wir taten deswegen gut daran, weil die Ausführungen unserer Freunde aus den anderen Ländern bewiesen haben, daß es nicht wahr ist, was unsere politischen Gegner gern behaupten, daß die deutsche Sozialdemokratie auf dem internationalen Parkett isoliert sei. Was zum Ausdruck gebracht wurde und uns mit Freude erfüllte, ist die innere Verbundenheit, die trotz Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen die Sozialisten aller Länder nach wie vor verbindet. Uns deutschen Sozialdemokraten gaben die Reden unserer Freunde wertvolle Informationen über die politische Situation in jenen Ländern. Deswegen sage ich in Ihrer aller Namen unseren Freunden Dank, die hier zu uns gesprochen haben. (Beifall.)

Wir fahren nun in unserer Tagesordnung fort. Ich erteile das Wort dem Genossen Erwin Schöttle.

Schöttle, Stuttgart:

Genossinnen und Genossen! Erich Ollenhauer hat heute morgen in seinem Referat von der Igelstellung der Restauration in den europäischen oder pseudoeuropäischen Institutionen gesprochen. Ich glaube, dieser Vergleich ist durchaus zutreffend. Man kann sogar weitergehen und sagen, daß die sogenannte europäische Politik einer Reihe europäischer Regierungen und politischer Kräfte nichts anderes ist als eine Flucht nach Europa vor den sozialen Problemen im eigenen Lande. Infolgedessen ist die Vertragspolitik dieser Regierungen — dabei ist die Regierung der Bundesrepublik in erster Linie zu nennen — ebensoviele eine Funktion ihrer Innenpolitik wie eine außenpolitische Angelegenheit. Es ist gar kein Zweifel, daß in allen modernen Industrieländern der echte Neubau der Wirtschaftsordnung und der Sozialordnung auf der Tagesordnung steht. Die moderne Massendemokratie wäre bei voller Freiheit der Information und voller Freiheit der politischen Entscheidung wahrscheinlich binnen kurzer Zeit ein Instrument in der Hand der breiten Massen der schaffenden Bevölkerung. Davor hat man natürlich einen Heidenrespekt und versucht mit allen Mitteln, eine solche Entwicklung zu verhindern. Der Weg der faschistischen Diktatur hat sich als ein allzu großes Risiko für die kapitalistischen Kräfte erwiesen. Man hat schließlich die Geister nicht loswerden können, die man

rief, und ist dann mit ihnen in die große Katastrophe des zweiten Weltkrieges gerutscht. Deshalb versuchen es die Herrschaften heute auf einem anderen Weg. Sie wollen zwar die parlamentarische Fassade erhalten, denn sie brauchen sie als Legitimation. Aber sie möchten den Inhalt der parlamentarischen Demokratie möglichst ganz allein und ohne Mitwirkung der arbeitenden Menschen bestimmen. Deshalb versucht man heute — das merken wir auf vielen Gebieten —, durch eine gesteigerte Zusammenfassung der organisatorischen und gesellschaftlichen Kräfte der alten herrschenden Klasse das innere Gesicht der parlamentarischen Demokratie zu ändern.

Wenn wir uns heute in der Bundesrepublik umblicken, dann sehen wir, in welchem Maße die Organisationen des Unternehmertums sich nicht nur äußerlich konsolidiert haben, sondern, daß sie auch in einem zunehmenden Maße aggressiv werden. Es wäre zu wünschen, daß sich die Massenorganisationen der Arbeitnehmer an ihrem Gegenspieler ein Beispiel nähmen. (Beifall.)

Man möchte die wirklich politischen Entscheidungen hinter die Kulissen verlegen. Zu einem großen Teil ist das heute schon der Fall. Zu diesem neuen Stil gehört es auch, daß allmählich die Funktionen der nationalen Parlamente ausgehöhlt werden. Was wir heute in Europa erleben, ist im Keim schon in der nationalen Entwicklung vorhanden. Wirtschaftspolitische Entscheidungen werden jetzt auf der sogenannten europäischen Ebene in einem Umfang getroffen, daß in absehbarer Zeit für die nationalen Parlamente auf diesem Gebiet kaum noch etwas zu tun übrigbleibt. Was die Haushaltsprobleme anbetrifft, so werden wir bald überall in den nationalen Parlamenten — für uns in der Bundesrepublik ist das besonders wichtig — erleben, daß wir in unseren öffentlichen Haushalten große globale Summen entdecken, über die wir nur noch abstimmen können, weil sie bereits ihrem Inhalt und ihrer Verwendung nach auf einer sogenannten supranationalen Ebene ausgehandelt sind, ohne daß echte parlamentarische Kontrollen dabei am Werke waren.

Die Parlamente stehen dann nicht nur beim Abschluß internationaler Verträge, sondern auch in den Einzelheiten der nationalen Politik vor der Tatsache, daß sie nur noch ja und Amen dazu sagen können.

Wir sehen, daß das, was in Europa heute mehr und mehr unter der Flagge der Vereinigung der europäischen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit und unter gemeinsamem Schicksal üblich wird, nicht mehr und nicht weniger ist als der vollendete Sieg des Managertums, von dem Carlo Schmid heute morgen gesprochen hat. Man will das tragfähige politische Fundament einer echten überstaatlichen Gemeinschaft nicht schaffen, weil man es nicht schaffen kann, ohne damit die eigenen Interessen in schwerster Gefahr zu bringen. Man fürchtet die Vereinigung der Kräfte der sozial Schwachen. Deshalb hat man dieses System von supranationalen Körperschaften entwickelt, deren politische Kontrolle in der Hand derselben Leute liegt, die heute das parlamentarische System im nationalen Maßstab bereits als Versicherung gegen den sozialen Fortschritt betrachten und die mit ihrer Subventionspolitik gegenüber den bürgerlichen Interessentenparteien die freie Meinungsbildung im eigenen Lande zu verfälschen versuchen. Denn darüber müssen wir uns klar sein, daß der kommende Wahlkampf auf der anderen Seite nicht mit Argumenten und nicht mit echten Untersuchungen der sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Volkes geführt werden wird; er wird mit den silbernen und goldenen Kugeln geführt, die aus den Kassen der Großindustrieverbände geliefert werden. (Lebhafte Zustimmung!)

Für uns Sozialdemokraten ergibt sich aus diesen Tatbeständen eine ganze Reihe von Folgerungen. Ich möchte aber nicht darüber sprechen,

sondern im Zusammenhange mit der Entwicklung, von der ich eben sprach, auf die Dinge hinweisen, die wir zwar in der Debatte über die Verträge immer wieder ausgesprochen haben, die man aber geleugnet hat. Gerade heute liefert die Presse einen schlagenden Beweis für die Richtigkeit unserer Argumentation, daß es unmöglich sei, die Belastungen, die die Adenauersche Vertragspolitik dem deutschen Volk auferlegt, zu tragen, ohne daß dafür neue Steuern erhoben und Kürzungen der sozialen Leistungen der öffentlichen Hand durchgeführt werden müßten. Wenn man heute die Zeitung liest, findet man eine Erklärung des Bundesfinanzministers Schäffer, in der er davon spricht, daß der Haushalt 1952 ausgeglichen sei, daß aber alle Reserven im Haushalt fehlten. Er redet zwar nur davon, daß man jetzt nicht mehr in der Lage sein werde, die Lehrschen Grenzschutzpläne ohne neue Deckungsvorschläge zu realisieren, und daß man auch für die 20 Millionen Wiedergutmachungsverpflichtungen an Israel keine Deckung habe; aber von den entscheidenden und für unsere innenpolitische Situation wichtigsten Fragen spricht er nicht, nämlich von der Tatsache, daß auch für die Renten der Kriegsoffer und für die Sozialrentner kein Pfennig in der Bundeskasse ist und in Zukunft noch viel weniger sein wird. (Rufe: Pfui!) Das haben wir ja immer wieder ausgesprochen, aber man hat es immer wieder mit einer leichten Handbewegung abgetan.

Die Haltung der Bundesregierung in diesen Fragen gegenüber ihrem eigenen Parlament entspricht ganz dem Stil ihrer Europapolitik: Sie ist letzten Endes der Ausdruck derselben klassenpolitischen Haltung, die auch im Innern bei jeder Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Opposition in die Erscheinung tritt. Und deshalb sage ich: Was wir in unserem Kampf gegen die sogenannten internationalen Verträge und die Europapolitik der Bundesregierung sagen und tun, ist im Grunde nichts anderes als die konsequente Fortsetzung unserer innenpolitischen Auseinandersetzungen mit den Kräften der sozialen Reaktion; insofern ist das, was wir auf dem Felde der Außenpolitik in unserem Machtkampf in der Bundesrepublik tun, auch ein Teil unseres Kampfes um die Schaffung der sozialen Voraussetzungen der Demokratie, ohne welche die Demokratie eben keine Demokratie ist. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat jetzt Walter Wobser, Bochum.

Wobser, Bochum:

Genossinnen und Genossen! Bei der Ablehnung des Verteidigungsbeitrages scheinen mir im wesentlichen drei Gesichtspunkte hier herausgekehrt worden zu sein:

1. daß eine echte Gleichberechtigung Deutscher in internationalen Gremien der Verteidigungsgemeinschaft nicht gewährleistet ist;
2. daß die soziale Sicherheit des Volkes, die wesentlichste Voraussetzung jedes Verteidigungsbeitrages, nicht gegeben ist; und
3. daß es wirtschaftlich uns im Augenblick einfach nicht möglich ist.

Es mag noch verschiedene Gesichtspunkte geben, die man für die Ablehnung des Verteidigungsbeitrages anführen könnte. Ich möchte mich hier auf einen einzigen beschränken.

Sinn eines Verteidigungsbeitrages kann ja nur sein, die freiheitlichen Kräfte in der Welt zu stärken, und es ist notwendig, an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen, ob die Aufstellung einiger weniger westdeutscher Divisionen diese freiheitlichen Kräfte wirklich stärkt. Ich möchte nicht auf das eingehen, was ein Vorredner hier bereits sagte: daß unsere Gegner im Osten dasselbe tun werden und damit das Gleichgewicht der militärischen

Kräfte wiederhergestellt ist, sondern ich möchte nur die Feststellung treffen, daß wir heute im Zeitalter der Atombombe stehen und jeder Krieg diese Atomkraft bestimmt zur Anwendung kommen lassen wird. Daran ändern auch die von verantwortlicher Seite gemachten Verniedlichungsversuche nichts. Ich erinnere mich, in einer Broschüre gelesen zu haben, daß man sich gegen die Atombombe dadurch schützen kann, daß man unter den Tisch kriecht, um die Splitter nicht abzubekommen. Aber all das ändert nichts daran, daß man sie anwenden wird. Das scheint mir im übrigen eine rein wirtschaftliche Überlegung zu sein. Denn wenn man sich vor Augen hält, daß im ersten Weltkrieg mit Gas gekämpft wurde, und dieser Vernichtungswaffe den effektiven Erfolg gegenüberstellt, also die Zahl der vernichteten und ausgeschalteten Menschenleben, so wird man feststellen, daß diese Zahl nicht erheblich gewesen ist. Wenn man weiter an den zweiten Weltkrieg denkt, wird man feststellen, daß man nicht aus humanitären Gründen oder aus menschlichen Gründen das Gas nicht eingesetzt hat, sondern ganz einfach deswegen, weil ein Einsatz von Gas wirtschaftlich untragbar war. Ihr mögt mir meine zynischen Worte verzeihen, aber als Ergebnis von Hiroshima und Nagasaki kann man feststellen, daß das wohl die wirtschaftliche Vernichtungsart des 20. Jahrhunderts ist, und es wird das Bestreben jedes Staates sein, diese wirtschaftliche und zugleich verabscheuungswürdigste Waffe sofort anzuwenden.

Man spricht davon, jetzt 12 Divisionen aufzustellen. Seien wir doch ehrlich! Diese 12 Divisionen können doch nicht mehr als eine Statistenarmee sein! Können wir Sozialdemokraten es verantworten, unsere Zustimmung zu geben, daß für diesen Luxus, den diese Statistenarmee bedeuten würde, Milliarden herausgeworfen werden? Ich glaube, daß wir in der Ablehnung des Verteidigungsbeitrages auch diesen Gesichtspunkt mit berücksichtigen sollten. Ich bin nicht in der Lage, ihnen hier das Zahlenmaterial vorzulegen. Es müßte darüber eine eingehende Untersuchung und Ausarbeitung vorgenommen werden.

Zum Schluß möchte ich einem vielleicht entgegengesetzten Argument zuvorkommen, man könnte sagen, Korea habe gezeigt, daß man auch ohne Atomkraft auskommen könne. Die Geschichte hat aber immer wieder bewiesen, daß ein Krieg in Deutschland immer ein Weltkrieg, zumindest aber ein Krieg in Europa war, und ich glaube nicht, daß die Weltgeschichte Herrn Konrad Adenauer zu Liebe eine Ausnahme machen wird. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat jetzt der Genosse Franz Neumann, Berlin.

Neumann, Berlin:

Genossinnen und Genossen!

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Dank an Erich Ollenhauer beginnen. Erich Ollenhauer hat in seinem Bekenntnis zu Berlin zwar für uns nichts Neues gesagt, aber wir freuen uns, daß er hier von der Tribüne des Parteitages erneut den Willen der Sozialdemokratischen Partei zu Berlin verkündet hat. Wenn wir auch in Kurt Schumacher unseren besten Freund verloren haben — er war ja der erste, der uns in dem schweren Kampf in Berlin im Frühjahr 1946 geholfen hat —: Vier Tage nach der Neugründung der Partei im April 1946 sprachen auch Erich Ollenhauer und Fritz Heine schon in Berlin, und Herta Gotthelf hat seit jenen Tagen auf ihrem Spezialgebiet die Berliner besonders unterstützt.

Ich halte es für notwendig, zu einigen Ausführungen, die hier auf diesem Parteitag in der Vormittagssitzung gemacht worden sind, Stellung zu nehmen, und ich hoffe, daß ich dabei nicht nur in meinem eigenen Namen

spreche, sondern daß es mir gelingen wird, hier die Meinung der gesamten Partei zu formulieren.

Ich war erschreckt, als ich heute Formulierungen hörte, wie: Was spricht gegen eine Konferenz, auf der doch nicht geschossen, sondern nur geredet werden soll? — Ich sehe nicht ein, weshalb wir uns gefährden wollen? — Warum der Streit um die Reihenfolge?

Genossinnen und Genossen, ich muß sagen, daß es wohl doch noch einige Orte in der Bundesrepublik gibt, in welchen das Studium der Parteipresse zu wenig geübt wird. (Sehr gut!) Und es gibt Orte, in denen man zu wenig Kenntnisse von Parteitags- und Parteibeschlüssen hat. Es ist doch so, daß unsere politische Stellungnahme gerade in der Frage der deutschen Einheit seit 1945 sehr klar und eindeutig war. Gerade unser Kampf um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Partei sollte doch die Schaffung eines demokratischen Deutschlands sichern. Nicht nur in Berlin haben wir diesen Kampf geführt, sondern gerade unsere tapferen Genossen in der sowjetisch besetzten Zone haben doch in jenen Tagen und Wochen im Frühjahr 1946 alles getan, um in diesem Sinne zu wirken. Gerade den Lübeckern möchte ich sagen, daß Rostock wohl nicht allzu weit von ihnen entfernt ist. Gerade die Rostocker Genossen waren es, die einen geradezu heroischen Kampf geführt haben, um den Willen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft auch gegenüber den Machthabern der Sowjetzone durchzusetzen. Ich darf daran erinnern, daß es unser mecklenburgischer Landessekretär, der Genosse Willi Jesse, war, der in diesem Kampf als eines der ersten sozialdemokratischen Opfer auf der Strecke blieb. Niemand haben wir auch nur ein Zeichen von ihm bekommen; niemals hat irgend jemand erfahren, wo er geblieben ist. Der Mann, der damals in Mecklenburg gehaust hat, der unter dem Schutze der sowjetischen Bajonette die brutalste Unterdrückung durchführen konnte, hat in jenen Tagen in Berlin gezeigt, wie groß der Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis der Kommunisten ist. Herr Mewis, der auch heute in Mecklenburg Landesleiter der SED ist, war damals zugleich Stadtverordneter in Berlin. Wenn man heute im Falle Linse selbstverständlichen Protest an die Öffentlichkeit bringt, so möchte ich nur kurz einfügen, daß es seit 1945 tausende sozialdemokratischer Linsen gegeben hat (lebhafteste Zustimmung), und das Bürgertum hätte besser getan, wenn es sich auch 1945 bereits dem sozialdemokratischen Protest angeschlossen hätte. (Lebhafteste Zustimmung.) Damals glaubte man aber, auf eine sehr billige Art und Weise einen sehr unbequemen Gegner ausschalten zu können.

Doch den Lübecker Genossen einmal zur Darlegung des Unterschiedes zwischen der Theorie und der Praxis des Herrn Mewis folgendes:

Wir hatten damals im Berliner Parlament aus Anlaß der Münchener Konferenz einen Antrag, den Herr Mewis im Auftrage der SED eingebracht hatte:

Die Stadtverordnetenversammlung erblickt in der Einheit Deutschlands die Voraussetzung für den demokratischen Aufbau der deutschen Wirtschaft und einer planmäßigen und geregelten Versorgung der Bevölkerung. Der Magistrat wird beauftragt, bei Verhandlungen mit den alliierten Behörden und in internationalen Konferenzen für die Einheit Deutschlands und die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung einzutreten.

Dann besagt das Protokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung noch folgendes:

Dazu hat Herr Stadtverordneter Neumann einen Zusatzantrag heraufgereicht: Als letzter Satz ist folgender Satz einzufügen:

Als Voraussetzung dieser Aufgabe erblickt die Stadtverordnetenversammlung die Schaffung einheitlicher demokratischer Zustände in allen fünf Zonen Deutschlands durch Zulassung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone.

Und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nahm diesen Zusatzantrag gegen die Stimmen der Kommunisten an. Nachdem dieser Zusatzantrag nun ein Bestandteil des kommunistischen Antrages geworden war, haben die Kommunisten gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. (Hört, hört!)

Das ist eben der Unterschied zwischen ihrer Theorie und der Praxis. Sozialdemokraten, die seit dieser Zeit politisch aktiv sind, sollten doch in dieser Frage eine sehr klare Stellung beziehen.

Herr Matern, der im Frühjahr 1946 — die Genossen aus der Zone sind hier, die es gehört haben — auszog, um Berlin zu erobern und die neu gegründete Sozialdemokratische Partei zu liquidieren, erzählt jetzt in Bonn große Töne von Demokratie und Freiheit:

Die Spaltung Deutschlands und das Fehlen eines Friedensvertrages mehr als sieben Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen ist ein nationales Unglück für das deutsche Volk. —

Das ist eine sehr späte Erkenntnis des Herrn Matern! — Und dann sagt er:

Das deutsche Volk wird es nicht länger hinnehmen, mit Worten über Frieden, Einheit und Freiheit abgespeist zu werden. Es erwartet die sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Verwirklichung seiner Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages, Wiederherstellung der Einheit des Vaterlandes.

Dann kommt er mit der Regierungsbildung, und erst zum Schluß erwähnt er dann die Neuwahlen. Und da ist es doch der Genosse Kurt Schumacher gewesen, und da ist es der Genosse Herbert Wehner gewesen, die ganz klar und unmißverständlich immer wieder im Deutschen Bundestag unseren sozialdemokratischen Standpunkt dargelegt haben: Nicht Herrn Materns falsche Reihenfolge ist richtig, daß man zuletzt wählt, sondern wir haben immer wieder erklärt, daß in einem demokratischen Staatsleben zuerst das Volk zu sprechen hat, und wir haben vor genau einem Jahr, am 22. September 1951, im Abgeordnetenhaus erklärt:

In Berlin gibt es nicht die Schwierigkeiten mit der Wahlordnung. Wir haben die von allen vier Alliierten für den 20. Oktober 1946 genehmigte Wahlordnung. Wir sind jeden Tag bereit, zu wählen, und der Parole des Herrn Grotewohl: „Deutsche an einen Tisch!“ stellen wir unsere eigene entgegen: „Berliner an eine Wahlurne!“

Genossinnen und Genossen! Wir waren uns sogar mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei einig, der in Berlin in einer SED-Konferenz zuvor erklärt hatte: Die Führung der SPD in Westberlin hat vor längerer Zeit die Frage der Neuwahlen gestellt. Wir sind der Meinung, daß die Lage in Berlin sich so weit entwickelt hat, daß die Bevölkerung auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre ein richtiges Urteil abgeben wird, wer Freund und wer Feind des Volkes ist. Wir sind für gesamtberliner Wahlen, und zwar auf der Grundlage der Wahlordnung, die gemeinsam mit den gegenwärtigen Westberliner Vertretern vor der Spaltung Berlins vereinbart wurde.“ Als es dann ernst wurde, lehnte die SED die gesamtberliner Wahlen ab, genau wie die SED bisher die Stimme des Volkes in Gesamtdeutschland gefürchtet hat.

Genossinnen und Genossen! Als zweite Forderung haben wir immer die Forderung aufgestellt, daß nur das gesamtdeutsche Volk eine Regierung wählen kann, nachdem Wahlen in demokratischer Art in Gesamtdeutschland durchgeführt wurden. Und wir haben gesagt, daß die Wahlen nur

dann demokratisch gewertet werden können, wenn die volle persönliche und politische Freiheit und Gleichheit für alle Personen, für alle politischen Parteien rechtlich und tatsächlich gewährleistet ist.

Das ist die Grundlage, und die Sozialdemokratie sollte in ihrer Gesamtheit bereit sein, auf dieser Grundlage auf dem Parteitag in dieser Frage ein sehr eindeutiges Abstimmungsergebnis zu zeigen.

Ich glaube, heute schon mit dem Schluß des Antrages Nr. 196 meine Rede beenden zu können:

Der Dortmunder Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bekennt sich solidarisch zu seinen Brüdern und Schwestern in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und erklärt seine engste Verbundenheit mit allen freiheitlich gesinnten Menschen. Der Parteitag gedenkt der zahlreichen Opfer des Kampfes gegen das kommunistische Regime. Ihnen und den Kämpfern in der Sowjetzone gilt das Gelöbnis des Parteitages im Sinne des Vermächtnisses Kurt Schumachers, den Kampf um die Einheit Deutschlands für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie kompromißlos weiterzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat Genosse Herbert Wehner.

Wehner, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Der Kern unserer Kritik an der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung und ihrer Freunde in anderen Ländern richtet sich gegen die Politik der Restaurierung des Großbesitzes und seiner Parasiten in einer kleineuropäischen Staatskonstruktion. Man hat uns in den Debatten vor dem Zustandekommen des Schumanplans vorgeworfen, unsere Kritik sei aus nationalistischen Motiven heraus entstanden. Man wirft uns heute vor, wir verfolgten mit unserer Kritik an dieser kleineuropäischen Konstruktion Illusionen. Gestern waren wir in deren Meinung Nationalisten, heute sind wir Illusionisten.

Was ich mir erlaube, auch unseren lieben Genossen aus den Bruderparteien zu sagen, mit denen wir uns trotz mancher Meinungsverschiedenheiten eng verbunden fühlen, ist, daß diese Kritik an der Politik der Restaurierung der Privilegien des Großbesitzes in einer solchen künstlichen kleineuropäischen Konstruktion eine Kritik ist, die wir wegen der Gefahr für Deutschland und wegen der Gefahr für das Zustandekommen einer wirklichen europäischen Gemeinschaft aussprechen und auszusprechen nicht müde werden.

Wir müssen uns als Realisten damit auseinandersetzen und dagegen ankämpfen, daß dieses Kleineuropa auf der Basis der Teilung Deutschlands, wenn auch begleitet von frommen, nichtssagenden Wünschen, daß man uns für später die Einheit wünsche, gesichert werden soll. Das ist das eine, und das andere ist, daß im Hintergrund die Gefahr einer Ubereinkunft der großen rivalisierenden Weltmächte steht, wieder auf der Basis der Teilung Deutschlands, über die sie sich früher schon einig gewesen sind und dann wieder einig werden, einen sogenannten Status quo auszuhandeln.

Von den Kommunisten wird manchmal so getan, als deckte sich ihre Kritik weitgehend mit der unsrigen. Sie wollen sich nur an uns hängen. Ihre Kritik ist verbunden mit der Panikmache vor einer morgen oder übermorgen drohenden Kriegsfahr. Wir müssen und werden aufdecken, daß die Hintermänner der deutschen Kommunisten und der SED in Wirklichkeit schon in Fühlung mit den Hintermännern der kleineuropäischen Kon-

struktion stehen, um diese Teilung Deutschlands für einen trügerischen Status quo auszuhandeln. Das sind die Berührungspunkte der Fühler zwischen der offiziellen französischen Politik und der russischen Politik, und die werden wir immer wieder hervorheben.

Unser Kampf um Deutschland ist ein Kampf um eine echte europäische Völkergemeinschaft. Die Sozialdemokratische Partei hat die Gefahren immer gesehen. Wir haben versucht und versuchen es weiter, in Deutschland das größtmögliche Gewicht der politischen Kräfte zugunsten einer Gemeinsamkeitsanstrengung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit und für die europäische Zusammenarbeit zu konzentrieren.

Das war der Sinn der Briefe Kurt Schumachers. Es muß gesagt werden, und vielleicht ist die Tribüne des Parteitags dazu der richtige Ort, welche Reformierung des normalen politischen Lebens in einer parlamentarischen Demokratie es bedeutet, daß der Oppositionsführer sich an den Regierungschef mit Briefen wenden muß, um ihn in Fragen der zentralen politischen Aufgaben der Deutschen darauf aufmerksam zu machen, daß gegenseitige Information und die Durchführung gewisser gemeinsamer Schritte notwendig ist. Heute tut man, nachdem Erich Ollenhauer auch einen Brief an den Kanzler geschrieben hat, so, als ob damit eine Wendung vollzogen sei. Schumacher hat viele solcher Briefe schreiben müssen, und ich weiß nicht, wie viele Briefe Erich schreiben muß, solange der Kanzler im Amte ist. Wir werden hier nicht müde werden, weil wir daran festhalten, daß es eine gewisse Gemeinsamkeit in der zentralen europäischen Frage geben muß. Sonst ist das der Selbstmord, der Zerfall der Nation. Was wäre Europa damit getan?

Einen anderen Punkt möchte ich hervorheben. Die Sozialdemokratie hat ganz im Gegensatz zu der Praxis des Kanzlers und seiner Leute im Ausland Freunde für Deutschland zu werben versucht, und wir haben an den Reden unserer ausländischen Gäste gesehen, wen wir neu gewonnen oder wiedergewonnen haben. Es hat mich erschüttert, als ich heute von einem der Freunde aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, der American Federation of Labor, die neusten Beschlüsse seines Kongresses gehört habe, wie sie den Kampf der Sozialdemokratischen Partei, obwohl sie keine sozialistische Gewerkschaft sind, begriffen haben und in einer Schärfe, die ich hier nicht weiter kennzeichnen will, in ihrer letzten Erklärung unseren Standpunkt in der Saarfrage für den richtigen Standpunkt erklären, wie sie vor der politischen Mißhandlung der Deutschen warnen und vor allem die Alliierten davor warnen, daß man so tut, als ob sie Pläne und Vorbereitungen machten, um den zweiten Weltkrieg noch einmal auf unserem Rücken durchzukämpfen. Ich finde in diesen Beschlüssen der American Federation of Labor eine ernsthafte Würdigung unserer Ankündigung, daß wir, selbst wenn eine reaktionäre Mehrheit die Verträge durchpeitscht, für die Revision kämpfen.

Was hat aber der Bundeskanzler mit diesen Stimmen für Deutschland bisher angefangen? Erich Ollenhauer hat einmal im Bundestag darauf hingewiesen, als der Kanzler in hämischer Absicht sich darüber zu verbreiten suchte, was die Sozialisten anderer Länder in gemeinsamen Vorbesprechungen zum Schumanplan uns gewissermaßen unter die Weste gedrückt hätten. Damals wurde ihm gesagt: Sie als deutscher Kanzler sollten mit Sorgfalt die kritischen Stimmen zum Schumanplan vernehmen, um sie zugunsten Deutschlands auszuwerten. Das ist der wundeste Punkt der deutschen Politik: Wir haben es mit einer Außenpolitik zu tun; die nicht auf solcher Gemeinsamkeit fußt, sondern die die Frucht des Bemühens um die Wiederherstellung der Privilegien des Großbesitzes im eigenen Land ist.

Der Kanzler hat die Praxis, mit dem Ausland gegen die eigene Opposition vorzugehen. Er ist bei seinem Verhältnis zur alten amerikanischen Administration und zu der, die sich allmählich erneuert, der Mann, der auf diese Weise es den hohen Beamten der amerikanischen Militärregierung ermöglicht hat, die Angelegenheit, die die vordringlichste politische Forderung ist, die deutsche Einheit, als eine, wie sie sagen, für uns Deutsche gewiß ganz wichtige Forderung anzusehen, aber hinzuzusetzen, für sie selbst gäbe es andere Probleme, und den Zeitablauf bestimmten sie. Der Kanzler hat dieses für Vertreter ausländischer Mächte in Deutschland unnatürliche Verhalten in deutschen Fragen erneut hervorgerufen, weil es ihm für seine eigene Politik günstig erschien.

Wir haben den Kanzler in einer Resolution, die wir dem Parteitag zu dem Referat Ollenhauer vorgelegt haben, darauf hingewiesen, daß er und seine Mitarbeiter sich eidlich verpflichtet haben auf das Grundgesetz. Das Grundgesetz sagt klar, daß das deutsche Volk und seine Instanzen sich verpflichten zur Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands. Das deckt die Saar, das deckt auch Berlin, das deckt auch die sowjetische Besatzungszone, das deckt Deutschland als Ganzes. Der Begriff „Deutschland als Ganzes“ existiert doch seit 1945 weiter. Im Grundgesetz steht auch, daß die Deutschen in allen Zonen in den Stand gesetzt werden müssen, in freier Selbstbestimmung die deutsche Einheit zu vollenden.

Was würde der Westen eigentlich gewinnen, wenn er solche Praktiken, wie wir sie an der Saar erleben, duldet und wenn er der Unterdrückung der Bewohner der sowjetischen Besatzungszone zusieht, wie es bisher geschehen ist? Er würde nur verlieren, wenn das Schlagwort von der Europäisierung der Saar, das heute charakterisiert worden ist, Mode werden sollte. Das, was man im Osten „Volksdemokratisierung“ nennt, und das, was im Westen „Europäisierung“ genannt wird, bedeutet in beiden Fällen Annektierung.

Aber was würde damit der Westen verlieren? Seine demokratische Anziehungs- und Ausstrahlungsfähigkeit! Was wäre dann noch der Westen? Was wäre dem Westen mit einem Deutschland der sozialen Unsicherheit gedient? Was wäre dem Westen mit einem Deutschland gedient, in dem Leute von vorgestern das ihre in die Scheuern bringen, während die Armen und die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone als Ganzes zu Blutspendern für die Wiederaufrichtung der Privilegien des Großbesitzes von vorgestern gemacht werden?

Wir haben heute in Deutschland eine Klassifizierung derer, die den Krieg verloren haben sollen. Das sind die Arbeitenden, die sozial Hilfsbedürftigen, das ist der seiner Spargroschen beraubte Mittelstand, und das sind die Menschen der sowjetischen Zone.

Ich bin der Meinung, wir müssen in unserer künftigen Arbeit darauf zurückkommen, daß diese Schicht, die hier in Westdeutschland regiert, auf Grund dieser von mir angedeuteten Urquelle ihrer Politik strukturell unfähig ist zu einer Politik der Wiedervereinigung Deutschlands. Deswegen hat sie neuerdings das Wort geprägt, das dem Präsidenten Schäfer entflohen ist, es gäbe für uns nach der Befreiung der Sowjetzone die größte koloniale Aufgabe, die man sich bisher habe denken können. Wir wollen sie an den Worten erkennen, an den Früchten kann man sie nicht erkennen, weil sie keine Früchte haben. Laßt uns das nicht vergessen!

Nun ein letztes Wort zu der Frage Gespräche oder nicht Gespräche! Ich will von den hier mit Recht vorgebrachten moralischen Qualifikationen absehen. Ein Punkt ist entscheidend. Warum sollten wir, während wir uns den letzten Runden dieser Auseinandersetzungen nähern, in deren Verlauf es zu Viererkonferenzen kommen wird, die Nerven verlieren und uns

plötzlich mit Leuten an den Tisch setzen (Lebhafter Beifall), die oben so tun, als wollten sie mit uns verhandeln, die uns aber unter dem Tisch mit der Stiefelspitze in die Weichteile treten? Es geht bei ihnen doch nur um den Versuch, das einzige Positivum der Bundesrepublik, die intakte Sozialdemokratische Partei, auszuhöhlen, anzuschlagen und damit auszuschalten.

Wir haben eine Grenze für die Aktivität unseres Kampfes gegen die Politik des Kanzlers. Diese Grenze ist gezogen durch die Linie, deren Überschreiten die Kollaboration mit den Machthabern in der Sowjetzone und damit Warschau und Prag bringen würde. Die Stärke der deutschen Sozialdemokratie ist, daß sie diese Linie bisher nicht überschritten hat, und sie wird sie auch nicht überschreiten. (Beifall.)

Der Kanzler ist frivol genug, das zu wissen und darauf zu setzen. Aber wir stehen am längeren Hebelarm. Das wird der Kanzler einmal begreifen, dann wird es aber für ihn zu spät sein. Das Durcheinander in seinem Gefolgschaftshaufen ist nicht unsere Angelegenheit. Aber bei uns halten wir Ordnung, weil wir eine Partei brauchen, die Deutschland in Ordnung bringen kann. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat Genosse Blachstein, Hamburg.

Blachstein, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Wenn wir die Entwicklung der Bundesrepublik seit dem Hamburger Parteitag überblicken, so müssen wir, wie es Erich Ollenhauer heute morgen in seinem Referat getan hat, eine Versteifung der reaktionären und restaurativen Tätigkeit dieser Regierung in Verwaltung und Justiz, in der Wirtschaft und in der Politik feststellen.

Lassen Sie mich für die Wirtschaft nur einen Namen nennen, der gerade hier im Ruhrgebiet als Symbol deutscher Rüstungswirtschaft und deutscher Kriegspolitik steht: Krupp, der nun nach sieben Jahren in die deutsche Wirtschaft zurückkehrt.

Es ist nicht so erstaunlich, jedenfalls sicher für uns hier in diesem Raum nicht erstaunlich, daß es in unserem Lande Nazis gibt. Es ist auch nicht erstaunlich, daß sie nach sieben Jahren versuchen, sich wieder zu sammeln und zu organisieren.

Erstaunlich ist aber, was in den Parteien vor sich geht, die die Bundesregierung tragen und die diese nazistischen Kräfte an sich zu ziehen versuchen, und zwar nicht nur durch den Gewinn für ihre Sache, sondern durch Bündnisse — ich brauche nur Wilhelmshaven zu nennen —, von der CDU bis zur SRP, mit einer Partei also, von der die Bundesregierung der Meinung ist, daß sie verfassungswidrig sei. Die Leichenfledderei um die Mandate jener Partei, deren Verbot man erwartet, und der Kampf mit den alten Methoden um die alten nationalsozialistischen Schichten ist eine recht seltsame Erscheinung. Die bürgerlichen Parteien in unserem Lande gehen einen ähnlichen Weg, wie sie ihn vor 1933 gegangen sind, und setzen überall, wo es um ihren Profit geht, den Profit über ihre Ideen und über ihre politischen Anschauungen. Darin liegt, so glaube ich, die innenpolitische Gefahr der Bundesrepublik. Durch die neuen Zusammenschlüsse in Straßburg und in der Montan-Union wird dieses deutsche Besitzbürgertum in seiner Macht von seinen internationalen und vor allem von seinen europäischen Freunden gestützt. Wenn wir heute nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in Europa und wohl in der ganzen Welt eine reaktionäre Periode erleben, wenn ein großer Teil der Hoffnungen, die die Völker nach 1945, nach dem entsetzlichen Krieg, hatten, verfliegen sind, so muß man auch

hier die unermeßliche Schuld der Kommunisten feststellen, die diese Hoffnungen mißbraucht haben und die die demokratischen Kräfte, vor allem die Sozialdemokratie, gezwungen haben, einen Zweifrontenkrieg zu führen, einen Krieg gegen die alten reaktionären Kräfte und einen Krieg gegen die neue Barbarei Moskauer Diktatur. Erwin Schöttle hat vorhin von dem Managertum und von der Gefahr der Abtretung von Parlamentsrechten an demokratisch unkontrollierte internationale Gremien gesprochen. Mir scheint notwendig, daß, wenn es richtig ist, daß wir heute in der Bundesrepublik und in Europa in einer Reaktionsperiode leben, wir auch die Methoden unseres Kampfes überprüfen müssen. Mir scheint manchmal, als ob wir die Möglichkeiten des parlamentarischen Kampfes von der Gemeindestube über die städtischen Rathäuser und Landtage bis zum Bundestag, mit diesen reaktionären, außerparlamentarischen Kräften fertig zu werden, überschätzen. Ich glaube, daß in einem Lande wie dem unsrigen, von dem wir wissen, daß die Demokratie in keiner Weise gesichert ist, es ganz besonders notwendig ist, daß der Kampf der Parlamentsfraktionen gestützt und in das Volk getragen wird durch den Einsatz der ganzen Partei und durch den Einsatz der ganzen Kraft, die in der Bevölkerung ruht.

Damit komme ich zur Frage der Methode des Kampfes gegen den Generalvertrag mit allen parlamentarischen Mitteln im Bundestag. Mir scheint weiter notwendig, diesen Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden nichtparlamentarischen Mitteln des Volkes zu führen. Wenn wir noch zu einer sozialen Offensive kommen wollen, von der Erich Ollenhauer heute morgen sprach, dann muß sie vor Annahme der Verträge liegen. (Beifall.) Nach der Annahme der Verträge liegt nämlich eine derartig große wirtschaftliche Last auf der Bundesrepublik, daß wir gar keine Offensive mehr beginnen können, sondern alle Hände voll zu tun haben, das wenige an sozialen Leistungen zu erhalten, was heute in der Bundesrepublik vorhanden ist. (Beifall.) Ich weiß, wenn man heute in unserer Partei vom außerparlamentarischen Kampf spricht, runzelt mancher die Stirn. Es gibt aber übrigens nicht nur bei uns Situationen, in denen es notwendig wird, sich über das Parlament hinaus direkt an das Volk zu wenden. Ich möchte nur daran erinnern, wie die belgische Partei ihre Königskrise gelöst hat. Ich möchte weiter daran erinnern, daß der Kampf in Berlin niemals allein im Berliner Rathaus hätte gewonnen werden können und daß Berlin auch nicht vom Schöneberger Rathaus allein gehalten werden kann. Die Berliner haben das gewußt und auch danach gehandelt. Ich meine, daß wir im Kampf gegen die Bundesregierung, gegen die Bedrohung, die auf unser Volk durch diese Verträge zukommt, alle Mittel einsetzen müssen, über die die Partei verfügt. Man wird einwenden: Kann eine solche Bewegung nicht durch die Kommunisten mißbraucht werden? Gewiß! Deshalb glaube ich, daß der Vorschlag des Unterbezirks Essen kein guter Vorschlag ist. Ich bin nämlich der Meinung, daß eine Unterschriftensammlung keine überzeugende Aktion darstellt. Wir müssen in einem solchen Kampf alles vermeiden, was uns irgendwie in eine Nachbarschaft mit den Kommunisten bringen kann. Ich glaube, daß die Partei stark genug ist, daß sie in Betrieben und in der Arbeitermasse stark verwurzelt ist. Wenn wir die Mittel und Methoden gut abwägen, kann ein solcher Kampf gegen und ohne die Kommunisten geführt werden. Der Appell an das Volk, der Appell zu Neuwahlen, bevor die Entscheidung über die Verträge fällt, muß die Linie der Partei werden. Neuwahlen vor der Entscheidung! Wenn wir in diesem Kampf immer wieder auf unsere verfassungsmäßigen Bedenken hingewiesen haben, so gibt es ein wesentlich ungeschriebenes Verfassungsgesetz, daß das Volk den Maßnahmen der Regierung und des Parlaments zustimmen muß, daß die Mehrheit des Volkes hinter Maßnahmen von so großer Bedeutung stehen muß. Aus diesem Grunde glaube ich, daß neben dem

Kampf im Bundestag, neben der Ausschöpfung aller parlamentarischen Mittel der Einsatz der ganzen Partei für Neuwahlen vor der Entscheidung über die Verträge erfolgen muß! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat jetzt Genosse Markscheffel.

Markscheffel, Mainz:

Genossinnen und Genossen! Sowohl Genosse Ollenhauer als auch zahlreiche Diskussionsredner haben in sehr klarer Darstellung nachgewiesen, daß die jetzige Bundesregierung den Versuch macht, unter Sammlung aller reaktionären Kräfte den Entscheidungskampf gegen die deutsche Sozialdemokratie für die Restaurierung des Kapitalismus zu führen. In diesem Zusammenhang ist ein Satz wichtig, den Erich Ollenhauer heute früh ausgesprochen hat. Er brandmarkte mit Recht jene deutschen Politiker, die heute schon wieder den Begriff einer deutschen Machtpolitik in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen. Bei uns besteht kein Zweifel darüber, wo wir diese Politiker zu suchen haben. Es sind die gleichen Leute, die in Washington davon sprachen — als sie gefragt wurden, was sie sich unter Europa vorstellen —, daß für sie die Grenze Europas am Ural liege. Bei dieser Charakterisierung der reaktionären deutschen Politik, die unter Umständen auch bereit ist, in Form eines Angriffs zum Zuge zu kommen, müssen wir als Partei auf eine Entwicklung in der Bundesrepublik hinweisen, die mich und sicher auch viele Genossen mit Besorgnis erfüllt: Das ist die von der derzeitigen Bundesregierung entwickelte anti-russische Hetzpropaganda.

Wenn man durch die deutschen Lande fährt, glaubt man sich in das Jahr 1936 zurückversetzt. Die übelsten Machwerke des ehemaligen Propagandaministeriums feiern fröhliche Auferstehung. Primitive antirussische Hetze soll das deutsche Volk in der Bundesrepublik für die Aufstellung von deutschen Divisionen empfänglich machen. Bei dieser Propaganda bedient man sich vielfach Persönlichkeiten, die unter der Hitlerdiktatur das Propagandahandwerk erlernt und dieses zum Schaden des deutschen Volkes ausgeübt haben.

Für die deutsche Sozialdemokratie — und das ist der Sinn meiner Ausführungen — sind die Völker hinter dem Eisernen Vorhang unterdrückte Völker (sehr richtig!), Völker, die unter einer Diktatur genau so leiden wie früher das deutsche Volk unter der nationalsozialistischen Diktatur. Unsere Abwehr und die notwendige Steigerung des Widerstandswillens gegen die bolschewistische Diktatur darf daher keine kollektive Verurteilung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang enthalten. Sie muß getragen sein von der Überzeugung, daß der Bolschewismus der Feind des demokratischen Sozialismus ist und daß der lebendige Ausdruck unserer Kampfbereitschaft nicht von dem Gedanken der Niederringung dieser Völker getragen sein darf, die unter diesen Diktaturen leiden, sondern von der Beseitigung der Diktatoren! (Beifall.) Hier muß endlich einmal in Deutschland ein klarer Unterschied zwischen der Propaganda der Bundesregierung und unserer Propaganda gemacht werden. Es geht nicht so weiter, daß in Deutschland Plakate erscheinen, die die Steuerzahler bezahlen und auf denen das russische Volk und die von den Diktatoren unterdrückten Völker mit den Diktatoren gleichgestellt werden.

Ich möchte auf eine Absicht der Bundesregierung hinweisen, die hinter dieser Methode steckt. Bei der allgemeinen Empfänglichkeit des deutschen Volkes für Begriffe, die jenseits seiner eigenen Erkenntnisse liegen, versucht die Bundesregierung, in Vorbereitung der kommenden Bundestagswahl heute schon durch diese Methode der Propaganda den demokratischen Sozialismus zu kompromittieren. Diese Entwicklung ist von uns mit äußerstem Ernst zu

verfolgen. Darin liegt nicht nur eine Kompromittierung des demokratischen Sozialismus, sondern es ist auch die Kompromittierung einer zukünftigen deutschen Außenpolitik. Heute schon können Sie in ausländischen Zeitungen lesen, daß „das deutsche Volk“ unter Umständen bereit sei, wieder Divisionen aufzustellen. Maßgebliche Regierungsvertreter erklären im Ausland, daß die Deutschen bereit seien, sich an die Spitze einer eventuellen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu stellen.

Diese Goebbelssche Methode der Brunnenvergiftung im europäischen und im Weltmaßstab muß von der Sozialdemokratie abgewehrt werden. Unsere Entscheidung für den Westen ist klar. Für uns gibt es kein Verhandeln mit Sklavenhaltern. Genau so klar ist aber für uns die Abwehr jener Versuche, unter der Fahne des sogenannten Antibolschewismus uns zum Vorspann für die Restaurierung des ehemaligen Kapitalismus in Westeuropa zu machen.

Partei Vorstand und Parteiausschuß haben gestern diese Ideen in einer noch zu formulierenden Protestresolution in den Grundzügen gebilligt. Ich bitte Sie, sich diesem Protest anzuschließen, damit die Welt weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie mit den von der jetzigen Bundesregierung entwickelten Propagandamethoden nichts zu tun hat und nicht gewillt ist, in den von den reaktionären Kräften ganz Europas bereits auf die Geleise geschobenen Kreuzzug einzusteigen! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat der Genosse Reuter.

Reuter, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Eine große Partei wie die Sozialdemokratie kann sich nicht auf einem Parteitag über ihr taktisches und politisches Verhalten für die nächsten zehn Jahre unterhalten. Wir werden immer wieder vor neue Situationen gestellt werden. Die Versuchung, die in einigen Diskussionsreden anklang, sich an den Knöpfen abzuzählen, was man in dieser und jener Situation tun würde, scheint mir aus einer Reihe von Gründen psychologisch durchaus verständlich, politisch aber nicht richtig. Eine Partei wie die unsrige muß bestimmte und feste, aber einfache Grundideen haben, die in der Politik der Partei unerschütterlich zum Ausdruck kommen müssen.

Ich darf einige Bemerkungen an die Ausführungen des Genossen Markscheffel anknüpfen. Es ist kein Zufall, daß wir in Berlin niemals das Wort „Russen“ in den Mund nehmen, sondern stets nur vom „Sowjetregime“ sprechen. Wir betonen ganz besonders, daß wir nicht das russische Volk bekämpfen, sondern das Sowjetregime, unter dem das russische Volk ebenso sehr leidet wie wir selbst.

Dieser Saal ist in meinen Augen nur zu zwei Drittel besetzt. In jedem von uns sollte das Bewußtsein lebendig sein, daß ein Drittel dieses Raumes nicht besetzt ist, daß die Menschen fehlen, auf deren Rückkehr wir warten. Aber unsere Genossinnen und Genossen der Ostzone sind bei uns, auch wenn sie im Augenblick nicht hier im Raume sein können. Gegenüber der defätistischen Methode, auf die Akte „Deutsche Einheit“ zu schreiben: „Wiedervorlage nach zwei bis fünf Jahren“ — eine solche Erklärung haben wir in der vorigen Woche sozusagen amtlich zu hören bekommen —, müssen wir darauf hinweisen, daß sich die Welt und wahrscheinlich auch viele Menschen in Deutschland wundern werden, welche politischen, moralischen und geistigen Energien zu uns stoßen, wenn diese Menschen mit uns vereinigt werden. Sie haben alles durchgemacht, ganz anders als die Bevölkerungsteile des übrigen Deutschland: nicht nur die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur. Sie verstehen das Wesentliche vom

Unwesentlichen zu unterscheiden. Für uns ist die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht auf die Zeit von fünf Jahren verlagert, sondern für uns steht dieser Punkt ständig auf der Tagesordnung. Wir wünschen eine Bundesregierung und einen Außenminister, die sich dieser Tatsache bewußt sind und auf dieses Problem mindestens die gleichen Energien verwenden wie auf die Probleme, die im Augenblick in der Bundesrepublik auf die Lösung anderer, aber sehr unrealistischer Probleme angewendet werden. (Dobbert: Sehr gut.) Man sagte: „Wir müssen bis Anfang Juni bestimmte Dinge fertig haben, weil Anfang Juni General Eisenhower nach Amerika geht. Da muß alles fertig sein, damit General Eisenhower gewählt wird.“ Unsere Aufgabe ist es nicht, uns in die Einzelheiten der amerikanischen Innenpolitik einzumischen oder uns an bestimmte innenpolitische amerikanische Vorstellungen anzuhängen, deren Richtigkeit mir immer sehr zweifelhaft gewesen ist. (Beifall.) Ich glaube, daß mancher inzwischen erkannt hat, daß es auch in diesem merkwürdigen Lande Amerika nicht ohne weiteres genügt, General zu sein. Man muß auch noch einige andere Eigenschaften besitzen. Es ist aber Sache des amerikanischen Volkes, zu entscheiden, nicht unsere. Unsere Sache wird vielmehr sein, unsere eigene Angelegenheiten mit äußerster Leidenschaft und Hingabe zu betreiben.

Wir können die These nicht akzeptieren: Es ist keine Möglichkeit im Augenblick vorhanden, die Dinge weiterzutreiben. Da wir die Hände nicht in den Schoß legen wollten, mußten wir uns gegen die Worte wenden: nach fünf Jahren kehren wir an der Spitze unserer siegreichen Truppen wieder zurück. Das ist eine Wahnsinnspolitik, die völlig illusionär und unrealisierbar ist. (Sehr richtig.) Diese Politik verkennt, daß der Riß, der durch unser Volk geht, nicht geheilt werden wird, wenn unser Volk das Gefühl bekommt, die wollen ja gar nicht, die meinen es ja nicht ernst, die wollen sich nicht ernsthaft auseinandersetzen. Es ist nicht wahr, daß man in der Periode des Kalten Krieges, in der wir leben, diesen Krieg nicht mit Aussicht auf Erfolg führen könnte. Wir sollten von unseren kommunistisch-sowjetischen Gegnern lernen. (Sehr gut!) Wir sollten die Initiative auf diesem Gebiet entfalten und sie nicht anderen überlassen. (Beifall!) Das kann unter keinen Umständen, abgesehen von der moralischen Seite der Angelegenheit, auch aus politischen Erwägungen heißen, daß wir uns mit den Herrschaften der SED an einen Tisch setzen. Damit würden wir in den Augen unserer 18 Millionen Landsleute in der Ostzone die Herrschaft dieser Gesellschaft legitimieren, und damit würden wir das erreichen, was diese Leute gerade wollen: Wir würden ihre Position in der Ostzone stärken. Es ist kein Zufall, daß ein Föderalist wie Herr Dr. Etzel von der Bayerpartei einer derjenigen ist, die auf den Rattenfang eingehen: das Königreich Bayern den Bayern und das „Königreich“ Ostdeutschland denen, die augenblicklich dort sind, nur laßt uns in Ruhe, dann können wir uns evtl. in irgendeiner Form aus dem ganzen Schlamassel herausziehen. Diese Mischung von naiver, primitiver, egoistisch-neutraler Denkweise mit der Vorstellung, wir Deutschen könnten uns überhaupt aus den großen Auseinandersetzungen in der Welt fernhalten und in vollständiger Verknennung der tödlichen Gefahr, die für uns alle die Aufrechterhaltung des SED-Regimes in der Ostzone bedeutet, ist nur in einem Volk möglich wie dem deutschen, in dem es immer noch bestimmte Reste so unpolitischer Vorstellungsweisen geben kann. Nein, wir müssen eine Auseinandersetzung mit diesen Herrschaften ablehnen, es sei denn, wir kämen zu dem Tag, an dem wir die technischen Einzelheiten der Durchführung freier Wahlen verhandeln. Dann selbstverständlich, morgen früh, oder noch heute abend. Jeden Tag sind wir dazu bereit. (Beifall.)

Bis dahin aber ist unsere Aufgabe, politisch die Frage der deutschen Einheit nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Eine ganz

kleine Bemerkung zum Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß man sehr viel erreichen kann. Als der neue amerikanische Kommissar, Mr. Donnely, nach Berlin kam und Herrn Tschuikow zum erstenmal einen Besuch machte, konnte man bei vielen Leuten ein Aufatmen spüren und man sagte: endlich geht einmal einer heran an die Leute. Wann ist die Bundesregierung und wann sind die Westmächte in den letzten Jahren an das Problem herangegangen? Sie haben Noten geschrieben, die sehr lange Diskussionen unter ihnen selber erforderten und denen man den vollständigen Mangel an echter politischer Koordinierung deutlich anmerkt. Unsere Aufgabe wird es sein, die Mächte zur Hilfe zu rufen, auf die wir uns allein verlassen können, und nicht die Opportunisten, sondern die großen freiheitlichen demokratischen Kräfte in der ganzen Welt, auch in Amerika, die eines Tages dafür eintreten werden, daß uns Deutschen eine echte Freiheit gegeben wird.

Ich möchte Sie nicht mit Kleinigkeiten aus Berlin behelligen. Aber was sagt man in einem Ort wie Berlin, wo wir alle zu den Alliierten auf Grund des gemeinsamen Kampfes während der Blockade ein anderes Verhältnis haben als in der Bundesrepublik, wenn man noch eine Mitteilung bekommt, wonach es laut einer lächerlichen Verfügung aus dem Jahre 1946 verboten ist, eine Werkzeugmaschine von einem Sektor in den anderen zu transportieren, und wenn diese Verfügung im Jahre 1952 noch nicht aufgehoben werden kann? (Hört, hört!) Die ganze Deduktion: wir müssen irgend etwas unterschreiben, weil wir sonst dauernd in dem Zustand von heute bleiben, geht doch von der Verkennung der Tatsache aus, daß die Welt sieben Jahre nach dem Kriege uns Deutsche auf die Dauer gar nicht mehr unter diesem alten Regime lassen kann. (Sehr richtig!)

Wir haben bewiesen, daß wir bereit, fähig und gewillt sind, unsere ganzen geistigen Kräfte und unsere Existenz für diesen Kampf einzusetzen. Wir verlangen — ich unterstreiche noch einmal: wir verlangen — die Rückkehr echter politischer Freiheit für unser Vaterland. Wir verlangen die Konzentrierung der Energie der freien Welt auf die Lösung des Problems, das nicht nur für uns, sondern für die Welt das zentrale Problem ist: die Überwindung der Spaltung Deutschlands und die Beseitigung des größten Unruheherdes, den die Welt dank der Weisheit der Sieger besitzt, die 1944 ihre Unterschrift unter die Karte gesetzt haben, die ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe und durch die Deutschland gespalten wurde, damit eine neue Karte eines freien und einheitlichen Deutschlands entsteht. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat Genosse Max Kukil.

Kukil, Kiel:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Franz Neumann, Berlin, hat vorhin in seinem Diskussionsbeitrag darauf hingewiesen, daß die Berliner Genossen durch die Ausführungen des Genossen Korn aus Lübeck unangenehm beeindruckt gewesen sind. Ich halte es im Interesse der Partei von Schleswig-Holstein für dringend erforderlich, den Willen und die Ansicht der schleswig-holsteinischen Partei hier zum Ausdruck zu bringen. Genosse Korn hat erklärt, er käme aus der Stadt Lübeck, der östlichsten Großstadt am Eisernen Vorhang. Wir alle wissen, daß ja nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch einige andere Länder eine Grenze am Eisernen Vorhang haben. Aber wir in Schleswig-Holstein haben nicht nur eine Grenze am Eisernen Vorhang, sondern wir haben auch eine Grenze im Norden, die Dänemark berührt. Es war nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit für die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein besonders angenehm, wenn die Vertreter der dänischen Bruderparteien auf unseren Zusammen-

künften zum Ausdruck brachten, daß uns etwas Gemeinsames beseelt, nämlich der gemeinsame Kampf für den Frieden, für die Freiheit und die Demokratie. Ich sage das deshalb, weil im Lande Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Grenzländern zur Zeit eine Regierung des sogenannten Deutschen Wahlblocks und des BHE besteht, deren Ministerpräsident sich in der letzten Zeit besonders dadurch hervorgetan hat, daß er glaubt, Außenpolitik machen zu müssen, und zwar gegenüber dem Lande Dänemark. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident hat verbindlich zum Ausdruck gebracht, daß wir in einer Kampfsituation gegenüber Dänemark und der dänischen Minderheit stehen. Die sozialdemokratische Regierung Diekmann hat bis zum Jahre 1950 eine Politik der Befriedung in Schleswig-Holstein betrieben und es möglich gemacht, daß ein Abkommen zustande kam, das das Kieler Abkommen genannt wurde. Wir werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um in Schleswig-Holstein, insbesondere im Landtag, dieser Regierung eine Kampfansage zu dokumentieren und ihr zu sagen, daß es für uns keinen Grenzkampf im Norden gibt, sondern nur einen Ausgleich, eine Verständigung in den Grenzfragen. (Beifall.)

Anders sieht die Situation gegenüber dem Hinterland des Eisernen Vorhanges aus. Wir hätten es außerordentlich begrüßt, wenn die augenblickliche schleswig-holsteinische Regierung eine Kampfansage auch gegen das totalitäre Regime im Osten zum Ausdruck gebracht hätte. Das ist bis zum heutigen Tage nicht mit dem nötigen Nachdruck geschehen. Wir wissen alle aus Erfahrung, wie wesensverwandt die äußerste Rechte, die neofaschistischen Gruppen, mit der Kommunistischen Partei sind. Wir haben zu verzeichnen, daß in zwei unserer Städte als Nachfolgeorganisation der Bruderschaft, z. T. in Verbindung mit der SRP, sich die sogenannte „Kriegsgeneration“ aufgetan hat. In einer dieser Städte ist als Bürgermeister einer der führenden Männer der Kriegsgeneration gewählt worden. Der Innenminister hatte auf Grund des Einspruchs unserer Partei, der Opposition, Widerruf gegen diese Wahl eingelegt. Wir mußten gestern erfahren, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung die Abwesenheit der sozialdemokratischen Funktionäre benutzt hat, um den Widerspruch aufzuheben, so daß der Vertreter dieser sogenannten Kriegsgeneration ab heute in Amt und Würden ist. (Hört, hört!) Das ist eine Kampfansage gegen die Sozialdemokratische Partei. Ich sage hier im vollen Bewußtsein meiner Worte: Es bedeutet gleichzeitig einen Wortbruch gegenüber der Opposition, weil man uns das Material, das gegen diesen Mann vorliegt, nicht gezeigt hat, obwohl man es uns zusagte. Also auch hier ist eine kämpferische Situation vorhanden. Ich möchte insbesondere dem Genossen Korn sagen: er möge in seiner Eigenschaft als Pressechef der Stadt Lübeck ein ganz besonderes Augenmerk darauf legen, welche Verbindungen von dieser sogenannten Kriegsgeneration über die Grenze des Eisernen Vorhanges nach dem Osten gehen. Der Genosse Korn sprach von einer 180gradigen Kehrtwendung, zu der die Russen bereit wären. Die SED wäre bereit, für ein neutrales Deutschland auch ihre Partei auf dem Altar ihrer Politik zu opfern. Ich glaube, dem Genossen Korn ist nicht die wandelbare Politik des Hausherrn aus Moskau, wie es Erich Ollenhauer heute so treffend sagte, bekannt. Es gibt kein Selbstmordangebot der ostzonalen Regierung, sondern es gibt nur eine Politik von dieser Seite, wonach das deutsche Volk in Westdeutschland die Freiheit opfern und Selbstmord begehen soll. Von einer angeblichen Festlegung der ostzonalen Regierung haben wir heute gehört. Es gab auch eine Festlegung der Politik Hitlers für den Frieden nach den Verhandlungen Chamberlains und Daladiers in München. Ist die Diktatur im Osten etwa besser zu werten als die Diktatur des Dritten Reiches? Ich glaube, wir haben unsere Anstrengungen darauf zu richten, daß wir als Sozialisten gegen jede Form der Diktatur Front machen, ganz gleich, ob sie braun ist

oder ob sie unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel oder morgen eventuell unter dem schwarzen Zeichen in der westdeutschen Bundesrepublik auftritt. (Beifall.) Richard Tüngel von der „Zeit“ wird zitiert, wonach er sich für einen deutschen Friedensvertrag eingesetzt hat, d. h. für die Anerkennung der Pankower Regierung, um die Wünsche der Russen zu erfüllen. Es heißt also: Aufgabe unserer Kampfposition für die Abhaltung freiheitlicher Wahlen. Das heißt in dieser Situation auch auf die moralische Unterstützung der freiheitlichen Völker zu verzichten. Das bedeutet, daß wir die Hoffnung der Bevölkerung in der Ostzone auf ihre Befreiung durch freie Wahlen zu Grabe tragen und diesen Menschen, die auf die Befreiung so sehnsüchtig warten, einen Dolchstoß versetzen. Unsere Freunde — dabei ist der Name Willi Jesse, der in Schleswig-Holstein kein Unbekannter ist, gefallen — sind verschollen, sind zu Hunderten und Tausenden in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Nicht uninteressant ist, daß Genosse Korn in demselben Zusammenhang den Vorsitzenden des BHE, Herrn Krafft, zitiert, der sich für direkte Gespräche einsetzt. Ich glaube, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß der BHE nach seiner eigenen Bekundung weder eine Partei rechts oder links ist, sondern sich seine Stellungnahme nach der jeweiligen Situation vorbehält, also zu den Opportunisten zählt. Die Formulierung, die hier vom Genossen Korn in der Diskussion gebraucht worden ist, daß Herr Krafft der Vorsitzende der Partei der Vertriebenen von jenseits der Oder-Neiße und der Vertriebenen aus der Sowjetzone ist, ist eine gefährliche Formulierung, die nicht einmal der BHE selbst bis auf den heutigen Tag gebraucht hat. Wir haben als Sozialdemokraten aus den östlichen Gebieten immer wieder betont, daß wir es für uns in Anspruch nehmen, in erster Linie für die Interessen aller Hilfsbedürftigen und damit auch der Heimatvertriebenen einzutreten. Ich glaube, dasselbe trifft für die Freunde aus der Sowjetzone zu. Es gehört nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern eine echte Tatgemeinschaft dazu, sich für die Interessen dieser Menschen einzusetzen. Es gibt aber auch solche, die seinerzeit schon im Osten gewisse Positionen eingenommen haben und jetzt im Westen bei den verschiedensten bürgerlichen Parteien eine Restaurierung ihrer Position vornehmen möchten. Sie sind nicht geeignet, die Interessen der Heimatvertriebenen wahrzunehmen. Wir wollen immer wieder deutlich zum Ausdruck bringen: Die politische Heimat der Heimatvertriebenen ist und bleibt die Sozialdemokratische Partei. (Beifall.) Wenn sich Herr Krafft für direkte Gespräche eingesetzt hat, dann ist mit Recht der Zwischenruf „Ein Opportunist“ gekommen. Ich habe leider die Empfindung, daß es auch in unseren Reihen in der Frage der Behandlung der Ostzone und des eventuell notwendigen Abwehrkampfes Opportunisten gibt. Diesen Opportunisten möchte ich sagen: Es ist nicht nur Aufgabe der Parteifunktionäre, sondern es ist auch Aufgabe aller Vertreter, ganz gleich, wo sie stehen, auf der Landes- oder auf der kommunalen Ebene, und auch derjenigen, die sich zur Aufgabe gestellt haben, im Pressewesen zu wirken, notwendige Aufklärung zu leisten, um den Menschen im Westen zu zeigen, daß der Verlust der Freiheit gleichzeitig den Untergang Westdeutschlands bedeuten würde. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Nunmehr hat das Wort die Genossin Jeanette Wolff; ihr folgt Genosse Nölting, Düsseldorf.

Jeanette Wolff, Berlin:

Liebe Genossen und Genossinnen!

Es ist sicherlich vermessen, wenn nach zwei Berliner Genossen nun auch eine Frau von Berlin spricht. Aber der eine hat vom anderen nichts ge-

wußt, und das vermag ich schon zu vertreten, wie wir überhaupt über die Probleme, die den Parteitag betreffen, uns gemeinsam beschäftigen und wir darüber der gleichen Ansicht sind.

Das, was unser Genosse Ollenhauer in seinem Referat über den Weg der Sozialdemokraten gesagt hat, war klar, eindeutig und jedem verständlich, und wir unterstreichen das. Denn gerade wir Frauen haben ein großes Interesse daran, zusammen mit den Männern auf allen politischen Ebenen mit Rat und Tat dabei zu sein. Es gibt keinen Sektor mehr, auf den man in der Partei eine Frau abdrängen könnte, denn das eine Problem ist so wichtig wie das andere, und das Soziale ist unerfüllbar, wenn das Politische nicht begriffen und nicht zum Gedankengut aller gemacht wird.

Als der Genosse Ollenhauer in seinem Referat davon sprach, daß sich die bürgerlichen Parteien die Köpfe über die Verteilung der Mandate der aufgelösten SRP zerbrächen, war bei mir gleich der Gedanke aufgetaucht: Jetzt müssen wir die Augen offenhalten; denn seit langer Zeit begegnen wir seltsamen Vorkommnissen.

Der Genosse Ollenhauer hat das scherzhaft gemeint, und doch verbirgt sich dahinter blutiger Ernst. Wir wissen ganz genau, daß in den Parteien, mit denen wir uns dauernd um die sozialen Belange der Bevölkerung Deutschlands auseinandersetzen müssen, die Demokratie ein nicht so starker Baum und ein nicht so starker Blutstrom ist, daß sie die Rudimente des ehemaligen Nationalsozialismus in diesem Blut verkräften könnten, ohne eine Vergiftung davonzutragen. Und weil wir das wissen, müssen wir unsere Arbeit für die kommenden Wahlen darauf einrichten, die deutsche Bevölkerung darüber aufzuklären, daß sich genau wie in den Jahren 1930, 1931 und 1932 der Ring zu schließen beginnt und daß wir die Augen offenzuhalten haben auf die unterirdischen Strömungen, die von Osten kommen und zur Reaktion in Deutschland gehen und die mit einem nassen und einem trockenen Auge betrachtet werden von den bürgerlichen Parteien und daß sich der Kampf der bürgerlichen Rechten restlos gegen die Sozialdemokratie richtet. Wenn die KP zu unseren Anträgen Stellung nimmt und sie im Bundesparlament unterstützt, überläuft uns immer ein kalter Schauer; denn damit unterstreicht sie das, was uns von der bürgerlichen Seite immer vorgeworfen wird, um das Volk zu irritieren: Wir und die KP machten die gleiche Politik. Und weil wir uns dagegen wehren müssen, müssen wir die Verwässerung der klaren Haltung in unseren eigenen Reihen wahrnehmen und unterbinden. Es gibt für uns in der Partei nur eine Richtung, und das ist die Ablehnung der Rudimente von rechts, der Übriggebliebenen aus dem Naziregime, und die Ablehnung derjenigen, die sich die Methoden des Naziregimes zu eigen gemacht haben, wobei noch die Frage zu untersuchen ist, wer zuerst zu den Methoden gekommen ist und wer vom anderen gelernt hat. Anträge, die wir einbringen und mit denen man uns irgendwie in Mißkredit zu bringen glaubt, unterstützen die Kommunisten. Deshalb sind wir der Ansicht, daß wir eine ganz klare Haltung einnehmen und ganz klar und eindeutig sagen müssen, wie wir zu dem Problem stehen. Es kommen Anträge von bürgerlichen Parteien, in denen die Freilassung der Kriegsverbrecher gefordert wird. Lassen Sie mich hier an dieser Stelle einmal klar und eindeutig den Standpunkt der Sozialdemokratie darlegen!

Wir wollen für alle die Menschlichkeit und das Menschenrecht. Schon vor über Jahresfrist haben wir uns in einem Antrag an den Bundestag für die Freilassung derer eingesetzt, die noch als Kriegsgefangene oder Verurteilte irgendeines vom Siegerwahn besessenen Regimes zurückgehalten werden. Das müßte auch bis in die letzte Ortsgruppe der Partei gedrungen sein. Aber wir lehnen es grundsätzlich ab, echte Kriegsverbrecher frei-

zulassen — nicht jene Kriegsverbrecher, die dazu gemacht worden sind, sondern jene, die Tausende und Millionen von Menschen auf dem Gewissen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir setzen uns dagegen zur Wehr, diese Leute wieder in die deutsche Politik hineinzulassen. Und wenn die Bundesregierung Angst hat, daß sie nicht genügend ehemalige Sturmführer für die Gesandtschaften in neofaschistischen Ländern und auch in Südamerika hat, dann soll sie sie woanders aussuchen, aber nicht aus den Kreisen dieser Verbrecher. (Lebhafte Zustimmung!)

Wir freuen uns, daß die Sozialdemokratie immer dort, wo es um das Menschenrecht geht, zum Vorkämpfer geworden ist und daß die Sozialdemokratie jetzt für die Wiedergutmachung an den Opfern der Nazizeit nicht nur heute, sondern seit je eine Lanze gebrochen hat und jetzt gesetzlich zusammengefaßte Fundamente der Bundesregierung unterbreitet hat. Vor einiger Zeit hat mir ein Genosse gesagt: Sprich doch nicht immer von den Dingen, die einmal gewesen sind! Du machst dich nur unpopulär. — Liebe Genossen, es wäre ein schlechter Sozialdemokrat, der nicht, auch nicht einmal, das Odium, unpopulär zu werden, auf sich nähme, wenn es um die Wahrheit und um den Bestand der deutschen Demokratie geht; denn diese Kreise, die heute wieder beginnen, nicht nur überall ihr Haupt zu erheben, sondern die Verwaltungen zu verseuchen, von denen einer den anderen nach sich zieht, müssen aus diesen Verwaltungen verschwinden; denn sie werden einmal, wenn wir selber in der Regierung sind, zum Sargnagel für unsere Umwandlung der sozialen Ordnung werden. Die Ministerialdirektoren und Verwaltungsleute bleiben, auch wenn die Regierungen wechseln. Wir sollten daran denken, daß die ewigen Meißner uns schon einmal beinahe das Grab gegraben haben. Deswegen sagen wir: Wir wollen weder die einen noch die anderen. Ihnen das Handwerk zu legen, ist unsere Aufgabe. Aber wir dürfen nicht vergessen, was war. Im Interesse der Menschlichkeit wollen wir vergeben! Wenn wir vergessen, geben wir jenen das Wort, die jenseits des Eisernen Vorhangs bereit sind, uns zu erwürgen. Mit diesen Leuten wird es niemals ein geeintes Europa geben. Wir wissen, daß es innerhalb und außerhalb Deutschlands Leute gibt, die einer Wiedervereinigung in Freiheit durch freie Wahlen mit einem nassen und einem trockenen Auge gegenüberstehen: Die einen wegen des sozialdemokratischen Einflusses auf die Wirtschaft in der Welt und die anderen aus Angst, daß ihnen der Thron ihrer Erhabenheit und ihrer Regierungsfähigkeit in einer neuen deutschen demokratischen Republik durch die Sozialdemokratie zu Bruch gehen könnte. Das muß ihnen unmöglich gemacht werden. Es ist ein hohes Ziel, dafür zu kämpfen. Offenheit, Wahrheit und klare Linie. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat der Genosse Erik Nölting, Düsseldorf.

Nölting, Düsseldorf:

Liebe Parteifreunde! Es entspricht durchaus der zeitgeschichtlichen Situation, und es ist vollkommen in der Ordnung, daß das Schwergewicht des Ollenhauerschen Referats und noch mehr, das Schwergewicht der nachfolgenden Diskussion bei den außenpolitischen Problemen lag.

Aber es besteht hier ein interessanter Parallelismus: Es versteifen sich nicht nur die außen-, es verhärten sich gleichzeitig auch die innerpolitischen Fronten, und diese soziale Verkrustung im Innern ist vom Standpunkte unserer Partei genau so gefährlich und bekämpfenswert. Deshalb wäre es nach meiner Ansicht bedauerlich — und das ist der Grund dafür, daß ich mich noch so spät zum Wort gemeldet habe —, wenn diese innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Parteien völlig unter den Tisch fielen.

In diesem Saale braucht nicht des längeren darüber gesprochen zu werden, daß die sogenannte soziale Marktwirtschaft nur ein trügerisches Firmenschild ist, eine bloße Tarnwand, hinter der man den kapitalistischen Wechselbalg wieder zusammenzuflicken versucht. Interessanter ist hier wohl eine tiefer schürfende Analyse; denn in dieser sozialen Marktwirtschaft gehen zwei Vorstellungsserien unsystematisch durcheinander, und das wird viel zu wenig beachtet. Die eine Gedankenreihe ist die: Man braucht nur den Wettbewerb, nur die entfesselte Konkurrenz zu gestatten, dieser Konkurrenz nur fair play und freien Auslauf zu geben, man braucht nur jede Regelung und jeden Interventionismus zu beseitigen, dann fällt die soziale Harmonie automatisch von selbst ab, wie der Hobelspan in der Werkstatt des Tischlers. Der einzige gegenwärtige Schönheitsfehler sind noch die Monopolorganisationen, und deshalb — so führte Herr Erhard im Bundestag aus — bedeutet das Antikartellgesetz, das Gesetz zur Wiederherstellung des freien Wettbewerbs, den krönenden Abschluß.

Genossen, das ist Erhards These! Aber das ist ein simpler Köhlerglaube. Durch Produktionsrekorde, mögen sie sich noch so triumphal ausnehmen, wird sich niemand über die sozialen Schlackenhalde hinwegtäuschen lassen.

Die andere Gedankenreihe aber ist die: Man muß die Wirtschaft sozial fundieren, man hat ihr erst das soziale Gesicht zu geben. Nur so rechtfertigt sich der Name „soziale Marktwirtschaft“. Die soziale Wohlfahrt ist nicht automatisch und sozusagen nebenher, sondern nur durch „Abschirmungs- und positive Förderungsmaßnahmen“ zu erreichen. Soziale Harmonie ist ein Produkt bewußter Gestaltung. Das ist die These des linken CDU-Flügels, sagen wir kurz: des Gewerkschaftsflügels.

Diese Auffassung hat indessen mit den Jahren zunehmend an Gewicht verloren. Denn in allen bürgerlichen Parteien vollzieht sich ein Rechtsabmarsch, das dürfen wir nicht übersehen. In allen diesen Parteien — CDU, FDP usw. — überrundet der restaurative Flügel immer mehr den fortschrittlich-reformatorischen. Doch die latente Spannung bleibt, vermöge der strukturellen Zusammensetzung. Und diese latente Spannung ist so stark, daß sich gegenwärtig am politischen Firmament sehr interessante Neuformierungen, neue politische Gruppierungen, abzuzeichnen beginnen: Eine Rechtspartei der reaktionären Sammlung mit SRP-Einsprengseln ist es, womit die CDU, FDP und DP heute liebäugeln.

Ob dieser große Wurf gelingt? Mir scheint es höchst zweifelhaft, denn letzten Endes bleibt doch alles ein in seinen Interessen sich widerstreitender Klüngel, der sich nicht so leicht unter eine Käseglocke bringen läßt. Solche politischen Promenadenmischungen haben im allgemeinen keinen dauerhaften Bestand.

Ich sehe deshalb vielmehr den fortschreitenden politischen Atomzerfall, eine bedrohliche Zerfaserung unseres politischen Lebens, eine unaufhaltbare Aufsplitterung. Um so stärker tritt alsdann aber Bedeutung, Gewicht und Mission unserer Partei heraus, deren historische Aufgabe es ist, Bollwerk gegen diesen Auflösungsprozeß, gegen diese für die Demokratie so verhängnisvolle Atomisierung des politischen Lebens zu sein. Das ist ja unser unbändiger Stolz! Wir, gut strukturiert und auch gut durchblutet, sind politisches Großformat, sind Großmacht. Und schon davon geht eine stark attraktive Wirkung aus. Wir haben die Chance, beim nächsten Wahlkampf diese Plattform noch sehr zu verbreitern.

Erich Ollenhauer sprach von der Jugend. Ich darf es dahingehend ergänzen, daß es auch noch andere Schichten und Gruppierungen gibt, die unseren natürlichen Rekrutierungsboden darstellen, so z. B. die Frauen, in deren Kreisen unser politischer Ruf bisher noch nicht genügend Wider-

hall findet. Daneben starke mittelständische Schichten, die zu erkennen beginnen, daß sie durch den entfesselten Kapitalismus immer mehr ins Gedränge geraten; ferner wirkliche Europäer, deren Europasehnsucht hinausgeht über die klerikal-konservative Schumanplanecke, über dieses Sechser-Europa, dieses Sechsgroschen-Europa, von dem Carlo Schmid heute morgen gesprochen hat; und endlich bestimmte ethische und religiöse Strömungen und Kreise höchst wertvoller Art, die sich angewidert und abgestoßen fühlen durch den entfesselten Kampf um das Goldene Kalb und die den platten Materialismus unserer Tage verachten.

Genossinnen und Genossen, damit können wir aus dem Turm herauskommen, über die 34-Prozent-Hürde, über die wir doch hinwegkommen müssen. Wir wollen den Kampf auf breitem Kampfgrund führen. Wir werden diesen Kampf mit einer positiven Konzeption führen, von der so mannigfach heute schon gesprochen ist und die der morgige Tag mit seiner Programmdebatte untermauern soll. Denn die Öffentlichkeit ist weniger daran interessiert, wozu wir nein sagen und gesagt haben. Sie ist vielmehr stärker an dem Ja interessiert, das uns vorschwebt, um die Welt anders, gerechter, brüderlicher und vernünftiger zu machen. Wir müssen der Misere von heute im Wahlkampf das Bild eines besseren Morgen gegenüberstellen können.

Dieser Wahlkampf, liebe Genossen, wird nicht mehr als Stellungskrieg, er wird als Bewegungskrieg geführt. In den Wahlkampf eintreten, bedeutet für uns, die Offensive aufzunehmen. (Zustimmung und Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Von dem Genossen Lüders, Cuxhaven, ist Schluß der Debatte beantragt. Ich nehme an, daß Genosse Lüders den Antrag mündlich begründen will. Fünf Wortmeldungen liegen noch vor.

Lüders, Cuxhaven:

Genossinnen und Genossen! Der Antrag auf Schluß der Debatte ist von mir deshalb gestellt worden, weil ich der Auffassung bin, daß bei der Beratung des Aktionsprogramms noch eine ganze Reihe Genossen Gelegenheit haben wird, zu den einzelnen im Vortrag unseres Genossen Ollenhauer aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, und weil ich annehme, daß bei der Besprechung der einzelnen Punkte des Aktionsprogramms gleiche Fragen auftauchen werden. Ich möchte feststellen, daß wir in Anbetracht dessen, daß wir mit dem Aktionsprogramm eine positive Stellungnahme unserer Partei für die kommenden Kämpfe herausstellen wollen, mit der Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung schließen, um dann, wenn wir zu dem Aktionsprogramm Stellung nehmen, erneut, wenn es notwendig sein sollte, die einzelnen Fragen aufzuwerfen.

Vorsitzender Steinhoff:

Wünscht jemand das Wort gegen den Antrag? — Genosse Lewerenz, Lübeck, hat das Wort.

Lewerenz, Lübeck:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte aus folgendem Grunde gegen diesen Antrag sprechen. Genosse Korn aus Lübeck hat heute vormittag Ausführungen gemacht, die meiner Ansicht nach ein vollkommen falsches Bild über die Situation in Lübeck gegeben haben. Ich habe die Absicht, zu diesen Ausführungen des Genossen Korn und zu den Ausführungen von Erich Ollenhauer noch etwas zu sagen. Deshalb spreche ich gegen den Antrag auf Schluß der Debatte.

Vorsitzender Steinhoff:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Schluß der Debatte seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön; die Gegenprobe! — Das erstere war die Mehrheit, Die Debatte ist geschlossen.

Ich erteile nun dem Genossen Ollenhauer das Schlußwort.

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen! Ich kann mich in meinem Schlußwort kurz fassen. Ich muß zunächst mit einem Dank an die Genossen und Genossinnen beginnen, die in dieser politischen Diskussion das Wort genommen haben; denn der größte Teil der Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung meines Referats von heute vormittag. In dieser Aussprache hat sich nach meiner Überzeugung in einer sehr eindeutigen und eindrucksvollen Weise herausgestellt, auf wie breiter Basis die von der Partei in der zurückliegenden Zeit vertretene Politik von den Parteimitgliedern vertreten und gebilligt wird. Es hat sich herausgestellt, sichtbar für die Öffentlichkeit, daß diese Politik von einer breiten Schicht der repräsentativsten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie getragen wird. Das ist nach meiner Meinung ein großer politischer Gewinn für die Partei. Es ist auch ein enger innerparteilicher Gewinn, weil die Geschlossenheit der Partei hier so eindrucksvoll unterstrichen wurde.

Auch da, wo einige unserer Genossen und Genossinnen in der Aussprache abweichende Meinungen vertreten haben, sind schon in der Debatte selbst durch andere Diskussionsredner die notwendigen Entgegnungen erfolgt, und ich möchte hier nichts wiederholen, nur einiges unterstreichen. Dabei möchte ich mich auf einige wenige Punkte beschränken.

Ich möchte die Bemerkung von Herbert Wehner unterstreichen, daß wir in der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Hintergründe des Bonner Empfangs der Pankower Delegation als Sozialdemokraten keinen Augenblick vergessen, daß es sich bei dieser Diskussion zunächst und in erster Linie um eine Krisenerscheinung innerhalb der Parteien der Regierungskoalition und nicht um eine sozialdemokratische Angelegenheit handelt. Natürlich wird, wie immer bei solchen Gelegenheiten, auch diesmal der Versuch gemacht, die eigenen Schwierigkeiten auf die SPD abzuwälzen. Eigentlich sollte es keinen Sozialdemokraten geben, der bei diesem Versuch Hilfestellung leistet. Es ist etwas Betrübliches, daß auch hier in der Debatte durch einen oder zwei der Genossen eine Argumentation entwickelt wurde, als ob es sich um den ersten Versuch eines solchen gesamtdeutschen Gesprächs handele. Wir haben seit 1947 in der deutschen Politik eine ganze Kette von solchen Versuchen gehabt. Von den ersten Anregungen für gesamtdeutsche Gespräche bis zu dem berühmten Konsultativrat war es doch immer die gleiche Linie der kommunistischen Kräfte in der Sowjetzone, festzustellen, auf diese Weise in Westdeutschland die Diskussion über die Einheit Deutschlands auf die Ebene zu bringen, die den Kommunisten paßt und die ihnen hier hilft, ihre Propaganda zu unterstützen. Ich meine, in der Sozialdemokratischen Partei sollte es üblich werden, daß wir nicht jedes Jahr mit dem Elementarunterricht in der Politik und mit einem Rückblick auf die geschichtlichen Ereignisse beginnen. (Lebhafter Beifall.) Wenn andere Leute ein kurzes Gedächtnis haben oder wenn sie heute als Folge der Unentschlossenheit der Bundesregierung in der Frage der deutschen Einheit nervös werden, dann ist das ihre Sache. Die Sozialdemokratische Partei ist von diesen Krisenerscheinungen nicht betroffen. Wir bleiben auf unserer klaren politischen Linie: Jede ernst-

hafte Unterhaltung über die deutsche Einheit muß mit einem direkten Gespräch der vier Mächte beginnen, die für die Spaltung und für die nach dem Krieg in Deutschland durchgeführte Politik verantwortlich sind. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich gerade in diesem Augenblick und unter diesem Gesichtspunkt noch eine Bemerkung machen. Lieben wir uns in diesem Stadium auf eine solche gesamtdeutsche Unterhaltung mit unverantwortlichen Repräsentanten der sowjetischen Besatzungsmacht ein, dann würden wir den Kräften unter den vier Mächten helfen, die gar zu gern bereit wären, ihre Verantwortung für das Zustandekommen der deutschen Einheit auf Deutsche abzuladen. (Sehr gut!) Wir sind nicht bereit, hier die Verantwortung zu verschieben. Wir sind bereit, alles zu fördern, was ein ernsthaftes Gespräch zwischen den vier Mächten ermöglicht. Aber sie haben die Verantwortung, und sie haben die erste grundsätzliche Entscheidung über die Basis einer zukünftigen deutschen Einheit in Freiheit.

Dann, Genossen, eine zweite Bemerkung, die in gewissem Zusammenhang mit diesem Punkt der Debatte steht. Ich möchte hier ein Wort für die Lübecker Sozialdemokraten einlegen. Ich glaube, wir würden den Lübecker Sozialdemokraten und der Lübecker Arbeiterschaft, die über eine stolze sozialdemokratische Tradition verfügen, die sie nie aufgeben haben, bitter Unrecht tun, wenn wir sie mit den Auffassungen der beiden heutigen Lübecker Sprecher identifizieren würden. (Beifall.) Allerdings wird es vielleicht nützlicher sein, wenn wir einmal an Ort und Stelle klären, warum die Nähe der Sowjetzongrenze auf einige unserer Lübecker Genossen in so verdächtiger Weise in der Richtung Pankow Vorstellungen hat entwickeln lassen. (Zustimmung und Beifall.) Damit ist diese Frage, glaube ich, für uns in dieser Debatte erledigt.

In der Aussprache sind einige andere Bemerkungen gemacht worden, die ich hier noch einmal kurz berühren möchte. Willy Brandt und ich glaube noch einer der Diskussionsredner hat hier sehr ernsthafte Vorstellungen über die Stellung eines einheitlichen Deutschlands in Freiheit in seinem Verhältnis zu den anderen Mächten entwickelt. Ich glaube, wir sind mit dem Genossen Brandt alle einig, daß es für die Politik eines geeinten Deutschlands, für die Politik einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung wichtige und neue Probleme geben wird. Ich möchte nur darum bitten, Genossinnen und Genossen, daß wir uns in diesem Stadium vor eins hüten, nämlich durch eine Stellungnahme der Sozialdemokratie in der einen oder anderen Richtung, die spätere Entscheidungsfreiheit einer frei gewählten deutschen Regierung zu behindern. In der Diskussion über den Generalvertrag in der ersten Lesung im Bundestag haben wir der Regierung vorgehalten, daß wir einen wesentlichen Nachteil des Generalvertrages darin sehen, daß er in mehr oder minder verklausulierter Form einer frei gewählten deutschen Regierung die Entscheidungsfreiheit über die Außenpolitik einschränkt. Wir würden in den gleichen Fehler verfallen, den die Vertragschließenden hier begangen haben, wenn wir jetzt als Sozialdemokratische Partei den Versuch unternehmen müßten, im voraus ohne Kenntnis der dann gegebenen Situation schon die eine oder andere Form als die einzig mögliche festzulegen. Das ist, glaube ich, ein selbstverständlicher Respekt, den wir vor allem als Sozialdemokraten einer aus freien Wahlen hervorgegangenen freien deutschen Regierung und ihrer Entscheidungsfreiheit entgegenbringen sollten.

Eine andere Bemerkung! Der Genosse Möller-Dostali hat in seiner Rede einige Formulierungen gebraucht, von denen ich wünsche, daß sie auf diesem Parteitag nicht unwidersprochen in die Öffentlichkeit gehen. Er hat in einigen Nebenbemerkungen eine Auffassung über die amerikanische

Politik vertreten, die er unter dem Begriff Amerikanismus mit einem wenn nicht feindlichen, so doch sehr negativen Unterton bezeichnet. Ich habe heute vormittag in meinem Referat die sozialdemokratische Linie in unserem Verhältnis zu den westlichen Mächten einschließlich der Vereinigten Staaten in aller Deutlichkeit klargestellt. Es ist bekannt, daß sich die Sozialdemokratische Partei seit 1945 niemals gescheut hat, öffentlich und freimütig an der Besatzungspolitik oder an der Außenpolitik der Westmächte, soweit sie Deutschland betraf, Kritik zu üben. Ernst Reuter hat heute aus derselben Gesinnung und aus derselben Einstellung hier ebenfalls einige sehr kritische Bemerkungen gemacht, und ich habe nichts davon zurückzunehmen. Wir werden auch in Zukunft den größten Wert darauf legen, daß wir die Unabhängigkeit unseres Standpunktes gegenüber jeder Besatzungsmacht und gegenüber jedem Partner der westlichen Welt zum Ausdruck bringen und aufrechterhalten.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir sollten uns in dieser außerordentlich schwierigen und komplizierten Zeit vor allem in der Sozialdemokratie davor hüten, daß wir uns mit schematischen Begriffen und solchen schlagwortartigen Formulierungen abfinden. (Beifall.) Amerikanismus ist ein solches Wort. Es ist falsch, die amerikanische Politik auf einen solchen Generalnenner zu bringen und ihr damit eine negative Betonung zu geben. (Sehr gut!) In diesem Amerika gibt es, weil es eine Demokratie ist, fortschrittliche und reaktionäre Kräfte. In diesem Amerika gibt es eine Außenpolitik, die wir nach unserem besten Wissen und Gewissen für bedenklich oder falsch halten, und darüber kann man reden. Aber wir würden die Positionen in der Auseinandersetzung zwischen den demokratischen und totalitären Kräften völlig verschieben, wenn wir uns in eine negative Front zu den demokratischen Kräften des Westens, in denen Amerika eine führende Rolle spielt, bringen ließen. (Lebhafter Beifall.) Ich sage das nicht als eine Liebeserklärung gegenüber der gegenwärtigen amerikanischen Politik gegenüber Deutschland. Dazu haben wir wirklich keine Veranlassung. Aber wir haben noch viel weniger Veranlassung, durch eine solche Formulierung einer politischen Propaganda Vorschub zu leisten, die den kommunistischen und totalitären Zwecken in Deutschland dienen soll. (Beifall.) Entschuldigt, wenn ich das in dieser Schärfe gesagt habe. (Zuruf: Es war sehr gut!)

Ich hätte mich nicht über dieses eine Wort aufgeregt. Aber wie leicht man bei diesen Dingen ins Rutschen kommt, das hat Genosse Möller-Dostali durch eine andere Formulierung bewiesen, die mir in einer sozialdemokratischen Diskussion unmöglich erscheint. Er hat nämlich davon gesprochen, wir dürften uns in keinen Klassenkampf des Westens gegen den Osten verstricken lassen. Genossinnen und Genossen! Steht denn im Osten etwa im Gegensatz zu der primitiven Auffassung des reaktionären Westens tatsächlich eine fortschrittliche Macht? Geht es hier nicht um Auseinandersetzungen zwischen reiner imperialistischer Politik auf beiden Seiten, bei der die Sowjetunion eine aggressive und expansive Rolle spielt! (Beifall.) Ich glaube, daß der Genosse Möller-Dostali eine solche Auslegung nicht gewünscht hat. Solche politischen Diskussionen in unserer Partei sollten auch dazu dienen, von vornherein bestimmte Begriffe zu klären. Wir dürfen uns die Sache natürlich nicht zu einfach machen. Vereinfachungen dieser Art dienen nicht der Klärung, sondern der Verwirrung und helfen immer den Gegnern der Sozialdemokratie! (Beifall.) Im Essener Antrag — Genosse Möller-Dostali hat das begründet — wird verlangt, ein Manifest an die Partei zu erlassen, um in eine verstärkte Aktion zu gehen. Ich möchte eins sagen: Es gibt kein stärkeres Manifest an die Sozialdemokraten im Lande und an das deutsche Volk als die einstimmige Willenskundgebung

dieses Parteitages über die politische Linie der Partei! (Beifall.) Und dann immer diese Küchenzettel und diese Programmanweisungen für eine verstärkte Aktivität der Partei! Hier reden wir ja als Partei. Und hier sollen wir doch unsere Hoffnungen und Wünsche und Forderungen nicht an solche speziellen Dinge hängen. Wir gehen in schwere politische Auseinandersetzungen. Wir haben sie zunächst und mit aller Entschiedenheit auf der parlamentarischen Ebene zu führen.

Für den Erfolg unserer parlamentarischen Aktion und unserer Arbeit wird von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Maße die Partei draußen diese Arbeit der Fraktion durch Aktivität unterstützt! (Beifall.) Es ist möglich, daß wir uns in manchen Situationen über bestimmte Formen der politischen Aktivität in der Partei zu unterhalten und darüber zu beschließen haben. Aber, Genossinnen und Genossen, es gibt kein Wunder der Technik und der Organisation, das etwa über das hinausgehen könnte, was die Partei an eigener lebendiger Kraft aufbringt! (Sehr richtig!) Und deshalb: weniger Appelle und Rezepte. Wer es damit ernst meint, diese politische Aktion der deutschen Sozialdemokratie in den kommenden Monaten zu unterstützen, der soll von diesem Parteitag in die Bezirke und Ortsvereine zurückgehen, in die Betriebe und Werkstätten, um auf der parlamentarischen Ebene, auf der Ebene örtlicher Kundgebungen und gründlicher Informationen in den Betrieben und Haushalten das Volk für diese sozialdemokratische Politik wachzurufen! (Beifall.) Da liegt eine Aufgabe! Ich bin überzeugt, daß von diesem Parteitag, von dieser politischen Kundgebung die Welle von Kraft ausgehen kann, die die Partei in ihrem Kampf voranträgt, wenn wir alle über Worte und Bekenntnisse hinaus bereit sind, draußen praktische Arbeit zu leisten! (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen! Zum Abschluß des Tagesordnungspunktes 2 müssen wir über die Anträge entscheiden. Antrag 178 ist zurückgezogen. Übrig bleiben noch die Anträge Nr. 1, 179 und die heute vorgelegten Anträge Nr. 195 und 196. Parteivorstand, Parteausschuß und Kontrollkommission haben sich mit diesen Anträgen beschäftigt und schlagen vor, die Anträge Nr. 195 und 196 anzunehmen und dadurch praktisch zum Ausdruck zu bringen, daß sich die Anträge Nr. 1 und 179 erledigen. — Ich lasse abstimmen über die Anträge Nr. 195 und Nr. 196. Die Schlußfolgerung ergibt sich automatisch. Ich höre keinen Widerspruch. Wir verfahren dementsprechend. Die Anträge liegen vor. Sollen sie noch einmal vorgelesen werden? — (Zurufe: Nein!) — Wir stimmen ab. Wer dem Antrag Nr. 195 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Antrag Nr. 195 ist einstimmig angenommen. — Wer Antrag Nr. 196 zustimmt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Antrag Nr. 196 ist einstimmig angenommen. — Diese einstimmige Annahme entbindet mich der Pflicht, abzuwarten, bis die Mandatsprüfungskommission berichtet hat. Bei einstimmiger Annahme ist der Fall klar.

Ich darf noch daran erinnern, daß sich im Haus die Schumacher-Gedächtnisstätte befindet.

Wir beginnen morgen früh pünktlich 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Genossen Eichler über das Aktionsprogramm. Ich danke allen Teilnehmern an den heutigen Beratungen. Der Verhandlungsleiter hat weder heute vormittag noch heute nachmittag von der Glocke Gebrauch machen müssen, weil alle Redner die vorgeschriebene Redezeit eingehalten haben. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende des 2. Verhandlungstages

DRITTER VERHANDLUNGSTAG

Freitag, den 26. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler: Ich eröffne die Verhandlungen.

Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes bis 12 Uhr eingereicht sein müssen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Genosse Eichler gibt seinen Bericht über das Aktionsprogramm der SPD. Ich erteile ihm das Wort.

Eichler, Köln:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Diskussionen, die der Veröffentlichung des Entwurfs eines Aktionsprogramms unserer Partei gefolgt sind, genau so wie die Erörterungen, die dieser Veröffentlichung seit langem vorangegangen sind, haben, wie mir scheint, gezeigt, daß hier ein echtes politisches Interesse vorliegt, und mehr als das, ein Interesse auch an der geistigen Auseinandersetzung und an der Verständigung, deren Befriedigung ganz gewiß für unsere Partei und für unsere Arbeit eine unerläßliche Notwendigkeit ist.

Seit dem Beginn des Wiederaufbaus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unmittelbar nach dem politischen und moralischen Zusammenbruch des Hitlerreiches, wurde von vielen Genossen, ja man kann sagen beinahe von allen, bereits ein neues Programm gefordert. Die Parteiarbeit sollte eine festere Grundlage erhalten dadurch, daß man die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den politischen Kampf um den Sozialismus neu überprüfte und programmatisch formulierte. So selbstverständlich diese Forderung allen zu sein schien, so erheblich waren und sind auch heute noch die Hindernisse, die sich einer solchen Arbeit in den Weg stellen. Es fehlt zwar keineswegs an Bemühungen vieler einzelner, die Bausteine zusammenzutragen zur Erarbeitung einer geschlossenen Ansicht über Sinn, Zweck und Verwirklichungsmöglichkeit des Sozialismus. Und noch weniger fehlt es an Menschen, die fähig und bereit wären, dieser Arbeit mehr Zeit und mehr Kraft zu widmen als bisher. Aber was der gesamten sozialistischen Arbeit seit einigen Jahrzehnten mindestens fehlt, kann kaum in einem Lande in kurzer Zeit nachgeholt werden. Genosse Schumacher hat in seiner Einleitungsrede zur Eröffnung der Gründungstagung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt im vorigen Herbst, ohne Widerspruch zu finden, erklärt, „es ist das Kennzeichen mindestens der letzten vier Jahrzehnte, daß der Strom der Ereignisse viel reißender ist und viel mehr neue Tatsachen geschaffen hat, als die politische Theorie hat bewältigen können“. Und dabei bleibt noch die Frage, ob sich diese Aussage auf die letzten vier Jahrzehnte beschränken muß. Die wissenschaftlichen Methoden in der Psychologie, der Massenpsychologie, der Soziologie, aber auch der Nationalökonomie, gar nicht zu reden von den Naturwissenschaften, sind in einer Weise verfeinert worden, die Forschungsergebnisse dieser Wissenschaften haben so vieles an neuen Erkenntnissen über den Menschen selber, seine persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen, Reaktionen und Reaktionsfähigkeiten erbracht, daß heute niemand behaupten kann, dies alles sei so verarbeitet worden, daß unser verändertes Weltbild und unsere geistige und politisch-technische Programmatik so weit wissenschaftlich gesichert dastehen, wie das an sich möglich wäre und in absehbarer Zeit auch geschehen sollte.

Aber selbst wenn wir einmal von dieser vernünftigen Grundbedingung für die Ausarbeitung eines echten Programms für eine sozialistische Bewegung absehen, dann bleiben noch viele Fragen zu klären, die für manche vielleicht geklärt aussehen, als sie es wirklich sind. Nehmen wir zwei Beispiele: Nach dem ersten Weltkrieg wurden zwei weltpolitisch erhebliche Experimente unternommen, die Bildung der Weimarer Republik und der Aufbau des Sowjetstaates nach der russischen Oktober-Revolution von 1917. Keines dieser Experimente ist auch nur annähernd so verlaufen, wie deren Schöpfer es sich gedacht hatten. Die Weimarer Republik, begonnen mit dem Ziel, aus dem autokratisch-kaiserlichen, kapitalistisch-imperialistischen Militär- und Industriestaat eine demokratische Republik zu formen, in der auf der Grundlage der jedem Staatsbürger zugestandenen Freiheiten eine Gemeinschaft freier Menschen ihr Schicksal gestalten sollte und in der jeder ungehindert seine schöpferischen Kräfte für die Gestaltung dieses Schicksals nach bestem Wissen und Können einsetzen sollte, endete nach 15 Jahren in dem größtenwahnsinnigen Versuch des Hitler-Faschismus und im zweiten Weltkrieg.

Die russische Revolution, bewußt — wenn auch nach der Theorie nur vorübergehend — den Weg der demokratischen Freiheiten verlassend, hatte die revolutionäre Durchsetzung sozialistischer Ziele auf ihre Fahne geschrieben, um nicht dem Klassegegner Gelegenheit zu geben, in den Aufbau des neuen Staates sabotierend einzugreifen. Als Ergebnis haben wir dort nach 35 Jahren einen terroristischen Polizeistaat, der mindestens mit Sozialismus nicht das geringste zu tun hat und geradezu als ein Feind des Sozialismus angesprochen werden muß.

Über diese beiden Ereignisse sind Berge von Büchern geschrieben worden, darunter sehr ernste und sachkundige. Aber wer wollte behaupten, daß daraus eine eindeutige und zwingende Schlußfolgerung abgeleitet werden könnte über alle bedeutsamen Erfahrungen, die aus diesen beiden Ereignissen zu ziehen und für den politischen Kampf von heute zu verwerten seien.

Wir brauchen gar nicht zu reden von den Änderungen, die auch die Nationalökonomie und die Finanzwissenschaft seit Jahrzehnten erfahren haben. All diese Schwierigkeiten haben uns überzeugt, daß es vorläufig noch keinen Sinn hat, an die Ausarbeitung eines eigentlichen Programms zu gehen. Hinzu kommt: Selbst wenn jemand glauben sollte — und dieser Meinung müßte man nicht unbedingt widersprechen —, daß die einzelnen Sachgebiete solcher Arbeit bereits bedeutsame und vielleicht entscheidende Ergebnisse für ihr Teilgebiet vorlegen könnten, so bleibt doch zu bedenken, daß eine sozialistische Programmatik etwas anderes ist als etwa das Programm einer Wirtschaftspartei des gewerblichen Mittelstandes. Hier, wie überhaupt in der politischen Theorie unseres bürgerlichen Klassegegners, liegt die Sache sehr viel einfacher. Hier begnügt man sich längst damit, das Klasseninteresse an der Erhaltung des Eigentums und des Bildungsmonopols und der darauf sich aufbauenden oder dadurch erleichterten Machtverhältnisse zu befriedigen. Die Ideale der Demokratie und der kulturellen Freiheit hat dieses Bürgertum in seiner großen Masse längst fast völlig zum alten Eisen geworfen — es hat auch mit dem Faschismus seine Rettungsversuche angestellt —, und nicht nur in Deutschland. Und dieses besitzbürgerliche Klasseninteresse ist weitaus elementarer, leichter durchschaubar und die Wege zu seiner Befriedigung einfacher zu finden und zu gehen, wenn man nur die genügende Rücksichtslosigkeit einzusetzen bereit ist, als dies etwa für Sozialisten möglich wäre. Die Sozialisten — und auch das sagte Kurt Schumacher in Frankfurt — sind auf eine erkenntnisstarke und leistungsfähige politische Theorie angewiesen. Sie sind es deshalb, weil aus der sozialistischen Grundüberzeugung einer Gesellschaft, in der

soziale Gerechtigkeit, persönliche Freiheit und Solidarität die Grundbedingungen menschlichen Verhaltens und Zusammenwirkens sein sollen, in der die Gesellschaft als eine Gemeinschaft freier und vernünftiger Wesen und nicht ein zusammenhangloser Haufe ist, in dem der Krieg aller gegen alle oder Klasse gegen Klasse das Grundmotiv des Zusammenlebens abgibt — weil aus dieser Grundüberzeugung der Respektierung der Würde des Menschen nicht unmittelbar abgelesen werden kann, was daraus im einzelnen für die Politik und für die Wirtschaft folgt. Ein Beispiel: Die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel galt uns lange Zeit als eine der Grundbedingungen für die Befreiung der Menschheit aus den Ketten des Kapitalismus. Die möglichen Folgen einer Staatsomnipotenz, in der die Staatsmacht und die wirtschaftliche Macht sich in einer Hand befinden, waren jedenfalls nicht allgemein so klar vorausgesehen worden, daß uns die Sicherung der persönlichen Freiheit auch und gerade in einem solchen System als besonders notwendig erschien. Heute ist man sich in der Anerkennung der Notwendigkeit einig, in der Anerkennung also der notwendigen Verbindung von Planung und Freiheit.

Wenn auch in vielen Einzelfragen bei uns wissenschaftlich gewiß viel vorgearbeitet worden ist, so wäre doch der Eindruck falsch, als ob es jetzt nur darauf ankäme, daraus ein Gesamtbild zusammenzusetzen. Denn dieses Gesamtbild in seiner Komplexität ist ja nicht ein Mosaik, sondern etwas Einheitliches, und gerade der Zusammenhang und das Ineinanderverwoben-sein unserer sozialistischen Überzeugung in alle Gebiete hinein, die für das menschliche Zusammenleben von Bedeutung sind, scheint mir eine bestimmte Aufgabe unerlässlich zu machen: Wir müssen eine Stelle schaffen, die sich solcher Arbeit mit Aussicht auf Gewinn unterziehen könnte. D. h. wir brauchen eigentlich eine sozialistische Akademie, in der sozialistische Forscher Grundlagenforschung betreiben und uns ein hieb- und stichfestes Material vorlegen, aus dem die Partei ihre programmatischen Forderungen und innerparteilichen Aufgaben organisatorischer und pädagogischer Art ableiten und begründen kann. Diese Akademie sollte am besten eine internationale Akademie sein, für die die Sozialistische Internationale die Verantwortung zu übernehmen hätte.

Solche Gedanken waren schon Gegenstand internationaler Diskussion. Was der Verwirklichung solcher Pläne entgegensteht, ist heute im wesentlichen ein Mangel an Geld. Diese Frage zu lösen, kann nicht Sache unserer Diskussion hier sein. Aber mir schien es notwendig, auf diesen Mangel internationaler sozialistischer Arbeit für die Programmatik des Sozialismus hinzuweisen.

Gleichwohl hat sich die Sozialistische Internationale, wenn sie schon nicht in der Lage war, eine solch großzügige Forschungsstelle einzurichten, vor zwei Jahren etwa dazu entschlossen, eine gewisse Vorarbeit zu leisten. Man kam damals überein, einmal alles das zusammenzutragen, worin sich die sozialistischen Parteien aller Länder, und nicht nur der europäischen, nach den Erfahrungen seit der Jahrhundertwende einig waren. Dieser Versuch ist, wie ich glaube, wenigstens so weit geglückt, als sich gezeigt hat, daß diese Einigkeit sehr weit geht. Die Verarbeitung der Erfahrungen ist wenigstens so weit erfolgt, wie sie sich aufdrängen — was schon die Kritik enthält, daß die tiefer liegenden Erfahrungen bisher nicht formuliert und ihre Konsequenzen bis heute noch nicht voll gezogen worden sind.

Seitdem nun im vorigen Jahr in der Erklärung der Sozialistischen Internationale über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus eine erhebliche Gemeinsamkeit in der politischen Zielsetzung und in den Kampfmethoden erreicht worden ist, war es sicherlich an der Zeit, für unsere Partei ein Programm vorzubereiten, das angesichts der Tatsache, daß ein wirkliches Parteiprogramm noch nicht vorgelegt werden konnte, den Namen

Aktionsprogramm erhielt. Der Name ist vielleicht nicht besonders glücklich gewählt. Denn, wie auch eine Reihe von Anfragen und Kritiken zeigt, manche Genossen haben darunter nur die Aufstellung einer relativ beschränkten Zahl von Forderungen verstanden, so konkret, daß über ihre direkte Verwirklichung kein Zweifel bestehen konnte. Einige andere haben geglaubt, ein Aktionsprogramm sollte eine Liste von Aktionen ankündigen — parlamentarischer und außerparlamentarischer. So hat die Gruppe von Genossen, die unmittelbar und mittelbar durch den Parteivorstand mit der Verfassung des Entwurfs für ein solches Programm beauftragt worden ist, ihre Aufgabe nicht verstanden. Sie ging davon aus, daß in dem von ihr vorzulegenden Entwurf zwar keine Festlegung auf allgemeine Hintergründe und Untergründe des gesellschaftlichen Geschehens zu erfolgen habe, daß hier nicht eine sozialistische Endzielvision versucht werden und daß auch die Aufstellung von Forderungen so gehalten sein sollte, daß sie in sehr absehbarer Zeit verwirklicht werden konnten. D. h., eine zukünftige sozialdemokratische Regierung sollte in diesem Entwurf eine klare und bestimmte Richtlinie für ihre Tätigkeit auf den hier genannten Gebieten erhalten und die nicht sozialdemokratische Außenwelt, die deutschen Wähler und das Ausland, sollen klar und deutlich wissen, welche aktuellen politischen Schritte von einer sozialdemokratischen deutschen Bundesregierung zu erwarten sein werden.

Gerade deshalb schien es uns nötig, nicht nur die eigentlichen Programmforderungen aneinanderzureihen und niederzuschreiben, sondern auch — selbstverständlich mit der durch den Zweck gebotenen Kürze — wenigstens ein Mindestmaß an Begründungen zu geben, die sich sowohl auf historische Fakten als auch auf zu erwartende Resultate unserer geplanten Maßnahmen beziehen.

Ein paar Worte über die Zusammensetzung des Kreises der Mitarbeiter an dem vorliegenden Entwurf: Der Parteivorstand hatte Mitte Dezember noch unter dem Vorsitz von Kurt Schumacher einige Genossen bestimmt, die die Vorarbeiten zu einem solchen Entwurf in die Hand nehmen sollten. Diese Genossen haben dann in einer längeren Aussprache zusammen mit dem Genossen Schumacher eine Liste von Mitarbeitern zusammengestellt, die die einzelnen Gebiete für das Aktionsprogramm bearbeiten sollten. Man braucht wohl nicht zu betonen, daß die Auswahl dieser Mitarbeiter selbstverständlich keine Bewertung anderer enthielt, die nicht unmittelbar zur Mitarbeit aufgefordert wurden! Es war ausgesprochene Arbeitsbedingung für alle, einen möglichst großen Kreis von Genossen des eigenen Fachgebietes zur Beratung und Erörterung mit heranzuziehen. Das gilt insbesondere von den Ausschüssen, die beim Parteivorstand für besondere Fragen gebildet sind. Als federführend für die Programmarbeiten wurde der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses bestimmt, dessen Sekretariat diese sehr umfangreichen und nicht immer einfachen Arbeiten, die mit der Ausarbeitung und Vervielfältigung der verschiedenen Entwürfe zusammenhängen, zu bewältigen hatte.

Die Überlastung vieler Genossen brachte es mit sich, daß nicht alle gleich viel Zeit und Anstrengung auf ihre Mitarbeit konzentrieren konnten. Alles in allem glaube ich sagen zu können, hat diese Zusammenarbeit gezeigt, welch große Möglichkeiten in gesteigerter Koordination und planmäßiger Inanspruchnahme der einzelnen Genossen noch verborgen liegen und allerdings auch was daran noch verbesserungsfähig ist.

Zwei mögliche Mißverständnisse sollten hier von Anfang an ausgeschaltet werden: Wir sind nicht der Auffassung, daß der vorgelegte Entwurf eine Wahlkampfbroschüre darstellt. Wir glauben vielmehr, daß es für die Wahlen notwendig sein wird, die Hauptteile des Entwurfs getrennt zu Wahlkampfparolen aus- und umzuarbeiten. Wir gingen davon aus, daß es zwei ver-

schiedene Dinge sind, sachlich und klar zu bestimmten Problemen unserer Zeit politisch und ausführlich Stellung zu nehmen oder diese Stellungnahme in Schlagworten oder Schlagzeilen mit Blickfang nach außen herauszustellen. Dies letzte ist für die Wahlkämpfe selbstverständlich richtig und notwendig. Aber unser Aktionsprogramm soll im Zusammenhang alle bedeutenden Fragen behandeln, deren Bedeutung in Verbindung mit anderen Problemen derjenige erkennen können soll, der daran ein weitgehendes und berechtigtes Interesse hat.

Zweitens: Wir sind der Meinung, daß jedes der von uns im Entwurf behandelten Gebiete es nicht nur vertragen kann, sondern es auch nötig hat, ausführlich mit sehr viel tiefergehender Begründung dargestellt zu werden. Das soll unserer Meinung nach geschehen in einem ausführlichen Kommentar, der vielleicht sogar eine Art Nachschlagebuch für alle diejenigen werden könnte, denen sozialdemokratische Politik in allen Einzelheiten erschlossen werden soll. Dieser Kommentar müßte möglichst bald nach der Verabschiedung des Aktionsprogrammes geschrieben werden, selbstverständlich in Anlehnung daran, aber in geschlossener Darstellung der gesamten Materie.

Damit glauben wir, der schriftlichen und programmatischen Verbreitung sozialdemokratischer Ideen und sozialistischen Gedankengutes für die unmittelbare Gegenwart und für die vorzubereitende nahe Zukunft am besten gedient zu haben.

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich nun einige kurze Andeutungen wenigstens zu manchen der behandelten Fragen machen. Es war selbstverständlich notwendig, die einzelnen Teile auch äußerlich miteinander zu verbinden. Denn es ist ja das Kennzeichnende sozialdemokratischer Zielsetzung, daß sie nicht eine Interessenpolitik fördert, die sich ohne Rücksicht auf die Wirkungen einer solchen Politik auf die Gesamtgesellschaft durchzusetzen versucht. Es ist nun zwar für uns, aber nicht für alle selbstverständlich, daß unsere einzelnen Programmteile so ineinandergreifen in ihrer Wirkung, daß man sie zwar begrifflich und arbeitsteilig auseinanderhalten kann und muß, daß aber sehr oft das eine ohne das andere gar nicht durchzuführen ist. So werden sich zum Beispiel unsere sozialpolitischen Forderungen nicht verwirklichen lassen, wenn wir Herrn Erhards soziale Marktwirtschaft beibehalten. Und ebensowenig wird sich ein großer Teil außenpolitischer und innenpolitischer Forderungen verwirklichen lassen ohne eine Stabilisierung der deutschen Demokratie. Für diese Demokratisierung unserer Gesellschaft ist das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft genau so bedeutsam wie wirtschaftspolitisch notwendig. Und schließlich wird eine vernünftige Kulturpolitik nur geleistet werden von einem Staatswesen, das auch in seiner Staats- und Wirtschaftspolitik deutlich zeigt, daß ihm Menschenwürde und Gleichberechtigung mehr sind als Lippenbekenntnisse in Präambeln zu staatspolitischen Dokumenten, bei denen sich jeder später denkt, was ihm paßt.

Um diesen Zusammenhang, der sich für den aufmerksamen Leser auch aus dem Text ergeben würde, klar und ausdrücklich herauszustellen, aber auch zur Abrundung der im gesamten Entwurf behandelten Gebiete, haben wir dem Entwurf eine Einleitung vorangestellt. Sie stammt noch von Kurt Schumacher und ist damit eine seiner letzten schriftstellerischen Leistungen. Sie geht aus vom Jahre 1945 und knüpft an die Erwartungen an, die nach der äußeren Niederringung des Faschismus auf die geschlossene Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte der ganzen Welt gerichtet waren und auf die Notwendigkeit, auch die besiegten Völker nach der Befreiung von ihren Unterdrückern als gleichberechtigt in die Völkergemeinschaft aufzunehmen. Nachdem die Bemühungen und die Erfolge unserer Partei im Kampf gegen die totalitären und restaurativen Absichten dar-

gestellt sind, wird der Kampf gegen die Macht des Großbesitzes, das heißt der Kampf gegen das Dschungelgesetz des Kapitalismus, betont, ohne den eine Entwicklung freier Menschen und Staatsbürger nicht möglich ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als Nahziel unserer Politik bedeutet die Abwehr aller Versuche, die Verschmelzung einzelner Teile Deutschlands mit anderen Völkern dieser deutschen Einheit vorzuziehen. Das Provisorium des Grundgesetzes wird erneut als solches festgestellt und die Forderung wiederholt, daß das gesamte Volk endgültig über sein Schicksal bestimmen soll. Für die Wiedervereinigung Deutschlands gilt in bezug auf die Sowjetzone, daß wir zwar die Politik dort selbstverständlich nicht als Sozialismus ansehen, daß wir andererseits aber eine Ablehnung dieser aktuellen Politik nicht gleichsetzen mit einer Politik der Wiederingangsetzung der früheren Verhältnisse.

Das Bekenntnis zur Internationalität schließt die Einleitung. Echte Internationalität aber gibt es nur — und wir sind darin einig mit Männern wie Jean Jaurés und Léon Blum — zwischen Staaten gleichberechtigter und gleichwertiger Völker. Deshalb unser Kampf gegen den Mangel an Gleichberechtigung Deutschlands, der nicht nur Deutschland schädigt, sondern auch die internationale Politik insgesamt schwerstens kompromittiert. Ein solches Bekenntnis zur würdigen Selbstbehauptung unseres Volkes hat nichts mit dem Nationalismus zu tun, von dem in der Einleitung die Rede ist. Das nationale Selbstbewußtsein, so heißt es in der Einleitung, soll gleich fern sein von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute oft viel zu bereitwilligen Hinnahme alliierter Forderungen.

An die Einleitung schließt sich der Teil über die Außenpolitik an, weil es kaum ein wesentliches Gebiet deutscher Politik gibt, auf das außenpolitische Faktoren nicht ihre Schatten werfen. Wir bekennen uns zu einem freien Europa und zum gesamten Abbau nationalstaatlicher Souveränität. Wir betrachten die Föderation Kleinsteuropas als einen Hemmschuh auf diesem Wege und nicht als einen ersten Schritt zu Europa. Eine organisatorische Lösung, die England und Skandinavien von der Teilnahme praktisch ausschließt, ist heute realpolitisch illusorisch oder sogar gefährlich. Wir verlangen, und das ist der Drehpunkt unserer Außenpolitik, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit, zu der man bisher nicht die notwendigen und möglichen Anstrengungen unternommen hat. Die Gründe dafür sind vielfältig: Klassenpolitische Rücksichten wollen verhindern, daß eine gesamtdeutsche Regierung möglich wird, wodurch fraglos die Sozialdemokratie in die führenden Positionen gelangen würde. Nationalpolitische Überlegungen mancher Alliierten drängen auf die Beibehaltung der Teilung Deutschlands hin. Das sogenannte Vertragssystem der Bundesregierung ist nicht nur kein Ersatz für die Einheit Deutschlands, es ist keine bloße Zurückstellung auf bessere Zeiten, es ist die praktische Liquidierung ernster Bemühungen darum — deshalb lehnen wir dieses Vertragssystem ab. Die Stelle, an der Deutschland am meisten zur Verteidigung gegen den Totalitarismus beitragen kann, ist seine Position im Kalten Krieg. Deutschland muß eine starke Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit und einer Bevölkerung werden, die immun ist gegen jeden Versuch, sie mit totalitären Ideen zu infizieren. Eine Aufrüstung Deutschlands würde heute den Kalten Krieg zugunsten der Russen beeinflussen, ohne die militärische Verteidigungsmöglichkeit des Westens nennenswert zu verstärken. Deshalb lehnen wir diese Aufrüstung unter den heutigen Umständen ab.

Daß Berlin wieder Hauptstadt Deutschlands werden soll, bedarf keiner Begründung. Um so notwendiger ist es, zu fordern, daß die Bundesrepublik, diesem Bekenntnis entsprechend, alles tut, der Berliner Bevölkerung wirtschaftlich und politisch das Leben zu erleichtern. Der Brückenkopf

der Freiheit, Berlin, muß nicht nur gehalten, sondern ständig gestützt werden.

In der Innenpolitik steht die Stärkung der Demokratie im Mittelpunkt. Die Stärkung der Bundesgewalt soll durch die Anpassung des Provisoriums des Grundgesetzes an die politischen Notwendigkeiten und an die Erfordernisse einer leistungsfähigen Verwaltung erreicht werden. Das Wahlrecht haben wir nicht grundsätzlich behandelt. Wir haben geglaubt, die vielen Für und Wider zugunsten des einen oder anderen Wahlrechts im Augenblick nicht erörtern zu sollen, und waren der Meinung, daß das geltende Bundeswahlrecht von uns aus heute nicht geändert werden sollte, da wir politisch kaum in der Lage sein werden, es zu verbessern. Der Öffentliche Dienst muß allen Staatsbürgern gleichermaßen offenstehen. Es muß erreicht werden, daß Bewerber aus dem freien Erwerbsleben für diesen Dienst besonders berücksichtigt werden. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes müssen sich zur Demokratie bekennen und zu ihrer Verteidigung bereit sein, was insbesondere für ihre Exekutivorgane, Grenzschutz, Polizei, bedeutsam ist.

Für die Gemeindepolitik gilt es, die deutsche Selbstverwaltung durchzusetzen und zu sichern. Die Gemeinden müssen durch eine Beteiligung am Finanzausgleich in die Lage kommen, wieder eine selbständige Haltung bei der Lösung vieler Aufgaben einzunehmen. Erst durch die Wiedergewinnung ihrer Aktionsfreiheit werden die Gemeinden sich ihrer eigentlichen Aufgabe widmen können, die Wohlfahrt ihrer Bürger zu sichern und durch die weitgehende Heranziehung aller Bürger zu den kommunalen Aufgaben die politische Schule der Demokratie zu werden.

Das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft sahen wir als eine politische und wirtschaftliche Aufgabe erster Ordnung an. Die politische Gleichberechtigung, die der demokratische Staat jedem Staatsbürger garantiert, bekommt erst ihr eigentliches Gewicht, wenn er auch in der Wirtschaft die gleiche Anerkennung seines Mitbestimmungsrechts erhält.

Wir haben uns hier in den einzelnen Forderungen im wesentlichen den Forderungen der Gewerkschaften angeschlossen, die wir in unserem Programmwurf insofern besonders ansprechen, als wir die Einheitsgewerkschaft ausdrücklich bejahen.

Die Wirtschaftspolitik beginnt mit der Überschrift „Planung und Freiheit“. Wir haben uns in dem Entwurf auf die Forderungen beschränkt, von denen wir annehmen, daß sie in der Tat in der nächsten Zeit durchführbar sein werden.

Wir gehen von der Notwendigkeit der Erhöhung des Lebensstandards aus, aber bei gleichzeitig besserer und gerechterer Verteilung des Sozialprodukts, da der einzelne nicht von dem durchschnittlichen Anteil am Sozialprodukt lebt, sondern von dem aktuellen.

Wir haben dann den Ausbau der bisher erheblich vernachlässigten Grundstoffindustrien, Kohle, Eisen und Energie, gefordert, und wir stellen als weitere Forderung die Beseitigung der übrigen Engpässe in der Wirtschaft, zum Beispiel im Verkehr. Die Ausweitung der Konsumgütererzeugung soll der besseren Versorgung der Massen mit Gütern des lebensnotwendigen Bedarfs dienen.

Unsere zweite Forderung ist die Forderung der Investitionslenkung, d. h. der planmäßige Einsatz des zur Verfügung stehenden Anlagekapitals für volkswirtschaftlich vordringliche Wirtschaftszweige, darunter auch den Wohnungsbau.

Die Vollbeschäftigung mit ihren weiteren Folgen für die gesamte Gesellschaft wird nicht nur eine riesige Ersparnis bringen, weil es keine Arbeits-

losen mehr geben wird. Sie wird auch für die Arbeiterschaft moralisch und politisch einen großen Fortschritt bedeuten. Denn in dem Augenblick, wo das Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit von der arbeitenden Bevölkerung genommen wird, fängt sie eigentlich erst an, im Kampfe mit den sogenannten Sozialpartnern das Selbstbewußtsein zu entwickeln, das geschwächt wird und immer geschwächt bleiben wird, wenn die Drohung der Arbeitslosigkeit nicht von den arbeitenden Menschen genommen wird.

Bei der Sozialisierung haben wir uns zunächst auf Kohle und Stahl beschränkt. Ihre Sozialisierung wird aus politischen Gründen gefordert, weil wir einen so wichtigen Wirtschaftszweig wie die Schwerindustrie nicht in privaten Händen lassen wollen. Jeder weiß ja, was diese privaten Hände bereits einige Male mit der Verfügungsgewalt über diesen Teil der Wirtschaft angefangen haben.

Wir haben weiter insbesondere für unsere deutschen Verhältnisse darauf hingewiesen, welche Schwierigkeiten die deutsche Wirtschaft durch die Entflechtungspolitik der Alliierten zu ertragen gehabt hat, und wir glauben, daß auch hier die Sozialisierung wenigstens einen Teil der Schäden ausgleichen kann, die dadurch entstanden sind.

Auf dem Gebiet der Steuerpolitik fordern wir eine grundlegende Steuerreform. Wir fordern eine Zurückschraubung des Anteils am Steueraufkommen aus indirekten Steuern und Verschiebung auf die direkten Steuern. Selbstverständlich glauben wir nicht, daß es in unserem modernen Staatswesen möglich sein wird, die indirekten Steuern völlig abzuschaffen.

Die beiden Hauptvorschläge, die wir für die Steuerpolitik hier unterbreitet haben, sind eine Neuformung der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer. Wir schlagen vor, eine normale Einkommensteuer festzusetzen mit einem gleichbleibenden Steuersatz bis zu einer bestimmten Höhe. Wir haben hierfür etwa zwölftausend Mark im Jahr vorgesehen. Erst darüber hinaus soll dann für diejenigen, die mehr verdienen, eine progressiv scharf gestaffelte Einkommensteuer erhoben werden.

Wir fordern weiter eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens auf 1500 DM und je 1000 DM für die Ehefrau und jedes Kind. Dadurch würde zwar eine große Masse von Steuerzahlern steuerfrei sein, gleichzeitig würde aber auch eine riesige Entlastung der Finanzverwaltungen erreicht werden. Wir glauben, daß sich die Finanzbeamten dann, von den Arbeiten für die bisherigen kleinen Steuerzahler freiwerdend, darauf konzentrieren können, die Steuern, die dann zu zahlen sind, wirklich einzutreiben. Sie werden einen großen Teil des Ausfalls durch die bisherigen Steuern durch die Erhöhung der Freigrenze auf diese Weise wieder ausgleichen können.

Die Umsatzsteuer soll nicht wie bisher an drei oder vier Stellen erhoben werden, sondern grundsätzlich nur an einer Stelle. Wir wollen weiter eine Aufteilung der Umsatzsteuer für den lebensnotwendigen Bedarf in einer relativ geringen Höhe.

Für die Landwirtschaft und das Handwerk ist die grundsätzliche Forderung, daß wir hier den Bauern klarzumachen versuchen, daß die Sozialdemokratische Partei und ihre Politik für den Bauern nicht etwa das Ende seiner Existenz bedeuten würde. Ich glaube, wir alle wissen, daß diese unsere Auffassung von der Rolle des Bauern in der Geschichte unserer Partei und in der Geschichte Deutschlands nicht immer die gleiche war. Es schien uns deshalb um so bedeutsamer, hier ein besonderes Wort darüber zu sagen.

Das gleiche gilt für das Handwerk, das in der Selbstverwaltung zwar in die allgemeine Planung einbezogen werden soll, das aber im Rahmen dieser Planung seine Selbständigkeit und Freiheit behalten soll.

Über die Frage der Sozialpolitik, über alles das, was in diesem Abschnitt unseres Programms behandelt wird, insbesondere auch über den vom sozial-

politischen Ausschuß entwickelten Sozialplan, wird nachher Genosse Preller sprechen.

Unsere Haltung zur Jugend, zur Familie und zur Erziehung schließt den Entwurf des Aktionsprogramms ab. Wir haben uns bei diesen drei Abschnitten bewußt darauf beschränkt, die wichtigsten Sofortmaßnahmen aufzuführen, d. h. für die Jugend darauf hinzuwirken, daß sie bevorzugt Arbeit und Wohnungen und eine vernünftige Berufsausbildung erhält und daß die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend so zu fördern sind, daß die Mittel dazu ausreichen. Wir haben das besonders betonte und allgemeine Bekenntnis zur Jugend nicht aufgenommen, da wir geglaubt haben, es sei wichtiger, kurz und bündig zu erklären, was wir von Staats und Partei wegen für notwendig halten, ihre durch Krieg und Nachkrieg besonders erschwerte Lage zu verbessern, um ihr für die Erfüllung ihrer Aufgaben im demokratischen Staat die gleichen Startbedingungen zu geben wie der älteren Generation.

Für die Frauen ist insbesondere neben den Forderungen, die für ein sozialdemokratisches Programm ohnehin selbstverständlich waren, die Forderung einer Reform des Eherechts und die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamte sowie die gesetzliche Gleichstellung der Frau durch eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches wichtig. Die Forderung, daß es in den Tarifverträgen keine Frauenlöhne mehr geben darf, hört sich nur selbstverständlich an, sie ist es heute leider noch nicht.

Für die Sozialdemokratische Partei ist es selbstverständlich, daß ein menschenwürdiges Zusammenleben innerhalb eines Volkes ohne die praktische Anerkennung des Grundsatzes der Toleranz und der Achtung Andersdenkender nicht möglich ist. Selbstverständlich haben nur tolerante Mitbürger ein Recht auf solche tolerante Behandlung. Wir bekennen uns auch in der Erziehung zu diesen Grundsätzen. Jeder Staatsbürger soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit haben. Ein Mißbrauch kirchlicher und wissenschaftlicher Einrichtungen zu parteipolitischen Zwecken wird abgelehnt. Dabei handelt es sich nicht — was eigentlich überflüssig ist zu sagen — um eine kirchenfeindliche oder gar um eine religionsfeindliche Aktion unserer Partei. Im Gegenteil, wir sind gerade aus Achtung vor der religiösen Überzeugung aller Menschen davon ausgegangen, daß diese religiöse Überzeugung und die Freiheit des Bekenntnisses aus der Parteipolitik herausgehalten werden müssen. Wir sind weiter der Auffassung, daß das auch innerhalb unserer eigenen Reihen so sein und bleiben soll. Die Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer ist eine allgemeingültige menschliche Haltung, das heißt, sie sollte es wenigstens sein. Das, was wir an den Kirchen kritisch zu bemerken haben, hat nichts mit der Religion zu tun, sondern mit ihrer politischen Betätigung. Sie fällt wie jede andere politische Betätigung in den Rahmen der politischen Auseinandersetzungen. Im übrigen wäre es eine unheilvolle und vollkommene Verkennung der sittlichen Kraft und der sittlichen Grundsätze, das heißt, des Grundsatzes der Gleichheit der Bürger und des Gebots der Nächstenliebe zur Überwindung des menschenfeindlichen Egoismus und des gemeinschaftszerstörenden Hasses sowie der Botschaft an die Mühseligen und Beladenen, wenn wir nicht sähen, daß aus solchen Überzeugungen — ernst gelebt — echte Kräfte für die Erringung der sozialistischen Welt bereitstünden, wenn wir sie zu heben wüßten! Unsere Arbeit mit den führenden Männern der Kirchen hat uns immer wieder bestätigt, daß auch in diesen Reihen ein erheblicher Umschwung zugunsten des Sozialismus und mindestens zugunsten des Verständnisses dessen, was die Sozialisten wollen, eingetreten ist.

Wir fordern eine Schule, in der ohne Unterschied der Konfession die deutsche Jugend gemeinsam im Geiste der gegenseitigen Achtung erzogen

wird. In dieser Schule soll ihr die sittliche Verpflichtung nahegebracht werden, die sie dem Volk und den Idealen der Demokratie und der Völkerverständigung gegenüber hat. Religionsunterricht soll erteilt werden im Rahmen dessen, was das Grundgesetz darüber bestimmt. Darüber hinaus glauben wir, daß die religiöse Erziehung Sorge der Eltern und der Religionsgemeinschaften sein sollte, deren Recht in dieser Frage selbstverständlich von niemand bestritten wird. Im übrigen verlangen wir für die Schule, daß jedes Kind, unabhängig von seiner sozialen Lage, die ihm gemäße Bildung erhalten kann. Wir setzen uns ein für Schulgeld- und Lernmittelfreiheit und ausreichende Erziehungsbeihilfen.

Besondere Anstrengungen erfordert unsere Volksschule. Der Lehrermangel muß behoben werden durch Vermehrung der Planstellen und durch Erhöhung der Gehälter insbesondere der Junglehrer. Die Schulbauprogramme müssen erweitert und beschleunigt durchgeführt werden.

Für die Erwachsenenbildung muß mehr als bisher getan werden. Die Volkshochschule hat die Hauptaufgabe, die Staatsbürger zur Demokratie zu erziehen. Sie muß dazu gesetzlich gefördert, ihre mitbürgerliche Arbeit muß gesichert werden.

Die Presse muß einen legalen Zugang erhalten zu den für sie notwendigen Informationen. Zur Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit genügen die Strafgesetze.

Schmutz und Schund in Literatur und Presse können durch Verbote nicht wirksam bekämpft werden. Der beste Schutz gegen eine minderwertige Literatur sind eine gute Schule, ein vernünftiges Elternhaus und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen. Insbesondere sind wichtig ein umfassender Aufbau und Ausbau des Büchereiwesens auf gesetzlicher Grundlage.

Der Rundfunk muß eine Anstalt öffentlichen Rechts bleiben. Weder Parteien, noch Weltanschauungsgemeinschaften, noch die Regierung dürfen dort einen beherrschenden Einfluß ausüben. Für eine öffentliche Kontrolle seiner Programme und seiner Finanztätigkeit muß gesorgt werden.

Soweit der Entwurf. Es bedarf kaum der Erwähnung, soll aber gesagt werden, daß wir nicht glauben, damit etwas vorgelegt zu haben, das der Kritik, der Ergänzung, der Verbesserung nicht bedürfe. Wenn wir mehr Zeit gehabt hätten, hätten wir manche Kritik und manchen Verbesserungsvorschlag einarbeiten können. Wir waren der Meinung, daß es geradezu die Probe auf die innere Lebendigkeit unserer Partei sein würde, wie sie auf solchen Entwurf reagiert. Diese Reaktion war im wesentlichen außerordentlich stärkend und ermutigend. Es sind nicht nur viele Anträge zu dem Entwurf eingegangen, sondern auch ein großer Teil, der deutlich erkennen läßt, daß der Entwurf von den Genossen wirklich im Gefühl der Mitverantwortung und Mitbestimmung diskutiert worden ist. Das ist um so bedeutungsvoller, als die Zeit für die Diskussion nicht übertrieben lang bemessen war. Wir haben im Kreise der Mitarbeiter an diesem Entwurf die gedruckt vorliegenden Anträge durchgearbeitet und sind heute so weit, daß wir alle Anträge, mindestens soweit sie nach Meinung der Kommission mit einem vollen Ja oder mit einem vollen Nein, mit einem halben Ja oder einem halben Nein, nicht aber mit „Jein“ in den Entwurf eingearbeitet haben. Wir haben ihn der Programmkommission als Grundlage für die weitere Diskussion unterbreitet, so daß die Ergebnisse der heutigen Debatte noch verarbeitet werden müssen, um aus diesem gesamten Material und aus dem Querschnitt der Stellungnahmen der Parteigenossenchaft zu versuchen, die endgültige Formulierung des Programmentwurfs zu erreichen. Das soll, wie wir am ersten Tag des Parteitags beschlossen haben, morgen geschehen. Wir sind überzeugt, daß wir am Sonntagmorgen

euch allen einen Entwurf vorlegen können, von dem wir glauben, daß die Partei und der Parteitag ihn mit gutem Gewissen annehmen können.

Ich glaube nicht, daß es gut gewesen wäre, die Verabschiedung des Aktionsprogramms zu vertagen. Nach drei bis vier Monaten ständen wir vor dem gleichen Problem. Wir hätten von der Kommission einen Entwurf bekommen und aus der Parteimitgliedschaft 80 bis 100 Anträge erhalten. Das ist keine Kritik, sondern erscheint uns selbstverständlich. Eine Partei wie die unsrige nimmt nicht einfach hin, was geschrieben steht, ist nicht zu träge, zu diskutieren. Sie wird auf solche Entwürfe immer so reagieren. Genosse Ollenhauer hat schon darauf hingewiesen, daß wir in drei großen Ländern vor Wahlen stehen. Es würde einen schlechten Eindruck erwecken, wenn der Parteitag erklärte, daß wir uns über das Aktionsprogramm nicht einig sind und ein halbes oder ein ganzes Jahr warten wollen. Wir können diesen Weg um so eher beschreiten, als keine echten und grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Diskussion und in den Anträgen bisher aufgetaucht sind. Soweit sie zutage getreten sind, wird es sicher möglich sein, sie zu bereinigen, zumindest so weit klären zu können, daß man zu einem Beschluß kommt, was wir darüber in naher Zukunft zu sagen wünschen. Wenn es sich aber um Meinungsverschiedenheiten handelt, die in den nächsten fünf oder zehn Jahren nicht beseitigt werden können, wird man beschließen können, daß darüber heute nichts Verbindliches erklärt wird.

Die Arbeiten am Aktionsprogramm-Entwurf waren anstrengend, aber sie haben ihre Belohnung in dem lebhaften Widerhall gefunden, der aus der Partei daraufhin erfolgt ist. Wenn uns nicht die Freude beherrscht hätte, etwas Brauchbares zu produzieren, hätte man glauben können, daß diese Arbeit eine Strafe sei. (Heiterkeit.) Wir haben es jedenfalls nicht so aufgefaßt. Wir haben immer das Gefühl gehabt, daß der lebhafte Widerhall aus der Partei wirklich für die Verfasser solcher Entwürfe die beste Belohnung darstellt. Dieser Widerhall hat bewiesen, daß von einer Apathie oder Lethargie auch in geistiger Hinsicht nicht gesprochen werden kann. Wenn wir uns entschließen, die gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit so zu stellen, wie sie uns das politische Leben darbietet, werden wir immer damit rechnen können, daß bei Lösungsversuchen solcher Probleme alle Genossen lebhaft reagieren werden. Und das ist auch kein Wunder, es darf gar nicht anders sein! Kurt Schumacher hat in der großen Kundgebung in Frankfurt bei der Gründung der Internationale stolz erklärt, die sozialistische Bewegung habe kein Politbüro und auch kein Heiliges Offizium. Das ist gewiß richtig, und niemand wird diesen Mangel beklagen. Wenn wir aber solche Körperschaften der Vorschriften und der Richtungsweisung nicht haben, so kann doch die einzige Lösung für uns nur darin liegen, daß die Partei als solche an der offenen Meinungsbildung beteiligt wird. Und wie kann das anders geschehen als durch eine freie und kameradschaftliche Diskussion aller Fragen, die für das Leben in der Partei und für deren Beziehung zu anderen politischen und kulturellen Gebilden erheblich sind? Man hat oft darüber geklagt oder sogar gespottet, daß eine solche freie Kritik und Meinungsbildung in den Massenparteien praktisch nicht vorhanden, manche sagen sogar, heute gar nicht möglich ist. Aber man soll hier nicht voreilig verallgemeinern. Für schnelle politische Entschlüsse kann selbstverständlich nicht jedesmal ein Parteitag oder ein Referendum veranstaltet werden. Für gewisse Zwischenperioden müssen stellvertretend für die Partei ihre leitenden Körperschaften wirken. Aber den Sinn und die Berechtigung, sich demokratische Partei zu nennen, erhält eine Partei erst dadurch, daß ihre Mitgliedschaft zeigt, wie sehr sie an der Bildung ihrer Politik, ihrer Strategie und ihrer Taktik mitbeteiligt ist. Die Diskussion des Programmentwurfs hat bewiesen, wie weit dieses Gefühl in

der Parteigenossenschaft verbreitet ist. Sie wurde schnell und trotz der Kürze der Zeit gründlich und vor allem kameradschaftlich geführt. Möge der Parteitag sich diesen drei Grundbedingungen einer Diskussion anschließen und das Aktionsprogramm verabschieden, von dem wir alle hoffen, daß es zu unserer Selbstverständigung, zur Verständigung mit vielen heute noch draußen Stehenden führen wird und daß es uns eine Waffe liefern wird im Kampf gegen die, für die der Sozialismus der Todfeind ist!

Ein Wort zum Schluß: Manche haben gesagt und manche werden vielleicht sagen, daß das Aktionsprogramm zu nüchtern dargestellt ist. Wir geben zu, daß man darüber streiten kann. Vor allem angesichts der großartigen Beispiele sozialistischer Literatur, deren hinreißenden Schwung zu bewundern nur äußerste Gefühlsroheit ablehnen kann. Aber unsere Welt ist zwar nicht des Pathos entkleidet, aber wir haben Zeiten hinter uns und leben in einem Zeitalter, in dem die Menschheit innerlich und äußerlich korrumpiert werden konnte dadurch, daß gerade die Lüge pathetisch auftrat: Familie, Volk, Vaterland, Nation, Abendland, Europa, Freiheit, Frieden, Ehre und Gott — alle mußten herhalten, um Systeme chaotischer Abwertung dieser Werte mit einem Talmiglanz auszustatten.

Was können wir dagegen tun? Dem betäubenden Wortschwall der Propaganda mit den höchsten Werten setzen wir die Nüchternheit des sachlichen Dienstes an der Menschheit entgegen. Und in dieser Nüchternheit, die jede Verkleidung vermeidet und ohne Umschweife ausspricht, was für sie der Inbegriff des Guten, Wahren und Schönen ist, sehen wir ein neues Pathos. Das Pathos der Ehrfurcht vor der Wahrheit und des Respekts der Menschenwürde. Und dieses und dies allein sollte uns bei unseren Worten und Taten im Kampf um den Sozialismus in unserer Zeit leiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich danke dem Genossen Eichler für seinen Bericht. Für die Diskussion ist vorgesehen, daß Genosse Preller in einer verlängerten Redezeit von 20 Minuten zum sozialpolitischen Teil des Aktionsprogramms Stellung nimmt. Ich erteile ihm das Wort.

Prof. Preller:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD hat, wie wir alle wissen, eine ausgezeichnete Tradition im Kampf um eine fortschrittliche Sozialpolitik. Erich Ollenhauer hat gestern darauf hingewiesen.

Aber gerade von uns, der SPD, erwarten doch die Wähler, daß wir sozialpolitische Aktivität, bessere Renten, höhere Löhne und Gehälter, durchgreifenden Schutz für Frauen und Jugendliche fordern.

Dem Arbeitnehmer steht nun einmal die Sorge des täglichen Lebens und sein betriebliches Arbeitsverhältnis im Vordergrund seines politischen Denkens. Für ihn ist unsere Partei, die mit Stolz das Wort „sozial“ als erstes in der Parteibezeichnung führt, die Partei der sozialen Verbesserungen und heute besonders die Partei der sozialen Sicherung.

Sozialpolitik ist demnach immer noch — das wollen wir nicht vergessen — ein mächtiger Hebel der inneren Politik. Freilich kann man Sozialpolitik nicht mehr wie früher als eine Art „Rote-Kreuz-Station hinter der Front des Kapitalismus“ ansehen.

Unsere Sozialpolitik hat unser sozialistisches Wollen zum Inhalt, daß überall im Wirtschafts- und Sozialleben der Mensch, seine Freiheit und Würde, das vordringliche Ziel, der eigentliche Kern unserer Politik ist. Unsere Sozialpolitik will das Leben des Volkes selbst neu gestalten, sie baut unmittelbar am Neuen Hause mit und bringt nicht nur dort eine Stütze

an, wo die Ruine einzustürzen droht. Von diesem Blickfeld aus gewinnen wir erst den rechten Blick auf den „Sozialplan“, der im Mittelpunkt des sozialpolitischen Teiles des Aktionsprogrammes steht.

Millionen von Rentnern, Arbeitslosen und Unterstützten, auf die ja gestern Kollege Ollenhauer hingewiesen hat, wollen endlich einmal merken, daß sie nicht länger die Ausgestoßenen, die Parias der angeblich so „sozialen“ Marktwirtschaft sind.

Das Feilschen im Bundestag um jede kleine Verbesserung ihres Loses, etwa um das bekannte Drei-Mark-Gesetz, ist einfach beschämend; noch dazu in einer Volkswirtschaft, die hier im Prunk der Schaufenster und im großen Luxus und dort in elenden Flüchtlingsbaracken einen Gegensatz zwischen reich und arm demonstriert, wie er sonst in Europa kaum bekannt ist. Ueberdies kann es sich unsere neu aufbauende Volkswirtschaft gar nicht leisten, Millionen von Menschen als Arbeitslose, Unterstützte und Rentner mit einem Einkommen dahinkümmern zu lassen, das teilweise weit unter dem Durchschnittseinkommen liegt. Hebung der Kaufkraft nicht nur für alle Arbeitenden, sondern auch für jene Rentner und Unterstützten; das ist nicht allein sozial, sondern auch volkswirtschaftlich dringend geboten.

Will man danach handeln, dann darf man allerdings nicht das Sozialbudget, den sozialen Haushalt, als ein Feuer ansehen, an dem sich jeder privat seine Suppe kochen kann.

Woran leiden wir denn sozialpolitisch? Doch nicht so sehr und allein daran, daß der soziale Haushalt so klein wäre, als daran, daß seine Milliardensummen in eine unwirtschaftlich große Zahl von Einrichtungen und Organisationen fließen.

Eigensüchtige Gruppenziele werden in Sonderklassen gepflegt, und natürlich auf Kosten der breiten Arbeitnehmerschaft. Und zum anderen wird, wie in der Selbstverwaltung, die sozialpolitische Gesetzgebung benutzt, um Einfluß auf bedeutende Kapitalien zu gewinnen, die doch in allererster Linie aus Arbeitnehmerbeträgen stammen.

In diesen kurzen Ausführungen kann ich nicht auf alle Gedankengänge im einzelnen eingehen, die den Sozialpolitischen Ausschuß der Partei zu der vorläufigen Konzeption des Sozialplanes geführt haben. Als Vorsitzender dieses Ausschusses darf ich aber hier vor dem Parteitag den Dank aussprechen an die Genossen und an den sozialpolitischen Referenten des PV, Rudolf Gerstung, die in wahrhaft vorbildlicher Gruppenarbeit in diesem Jahr Tage und Nächte für eine so wichtige Aufgabe geopfert haben. (Beifall.)

Für die Einzelheiten des Planes muß ich auf das Aktionsprogramm und auf die „Grundlinien des Sozialplanes“ verweisen, die Ihnen unter dem Titel „SPD fordert soziale Sicherung“ vorliegen.

Von dieser Stelle aus muß aber gegenüber übelwollenden Kommentatoren klargestellt werden, was der Sozialplan ist und was er nicht ist!

1. Er ist keine Eintopfversicherung, wie man so schön gesagt hat.

Er faßt zwar zusammen, was heute unwirtschaftlich zerstreut ist. Aber er gliedert für die wesentlichen Gebiete der Berufssicherung, der Gesundheitssicherung und der wirtschaftlichen Sicherung. Und er kämpft vor allem wirksam gegen die sogenannte „Vermassung“, indem er eine weit untergliederte Selbstverwaltung einführt.

Anders als heute wird diese Einschaltung der Beteiligten in jedem Ortsteil und größeren Betrieb dem einzelnen die Möglichkeit einer unmittelbaren Wirkung geben.

Damit schaffen wir Vertrauen in die soziale Sicherung!

2. Der Sozialplan bringt keine bürokratische Staatsversorgung!

Die geschilderte dezentralisierte Selbstverwaltung wirkt gerade dem Bürokratismus entgegen. Wir wollen keine neuen Schalter- und Bürobeamten.

Wir fördern vielmehr lebendige Zusammenarbeit des einzelnen mit seiner Organisation.

Unser Plan soll jeden einzelnen von der Sorge um die ärgste Not befreien. Damit wird der Mensch erst frei, seine Chance als Persönlichkeit im Leben ungehindert von Sorge wahrzunehmen.

Der Sozialplan fördert daher in echt sozialistischer Weise die Persönlichkeit in der Gemeinschaft.

3. Der Sozialplan ist wirtschaftlich.

Er bekämpft die unwirtschaftliche Zersplitterung, für die sich nur Gruppen einsetzen, die eigensüchtige Ziele verfolgen.

Damit verteilt der Sozialplan die verfügbaren Milliardensummen besser, und zwar zugunsten der Einzelleistungen. Er steigert damit auch das Sozialprodukt, ohne die Arbeitnehmer stärker zu belasten.

4. Der Sozialplan ist wahrhaft sozial.

Er gewährt ausreichende Renten aus einer Hand, so daß niemand mehr gezwungen sein wird, von einer Fürsorge- und Versorgungsstelle zur anderen zu laufen. Wir wissen ja alle, daß dies das Problem ist, das unserer heutigen verwirrten, sozialen Leistungsstruktur eigen ist. Der Sozialplan gibt jedem Arbeit und gibt dem Geschädigten die Möglichkeit, in einer vollbeschäftigten Wirtschaft seine Arbeitskraft nutzbringend zur Verfügung zu stellen.

5. Der Sozialplan fördert die Volksgesundheit.

Zum ersten Male werden die alten ärztlichen Forderungen verwirklicht, jedem zu der ihm möglichen Gesundheit zu verhelfen. D. h., jeder soll so gesund sein, wie es nach seiner Konstitution möglich ist. Und es kann auch jeder wie ein zahlender Patient behandelt werden.

Den Ärzten aber wird bei freier beruflicher Tätigkeit eine ihrer Leistung wirklich angemessene Vergütung gesichert. Im übrigen will der Sozialplan die vorbeugende Gesundheitspflege, die ja noch nicht genügend ausgebaut ist, zu einem öffentlichen Gesundheitswesen mit durchgehender Verwaltung und einer Bundesspitze ausbauen.

Freilich räumt der Sozialplan mit den alten Vorstellungen von Versicherung, Versorgung und Fürsorge auf. Es ist bezeichnend, daß gerade dies im Bundestag die Vorkämpfer für die Zersplitterung so erschreckt hat, daß ihr Sprecher aus der CDU klipp und klar bekannte: „Wir wollen keinen Sozialplan.“

Und daß ein Arzt aus der FDP unsere Forderung nach einer Studienkommission aus unabhängigen Sachverständigen, die wir im Bundestag gestellt haben, einen Witz nannte, der in die damalige Faschingszeit passe! (Hört, hört!) Damit haben sich die Regierungsparteien selbst charakterisiert. Mit der Ablehnung dieses Antrages im Bundestag haben sie nichts anderes als ihre Furcht vor der durchgreifenden Reform demonstriert.

Und es ist nichts so bezeichnend wie die Tatsache, daß Herr Storch den ihm von seiner eigenen Koalition empfohlenen Beirat für diese Fragen heute noch nicht einberufen hat! (Hört, hört!)

Welche Chance hätte aber ein Arbeitsminister gehabt, wenn er in diesem Falle und in anderen sozialpolitischen Fragen die spürbare Sehnsucht der

breiten Massen nach echter sozialer Sicherung und fortschrittlicher Sozialpolitik aufgegriffen hätte!

Und ein Anton Storch, der sich der Rückenstütze richtig bedient hätte, die die Gewerkschaften gerade und auch für ihn als ehemals christlichen Gewerkschafter hätte bedeuten können — ein solcher Anton Storch hätte selbst in der Regierung Adenauer wohl ein Motor sozialpolitischen Fortschritts sein können.

Wie anders haben sich christliche Gewerkschafter wie Dr. Heinrich Brauns und Adam Stegerwald verhalten, die beide gerade in rechtsgerichteten Koalitionen der Weimarer Zeit für den damaligen sozialpolitischen Fortschritt sorgten, indem sie sich auf die Gewerkschaften, auch auf die freien Gewerkschaften, stützten. (Zuruf: Damals gab es keinen Adenauer!)

Und wie hat erst recht unser sozialpolitischer Nestor, Rudolf Wissell, der hier sitzt, es als Arbeitsminister 1928 verstanden, z. B. im Streit um die Arbeitslosenunterstützung das Gewicht der Gewerkschaften in die Waagschale der Regierungspolitik zu werfen.

Die Sozialdemokratie jedenfalls wird sich in ihrer sozialpolitischen Arbeit immer bewußt bleiben, welches Kraftfeld die neutralen Gewerkschaften gerade auch für die Sozialpolitik darstellen. (Beifall.)

Das wird uns übrigens nicht hindern, uns auch mit jedem Arbeitgeber zu verständigen, der Eigentum nicht als Hebel zum Gewinn, sondern als Verpflichtung und Verantwortung für das ganze Volk auffaßt und entsprechend handelt. Von solchen Grundsätzen aus ist im Aktionsprogramm über den Sozialplan hinaus eine Sozialpolitik erlassen worden, die eine wachsende Beteiligung der schaffenden Menschen am Sozialprodukt herbeiführen soll.

Unsere Sozialpolitik verschafft dem Menschen die Kraft voller Leistungsfähigkeit und stärkt damit seinen Willen zur Leistung, so daß ein größeres Sozialprodukt entstehen kann. Dann sind diese Menschen aber auch berechtigt, einen höheren Anteil von diesem Sozialprodukt zu erhalten. (Beifall.)

Und dies gilt nicht allein für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Unsere Sozialpolitik setzt sich ebenso für die Hausfrauen ein, die Ungeheures leisten (lebhafter Beifall) und deshalb auch vor allem in der sozialen Sicherung berücksichtigt werden müssen. (Bravo.)

Und in gleicher Weise wie an die Arbeitnehmer denkt unsere Sozialpolitik an alle Selbständigen.

Schließlich haben die Handwerker, die Gewerbetreibenden, die Bauern, die freiberuflich Tätigen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zu spüren bekommen, daß viele von ihnen auch des Schutzes bedurften.

Wer nicht eigene Vorsorge treffen kann, für den wird deshalb unser Sozialplan gleichermaßen sorgen. Nicht zuletzt denken wir aber an unsere Jugend. Diese Jugend soll ja einmal das Haus bewohnen und an ihm weiterbauen, das wir heute errichten. Dann muß diese Jugend aber gesund, frohen Mutes und lebensstüchtig sein. Unsere Forderung auf öffentliche Kinderbeihilfen, die gerade jetzt im Bundestag behandelt wird, hat den Sinn, den Kindern und den jungen Menschen eine gleichwertige Chance für ihre körperliche und geistige Entwicklung zu verschaffen.

Eine zentrale Stelle nimmt im Aktionsprogramm das Vertriebenenproblem ein. Ich kann in der kurzen Zeit nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Wir sind aber weitgehend auf unsere eigene Kraft angewiesen, diese große menschliche Tragödie unseres Jahrhunderts zu meistern.

Freilich läßt sie sich nicht mit den Mitteln eines sogenannten Lastenausgleiches bewältigen, der die Nächstenliebe dem Kapitalinteresse geopfert

hat. Mit einem solchen Lastenausgleich wird man diese Frage nicht bewältigen können. (Beifall.) Hier Änderung zu schaffen, wird eine vordringliche Aufgabe der Sozialdemokratie sein. Dazu gehören vor allem auch eine Wirtschafts- und Kapitallenkungs politik, die Wohnungen dort baut, wo Arbeitsmöglichkeiten sind, und Arbeitsplätze dort schafft, wo die Vertriebenen Wohnungen haben.

Genossen und Genossinnen, fast zwei Drittel des Sozialaufwandes des Bundes werden heute für Kriegsfolgen ausgegeben. Wir wollen nicht vergessen, daß hinter diesen Zahlen sich unendliches Leid verbirgt. Leid der Kriegsbeschädigten, Leid der Opfer des nazistischen Terrors, Leid der unzähligen Witwen und Waisen. Ihnen zu helfen, ist unsere moralische Pflicht; aber ich glaube, das genügt nicht, wir müssen noch mehr tun: unser Handeln muß stets so sein, daß es den schlichten Dank ausdrückt an die, die mit ihrem Leib und ihrer Seele für uns alle eingetreten sind. (Beifall.)

Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen will unsere Sozialpolitik sichern. Für die Existenz wurde schon bisher gesorgt, wenn auch unvollkommen. Freiheit und Würde für alle vermochte die bisherige Sozialpolitik nicht zu bringen. Das kann nur eine fortschrittliche sozialistische Sozialpolitik. Dazu muß sie Hand in Hand mit einer sozialistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik arbeiten. Denn weder kann die Sozialpolitik ihre Leistungen ohne Rücksicht auf Wirtschafts- und Finanzpolitik geben, noch können Wirtschafts- und Finanzpolitik die Sozialpolitik entbehren.

Aber Freiheit und Würde des schaffenden Menschen sind auch Voraussetzung unserer Außenpolitik. Besonders östlichem Machtstreben, aber auch einer Bevormundung aus dem Westen können wir nicht besser entgegen treten, als wenn wir eine sozialbefriedete Bevölkerung hinter uns wissen.

Während jedoch in England und in Skandinavien unblutige, aber wirksame soziale Revolutionen sich vollzogen, breitet sich unter den deutschen Arbeitnehmern, den Vertriebenen und vielen Selbständigen immer stärker die Auffassung aus, daß sie um eine solche soziale Revolution betrogen worden sind.

Und das bietet nun den Radikalen von rechts und links und von ganz rechts und ganz links die politischen Handhaben und Einflüsse. Unsere Sozialpolitik kann deshalb nur wirksam werden, wenn es gelingt, einen von Grund auf neuen sozialen Staat aufzubauen. In einem solchen Staat vermag dann auch unseren außenpolitischen Verhandlungen mehr Kraft und Nachdruck verliehen zu werden, als es militärische Divisionen können. Insbesondere im Kalten Kriege entscheiden die Bataillone der besseren Sozialisten. (Lebhafte Zustimmung.)

Und zum Schluß noch eins! Man hat der Sozialdemokratie ja ein ewiges und ermüdendes Nein gegenüber der Regierung Adenauer vorgeworfen. Nun, die Sozialdemokratische Partei und Fraktion hat drei Jahre lang zum sozialpolitischen Fortschritt ständig Ja gesagt, aber Nein haben die Regierungsparteien fast immer zu unseren Vorschlägen für soziale Verbesserungen gesagt. Es ist ein bürgerliches Blatt, die Stuttgarter Wirtschaftszeitung, die vor wenigen Wochen erst den bürgerlichen Parteien und der Bundesregierung Unfruchtbarkeit im sozialpolitischen Konzept bescheinigt hat. Diese angesehene Zeitung nannte den Sozialplan der SPD die „vielleicht wichtigste innerpolitische Parole für die kommenden Wahlen“. (Hört, hört!) Dieses Blatt fragt, ob die bürgerlichen Parteien diese wirksame innerpolitische Parole kampflos der SPD überlassen wollten.

Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir haben mit dem Sozialplan und mit unserer sozialdemokratischen Sozialpolitik einen Vorsprung. Nutzen wir diesen Vorsprung aus! Sicher werden in der Diskussion Kritiken zum Ausdruck kommen, und zwar auch am sozialpolitischen Teil des Aktions-

programms. Genosse Eichler hat gesagt, daß das richtig und billig und gut ist. Aber wir wollen doch gleichzeitig feststellen: Wir Sozialdemokraten haben in der kommenden Wahl sozialpolitisch etwas zu bieten. Davon wollen wir Gebrauch machen! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen, ich habe an den Parteitag eine Bitte zu richten: damit einverstanden zu sein, daß wir dem Genossen Paul Löbe, der nur als Gast unter uns ist, zu diesem Punkt eine kurze Redezeit geben. (Lebhafter Zustimmung.) — Dann darf ich dem Genossen Löbe das Wort erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Löbe, Berlin:

Werte Gesinnungsfreunde!

Zu einigen allgemeinen praktischen Gesichtspunkten habe ich für wenige Minuten die Aufmerksamkeit des Parteitages in Anspruch zu nehmen.

Unter allen Programmen, die den Weg der deutschen Sozialdemokratie begleiteten, ist das Erfurter Programm am längsten in Gültigkeit gewesen: über 30 Jahre. In dieser Zeit ist der stolze Aufstieg der Sozialdemokratie vor sich gegangen, der aus ihr einen achtungsgebietenden Faktor der deutschen Entwicklung gemacht hat.

Und dennoch: Die Genossen, die vor Jahrzehnten dieses Programm schmiedeten, hatten es leichter als diejenigen, die heute ein sozialdemokratisches Programm aufzustellen haben. Wenn wir uns diese alten Programme ansehen, dann finden wir, daß sie überwiegend Forderungen enthalten: Forderungen an den Staat, an die kapitalistische Gesellschaft, an andere Mächte, um politische Gleichberechtigung, um wirtschaftlichen Aufschwung, um kulturelle Hebung, um soziale Sicherung — immer an andere gerichtet!

Heute muß sich aber das Programm mit der Erfüllung von Forderungen durch uns selber beschäftigen. Durch unser Eindringen in die Verwaltung der Gemeinden, der Länder und vorübergehend auch des Reiches, sind wir in diese Lage gekommen, nicht mehr Forderungen an andere stellen zu können, sondern die Forderungen, die wir gestellt hatten, selber verwirklichen zu müssen. Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich die fleißige und in vielen Kapiteln gründliche und einleuchtende Vorarbeit für unseren heutigen Programmentwurf an. Aber ich stelle mir dabei auch die Frage, welche Teile der deutschen Wählerschaft wir erfassen werden, wie viele sich in diese Forderungen, die wir heute oder in den nächsten Tagen aufstellen, vertiefen werden. Darüber kann man nur Vermutungen aussprechen. Vielleicht sind es 20 oder 25 Prozent der Wähler. Ich denke aber auch an die 70 anderen Prozente, die wenig Zeitungen politischer Art lesen oder ihre politische Reife sonst zu vervollkommen im Begriffe sind. 70 bis 80 Prozent werden wir durch Eingehen auf die nächstliegenden erfüllbaren Aufgaben aufrütteln müssen.

Diese Erkenntnis veranlaßt mich, den Parteitag zu bitten, zu prüfen, ob wir nicht kurz vor den Wahlen eine Plattform vorbereiten sollten, etwa des Inhaltes: Wenn die Wähler der Deutschen Bundesrepublik uns die Mehrheit im jetzt zu wählenden Parlament geben, dann werden wir diese Mehrheit benutzen, um in den vier Jahren, in denen sie voraussichtlich wirkt, drei oder vier Hauptaufgaben zu erfüllen. Wir werden nach dem Vorbild der skandinavischen Parteigenossen und, wie es in den englischen Ländern üblich ist, etwa sagen:

Wir werden erstens für eine umfassende, viel umfangreichere Ausweitung des Wohnungsbaues eintreten; denn hier ist die Not des deutschen Volkes

am größten. Außerdem können die Baustoffindustrien die Initialzündung für die Vollbeschäftigung geben.

Wir werden zweitens eine Reform des Lastenausgleichs in Richtung der Beschleunigung und der sozialen Gesichtspunkte vertreten und durchführen, wie sie Genosse Preller eben hier entwickelt hat.

Wir werden drittens eine einheitliche Sozialversicherung durchsetzen, die uns aus dem Gewirr der Gesetze und Paragraphen hinausführt zu einer allgemein verständlichen, vereinfachten und genügenden Bildung dieser Organe.

Wir werden viertens eine Steuerreform durchsetzen, die Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit bringt.

Ich versteife mich nicht auf diese vier Punkte. Jeder andere, der gleich wichtig oder wichtiger ist, kann an ihre Stelle treten. Ich möchte aber doch denen, die heute keine politischen Flugblätter in die Hand nehmen, keine politischen Zeitungen lesen, denen, die auf dem Wege zum Fußballplatz sind — und dort versammeln sich viel mehr unserer Landsleute als in den besten politischen Kundgebungen —, diese kurze Plattform in die Hand drücken, und ich glaube, daß wir damit die Wirksamkeit unserer Werbung erhöhen und für uns selber den kategorischen Imperativ praktischer Arbeit durchsetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Wir treten nunmehr in die allgemeine Diskussion ein.

Das Wort hat zunächst der Genosse Erler, Tuttlingen.

Fritz Erler, Tuttlingen:

Genossinnen und Genossen! Wenn die Vorlage des Entwurfs eines Aktionsprogramms der Sozialdemokratischen Partei nur zwei Dinge erreicht hätte, die sie tatsächlich erreicht hat, dann wäre allein dadurch für die Partei unendlich viel gewonnen. Schon das ist ein wesentlicher Fortschritt.

Was ist denn passiert? — Wir haben der gesamten deutschen Öffentlichkeit und vor allem uns selber bewiesen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht aus einer verhältnismäßig schmalen Schicht von Funktionären und einer breiten Schicht von zahlenden Mitgliedern besteht, sondern daß diese Partei es auf sich nimmt, bis in die letzten Ortsvereine hinein an der politischen Linie der Partei mitzuformen. Die Diskussion, die das Aktionsprogramm in der Parteiorganisation ausgelöst hat, ist schon für sich allein ein unerhörter Aktivposten gewesen. Nun wollen wir versuchen, auf diesem Parteitag aus der Diskussion das Beste für die Formulierung des Zieles zu machen. Unterschätzt also bitte nicht den Wert, den schon diese breite Diskussion, wie sie wohl seit 1945 für bestimmte konkrete Einzelfragen erstmalig ist, für das Gesamtleben der Parteiorganisation gehabt hat!

Noch ein zweites, und das ist auch wichtig! Wenn wir uns den Entwurf im einzelnen ansehen, werden wir endlich einmal merken, wie groß trotz aller Nuancen im einzelnen und trotz mancher Meinungsverschiedenheiten auch in grundsätzlichen Fragen doch die Gemeinsamkeit unserer sozialdemokratischen Zielvorstellungen ist. Das ist manchmal etwas in das Unterbewußtsein verdrängt worden, und wir merken erst jetzt, daß auch ohne geschriebenes Programm allein die lebendige politische Arbeit in der Partei, in den Parlamenten, in den Ländern und in den Gemeinden dazu geführt hat, daß sich auch in ganz konkreten Einzelfragen, die bei der Formulierung der alten Programme vor 20 und 25 Jahren noch nicht auf der Tagesordnung standen, selbstverständlich auf der gemeinsamen Grundlage sozialdemokratischen Denkens auch gemeinsame Vorstellungen entwickelt haben, die unbestritten sind. Damit will ich nicht sagen, daß wir über jeden Satz, der in

diesem Programm steht, einig wären. Beileibe nicht! Wir werden manches zu diskutieren haben. Aber es ist doch richtig, festzuhalten, wie überwältigend groß die Gemeinsamkeit der Zielvorstellungen ist, in denen wir uns deutlich und klar von allen anderen politischen Kräften in Deutschland abheben.

Eben hat Genosse Löbe den Wunsch ausgesprochen, der wohl vom Genossen Eichler bereits als erfüllt bezeichnet worden ist. Ich meine, der Parteitag sollte diesen Wunsch nachdrücklich unterstreichen. Bei allen Verdiensten, die das Aktionsprogramm jetzt haben mag, wird es eins nicht sein können: eine schlagkräftige Wahlplattform für die nächste Bundestagswahl. Daher wird es gut sein, wenn man rechtzeitig eine solche kurze Plattform erarbeitet, und das nicht etwa wie die Dürkheimer Punkte nach der Wahl, sondern vor der Wahl, damit wir sie noch, auf vier, fünf oder sechs Punkte beschränkt, im Wahlkampf populär machen können.

Nun habt ihr der Kommission, die jetzt hier zusammentritt und an der Vorlage für die Schlußabstimmungen arbeitet, eine sehr schwere Aufgabe gestellt. Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß es einer auch noch so qualifizierten zusammengesetzten Kommission nicht möglich sein wird, lediglich an Hand der leider allzu kurzen Diskussionen in der Partei das Instrument zu schmieden, das in idealer Weise alle unsere Anforderungen und Wünsche erfüllt. Das wäre eine Überforderung der Genossen, die dort arbeiten. Wir können ihnen nur Erfolg für diese Arbeit wünschen. Aber leider wird das Aktionsprogramm dann trotzdem noch nicht jenen einheitlichen Guß und auch nicht jene zündende Sprache aufweisen, die wir alle ihm wünschen. Aber wir wollen hoffen, daß wir dem Ziele so nahe wie möglich kommen.

Eine Lücke dagegen beklage ich, und deshalb habe ich mich eigentlich zum Worte gemeldet — gewissermaßen als einer der Sprecher der doch nun langsam heranwachsenden Generation, die von sich nicht mehr ganz mit Recht behaupten kann, sie sei die jüngere.

Was hier im Programm zu fehlen scheint, was aber der Genosse Ollenhauer in den letzten Sätzen erfreulicherweise sehr klar und deutlich gesagt hat, das ist ein politisches Wort an die junge Generation. Ich weiß, daß es für unsere Partei sehr unklug wäre, die Fragen, die die junge Generation angehen, an den Schwanz unseres Aktionsprogramms zu setzen. Jugend und Jungsein allein ist noch kein Programm. Selbstverständlich ist es richtig, daß das politische, ökonomische und soziale Schicksal der jungen Generation nicht isoliert betrachtet werden kann. Selbstverständlich löst Vollbeschäftigung in ganz anderer Weise auch die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, als wenn man ihnen einzeln zu Leibe geht. Das alles ist richtig. Und alles, was in den anderen Teilen des Programms steht, hat seine unmittelbare Wirkung auf die jungen Menschen. Aber wir müssen mehr tun. Wir müssen uns davon frei machen, die Frage der Jugendpolitik zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Sozialpolitik und der Jugendfürsorge zu sehen. Es handelt sich um Politik, es handelt sich um das Ansprechen auch jener Menschen, die nicht vom Schicksal der Jugendarbeitslosigkeit bedroht, die nicht gefährdet und nicht verwahrlost sind. Der überwiegende Teil der deutschen jungen Generation ist Gott sei Dank im Beruf und hat Arbeit. Trotzdem ist die Jugend ein politisches Problem, und um diese Generation müssen wir kämpfen. Wie wir das tun wollen, das sollte in diesem Programm in einigen Sätzen angedeutet sein. Und zwar nicht bloß in der Weise, daß wir der jungen Generation nun alles Mögliche vom Himmel herunter versprechen, sondern indem wir ihr Aufgaben stellen und uns mit dem Standort dieser Generation in der heutigen Gesellschaft befassen.

Warum? Sie unterscheidet sich von der älteren nämlich nicht nur dadurch, daß sie ein paar Jahre jünger ist, sondern sie unterscheidet sich von der

älteren Generation vor allem dadurch, daß die turbulente Geschichte der letzten Zeit und insbesondere der beiden Weltkriege hier einen so deutlichen Strich zwischen der Vorstellungswelt und dem politischen Erfahrungsschatz der älteren und der jüngeren Generation gezogen hat, daß wir uns hier mit einem besonderen Problem, mit der geistigen Situation dieser Menschen, zu befassen haben. Hier sollten wir die junge Generation ansprechen — ich wiederhole noch einmal —, in den Aufgaben, die wir ihr stellen, und in den Chancen, die wir ihr geben. Dieses letzte ist nicht nur eine Forderung an die Bundesregierung, auch wenn sie sozialdemokratisch wäre, sondern noch viel mehr eine Forderung an uns selber, an unser Verhalten dieser Generation gegenüber in den eigenen Organisationen und nicht zuletzt in der Partei. Ich meine, daß die Sätze, die der Genosse Ollenhauer hier gesprochen hat, nicht nur im Protokoll des Parteitages stehen, sondern ihren Platz im Aktionsprogramm der Partei selber finden sollten. Dorthin gehören sie, dort sollten wir sie aufnehmen.

Es handelt sich dabei nicht nur um die Jugend im engeren Sinne; es handelt sich auch um die Generation der 20- bis 35jährigen, deren geistige Welt in der Zeit des Totalitarismus geformt worden ist, in der sie demokratischen Vorstellungen gegenüber völlig unzugänglich gewesen ist, und vor allem auch im Kriege. Es wäre falsch, wenn sich die Sozialdemokratische Partei nicht darüber Rechenschaft ablegte, daß unter den 10 Millionen Soldaten, die es nun einmal auf der deutschen Seite in diesem Kriege gegeben hat, nicht nur Berufssoldaten waren, sondern daß die meisten auch Teile unserer heutigen Wählerschaft sind und daß wir daher das Erlebnis dieser Menschen, von denen weitaus die meisten geglaubt haben, ihrer Heimat zu dienen, irgendwie berücksichtigen müssen. Auch das wäre dabei zu beachten.

Ich meine, gerade wir können das aussprechen. Wir haben nicht um bestimmte Schichten zu buhlen, weil wir etwa ein schlechtes Gewissen hätten. Der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den Totalitarismus ermächtigt uns zu diesem Standpunkt. Wenn wir uns nicht um diese Generation kümmern, treiben wir sie in das Lager der antidemokratischen Kräfte, die sich auch in den bürgerlichen Parteien finden. Wir müssen die Aufgabe anpacken — ich zitiere Ollenhauer —: allen denen, die seit der großen Katastrophe ohne geistige und politische Heimat sind und die mit ehrlichem Herzen und offenem Sinn nach neuen Wegen suchen, eine aufgeschlossene Gemeinschaft von Menschen und Sozialisten zu sein.

Vorsitzender Henfler: Das Wort hat Genosse Schmidt.

Schmidt, Koblenz:

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß es heute nicht darauf ankommt, Feinheiten zu diskutieren. Dafür werden wir keine Zeit haben, weil Aufgaben größerer Art vor uns stehen.

Dem Genossen Eichler wird man leider sagen müssen, daß die Kommission, die das Programm erarbeitet hat, an einer Reihe von Nachtsitzungen nicht vorbeikommen kann. Ich bitte, das nicht als einen Strafauftrag von uns anzusehen. Was Genosse Löbe gewünscht hat, wird von unserer Delegation nachdrücklich unterstützt. Das vorliegende Aktionsprogramm dürfte auch die geeignete Plattform für die Erfüllung dieses Wunsches geben; denn als Zwischenlösung eignet es sich durchaus dazu, das herauszuziehen, was wir in kurzen, knappen Sätzen in den nächsten Kämpfen der deutschen Bevölkerung sagen müssen.

Der Ausgang unseres Ringens um die Macht wird nicht zuletzt von der Durchführung dieser Wünsche abhängen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir in einer geistigen Periode leben, in der man auf der politischen Ebene an knappe Formulierungen gewöhnt worden ist.

Deshalb nur einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Vorlage selbst. Ich beglückwünsche den Parteivorstand und die Kommission, auf dem Gebiet der Agrarpolitik endlich den Mut gefunden zu haben, neue Wege zu beschreiten. Wir müssen sie fortsetzen, da die wirtschaftliche Verständigung zwischen dem Industrieschaffenden, dem Kopfarbeiter und dem Landschaffenden für den Fortschritt der Partei bedeutsam ist. Hier ergeben sich Möglichkeiten einer Entwicklung, die wir dann gut vorwärtstreiben können, wenn sich die Partei um die ständige Verständigung der großen Arbeitsgruppen bemüht.

Ich darf Ihnen aus der Bedeutung dieser Aufgabe ein Beispiel nennen. In den Großstädten wurde in den letzten Wochen und Monaten vielfach ein sogenannter Butterstreik durchgeführt. Es dürfte wenigen Genossen in den Großstädten bekannt sein, daß unsere Landwirtschaft, die die Masse ihrer Milch an die Molkereien abliefern, bis zur Stunde von der gesamten Preis-aufwärts-Bewegung nicht den geringsten Vorteil hatte, sondern daß diese gesamte Aufwärtsbewegung in den Taschen derer hängenblieb, die zwar nicht produzieren, aber im Verteilungsapparat stecken.

Lassen Sie mich noch eine andere Frage ansprechen, zu der wir Klarheit gewinnen müssen. Es ist das Problem der deutschen Länderreform. Die Partei kann sich nicht mehr damit begnügen, ihre alten bekannten Sätze zu wiederholen. Denn in einigen Gebieten unserer Bundesrepublik drängt die Frage zu einer schnellen Lösung. Wir haben in einzelnen Gebieten — dazu gehört unser Gebiet — die Frage der Länderreform seit Jahren zu einem bedeutsamen Programmpunkt unserer Arbeit gemacht. Der Parteivorstand muß durch Klärung des Problems auf der innerparteilichen Ebene uns die Möglichkeit geben, diese Arbeit fortzusetzen.

Noch eine Bemerkung zu dem Wort Aktion. Wir sollten bei all dem, was wir jetzt tun, keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir auf der parlamentarischen demokratischen Ebene so lange stehen werden und stehen müssen, wie uns die Spielregeln der Demokratie nicht verweigert werden. Wenn in unserer Partei einmal andere Auffassungen anklingen sollten, wäre dies, glaube ich, eine sehr starke Gefährdung nicht nur der Demokratie, sondern unserer eigenen Partei.

Bei dem, was wir unserer Bevölkerung kurz zu sagen haben werden, dürfen zwei Dinge nicht fehlen. Wir wissen, daß besonders die CDU ihre derzeitigen schwachen Positionen in den kommenden Kämpfen mit der europäischen Flagge zuzudecken versuchen wird. Wir müssen der Bevölkerung sagen, daß wir diesen Versuch nicht nur als Schutzmaßnahme des Besitzbürgertums ansehen, sondern auch aus einem anderen Gesichtspunkt. Klein-Europa ist doch in erster Linie der Versuch, die geistigen, kulturellen Punkte ins Politische umzusetzen, die für manche Epoche des Stillstands und des Rücktritts verantwortlich sind und sich jede Aufhellung unserer Umwelt nur in hartem Kampf entreißen ließen. Die Gefahr der Restaurierung nach dieser Richtung ist zur Stunde viel größer als die Bildung rein nationalistischer Kräftegruppen. Am Ende werden wohl keine Scheiterhaufen sein, aber alle freiheitlich gesinnten Menschen würden hinter entsprechend ausgefeilten gesetzlichen Zäunen gehalten werden.

Deshalb kann unsere Partei in den kommenden Wahlkämpfen die derzeitige Konzeption Adenauers nur mit aller Schärfe bekämpfen, eine Konzeption, die auf der inneren Ebene durchaus nicht so erfolglos war, daß sie keine Früchte getragen hätte. Wir müssen uns über die Tiefenwirkung der Adenauerschen Politik auf der inneren Ebene vollkommen klar sein. Sie führt vom Bundeskanzler in einer Linie zu dem letzten Angestellten der Verwaltungen in der Vergütungsgruppe TOA X und politisch bis ins kleinste Dorf unserer deutschen Bundesrepublik. (Beifall.)

Wir am Rhein kennen am besten den totalitären Machtanspruch der sogenannten Neu-Europäer, auch wenn sie sich hin und wieder eine Blaupaspelierung leisten. Wir können der Meinung des Genossen Wehner hinsichtlich der Fruchtlosigkeit ihrer Politik nicht ganz beitreten. Sie hat auf der inneren Ebene viele Früchte und Früchtchen gezeitigt. Man kann sie sogar an diesen Früchten erkennen. Wir sollten als Partei in den kommenden Kämpfen um die Macht in Deutschland betonen, daß wir uns verpflichtet fühlen, einige dieser Früchte wieder abzuschütteln. Wir sollten dabei unserer Bevölkerung sagen, daß wir unsere politische Stellung auf der Verwaltungsebene so stark untermauern werden, daß Ministerialdirektoren nicht mehr in der Lage sind, eine andere Politik zu betreiben, als die Chefs sie wünschen.

Zum Schluß noch ein Wort gegen den Versuch, unsere politische Haltung nach links nicht festzulegen. Stalin hat einmal gesagt: Wenn ich mit dem Teufel über eine Brücke marschieren muß, gehe ich, wenn es sein muß, mit diesem bis zum Ende. Als dann Stalin über die Brücke mußte, hatte er nicht den Teufel an seiner Seite, sondern mindestens einen gutgläubigen Demokraten. Wir aber sollten wissen, wenn wir diese Brücke beschreiten sollten, könnten wir sie nur gleichzeitig hinter uns abbrechen. Wenn wir den Weg in der Mitte mit einer Diskussion unterbrechen wollten, würden wir im Wasser landen. Es kann und darf für die Sozialdemokratische Partei in ihrer Haltung gegenüber dem Osten nicht der geringste Zweifel aufkommen, und das werden wir bei der kommenden propagandistischen Erklärung eindeutig herausstellen müssen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Jacobi.

Werner Jacobi, Iserlohn:

Genossinnen und Genossen! Unter den Abschnitten des Entwurfs eines Aktionsprogramms, über die es in der lebhaften Diskussion, die in Parteienkreisen stattgefunden hat, keinen Streit gab, befinden sich unter anderem die Abschnitte über Kommunalpolitik und Wohnungsbau.

Daß wir Sozialdemokraten auf dem Gebiet der Kommunalpolitik besonders hartnäckig und aktiv gewesen sind, daß dies einer alten Tradition unserer Partei entspricht, ist überall bekannt. Wir werden von unseren Gegnern immer wieder hämisch die Partei der Oberbürgermeister und Landräte genannt. Mit einer solchen Kennzeichnung scheint ein gewisser Neid verbunden zu sein. Man wäre auf seiten der bürgerlichen Parteien heilfroh, wenn man in der Lage wäre, gerade angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen mit Leistungen aufzuwarten, wie wir sie in vielen Orten der Bevölkerung zeigen dürfen. Wir erleben, daß bis in die Reihen der FDP Deklamationen erfolgt sind, mit denen versucht wird, nachzuweisen, daß man mindestens genau so, wenn nicht noch besser als wir, in der Lage sei, eine positive Kommunalpolitik zu treiben. Wir können den Kommunalwahlen aus unserer Tradition und aus den Leistungen, die von uns erbracht worden sind, mit gutem Gewissen entgegensehen.

Wenn es in dem einen oder anderen Ort einen Nasenstüber geben sollte, als Folge einer ausnahmsweise schlechten sozialdemokratischen Kommunalpolitik — einige Orte kennen wir, von denen wir sagen müssen, daß dort nicht besonders glücklich operiert worden ist —, dann werden wir es ertragen können und müssen, weil es uns eine Lehre für die Zukunft ist.

Aber, Genossinnen und Genossen, in bezug auf das Aktionsprogramm genügt es nicht nur, sich mit der Feststellung zu begnügen, daß in dieser oder jener Frage Thesen entwickelt worden sind, die wir mit gutem Gewissen vertreten können. Wir können und dürfen uns nicht darauf verlassen, daß uns die Öffentlichkeit das abnimmt. Wir werden auch bei den Kommu-

nalwahlen — darauf ist während dieses Parteitages wiederholt und mit Recht hingewiesen worden — mit einer Feuerwalze von Verdrehungen und Entstellungen zu rechnen haben. Schon in bezug auf die Bundestagswahlen hat sich hier einiges erkennen lassen über die Linie, die unsere Gegner gegen uns beziehen wollen. Herr von Brentano hat kürzlich das Wort gesprochen, der Bevölkerung müsse begreiflich gemacht werden, daß ein entscheidendes Anliegen der CDU darin bestünde, Eigentum zu schaffen. Man spürt sofort, daß man das mit einer bestimmten Blickrichtung, nämlich gegen uns, herausstellt. Man wird mit alten Ladenhütern gegen uns kommen und wird zweifellos den angeblich kollektivistischen Eigentumsbegriff der SPD zu strapazieren versuchen. Einer solchen Haltung gegenüber gilt es, von unserer Seite eine Reihe Tatsachen anzuführen und herauszustellen.

Wir müssen damit rechnen, daß man uns entgegenhält: Ihr seid mittelstandsfeindlich. Wir haben in der Praxis der letzten Jahre einige Beweise dafür angetreten, daß eine solche Behauptung und Unterstellung falsch ist. Ein Beispiel: Wir haben bei der Diskussion über die Mieterreform immer wieder die Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung dargetan. Wir haben erklärt, auf diesem schwierigen Gebiet müsse es zu einer organischen Neuregelung kommen. Die Bundesregierung ist diese Lösung bisher schuldig geblieben. Sie hat sich bis zur Stunde mit Palliativmitteln begnügt. Ich brauche nur an die Lösung für Geschäftsräume zu denken. Hier ist ein Punkt aus dem praktischen Alltag. Unser Kampf um eine vernünftige Gestaltung des Geschäftsraummietengesetzes ist eine Aktion für weite Kreise des deutschen Mittelstandes gewesen. Wir sollten daran denken, und wir sollten nicht allzu bescheiden sein und ruhig vor dem Forum der Öffentlichkeit auf diese positive Arbeit für den Mittelstand hinweisen (Sehr gut.)

Genossinnen und Genossen! Wenn ich eben Herrn von Brentano zitierte, so sollten wir auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß wir nicht zuletzt auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaus von Anfang an die Initianten gewesen sind. Das ist einem Mann zu danken, der zu Beginn des Parteitages geehrt wurde, Erich Klaunder, und seinen Mitarbeitern in der Bundestagsfraktion. Wir haben in den letzten Wochen einen neuen Initiativ-Entwurf zum Wohnungsbaugesetz vorgelegt. Heute lesen wir in der Presse, der neue Bundeswohnungsminister habe darauf hinweisen müssen, daß der Referenten-Entwurf zur Änderung des Ersten Wohnungsbaugesetzes leider noch nicht kabinettstreu sei. Als wenn es nur diesen Referenten-Entwurf gäbe! Unser Initiativ-Antrag zur Änderung des Wohnungsbaugesetzes wurde von uns bereits vor Wochen eingereicht. Dieser Antrag scheint uns, wenn nicht kabinettstreu, so doch parlamentsreif zu sein, also noch einen Schritt weiter zu sein als die Arbeiten im Wohnungsbauministerium. In diesem Entwurf ist eines enthalten, von dem wir dankenswerterweise sagen können, daß der neue Wohnungsbauminister offenbar nicht so starr ist, daß er nicht auch bereit wäre, von Sozialdemokraten Anregungen entgegenzunehmen.

Nach der heutigen Verlautbarung hat er als besonderes Ziel eines neuen Entwurfs die verstärkte Förderung des Eigenheim-Baues hingestellt. Das steht bereits in unserem parlamentsreifen Initiativgesetzentwurf. Wir haben bei der Eigentumsregelung einen Weg beschritten, der für uns nicht neu ist, der aber einmal angesichts der Versuche unserer Gegner, uns mit alten Ladenhütern und Phrasen zu bekämpfen, sichtbar gemacht werden mußte. Wir werden Gelegenheit nehmen, diese positive Arbeit anlässlich der kommenden Wahlen ins rechte Licht zu stellen. Darüber hinaus haben wir der Bundesregierung und dem Bundestag die Forderung unterbreitet, beim sozialen Wohnungsbau in Zukunft die Misere zu vermeiden, die uns jahrelang bedrückt hat: Das Geraufe mit dem Finanz-

minister um die notwendigen Millionen. Wir haben ein Dreijahresprogramm festgelegt. Jährlich müssen 400 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau gebaut werden. Die Mittel für die nachstellige Förderung soll nach unserem Wunsch in den ordentlichen Haushalten des Bundes und der Länder eingesetzt werden, genau so, wie es bei den Beamtengehältern und bei anderen Aufgaben auch der Fall ist. (Beifall.)

Das ist nach unserer Meinung ein durchaus positiver Vorschlag der Opposition und eine Antwort auf die Frage: „Warum erhalten wir neben eurer negativen Kritik von euch keine positiven Vorschläge?“ Wir haben in den Gesetzentwurf die Forderung auf eine Verbesserung der Wohnqualität eingebaut, indem wir den Begriff der Mindestausstattung hineingebracht haben. Wir haben die Erhöhung des Mindestumfangs der Wohnfläche von 32 auf 40 qm verlangt. Die CDU erklärt Tag für Tag, man müsse familiengerechte und familienwürdige Wohnungen schaffen. Unser Gesetzentwurf verlangt, daß diese Forderung nun endlich realisiert wird. Er steht unter dem Motto — ein Motto, das gut ist und mit dem wir auch zu den Wahlen vor die Öffentlichkeit treten können —: Mehr und bessere Wohnungen! Das ist sozialdemokratische Aktion! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ übermittelt dem Parteitag beste Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf. Er versichert, daß er sich mit den Zielen der Sozialdemokratischen Partei einverstanden wisse. (Beifall.) — Wir setzen die Diskussion fort. Das Wort hat der Genosse Max Kunze.

Max Kunze, Bassum:

Genossinnen und Genossen! Aus einer Gegend kommend, in der nicht nur die sogenannte Intelligenz, sondern vor allem die breite Masse des arbeitenden und notleidenden Volkes sowohl die Mitgliedschaft unserer Partei als auch die Wählerschaft unserer Partei ausmacht, fühle ich mich verpflichtet, ja, von einem Teil unserer Ortsvereine bin ich beauftragt, folgende Gedanken zum Ausdruck zu bringen:

Wie Genosse Eichler ausführte, haben am Aktionsprogramm Fachmänner des Aufgabengebiets selbstlos mitgearbeitet. Ich befürchte aber, daß sie aus nüchterner Sachkenntnis nur die Formulierungen fanden, die an sich natürlich bei vielen verständigen Menschen Aufnahme finden werden. Ist damit aber auch zugleich die breite Masse der Menschen angesprochen, die aus der eigenen Not heraus ein Programm erwartet, welches sich um das Wohl und Wehe des einzelnen Menschen bemüht? An Stelle der überwiegenden und erstrangigen Bemühungen um die Außenpolitik sollte von der Bemühung um die Menschlichkeit auf allen Gebieten ausgegangen werden. Das trifft zum Beispiel auf den Abschnitt „Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte“ zu. An Stelle der kühlen, sezierenden, analysierenden Federführung sollte der hoffnunggebenden, wärmeren und zugleich mitreißenden Absicht Ausdruck gegeben werden, die auch dem verzweifelten Menschen, der zu den 20 Millionen der Rentner, Arbeitslosen und Vertriebenen gehört, einen Ausblick auf eine bessere Zukunft gibt. Dementsprechend sollte nicht nur über eine erstrebte Zukunft hinweisend gesprochen werden, sondern es sollte auch eine dementsprechende Unterteilung der Abschnitte so vorgenommen werden, daß das Wohl des Menschen im Vordergrund steht. Dann könnte folgen die Erziehung, die Gestaltung des Familienlebens, der Sozialplan, die Gestaltung des öffentlichen Gemeindelebens, der Wirtschaft, der Innenpolitik, der Außenpolitik usw.

Vielleicht findet die Redaktionskommission noch eine Möglichkeit, dieser Anregung Rechnung zu tragen. Andernfalls läßt sie sich vielleicht im Kommentar berücksichtigen. Die Not unserer Mitmenschen zwingt uns zu einer

solchen Berücksichtigung, damit zugleich der hinreißende Schwung vermittelt wird, den wir gerade in einem solchen Aktionsprogramm dringend brauchen, welches zugleich für die kommenden Bundestagswahlen die Plattform darstellen soll. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat nun Genosse Jaksch.

Jaksch, Wiesbaden:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte einiges zur Begründung jenes Abschnitts in unserem Aktionsprogramm sagen, welcher sich mit den Schicksalsfragen der Heimatvertriebenen, der Fliegergeschädigten und der Evakuierten befaßt. Das Gewicht dieser programmatischen Festlegung besteht nicht im Umfang des Textes noch in der Formulierung der Details, sondern in der Tatsache, daß sich die größte politische Bewegung Deutschlands mit den Grundforderungen jener Volksschichten identifiziert, die an den Auswirkungen der totalen Niederlage besonders schwer gelitten haben.

Für die Stoßkraft unserer Forderungen auf diesem Gebiet ist es äußerst wichtig, daß dem Bewußtsein der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands die großen sozialen und massenpsychologischen Umschichtungen dieser Nachkriegszeit in vollem Umfang einverleibt werden. Es war geradezu revolutionär, auf alle Fälle ein revolutionierender Vorgang, als am Ende des zweiten Weltkrieges zu den Millionen von Habenichtsen und Obdachlosen in Restdeutschland eine noch größere Millionenarmee von Habenichtsen und Obdachsuchenden sich gesellte. Fritz Henßler hat auf Grund seiner Erfahrungen als Oberbürgermeister von Dortmund in seinen Begrüßungsworten anklingen lassen, wie schwer die Aufgaben einer sozialen und staatsbürgerlichen Zusammengliederung dieser alten und neuen Schichten von Notleidenden in Westdeutschland ist. Die Wahrheit ist, daß in allen Industriegemeinden der Bundesrepublik ein verzweifelter Kampf um jeden Quadratmeter Wohnfläche im Gange ist, bei dem die Ansprüche der Heimatvertriebenen, der Ausgebombten und Evakuierten hart aufeinanderprallen. Wir wollen aber keinen Klassenkampf der Habenichtse untereinander. Wir wollen auch nicht den großen Strategen der Selbstisolierung der Heimatvertriebenen vom Schlage etwa eines Linus Kather folgen und die Forderungen der einen Gruppe auf Kosten der Bedürfnisse anderer Gruppen unterstreichen. Deswegen haben wir in unserem Aktionsprogramm bewußt, das heißt aus einer zentralen politischen Absicht heraus, die Heimatvertriebenen, die Fliegergeschädigten und die Evakuierten in einem gemeinsamen Abschnitt angesprochen. Wir wollen auch keine Illusion darüber nähren, daß der eine Notstand auf Kosten der Beibehaltung anderer Notstände beseitigt werden kann. Die Aufgaben der sozialen Integration innerhalb der Bundesrepublik sind unteilbar. Sie müssen im Interesse des Bestandes der deutschen und der europäischen Demokratie gelöst werden. Die Bedeutung dieser Aufgabe wird in Zukunft noch wachsen. So lange nämlich quer durch Deutschland ein Eiserner Vorhang gezogen bleibt, so lange der kommunistische Terror in Zentral- und Südosteuropa weiterwütet, so lange wird der Ansturm von asylsuchenden Menschen an die Tore der Bundesrepublik pochen. Diese Dinge müssen in dem großen Zusammenhang der sozialen Aufgabenstellung innerhalb der Bundesrepublik gesehen werden. In unserem Bewußtsein und im Bewußtsein unserer Freunde außerhalb Deutschlands muß die Tatsache wachbleiben, daß dieses Westdeutschland mit seiner zusammengeballten Industriebevölkerung, mit seinen noch nicht voll aufgebauten Städten ein neuralgischer Punkt der gesamten westeuropäischen Sozialstruktur ist. Deshalb ist es von historischer Bedeutung, daß sich das

Aktionsprogramm der SPD nicht nur zum Lebensrecht der Heimatvertriebenen und der Ostzonenflüchtlinge im Westen bekennt, sondern auch zum Heimatrecht der Vertriebenen im Osten, und zwar in einer Form, die keine Mißdeutung zuläßt. Im Wortlaut dieses Abschnitts wird klar und deutlich gesagt, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzt, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben.

Ich darf von dieser Stelle aus unsere ausländischen Freunde bitten, bei der Beurteilung dieser Forderung die politischen und historischen Argumente erneut zu prüfen, die während des Krieges und nach dem Krieg auch in den westlichen Ländern zur Begründung der Massenausreibung kolportiert worden sind. Es ist wahr, daß die Anwesenheit von acht Millionen Vertriebenen in Westdeutschland dazu beigetragen hat, die demokratische Lebensform der Bundesrepublik gegen kommunistische Infiltrationen immun zu machen. Man muß aber auch hinzufügen, daß Millionen dieser Habe-nichtse gegen die Verlockungen des Kommunismus immun geblieben sind, weil sie sich mit ihrer Vertreibung nicht abgefunden haben und weil sie immer noch damit rechnen, daß ihnen eine endgültige Friedensordnung in Europa auch den Weg zur friedlichen Rückkehr in ihre verlorengegangene Heimat ebnet wird.

Das Aktionsprogramm spricht weiter aus: „Die SPD wird mit allen Organisationen der Geschädigten freundschaftlich zusammenarbeiten, die sich der Vertretung der sozialen Interessen und der Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen widmen.“ Lassen Sie sich bitte nicht irritieren, wenn da und dort an der Spitze der Vertriebenenorganisationen Menschen stehen, die ihre alten antisozialistischen Ressentiments mitgebracht haben und weiterpflegen, obwohl sie selbst inzwischen arme Deubel geworden sind. Daneben gibt es auch Menschen, die durch das harte Vertriebenen-schicksal die soziale Frage entdeckt haben und bereit sind, mit uns um soziale Lösungen in Westdeutschland zu ringen, die nicht nur für einen Sektor der Bevölkerung, sondern für alle schaffenden Menschen eine Befriedigung ihrer Lebenswünsche bringen.

Es sind Bestrebungen im Gange, die großen Organisationen der Vertriebenen und vielleicht auch den BHE als die letzte Reserve der heutigen Bonner Koalitionsmehrheit zu mobilisieren. Man wird die Vertriebenen zu kaufen versuchen, vielleicht mit Hilfe einer ausländischen Anleihe, damit die heutige Bonner Koalition auch nach der nächsten Bundestagswahl am Ruder bleiben kann. Dazu möchte ich nur sagen: Der beste Weg, diese Menschen nach links zu drängen, diese Massen zu unserem Bundesgenossen zu machen, ist eine aktive und zielbewußte Vertriebenenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Kühn.

Kühn, Düsseldorf:

Genossinnen und Genossen! Der Parteitag ist ein wenig geeignetes Forum, um Probleme in der Breite, in der es notwendig wäre, grundsätzlich zu erörtern. Wir alle können in den wenigen Minuten, die uns für die Diskussion zur Verfügung stehen, nicht mehr tun, als skizzenhaft auf Schwerpunkte unserer Interessen hinzuweisen. Ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, der uns gerade hier an Rhein und Ruhr besonders am Herzen liegt.

Doch vorweg noch eine Bemerkung. Es hat wenig Sinn, wenn in der folgenden Diskussion die Frage darüber verbreitert wird, ob das uns vorliegende Aktionsprogramm eine genügend lange Zeit der Diskussion für

die Vorbereitung in der Partei gehabt hat. Wir sind uns einig in einem: Wir brauchen dieses Aktionsprogramm, wir brauchen ein Programm, das jetzt, also von diesem Parteitag, verabschiedet wird. Genosse Ollenhauer hat bereits gestern auf die Bedeutung der Kommunalwahlen hingewiesen, vor denen wir in drei Ländern stehen. Im kommenden Frühjahr werden wir möglicherweise in die Bundestagswahl hineingehen. Da brauchen wir zumindest ein Wahlprogramm, das wie ein Spruchband die großen Zielsetzungen aufweist, zu denen wir uns positiv bekennen, um damit die Legende zu zerfetzen, nach der die Sozialdemokratische Partei eine Partei der Neinsager sei.

Das Aktionsprogramm kann aber nicht die Aufgabe lösen, die in der Diskussion oftmals von ihm erwartet wird. Es gibt notwendige Dinge, die darüber hinaus behandelt und in programmatischen Formulierungen niedergelegt werden müssen. Ich möchte vor der Illusion warnen, die sich vielleicht in unserem Bewußtsein festsetzt, daß wir nach Verabschiedung des Aktionsprogramms nicht mehr mit hinreichender Aktivität an ein darüber hinausreichendes Grundsatzprogramm heranzugehen brauchen. Wir brauchen dringend ein solches, weit über die Dimensionen des Aktionsprogramms hinausgehendes Grundsatzprogramm. Wir brauchen es für den Hausgebrauch der Partei und darüber hinaus — wie heute schon gesagt worden ist —, um die Schichten anzusprechen, die innerlich auf dem Wege zu uns sind. Ich denke dabei besonders an die junge Generation unseres Volkes, aber auch an die geistige Mittelschicht, an die technische Intelligenz usw. Hierfür konnte im Aktionsprogramm nicht genügend Raum reserviert werden. In seiner gewollten Begrenzung ist es von der Erkenntnis ausgegangen, daß Grundsatzprogramme wachsen müssen und nicht in wenigen Wochen zu erarbeiten sind. Wir brauchen aber eine vermehrte Aktivität für die Erarbeitung dieses Programms.

Willi Brandt war es, der gestern von der Notwendigkeit einer stärkeren geistigen Aktivität in der Partei gesprochen hat. Er forderte einen gesteigerten Machtwillen unserer Partei, dessen Voraussetzung eine geistige Mobilisation ist. Dazu brauchen wir solch ein Grundsatzprogramm. Wir brauchen es auch, um im Sinne des Genossen Nöltling die „34-Prozent-Hürde“ zu nehmen. Wir brauchen in der Tat ein Programm, das auch in der Sprache — das Aktionsprogramm scheint mir besonders in der Sprache recht unzulänglich zu sein — die zündende Kraft entwickelt, die einmal von jenem Manifest ausgegangen ist, das vor 100 Jahren am Ausgangspunkt unserer Bewegung stand. Gewiß müssen wir erkennen, daß wir heute nicht nur eine Partei der A g i t a t i o n, sondern in der gegenwärtigen historischen Periode, die wir durchleben, eine Partei der sozialistischen K o n s t r u k t i o n sind. Deshalb hatte Genosse Paul Löbe recht, wenn er gerade auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen hat.

Diese doppelte Aufgabe in einem umfassenden Parteiprogramm zu erfüllen, ist von brennender Notwendigkeit. Die Jugend verlangt nach einem solchen Programm. Die bürgerlichen Parteien haben das begriffen. Sie versuchen in der letzten Zeit, ihr Programm in einer Art „nationalistischem Erneuerungsprogramm“ zusammenzufassen. Sie gewinnen damit auch Einfluß auf die Parteien, die eigentlich programmatisch auf den Liberalismus festgelegt sind. Es vollzieht sich damit nichts anderes als die programmatische Formulierung einer Rechtsentwicklung, der leider auch in Europa westliche demokratische Kräfte einen ungebührlichen Vorschub leisten. Diese Rechtsentwicklung wird von diesen Kräften des Auslandes protegiert, als Folge der Erkenntnis der Tatsache, daß die Deutschen die besten Soldaten sind. Ich glaube, wir alle haben das Bewußtsein, es wäre um das Schicksal unseres Volkes besser gestellt, wenn wir die besten Zivilisten der Welt wären. (Beifall.) Was sich vollzieht, ist eine geistige Renaissance der Reaktion, der wir durch ein geistig mitreißendes Manifest entgegentreten

müssen. Noch einmal sei Genosse Nölting zitiert: Wir werden nur dann die Hürde der 34-Prozent-Grenze nehmen, die uns überall bei den Wahlergebnissen ein Halt geboten hat. Gestern hat Carlo Schmid ein Wort am Rande ausgesprochen, indem er sagt — damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der uns am Herzen liegt —: „Man krebst mit der angeblichen Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratischen Partei“. Wir haben gerade in Nordrhein-Westfalen kulturelle Auseinandersetzungen hinter uns, in denen es den anderen darum ging, uns als eine Art gottlosen Heidenhaufen zu denunzieren. Wir erleben, daß man unter zivilisationsbenachteiligten Kreisen der Bevölkerung einen gewissen Eindruck mit so etwas schindet. (Heiterkeit.) Es gilt hier zunächst, die Substanz aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Genossen Ollenhauer zu erkennen, nämlich die katholische Restaurationstendenz einer bestimmten Europa-Idee mit der Konsequenz Rumpf-Europa. Dazu gehört notwendigerweise auch ein Rumpf-Deutschland. Wir Sozialdemokraten haben gestern erklärt, daß wir uns mit diesem Rumpf-Europa, das durch die Namen de Gasperi, Franco, Salazar und Adenauer repräsentiert wird, nie werden abfinden können. Mit einem Rumpf-Deutschland werden wir uns noch weniger abfinden können. Die nationale Zerreißung wird in unserem Volk durch einen Prozeß der geistigen Separation ergänzt, der sehr gefährliche Dimensionen angenommen hat. Vom Geistigen her droht die Gefahr, daß Deutschland in zwei vollends voneinander getrennte Deutschlande zerrissen wird. Ein Prozeß der gewollten geistigen Separation ist im Gange. Hier gilt es festzustellen, daß die protestantische Bevölkerung Deutschlands zu einem Deutschland ohne die Wartburg ebensowenig ja sagen kann, wie die Katholiken zu einem Deutschland ohne den Kölner Dom ja sagen können. (Beifall.)

Ich habe von der gewollten inneren geistigen Trennung gesprochen, und ich sagte, ich spreche aus der Perspektive des Landes Nordrhein-Westfalen, wo in der klerikalen Kulturpolitik geradezu laufend Beispiele für diese Gewolltheit gegeben werden.

In diesem Lande ist es uns nicht gelungen — und damit komme ich zu einer zweiten Perspektive dieses Problems —, ein Landtagsmandat in direkter Wahl zu erobern, wenn die konfessionelle Struktur mehr als 40 Prozent Katholiken in dem Wahlkreis aufwies. Da zeigt sich ein überaus ernstes Problem. Wir erleben immer wieder — da genügt kein Lamentieren —, daß sich die Kirche bereit findet, sich zur Weltanschauungspartei zu machen und in entscheidenden Auseinandersetzungen die Kaplanität auf die Barrikade steigt und den vorparlamentarischen Raum zum Rekrutierungsbüro Adenauers macht. Wir haben uns das oft vor Augen gehalten. Wir haben in Nordrhein-Westfalen unsere Positionen in einer Formel zusammengefaßt, indem wir sagten: Wir wollen nicht die Entkirchlichung des Menschen, aber wir wollen als Sozialdemokraten auch nicht die Verkirchlichung des Staates. (Beifall.) Der katholische Lehrerverband hat in einem Offenen Brief darauf geantwortet — und er scheint diesen Unterschied nicht zu begreifen —, wer nicht die Entkirchlichung des Menschen wolle, der müsse doch die Verkirchlichung des Staates wollen! Wir wollen, daß kirchliche und religiöse Zugehörigkeit eines jeden Menschen eine Angelegenheit seiner individuellen Gewissensentscheidung ist und nicht Sache einer Partei. Es ist aber Sache unserer Partei, dagegen zu kämpfen und zu verhindern, daß der Staat zu einem Hilfsinstrument einer religiösen Glaubensgemeinschaft gemacht wird. Gestern hat Koos Vorrink, der Vertreter unserer holländischen Genossen, auf die holländischen Erfahrungen hingewiesen. Die Geschichte und die Erfahrung zeigen, daß jede Partei und jedes Volk ihre eigenen Wege gehen muß. Die geistige Architektur unserer Sozialdemokratischen Partei ist weit genug, um allen geistigen

Kräften, die die Menschenwürde respektieren, Raum zu geben. In dem Frankfurter Entwurf der Grundsätze der Sozialistischen Internationale ist dies angeklungen, es wird weiterentwickelt werden müssen!

Was mir am Herzen liegt, ist die programmatische Formulierung dieser Orientierung, die im eigentlichen Programm ihren Ausdruck finden muß. Um diese Orientierung weiterzuentwickeln, müssen wir positive Auseinandersetzungen mit den sozialpolitischen progressiven Kräften im Katholizismus und mit den sozial- und nationalpolitisch progressiven Kräften auch in der protestantischen Kirche suchen. Das scheint mir wichtig zu sein, weil die soziale und die geistige Separation die territoriale zu ergänzen droht und dann Deutschland endgültig auseinandergerissen sein wird.

Unserer Partei hat es immer einen besonderen Rang gegeben, daß wir gegen jeden Herrschaftsanspruch gekämpft haben, gegen den Herrschaftsanspruch von Völkern und Nationen wie gegen den Herrschaftsanspruch von Klassen und Gruppen. So wollen wir wie im Politischen und Wirtschaftlichen gegen jeden Herrschaftsanspruch auch im Geistigen kämpfen, denn unsere Partei ist nicht nur eine politische Partei, sondern sie ist auch eine Kulturpartei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henfler: Das Wort hat der Genosse Lüdemann.

Lüdemann, Preetz:

Genossinnen und Genossen. Das Verhalten der Adenauer-Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien in der Frage des Bundeswahlrechts verdient bestimmt unser größtes Mißtrauen. Wichtig und notwendig ist, zu ihren Bestrebungen eine klare Haltung einzunehmen und ihnen eine Forderung unserer Partei entgegenzusetzen. Ich freue mich deshalb, daß im Entwurf des Aktionsprogramms die Formulierung steht, daß wir grundsätzlich ein Wahlrecht fordern, das die Zersplitterung der Parteien bekämpft und die Bildung von stabilen Regierungen erleichtert. Es steht aber in dem Entwurf anschließend ein Satz, der hiermit im vollkommenen Widerspruch steht. In ihm wird irrtümlich gesagt: „Das gegenwärtige Wahlrecht für den ersten Bundestag entspricht diesen Forderungen.“ Das ist nicht der Fall, denn dieses Wahlrecht zum ersten Bundestag war ja ein Proportionalwahlrecht, das die Zersplitterung der Parteien begünstigt. Der Beweis ist ja durch die Zusammensetzung des ersten Bundestages erbracht. Während in direkter Wahl überhaupt nur fünf Parteien Mandate bekommen haben, sitzen im Bundestag jetzt zehn Parteien, das heißt fünf Parteien mehr, die nicht ein einziges Mandat in direkter Wahl erworben haben und jetzt über 43 Abgeordnetensitze verfügen, darunter 15 kommunistische Mandate. Ich werde daher beantragen, daß dieser Satz — aber nur dieser eine Satz — in dem Programmentwurf gestrichen wird.

Von dieser Stelle aus möchte ich unsere württembergischen und badischen Landsleute dazu beglückwünschen, daß es ihnen gelungen ist, den schwarzwäldlerischen Leoniden eine Niederlage zu bereiten und zur Gründung eines einheitlichen schwäbischen Bundeslandes zu kommen. Das ist ein höchst erfreulicher Fortschritt, bei dem wir aber auf keinen Fall stehenbleiben dürfen. Nicht nur Süddeutschland hat Anspruch auf bessere innerstaatliche Ordnung, sondern im gleichen, vielleicht in größerem Maße auch Norddeutschland.

Meines Erachtens ist es nicht sehr glücklich, daß in dem Entwurf des Aktionsprogramms die Forderung nach einer Neugliederung der Länder sich auf das Grundgesetz stützt, denn die Forderung der Sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiet ist viele Jahrzehnte alt. Wir

sollten nicht den Eindruck erwecken, daß wir die Neugliederung der Länder nur deshalb fordern, weil sie im Grundgesetz vorgesehen ist.

Über die Vertriebenen sind zu meiner großen Freude auf diesem Parteitag viele ausgezeichnete Worte gesprochen worden. Ich will dem nichts hinzufügen. Es gibt kein besseres Wort als das von Erich Ollenhauer, daß die politische Heimat der Heimatvertriebenen bei uns die deutsche Sozialdemokratie ist. Wir sollten nur vielleicht noch etwas mehr tun, um dies in den Kreisen der Heimatvertriebenen bekanntwerden zu lassen; denn diese acht Millionen Menschen werden bei der nächsten Bundestagswahl eine sehr bedeutende Rolle spielen.

Ich will noch folgendes dazu sagen: Die Anregung unseres Freundes Paul Löbe, eine ganz kurz formulierte Plattform für die nächste Bundestagswahl zu schaffen, ist ausgezeichnet. Ich möchte nicht den Anfang machen, Forderungen hinzuzusetzen. Damit verliert der Grundgedanke an Wert. Ich empfehle aber, dort, wo von einer Verbesserung des Lastenausgleichs gesprochen wird, auch zu sagen, daß die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen als dringlich betrieben werden soll. Nicht allen Delegierten wird bekannt sein — so zahlenmäßig ist es erst vor wenigen Tagen von Herrn Ministerialdirigent Mittelmann im Bundesvertriebenenministerium vor einem Ausschuß der Vereinten Nationen ausgesprochen worden —, daß von unseren Heimatvertriebenen bis jetzt erst 35 Prozent in das deutsche Wirtschaftsleben eingegliedert worden sind. Wir sollten deutlich aussprechen, daß wir auch in dieser Richtung entschieden wirken wollen.

Zu dem Programmwurf möchte ich noch eine zweite Anregung geben. In dem Abschnitt über die Vollbeschäftigung wird sehr gut gesagt, daß mit verschiedenen Methoden die Arbeitslosigkeit usw. in den Notstandsgebieten bekämpft werden soll. Ich möchte vorschlagen, noch einen Satz anzufügen, in dem wir sagen: Durch planmäßige Förderung des Verkehrs auf Schiene und Straße sind die notleidenden Randgebiete der Republik — da sitzen ja hauptsächlich die Vertriebenen und die Heimatlosen — mehr an die Zentren der industriellen Produktion heranzubringen.

Der Berechtigung meines Vorschlages kann wohl nicht widersprochen werden. Daß es in der Bundesrepublik ein Land gibt, in dem heute trotz des von der Adenauer-Regierung so oft gerühmten wirtschaftlichen Aufstiegs noch immer durchschnittlich 20 Prozent der arbeitsfähigen Menschen arbeitslos sind und davon mehr als die Hälfte dauernd, das heißt über ein Jahr, ist ein Skandal und eine schwere Anklage gegen das Adenauer-Kabinet und gegen die von den Herren Storch und Erhard betriebene liberale Arbeits- und Wirtschaftspolitik.

Ich will das Thema der Umsiedlung nicht anschnitten. Notwendig ist aber, zu einem Bevölkerungsausgleich und zu einem Ausgleich der arbeitsfähigen Menschen zu kommen, wenn wir zu einer Vollbeschäftigung in allen Teilen des Bundes kommen wollen.

Wir sind nicht reich genug, um es uns leisten zu können, im Norden der Republik dauernd ein Land bestehen zu lassen, das von schweren sozialen Spannungen erfüllt ist und in dem schon einmal der Anfang für den Aufstieg des Abenteurers Adolf Hitler gemacht worden ist, der bekanntlich in Schleswig-Holstein zuerst den großen Wahlerfolg von 51 Prozent der abgegebenen Stimmen im Juli 1932 erzielt hat. Es ist ganz klar, daß verzweifelte Menschen — und das müssen die Vertriebenen ja sein, die bei uns sieben Jahre lang ohne Arbeitsgelegenheit, ohne die notwendige Wohngelegenheit sind — nicht weniger als 180 000 von ihnen leben heute noch in Notunterkünften und Massenlagern —, für die Lockrufe irgendwelcher

politischer Abenteurer, ob sie nun unter der Firma BHE oder irgendeiner anderen neuen Firma segeln, besonders anfällig sind. Deshalb ist es ein wichtiges politisches Anliegen, dieses Land zu sanieren, damit wir nicht noch einmal, von Norden ausgehend, eine politische Katastrophe oder auch nur die Ansätze dazu erleben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich muß zunächst mitteilen, daß jetzt die Liste der Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes abgeschlossen ist. Das Wort hat nunmehr der Genosse Vittinghoff, Hamburg.

Vittinghoff, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Ich habe nur eine kurze Erklärung im Namen der Delegierten der Landesorganisation Hamburg abzugeben. Ich bitte Sie, den Antrag Nr. 57 zu Punkt 5 kurz einzusehen. Der Parteitag hat alle Anträge, die das Aktionsprogramm betreffen, an die Redaktionskommission überwiesen. Wir haben selber dafür gestimmt, weil wir wünschten, eine möglichst rationelle Behandlung in der Beratung des Aktionsprogramms zu sichern.

Unser Antrag wurde in Hamburg aus Sorge um das Aktionsprogramm, das der Parteivorstand vorgelegt hat, formuliert. Wie Sie sehen, handelt es sich nicht um materielle Vorschläge zur Ab- oder Umänderung des Programms, sondern lediglich um die Methode der Verabschiedung. Wir stellen uns vor, daß unser Programm das Kraftfeld für die Aktionen unserer kommenden Kämpfe sein muß. Wir hoffen und wünschen, daß es der Redaktionskommission gelingt, dem Parteitag einen Programmentwurf vorzulegen, der hier möglichst einhellige Zustimmung findet. Und auch nur so wollen wir von Hamburg aus die Dinge sehen.

Gegen einen einzigen Punkt haben wir eine Einwendung zu machen, und wir behalten uns vor, falls die Ergebnisse der Redaktionskommission in diesem Punkte nicht zufriedenstellend sind, auf unseren Antrag zurückzukommen und ihn noch einmal zur Debatte zu stellen.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat jetzt Genosse Eberhard Brünen; ihm folgt der Genosse Schroth, Solingen.

Brünen, Duisburg:

Genossinnen und Genossen! Genosse Löbe sprach davon, daß es unsere Vorfahren bei der Schaffung des Erfurter Programmes leichter gehabt hätten als wir heute. Ich finde, das ist nur eine halbe Wahrheit. Unsere Vorfahren hatten es in einer Beziehung leichter, in einer anderen aber schwerer; denn es fehlte ihnen an den Erfahrungen, die uns eigentlich zugewachsen sein müßten.

Es ist aber gar nicht das Problem, ob es der eine oder andere leichter oder schwerer hätte; das Problem ist vielmehr, daß wir über das Erfurter Programm nicht hinausgewachsen sind, es nicht überwunden haben. Dem Aktionsprogramm und seinem Fundament — und ein Aktionsprogramm steht immer auf einem grundsätzlichen Fundament — fehlt die Klarheit, die aus der Überwindung des Erfurter Programms und aus dem Fertigwerden mit ihm erwachsen sein müßte.

Das Aktionsprogramm muß sowohl eine Plattform für den kommenden Wahlkampf als auch — wenn ich den Genossen Eichler recht verstanden habe — Richtlinie für die Tätigkeit einer sozialdemokratischen Regierung heute und morgen sein. Wir brauchen ein Aktionsprogramm, das auf einem klaren grundsätzlichen Fundament aufgebaut ist. Daher dürfen alle jene

Dinge, von denen Genosse Eichler gesagt hat, daß sie noch nicht genügend gesammelt, genügend durchleuchtet und genügend in unsere Erkenntnis eingegangen seien, nicht ins Aktionsprogramm aufgenommen und besonders nicht in dem einleitenden Teil als geklärt einfach vorweggenommen werden. Die Tatsache, daß wir noch im Grundsätzlichen ringen, sollte berücksichtigt werden. Man sollte nicht das Ungeklärte als Grundlage für dieses Aktionsprogramm benutzen. Das geschieht aber in viel zu starkem Ausmaß. Wir gehen ungeheuren schweren Belastungen entgegen, die wir nicht ertragen werden, wenn nicht die Erfahrungen Weimars und des zweiten zitierten Ereignisses, der Oktoberrevolution, ausgewertet sind und die dadurch gewonnenen grundsätzlichen Erkenntnisse ihren Niederschlag als Grundlage des Aktionsprogrammes gefunden haben. Das mag eine kühne Behauptung sein. Die Geschichte wird sie zu prüfen haben.

Notwendig ist also eine klare und scharfe Umgrenzung im Grundsätzlichen unter Verwertung der Erfahrungen und Erkenntnisse der alten Programme und unter Aufdeckung und Wertung der Ursachen des Zusammenbruchs 1933. Das schließt auch eine gewisse Kritik an der „Regierungskunst“ der Vergangenheit ein. Sie ist gerade deshalb notwendig, weil das Aktionsprogramm ja eine Richtlinie für die Entwicklung einer neuen Regierungskunst sein soll. Ein Aktionsprogramm aber soll ja das Programm sein für die Aktionen, in die wir morgen und übermorgen hineingehen und die in einer näheren Zukunft abzusehen sind. Das besagt sein Name, und ich glaube, Genosse Eichler hat durchaus empfunden, daß der Name nicht ganz zutreffend ist. Am Anfang soll aber das Bewußtsein und der Wille stehen, daß wir mit den Aktionen die politische Macht für die Sozialdemokratische Partei erobern wollen, um eine bestehende Ordnung zu überwinden und durch eine neue zu ersetzen.

Es sollte die Erkenntnis hinzugefügt werden, daß diese Aufgabe in einer Zeit gestellt ist, von der Genosse Schumacher noch gesagt hat, daß „die Staatsgewalt von der Besatzungsmacht ausgeht“. Das Aktionsprogramm sollte jeder Formulierung der Aktionsthesen eine klare, scharfe Skizze der Lage mit ihren wesentlichsten Merkmalen, ihren Gesetzen und Tendenzen vorausschicken und daraus die Aktionsforderungen zwingend als notwendig ableiten. Ich meine, daß das nicht in dem für die so gefährliche Zeit notwendigen Ausmaße geschieht. Nach meinem Dafürhalten enthält es so viele unklare, wenig scharf umrissene Formulierungen aus vergangenen Zeiten, die jetzt unseren Leuten draußen, die ja mit diesem Programm die gestellten Aufgaben, die Eroberung der Mehrheit der Massen zur Durchsetzung unseres Wollens, zu bewerkstelligen haben, nicht die notwendige Klarheit für diesen Kampf geben.

Man sollte nicht in die grundsätzliche Seite des Aktionsprogrammes das, was problematisch und ungeklärt ist, als geklärt hineinnehmen, um darauf Thesen für den Tag und Forderungen für die Aktionen aufzubauen. Das wird sich für die Arbeit nicht als erfolgreich erweisen, und wir werden dann wiederum unnötige Schläge einstecken müssen. Für uns kommt es doch darauf an, durch unser Aktionsprogramm und die dadurch ausgelösten Aktionen das so erschütterte Vertrauen in der Millionenmasse wiederzugewinnen, das blinde Vertrauen, das bereit ist, wenn die Partei zur Hergabe des letzten Einsatzes und des letzten, was der Mensch zu geben hat, ruft, diesem Rufe zu folgen, auf daß uns für alle Zukunft ein zweites 1933 erspart bleibt! Es gilt, den Ansatz zu schaffen zur Erreichung unseres Zieles, der Eroberung der Macht durch die Sozialdemokratie, und damit den ersten Schritt zur Überwindung der bestehenden Ordnung zu tun! Eine neue Gesellschaft zu formen! Wir brauchen ein Aktionsprogramm, damit die Partei dieses Ziel ernsthaft heute und morgen in Angriff nehmen kann. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Schroth, Solingen, ihm folgt der Genosse Grunner, Berlin.

Schroth, Solingen:

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Schon Nürnberg brachte den Wunsch, aus dem Zustande des Improvisierens heraus- und zu einer planvollen und systematischen Arbeit nach einem Programm zu kommen. Dieser Wunsch ist auf den folgenden Parteitag in Düsseldorf und Hamburg in einem viel stärkeren Maße zum Ausdruck gekommen und mündete schon vor mehr als zwei Jahren in dem Auftrag an den Parteivorstand, in einer Programmkommission nun ein wirklich brauchbares, dem Augenblick angepaßtes und den gesellschaftlichen Gegebenheiten entsprechendes Programm auszuarbeiten. Es ist also nicht zutreffend, wenn man sagt, daß wir unter Zeitdruck gestanden hätten. Wir sind der Auffassung, daß zwei Jahre nicht ausreichen, alles zu erkennen und wissenschaftlich zu erforschen, daß aber zwei Jahre durchaus ausreichen, etwas wesentlich Besseres zu sagen als das, was hier gesagt worden ist, und sich auch klarer und eindeutiger mit den Problemen von heute abzufinden. Es ist durchaus richtig, daß dieses Aktionsprogramm der Partei mit der großen außenpolitischen Aufgabe, die gleichzeitig auch die große innenpolitische Aufgabe der Partei ist, beginnt, nämlich mit der Wiederherstellung der deutschen Souveränität und der deutschen Unabhängigkeit und mit der Frage der Bildung eines echten Groß-Europas.

Wenn wir aber die jetzt vorliegenden Verträge — im EVG-Vertrag und dem Generalvertrag — bekämpfen, wenn wir uns gegen den Schumanplan wenden und wenden müssen, dann wird es auch notwendig sein, zu sagen, warum wir uns dagegen wenden und ihren Charakter als den Versuch der Restauration und der Festigung der Klassenherrschaft der Besitzenden darzustellen. Ich habe den Eindruck, als versuchten wir, das schamhaft zu verschweigen. Wir müssen klar zum Ausdruck bringen, daß eine Vereinigung Europas in dieser Form nicht nur für die deutsche, sondern ebenso sehr für die von ihr erfaßte europäische Arbeiterschaft eine Gefahr ist. Gerade das ist klar und eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Das sollte man mehr tun, als es hier geschehen ist.

Eine wesentlich wichtigere Frage, die damit im Zusammenhang steht und der ich eigentlich den größeren Teil meiner Ausführungen widmen möchte, ist das Wirtschaftsprogramm. Hier müßte etwas über den Ausbau der vernachlässigten Grundstoffindustrien Kohle-, Eisen- und Energiewirtschaft und über die von der Bundesregierung sehr stark gegebenen Subventionen gesagt werden. Wenn ich einmal auf das, was Erik Nölting in den Dezembertagen des Jahres 1945 sagte, zurückgreifen darf, dann müssen wir feststellen, daß der deutsche Arbeiter den aus Anlaß des Bergarbeiterprogramms ausgestellten Wechsel durchaus eingelöst hat. Ist das aber im gleichen Maße mit dem Wechsel der Fall, den die regierenden Schichten Deutschlands für die Arbeiterschaft ausgestellt haben? Wir haben in Nordrhein-Westfalen und in Hessen das Sozialisierungsgesetz beschlossen. Das sind hoffnungsvolle Anfänge. Und wir münden in diesem Kampf im Mitbestimmungsrecht und finden hier doch wahrhaftig eine ganze Menge Dinge, die wir zu beanstanden haben und die sehr weit von dem entfernt sind, was wir einmal erhofften, und von denen wir in den Jahren 1946 und 1947 glaubten, daß sie Tatsache werden würden. Eine Subvention an die Großindustrie ohne gleichzeitige Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft in der Großindustrie dürften wir nicht einfach und ohne weitere Kommentare hinnehmen.

Eine weitere Frage ergibt sich aus der Industrieförderung; das ist die Förderung der Exportwirtschaft. Zur Zeit werden alle in der Großindustrie investierten Kapitalien zum großen Teil dazu benutzt, den Verkauf und nicht den Ausbau durchzuführen. Ich denke beispielsweise an das, was das RWE mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln getan hat. Subventionen können nicht die Aufgabe haben, billige Elektrizitätsapparate in die Bevölkerung zu bringen, um damit den Stromabsatz zu vermehren. Sie können nur die Aufgabe haben, notwendige Produktionseinrichtungen zu schaffen und dafür zu sorgen, in weitestem Maße das, was die Arbeiterschaft im Betriebe notwendig hat, auch wirklich zu schaffen.

Die Beihilfen, die von der Kleinindustrie an die Großindustrie gegeben werden müssen, schaffen große Verärgerungen. Ich glaube, hier wäre für uns ebenfalls eine breite Möglichkeit gegeben, einmal in den Kreisen der mittleren und kleineren Wirtschaft das zu sprengen, was schon Heinz Kühn und gestern Erik Nölting als die Frage der Verkrustung und Überspringung der 34-Prozent-Hürde bezeichnet hat.

Das Aktionsprogramm mag und muß überarbeitet werden. Es muß aber insbesondere in seiner Sprache und in seinen Formulierungen wesentlich klarer werden und muß auf solche Dinge eingehen, die bisher allzuwenig Beachtung in der Sozialdemokratischen Partei gefunden haben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Josef Grunner.

Grunner, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Soeben ist ein Berliner Entwurf zum Dortmunder Aktionsprogramm verteilt worden, und dazu möchte ich ein paar Worte sagen.

Wir Berliner wollen keinen Gegenentwurf einbringen. Nach einer regen Versammlungstätigkeit in unserer Partei über das Aktionsprogramm wurde in Berlin eine Programmkommission gebildet, welche die Aufgabe hatte, einige Verbesserungsvorschläge nicht nur aus Berlin, sondern auch aus den anderen Kreisen, wie sie im „Neuen Vorwärts“ veröffentlicht worden sind, und unter Hinzunahme der Erfahrungen der Sozialistischen Internationale auszuarbeiten.

Dies ist eine technische Arbeit gewesen. Die Durchnummerierung der Absätze kann fallen, wenn das Dortmunder Aktionsprogramm seine Formen gefunden hat.

Im Telegrammstil möchte ich einige Gedanken vortragen, die mir bei dem Referat des Genossen Eichler gekommen sind und die im Berliner Entwurf zum Teil berücksichtigt worden sind und teilweise vom bisherigen Entwurf abweichen.

Ich habe sieben Punkte anzusprechen, erstens die Sozialisierung. Ich bin der Meinung, daß in dem Entwurf enthalten sein muß, daß nicht nur Kohle und Stahl sozialisiert werden müssen, sondern auch die Schwerchemie und Energie.

Zweitens sollten wir nicht nur sagen, was wir sozialisieren wollen, sondern auch, was wir nicht sozialisieren wollen. Das ist für die Agitation und für den Wahlkampf wichtig. Darum haben die Berliner geglaubt, Ihnen empfehlen zu müssen, in Punkt vier des Entwurfs hineinzulegen: Handel, Handwerk, Bauerntum, Klein- und Mittelbetriebe werden selbstverständlich nicht sozialisiert, sondern in ihrer privaten Initiative unterstützt.

Im übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit eine persönliche Auffassung aussprechen, die vielleicht auch von anderen Genossen geteilt wird. Was hier im Kapitel Sozialisierung steht, beschränkt sich hauptsächlich auf die Verstaatlichung. Ein Aktionsprogramm muß die Unterschiede zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung deutlich herausstellen. (Beifall.)

Unsere politischen Gegner, besonders in Berlin, beschimpfen uns oft mit der ungerechten und verlogenen Identifizierung unserer Vorstellungen von der sozialisierten Wirtschaft mit dem territorialen Regime des östlichen Staatskapitalismus. Der Unterschied zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung ist folgender. Er ist im Berliner Entwurf nicht enthalten. Das sage ich hier als persönlichen Diskussionsbeitrag. Während die Leitung der Betriebe und die Verfügungsgewalt im verstaatlichten Betrieb nur in einer Hand, in der Hand des Staates, des Landes oder der Gemeinde liegt, haben im sozialisierten Betrieb drei Gruppen die Leitung des Betriebes und die Verfügungsgewalt über den Betrieb: a) der öffentliche Eigentümer oder Besitzer, b) die Industriegewerkschaft des Betriebes, c) die Genossenschaft der Abnehmer der Produkte dieses Betriebes, also bei der Produktion von Konsumgütern die Konsumgenossenschaft. Diese Dreiteilung ist für den Produktionsplan und die Preisgestaltung wichtig. Die sozialisierte Wirtschaft wird keine Monopolwirtschaft sein, sondern eine Wettbewerbswirtschaft! Der Kampf, den wir um die Sozialisierung der verstaatlichten Betriebe führen müssen, wird ein Kampf gegen die Bürokratie und die Bürokratisierung sein, der nicht nur populär ist, sondern auch wichtig! (Beifall.)

Die Unterschiede zwischen Verstaatlichung und Sozialisierung sind vielen Menschen nicht klar. Ich stelle hier ketzerisch die kühne Behauptung auf, daß dieser Unterschied nicht einmal allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei bekannt ist. Dabei ist es nur meiner persönlichen Feigheit zuzuschreiben, wenn ich nicht gesagt habe, auch nicht allen Funktionären bekannt.

Zweitens: Die Vollbeschäftigung ist nicht nur eine Forderung der Humanität. Im Punkt 86 des Berliner Entwurfs steht, daß die Politik der Produktionssteigerung die Eingliederung brachliegender Arbeitskräfte erstrebt. Ein Genosse hat in der Diskussion schon gesagt, daß damit auch die wichtigsten Probleme der Sozialpolitik gelöst werden.

Drittens: Die wirtschaftlichen Machtstellungen sind nicht nur zu zerschlagen, sondern nach Punkt 90 des Berliner Entwurfs ist es andererseits notwendig, Konzentrationsformen, welche die Produktion steigern und verbilligen, zu fördern. Sie bedürfen jedoch strenger demokratischer Kontrolle! Es würde jeder Planwirtschaft ins Gesicht schlagen, wenn dies unberücksichtigt bliebe.

Viertens. Ich komme zum Wehrbeitrag. Im Kalten Krieg entscheiden die besseren sozialen Leistungen, sagte Genosse Preller. Damit hat er uns allen aus dem Herzen gesprochen. Ich glaube aber, daß man nicht nur sagen soll, daß wir über den Wehrbeitrag so lange nicht sprechen wollen, bis nicht die nötigen sozialen Voraussetzungen gegeben sind. Punkt 15 des Berliner Entwurfs sagt darum: Ein Staat, in dem die demokratischen Grundrechte verwirklicht werden und eine Politik sozialer Sicherheit durchgeführt wird, muß auch bereit sein, seine Freiheit mit militärischen Mitteln zu verteidigen. (Beifall.)

Ich stelle dem Parteitag anheim, über diesen Satz nachzudenken. (Heiterkeit.)

Fünftens: Steuerpolitik! Wir wären jetzt schon viel weiter, wenn die Steuerehrlichkeit besser wäre. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Arbeiter und Angestellten die einzigen sind, die ehrlich ihre Steuern zahlen,

weil sie ihnen abgezogen werden, bevor sie den Lohn in die Hand bekommen. Darum unsere Forderung in Punkt 100: Es ist nicht zu verantworten, eine luxuriöse Lebenshaltung und Tausende von Autos über die steuerliche Abschreibung vom Volke bezahlen zu lassen.

Das muß meiner Ansicht nach im Dortmunder Aktionsprogramm stehen. Im übrigen besteht im ersten Entwurf ein krasser Widerspruch — das haben viele empfunden — zwischen den steuerlichen Erleichterungen, die die SPD verspricht, und den großen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die sie übernehmen will. Ich hoffe, daß die Programmkommission hier die Gewichte etwas besser verteilen wird.

Sechstens: Der Kampf um die Pressefreiheit geht weit über unsere Partei hinaus, wenn wir auch die Vorkämpfer in dieser Frage gewesen sind. Wir machen heute mehr bittere Erfahrungen damit, daß es eine reaktionäre Presse ist, die diese Freiheit genießt. Darum als Empfehlung Punkt 71 des Berliner Entwurfs nach dem Satz: Die Presse ist vor jedem Eingriff staatlicher und anderer öffentlicher Organe zu schützen. Ein zweiter, viel aktuellerer Satz: Sie muß jederzeit den Nachweis dafür liefern, daß keine undemokratischen Kräfte die Verfügungsgewalt über sie haben.

Schließlich: Das Kapitel Jugend darf nicht am Schluß des Aktionsprogramms stehen. Das sieht nicht nur optisch nicht gut aus. Die Jugend kann übrigens nicht nur durch Fürsorgebestimmungen gewonnen werden, so wichtig diese Bestimmungen auch sind. Die Jugend mit ihrem Temperament und ihrer Leidenschaftsfähigkeit kann nur mitgerissen werden, wenn sie sieht, daß sich die SPD nicht nur auf die parlamentarische Basis, sondern auch auf viele außerparlamentarische Kräfte stützt, unter denen die Jugend ein breites Betätigungsfeld hat. Um so mehr, als Mandate und parlamentarische Sitze allmählich Ernennungen auf Lebenszeit werden (Heiterkeit), die zwar wertvolle Erfahrungen dem Staat zur Verfügung stellen, die wir keineswegs missen können, die aber oftmals den Elan und die Leidenschaftsfähigkeit vermissen lassen, die einmal unsere Partei groß gemacht haben. (Beifall.)

Am Schluß muß ein Appell an das deutsche Volk stehen, sich für die Verwirklichung der in diesem Aktionsprogramm niedergelegten Ziele einzusetzen.

Die SPD soll nach meinem persönlichen Geschmack weniger eine Volkspartei werden. Das Wort hat rein akustisch eine gewisse Weichheit gegenüber harten Grundsätzen in sich, wenn auch Erich Ollenhauer für uns überzeugend eine solche Auslegung verworfen hat. Die SPD soll meiner Meinung nach eine Partei des Volkes werden, des Volkes, das sich zu ihren Grundsätzen und Zielen bekennt. Das ist keine Angelegenheit nur der Formulierung.

Das Aktionsprogramm muß schließen mit einem Bekenntnis zu den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951 festgelegt sind, nämlich — siehe Schlußsatz des Berliner Vorschlages zum Dortmunder Aktionsprogramm —: Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.

Ein solcher Schluß scheint mir wirkungsvoller zu sein als das Kapitel Jugend als Schluß unseres Aktionsprogramms. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Müller aus Bremen, Bezirk Hamburg-Nordwest.

Müller, Bremen:

Liebe Genossinnen und Genossen! Genosse Ollenhauer hat in der Eröffnungsrede zum Parteitag erklärt, man müsse die Jugend ernst nehmen. Ich hoffe, daß das bei meinen Ausführungen, die vielleicht etwas ketzerisch sein mögen, auch geschieht.

Ich möchte mich mit einer Frage befassen, die uns junge Menschen am allertiefsten berührt, mit der Wehrfrage. Meiner Ansicht nach ist es nicht ganz richtig, wenn vielleicht herausgestellt wird, daß die Jugend nur aus den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit heraus gegen einen neuen Wehrbeitrag und gegen eine Wehrdienstpflicht ist. Das ist nicht allein der Grund. Der Grund liegt nach meinem Dafürhalten hauptsächlich darin, daß besonders im 20. Jahrhundert und in unserer heutigen Situation eine Krise in der Moralauffassung besteht. Diese Krise wird immer akuter. Auf der einen Seite heißt es: Du sollst nicht töten. Das ist ein Grundsatz, der von allen übernommen worden ist. Man bestraft Leute, die Einzelmorde begehen, während man auf der anderen Seite Massenmorde damit rechtfertigt, daß sie für hohe Werte und Ziele gebracht werden müssen. Sie werden dafür sogar noch mit Orden belohnt.

Wir jungen Menschen stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht versuchen sollte, mit schlechten Mitteln ein gutes Ziel zu erreichen. Den jesuitischen Standpunkt, der Zweck heilige das Mittel, sollte man nach unserer Auffassung ablehnen.

Aber dieser menschlichen Auffassung steht eine politische gegenüber. Man kann sich sagen, durch die Aggressionspolitik Sowjetrußlands werden wir dazu gezwungen, die Werte der Menschlichkeit zu verteidigen. Man kann eine Menge dafür und dagegen sagen. Dagegen könnte man z. B. sagen, daß aus den gemachten Erfahrungen heraus das Wettrüsten noch niemals den Frieden erhalten hat.

Ich möchte mich heute nicht ausschließlich mit dieser Frage auseinandersetzen. Ich habe mich aus folgendem Grund zum Wort gemeldet: Wir sollten in der Wehrfrage eine klare Linie einnehmen. Wir sind unter den heutigen Voraussetzungen als Partei dagegen. Dabei ist es gleichgültig, ob man grundsätzlich dagegen ist oder unter diesen Voraussetzungen. Das geht aber nicht ganz klar aus dem Aktionsprogramm hervor. Es genügt nicht, daß wir etwa im Betrieb sagen: Wir sind dagegen. Wir müssen auch sagen können, unter welchen Voraussetzungen wir ja sagen. Wir haben in der Vergangenheit die Voraussetzungen eines Ja herausgestellt. Wir haben die Gleichberechtigung genannt, die soziale Sicherheit, die Einheit Deutschlands usw. Stellen wir das doch auch im Aktionsprogramm heraus.

Ich habe diese Frage anläßlich einer Kreisdelegierten-Konferenz in Bremen zur Sprache gebracht, auf der Genosse Eichler anwesend war. Dieser erklärte mir, daß es keinen Wehrbeitrag geben dürfe, bevor nicht die Einheit Deutschlands verwirklicht ist, und auch dann nur, wenn die UNO uns eine Sicherheitsgarantie gibt. Dann aber sollten wir nicht nur, sondern müßten wir einen Beitrag innerhalb einer Weltpolizeimacht leisten. Ich nehme an, daß dies nicht der persönliche Standpunkt des Genossen Eichler gewesen ist. Wenn diese Ansicht besteht, dann muß ich fragen, warum sie nicht im Aktionsprogramm ihren Niederschlag findet.

Im übrigen möchte ich an eine Resolution zur Wehrfrage erinnern, die auf dem letzten Parteitag in Hamburg gefaßt wurde. Sie hat folgenden Wortlaut: „Der Parteitag bestätigt und bekräftigt den Entschluß des Parteivorstandes, sich jeder Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln zu widersetzen. Die SPD lehnt eine Wiederaufrüstung und die Einführung einer militärischen Dienstpflicht ab“. An diesen Beschluß sind wir noch heute gebunden. Das möchte ich besonders herausstellen.

Schließlich sind wir in der Vergangenheit immer eine Partei der Wahrheit gewesen. Ich möchte dafür plädieren, daß wir auch in der Zukunft wahr und klar bleiben. Täuschen wir uns nicht darüber hinweg, daß eine ganze Menge junger Menschen in unserer Partei eine Heimat gefunden hat, nicht zuletzt deshalb, weil sich unsere Partei zum Fürsprecher der jungen Menschen in der Wehrfrage gemacht hat. Sagen wir den jungen Menschen ganz genau, wie wir zu dieser Frage stehen, auch wenn wir einmal die Regierung stellen; denn das Aktionsprogramm von heute soll ja eventuell mal das Regierungsprogramm von morgen werden. Sagen wir der Jugend, wann wir zur Wehrfrage ja sagen. Man sollte auch mit unpopulären Forderungen in den Wahlkampf gehen. Dann sieht die Bevölkerung, daß wir es tatsächlich ernst mit unseren Forderungen meinen und den Mut haben, etwas auszusprechen, was vielleicht etwas unangenehm sein kann. Darum möchte ich bitten, in das Aktionsprogramm aufzunehmen, daß, bevor nicht die Einheit Deutschlands verwirklicht ist, keine Entscheidung über die Wehrfrage fallen darf, und daß dann die Wehrfrage erneut zur Diskussion gestellt wird. Wenn wir die Einheit Deutschlands als Voraussetzung für einen gesunden europäischen Staat sehen, dann müssen wir die Einheit Deutschlands hier auch als Voraussetzung betrachten.

Aber ich will mich nicht auf die Einheit Deutschlands als einzige Voraussetzung festlegen. Ich meine aber grundsätzlich, daß die Voraussetzungen eines Ja der Sozialdemokratischen Partei zum Wehrbeitrag genau festgelegt werden müssen. Ich möchte darum für Punkt 80 plädieren, der zu dieser Frage vorliegt und sinngemäß besagt, daß unter den Bedingungen der Spaltung und Ungleichheit im Augenblick kein Wehrbeitrag gegeben werden soll. Diese Anträge finden hoffentlich bei der Redaktionskommission Zustimmung und im Entwurf ihren Niederschlag. (Beifall.)

Vorsitzender Hensfler: Als letztem Redner für die heutige Vormittags-sitzung erteile ich das Wort dem Genossen Helmut S c h m i d t.

Schmidt, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Nach meinem Dafürhalten hat der Entwurf zum Aktionsprogramm zwei ganz entscheidende Vorzüge; er bedeutet eine wesentliche Verbesserung gegenüber bisherigen Entwürfen. Der eine Vorzug liegt darin, daß er der deutschen Öffentlichkeit unsere Absichten für die Politik der folgenden Jahre rechtzeitig und — im Gegensatz zu den Dürkheimer Punkten — vor der Wahl bekanntgibt. Sodann ist er wesentlich konkreter als alle bisherigen Dokumente.

Vor diesen beiden Vorzügen verblaßt die Kritik im Materiellen und Formellen. Sie rückt an die zweite Stelle. Die Kritik, die in den rund hundert Anträgen enthalten ist, ist allerdings recht umfangreich und materiell durchaus beachtlich. Man muß sie aber vor folgendem Hintergrund sehen: Dieses Aktionsprogramm soll von z w e i Menschengruppen zugleich akzeptiert und verstanden werden, und zwar einmal von der Partei und unseren bisherigen Wählern, zum anderen von der Gruppe der Wähler, die wir erst gewinnen wollen. Und hier entsteht ein psychologisches Problem. Bei den Anträgen habe ich den Eindruck, daß sie im wesentlichen dartun, daß die Partei in allen ihren Bezirken und Gliederungen mit den im Entwurf niedergelegten Gedanken einverstanden ist; nur wenige Anträge wollen Streichungen oder entwickeln vollkommen konträre Gedanken. Die Mehrzahl der Anträge geht vielmehr dahin, der Zweiflergruppe, den potentiellen Wählern der SPD unsere Absichten noch klarer, noch konkreter, noch überzeugender und damit noch attraktiver zu machen.

Diese Leute, um die wir im nächsten Wahlkampf ringen, sind sehr skeptisch. Sie sind nicht dadurch zu überzeugen, daß wir etwa bloß an der

Politik der gegenwärtigen Bundesregierung Kritik üben; das tut das Aktionsprogramm auch nicht, das Aktionsprogramm ist durchaus positiv. Diese Skeptiker werden auch nicht durch bloße Schlagworte überzeugt, und der Entwurf geht ja sehr ins Konkrete, wenn er auch nicht alle Schlagworte vermieden hat. Tatsache ist aber, daß diese Leute nun einmal skeptisch sind und überzeugt werden wollen, daß die Sozialdemokratie auch wirklich in der Lage ist, diese Dinge, die sie als Zielvorstellungen im Aktionsprogramm entwickelt, auch durchzuführen. Diese Menschen müssen also das Gefühl bekommen, daß die Sozialdemokraten in der Lage sind, diese Dinge zu finanzieren. Je klarer wir in diesem Punkt sind, desto eher werden wir diese Menschen gewinnen können. Und so werden einzelne Punkte des Entwurf durchaus attraktiv wirken, andere wieder würden Schlagworte bleiben.

Beschäftigen wir uns aber nun einmal mit der Finanzierung. Wir versprechen auf der Steuerseite gewisse Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei den indirekten Steuern. Der Skeptiker wird sich sagen, daß das zu einer Verkürzung der Einnahmeseite des Bundeshaushalts führen wird; er wird sich aber gleichzeitig daran erinnern, daß die Sozialdemokraten unter anderem eine Ausweitung der sozialen Leistungen und eine Ausweitung des Wohnungsbaues versprochen haben. Er weiß, daß dies zu einer Erhöhung der Ausgabeseite führt. Dadurch wird unser Mann, der Skeptiker, vielleicht zu dem Ergebnis kommen, daß die steuerpolitischen Versprechungen der SPD gut sein mögen, daß die Tatsachen aber dafür sprechen, daß diese Zusagen nicht eingehalten werden können. Der Mann kommt also zu dem Ergebnis, daß diese Versprechungen nur Versprechungen bleiben werden. Diese Skepsis muß das Programm ausräumen. Das Programm muß dem indifferenten potentiellen Wähler sagen, wie alles finanziert werden soll. Es muß klar gesagt werden, daß diese Dinge nicht über eine inflationistische Geldschöpfung finanziert werden, und gerade dieser Vorwurf wird ja seit Jahr und Tag immer wieder der Vollbeschäftigungspolitik gemacht; damit wird bei der Bevölkerung Eindruck geschunden.

Wenn wir uns das Aktionsprogramm daraufhin anschauen, woher das Geld kommen soll, dann finden wir drei verschiedene Absichten. Man will einmal das fundierte Einkommen höher besteuern als das Einkommen aus Arbeit. Das ist zweifellos richtig und notwendig. Zweitens will man die indirekte Umsatzsteuer differenzieren und sozial nicht wichtige Güter höher belegen. Auch das ist richtig und notwendig. Drittens verspricht man sich von einer Zentralisierung der Finanzverwaltung in Deutschland die Ersparnis von einer Milliarde DM; ich persönlich halte das für außerordentlich optimistisch. Ich glaube nicht, daß das im ersten oder zweiten Jahr einer sozialdemokratischen Regierungspolitik erreicht werden kann.

Im Gesamtergebnis glaube ich, daß diese Vorstellungen, die Einnahmeseite des Bundeshaushalts zu verbessern, etwas mager sind. Jedenfalls ist dieser Punkt nicht überzeugend für die potentielle Wählerschaft, die auch von der Gegenseite entsprechend beeinflußt wird. Die Wirtschaftsfachpresse sagt, daß die Sozialdemokraten ihr Programm nicht bezahlen könnten. Das wird von Herrn Erhard und von der bürgerlich-politischen Presse und Propaganda im Wahlkampf ausgemünzt werden. Nach meinem Urteil fehlt bei den Haushaltsposten die Absicht einer Erbschaftsteuerreform nach englischem Muster. Ich will gern einräumen, daß man darüber debattieren kann, ob es richtig ist, eine solche Forderung in das Programm aufzunehmen, oder ob man eine derartige Reform durchführen will, ohne sie vorher festzulegen. Ich halte es jedenfalls für notwendig, diese Sache im Auge zu behalten, und darf in diesem Zusammenhang auf den Antrag Nr. 130 der Landesorganisation Hamburg verweisen.

Es mag sein, daß sich die Abschnitte über Steuerpolitik haushaltmäßig ausgleichen. Nicht ausgeglichen werden aber die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Sozialpolitik, des Wohnungsbaues, auf dem Gebiet der Vollbeschäftigung. Das alles kostet viel Geld. Unser Programm könnte bei böswilliger Auslegung den Eindruck erwecken, als ob wir eines Tages zu einer Defizitwirtschaft kämen. Ich darf an die Ausführungen von Erwin Schoettle erinnern, der auf dem Hamburger Parteitag erklärt hat, man dürfe in einem Programm nicht mehr versprechen, als man durchführen könne.

Hier muß auch von einer weiteren Lücke im Aktionsprogramm gesprochen werden. Es fehlt das wirtschaftspolitische Instrument des Nationalbudgets, das eine unerläßliche Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik ist, wie wir sie uns vorstellen. Ich möchte daran erinnern, daß unsere Partei bei früheren Gelegenheiten auf diesem Gebiet schon wesentlich klarere Vorstellungen entwickelt hat. Ich erinnere an den Entwurf „Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung“ des Hamburger Parteitages und weiter an die Entschließung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Parteivorstandes vom 18. Dezember 1951. Dort heißt es unter anderem: „Kapitalbeschaffung durch eine von den Unternehmungen aufzubringende Investitionsanleihe und durch Sparanreiz über eine Mehrverbrauchsbesteuerung der höheren Einkommen“, das heißt also: der Gewinne. Das ist keine große Erweiterung des Aktionsprogramms. Es gibt aber eine wesentlich klarere Darstellung, wie das Kapital aufgebracht werden soll, als der jetzige Entwurf, in dem nur von Kapitallenkung gesprochen wird, ohne zu sagen, wo und wie wir das Kapital greifen wollen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Ich bitte noch um zwei Entscheidungen, damit wir am Nachmittag etwas entlastet sind. Genosse Lorenz Knorr, Gastdelegierter, bittet, als Vertreter der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“ sich zu dem Abschnitt „Erziehung, Jugend und Familie“ des Aktionsprogrammwerfungs äußern zu dürfen. Ich hätte nichts dagegen, wenn es im Rahmen einer Redezeit von zehn Minuten geschähe. Ich bitte um Zustimmung. Das könnte dann gleich am Anfang der Nachmittagssitzung geschehen. (Einverstanden!)

Dann eine etwas kompliziertere Angelegenheit, die wir aber auch klären können. Genosse Kurlbaum hat ebenfalls um das Wort gebeten. Er ist aber lediglich Gastdelegierter. Die Franken haben ihn in die Kommission geschickt, die sich mit dem Aktionsprogramm beschäftigen soll. Angesichts der Tatsache, daß Genosse Kurlbaum im Rahmen der Bundestagsfraktion sehr intensiv auf dem wirtschaftspolitischen Sektor tätig ist, bitte ich, ohne damit einen Berufungsfall für andere Gastdelegierte machen zu wollen, dem Genossen Kurlbaum die Möglichkeit zu geben, sich im Rahmen der üblichen Diskussionszeit zu äußern. (Einverstanden!)

Beide Genossen werden heute nachmittag die Diskussion einleiten. Ich hoffe, daß alle vorliegenden Wortmeldungen erledigt werden können, vorausgesetzt, daß nicht noch weitere dazukommen und nicht jeder glaubt, mindestens zehn Minuten sprechen zu müssen! (Beifall.) Die Nachmittagsberatungen beginnen um 14.30 Uhr. Die Vormittagsberatungen sind beendet.

NACHMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Steinhoff: Wir fahren in unseren Beratungen fort. Bevor wir die Diskussion fortsetzen, erteile ich dem Genossen Voelker, Berlin, das Wort zur Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission.

Voelker, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Im Auftrage der Mandatsprüfungskommission gebe ich folgenden Bericht:

Der Parteitag setzt sich aus 384 Delegierten zusammen, davon 326 männliche und 58 weibliche. Von den 384 Mandaten entfallen 300 Mandate auf die Bezirke, 27 Mandate auf den Parteivorstand, 34 Mandate auf den Parteausschuß, 14 Mandate auf die Bundestagsdelegation und 9 Mandate auf die Kontrollkommission. Von den 384 Delegierten sind 379 anwesend. Entschuldigt fehlen fünf Delegierte. Die Fehlzahl verteilt sich mit zwei Delegierten auf den Parteivorstand, einem Delegierten auf den Parteausschuß und einem auf die Kontrollkommission. Ein Delegierter fehlt von den Bezirksdelegationen, so daß von den 300 Bezirksdelegierten 299 anwesend sind.

Die Prüfung der Kommission führte zu folgendem Ergebnis: Sämtliche Mitgliedsbücher sind kontrolliert worden. Festgestellt wurde, daß die Beiträge laufend gezahlt worden sind, so daß aus diesem Grunde keine Mandatsaberkennung zu erfolgen brauchte. Einige Genossen hatten ihre Mitgliedsbücher vergessen. Die Kommission hat mit diesen Genossen Rücksprache genommen und ihnen anheim gestellt, das Mitgliedsbuch bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung der Kommission vorzulegen. Diesen Genossen ist es möglich gewesen, zwischenzeitlich ihre Mitgliedsbücher zu beschaffen, so daß auch aus diesem Grunde keine Mandatsaberkennung zu erfolgen brauchte.

Darüber hinaus hat die Mandatsprüfungskommission Feststellungen über die Alterszusammensetzung des Parteitages getroffen und ist zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Von den 379 Delegierten gehören

zur Altersgruppe unter 30 Jahren	22, das sind 5,8 %
zur Altersgruppe 30—45 Jahre	136, das sind 35,8 %
zur Altersgruppe 40—60 Jahre	184, das sind 48,7 %
zur Altersgruppe über 60 Jahre	37, das sind 9,7 %
insgesamt also 379 Delegierte.	

Die Mandatsprüfungskommission schlägt dem Parteitag vor, die Mandate der 379 anwesenden Delegierten anzuerkennen.

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke der Mandatsprüfungskommission für ihre Arbeit. Wir stimmen darüber ab, ob Sie mit dem Vorschlag der Mandatsprüfungskommission einverstanden sind. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Die Delegationsführer der einzelnen Bezirke können umgehend die Mitgliedsbücher im Büro abholen.

Ich erteile als erstem Diskussionsredner dem Genossen Lorenz Knorr von den Falken das Wort.

Knorr, Bonn:

Genossinnen und Genossen! Die sozialistische Jugendbewegung Deutschlands „Die Falken“ ist darüber sehr erfreut, daß in der Sozial-

demokratischen Partei Deutschlands die Bedeutung, die die Erziehung im gesellschaftlichen Leben einnimmt, im wachsenden Maße berücksichtigt wird. Wir wissen, daß die Umwandlung dieser ungeordneten Gesellschaft in eine neue nicht nur durch die parlamentarische Arbeit und durch Gesetze vollzogen werden kann, sondern daß dazu auch ein neuer Mensch notwendig ist. Es ist nicht dasselbe, ob für die Mitbestimmung oder für die Selbstverwaltung auf allen Stufen Menschen am Werke sind, die als Streber oder als Egoisten nur ihre eigenen Zwecke sehen, oder ob es Menschen sind, die, von solidarischem Gemeinschaftsbewußtsein und von sozialer Verantwortung erfüllt, ihre Aufgabe wahrnehmen. Wir begrüßen deshalb den Jugend- und Erziehungsteil im Aktionsprogramm, deshalb möchten wir nicht über die Vor- und Nachteile diskutieren, wenn dieser Teil am Schluß steht. Das ist für uns zwar keine technische Angelegenheit, aber wir möchten uns gern auf andere Dinge konzentrieren.

Beim Vergleich des Erziehungsteiles des Aktionsprogramms haben wir uns unwillkürlich gefragt, was wohl die modernen bürgerlichen Erzieher dazu sagen würden. Wir haben ihre Forderungen und ihre Programme damit verglichen. Wir mußten sagen, daß sie in Einzelfällen — ich denke an das Whitehouse-Programm — weitergehen in bezug auf die Erziehung, die wir uns als sozialistisch vorstellen, als das, was im letzten Teil des Aktionsprogramms niedergelegt ist. Wir glauben, daß das entscheidende Merkmal der sozialistischen Erziehung fehlt. Es würde uns freuen, wenn in dieser Richtung noch einige Formulierungen in diesem Teil des Aktionsprogramms aufgenommen werden könnten. Unserer Auffassung nach genügt es nicht, die Klassenfrequenz von 35 zu fordern, und es genügt nicht, eine bessere Besoldung der Lehrer zu verlangen. Wir glauben, daß das doch keine ausreichende Antwort für die junge Generation ist.

Die Überschrift dieses Teiles des Aktionsprogramms „Freiheit und Toleranz“ wird jeder bürgerliche Erzieher akzeptieren und anerkennen können. Aber in diesen Begriffen ist nicht erkennbar, nach welcher Richtung diese Erziehung gehen soll. Begriffe wie „solidarisches Gemeinschaftsbewußtsein“ und „soziale Verantwortung“ müßten als Kennzeichen sozialistischer Erziehung unbedingt neben „Freiheit und Toleranz“ stehen, weil diese, alleinstehend, eine liberalistische Erziehungsauffassung dokumentieren, zu denen allein sich die sozialistische Jugend nicht bekennen kann.

Wir legen bewußt auf eine Abgrenzung gegen den Individualismus Wert, der uns vom Westen her geboten wird und der in seiner letzten Konsequenz zum schrankenlosen Egoismus und in seiner gesellschaftlichen Auswirkung zur kapitalistischen Ordnung führt, indem wir den Begriff des *solidarischen Gemeinschaftsbewußtseins* entgegensetzen. Wert legen wir auch darauf, daß wir uns ebenso abgrenzen gegen das, was uns vom Osten her in der Erziehung geboten wird, gegen den Kollektivismus, der in letzter Konsequenz auf eine Vernichtung der Persönlichkeit und der Persönlichkeitswerte hinausläuft. Dieser Abgrenzung wäre durch den Begriff der „*sozialen Verantwortung*“ des einzelnen und der bereits erwähnten *Persönlichkeitsentfaltung* Rechnung getragen.

Wir möchten gern noch auf etwas anderes hinweisen. Ortega y Gasset hat vor kurzem erklärt, daß es ein pädagogisches Paradoxum der heutigen Zeit sei, daß man junge Menschen zu einer *Gesellschaftsordnung* erziehen möchte, die sie gar nicht mehr vorfinden, wenn sie erwachsen sind. Das haben die Genossen Adler und Löwenstein schon vor Jahrzehnten erklärt. Wir glauben, daß das Bekenntnis der sozialistischen Bewegung klar und deutlich ausgesprochen werden müßte, nämlich, daß wir nicht für die heutige Ordnung, sondern für eine *Neue Ordnung* erziehen und daß diese Neu-

ordnung einen neuen Menschen verlangt. Für uns ist die Demokratie nur denkbar, wenn die Menschen die Erscheinungen des Gesellschaftslebens verstehen und wenn sie in der Lage sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Das ist heute noch nicht der Fall. Die Wahlentscheidungen werden nicht von Menschen gefällt, die fähig sind, sich die Möglichkeiten der Demokratie anzueignen, sondern von Menschen, die auf Propaganda und plumpe Lügen hineinfliegen.

Man könnte nun sagen, daß diese angeschnittenen Punkte in ein Grundsatzzprogramm gehören. Wir glauben aber, weil man zum Demokraten und Sozialisten nicht geboren wird, sondern durch bewußte Maßnahmen und Umwelt erzogen werden muß, daß auch Freiheit und Toleranz in ein Grundsatzzprogramm gehören und dann, wenn wir diese Begriffe im Aktionsprogramm erwähnen, sie so stellen müssen, daß zugleich das Unterscheidungsmerkmal unserer Erziehungsauffassung deutlich wird. Daher meinen wir, daß es nicht genügt, im Aktionsprogramm nur eine Stellungnahme zur Schulorganisation abzugeben.

In der gestrigen Besprechung des Redaktionskomitees hat ein Genosse eingeworfen, daß es noch kein sozialistisches Erziehungsziel gibt, bzw. daß dieses sehr umstritten ist. Weil diese Meinung hier in der Diskussion auftauchen könnte, möchte ich klar und eindeutig sagen: wenn das so wäre, dann gäbe es keinen sozialistischen Jugend- und Erziehungsverband. Wenn sich einige Genossen darüber nicht im klaren sind, ob es das gibt, dann möchte ich ihnen einmal empfehlen, die Gruppen der Sozialistischen Jugend- und Erziehungsbewegung zu besuchen, um am praktischen Beispiel das Erziehungsziel der sozialistischen Bewegung zu studieren.

Unser Wunsch an diesem Parteitag geht darauf hinaus, daß die wesentlichen Punkte dieses Diskussionsbeitrages mit im letzten Teil des Aktionsprogramms aufgenommen werden, weil — wie schon erwähnt — die beiden Begriffe „Freiheit und Toleranz“ zur Kennzeichnung unseres Erziehungswillens nicht genügen.

Eine einzige Bemerkung möchte ich mir zum Abschnitt Frau und Familie gestatten. Sie geht nicht so sehr nach außen, sondern vielmehr an unsere Parteigenossen. Die aufgestellte Forderung nach Gleichberechtigung nützt so lange nicht, so lange wir nicht in der Familie die Gleichberechtigung der Frau und die Gleichberechtigung des Mädchens gegenüber dem Knaben anerkennen und praktisch durchführen. (Beifall.)

Zum Jugendteil des Aktionsprogramms möchte ich bemerken, daß wir der Auffassung sind, daß in den angegebenen Punkten natürlich nur ein Bruchteil dessen zusammengedrängt ist, was die junge Generation an Anliegen hat. Wir sind uns aber ebenso darüber im klaren, daß in diesem Aktionsprogramm nicht alle Anliegen zusammengedrängt werden können. Wir haben die Hoffnung und den Wunsch, daß sich aus diesem Jugendteil des Aktionsprogramms ein sozialdemokratischer Jugendplan entwickelt. Wir wünschen, daß dieser Plan in der Schublade fertig liegt, wenn die Sozialdemokratische Partei in die Wahl geht. Nebenbei wünschen wir, ein bißchen in diese Schublade gucken zu können. Wir melden bereits unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem Jugendplan an.

Zum Schluß, Genossen, möchte ich noch sagen: Wir wären sehr erfreut, und es wäre wahrscheinlich das größte Entgegenkommen der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der jungen Generation, wenn in Jugend-, Erziehungs- und Kulturfragen die gleiche Konsequenz an den Tag gelegt wurde, wie sie die Partei bis jetzt erfreulicher- und dankenswerterweise auf dem sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Sektor an den Tag gelegt hat. Wir glauben, daß damit in der jungen Generation Kräfte frei gemacht

würden, die wir bei der Neugestaltung des demokratischen Lebens so dringend brauchen. (Reger Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat der Genosse Kurlbaum, Nürnberg, ihm folgt der Genosse Neuenkirch, Hamburg.

Kurlbaum, Nürnberg:

Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, daß mir heute Gelegenheit gegeben worden ist, zu einigen grundsätzlichen Fragen des Wirtschaftsteils des Aktionsprogramms hier Stellung zu nehmen. Nachdem schon ein Genosse aus Berlin und insbesondere der Genosse Helmut Schmidt aus Hamburg zu einigen Fragen eine Stellung genommen hat, mit der ich vollständig übereinstimme kann ich mich verhältnismäßig kurz fassen.

Es ist bekannt, daß die Bonner Koalitionsparteien in der letzten Zeit immer wieder den Versuch gemacht haben, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik dadurch zu diffamieren und herabzusetzen, daß sie Vergleiche zwischen unserer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik und dem totalitären Wirtschaftssystem östlicher Prägung oder der Zwangsbewirtschaftung der Nazizeit, gegen die das deutsche Volk mit Recht die allergrößte Abneigung hat, angestellt haben.

In diesem Zusammenhange — in der Diskussion ist ja schon auf die Frage unserer potentiellen Wähler in der Zukunft hingewiesen worden — scheint es mir wichtig zu sein, daß im Aktionsprogramm hinsichtlich unserer Wirtschaftspolitik zwei Klarstellungen vorgenommen werden. Die erste ist die Klarstellung, daß die SPD anerkennt, daß neben einem bestimmten Wirtschaftsbereich, der für die Sozialisierung in Frage kommt, auch ein weiter Wirtschaftsbereich verbleibt, für den ein echter Leistungswettbewerb allein ein durchaus brauchbares Ordnungsprinzip ist. (Sehr gut!) Dabei ist aber insbesondere darauf hinzuweisen, daß echter Leistungswettbewerb nicht etwa mit der einseitigen Unternehmerfreiheit identisch ist, die uns die Politik der Bundesregierung bisher beschert hat und die auch nach der Währungsreform so oft die Möglichkeit zu einer einseitigen Ausbeutung des Verbrauchers gegeben hat. Wir müssen auch zum Ausdruck bringen, daß ein echter Leistungswettbewerb in der Wirtschaft ein tatsächliches Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte der Hersteller, Verteiler und Verbraucher voraussetzt und daß es ein besonders wichtiger Punkt unserer Wirtschaftspolitik sein muß, durch eine fortschrittliche Lohnpolitik, durch eine fortschrittliche Sozialpolitik dieses Gleichgewicht auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Kräfte der Verbraucher herzustellen.

Die zweite Klarstellung ist die, daß die SPD entschlossen ist, indirekte und moderne wirtschaftspolitische Lenkungsmittel insbesondere der Kreditpolitik, der Zollpolitik und der Steuerpolitik zur Verwirklichung ihrer Wirtschaftspolitik anzuwenden und daß sie daher grundsätzlich zwangswirtschaftliche Maßnahmen ablehnt, daß sie zwangswirtschaftliche Maßnahmen lediglich als Notbehelf betrachtet, um z. B. eine Kriegswirtschaft oder eine durch ein Währungschaos verkrampte Wirtschaft so schnell wie möglich in einen Normalzustand überzuführen und um dann zu den indirekten, modernen Lenkungsmitteln der Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik überzugehen.

Ich glaube, daß es außerordentlich wichtig ist, auch noch ein Drittes zu erwähnen, nämlich die freie Konsumwahl, weil auch wir sie im Gegensatz zur Zwangswirtschaft fordern, die man uns immer wieder in die Schuhe zu schieben versucht. Unsere Wirtschaftspolitik hat das besondere Ziel, die

freie Konsumwahl des Individuums sicherzustellen. Diese freie Konsumwahl kann aber nicht so beschaffen sein, wie sie jetzt ist; denn jetzt ist sie nur eine formal freie Konsumwahl. Vielmehr muß eine tatsächlich freie Konsumwahl an ihre Stelle treten, indem das jetzige System der Rationierung durch den Geldbeutel durch eine soziale Preispolitik ersetzt wird.

Ich glaube, daß diese beiden Klarstellungen es uns gestatten werden, die von uns immer wieder herausgestellte Verbindung von Planung und Freiheit auch jenen Teilen der Öffentlichkeit klarzumachen, den wir gerade als den potentiellen Wähler der Sozialdemokratie betrachten. Ich glaube, daß diese beiden Klarstellungen es uns wesentlich erleichtern würden, unsere Aufgabe als große Volkspartei zu erfüllen, und daß diese beiden Klarstellungen uns den schweren Kampf, den wir gelegentlich der Bundestagswahlen vor uns haben, und den Sieg, für den wir uns rüsten wollen, wesentlich erleichtern werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henfler: Das Wort hat jetzt Genosse Gerhard Neuenkirch, Hamburg, ihm folgt der Genosse Mielke, Stuttgart.

Neuenkirch, Hamburg:

Genossinnen und Genossen!

Mit dem Sozialplan in den Ausführungen über die soziale Sicherung in unserem Aktionsprogramm ist wohl das erstmal seit vielen Jahrzehnten eine zusammenhängende sozialpolitische Konzeption entwickelt worden. Ich glaube, es ist nicht die Überschätzung aus der Sicht der eigenen Aufgaben, sondern das sind wohl Erfahrungen, die viele von Ihnen gesammelt haben, daß gerade die hier angesprochenen Fragen in der öffentlichen Diskussion, insbesondere auch mit Menschen, von denen wir glauben, daß wir sie für unsere Ziele gewinnen können, von außerordentlicher Bedeutung sind.

Vorhin ist in anderem Zusammenhange bereits erwähnt worden, daß wir aber bei allen Dingen, die wir in das Aktionsprogramm hineinnehmen, das nach dem Hinweis von Eichler das Programm der nächsten zwei oder drei Jahre sein soll, Wert darauf legen müssen, die Realitäten zu sehen. Nun möchte ich nur darauf hinweisen, daß wir zwar auf dem Gebiet der Sozialpolitik unter den Maßnahmen der sozialen Sicherung eine schlüssige, eindrucksvolle und von jedem zu unterstreichende Gesamtkonzeption entwickelt haben, daß es aber zur Beachtung der Realitäten gehört hätte, auch klarzustellen, in welcher Form und durch welche Maßnahmen des Eingreifens in das gegenwärtige System wir dieses Ziel erreichen wollen. Wir haben ja nun einmal kein Vakuum, über das man, wie in England mit dem Beveridge-Plan, etwas völlig Neues aufbauen könnte, sondern wir werden uns mit vielfältigen Schwierigkeiten auseinandersetzen haben. Diese Schwierigkeiten entstehen nicht nur dadurch, daß materielle Vorstellungen und Wünsche nicht in jeder Beziehung erfüllt werden können, wie es unserer Zielsetzung entspricht, sondern daß auch durch eine Ordnung der sozialen Gesamtsituation sich auch die Relationen zwischen den einzelnen Unterstützungsleistungen aus den verschiedensten Ansprüchen verändern. Es wird der Programmkommission sicher nicht möglich sein, zu untersuchen, wie man diese konkrete Überführung unserer gegenwärtigen sozialen Unordnung in eine wirkliche soziale Ordnung gewährleisten kann. Aber ich glaube, für die angekündigte Vorbereitung einer Ergänzung des Programms oder für die Herausarbeitung einer schlagkräftigen Wahlpropaganda oder einer Wahlzielsetzung wird es dringend erforderlich sein, auf diese Festlegung der Entwicklungsstufen im Konkreten Wert zu legen.

Ich darf weiter die Mitarbeiter der Programmkommission bitten, dem Antrag Nr. 151, der von der Landesorganisation Hamburg gestellt worden ist, ihre Beachtung zu schenken. In dem Aktionsprogramm ist auf dem Gebiete des Arbeitsrechts das Arbeitsschutzrecht überhaupt nicht angesprochen worden. Wie jeder Mitarbeiter im Betrieb weiß, ist auch das ein Gebiet, auf dem sich kaum jemand in dem Gestrüpp der sich überschneidenden und zerstreuten Bestimmungen zurechtfindet. Eine Ordnung, Zusammenfassung und Straffung ist eine Aufgabe, die gerade, um das Arbeitsschutzrecht wirklich wirksam werden zu lassen, dringend einer Lösung bedarf. Was nützt eine Vielzahl von Bestimmungen, wenn der einzelne, der sich darauf stützen soll, sie gar nicht kennt. Daneben glaube ich, daß auch bei unserer Zielsetzung eine andere Frage auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes Beachtung verdient, nämlich die Notwendigkeit, ein Mindestmaß an Arbeitsschutz als öffentliches Recht zu stabilisieren, d. h. daß nicht nur, wie wir es heute im Urlaubsgesetz und einigen anderen Gesetzen haben, dem einzelnen ein Anspruch eingeräumt ist, dem Unternehmer, dem Arbeitgeber aber keineswegs die entsprechende Verpflichtung zur Erfüllung dieses Anspruchs. Der einzelne ist gezwungen, die nicht erfüllten Ansprüche im Wege der Klage durchzusetzen, da es nicht möglich ist, ihm diesen Schutz praktisch durch die Organe der Ordnung, durch das Eingreifen der Arbeitsschutzbehörde, der Gewerbeaufsichtsämter, zu gewährleisten. Bei aller Hochachtung vor der Stärke und der Kraft unserer Gewerkschaften wissen Sie doch sicherlich alle, daß es zahlenmäßig starke und sozial besonders schlecht gestellte Berufsgruppen gibt, bei denen eben die Organisationsfähigkeit verhältnismäßig gering ist, und gerade diese müssen einen Mindestarbeitsschutz, eine Stabilisierung, eine Sicherung finden. Ich glaube, daß wir mit einer Vertiefung des Arbeitsschutzprogramms in dem Sinne des Hamburger Antrags den Arbeitnehmern, die wir ja in erster Linie ansprechen wollen, einen weiteren Beweis dafür liefern können, daß wir uns wirklich mit ihren Sorgen, mit den Sorgen und Schwierigkeiten des Menschen am Arbeitsplatz, auseinandersetzen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat jetzt der Genosse Mielke, Stuttgart, ihm folgt der Genosse Schiller, Hamburg.

Mielke, Stuttgart:

Sehr verehrte Genossen!

Der Verlauf der bisherigen Diskussion um das Aktionsprogramm ergab eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, eine Fülle von Anregungen für die Kommission, und es wäre vielleicht nicht am Platze, nun Wiederholungen vorzunehmen. Wenn ich mir trotzdem erlaube, einige Bemerkungen zu machen, so deshalb, weil die sehr vortrefflichen Ausführungen der Genossen aus Berlin und Hamburg vielleicht in der Richtung der Kulturpolitik noch ergänzt werden sollten.

Wir in Stuttgart haben uns auch über die Frage des Aktionsprogramms in dieser Richtung unterhalten und glauben, der Kommission einen Vorschlag machen zu sollen, der wohl bereits schriftlich vorliegt und dahin geht, daß man versuchen sollte, für unsere sozialistischen Vorstellungen bezüglich einer einheitlichen Schulpolitik im ganzen Bundesgebiet ein Rahmenprogramm auszuarbeiten, wie die ständige Konferenz sozialdemokratischer Kultusminister zeigt, und in das Aktionsprogramm einzufügen. Wir glauben, daß mit dieser These eine Bereicherung festzustellen wäre und daß die ganze in unserem Sinne wirkende sozialistische Lehrerschaft von diesem Programm begeistert sein würde.

Aber abgesehen davon sind die Darlegungen des Genossen Eichler wert, vielleicht einmal kritisch unter die Lupe genommen zu werden. Genosse Eichler schloß seine Bemerkungen mit der Betonung der Sachlichkeit gegenüber dem falschen Pathos, das mit den Begriffen Ehre, Vaterland, Frieden, Freiheit usw. getrieben worden sei. Genossen, hoffentlich führt das nicht wieder zu der in unserer Partei sattsam bekannten und ebenso erfolglosen Überbetonung verstandesmäßiger Argumentationen zum Nachteil der Berücksichtigung des Gefühls der Menschen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich glaube, daß wir Ursache hätten, an einer übertriebenen Intelligenz der Wähler zu zweifeln. Es gilt, die ewige 34-Prozent-Grenze zu sprengen; alle Appelle an die verschiedenen Interessengruppen in der Bevölkerung, doch bitte mit dem Verstande begreifen zu wollen, daß wir das Beste wollen, haben bisher nicht den geringsten Erfolg gehabt! Deshalb halte ich es für zweckmäßig, das Aktionsprogramm mehr vom Standpunkte der Propagandawirkung zu sehen.

Wir alle, die wir hier sind, haben doch aus der praktischen Arbeit genügend Erfahrungen gesammelt und eingesehen, daß die Mentalität der Menschen nicht nur vom Verstande erfolgreich angesprochen werden kann. Insofern scheint mir der Entwurf nicht ganz glücklich zu sein. Die Präambel sollte nach unserer Auffassung kürzer sein. Sie sollte eine feierliche Erklärung über die Gesamthaltung der Partei in allen jenen Fragen sein, die nachher nicht in Details behandelt werden. Als Vorbild der Details scheinen mir die 16 Dürkheimer Punkte immer noch klarer und konzentrierter als der vorliegende Entwurf zu sein. Wenn man ihn in einigen Punkten erweiterte und evtl. einen Kommentar anhängte, wäre meine Sorge um eine gute propagandistische Wirkung dieses Aktionsprogrammes nicht so groß. Wir müssen uns ohnedies darüber klar sein, daß der kommende Kampf außer von den Unternehmern und den interessierten Wirtschaftskreisen vom politischen Katholizismus her geführt und wahrscheinlich wieder entscheidend beeinflusst werden wird. Deshalb glaube ich sagen zu dürfen, daß die Partei auf die Dauer nicht nur in unserem Lande Südwest-Baden, sondern überall dort, wo die klerikale und konfessionelle Struktur des Landes eine besondere ist, nicht darum herumkommen wird, diese Fragen klarer zu bereinigen und zu den Problemen, die uns allen auf den Nägeln brennen, klarer Stellung zu nehmen als bisher. Vielleicht bieten hier die Ergebnisse des Evangelischen Deutschen Kirchentages, der vor wenigen Tagen in Stuttgart zu Ende gegangen ist, viel bessere Ansatzpunkte, als wir bisher geglaubt haben. Jedenfalls sollte man sich einmal die Mühe geben, das zu prüfen.

Das andere, das ich ausführen möchte, hängt ursächlich mit dem bisher Gesagten zusammen; das ist das Problem der kleinen Landwirte. Wenn wir ernsthaft die Mehrheit im Bundestag erringen wollen, dann wird es nur gelingen, wenn wir außer den Mittelstandsgruppen auch die kleinen Landwirte — nicht nur bis 2 ha, sondern bis zu 5 ha Land!, die er natürlich mit eigener Kraft bearbeitet — mehr für uns zu interessieren vermögen als bisher. Der Entwurf muß hier noch deutlicher werden. Hier liegt das propagandistische Schwergewicht des Aktionsprogrammes.

Die Gedanken, die bisher zur Einkommensteuer entwickelt wurden und die vom Genossen Eichler vorgetragen worden sind, sind mir und unseren Genossen in Stuttgart fremd. Sie widersprechen der bisherigen Auffassung der Einkommensteuerlastenverteilung. Deshalb halte ich es für notwendig, diese Auffassung sehr kritisch zu überprüfen, bevor sie in das Aktionsprogramm eingearbeitet wird.

Im übrigen scheint mir das Argument bevorstehender Kommunalwahlen nicht genügend stichhaltig zu sein, diesen Programmentwurf ohne sorg-

fältigste Prüfung so schnell zu verabschieden, wie bisher die Diskussion darüber stattzufinden hatte. Die 16 Dürkheimer Punkte zeigen, daß, wenn die allgemeine Richtung feststeht, der Parteivorstand sehr wohl in der Lage ist, eine brauchbare Wahlplattform zu schaffen, die auch als Regierungsprogramm dienen kann.

Aber eins steht fest, wir dürfen nicht programmgläubig sein, etwa so, als ersetze das Aktionsprogramm die Aktivität der Partei im weiten Land. Wir sehen in dem Aktionsprogramm das Mittel, vielleicht ein Barometer, an dem wir selbst und alle anderen messen können, was wir tun können und was wir zu tun festlegen müssen. Das ist nichts Geringeres als praktische Demokratie. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Karl Schiller, Hamburg.

Schiller, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Als wir vor einiger Zeit in den Bezirken und Distrikten den vorliegenden Entwurf eines Aktionsprogramms bekamen, erhob sich sofort eine sehr lebendige, sehr lebhaft Kritik an dem wirtschaftspolitischen Teil dieses Entwurfs. Bei dem breiten Rahmen, der hier gespannt war, gab die gleichzeitige Unvollständigkeit in den vorgeschlagenen Maßnahmen in der Tat Anlaß zu einer erheblichen Kritik.

Wir müssen zugeben, Genossinnen und Genossen, daß die modernen wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Kompliziertheit, in ihrem tagtäglichen Wandel, es in der Tat der Sozialdemokratie viel schwerer machen als früher im neunzehnten Jahrhundert oder noch in der Weimarer Zeit, zu klaren, handgreiflichen, für alle Wechsellagen geltenden Rezepten zu kommen. Ein wirklich umfassendes, ganz einfaches und handgreifliches Rezept in wirtschaftspolitischer Hinsicht aufzustellen, ist heute fast unmöglich. Deswegen haben wir vor uns nur einen mehr oder weniger zusammengesuchten Werkzeugkasten von einigen wirtschaftspolitischen Instrumenten. Und wir stellen fest, daß dieser sozialdemokratische Werkzeugkasten in wirtschaftspolitischer Hinsicht einige erhebliche Lücken aufweist.

In der ganzen Diskussion zu diesem wirtschaftspolitischen Abschnitt haben wir deshalb immer wieder erlebt, daß die einzelnen Genossen uns zusätzliche Instrumente in diesen Werkzeugkasten hineinlegten. Ich selber sehe meine Aufgabe auch darin, noch auf drei nach meiner Ansicht wesentliche Ergänzungsnotwendigkeiten hinzuweisen.

Das erste ist ein Gedanke, den auch Genosse Kurlbaum erwähnt hat. In dem Katalog unserer wirtschaftspolitischen Anweisungen und Mittel muß ein klares Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Wettbewerbsgedanken enthalten sein. Das gegnerische Lager hat es seit 1948 verstanden, den Eindruck zu erwecken, als ob die SPD gegen den Wettbewerb sei, als ob sie für Zwangswirtschaft und für Rationierung sei. Wir wissen, daß dies falsch ist. Wir wissen aber auch, daß einige unserer Agitatoren, aus bestem Willen heraus, in ihrer Dialektik gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sich wider Willen den Mantel von Befehlswirtschaftlern haben umlegen lassen. Dieser Verzerrung unserer eigenen wirtschaftspolitischen, freiheitlichen Vorstellungen müssen wir entgegentreten. Nicht ohne unsere eigene Schuld ist es in den Jahren 1948 und 1949 dahin gekommen, daß diejenigen, die die Liquidierung der Kriegsübergangswirtschaft durchführten, das heute als ihr alleiniges Verdienst und ihre Wirtschaftsform darzustellen suchen. Als Sozialdemokraten müssen wir sagen: Niemand hat ein größeres Interesse an einem scharfen Leistungswettbewerb der Unternehmungen untereinander als der deutsche Arbeiter als Konsument. Deswegen möchte ich mit Nachdruck auf die beiden Anträge 129 von

Franken und 118 von Hamburg hinweisen. Hamburg begrüßt hier die elementare Notwendigkeit der „freien Konsumwahl“, und Franken spricht von der gesetzlichen Sicherung des „Leistungswettbewerbs“. Solche Formulierungen gehören nach meiner Ansicht in das Aktionsprogramm.

Dann eine zweite Ergänzung! Von einem meiner Vorredner wurde darauf hingewiesen, daß die Vollbeschäftigungsthese sehr leicht dadurch diffamiert werden kann, daß man sagt, die Vollbeschäftigung kann von irgendeinem Punkt an zur Inflation führen. Das Kreditvolumen wird also über den Punkt hinaus ausgeweitet, wo die Güterproduktion noch nachkommen kann, und dann setzt der Automatismus der Inflation ein. Das ist in der Tat eine Gefahr! Wir müssen mit allem Mut, mit aller Klarheit in unserer Begründung der Vollbeschäftigungspolitik, die Schranke der Währungsstabilität aufrichten und uns zu ihr bekennen. Auch hier möchte ich sagen: niemand hat ein größeres Interesse an einem stabilen Preisniveau, das heißt an stabilem Geld, an stabiler Währung, als der deutsche Arbeiter, nicht nur als Konsument, sondern auch als Produktionsfaktor. Wir wissen auch — das ist eine Erfahrung der letzten 20 bis 30 Jahre: zu der klassischen Ausbeutung durch Profitbildung in den Betrieben ist die moderne Ausbeutung über die schleichende Inflation via Staat hinzugekommen. Gegen diese Ausbeutung müssen wir uns in einem Programm zur Vollbeschäftigung aussprechen. Deshalb muß hinein, daß die sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik sich peinlich in den Schranken und im Rahmen der strukturellen Produktionsverhältnisse, der gegebenen Engpässe hält und daß sie in der Kreditpolitik halt macht vor der Barriere der Währungsstabilität. Denken wir an die Millionen von kleinen Sparern, die auf diesen Punkt achten.

Die Stabilität der Währung im Innern muß ergänzt werden durch ein klares Bekenntnis zu einer Stabilität der Währungspolitik nach außen und damit überhaupt zu einer klaren, freiheitlich orientierten Außenwirtschaftspolitik. Eine Stabilität der Wechselkurse sollte selbstverständlich sein. Zu der Außenhandelspolitik darf ich an eine alte und heute leider oft vergessene Tradition unserer Partei anknüpfen. Unsere Partei ist in bezug auf die Außenhandelspolitik immer freihändlerisch eingestellt gewesen, im Interesse der von ihr vertretenen Verbrauchermassen der Städte und auch aus ihrem Geist der internationalen Kooperation und der ökonomischen Arbeitsteilung heraus. Deshalb gehört nach meinem Dafürhalten in das Aktionsprogramm ein klares Absetzen von den autarkistischen Bestrebungen, ein Wiederanknüpfen an unsere freihändlerische Tradition, der wir uns nicht zu schämen haben.

Wir haben uns gestern zu einer wahrhaften und echten europäischen Vereinigung bekannt. Deshalb sollte hineinkommen: Eine sozialdemokratische Außenwirtschaftspolitik wird von vornherein darauf eingestellt sein, daß sie in eine wahrhafte und echte europäische Wirtschaftspolitik einmündet.

Genossinnen und Genossen! Diese drei Ergänzungen, ein Bekenntnis zum Wettbewerbsgedanken, die scharfe Stellungnahme gegenüber inflationistischen Maßnahmen und eine europäisch orientierte Außenwirtschaftspolitik, kann man unter dem Motto „Freiheitlicher Sozialismus“ zusammenfassen. Ich bin in der Tat der Meinung, daß in dem vorliegenden Entwurf der Akzent des freiheitlichen Sozialismus im wirtschaftspolitischen Teil verstärkt werden muß. Weg von dem Odium der Befehlswirtschaft, hin zu den modernen, elastischen Formen einer freiheitlich sozialistischen Politik!

Genossinnen und Genossen! Wir leben heute in einer anderen Welt, als sie noch in der Weimarer Zeit existierte. Die Wirtschaftspolitik in allen Ländern hat eine Entwicklung durchgemacht. Auch unsere sozialdemo-

kratische Konzeption, die seit 1945 in den verschiedensten Publikationen zum Ausdruck gekommen ist, sie ist vielseitiger, vielfältiger, umfassender und elastischer geworden. Wir sollten auch in diesem Programm an diese publizistischen Vorarbeiten der letzten Jahre anknüpfen und sollten unseren Gegnern zeigen, daß wir nicht stehengeblieben sind, wie sie selbst oft steckengeblieben sind in den Laisser-Faire-Vorstellungen des neunzehnten Jahrhunderts. Diesen Fortschritt der Meinungsbildung in unseren Reihen und in unserer wirtschaftspolitischen Grundsatzbildung sollten wir in Ergänzungen, wie sie hier vorgeschlagen sind, ausdrücken! Schreiben wir die Parole eines freiheitlichen Sozialismus auf unsere wirtschaftspolitischen Fahnen, dann wird uns der Sieg in den kommenden Kämpfen sicher sein! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Behrisch, Hof.

Behrisch, Hof:

Genossinnen und Genossen! Solange die Kugel im Rohr ist, bestimmt man ihren Lauf. Wenn sie hinaus ist, können nur noch Wünsche sie begleiten. Es ist ein weiter Weg von den Dörfern Niedersachsens oder des Bayerischen Waldes bis nach Dortmund und umgekehrt. Deshalb ist es für eine Partei wie die sozialdemokratische von unsagbarer Wichtigkeit, daß sie die Regungen im ganzen Gebiet ihrer Wirksamkeit beobachtet, registriert und zu verarbeiten sucht, weil wir sonst leicht etwas beschließen könnten, was sich vielleicht in der praktischen Auswirkung gegen uns auswirken könnte.

Ich will aus der Praxis einige Bemerkungen zum Programm machen. Lassen Sie mich mit einem Vorschlag beginnen, was nach meiner Ansicht geschehen sollte, wenn das Programm von uns beschlossen ist. Ganz gleich, wie es aussieht, haben wir ein Interesse daran, daß es wirksam wird. Das schönste Programm wird nichts nutzen, wenn wir es nicht an die Menschen heranbringen können. Es wäre ungemein wichtig, daß wir das Programm nicht nur im ganzen herausbringen, sondern versuchen, es zu zergliedern und das Kapitel über die Heimatvertriebenen auf allen uns zur Verfügung stehenden Wegen an die Heimatvertriebenen heranbringen, das Kapitel über die Jugend an die Jugend, das Kapitel über die Vollbeschäftigung an die Stempelstellen. Mit dem Zweck, daß wir an den Egoismus der Menschen anknüpfen, um sie so zu den Zielen der Gemeinschaft zu führen. Wir können ja in diesen Auszügen bemerken, daß es sich um Auszüge aus dem Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei handelt. Wenn wir jedem so einen Leckerbissen vorsetzen, dann werden die Leute vielleicht auch Appetit auf das Ganze bekommen. Das ist eine Anregung, damit wir das Programm in die Massen bringen und die Leute bei dem Punkt ansprechen, wo sie am empfindlichsten sind.

Nun einige Bemerkungen zu einigen Punkten, wo wir vielleicht die Formulierung noch etwas ändern sollten, weil ich nicht ganz sicher bin, ob sich nicht vielleicht nachteilige Folgen ergeben könnten, wenn die Formulierung so bleibt wie vorgesehen. Auf Seite 21 ist zum Beispiel von der Erziehung zu Freiheit und Toleranz die Rede. Da gibt es eingangs eine kleine Bemerkung, daß die Sozialdemokratie sich zur Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde bekennt und diese Grundsätze auch für sich als verpflichtend anerkennt gegenüber denen, die sich zu diesen Grundsätzen bekennen.

Wir haben in Deutschland nach 1945 schon ein Aktionsprogramm bekommen, wir haben das Programm der bayerischen Sozialdemokraten geschaffen. Ich würde der Programmkommission empfehlen, dieses fertige Programm der bayerischen Sozialdemokraten von 1946 sich ein wenig an-

zusehen, weil vieles darin kürzer und bündiger gefaßt ist als in unserem Entwurf. Wenn man die Erfolge der bayerischen Genossen bei den Wahlen verfolgt, dann muß man zugeben, daß sie mit diesem Programm eine günstige Wirkung erzielt haben.

In unserem Programm vermisse ich etwas, was gleich am Anfang des bayerischen Programms steht, nämlich den Hinweis auf den rücksichtslosen Kampf gegen alles, was sich Neonazismus nennt. Wenn das in dem bayerischen Aktionsprogramm von 1946 an der Spitze steht, dann könnte es auch in unserem Programm stehen; denn was sich 1952 an Neonazismus regt, ist keine erfreuliche Erscheinung. Im bayerischen Programm heißt es:

Gegen nationalistische Propaganda, Terror und Denunziantentum sind gesetzliche Handhaben zu schaffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zum Schutz der Demokratie erarbeitet. Vielleicht wäre es gut, wenn man in einem prägnanten Satz auf diese Tatsache Bezug nimmt, damit die anderen wissen, woran sie sind, wenn die Sozialdemokratie zur Macht kommt, daß sie dann nicht mehr nach Lehrscher Art behandelt werden, sondern daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, mit dem Neonazismus anders umzugehen, als es bisher geschehen ist. (Beifall.)

Zweitens muß ich beanstanden, daß eine kurze Bemerkung über die Presse nur von Genossen geschrieben sein kann, die bisher mit der Presse die besten Erfolge gesammelt haben. Ich bin der letzte, der sich dazu hergeben würde, einem neuen Maulkorb für die Presse das Wort zu reden. Ich bin aber der Meinung, daß für die Bekämpfung des Mißbrauchs der Pressefreiheit nicht die Gesetze genügen. Vielleicht genügen die Strafgesetze. Die Gesetze genügen nicht in bezug auf die Zeit, in der die Dinge behandelt und verfolgt werden. Das Zeitmoment ist eine bedrohliche Angelegenheit. Wenn man wie ich 32 Monate mit den Gerichten kämpfen muß, um gegenüber Pressegangstern zu seinem Recht zu kommen, dann zeigt das wohl deutlich, daß wir zumindest die Forderung erheben müßten, daß Presseverbrechen vordringlich zu behandeln sind, weil das Zeitmoment bei der Verleumdung durch die Presse ein Moment ist, das in Rechnung gestellt werden muß. Was hat es für einen Sinn, wenn Sie nach 30 Monaten eine Klarstellung durch das Gericht erwirken? Kein Leser erinnert sich mehr daran, was vor 30 Monaten über die Bühne gegangen ist! (Beifall.) Die Presse ist eine ungeheure Macht und eine scharfe Waffe. Da die Journalisten- und Verlegerverbände leider noch nicht das Maß der Selbstkontrolle entwickelt haben, um in ihren eigenen Reihen zu säubern, müssen wir überlegen, ob wir hier im Hinblick auf das Zeitmoment etwas tun können, falls man nicht sogar versuchen sollte, bei uns eine englische Praxis einzuführen: Daß nämlich der Verleumder auch mit Geld für die Schäden haftbar gemacht wird, die er seelisch oder moralisch angerichtet hat. Wenn der Richter das in Geld aufrechnen kann, dann wird, glaube ich, die Verleumdung in Deutschland das Handwerk gelegt bekommen.

Einige Bemerkungen zum 9. Schuljahr. Die Forderung nach dem 9. Schuljahr ist nicht neu, sie ist gut. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mit diesem Aktionsprogramm zu den kleinen Bauern und zu den Arbeitern kommen, zu dem Mann, der vielleicht in der Textilfabrik arbeitet und nur kärgliche Einnahmen hat. Wir wissen, wie sehr auf den Dörfern die Eltern auf den Verdienst der Kinder warten! Wir dürfen also nicht lediglich sagen, daß wir das 9. Schuljahr haben wollen. Wir müssen vielmehr sagen, daß wir ein bezahltes 9. Schuljahr wünschen. Es muß eine Regelung geben, die das 9. Schuljahr ökonomisch tragbar macht. Wenn wir das vergessen, laufen wir Gefahr, daß sich solche Dinge praktisch gegen uns auswirken.

Dabei denke ich nicht so sehr an die Städte. Dort hat man diese Fragen sicherlich schon mehr „verdaut“. In den Dörfern ist das aber anders.

Nun ein Wort zur Berufsschulzeit. Wir fordern die zwölfstündige Berufsschulzeit. Soll sie innerhalb oder außerhalb der Lehre liegen? Dann wäre wieder die Frage der Vergütung aktuell, weil wir sonst alle Handwerker und ähnliche Berufe gegen uns aufsässig machen.

Auf Seite 12 des Aktionsprogramms befindet sich eine Bemerkung über den Handel. Dort wird gesagt, daß wir besondere Anstrengungen zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete unternehmen müssen. Wir müssen uns hier etwas konkreter ausdrücken, weil wir ja wissen, daß auch der Kreml verzweifelte Anstrengungen macht, um den roten Handel in Gang zu bringen. In der Frage des Osthandels haben wir es ja ausnahmslos mit „ferngesteuerten“ Handelspartnern zu tun, die sich nicht nach handelspolitischen, sondern nach politischen Bedürfnissen und Zielsetzungen richten.

Zum Schluß ein Wort zum Wahlrecht. Das ist ein heißes Eisen. Im bayerischen Landtag habe ich mich offen zur Mehrheitswahl bekannt. Das tun viele Sozialdemokraten, die Mehrheit der Partei ist dafür aber wohl nicht zu haben. Daher ist zu erwägen, ob wir nicht versuchen sollten, durch eine Prozentklausel jener unglückseligen Entwicklung zu steuern, die wir auf allen Gebieten und in allen Ländern beobachten können, nämlich daß zu viele Grüppchen entstehen. Wir alle wissen, was das in der Praxis bedeutet.

Ich habe mir noch mehr Punkte notiert, kann sie aus Zeitmangel aber nicht behandeln. Wir sind nicht ausgezogen, die Welt zu interpretieren, sondern zu ändern. Wir hoffen, daß alle vorgetragenen Gesichtspunkte geprüft werden, damit wir ein Aktionsprogramm auf die Beine stellen, das dazu dienen kann, die Macht zu schmieden, die wir brauchen, um Deutschland nach unseren Gesichtspunkten umzugestalten. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Arno Hennig.

Hennig, Bonn:

Friedrich Theodor Vischer hat einmal gesagt: „Eine Rede ist keine Schreibe und eine Schreibe ist keine Rede“. An diese Worte mußte ich denken, als ich die 22 Seiten des Aktionsprogramms las. Ich würdige die Arbeit und bin den Genossen dafür dankbar. Das Aktionsprogramm ist aber vorläufig nur eine Schreibe! So kann das nicht bleiben! Ein Aktionsprogramm muß ein Appell sein, muß etwas sein wie eine konzentrierte Rede, eine warmherzige Ansprache an den Menschen, an jeden, der dieses Programm in die Hand nimmt. Wie käme man am leichtesten zu diesem Stil? Nicht dadurch, daß man Mosaikarbeit macht. Ich glaube, daß dieses Programm etwas vom Charakter eines Mosaiks hat! Es will manchem etwas bringen und bringt darum viel. Manches aber nicht einmal in präziser Form. Was heißt zum Beispiel: „Wir fordern ausreichenden Mutterschutz?“ Welche Partei fordert das nicht? Ich bin überzeugt, daß auch Frau Kalinke ausreichenden Mutterschutz fordert. Wir müssen konkreter sein.

Vielleicht ist ein Ausweg für die stilistische Formulierung in der Richtung zu finden, daß man die markantesten Punkte knapp und zündend formuliert an die Spitze stellt und dann Erläuterungen schreibt. Eine Arbeit aus einem Guß gelingt nur, wenn man das Ganze unter einen einheitlichen Blickfang stellt. Jetzt beuge ich mich auf ein Gebiet, auf dem ich an sich nicht zu Hause bin, und bitte daher die Fachleute um gütige Nachsicht. Ein solcher

Blickfang könnte die Vermehrung des Sozialproduktes sein, genauer gesagt, die Vermehrung der Gebrauchsgüter. In meinem naiven Menschenverstand scheint es mir so, als ob bei der Vermehrung des Sozialproduktes keine inflationistische Gefahr zu befürchten wäre. Wenn man das Sozialprodukt gegenüber dem Verbrauch steigert, kann man ohne Gefahr den Geldumlauf steigern. Dann kann man auch Sozialpolitik treiben, kann einen besseren Lastenausgleich durchführen, kann großzügig investieren, ohne in die Gefahr zu geraten, daß die Währung erschüttert wird. Aus diesen Darlegungen können dann die anderen Programmpunkte entwickelt werden. In Deutschland haben wir im Augenblick eine stark fiskalisch beeinflusste Wirtschaft, die besonders den Export forciert. Das ist an sich richtig. Aber der Export ist immer in Gefahr, auf den unsicheren Weltmärkten plötzlich abzusacken und innere Wirtschaftskrisen hervorzurufen. Man sagt, daß gegenwärtig beinahe die Grenze erreicht wäre, von der ab die großen Bankinstitute der Bundesrepublik den Export nicht mehr zu kreditieren vermögen. Das könnte vermieden werden, wenn ein gesünderes Verhältnis zwischen innerem Markt und Export hergestellt würde. Diese wichtige Frage könnte über die Produktionssteigerung von Verbrauchsgütern und die Erhöhung des Lebensstandards gelöst werden.

Besonders interessieren mich natürlich die Abschnitte „Erziehung, Bildung und Hochschulwesen“. Hier wäre zu überlegen, ob man nicht die Sportler ansprechen sollte. Die sagen nämlich: „Der Staat überläßt den Sportverbänden einen großen Teil der Jugendbetreuung. Dafür benutzt er die Sportverbände als Milchkühe für die Steuerbehörden in einem Maße, das jede vernünftige Grenze überschreitet“. Ein Satz würde hier schon viel Aufmerksamkeit bei den Menschen finden, die der Genosse Löbe angesprochen wissen möchte.

In den Ausführungen über die Hochschulen fehlt etwas. Die Unentgeltlichkeit des Studiums allein tut es nicht. Im Bundestagsausschuß für Kulturpolitik hatten wir den Erfolg, daß einem Satz zugestimmt wurde, der noch viel weiter geht. Ich habe diesen Satz selbst formuliert und ihn daher deutlich im Gedächtnis: „Studium ist Arbeit und muß als solche behandelt werden“. Das setzt natürlich voraus, daß der sinnlose Zustrom des sogenannten intellektuellen Proletariats abgeriegelt wird. Es ist von jeher eine politische Gefahr für die Linke gewesen und kann rasch wieder zu einer solchen auswachsen.

Und jetzt möchte ich einen ernsten Mangel in diesem Abschnitt festnageln. Über das Schulwesen wird mit Recht gründlich gesprochen. Vergessen wir aber nicht: Vom Kindergarten bis zur Hochschule sind die Schulen Erziehungsanstalten und Wissensvermittler. Das ist sehr viel. Es ist richtig, daß man sich diesem Problem gründlich widmet. Darüber darf man aber die beiden eigentlichen Säulen des geistigen Lebens nicht vergessen. Die Kunst und die Wissenschaft. Sie sind die Quellkräfte alles geistigen Lebens. Kunst als die Gestaltung des Idealbildes vom Leben bewegt die Menschen tiefer als wir glauben. Fragen Sie einmal unsere Naturfreunde, was sie über Naturschutz und Denkmalpflege denken! Erinnern Sie sich bitte daran, daß es geschichtliche Beispiele gibt, daß ganze Völker den Verlust von Kunstwerken schwerer verschmerzt haben als den Verlust von Provinzen. Dieses Gebiet mag vielen von uns allerdings etwas fernliegen.

Die Forschung aber soll und muß uns stark interessieren. Unsere Stellung zur Forschung entscheidet auch über unsere Zukunft. Nur wenige Menschen wissen beispielsweise, daß man heute in Deutschland an der Fotosynthese arbeitet, an der Nachahmung des Kunstgriffes der Natur, im grünen Blatt aus Kohlenstoff, Wasser und Sonnenlicht Stärke und Zucker zu machen.

Die Forschung ist unser Schicksal angesichts der Tatsache, daß sich binnen 30 Jahren die Menschheit auf Erden verdoppeln wird. Wir werden auch von der Welt danach bewertet, wie wir uns zur Forschung einstellen. Ich sage das nicht aus taktischen Gründen, weil sich Hunderttausende für diese Gebiete leidenschaftlich interessieren und darauf achten, was die politischen Parteien zu diesem menschlichen Betätigungsgebiet sagen. Ich spreche darüber, weil wir es aus dem Wesen unserer politischen Bewegung heraus tun müssen. Die konservativen Parteien haben es leicht. Sie können sich auf das Schwergewicht des Gewordenen und Gewachsenen verlassen. Eine Partei aber, die die Welt verändern will, muß auch im Aktionsprogramm davon Zeugnis ablegen, daß sie bereit und aufgeschlossen ist, sich mit den tragenden Erkenntnissen der Zeit lebendig und fördernd auseinanderzusetzen. Und eine solche Partei wird nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich stark sein! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Lewerenz.

Lewerenz, Lübeck:

Genossinnen und Genossen! Wenn der diesjährige Parteitag im besonderen Maße im Blickfeld der Öffentlichkeit steht, dann aus dem Grunde, weil möglicherweise in absehbarer Zeit besondere außenpolitische Entscheidungen vor uns liegen. Darum möchte ich mit einigen Worten auf die Außenpolitik eingehen.

Gestern entstand durch die Ausführungen eines Lübecker Genossen der Eindruck, als ob man in Lübeck möglicherweise anders denkt als in Dortmund oder Bonn. Dazu möchte ich für die Lübecker Delegation ausdrücklich erklären, daß wir uns in Lübeck an der Zonengrenze genau so sicher fühlen wie die Genossen in Dortmund oder Bonn, daß die Lübecker Partei genau so wie die Genossen in Dortmund oder Bonn hinter dem Parteivorstand stehen. Wir sind gegen alle Anfechtungen durch die KP oder SED immun. In allen Wahlen seit 1948 haben wir nicht mehr als 3,5 oder 4 Prozent Kommunisten gehabt. Wir sind immun trotz 90 000 Heimatvertriebenen bei 230 000 Einwohnern, trotz 20 000 Dauererwerbslosen, trotz 14 000 Menschen in Baracken. Wenn der junge Genosse aus Lübeck in der Rhetorik nicht so gut war wie die Genossen Ollenhauer, Carlo Schmid oder Herbert Wehner, so möge man dem Genossen der jüngeren Generation das nachsehen.

Durch die Ausführungen des Genossen Ollenhauer geht wie ein roter Faden die Forderung nach einer Viererkonferenz. Es heißt unter dem Punkt Außenpolitik im Entwurf des Aktionsprogramms: „Die vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie ist nur möglich durch Verhandlungen über freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin.“

Wenn gestern davon gesprochen wurde, daß möglicherweise auch der Versuch von direkten Verhandlungen gemacht werden könnte, dann aus folgendem Grund: Wir sprachen gestern über die Viererkonferenz. Man muß verstehen, daß solche Fragen der Außenpolitik in einer Stadt, deren Zentrum nur 4 km von der Zonengrenze entfernt ist, stärker diskutiert werden als in Städten, die 300 bis 500 km von der Zonengrenze entfernt sind. (Zuruf: Nicht nur in Lübeck!) — Mein lieber Genosse Ahrens, das ist im Bayrischen Wald und in Niedersachsen genau so. Ich bin überzeugt, daß in dieser Stadt in der Nähe der Zonengrenze dieses Problem auf der unteren Parteiebene, in den Distrikten, in den Ortsvereinen und Kreisvereinen stärker diskutiert wird, daß an die Funktionäre Fragen von er-

heblicher Bedeutung gestellt werden, Fragen, die wert sind, auf einem Parteitag erörtert zu werden.

Wir sind der Meinung — wir haben über diese Frage mit unseren Genossinnen und Genossen auf der untersten Parteebene diskutiert — daß es den Vereinigten Staaten von Amerika gar nicht so ernst um die Einheit in Freiheit ist, sondern daß es ihnen viel mehr ernst darum ist, deutsche Divisionen zu bekommen. Wir haben den Eindruck bekommen, daß es Herrn Schuman in Frankreich nicht um die deutsche Einheit in Freiheit ernst ist, sondern daß ein Teil der Franzosen eher Befürchtungen hat, daß diese Einheit in Freiheit, die wir gemeinsam erkämpfen wollen, vielleicht wieder eine Hegemoniestellung Deutschlands heraufbeschwören könnte.

Aus diesem Grunde sind wir der Auffassung, daß auch von der Forderung nach der Einheit in Freiheit für Deutschland von dieser Seite her nicht sehr viel Positives zu erwarten ist. Wir sind auch der Auffassung, daß dasselbe für Herrn Adenauer zutrifft. In Lübeck sind wir der Meinung, daß Herr Adenauer das größte Interesse hat, dieses Teileuropa der sechs Schumanplanstaaten aus klerikalischen, kapitalistischen und politischen Gründen zu erhalten, besonders bei der augenblicklichen Konstellation in den Verhandlungen mit de Gasperi und seinen sonstigen westlichen konservativ-klerikalischen Freunden. Wir sind auch der Auffassung, daß die UdSSR nur so tut, als ob sie ernsthaft daran interessiert sei, wobei an den ernsthaften Willen nicht mehr zu denken ist. Deshalb stellen wir uns die Frage, was dann, wenn diese Einheit in Freiheit nicht kommt, was dann, wenn die vier Staaten, die zusammentreten sollen, nicht zu einer solchen Konferenz zusammenkommen. Wir wollen die Genossen, die hierüber referiert haben fragen, wie die Situation ist, wenn durch ein Nichtzustandekommen der Viererkonferenz diese Frage offen bleibt. Ich bin nicht so optimistisch wie der Genosse Herbert Wehner, daß sie unbedingt zusammentreten. Wenn man den Wahlkampf in Amerika verfolgt, mußte man in den letzten Monaten zu der Ansicht kommen, daß möglicherweise von dort aus von gewissen Kräften ein Präventivkrieg geplant werden könne. Gestern wurde gesagt, wir gehören zum Westen im Sinne von Freiheit und Menschenwürde. Ich möchte das unterstreichen. Zum Westen gehört aber auch neuerdings in stärkerem Maße Spanien. Wir erleben aber, daß in Spanien seit Jahren freiheitliche Menschen terrorisiert und ins Zuchthaus gebracht werden. Wir erleben gerade in den letzten Wochen und Monaten, daß die „freiheitlichen“ Amerikaner dazu geneigt sind, auch dieses Land mit in die NATO einzubeziehen. Deswegen haben wir gewisse Bedenken bezüglich der echten Freiheit und bezüglich unserer Forderung nach Einheit in Freiheit. Aus dieser Sorge her rührt der Gedanke, ob nicht möglicherweise und vielleicht doch, wenn diese Verhandlungen zum Scheitern verurteilt sein sollten, es in einem direkten Gespräch eine letzte Chance geben könnte. Wenn das dann negativ entschieden werden sollte, sind die Folgen völlig klar.

Noch eines zum Schluß. Wenn Genosse Ollenhauer gestern meinte, daß es möglicherweise erforderlich sei, einmal nach Lübeck zu kommen, um in Lübeck einmal nach dem Rechten zu sehen,

(Zurufe: Das ist doch nicht zur Sache! — Zur Sache! — Zum Aktionsprogramm!)

Vorsitzender Steinhoff, den Redner unterbrechend: Wir diskutieren jetzt das Referat des Genossen Eichler!

Lewerenz, fortfahrend: Ich wollte das nur zum Schluß sagen, weil mir freundlicherweise das Wort erteilt ist. Zwar wollte ich das schon zum Anfang meiner Ausführungen betonen, aber es soll nun der Abschluß sein.

Zu den Lübeckern zählt der Genosse Dr. Julius Leber, der euch allen eine Persönlichkeit ist. (Beifall.)

Ich möchte euch dazu sagen: wir vergessen das nicht. Hier möge keine Sorge aufkommen über die Stellung der Partei in Lübeck. Wir stehen zu den Aufgaben, die uns gestellt sind. Wir haben das große Erbe von Dr. Julius Leber zu bewahren, der hier bestimmt mit anwesend wäre, wenn er noch unter uns weilen könnte, darüber hinaus auch das Erbe von Wissell, Legien und Theodor Schwartz, die unendliche Jahre bei uns tätig gewesen sind, hochzuhalten.

Ich möchte dem Parteitag namens der Lübecker Delegation, die Versicherung geben, daß man keine Sorge zu haben braucht. Wir werden mit ganzem ehrlichen Herzen und mit voller Überzeugung für die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie arbeiten. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Ich möchte auf eins aufmerksam machen. Ihnen ist bekannt, daß heute um 19 Uhr die Theatervorstellung beginnt. Sicher wird sie eine Reihe Delegierter besuchen wollen. Angebracht wäre, daß wir es so einrichten, daß wir um 18 Uhr mit unseren Beratungen abschließen. Wir haben noch acht Wortmeldungen vorliegen. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, wäre es mir sehr lieb, daß Sie einverstanden sind, die Rednerliste jetzt zu schließen. (Zustimmung.) Dann kommen wir mit der Zeit aus. Ich bitte die nachfolgenden Redner, sich auf die zehn Minuten, wenn möglich weniger, zu beschränken.

Als nächster hat das Wort der Genosse Siegfried Bärsch.

Bärsch, Bremen:

Genossinnen und Genossen! In unserem Aktionsprogramm steht bezüglich der Frage der deutschen Wiedervereinigung folgender Satz: Die vordringlichste Aufgabe deutscher Außenpolitik bei der Neugestaltung Europas ist die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Sie ist nur möglich durch Verhandlungen über freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin.

Das ist ohne Zweifel richtig und für uns eine unverzichtbare Forderung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit. Die Frage ist nur, ob diese Formulierung als eine wirklich alternative Konzeption zu derjenigen Vorstellung über die deutsche Wiedervereinigung angesehen werden kann, wie sie uns heute von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Westen präsentiert wird.

Wir müssen von der Tatsache ausgehen, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes steht und infolgedessen ihre Herbeiführung nur auf diesem Hintergrund gesehen und ermöglicht werden kann. M. E. ist es deshalb zur Vervollkommnung unserer Konzeption notwendig, sich darüber klar zu werden, unter welchen Bedingungen eine solche Wiedervereinigung angesichts des bestehenden Ost-West-Konfliktes als möglich erscheint. Denn eines ist klar: eine friedliche Lösung des Ost-West-Konfliktes wird nur auf längere Sicht möglich sein.

Wenn wir aber die Wiedervereinigung Deutschlands so schnell wie nur irgend möglich anstreben, auch auf der Basis des jetzigen Machtverhältnisses zwischen West und Ost, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands zwar ein erster bedeutender Schritt auf dem Wege zu einer friedlichen Auflösung des Ost-West-Konfliktes sein kann, der Ost-West-Konflikt in seiner Gesamtheit jedoch damit noch nicht aus der Welt geschafft wäre. Es wird infolgedessen für die

Weltmächte die Frage entscheidend sein, wie nach der Wiedervereinigung das bedeutende strategische Potential Deutschlands in diesem Ost-West-Konflikt steht.

Wir Sozialdemokraten lehnen die Verträge ab. Einer unserer entscheidendsten Gründe für die Ablehnung insbesondere des EVG-Vertrages ist die richtige Behauptung, daß nach Abschluß dieser Verträge eine deutsche Wiedervereinigung praktisch nur noch unter der Bedingung möglich ist, daß der wiedervereinigte gesamtdeutsche Staat in das Militärbündnis der Bundesrepublik mit dem Westen eintritt. Wir sind der Meinung, daß damit die Wiedervereinigung unter Zustimmung auch der Sowjets schlechterdings unmöglich gemacht wird; es sei denn, man unterstellt, daß im Laufe der weiteren Entwicklung die Sowjets durch eine „Politik der Stärke“ in eine Art Quasi-Kapitulation gegenüber dem Westen gedrängt werden.

Wenn diese unsere Begründung, daß die Ratifizierung eine Wiedervereinigung unter Zustimmung aller vier Mächte unmöglich macht oder mindestens die Inkaufnahme eines für die Deutschen und für Europa unerträglichen Risikos voraussetzt, für die Ablehnung der Verträge stichhaltig ist — und sie ist es auch nach meiner Ansicht —, dann müssen wir uns aber auch eingestehen, daß Viermächteverhandlungen kaum zustande kommen werden und im Falle ihres Zustandekommens keine Aussicht auf Erfolg haben würden, wenn sie vom Westen her mit derselben starren Konzeption einer uneingeschränkten militärischen Eingliederung Gesamtdeutschlands in das atlantische Bündnissystem angestrebt werden.

In den letzten Wochen und Monaten haben wir den Notenwechsel über Deutschland genau verfolgen können. Es ist selbstverständlich unmöglich, auf Grund dessen mit Bestimmtheit zu sagen, was Moskau will. Man kann nur bemüht sein, die sowjetische Deutschlandpolitik, wie sie sich in diesem Notenwechsel darstellt, nüchtern, realistisch und objektiv zu analysieren und diese Analyse zur weltpolitischen Entwicklung und Situation in Beziehung setzen. Dabei scheint sich mir eines zu ergeben, nämlich, daß Moskau offensichtlich nicht geneigt ist, einer Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, wenn dieser gesamtdeutsche Staat durch seine militärische Eingliederung in den Atlantikpakt das militärische Potential des Westens entscheidend verstärkt. Auf der anderen Seite kann die Tatsache nicht übersehen werden, daß der Westen und die deutsche Bundesregierung die Wiedervereinigung Deutschlands nur eben auf dieser Grundlage erstreben und verfolgen. Hier stehen sich zwei Forderungen gegenüber, die nicht auf einen Nenner gebracht werden können.

Ich stelle mir deshalb die Frage, welche Aufgabe hat in dieser Situation die deutsche Sozialdemokratie? Wenn die SPD jetzt ihre Konzeption zur Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit nicht auch auf die völkerrechtliche Stellung eines wiedervereinigten Deutschlands ausdehnt, die vom deutschen Standpunkt aus vertretbar ist und die zumindest eine mögliche Verhandlungsgrundlage für den Westen und für den Osten darstellen kann, dann gibt es eben in diesem entscheidenden Anliegen überhaupt keine eigentliche deutsche Konzeption, deren Aufgabe darin gesehen werden muß, das Sicherheitsbedürfnis des Westens unter Einschluß Deutschlands und dasjenige des Ostens mit unserer Lebensfrage der Wiedervereinigung in Einklang zu bringen und beide Seiten von der Zweckmäßigkeit einer solchen Lösung zu überzeugen.

Ich war von der großen Rede Erich Ollenhauers sehr beeindruckt. Nur in einem Punkt glaube ich, ihm nicht folgen zu können, nämlich als er sagte: Wir wollen uns in dieser Frage der völkerrechtlichen Stellung einer gesamtdeutschen Regierung nicht festlegen, um diese gesamtdeutsche Regierung nicht zu präjudizieren. Ich kann in einer solchen von mir für

dringend erachteten Erweiterung unserer Wiedervereinigungs-Konzeption kein Präjudiz einer gesamtdeutschen Regierung und ihrer Außenpolitik erblicken, sondern sehe darin lediglich die unvermeidliche Konsequenz, welche sich für eine realistische gesamtdeutsche Politik aus den gegebenen Machtverhältnissen in der Welt ergibt. Ich glaube deshalb, daß der Westen bereit sein muß, wenn ein realistisches Gespräch über die deutsche Wiedervereinigung mit dem Osten zustande kommen soll, die Regelung des militärischen Status Gesamtdeutschlands mit Moskau zu erörtern und zu prüfen, wie dieser Status so geregelt werden kann, daß der Osten, der Westen und die Deutschen sich damit einverstanden erklären können.

Vorsitzender Steinhoff: Ich bitte, sich mit dem Referat des Genossen Eichler zu befassen und keine Nachlese zu machen.

Bärsch: Ich glaube also, sehr verehrte Genossen, daß wir in diesem Punkte konkreter werden müssen. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Westen Viererverhandlungen ausschließlich auf der Grundlage der Konzeption einer uneingeschränkten Einbeziehung Gesamtdeutschlands in das westliche Militärbündnis verfolgt, weil wir auf dieser Grundlage keine Erfolgchance solcher Viererverhandlungen sehen können. Es ist höchste Zeit, daß wir das offen aussprechen, denn morgen werden die Verträge ratifiziert sein, wenn eine Viermächtekonferenz nicht zustande kommt. Und wir sind uns einig, daß dann eine möglicherweise gegebene Chance der Wiederherstellung unserer nationalen Einheit in Freiheit unter Zustimmung aller vier Mächte für immer verschüttet sein wird. (Beifall.)

Brandt, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Verzeihen Sie, wenn ich Sie zunächst mit der Unterstreichung eines Punktes im Entwurf des Aktionsprogramms im Hinblick auf Berlin behellige. Die Partei und die deutsche Öffentlichkeit müssen sich mehr, als es heute der Fall ist, der Tatsache bewußt sein, daß die Position des freiheitlichen Berlins einer schleichenden, aber tödlichen Bedrohung ausgesetzt ist, wenn sich die Tendenz durchsetzen sollte, einen kalten Frieden auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands zu schließen. In einer angesehenen englischen Zeitung tauchte gerade in diesen Tagen wieder die Idee auf, man werde die dazu entschlossenen Berliner gegebenenfalls evakuieren müssen. Aus diesem Grunde muß ein Punkt des Aktionsprogramms noch unterstrichen und konkreter und eindeutiger formuliert werden, nämlich die Notwendigkeit, daß wegen dieser Bedrohung eine zusätzliche wirtschaftliche und politische Verankerung Berlins mit dem Bund erfolgen muß. Das heißt, wir fordern von den Alliierten und von den widerstrebenden Kräften im bürgerlichen Lager, daß Berlin nicht irgendwan, sondern an den kommenden Wahlen zum Bundestag unbeschadet der rechtlichen Sonderstellung Berlins, die aus Gründen der Außenpolitik auf manchen Gebieten andauern mag, teilnehmen kann. (Beifall.)

Ich will nicht der Versuchung unterliegen, auf die Debatte von gestern zurückzugreifen, aber mit gütiger Erlaubnis des Vorsitzenden darf ich eine Bemerkung zu den Ausführungen des Lübecker Freundes machen. Das Argument der Nähe der Zonengrenze sollte bei uns ausscheiden. Das könnten diejenigen, die in Berlin hinter der Zonengrenze leben, mit ebensoviel Recht in Anspruch nehmen. Ebenso leidenschaftlich, wie wir für die Vierer-Regelung sind, so leidenschaftlich sind wir dagegen, daß unsere deutsche Politik auf ein totes Gleis geschoben wird und man uns gleichzeitig von der freien demokratischen Welt isoliert.

Die Auseinandersetzung um die Außenpolitik, wie sie im Aktionsprogramm dargelegt wird, und die Auseinandersetzung um die Wiedervereinigungspolitik bleiben einer der Hauptgegenstände unseres Kampfes. Für ein Wahlprogramm genügt es, das Für und Wider zu aktuellen politischen Themen abzuwägen und klar herauszustellen. Im Aktionsprogramm dürfen wir aber nicht versäumen, unsere grundsätzliche Haltung zum Verteidigungsproblem zu umreißen. Und darin bin ich mit dem Bremer Genossen, der heute vormittag sprach, einer Meinung. Wir sind uns darüber einig, daß heute für uns die politischen und sozialen Aspekte des Kalten Krieges im Vordergrund stehen. Aber wir werden — und wir können uns dabei übrigens auf die auf Marx und Engels zurückgehende Tradition des sozialistischen Denkens in der Wehrfrage stützen — nicht übersehen dürfen, daß es auch eine militärische Seite des Sicherheitsproblems gibt. Divisionen allein schaffen es nicht. Aber — das hat der Berliner Änderungsvorschlag anzudeuten versucht, wengleich wir nicht an den Buchstaben kleben — wir leben in einer Welt, in der es noch schlechter aussähe, als es heute aussieht, wenn es nur Moskauer Divisionen gäbe. (Sehr gut! — Beifall.)

Unsere berechtigten Forderungen nach Gleichberechtigung verlohren ihren Sinn, wenn wir nicht unter den bekannten und klaren Voraussetzungen, die unsere Partei formuliert hat, auch unseren Teil zu einem System der möglichst kollektiven Sicherheit beizutragen bereit wären, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird. (Beifall.)

Kaum bedarf es der Hinzufügung, daß es immer unser Bestreben bleiben wird, für den Abbau der Rüstungen und für einen echten Frieden zu werben. Die Aufgabe, ein relativ umfassendes Aktionsprogramm zu schaffen, das hoffentlich in der Redaktionskommission, der ich selbst angehöre, noch straffer formuliert werden kann, ist darum so schwierig, weil wir umfassend Stellung nehmen und im Gegensatz zu einem der Genossen, der hier gesprochen hat, leider nicht sagen können, die und jene Dinge können ausgenommen werden, da sich alle demokratischen Kräfte in diesem Lande darin einig sind. Wir können uns eben in diesem Lande zunächst nur auf uns selbst verlassen. Wir sollten aber dabei nicht die Gefahr übersehen, die aus einer zunehmenden Polarisierung unserer deutschen Gesellschaft und aus einer Verkrampfung der gesellschaftlichen Formationen entstehen kann. Im Interesse der Demokratie werden wir bei der Anwendung und Erarbeitung unseres Aktionsprogrammes neben der Erweiterung unserer eigenen Basis und durch die Art der Vertretung unseres Anliegens auch darauf hinwirken müssen, daß uns aus der Gesellschaft demokratische Bündnispartner zuwachsen. Aus diesem Grunde scheint mir so wichtig, was heute morgen vorgebracht wurde und im Aktionsprogramm noch zum Ausdruck kommen muß hinsichtlich des vorbehaltlosen Bekenntnisses der deutschen Sozialdemokraten zur Einordnung der jungen Generation so, wie sie geworden und in die demokratische Ordnung gewachsen ist, um zur vollverantwortlichen Mitgestaltung durch diese junge Generation in unserem Staat zu kommen.

Wegen dieser jüngeren Generation und mit dem Blick auf jene Schichten, deren Sachwalter zu sein wir uns berufen fühlen und deren politischer Kristallisationspunkt wir werden möchten, scheint es mir in dieser Debatte noch auf folgendes anzukommen:

Dieses Aktionsprogramm wird in seiner überarbeiteten Form eine Arbeitsanleitung für die Partei sein können, und es wird nicht nur darauf ankommen, wie der Genosse Hennig meint, es für die einzelnen Schichten aufzugliedern; es wird ebenso darauf ankommen, daß wir die einzelnen Teile und das Ganze nicht auf parteichinesisch verbreiten, sondern daß wir bemüht sind — und damit knüpfte ich an meine gestrige Diskussions-

rede an — unser Anliegen in einer frischen und zeitgemäßen Sprache, mit lebendigen und, wo notwendig, mit überprüften Formen der Organisation und Werbung in das Volk hineinzutragen. Den eigentlichen politischen Sinn der vor uns liegenden Aktion, wie sie durch das Programm angedeutet werden soll, möchte ich eben gerade darin sehen, daß wir eine große und starke und ehrenhafte Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung zusammenfließen lassen mit einem zeitnahen System praktischer Vereinigung von Freiheit und Planung, von Wohlstand und Sicherheit. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Dann hat das Wort der Genosse Herbert Coesfeld, Dortmund. Ihm folgt der Genosse Schütz, Berlin.

Coesfeld, Dortmund:

Genossinnen und Genossen!

Ich glaube, wir alle haben auf dieses Programm gewartet. Jahrelang schon warten wir darauf, daß wir endlich eine Art Linie für unsere derzeitige Politik erhalten. Unser Genosse Eichler sagte zu Beginn seiner Ausführungen, die Einreichung der Anträge wäre eine Probe auf die Lebendigkeit der Partei. Er wies auch darauf hin, daß die Zeit für die Diskussion nicht übertrieben lang sei. Und das ist auch das, was ich gleich vorweg kritisieren möchte. Es war mir als Delegierter nicht möglich, den Ortsgruppen gegenüber zum Aktionsprogramm Stellung zu nehmen, da ich es einfach nicht kannte. Das erste, was ich davon sah, war ein kurzer Abschnitt in der Zeitung. (Große Unruhe. Zuruf: Wo wohnt ihr denn?) — Wir wohnen im Bezirk Westliches Westfalen. (Erneute große Unruhe und Zurufe!) Trotz allem, Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich weitersprechen! —

Genosse Preller sagte weiterhin, wir wollten jetzt erstmals die Forderungen der Ärzte verwirklichen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Ärzte schon lange dabei sind, um das zu kämpfen, was wir erst jetzt in unser Programm aufnehmen. Es gibt wohl innerhalb unserer Gesellschaft wenige Menschengruppen, die mit allen einen so starken Kontakt haben, wie der Arzt. Ich halte es für notwendig, in unserem Programm darauf hinzuweisen, daß wir die Forderungen der Ärzte verwirklichen wollen. Es gibt keine Personengruppe, die mit allen Menschen so in Kontakt kommt und die Menschen so gut und eindringlich beeinflussen kann, wie der Arzt. (Andauernde große Unruhe.)

Vorsitzender Steinhoff, den Redner unterbrechend: Ich bitte um Aufmerksamkeit, Gespräche werden am besten draußen geführt.

Coesfeld (fortfahrend):

Es ist nicht nur notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir die Forderungen der Ärzte verwirklichen wollen, sondern wir müssen den Ärzten auch etwas bieten. Wir müssen wissen, daß heute Tausende von Jungärzten in unmöglichen Positionen und unter unmöglichen Lebensumständen dahingevegetieren müssen. Deshalb wäre es wohl notwendig, in unserem Programm bei der Reform der Sozialversicherung zu erwähnen, daß wir auch den Ärzten die Vorteile der Sozialversicherung gewähren wollen.

Zum Abschnitt Wirtschaftspolitik scheint es mir notwendig, darauf hinzuweisen, daß nicht nur Kohle, Stahl und Energie, sondern auch die Chemie zu den Grundstoffindustrien gehört, die wir sozialisieren müßten.

Außerdem wäre eine klarere Sprache im Programm notwendig.

Zum Schluß möchte ich hervorheben, daß das Programm so unendlich wichtig ist. Es liegt mir so sehr am Herzen, daß ich die Redaktions-

kommission bitten möchte, dieses Programm so zu behandeln, wie es seiner Wichtigkeit zukommt. Es kann gar nicht scharf und gut genug ausgearbeitet werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, bitte ich, entweder an den Verhandlungen gesammelt teilzunehmen, oder, wenn andere wichtige Privatgespräche geführt werden müssen, hinauszugehen und sie draußen zu erledigen.

Das Wort hat jetzt Genosse Schütz, Berlin; ihm folgt Lang, Dachau.

Schütz, Berlin:

Genossinnen und Genossen!

In seinem gestrigen großen Referat hat Genosse Ollenhauer mit Ernst und Realismus über die Jugend gesprochen. Ich glaube, daß es die Partei verstehen muß, daß man zu der Jugend und vielleicht auch zu anderen Teilen der Bevölkerung mehr mit Ernst und echter realistischer Überzeugung sprechen muß, um sie zu einer Unterstützung der Ziele der Partei zu bewegen. Aus diesem Grunde möchte ich mich hier ausdrücklich gegen die Forderungen nach einem Grundsatzprogramm, die hier vom Genossen Eichler und vielleicht noch stärker vom Genossen Kühn aufgestellt wurden, aussprechen. Es ist vielleicht nicht populär, das auszusprechen, da wir es so aus der Tradition unserer Bewegung gewöhnt sind, sich an einem Grundsatzprogramm zu orientieren. Aber wir sollten bedenken, daß wir mit schönen Worten, und seien sie uns selber auch noch so heilig, bei der jungen Generation und, wie ich glaube, auch bei anderen Teilen der Bevölkerung überhaupt nichts erreichen werden. Wir müssen diesen jungen Menschen, die heute vor den Unzulänglichkeiten unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu verzweifeln drohen, und die tagtäglich mit ihren eigenen Sorgen zu ringen haben, etwas darüber sagen, wie wir ihre Sorgen zu beseitigen gedenken.

Und wenn ich das jetzt im Zusammenhang mit der Debatte über das Aktionsprogramm sage, so deshalb, weil in diesem Aktionsprogramm eigentlich noch immer zu viel versucht wurde, einen Grundsatzprogrammersatz zu schaffen. Ich bin froh, daß viele der Mängel, die im Programm liegen, hier ernsthaft diskutiert wurden. Genosse Eichler ist aus begreiflichen Gründen mehr oder weniger über diese Mängel hinweggegangen. Was mich an diesem Aktionsprogramm stört, ist die Tatsache, daß es eine Rezitation von Forderungen bringt, ohne daß konkret zum Ausdruck kommt, wie diese Forderungen nun auch verwirklicht werden können. Es erinnert mich etwas an den Wunschzettel, den ich als kleiner Junge schreiben durfte, auf dem ich alle meine Wünsche schrieb — angefangen bei der Eisenbahn bis zum billigen Kinderbuch —, und meine Mutter mußte mir dann sagen, daß nur soundso viel Geld zur Verfügung stand, und nur für soundso viel Geld ein Geschenk gekauft werden konnte.

Genossinnen und Genossen, das ist das konkrete Problem, vor dem wir bei unserer Debatte stehen. Wir stellen wunderschöne Forderungen auf, aber wir sind noch nicht in der Lage — das Aktionsprogramm hat es mir jedenfalls nicht bewiesen —, jede einzelne dieser Forderungen auch wirklich zu realisieren. Das sieht man an den Abschnitten über die Wirtschaft, die jedem etwas geben; das sieht man an den Abschnitten über die Steuern, die einfach Überwältigendes bieten; das sieht man aber auch an den fast unheimlichen sozialpolitischen Verpflichtungen, die wir mit diesem Sozialprogramm übernehmen. Das sind viele Forderungen, von denen ich nicht den Eindruck habe, daß wir sie in vollem Maße realisieren können. Ich

sage dies deshalb, weil ich überzeugt bin, wir sollten Forderungen aufstellen, die sich in der kommenden Periode wirklich realisieren lassen. Nur so werden wir mit der Wählermasse, die uns zuströmen soll, auch etwas durchsetzen können. Meine Überzeugung ist, daß man den Menschen unserer Zeit zwei Sachen sagen muß. Man muß ihnen sagen, welche der Forderungen aus der Unmasse der Forderungen, die der Mensch in seiner Bedrückung heute hat, für uns als vordringlich gelten sollen. Und man muß ihnen ferner sagen und auch verstandesmäßig begreiflich machen, wie man diese Forderungen durchsetzen will. Wenn wir in der Lage sind, dies der Wählerschaft unmißverständlich klar zu machen, dann kommen wir auch über die berühmte 34-Prozent-Hürde hinweg, und dann wird es uns auch eher gelingen, mehr zu erreichen bei jungen Menschen, die ja realistischer und lange nicht so begeisterungshungrig sind, wie es sich die ältere Generation immer vorstellt.

Ich möchte das an einem Beispiel erklären. Das Jugendprogramm des ursprünglichen Aktionsentwurfs ist groß und vielumfassend und enthält meiner Ansicht nach nicht immer zu verwirklichende Forderungen. Ich entsinne mich, daß der Zentralausschuß der deutschen Jungsozialisten Forderungen eingereicht hat, die, wie ich gehört habe, auch in dem neuen Entwurf verarbeitet werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Vorschlag im wesentlichen schon im Berliner Vorschlag, der hoffentlich euch allen ausgeteilt worden ist, enthalten ist. Die Jungsozialisten haben hier in einer Frage, die sie besonders betrifft, einige wenige Schwerpunkte zur Beseitigung der Jugendnot aufgezeigt, die für die kommende Aktion der Sozialdemokratischen Partei von Wert und von Notwendigkeit sein werden. Wir werden wohl nicht darum herum kommen, auf diesem Parteitag ein Aktionsprogramm — so unvollständig und unbefriedigend es auch sein mag — zu verabschieden. Aber es ist meiner Ansicht nach notwendig, daß wir dann damit einen Appell an den Parteivorstand richten, zu Beginn des Wahlkampfes uns die echten Verwirklichungsvorschläge dieses Programms für unsere Agitation zu geben, und daß wir zweitens einen Appell an unsere Funktionäre richten, sich bei der Interpretation dieses Programms, nicht zu sehr an die schönen allgemeinen Formulierungen zu halten, sondern klar aufzeigen, wie diese allgemeinen und richtigen Forderungen durchgesetzt werden können.

Nur so wird es uns möglich sein, wesentliche Kreise der noch abseits des politischen Lebens stehenden jungen Menschen anzusprechen und sie auch zur politischen Verantwortung heranzuziehen. Nur so wird es uns aber auch möglich sein, jene Bevölkerungsteile zu erfassen, die bisher aus einer gewissen Scheu vor programmatischen Erklärungen, hinter denen doch nur der mehr oder weniger gute Wille, aber nicht die echte Gestaltungskraft steht, uns heute noch nicht wählen. Es ist notwendig, daß wir ein Programm haben, das verstandesmäßig erfaßt werden kann. Um aber eine Synthese mit jenem Genossen zu finden, der sich in der Debatte dagegen wandte, den Verstand zu stark in den Vordergrund zu stellen, möchte ich sagen: Es ist notwendig, daß die Wähler, die selbst nicht bereit sein mögen, dieses Programm zu lesen, das echte und ehrliche Gefühl haben müssen, daß hier eine Partei vor sie tritt, die bereit und in der Lage ist, die Forderungen, die sie aufstellt, auch tatsächlich zu verwirklichen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat der Genosse Lang, Dachau.

Lang, Dachau:

Genossinnen und Genossen! Bei meinen Worten werden Sie sich vielleicht an die Ausführungen des Genossen Schiller aus Hamburg erinnert

fühlen, aber ich will auf mein Wort deshalb nicht verzichten, weil ich aufzeigen will, welche Punkte aus dem Rahmen des Aktionsprogramms auch von unseren Arbeitern in den Fabriken und von den breiten Massen unserer Wähler auf dem Lande und in den Dörfern draußen besprochen werden.

Wenn wir unter Hinweis auf die Ausführungen des Genossen Löbe am heutigen Vormittag der Ansicht sind — und das sind wir wohl alle —, daß dem Aktionsprogramm der SPD ein um so größerer Erfolg beschieden sein wird, je klarer und verständlicher die einzelnen Punkte des Programms dem Volke bekanntgemacht werden, wobei nach den Worten des Genossen Löbe einzelne Gesichtspunkte besonders herausgestellt werden sollen, und je größer der Kreis ist, der mit diesem Aktionsprogramm angesprochen werden soll, dann glaube ich, müssen wir, soweit es noch möglich ist, alles tun, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Die Möglichkeit, hier einen Beitrag zur Verbreiterung des Interesses an dem Aktionsprogramm zu leisten, finde ich durch eine vorzunehmende Ergänzung im Aktionsprogramm unter „Planung und Freiheit in der Wirtschaft“, Abschnitt „Produktionssteigerung“. Dort heißt es u. a.:

Dazu ist eine Lenkung des Anlagekapitals in die volkswirtschaftlich vordringlichen Wirtschaftszweige, insbesondere auch den Wohnungsbau, notwendig. Eine steuerliche Begünstigung des Sparens wird die volkswirtschaftlich notwendige Bildung von Anlagekapital fördern.

Wenn wir durch diesen letzten Satz zum Ausdruck bringen wollen, daß wir Wert darauf legen, zur Finanzierung der Aufgaben in der Wirtschaft Sparkapital zu erhalten, und zwar in ausreichendem Maße, dann bin ich der Auffassung, daß man hier im Aktionsprogramm als Ergänzung hinzufügen sollte, daß die SPD auch auf die Erhaltung der Wertbeständigkeit dieser Einlagen bzw. dieses Sparkapitals den größten Wert legt. Das wird in diesem Zusammenhange aus Gründen der Ehrlichkeit gegenüber der Sparerenschaft erforderlich sein. Gerade jetzt ist es aktuell, wo man den Sparsinn durch Prämiensparen, steuerbegünstigtes Sparen usw. heben will, und wo man, wenn ich richtig informiert bin, im Bundestag über die Aufwertung der Altspargelder verhandelt. Der Wille zum Sparen war aus den uns allen bekannten Gründen ganz verloren gegangen. Schon zweimal wurde der Sparer anläßlich der Regulierung der Währung um die Ersparnisse, wobei ich echte Ersparnisse meine, und in seinem Glauben an die Wertbeständigkeit seines Spargeldes betrogen. Zweimal schon hat es sich anläßlich der Währungsregulierung gezeigt, daß von den Substanzwerten, die aus den im Laufe der Jahre der Volkswirtschaft als Anlagekapital in Millionenbeträgen zur Verfügung gestellten Spargeldern entstanden sind, soviel wie nichts für den Sparer vorhanden war. Zweimal hat es sich gezeigt, daß für das Spar- und Anlagekapital keine Deckung zur Verfügung stand, aus der man die Sparer hätte entsprechend befriedigen können. Die breite Masse der kleinen Sparer, der kleine Mann, von dem im allgemeinen wenig gesprochen wird, der sich für seine alten Tage einiges als Zusatz für seine meist nicht ausreichende Rente zurückgelegt hatte, ist dabei am härtesten getroffen worden. Ich möchte daher sagen, daß ein Zusatz bezüglich des Eintretens für die Erhaltung der Wertbeständigkeit dieser Sparbeträge noch in das Aktionsprogramm aufzunehmen wäre.

Auch im Hinblick auf die von der SPD bei Vorhandensein der notwendigen Macht beabsichtigten Maßnahmen zur Schaffung einer sozial gerechten Gesellschaftsordnung kann man wohl sagen, daß ihre Durchführung nur möglich ist bei Erhaltung der Kaufkraft und Stabilität der Währung und bei einer Wertbeständigkeit des Anlagekapitals, weil sonst eine Ver-

wirung in der ganzen Wirtschaft eintreten würde. Maßnahmen mit inflationistischen Auswirkungen sind abzulehnen, sie sind antisozial und verwerflich, weil sie nicht nur zu Lasten des Sparers gehen, sondern sich immer zum Nachteil der breiten Massen des schaffenden Volkes, vor allen Dingen zum Nachteil der gesamten Arbeiterschaft auswirken. Ich bitte die Programm-Kommission, dies soweit wie möglich zu berücksichtigen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Hannsheinz Bauer, Würzburg.

Bauer, Würzburg:

Genossinnen und Genossen! Jeder, der im politischen Leben steht, kann sich allmählich nicht der Feststellung versagen, daß nur ein relativ kleiner Teil der Wählerschaft in unseren Versammlungen und durch unsere Druckschriften tatsächlich erfassbar ist, also ein Personenkreis, der ohnehin schon weitgehend zu uns gehört. Wenn wir uns allein auf dieses Wählerkontingent verlassen wollten, wären unsere Ausdehnungsmöglichkeiten für die Zukunft nicht allzu groß. Wir sollten uns einmal der alten Erfahrungstatsache erinnern, daß der Mensch von der Erziehung mindestens genau so geformt wird wie von der Umgebung. Ich möchte deshalb das Stichwort Erziehung euch einmal vor Augen halten.

Ich bin der Auffassung, daß jeder uns freundlich gesinnte Lehrer ein Kapital für uns ist, das für die fernere Zukunft reichliche Zinsen tragen kann. Da wir heute schon eine ansehnliche Zahl von Lehrern und Erziehern in unserem Kreise haben, sollten wir ihnen die Möglichkeit geben, in unserem Sinne zu wirken. Wir wissen alle, daß selbständiges politisches Denken schon ein Stück Weg zur Sozialdemokratie bedeutet. Aus diesem Grunde habe ich mich über den Antrag 181 vom Kreisverein Eckernförde gefreut:

Der Parteivorstand wolle prüfen, ob die Aufnahme von Grundunterricht in Staatsbürgerkunde in allen öffentlichen Schulen als Forderung aufgestellt werden soll.

Ich gehe noch weiter, ich sage, nicht nur prüfen, sondern als Forderung in das Aktionsprogramm aufnehmen!

Eine weitere Feststellung kann ich mir nicht versagen. Mich hat es merkwürdig berührt, daß im Aktionsprogramm der Begriff Gemeinschaftsschule nicht zu finden ist. Man kann davon ausgehen: aus taktischen Gründen nicht so viel davon sprechen, aber stets daran denken! Aber ich glaube, wir sollten aus traditionellen Gründen an diesem Begriff im Aktionsprogramm festhalten. Unsere Gegner werden dann das Kind beim Namen nennen.

Schließlich möchte ich auf den Antrag 175 des Bezirksausschusses Franken hinweisen, besonders auf den Satz:

Die Schulreform muß den pädagogischen Erkenntnissen der modernen Wissenschaft und den demokratischen und sozialen Forderungen des freien Volksstaates gerecht werden und der Erziehung der Jugendlichen zum freien Staatsbürger dienen.

Diesen Satz bitte ich möglichst im Wortlaut zu verankern. Er liegt im Sinne der Heranbildung frei denkender Staatsbürger und damit auf dem Wege zur Sozialdemokratie.

Wenn wir bei der Lehrerbildung die Worte „an Hochschulen“ zu ersetzen bitten durch „an Universitäten“, so bitte ich das zu verstehen aus dem schwierigen Kampf, den wir zur Zeit in Bayern zu bestehen haben. Wir möchten jeder Argumentation, ganz gleich, von welcher Seite sie kommt, die Grundlage nehmen, daß die Lehrerbildung in philosophisch-theologische

Hochschulen verlagert werden könnte, über deren Eingangstüren sinnbildlich das Wort Dogma steht.

Abschließend möchte ich an alle Genossinnen und Genossen, die in den Kultusministerien und Kulturreferaten, sei es in den städtischen, Aufgaben zu erfüllen haben, den dringenden Appell richten, sich bei der Neueinstellung und bei Beförderungen die Zeit zu nehmen, mit den Kandidaten etwas nähere Tuchfühlung zu bekommen. Bei solchen persönlichen Unterhaltungen gewinnt man manchmal ein sehr wesentliches Bild und kann vielleicht Unheil verhüten und Personen, die einer Förderung wert sind, entsprechend fördern. Seien wir uns darüber klar, daß Erziehung und Erzieher ein Schlüssel für uns für die weitere Zukunft sind. Sorgen wir dafür, daß dieser Schlüssel mehr als bisher in unsere Hand kommt und ein brauchbares Instrument für uns wird. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat Genosse Hesselbach, Frankfurt am Main.

Hesselbach, Frankfurt am Main:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst mit aller Deutlichkeit unterstreichen, was Gen. Schiller in brillanter Eloquenz gesagt hat, daß es sich bei unserem Programm um das Programm des freiheitlichen Sozialismus handelt. Es scheint notwendig, das heute mehr denn je zu unterstreichen, weil unsere politischen Gegner Sozialismus, Zwangswirtschaft und Kommando-Wirtschaft immer wieder gleichsetzen.

Ich möchte zugleich unterstreichen, daß auch der Wettbewerb unter den einzelnen Wirtschaftsgruppen in unserem Aktionsprogramm betont wird. Auch die Beständigkeit des Geldes muß unterstrichen werden, das ist hier schon verschiedentlich gesagt worden, wenn ich auch zum Ausdruck bringen möchte, daß nicht eine panische Angst vor jeder Geldschöpfung bei uns Platz greifen sollte. Vermißt habe ich einen Satz im Aktionsprogramm, daß wir einen funktionsfähigen Kapitalmarkt schaffen müssen.

In unserem Programm, das tatsächlich ein Aktionsprogramm ist und kein Wunschprogramm, in dem gesagt wird, was wir tun werden, wenn wir die Möglichkeit dazu haben, wenn wir an der Regierung sind, muß bei jedem einzelnen Punkt klar überlegt sein, ob er durchführbar ist. Das scheint mir weit über die Möglichkeit des Parteitages hinauszugehen, die vorgesehenen konkreten Feststellungen über das Steuerprogramm zu beschließen. Wenn die großen Aufgaben bewältigt werden sollen, die wir uns vorgenommen haben, müssen dazu langfristige Mittel zur Verfügung stehen. Es gibt nur die Möglichkeit des Konsumverzichts vorher, das heißt Sparen oder Steuern, oder die Möglichkeit des Konsumverzichts nachher, und das bedeutet die gefürchtete Inflation. Sonst stehen wir vor der Wirklichkeit, wesentliche Teile des Programms nicht erfüllen zu können. Die Tendenz unserer Steuerpolitik ist klar und soll ausgesprochen werden: einen Weg schaffen für direkte Steuern und Abbau der indirekten Steuern. Aber ich glaube, es führt zu einer Katastrophe, wenn wir Steuereinnahmen streichen wollen, die heute einen wesentlichen Teil der Gesamteinnahmen ausmachen. Ein Blick genügt, um zu sehen, wie hoch die Einnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer sind.

Genau so gefährlich ist es, jetzt schon zu sagen, das Einkommen bis 12 000 DM wird proportional besteuert und darüber hinaus progressiv. Das muß erst noch gründlich besprochen werden, und es muß gerechnet und berechnet werden, wie weit wir gehen können. Das möchte ich dem Parteitag mit allem Nachdruck sagen.

Was wir erstreben, das ist zunächst eine Reform des Steuersystems, daß es gerechter ist. Wir wollen nicht unbedingt eine Reduktion der Steuereinnahmen.

Es scheint mir auch sehr gewagt, wenn man von der Milliarde spricht, die gespart werden kann. Das mag stimmen. Aber auf der anderen Seite ist es eine Fiktion, davon auszugehen, daß dann 10 000 Finanzbeamte für ihre eigentliche Aufgabe frei werden, die in der Betriebsprüfung und Steuerfahndung liegen soll. Ich glaube nicht, daß jeder Finanzangestellte, der frei wird, sofort oder in absehbarer Zeit als Betriebsprüfer oder Steuerfahnder geeignet ist. Ich meine, auf diesem steuerlichen Gebiet sollten wir uns auf die Tendenz beschränken und zeigen, welchen Weg wir gehen wollen. Ich bitte, auch diesen schwierigen Dingen des Steuersystems eine ausreichende Beachtung zu schenken und bei der Beschlußfassung das zu beherzigen, was ich sagen zu müssen glaubte. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Die Rednerliste ist erschöpft. Dann darf ich zu dem Tagesordnungspunkt Aktionsprogramm Schluß der Debatte feststellen. Entsprechend unserer Abrede am ersten Verhandlungstag wird die Materie einschließlich der Anträge einer dafür gebildeten Kommission überwiesen. Diese Kommission soll sich im Anschluß an unsere Nachmittags-sitzung im „Heidekrug“ versammeln, um die Arbeit aufzunehmen.

Das Ergebnis der Arbeiten der Kommission einschließlich der noch vorliegenden Anträge werden wir uns am Sonntagmorgen vortragen lassen. Dann wird Beschluß gefaßt werden.

Wir haben in dem Ablauf unserer Verhandlungen nicht nur das angestrebte Soll erfüllt, sondern ein Übersoll erfüllt. (Zuruf: Hennecke! — Heiterkeit.) — Gewiß, Hennecke! Ich glaube sagen zu dürfen, daß auch die Debatte über diese spröde Materie nicht nur sachlich gut verlaufen ist, sondern manche neue Anregung gebracht hat. Ich möchte allen Beteiligten wieder Dank sagen für das disziplinierte Verhalten der Redner. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Ich bin stolz darauf, daß es auch heute nicht nötig war, die Schelle zu gebrauchen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Kunstgenuß und den anderen einen angenehmen Verlauf des Tages.

Morgen früh Punkt neun Uhr fangen wir wieder an. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 16.45 Uhr.)

VIERTER VERHANDLUNGSTAG

Sonnabend, den 27. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Ich eröffne die Verhandlungen des Parteitages. Zur Verhandlung stehen die Arbeitsberichte des Parteivorstandes. Ich erteile dem Genossen Franke zu Punkt Organisation das Wort.

Franke:

Genossinnen und Genossen! Die Reihe der Arbeitsberichte des Parteivorstandes habe ich mit dem einzuleiten, was zu organisationspolitischen Fragen ergänzend zu dem vorliegenden Bericht im Jahrbuch für die Berichtszeit 1950/51 zu sagen ist.

Mit Genugtuung und Freude hörten wir aus den Begrüßungsansprachen unserer Freunde und ausländischen Gäste immer wieder anerkennende Worte über unsere schlagkräftige und gut organisierte Partei heraus, für die wir unseren ausländischen Freunden sehr zu Dank verpflichtet sind. Wir deutschen Sozialdemokraten teilen sicherlich vorbehaltlos die Auffassung unseres finnischen Genossen Simonen, der in seiner Begrüßungsansprache sagte, daß die freie internationale Arbeiterbewegung nicht nur Ideen brauche, sondern auch große kampffähige Organisationen.

Neben der Entwicklung sozialistischer Ideen und neben der Gestaltung tagespolitischer Forderungen arbeiten aus dieser Erkenntnis heraus seit vielen Jahrzehnten mit einem beispiellosen Aufwand an Kraft, Willen und Ausdauer viele Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre an dem Aus- und Aufbau der Parteiorganisationen zu einem wirksamen Instrument der sozialistischen Massenbewegung, um mit diesem Instrument die Verwirklichung der sozialistischen Ideen erkämpfen zu können. Nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist unsere Parteiorganisation und muß es bleiben. Nicht die Vereinigung des Vereines wegen, sondern die Vereinigung von Gleichgesinnten zur Entwicklung gestaltender Ideen, zum rationellen Ansatz ihrer möglichen und ganzen Kraft zur Erringung des politischen Zieles war von jeher Leitsatz all derer, die sich mit organisatorischen Fragen der sozialistischen Massenbewegung verantwortlich beschäftigen mußten und auch beschäftigt haben. Mancher Erfolg konnte in den zurückliegenden Jahrzehnten errungen werden. Zahlreich sind die praktischen Erfahrungen aus den vergangenen Jahren, auf deren Auswertung basierend die organisatorische Arbeit weiterentwickelt werden muß, um weitere Erfolge erringen zu können. Voller Stolz und ohne Überheblichkeit können wir wohl feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die einzige Partei in Deutschland ist, die dem Begriff einer politischen Massenpartei entspricht, in der sich aus freiem Entschluß zur Zeit über 650 000 Mitglieder vereinigt haben, die wiederum in über 7800 Gemeinden der Bundesrepublik in örtlichen Organisationen erfaßt sind. Einzelheiten über die Mitgliederbewegung und organisatorischen Daten sind aus dem Jahrbuch zu entnehmen, das jedermann Aufschluß gibt und der Öffentlichkeit zugänglich ist wie jedes andere Buch, das in einer Buchhandlung zu erwerben ist. Wir haben mit unseren Zahlen, die wir aus unserer Arbeit ermittelt haben, keinerlei Geheimniskrämerei zu betreiben. Wir können vor der Öffentlichkeit bestehen, und wir können vor allem jeden Vergleich mit irgendeiner politischen Organisation in Deutschland

bestens bestehen. Aber um ein Vielfaches gewichtiger als diese nüchternen Zahlen unserer großen Mitglieiderschar und Ortsvereine wiegt die Tatsache, daß Tag für Tag und Jahr für Jahr Zehntausende ehrenamtlicher Funktionäre oft unter den schwierigsten wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen für die Sozialdemokratische Partei tätig sind und neue Anhänger und Mitstreiter für die Forderungen zur Besserung der allgemeinen Lebensverhältnisse werben. Das politische, das sozialistische Empfinden und Wissen ist dabei das stärkste Antriebsmoment für die unermüdete Tätigkeit dieser tausender und aber tausender Funktionäre, deren Wirksamkeit in den Betrieben und Wohnbezirken die Voraussetzungen für den politischen Erfolg der Sozialdemokratie schaffen. Allen sei an dieser Stelle gedankt für die mühevollen, aber erfolgreiche Arbeit, die sowohl in den ländlichen und soziologisch schwierigen Gebieten durchgeführt wird, allerdings unter ungünstigeren Bedingungen, als auch in den Industriegebieten und in den Großstädten mit den besseren Voraussetzungen für unsere Parteiarbeit. (Beifall.) Durch die Zusammenballung zahlenmäßig starker Gruppen qualifizierter Facharbeiter ist es von jeher so gewesen, daß in den Industriegebieten und Großstädten die Sozialdemokratische Partei ihr Kräfte-reservoir fand, um die politische Arbeit auch in jene Gebiete tragen zu können, in denen die Voraussetzungen nicht so günstig gewesen sind, sich aber im Laufe der Zeit doch zu unseren Gunsten entwickelt haben, allerdings durch das tragische und furchtbare Erleben des Krieges, der eine vollkommene Wandlung der Voraussetzungen und Verhältnisse in Deutschland mit sich gebracht hat, so daß wir heute in Gebiete Eingang gefunden haben, in denen wir vor Jahren kaum Resonanz fanden.

Einige Ermittlungen aus der jüngsten Zeit ergeben einen sehr interessanten Überblick über die berufsmäßige Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft in einem Teilgebiet unseres Organisationsbereichs, das, durch seine wirtschaftliche Struktur und Einwohnerdichte bedingt, eine mutmaßliche Durchschnittswertung für das gesamte Bundesgebiet erlaubt. Nach diesen Erhebungen gehören unserer Partei als Mitglieder 45 Prozent Arbeiter an. 17 Prozent unserer Mitgliedschaft stellen die Angestellten, und nur 5 Prozent Beamte haben den Weg zu uns gefunden, während der Prozentsatz der selbständig Schaffenden und der Handwerker sowie der freiberuflich Tätigen 12 Prozent ausmacht. 12 Prozent Rentner gehören zu uns, 2 Prozent Landwirte, und 7 Prozent haben den Beruf als Hausfrau angegeben. Diese Angaben können — das möchte ich allerdings noch einmal betonen — nicht als das Ergebnis für das gesamte Bundesgebiet bezeichnet werden, da — wie ich gesagt habe — die Ermittlungen nur aus einem Teilgebiet stammen, aber in etwa doch die berufsmäßige Zusammensetzung der Mitgliedschaft ausweisen.

Ein Überblick über die altersmäßige Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft, allerdings auch nur aus dem gleichen Gebiet, ebenfalls runde Zahlen, zeigt, daß 3 Prozent unserer Mitgliedschaft bis 25 Jahre alt sind, 10 Prozent aus den Jahrgängen 26 bis 35 Jahre alt erfaßt sind und 19 Prozent der Jahrgänge 36 bis 45 Jahre alt zu uns gehören, während die Altersgruppe 46 bis 55 Jahre über ein Viertel unserer Mitgliedschaft ausmacht und mit 26 Prozent ausgewiesen ist. Die älteren Jahrgänge sind noch einmal unterteilt. Die 56 bis 65 Jahre alten Genossinnen und Genossen machen ebenfalls noch einen erheblichen Prozentsatz aus und weisen 24 Prozent der Mitgliedschaft in den dortigen Gebieten aus. 18 Prozent sind über 65 Jahre alt.

Aus diesen Angaben ergibt sich, daß das Gros unserer Mitgliedschaft, soweit die berufsmäßige Zusammensetzung in Frage kommt, sich nach wie vor aus Arbeiter-, Angestellten- und Beamenschichten zusammensetzt und,

das möchte ich hier anführen, der Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft 20 Prozent beträgt, so daß klar zu erkennen ist, daß 13 Prozent der Berufstätigen als Hausfrauen oder als Ehefrauen noch mit in Ansatz zu bringen sind.

Allerdings gibt die altersmäßige Gliederung zu erkennen, daß vor allem die Jahrgänge über das 46. Lebensjahr hinaus das Gros unserer Mitgliedschaft stellen, während die jüngere Generation in einem erschreckenden Maße abfällt. Darin ist sehr deutlich zu erkennen, daß der Krieg unzählige Opfer gefordert hat. Aus dieser Tatsache resultieren auch die Feststellungen, daß sich unser Funktionärkörper zu einem beachtlichen Teil aus den an Jahren älteren Mitgliedern der Partei zusammensetzt, die recht häufig 25, 40 und 50 Jahre Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind. Hinzu kommt eine Fülle an zu bewältigenden Aufgaben, die zu unmöglichen Belastungen durch Funktionshäufungen führen, wodurch zwangsläufig manche Aufgabe vernachlässigt wird. Wir haben in den verschiedensten Gebieten Rückfragen angestellt, um einmal darüber Erhebungen bei uns anzustellen, in welcher Weise sich die Funktionshäufungen ausdrücken. Wir haben dabei Antworten bekommen, die uns sehr nachdenklich stimmen müssen und uns aufzeigen, daß wir uns viel mehr und intensiver mit organisatorischen Fragen in der Partei beschäftigen müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Mancher Funktionär vereint in sich mehr als 10 Funktionen und sieht keine Möglichkeit, die eine oder die andere abzustoßen (sehr wahr!), obwohl wir auf der anderen Seite ein unerschöpfliches Reservoir an Parteimitgliedern aufzuweisen haben, die sicherlich in der Lage sind, in die Aufgabe hineinzuwachsen, wenn sie nicht gleich als qualifizierte Funktionäre schon geboren sein sollten. Aber wir müssen uns mit diesen Fragen sicher noch häufiger beschäftigen. Wir werden dieses Problem heute nicht ausdiskutieren können. Wir sollten aber doch erkennen, daß es einfach nicht angängig sein kann, daß Funktionen nur der Funktionen wegen besetzt werden und hinterher eine routinemäßige Behandlung erfolgt (Beifall) und dadurch die Parteiorganisation vernachlässigt wird und die Wirksamkeit der Partei eine Schwächung erfährt, obwohl wir es in unserer Hand haben, durch ganz geringfügige Entscheidungen und Maßnahmen eine bedeutsame Wandlung herbeizuführen.

Nun müssen wir uns, wie gesagt, mit allen Mitteln an die Aufgaben heranmachen, um die Nachwuchskräfte, die sich bei uns erfreulicherweise doch in beachtlicher Zahl einfinden, mit verantwortlichen Aufgaben zu betrauen, um so in der Zukunft die Garantie dafür besitzen zu können, daß die Sozialdemokratische Partei über die weiteren Jahrzehnte hinaus bestehen und der entscheidende politische Faktor in Deutschland werden wird. Sicherlich weisen die Zahlen, die ich vorhin erwähnte, in ihrer Gesamtheit eine machtvolle Organisation aus, deren innerer Ausbau aber noch erfolgen muß, um aus dem Zustand der Stagnation, in dem wir uns zur Zeit befinden, herauszukommen. Sosehr wir wissen, daß unsere Parteiorganisation im Vergleich zu anderen politischen Organisationen bestehen kann, ja bestens bestehen kann, so klar müssen wir aber ihre Mängel erkennen und uns um deren Beseitigung unablässig bemühen. Das darf nicht immer nur ein Lippenbekenntnis auf Konferenzen und Tagungen sein, sondern das muß der Inhalt unserer Arbeit in den folgenden Wochen und Monaten sein. In der neueren Entwicklungsgeschichte der Partei — ich meine damit die Zeit nach 1945 — scheint nun allmählich der Zeitpunkt gekommen zu sein, der den Abschluß einer gewissen „selbsttätigen“ Entwicklung ergibt. Um weiter vorankommen zu können und um weitere Mitglieder und Funktionäre neu gewinnen zu können, müssen wir denjenigen Problemen unsere Aufmerksamkeit widmen, die, vielleicht durch die zeit-

lichen Verhältnisse bedingt, vielleicht aber auch dadurch, daß wir sie nicht klar genug erkannt haben, ins Hintertreffen geraten zu sein scheinen. Es geht um die richtige Bewertung der täglichen Kleinarbeit der vielen, vielen sogenannten kleinen Funktionäre, die die große Zahl der namenlosen Träger unserer großen Partei sind! (Sehr richtig!) Weder Beschlüsse noch Satzungsbestimmungen können in dieser Frage helfen. Die erfolgreiche organisatorische Arbeit in der Partei ist nach meiner Meinung mehr ein psychologisches Problem, mehr eine Frage der richtigen Menschenführung als etwa ein technisch-organisatorischer Fragenkomplex, der durch irgendeine Satzungsbestimmung oder Formulierung gelöst werden könnte. Sicherlich muß es einige richtungweisende Bestimmungen geben, nach denen sich der innerparteiliche Ablauf unserer politischen Arbeit ergibt. Entscheidend ist und bleibt aber darüber hinaus, von welcher Gesinnung durchdrungen und ausgehend der einzelne Genosse seine Arbeit und Aufgabe sieht und verrichtet. Gelingt es uns als Partei, das Wissen um diese Zusammenhänge zu vertiefen, und gelingt es uns darüber hinaus, das Bewußtsein um die Bedeutung der Ausübung der scheinbar kleinen und kleinsten Funktionen erneut zu wecken und zu festigen, dann haben wir einen gewaltigen Schritt voran zur Überwindung der Stagnation getan, aber auch zur Lösung des Problems des Mangels an Funktionären und zur Überwindung des Problems der Überalterung unseres Funktionärkörpers. Im Jahrbuch wird ausführlich über die Tätigkeit der einzelnen Fach- und Sachausschüsse berichtet, die sich mit den jeweils anfallenden Aufgaben beschäftigten und gute Arbeit für die Partei leisteten. Wir wissen, daß manches nicht bearbeitet oder so erarbeitet wurde, wie es sich der eine oder andere vorgestellt hat. Aber auch dafür gibt es eine Erklärung. Wir können die Arbeiten in den zentralen Körperschaften mit dem verhältnismäßig geringen Personalbestand leider nicht immer so bewältigen, wie wir es selbst wünschen, obwohl wir immerhin stolz darauf sein können, für viele Sachgebiete hauptamtliche Kräfte einsetzen zu können. In den hinter uns liegenden Jahren haben wir wertvolle Erfahrungen sammeln können, die für die kommende Zeit von großer Bedeutung sein werden. Wir haben nicht nur versucht, auf allen Spezialgebieten durch hauptamtliche Kräfte die betreffenden Fragen bearbeiten zu lassen, sondern wir haben darüber hinaus einen großen Kreis von Genossinnen und Genossen herangezogen, um deren Wissen und Können in den Dienst unserer Aufgaben stellen zu können. Wir werden sicherlich im Laufe der Diskussionen Gelegenheit finden, über verschiedene Fragen sprechen zu können. Ich glaube, daß aus den Erfahrungen in der Parteiarbeit draußen für die gesamte Arbeit wichtige Anregungen gegeben werden können.

Zu diesem Teil der Tagesordnung gehört es auch, daß die von den Organisationen gestellten Anträge zu Punkt 3a der Tagesordnung diskutiert und über sie entschieden wird.

Ich schlage vor, die Anträge Nr. 25 und 26 auf Tagesordnungspunkt 6 zu verlagern, da durch einen Änderungsantrag eine andere Behandlung erfolgen soll, als sie hier in der konkreten Formulierung von den Antragstellern zunächst in Aussicht genommen war. Mit den Antragstellern ist in diesem Sinne eine Vereinbarung getroffen worden. Ich bitte, das bei der weiteren Behandlung zu berücksichtigen. Nun darf ich berichten, welche Behandlung Parteivorstand und Parteiausschuß für die einzelnen Anträge empfehlen.

Zunächst Antrag 2, Kreisvorstand Bremen, der wünscht, daß über die Aufnahme eines Mitgliedes nicht — wie es bisher im Statut steht — der Vorstand eines Ortsvereins allein entscheidet, sondern daß dem eine Befragung der Mitgliederversammlung vorausgehen soll. Wir empfehlen,

diesen Antrag abzulehnen (sehr richtig!), da wir meinen, daß es eine echte Aufgabe des Vorstandes ist, über eine solche Frage zu entscheiden. Im übrigen sieht das jetzige Statut vor, daß jeder Genosse die Möglichkeit hat, innerhalb eines Jahres gegen eine erfolgte Aufnahme Einspruch zu erheben. Dann wird sowieso im größeren Kreis entschieden werden müssen. Wir bitten, Antrag 2 auch unter Berücksichtigung des Abs. 2 abzulehnen, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß über Einsprüche nacheinander Unterbezirksvorstand, Bezirksvorstand und Parteivorstand entscheiden sollen. In der jetzigen Fassung des Statuts heißt es, daß Bezirksvorstand und Parteivorstand nacheinander anzurufen sind. Wir halten diese Regelung für sinnvoll, weil eine übergebetliche Stelle mit der letzten Entscheidung beauftragt werden soll, damit nicht in der lokalen Atmosphäre, die wir aus der Praxis zur Genüge kennen, unter Umständen Entscheidungen getroffen werden, die sachlich anfechtbar wären und unliebsame Schwierigkeiten hervorrufen würden.

Antrag 3, Unterbezirk Gelsenkirchen, bitten wir ebenfalls abzulehnen. Die Bezeichnung Ortsverein ist ja keine Verniedlichung unserer organisatorischen Kraft und Stärke, sondern drückt aus, daß es die Vereinigung der Gleichgesinnten an einem Ort ist. Es gibt auch einige Gebiete in Deutschland, in denen die Bezeichnung „Ortsgruppe“ unliebsame Erinnerungen hervorruft. (Sehr richtig!) Wir sollten es daher bei der jetzigen Regelung lassen.

Antrag 4, Bezirk Südwest. Der Antrag sieht vor, daß in Zukunft die Abgrenzung von Parteibezirken durch Verhandlungen mit den beteiligten Bezirksorganisationen und durch Entscheidungen von Konferenzen herbeigeführt werden soll. Im jetzigen Statut heißt es, daß für die Aufgliederung des Organisationsgebietes der SPD der Parteivorstand zuständig ist, der nach wirtschaftlichen und parteipolitischen Gesichtspunkten seine Entscheidungen zu fällen hat. Er wird solche Entscheidungen niemals ohne Übereinstimmung mit den Beteiligten fällen. Im übrigen ist es auf der Bezirksebene so, daß die Bezirksvorstände in ihrem Organisationsbereich die zweckmäßigste Untergliederung finden müssen, um in allen Gebieten unter möglichst gleichen Voraussetzungen die Parteiarbeit vorantreiben zu können. Diese Aufgabe muß dem Vorstand vorbehalten bleiben. Wir empfehlen daher, Antrag 4 abzulehnen.

Antrag 5, Ortsverein Lippstadt. Der Antragsteller wünscht eine Veränderung im Organisationsaufbau, der durch das auf dem Hamburger Parteitag beschlossene Statut zum Ausdruck gebracht wird. Die Kreisverbände sollen als Organisationsgliederungen eingeführt werden, sollen also in der alten Form wieder entstehen. Wir empfehlen, diesen Antrag abzulehnen, um die Organisationsform, die durch den Hamburger Parteitagsbeschluß in vielen Gebieten erfolgreich entwickelt wird, nicht wieder zu Fall zu bringen.

Ebenso bitten wir Antrag 6, Kreisvorstand Bremen, abzulehnen. Wir meinen, daß Bezirkssatzungen innerhalb eines Bezirkes ausreichen müssen, um die Arbeiten unter den besonderen regionalen Gesichtspunkten durchzuführen. Im übrigen sollte man versuchen, nicht zu viele Satzungen und einschränkende Bestimmungen festzulegen, weil das nicht dazu beitragen würde, die Parteiarbeit zu erleichtern. Wir meinen, daß in größeren Orten und überall da, wo die Verhältnisse es verlangen, nach Bedarf Einzelbestimmungen getroffen werden. Es sollte daher bei der jetzigen Regelung im Statut bleiben.

Den Antrag 7, Unterbezirk Frankfurt (Main), muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. — Ja, ich habe eine undankbare Aufgabe zu erfüllen. (Heiterkeit.) Ich muß fast alle Antragsteller enttäuschen. Ich kann ihren Erwartungen nicht entsprechen. Ich meine aber, daß ich meine Aufgabe im

Interesse der Partei durchführen muß. Daher trage ich aus voller Überzeugung die Entscheidungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses vor. Wir müssen wirklich versuchen, einmal von dem Organisationsdebatten abzukommen, um uns den politischen Aufgaben zuzuwenden. Schließlich bestimmen diese, wie wir arbeiten sollen! (Beifall.) Wir empfehlen also, Antrag 7 abzulehnen. Er fordert, daß in Ländern mit mehreren Bezirksverbänden auf einem Landesparteitag ein Landesvorstand gewählt werden soll. Wir haben in unseren jetzigen Bestimmungen Formulierungen, die für die Zusammenarbeit verschiedener Parteibezirke in einem Land ausreichend sind. Dafür gibt es auch Richtlinien. Soweit ich mich erinnern kann, gibt es sogar in einigen Ländern Parteibezirke, die nach diesen Richtlinien arbeiten. Wir sollten daher die jetzige Formulierung des Statuts beibehalten, die allgemein zum Ausdruck bringt, daß für besondere Aufgaben der Parteivorstand Richtlinien erlassen kann.

Antrag 8, Kreisverband Rosenheim-Land, empfehlen wir abzulehnen. Er entspricht in der Tendenz dem Antrag 5 und wünscht ebenfalls eine Einschaltung der Kreisorganisationen. Wir sollten es bei der Einfachheit unseres Organisationsaufbaues belassen. Damit ist keineswegs den Genossinnen und Genossen in den einzelnen Gebieten die Tätigkeit erschwert oder untersagt. Im Gegenteil, es wäre doch eigenartig, wenn man nicht eine Form fände, um auch in den in Frage kommenden Gebieten die anfallenden Aufgaben zu lösen.

Antrag 9, Bezirk Südwest, muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. Er sieht vor, daß die gesetzlichen Bestimmungen für die Aufstellung von Wahlkreiskandidaten ihren Niederschlag im Organisationsaufbau der Partei finden sollen. Wir müssen von den gegebenen Grenzen in den Ländern abkommen, die sich bei den verschiedenen Aufgaben nicht decken. Für die Kommunalwahlen gibt es besondere Wahlkreisgrenzen, für die Landtagswahlen wieder andere Wahlkreise und für die Bundestagswahlen ebenfalls andere Abgrenzungen der Wahlkreise. In allen Ländern ist das zwar nicht so. Daher wird es schwierig sein, eine Organisationsform zu finden, die sich solchen Dingen anpaßt. Wir sollten, unabhängig von Wahlgesetzen und ähnlichen Bestimmungen, unsere Parteioorganisation nach Gesichtspunkten aufbauen, die uns zweckmäßig erscheinen.

Antrag 10, Kreisvorstand Bremen, bitten wir, ebenfalls abzulehnen. Der Antrag verlangt, daß die Wahlvorschläge für Bundestag und Landtage von den Unterbezirksvorständen im Benehmen mit dem Bezirksvorstand und Parteivorstand den Unterbezirkskonferenzen zur Entscheidung vorgelegt werden. Wir sollten das nicht als Bestimmung im Statut aufnehmen, da die Arbeitsvoraussetzungen in allen Teilen Deutschlands sehr beachtlich voneinander abweichen. Wir sollten es daher bei der bisherigen Formulierung lassen, die letztlich die Entscheidung der Mitgliedschaft auf alle Fälle gewährleistet.

Antrag 11, Ortsverein Göttingen, bitten wir, ebenfalls abzulehnen. Es handelt sich dabei um eine bezirksinterne Angelegenheit. Der Bezirkstag hat von seinem Recht Gebrauch gemacht, ein eigenes Organisationsstatut zu schaffen, und hat das Bezirksstatut auf dem Bezirksparteitag mit 240 zu 6 Stimmen angenommen, so daß man erkennen muß, daß die Genossinnen und Genossen im Bezirk Hannover — zumindest die übergroße Zahl — das angefochtene Statut ihr Statut nennen. In den einschlägigen Bestimmungen geht es um die Zusammensetzung des Bezirksvorstandes und der Unterbezirksvorstände. Die Mitgliedschaft im Bezirk Hannover wünscht, daß die verantwortlichen Sekretäre mit Stimmrecht Mitglieder dieser Körperschaften sind, um so durch ihre Entscheidung verantwortlich mitwirken zu können.

Die Anträge Nr. 12, Bezirksparteitag Braunschweig, und 13, Landesausschuß Berlin, empfehlen wir abzulehnen. Beide Anträge behandeln sinngemäß die gleiche Materie. Es geht darum, die Zusammensetzung des Parteitags mit seinen beschlußfähigen Delegierten in anderer Weise zu regulieren als bisher. Im jetzigen Statut heißt es, daß die Bundestagsfraktion in eigener Angelegenheit nur beratend Stimme hat. Im übrigen gehört sie zum Kreis der stimmberechtigten Delegierten. Wir meinen, daß es notwendig ist, die Form beizubehalten, die der Mitgliedschaft in größerem Maß Einfluß auf die Entscheidungen des Parteitags gewährt. Wir sind uns wohl darüber einig, daß die Spitzenfunktionäre, die sich im Parteivorstand, Parteiausschuß und in der Bundestagsfraktion befinden, mit Leichtigkeit in ihren Wohngebieten die Delegationen erwerben könnten. Dadurch würde aber die Einflußnahme der sogenannten einfachen Mitgliedschaft reduziert.

Antrag 14, Bezirk Südwest, habe ich ebenfalls zur Ablehnung zu empfehlen. Es gehört zu den Aufgaben der Kontrollkommission, bei der Erstattung des Geschäftsberichtes den Entlastungsantrag zu stellen. Das ist alter Brauch auf den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteitag selbst kann dann dazu ja oder nein sagen.

Antrag 15, Unterbezirk Frankfurt (Main), empfehlen wir abzulehnen, im letzten Satz heißt es: „Besoldete Mitglieder des Sekretariats können nicht in den Parteivorstand gewählt werden“. Ich glaube, daß ich dem Parteitag hierüber eine Aufklärung schuldig bin. Der Weg ist umgekehrt. Auf dem Parteitag werden Genossinnen und Genossen als besoldete Parteivorstandsmitglieder gewählt und ziehen erst dann in das Sekretariat ein.

Antrag 16, Bezirksparteitag Südbayern, bitten wir, dem Organisationsausschuß des Parteivorstandes zu überweisen. Wir meinen, daß die hier zum Ausdruck gebrachten Formulierungen die praktische Arbeit betreffen und bei der Schaffung von Richtlinien oder ähnlichen Anweisungen, beispielsweise Arbeitsheften usw., stärkste Beachtung finden sollen. Im übrigen müssen wir feststellen, daß es jetzt keinerlei Bestimmungen im Statut gibt, die eine solche Tätigkeit, wie sie gefordert wird, etwa untersagen würde. Es liegt im Ermessen der beteiligten Genossinnen und Genossen, wie weit sie sich in die politische Diskussion einschalten.

Antrag 17 sieht vor, daß bei Differenzen, die bei der Aufstellung von Kandidaten auftreten könnten, die nächsthöhere Organisationskörperschaft entscheiden soll. Bisher heißt es im Statut, daß der Parteivorstand auf Antrag der beteiligten Organisation zu entscheiden hat. Er kann dabei durchaus das Recht zur Entscheidung auch an den Bezirksvorstand oder den Unterbezirksvorstand delegieren. Wir sollten es aber bei dieser allgemeinen Formulierung belassen, da sowohl zentrale Kandidaturen als auch die untergeordneten Landtags- und Kreistagskandidaten davon betroffen werden können.

Antrag 18 muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. Im Statut wird sinngemäß das gleiche zum Ausdruck gebracht, und die direkt davon angesprochenen Genossinnen haben die jetzige Formulierung, die auf dem Hamburger Parteitag beschlossen wurde, entwickelt und sagen, daß sie ihnen besser gefällt, und wir sollten den Genossinnen in dieser Weise doch entgegenkommen. Das sollte uns nicht schwerfallen.

Antrag 19, vom Bezirk Süd-West, muß ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen. Es heißt in der Antragsformulierung:

Der Parteiausschuß berät und beschließt gemeinsam mit dem Parteivorstand.

Die neue Bestimmung heißt also:

Der Parteiausschuß wird ein Beschlußorgan.

Wir meinen, daß sich die bisherige Praxis als zweckmäßig erwiesen hat. Der Parteiausschuß stellt die gebietliche Vertretungskörperschaft der Parteibezirke beim Parteivorstand dar, und bisher hat der Parteivorstand nur in Übereinstimmung mit dem Parteiausschuß wichtigste Entscheidungen gefällt. Wenn der Parteiausschuß zu einem Beschlufsorgan werden soll, wird es durch die unterschiedlichen Größen der einzelnen Bezirke erneut zu Veränderungen in der Zusammensetzung kommen müssen, die dazu führen, daß die Körperschaft groß wird, ohne daß uns ein besonderer Vorteil in bezug auf die möglichen Entscheidungen ersteht. Wenn es die politische Situation erfordert, werden vom Parteivorstand oder von den dazu berufenen Körperschaften entsprechende Konferenzen einberufen, um eine möglichst große Legitimation für die dann zu fällende Entscheidung zu bekommen.

Die Anträge Nr. 20 und 21 empfehlen wir, dem Organisationsausschuß beim Parteivorstand als Material zu überweisen, damit das Ausschlußverfahren erneut überprüft und unter Umständen eine andere Formulierung gefunden werden kann, die eine bessere Handhabe ermöglicht.

Antrag Nr. 22, vom Bezirksparteitag Niederrhein an den Parteitag gerichtet, bitten wir abzulehnen. Da wird die Schaffung einer Landesorganisation gefordert. Wir meinen, daß es bei den Bezirksorganisationen bleiben sollte und daß die Bezirke als selbständige organisatorische und politische Gliederungen der Partei ihre Arbeitsweise beibehalten sollten.

Antrag Nr. 23, vom Ortsverein Göttingen, empfehle ich, ebenfalls abzulehnen. Es geht darum, erneut eine Frage zu diskutieren, die auf dem Hamburger Parteitag ausgiebig diskutiert worden ist und bei der man auf Grund der allgemeinen Situation in Deutschland zur Ablehnung gekommen ist. Ich glaube, wir sollten uns auch nicht durch Beschlüsse dieser Art festlegen. Im Augenblick liegen die Dinge so, daß wir auf diesem Gebiete kaum zu Erfolgen kommen könnten. Wir sollten diese Frage erneut diskutieren, wenn sich die Situation ändern sollte.

Antrag 24, vom Unterbezirk Wiesbaden, bitten wir, dem Organisationsausschuß zu überweisen. Ich kann im Augenblick hier keine andere Behandlung empfehlen. Es geht darum, Mitglieder, die langjährig tätig gewesen sind, durch silberne oder goldene Parteiabzeichen auszuzeichnen. (Heiterkeit.)

Die Anträge 25 und 26 habe ich vorhin zur Behandlung bei Tagesordnungspunkt 6 empfohlen, um zu ermöglichen, daß ein Änderungsantrag noch eingebracht und mitbehandelt wird.

Damit wären die Dinge, die ich zur Organisation zu sagen hätte, erledigt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort zum Punkt F i n a n z e n hat nunmehr der Genosse Nau.

Nau:

Genossinnen und Genossen! Die Finanzen der politischen Parteien haben zu allen Zeiten eine erhebliche Rolle gespielt. Die Formulierung, daß ohne Geld auf dieser Erde keine Politik gemacht werden kann, ist in ihrer brutalen Offenheit die Feststellung eines Tatbestandes.

Die Öffentlichkeit — vornehmlich die Presse — hat dieses Thema in den letzten Monaten lebhaft diskutiert. Ich glaube, die Gründe für dieses bemerkenswerte Interesse sind offenkundig:

Die Parteien sind Organe der politischen Willensbildung des Volkes.

Für die Erhaltung und Stärkung der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Meinungsbildung in diesen Parteien nicht beeinflußt wird durch Geldgeber, die sich letzten Endes bei ihren „großzügigen Spenden“ nur davon leiten lassen, die Partei ihrer Wahl zum gefügigen Werkzeug ihrer Interessen zu degradieren. (Sehr gut!) Doch hier schrecken die Spuren der Geschichte. Dem deutschen Volk und der Welt wäre in den letzten 20 Jahren grauenvolles Leid erspart geblieben, wenn die deutsche Industrie Hitler nicht finanziert hätte. (Sehr richtig!)

Die Unterbringung der anonymen Finanzierung der politischen Willens-träger ist nicht nur eine Frage der Sauberkeit, sondern ein Kernproblem des demokratischen Staates. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist vielleicht kein Zufall, daß die Beratungen über das Parteiengesetz darüber nicht vom Fleck kommen. Dem sicheren Vernehmen nach soll sich das Bundeskabinett bereits mit dem vierten Gesetzentwurf beschäftigen. Es ist verständlich, daß die Regierungsparteien die im Gesetz vorgesehene Rechenschaftslegung als die heikelste Frage ansehen.

Bisher haben die Parteien rechts von der SPD versucht, diese Dinge in ein geheimnisvolles Dunkel zu hüllen. Sie haben allerdings nicht verhindern können, daß die Tatsache ihrer Finanzierung durch Industrie und Handel draußen bekannt geworden ist. (Sehr richtig!)

Wir haben dokumentarische Beweise darüber, daß jährlich Millionen dafür gegeben werden. Wir sind weiter darüber unterrichtet, daß Verhandlungen über zusätzliche Finanzierung der kommenden Bundeswahlen durch dieselben Industriekreise geführt werden, bei denen es um hohe, siebenstellige Beträge geht.

Dieses trübe Bild der Finanzquellen bürgerlicher Parteien wird noch dunkler, wenn man darauf hinweisen muß, daß durch öffentliche Haushalte Millionen in die Kasse von sogenannten überparteilichen, ich möchte sagen pseudopolitischen Organisationen fließen. (Sehr gut!)

Wir meinen hier die Bünde, die Kampfgruppen und wie immer sich diese Gruppen nennen; ihre zwielfichtige Mitwirkung ist gefährlich und die größtenteils aus parlamentarisch nicht kontrollierten Geheimfonds erfolgte Finanzierung mehr als bedenklich!

Auf das Parteiengesetz zurückkommend, möchte ich sagen, wir glauben nicht, daß ein Gesetz eine völlige Bereinigung dieser ungesunden, ja korruptiven und für die Bundesrepublik lebensgefährlichen Situation bringen kann.

Wir befürchten, daß nach einem Gesetzeszwang zur Offenlegung der Bücher noch stärker als bisher die reptilienmäßige und indirekte Finanzierung angewandt wird. Es scheint uns deshalb unerlässlich zu sein, daß auch die sogenannten „Spendengeber“ stärker als bisher kontrolliert werden.

Hier haben die Landesfinanzminister die Aufgabe, durch entsprechende steuerliche Strafen die Parteisubventionen der Industrie zu erschweren und darüber hinaus zu verhindern.

Wenn dieses Problem der Finanzierung bürgerlicher Parteien in der Öffentlichkeit erörtert wird, zeigen diese Parteien eine sonst nicht vorhandene Scheu vor Publizität.

Als z. B. vor einiger Zeit die „Süddeutsche Zeitung“ eine Umfrage über Herkunft und Höhe der Partei-Einnahmen veranstaltete, haben sich alle Parteien — mit Ausnahme der SPD — geweigert, Angaben zu machen. (Zurufe: Hört, hört! Pfui!)

Minister Hellwege lehnte die Auskunft ab in der Befürchtung, „andere Parteien könnten daraus ungerechtfertigten Nutzen ziehen“. (Große Heiterkeit und lebhaftes Zurufe.)

In ähnlicher Seelenqual befand sich Dr. Würmeling vom Direktorium der CDU, als vor einigen Wochen die Regierungsparteien und die SPD im RIAS über ihre Einkünfte befragt wurden.

Dr. Würmeling sagte:

„Wir haben an sich die Möglichkeit, die Zahlen der Öffentlichkeit darzulegen, wie andere Parteien auch, aber da das Konkurrenzfragen sind im politischen Kampf, haben wir keinen Anlaß, von uns aus nun als erste damit in die Öffentlichkeit zu treten.“

Nun, was die Konkurrenz anbetrifft, so handelt es sich unverkennbar um interne Fragen der Koalition.

Im übrigen scheint aber Herr Würmeling übersehen zu haben, daß die SPD seit langen Jahren — auch schon vor 1933 — ihre Karten auf den Tisch legt.

So haben wir in Fortsetzung bewährter Gepflogenheiten für die Jahre 1950/51 im vorliegenden Jahrbuch wieder eine Rechenschaftslegung (auch für die Herren der Presse zugänglich) vorgenommen.

Die auf den Seiten 173 bis 191 veröffentlichten Erklärungen und Tabellen geben Aufschluß über Einzelheiten, so daß ich mich hier in diesem kurzen Bericht auf wesentliche Ergänzungen beschränken kann.

Die Einnahmen der Gesamtpartei beliefen sich 1951 auf 7,5 Millionen DM.

Davon kamen rund 6 Millionen DM aus dem Umsatz der Beitragsmarken. Knapp 1½ Millionen DM wurden aufgebracht durch Sammlungen, Verkauf von Wahlfondsmarken und Abgaben der Abgeordneten der verschiedensten Parlamente.

Bei den Ausgaben des Parteivorstands nehmen die Beträge für die Werbung, Aufklärung und Information der Mitglieder und Wähler den ersten Platz ein.

Erheblich waren die Aufwendungen für jene Gebiete, die infolge ihrer ungünstigen politischen und wirtschaftlichen Struktur die Hilfe der Gesamtpartei in Anspruch nehmen mußten.

Die Erwerbslosigkeit in ihrem Ost-West-Gefälle ist in jenen Bezirken konstant geblieben, die infolge des Versagens der Umsiedlungspolitik der Bundesregierung noch immer als flüchtlingsüberflutet gelten müssen.

Oft sind 50—60 Prozent der Mitglieder einzelner Ortsvereine erwerbslos. (Zustimmung und Zurufe: 100 Prozent!) Darüber hinaus gibt es Ortsvereine, deren gesamte Mitgliedschaft seit Jahr und Tag ohne Beschäftigung ist. Hier zu unterstützen, ist ein Akt der Solidarität, aber auch der Selbsterhaltung, um weiße Flecken auf der politischen Landkarte zu vermeiden.

Aus diesem Geist heraus haben wir Berlin geholfen, in Südwestdeutschland und in politisch schwierigen Gebieten der französischen Zone die organisatorische und politische Arbeit gefördert.

Im Vordergrund dieser praktischen Arbeit seit dem Parteitag in Hamburg standen die umfangreichen Bemühungen, eine echte finanzielle Konsolidierung anzustreben. Die vorliegenden Bezirksabrechnungen geben Auskunft darüber, ob und inwieweit Ansatzpunkte für diese Entwicklung gegeben sind.

Nach diesen Unterlagen betragen die Einnahmen aus Beiträgen von Januar bis Juni 1952 rund 3 130 000 DM und liegen damit gegenüber dem ersten Halbjahr 1951 mit 275 000 DM höher. Bei fast gleichmäßiger Beitragsleistung ist der durchschnittliche Monatsbeitrag der Mitglieder um 10 Pf höher als im vergangenen Jahr.

An dieser Mehreinnahme ist der Erlös aus dem Verkauf der Wertmarken über 1 DM bzw. 1,20 DM nicht unwesentlich beteiligt. Rein markenmäßig gesehen, scheint der Erfolg der progressiven Beitragsstaffelung zunächst unbefriedigend. Nur 6,5 Prozent der umgesetzten Beitragsmarken sind höhere Wertmarken. Aber in DM gerechnet, sieht das Ergebnis wesentlich anders aus.

Im ersten Halbjahr 1952 betrug der Erlös dieser Marken rund 750 000 DM, gleich 23 Prozent der Gesamtbeitragseinnahmen.

Diese Erfolge — ich möchte sagen: Anfangserfolge — in der Stabilisierung unserer Finanzierung sind auf zwei Tatsachen zurückzuführen:

1. der besseren Kassierung unserer Mitglieder;
2. der Einführung von neuen Beitragsmarken.

Zunächst zu 1.

Wenn die Einkassierung von Beiträgen Anlaß zur Kritik gibt, dann nicht zuletzt aus folgenden Gründen:

Erstens, weil die Zahl der Hauskassierer immer noch zu klein ist, und zweitens die Funktion — völlig zu Unrecht — unterbewertet wird. (Sehr richtig!) Sehr oft sieht man diese Arbeit als eine rein schematisch-technische Abkassierung an und glaubt, daß der letzte gerade gut genug dafür ist. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum, den auszuräumen ein dringendes Gebot ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Nach Auffassung des Parteivorstandes erfüllen die Frauen und Männer als Hauskassierer in erster Linie eine politische Funktion. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind das lebendige Bindeglied zwischen Partei und Mitgliedschaft. Sie sind dazu berufen, die politische Wirksamkeit der Partei draußen zu interpretieren.

Was wäre die Partei ohne die Arbeit dieser Funktionäre. Ihnen gilt gerade heute unser Dank. (Lebhafter Beifall.)

Und nun ein Wort zu den Beiträgen:

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben die Bezirksorganisationen der Empfehlung des Parteivorstands entsprochen und ab Januar 1952 neue Beitragsmarken eingeführt.

Noch erfreulicher ist jedoch, daß die Mitgliedschaft in diesen Bezirken für die Beitragsveränderungen vollstes Verständnis aufgebracht hat.

Zu dieser Frage liegen mehrere Anträge vor:

Der Antrag 27 behandelt die Zuständigkeit bezüglich der Beschlußfassung in Beitragsangelegenheiten.

Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen, entsprechend Antrag 27 a, der heute morgen verteilt worden ist, das grundsätzliche Recht zur Festsetzung der Beiträge beim Parteitag zu belassen und nur in dringenden Fällen den Parteivorstand im Benehmen mit Parteiausschuß und Kontrollkommission zu ermächtigen, Abänderungen zu beschließen.

Der Unterbezirk Wiesbaden beantragt unter Nr. 29, daß in § 8 an Stelle des Wortes „Bruttoeinkommen“ „Nettoeinkommen“ gesetzt wird.

Wir glauben nicht, daß eine solche Änderung eine wesentliche Verbesserung bedeuten würde. Wir haben darüber schon eine interne Aussprache mit einigen Genossen aus Wiesbaden gehabt. Wir empfehlen, den Antrag nicht anzunehmen.

Von den Anträgen 28 und 30 ist der letztere der weitestgehende.

Ich setze deshalb das Einverständnis des Parteitages voraus, wenn ich diesen Antrag zuerst behandle.

Die Bezirke Schleswig-Holstein, Niederbayern, Oberpfalz haben am 1. Januar 1952 nicht nur die Beitragswerte von 60 Pf und 1,20 DM eingeführt, sondern darüber hinaus die übrigen Beitragsstufen um 20 Prozent erhöht.

Der Parteivorstand hat diese Regelung akzeptiert, obwohl sie über die vom Parteivorstand beschlossene bzw. empfohlene Beitragsveränderung hinausging, einfach aus der Erwägung heraus, einer solchen Initiative nicht in den Arm fallen zu dürfen. (Heiterkeit.) Ich fasse dieses freundliche Lachen als eine starke Zustimmung auf. (Beifall.)

Auf Grund der Erfahrungen eines halben Jahres darf festgestellt werden, daß sich diese generelle Erhöhung um 20 Prozent bewährt hat.

Es gibt in beiden Bezirken keine Rückwanderung von höheren auf kleinere Markenwerte, ganz im Gegenteil: Der Umsatz der Beitragsmarken in den Werten von 2 DM bzw. 2,40 DM ab ist im Verhältnis zum Ergebnis des ersten halben Jahres 1951 erheblich gestiegen.

Wir glauben, daß der Parteitag auch für die übrigen Bezirksorganisationen, d. h. für die Gesamtpartei, die 20prozentige Erhöhung für die Beitragsgruppen ab 2 DM beschließen sollte.

Für diese Maßnahmen sprechen nicht nur die Notwendigkeiten, die Einnahmen zu erhöhen, sondern ebenso stark politische wie psychologische Überlegungen.

Nachdem mit Beginn des Jahres die 20prozentige Beitragserhöhung für die unteren Beitragsstufen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — durchgeführt wurde, scheint mir die Annahme des Antrages unserer Kieler Freunde eine unabweisliche und vielleicht auch eine logische Konsequenz zu sein. Wir haben Verständnis dafür, daß bei einzelnen Bezirken zunächst Bedenken gegenüber einem solchen Verfahren bestanden. Beitragserhöhungen waren zu keiner Zeit der Parteigeschichte populäre Erscheinungen. Wir haben jedoch die Zuversicht, daß sich unsere Mitglieder — insbesondere angesichts der Notwendigkeit der finanziellen Stabilisierung der Organisation — dem Ruf der Partei nicht verschließen werden. Wir appellieren hiermit an den ganzen Parteitag, entsprechend der Empfehlung des Parteivorstandes und Parteiausschusses diesen Antrag anzunehmen und damit wieder für die gesamte Organisation eine einheitliche und für alle verbindliche Beitragsregelung zu schaffen. Nach unserer Auffassung ist es aber nicht zweckmäßig, weitere Veränderungen der Beitragsstaffel vorzunehmen. Eine Modifizierung, wie sie z. B. im Antrag 29 angeregt wird, würde nach unserer Meinung bedauerlicherweise in der praktischen Handhabung zu empfindlichen Einnahmeverlusten führen. Wir bitten, diesem Antrag nicht zu entsprechen.

Der Antrag 31 ist inzwischen von unseren Braunschweiger Freunden nach einer kurzen klärenden Aussprache mit uns zurückgezogen worden. Den Antrag 32 bitten wir abzulehnen.

Wir wollen es bei den jetzigen Bestimmungen des Statuts belassen, die vorsehen, daß von Fall zu Fall die örtliche Organisation eine zeitliche Ermäßigung des Beitrages beschließen kann.

Der Antrag 33 will den Anteil des Parteivorstandes an dem Ergebnis von Sammlungen einschränken. Ich hoffe, ihr habt Verständnis dafür, wenn ich darum bitte, diesen Antrag aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen.

Die bisher durch den Parteivorstand geleistete Hilfe für politisch schwierige Gebiete wird gefährdet, wenn solche Einengungen beschlossen werden.

Den Antrag 34 bitten wir, dem Parteivorstand zu überweisen. Wir wollen unseren ganzen Einfluß dahingehend geltend machen, daß erheblich mehr als

bisher für die Schulungs- und Bildungsarbeit aus dem Beitragsaufkommen zur Verfügung gestellt wird.

Der Antrag 35 aus Frankfurt wünscht die Versicherung von hauptamtlichen Funktionären bei vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit und Versorgung der Familie im Todesfall.

Hier wird ein Problem aufgeworfen, dessen Lösung wir ohne großen Zeitverlust erstreben müssen. Wir haben sehr bedauert, daß ein vor längerer Zeit unterbreiteter Vorschlag aus finanziellen Gründen nicht akzeptiert wurde. Trotz aller dieser Bedenken ist es unserer Meinung nach eine elementare Verpflichtung der Partei, unseren hauptamtlichen Funktionären diesen Schutz zu geben. Wir bitten jedoch, den Antrag zu überweisen und erklären, noch in diesem Jahr von uns aus neue Vorschläge den Bezirksvorständen im Sinne einer positiven Regelung zu übermitteln.

Zum Schluß einige Bemerkungen über die Wiedergutmachung, soweit es sich um das Parteivermögen handelt. Obwohl sieben Jahre seit dem Zusammenbruch des Naziregimes vergangen sind, warten noch über 100 Verfahren auf Rückgabe des noch vorhandenen Parteieigentums auf ihre Erledigung. (Hört, hört!) Das erscheint uns angesichts der Tatsache, daß zahlreiche schwerbelastete Nazis bereits wieder in den Besitz ihrer auf zweifelhaftem Wege zustande gekommenen Vermögen gelangt sind, eine — milde formuliert — bemerkenswerte ungleiche Behandlung. (Beifall.) Was wir bisher mühsam, mit nicht unerheblichen Kosten und oftmals nur gegen den offenen und versteckten Widerstand deutscher Behörden, zurückbekommen haben, steht auch nicht annähernd in einem angemessenen Verhältnis zu dem, was uns damals genommen und geraubt wurde. Der große Vermögensschaden, den die Partei erlitten hat, ergibt sich aus folgenden Tatsachen:

1. Vom Grundvermögen haben wir nur Bruchteile erhalten, die vielfach nur Trümmer sind.
2. Die Druckereibetriebe sind größtenteils ausgeplündert. Selbst jene wenigen Unternehmungen, deren Maschinen über das tausendjährige Reich hinweggerettet werden konnten, haben erhebliche materielle Einbußen erlitten, da ihre Einrichtungen abgenutzt und veraltet sind. Beträchtliche Investitionen sind erforderlich, um die Wirtschaftlichkeit wieder zu erreichen.
3. Der sehr erhebliche Verlust in der Sowjetzone und in den Gebieten der Oder-Neiße-Linie.
4. Der Ausfall an Nutzungen unserer Betriebe und die Vernichtung der Verlagswerte.
5. Der Verlust an Bar- und Kontenvermögen.

Die sich aus diesen Fakten ergebenden Schadenersatzansprüche sind im wesentlichen Forderungen an den Staat, die wir hier in aller Eindringlichkeit vor dem Forum des Parteitages erheben. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte abschließend sagen: Es ist endlich an der Zeit, daß wenigstens der Vermögensschaden, der durch die Gewaltmaßnahmen der Nazis entstanden ist, durch eine wirkliche Wiedergutmachung gemildert wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat nunmehr Genosse Heine zum Punkt Presse und Propaganda.

Heine:

Die neue deutsche Presse hat die zwei schwersten Jahre seit ihrem Wiedererscheinen hinter sich. Mitte vorigen Jahres waren viele Blätter in einer ersten Krisenlage, die durch die stetige Abwanderung von der Presse zum Rundfunk oder in die Leseindifferenz noch verstärkt wurde.

Von dieser Entwicklung ist auch die uns nahestehende Presse nicht unberührt geblieben. Es bedurfte großer Anstrengungen, um die entstandenen Gefahren zu bekämpfen.

Wenn wir heute eine Zwischenbilanz ziehen, dann können wir jedoch drei erfreuliche Fakten feststellen:

1. Die Aufgabe der uns nahestehenden Zeitungen in der Bundesrepublik ist viel größer als die, die wir vor 1933 im wesentlich größeren Reich hatten.
2. Alljährlich werden rund 500 Millionen Exemplare der SPDnahen Presse verbreitet.
3. Das einzelne Exemplar der SPDnahen Presse wird von wesentlich mehr Menschen als dem Durchschnitt der anderen Blätter gelesen.

Die akute Krise ist heute überwunden, zum Teil auch, weil allmählich wieder eine traditionelle Verbundenheit des Lesers zu einer Zeitung entstanden ist. Aber: Die wirtschaftliche Basis der meisten Zeitungen und ihrer Unabhängigkeit von Industrie, Handel und Banken ist nicht gesichert, in einigen Fällen nicht einmal gewollt.

Diese Schwäche der Presse trifft zusammen mit Kapitalüberfluß und politischem Eroberungsdrang gerade jener Kreise der Wirtschaft, die bereits einmal eine so verhängnisvolle Macht über Presse und Film ausgeübt haben. Sie sind heute schon wieder am Werk, öffentliche Meinung zu erschleichen oder zu kaufen. Es gibt wenig Presseneugründungen der letzten Zeit, in die das Deutsche Industrieinstitut der Unternehmer seine Finger nicht gesteckt — — — und einige Male auch verbrannt hat.

Riesensfonds stehen zur Verfügung, sechs bis acht Millionen DM sollen allein für Pressebeeinflussung im nächsten Wahlkampf bereitgestellt werden, neben den 36 Millionen DM, die diese Wirtschaftskreise für die Regierungsparteien zusammenholen wollen.

Seit langem und ohne Scham versuchen gewisse Teile der Industrie- und Bankwelt, die Verleger durch Zuteilung oder Entzug von Anzeigen zu beeinflussen. Wer wissen will, welche Zeitungen in der Gunst dieser Kreise stehen, sehe sich die seitenlangen Finanzanzeigen einiger Blätter an. Eine neuere Statistik ergibt, daß von rund 500 in einem Monat erfaßten Finanzanzeigen nur 400, d. h. rund dreiviertel auf nur neun Zeitungen entfallen, die sämtlich antisozialdemokratisch sind.

Hier wird ein zentralgesteuerter Plan durchgeführt mit dem Ziel, entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung zu nehmen und die Wahlen im Sinne der Auftraggeber zu beeinflussen, und das alles mit den Millionen, die diese Bundesregierung diesen Kreisen über Steuer geschenke und Aktienaufwertung zugeführt hat.

Daß die Bundesregierung versucht, sich der Presse zu nähern, ist verständlich. Die Methoden dieser Annäherungsversuche sind, milde gesagt, ungewöhnlich, wenigstens für eine freiheitliche Presse in einer parlamentarischen Demokratie.

Abgesehen davon, daß der Herr Bundeskanzler zum Erreger einer neuen Berufskrankheit wurde: seine Bundespressechefs leiden unter Wechsel fieber, Bazillus Adenauer (Heiterkeit), herrscht heute pressemäßig in Bonn eine Metternich-Atmosphäre, die für die Journalisten wie für das deutsche Volk gleicherweise undiskutabel ist.

Daß unser Zentralorgan Strafverfolgungen ausgesetzt ist, wie unter Herrn von Papen, können wir ertragen. Daß Beamte und Presse mit den von den Nazis erfundenen und von Herrn Dehler angewendeten Zuchthausparagrafen bedroht werden, ist unerträglich. Daß man die ganze deutsche Presse in ein Polizeipressegesetz bringen wollte, ist schlichtweg eine Schande. (Zustimmung.)

Wir haben uns wiederholt mit der Tätigkeit des Bundespresse- und Miß-Informationsamtes befaßt. Hier sind mehrere hundert Leute mit Aufgaben beschäftigt, die zum Teil zum Bereich des Parteibüros der CDU gehören. (Hört, hört!) Dieses Amt druckt CDU-Propaganda gegen die SPD und verbreitet Verleumdungen über die SPD, die jedem Privatverleumder eine Klage von uns eingebracht hätten. Dieses Amt veranlaßt die Herstellung von Massenschriften gegen uns, die jeden Vergleich mit den Produkten ihres Vorgängers im Amt aushalten . . . , und zwar aus Haushaltsmitteln, an deren Aufbringung die Arbeiterschaft dank den Steuermaßnahmen dieser Regierung ungebührlich hoch beteiligt ist.

Die Bundesregierung subventioniert Publikationen von Verlegern, die dadurch wieder Mittel bekommen, um uns nahestehende Blätter zu schädigen. Die Bundesregierung bemüht sich, Einfluß auf die Nachrichtenquellen zu gewinnen, und zwar mit Mitteln, die nicht immer das Licht der Öffentlichkeit vertragen. Und es gibt Verleger, die sich brüsten, ein Dutzend und mehr ganzseitige Anzeigenaufträge der Bundesregierung „auf Abruf“ in der Tasche zu haben.

Wir stellen die Frage, ob etwa geplant ist, auf dem Wege über eine Wehrmachtpropaganda Millionenbeträge aufzuwenden, um gewisse regierungsfreundliche Blätter zu subventionieren.

Auch die Pressepolitik der Besatzungsmächte stützt die Bundesregierung. Wir werden ja wohl bald feststellen können, ob dieses regierungsfreundliche Verhalten auch gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Regierung geübt wird.

Heute sehen wir, daß zum Beispiel bei der Entscheidung über die Zukunft der Zonenzeitung „Die Welt“ wie bei der über das „Spandauer Volksblatt“ ein Weg beschritten wurde, den wir vom Standpunkt einer gerechten Lösung nur auf das tiefste bedauern können.

Wenn diese beiden Blätter in sozialreaktionäre, antisozialistische Hände fallen, wie es den Anschein hat, dann wird die alleinige Verantwortung bei der Besatzungsmacht liegen — — — wir, die Deutschen, aber werden die Folgen zu tragen haben.

Im amerikanisch besetzten Gebiet haben sich einige besonders krasse Fälle von Verkäufen ehemaliger Lizenzzeitungen ereignet, die wir als eine Bestätigung unserer Kritik an der Pressepolitik der Besatzungsmacht ansehen. So wurde in Berlin vor 2 $\frac{1}{2}$ Jahren eine Zeitungslizenz mit der Absicht erteilt, einem uns nahestehenden populären Blatt zu schaden. Das gelang völlig daneben. Jetzt wurde diesen Lizenzbesitzern die Möglichkeit verschafft, ihre Zeitung für mehrere Millionen DM an ein Großunternehmen zu verkaufen, um die gleiche Absicht auf anderer Ebene fortzusetzen. Das mindeste, was man dazu sagen kann, ist, daß solche Handelsgeschäfte mit Zeitungen der seinerzeit verkündeten Pressepolitik total zuwiderlaufen.

Wir haben hier versucht, einige Symptome der Entwicklung im Pressewesen anzudeuten. Dieser Vielfalt von Beeinflussungsmachenschaften sieht sich heute der durchschnittliche Zeitungsmann gegenüber. Unter solchen Umständen soll er in einer Krisenzeit des Pressewesens seinen Kurs wahren. Das ist ungeheuer schwer, und die Feststellung ist wohl berechtigt, daß nicht alle sich dieser Aufgabe gewachsen gezeigt haben.

Wir meinen, daß der Standpunkt der Opposition bei Nachrichtenwiedergabe und -kommentierung in nicht wenigen deutschen und ausländischen Zeitungen nicht immer mit der gleichen Breite und Unvoreingenommenheit zu finden war, wie der der Regierungsparteien. Und es gibt vermutlich einige Delegierte im Saal, die Beschwerden dieser Art nicht nur über gegnerische Zeitungen haben.

Dieser Parteitag ist sich aber sicher mit den verantwortungsbewußten Journalisten und Verlegern darin einig, daß das Verhalten der deutschen Presse in den Monaten bis zum Tage der Bundestagswahl entscheidend für die Zukunft des freiheitlichen Pressewesens in Deutschland sein wird. (Sehr gut!)

Sollte es den restaurativen Kräften gelingen, sich wesentliche Teile der deutschen Journalistik botmäßig zu machen — und derartige Bestrebungen werden sich in den nächsten Monaten vervielfachen —, dann geht mehr als die freie Schaffenskraft des einzelnen Publizisten verloren. Dann war der neue und verheißungsvolle Start vergeblich —, dann haben wir uns auf einem wesentlichen Gebiet unseres geistigen Lebens unserer Zukunft und unserer Freiheit begeben. (Sehr gut!)

Es sind nur zwei- oder dreitausend Journalisten und Verleger in ganz Deutschland, auf denen die Verantwortung dafür ruht — wir hegen die Erwartung, daß sie sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen.

Bevor ich einige Bemerkungen über die Propaganda mache, noch einige Worte zu den vorliegenden Anträgen zu diesem Punkt der Tagesordnung:

Antrag Nr. 36: Wir haben dem Ortsverein einen ausführlichen Brief in der Frage geschrieben. Wir würden vorschlagen, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Antrag Nr. 37: Er betrifft eine satyrische Zeitschrift. Je mehr Anlaß zur Satyre gegeben ist, um so weniger Interesse scheint an satyrischen Zeitschriften zu sein. (Sehr richtig!) Die Herausgabe einer satyrischen Zeitschrift ist der sicherste Weg zum Konkurs. Wir bitten deshalb um Ablehnung des Antrages Nr. 38.

Antrag Nr. 39: Wir bitten um Annahme.

Antrag Nr. 40 ist eine gewisse Selbstverständlichkeit. Er ist auch durch den Antrag Nr. 198 erledigt. Wir bitten um Überweisung.

Antrag Nr. 41: Wünschenswert wäre, wenn das, was in dem Antrag steht, in Erfüllung gehen könnte. Leider ist die reale Situation in der Mehrzahl der Bezirke nicht so. Wir bitten um Überweisung.

Antrag Nr. 42 ist finanziell untragbar. Wir bitten um Ablehnung.

Antrag Nr. 43: Wir bitten um Überweisung. Er ist auch durch Antrag Nr. 198 erledigt.

Nun kommen wir zu den Nachträgen zur Vorlage. Von Antrag Nr. 197: Wir sind für Annahme. Die finanziellen Voraussetzungen müssen allerdings erst noch geschaffen werden. Wir hoffen, daß das, was in dem Antrag steht, wirklich ein dringendes Bedürfnis ist und daß sich dieses dringende Bedürfnis dann auch in zahlenden Abonnenten und nicht nur in Freixemplaren auswirkt. (Zustimmung!)

Antrag Nr. 198: Wir sind mit der Annahme einverstanden, aber ich darf mir persönlich die ketzerische Bemerkung erlauben, daß ich es manchmal lieber sähe, wenn wir weniger Ausschußarbeit und etwas mehr Flugblattverteilung hätten.

Das allen Delegierten vorliegende Jahrbuch der Partei enthält auf den Seiten 225—229 Angaben über die Tätigkeit der Propaganda-Abteilung des

Partei Vorstandes. Ich darf darauf hinweisen und wohl hier auf die Wiederholung verzichten.

Wenn von politischer Propaganda gesprochen wird, dann können wir über eine der mißlichsten Erscheinungen auf diesem Gebiet nicht schweigen: Deutschland ist zum bevorzugten Importland fremder Regierungspropaganda geworden!

Als Antwort auf die Propagandaoffensiven, die Sowjetrußland gegen die Bundesrepublik unternommen hat, haben uns auch die Westmächte mit entsprechenden Papierfluten beschwert.

Soweit das dem Ziel dient, unsere Abwehr der Diktaturpropaganda zu verstärken, ist sie uns angenehm, wie die ungleich bedeutsamere Marshallhilfe uns willkommen war.

Als lästig aber empfinden wir die immer ein- und aufdringlicher werdenden Bemühungen, uns von den Vorzügen anderer Lebens- und Regierungsformen zu überzeugen.

Und auf das entschiedenste wehren wir uns gegen die wachsende propagandistische Einmischung der Besatzungsmächte in die deutsche Politik, wie sie uns in der Verherrlichung von Schumanplan, Europarat und Remilitarisierung vorgesetzt wird. (Beifall.)

Hier geht es um Lebensfragen des deutschen Volkes, und wir wünschen, daß die Meinungsbildung des deutschen Wählers darüber nicht durch die Einflußnahmen fremder Mächte bestimmt wird.

Nicht minder schädlich scheinen uns einige Methoden zu sein, mit denen diese ausländische Regierungspropaganda an die Deutschen herangebracht wird. Man hat Tarnorganisationen gebildet, die ohne demokratische Selbstkontrolle vorspiegeln, für das deutsche Volk zu sprechen.

Vielfach handelt es sich dabei um Geschäftemacher, die von Textilien oder Pferdehandel auf das zur Zeit einträglichere Geschäft des Handels mit politischer Gesinnung umgesattelt sind. Einige haben auch ähnliche Tätigkeiten bereits in den verflossenen tausend Jahren betrieben; sie setzen nun ihr Handwerk unter Auswechslung der Hoheitszeichen fort. Sie mit politischen Propagandamöglichkeiten auszustatten, ist einfach instinktos.

Wir wissen, daß die Sowjets mit diesen Tarnorganisationen angefangen haben und daß die Verwirklichung ihrer Absichten die Katastrophe bedeuten würde.

Darauf jedoch mit ähnlichen organisatorischen Mitteln zu antworten, bedeutet, aus Angst vor dem Tode den Selbstmord vorzubereiten.

Wenn an die Stelle der echten politischen Auseinandersetzung der Papierkrieg von Tarngruppen tritt, dann wäre mindestens ein Ziel der Kommunisten erreicht: Die Diskreditierung des demokratischen Gedankens.

Wir stellen fest, daß auch die Regierungsparteien und die Bundesregierung derartige Tarnorganisationen betrieben. Es gibt heute bereits ein gutes halbes Dutzend wohlklingender Vereinigungen, die solcherart ausgehalten werden, zum Teil gemeinsam mit Unternehmerverbänden und ausländischen Regierungen. Es wäre nicht ohne Reiz, wenn die Bundesregierung der breiten Öffentlichkeit in Deutschland einmal erschöpfende Auskunft über diese unterirdische Arbeit geben würde; am besten vielleicht durch einen so mit der Materie vertrauten Mann wie den Herrn Staatssekretär Dr. Lenz. (Beifall.)

Es heißt ja, daß einige dieser Tarnorganisationen unter dem persönlichen Protektorat von Staatssekretären der Bundesregierung stehen und daß sie sich als Vereinshymne das hübsche Volkslied wählen: „Der Lenz ist da, und keiner kann sagen, wie es geschah.“ (Heiterkeit, Beifall.)

Diese Tarnorganisationen erweitern ihren Aufgabenkreis ständig. Zuerst hieß es, daß sie die Sowjetagitation abwehren sollten. Dabei erhalten sie nicht nur Geldmittel in der großzügigsten Weise, sondern auch einen besonderen Rechtsschutz.

Es liegen schriftliche Anweisungen oberster Bundesbehörden vor, die diese zum Teil neofaschistischen Elemente vor dem Zugriff der Justizbehörden schützen und es manchen Dienststellen unmöglich machen, sie auch nur zu verhören. (Hört, hört!) Das geschieht, obwohl diese Leute bereits mit Terrormaßnahmen drohen.

Der nächste Schritt war die Heranziehung von Tarnorganisationen zur Propagierung des Schumanplanes und der Remilitarisierung, wobei uns von allen Litfaßsäulen der symbolische Piepmatz entgegenflattert, dessen Verwandtschaft mit der Moskauer Friedenstaube sich vielleicht daraus erklärt, daß der bisher für die Bonner Remilitarisierung-Propaganda tätige Dienststellenleiter hinterherum auch kommunistische Friedenspropaganda betrieben haben soll.

Neben der Propaganda haben sie auch Informations- und Bespitzelungsaufgaben übernommen, wobei sie nicht nur die KP, sondern auch die freiheitliche Arbeiterbewegung bespitzeln.

Was auf diesem Gebiet bereits heute wieder von dieser im Ausbau begriffenen Privat-Gestapo geleistet wird, läßt auf vieljährige Erfahrung schließen und wird die deutsche Öffentlichkeit noch beschäftigen. (Bravolo!)

Wie eng dabei der Kontakt zwischen Unternehmerverbänden und Bundesregierung ist, ergibt sich aus vertraulichen Rundschreiben eines Bonner Informationsdienstes, in denen es wörtlich heißt, daß er

„in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesministerien und den Unternehmerverbänden geschaffen wurde“. (Pfui-Rufe. — Hört, hört!)

Dieser Dienst hat die Aufgabe, über

„willkürlich entfachte Streiks“

und

über KP-Einflüsse in den Gewerkschaften usw. zu informieren. Das sei wichtig, heißt es in dem Rundschreiben, weil die Gewerkschaften „für den Marxismus ganz besonders empfänglich sind“.

All diese Aktivitäten sind Teil eines Gesamtplanes, mit dessen Hilfe der Partei- und Regierungschef Adenauer die zu erwartende Niederlage bei den kommenden Wahlen abzuwehren sucht.

Sie sind aber auch bezeichnend für die Ebene, auf der die Auseinandersetzung mit der Opposition geführt wird. Um des erhofften Erfolges bei einer Wahl werden Prinzipien aufs Spiel gesetzt, ohne die ein demokratisches Staatswesen nicht existieren kann.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien mehr und mehr zur staatlichen Funktion wird, daß für Parteizwecke Steuergelder verbraucht werden und daß Staatssekretäre sozusagen mit der rechten Hand ihre Regierungsaufgaben und mit der linken Hand ihre Parteigeschäfte betreiben, wobei man nicht selten den Eindruck hat, daß sie zwei linke Hände haben. (Heiterkeit, Beifall!)

Dieses Ausweichen auf die Agentenebene, diese Vermischung von Unternehmer- und Staatsinteressen, diese Verwendung von öffentlichen Mitteln für Parteizwecke führt sicherer zur Diskreditierung der Demokratie, als die von uns gewiß nicht unterschätzte KP-Propaganda. (Zustimmung.)

Die kommenden Monate werden ganz außerordentliche Anforderungen an die Arbeitskraft von uns allen, Funktionären und Mitgliedern, stellen. Wir werden uns einem Gegner gegenübersehen, der das letzte an Geld und Niedertracht aufbieten wird.

Wir werden uns, denke ich, nicht beirren lassen, sondern unseren Weg gehen — zum Ziel.

Wir wissen, daß wir mit der Geldfülle der Gegner nicht konkurrieren können; wir müssen unsere Bereitschaft, alles an Kraft und Zeit herzugeben, in die Waagschale werfen.

Ich glaube, daß es da einen gerechten Ausgleich geben wird: sie die Millionen DM, wir die Millionen Wähler. Sie das Geld, wir das Volk. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich erteile nunmehr der Genossin Gotthelf das Wort zum Bericht über das Frauensekretariat.

Gotthelf:

Genossinnen und Genossen! Da ein ausführlicher Bericht über unsere Frauenarbeit im Jahrbuch vorliegt, möchte ich mich darauf beschränken, neben einigen Ergänzungen und Unterstreichungen einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Jede politische Erziehungs- und Werbearbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn man sich über bestimmte soziologische Zusammenhänge klar ist. Wenn das schon allgemein richtig ist, ist es noch sehr viel richtiger in unserer Frauenarbeit. Heute ist es selbstverständlich, daß Frauen und Mädchen genau so wie der Mann ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Nach dem letzten Krieg müssen Millionen Frauen die alleinigen Ernährer ihrer Familien sein. Das gilt nicht nur von den sogenannten Mutterfamilien. In Tausenden von Fällen müssen die Frauen ihren erwerbsbeschränkten oder erwerbsunfähigen Mann miternähren. Von Tausenden von alleinstehenden Frauen hängen Familienangehörige entweder teilweise oder völlig in ihrem Lebensunterhalt ab. Wenn der berühmte Satz von dem Sein, das das Bewußtsein bestimmt, wirklich allgemeingültig wäre, müßten die Frauen selber und die Umwelt, in der sie leben, bestimmte politische und wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Konsequenzen aus dieser Situation gezogen haben. Bei der Mehrheit der Menschen, aber auch bei den Frauen, ist aus diesem tatsächlichen Sein noch kein Bewußtsein geworden. Besonders im politischen Raum reagiert man immer noch, als ob wir in der guten alten Zeit der Postkutsche lebten. Wir erleben, daß die Frauen, die ebenso wie ein Mann eine Familie erhalten müssen, im öffentlichen Leben als unmündig angesehen werden und in vielen Fällen sich selber auch so betrachten. Wenn wir ganz ehrlich sein wollen, müssen wir sagen, es gibt selbst in der Partei und sogar auch bei den Funktionären diese Einstellung, aus der sich ein Teil der Schwierigkeiten für unsere Arbeit ergibt. Wir müssen allerdings noch ein zweites beachten. Die Frauen, deren gesellschaftliches Bewußtsein bereits ihrem Sein entspricht, hat heute eine ganz andere Einstellung zur Frage der Gleichberechtigung als jene alten Frauenrechtlerinnen, die glaubten, es genüge schon, wenn man sich so gebärde wie ein Mann, um ernst genommen zu werden.

Die heutige Frauengeneration weiß, daß es kein Verrat an dem Kampf um die Gleichberechtigung ist, wenn sie klar erkennt und es auch klar ausspricht, daß die Frauen zwar gleichberechtigt sind, aber nicht gleichartig. Das bedeutet allerdings nicht, daß sie weniger gescheit sind oder weniger gut mit dem Leben fertig werden. Im Gegenteil, gerade die Nachkriegsjahre in Deutschland haben gezeigt, daß es die Frauen waren, die unser Volk davor bewahrten, in den ersten schlimmen Jahren völlig in Not und Elend zu versinken. Wer heute einmal durch unsere Flüchtlingsbunker und Lager geht, wird wissen, was ich meine. Man ist immer

wieder erschüttert, wie die Frauen versuchen, auch aus dieser trostlosen Umgebung noch ein bißchen Menschlichkeit zu retten und für sich und ihre Familie auch in der Heimatlosigkeit noch ein kleines Stückchen Zuhause zu schaffen. Im Gegensatz zur alten Frauenrechtlerinnen-Generation — und wir wollen ja keine Frauenrechtlerinnen sein — haben wir auch heute eine ganz andere Bewertung der Frau als Hausfrau und Mutter. Wir haben erkannt, daß auch hier die Andersartigkeit der Aufgaben durchaus ein gleichwertiges bedeutet.

Dieses Anderssein der Frau ist eine große Kraft, die eine Bereicherung der Gesellschaft werden kann, wenn das, was im privaten Bereich so segensreich ist, sich auch im Leben der Allgemeinheit auswirken kann. Zur Illustration etwas, was mir vor kurzer Zeit begegnete: Der sozialistische Bürgermeister einer Kleinstadt sagte über die einzige Frau, eine Genossin, in der Gemeindevertretung: Sie redet zwar nicht viel, aber wenn es die Männer fertiggebracht haben, die Dinge völlig durcheinander zu reden, dann holt sie mit ein paar Worten des gesunden Menschenverstandes den ganzen Verein wieder auf die Erde herunter. (Beifall.)

Die Frauen nehmen sich im allgemeinen nicht so ernst wie die Männer. Die Frauen sind kritischer gegen sich selbst und nicht so hundertprozentig überzeugt, daß sie den Stein der Weisen gefunden hätten. (Beifall.) Sie haben allerdings einen großen Fehler. Sie sind viel zu bescheiden. (Beifall.) Das hat die Diskussion der letzten beiden Tage bewiesen. Hier sind viele Genossinnen, die einen wertvollen Beitrag für die Diskussion gehabt hätten. Sie sind aber leider zu bescheiden gewesen, auf das Podium heraufzukommen, um zu sprechen.

Vor allem sind die Frauen weniger abstrakt und sehen Ideen zuerst immer in der Bezogenheit auf den Menschen. Sie wollen wissen, wozu etwas gut ist. Sie sind in erster Linie ansprechbar über das Menschliche. Aber nicht nur aus diesem „Anderssein“ heraus ist in der Frauenarbeit die Art, in der man die Probleme an den Menschen heranbringt, so wichtig. Wir müssen auch etwas in Betracht ziehen, was gerade den modernen Menschen — ich will nicht gerade sagen — auszeichnet, sondern charakterisiert, nämlich die furchtbare Vereinsamung und Vereinzelung, in der er lebt. Gerade die Frauen tragen sehr viel schwerer als die Männer an dieser Vereinsamung. Aus all diesen Tatsachen ergeben sich bestimmte Schlußfolgerungen für unsere Arbeit. Wenn wir die Mehrheit der Frauen gewinnen wollen, brauchen wir eine besondere Form des politischen Lebens. Darum unser ständiger Versuch, in der Frauenarbeit aus dem alten Versammlungsstil herauszukommen und die Politik zu vermenschlichen. Darum ist auch heute noch die besondere Frauenarbeit in der Partei eine politische Notwendigkeit. Selbstverständlich haben wir ein Interesse daran, daß sich die Frauen mehr und mehr in die allgemeine Parteiarbeit einschalten. Alfred Nau hat die Hauskassierer erwähnt. Wenn der Kassierer in die Häuser kommt, sind es die Hausfrauen, die das Geld geben. Dann ist es sehr viel leichter, wenn Frauen als Kassierer zu den Hausfrauen sprechen. Auch in die Betriebsarbeit müßten die Frauen mehr als bisher eingeschaltet werden. Wir haben Gegenden mit großen Frauenbetrieben, in denen wir kaum begonnen haben, unseren Einfluß geltend zu machen. Wichtig ist die Frauenarbeit auch in unseren sozialen Arbeitsgemeinschaften. Wir sollten vor allem unsere Gewerkschaftsgenossinnen, die vorbildlich in ihrer Loyalität zur Partei sind, mehr als bisher zur Mitarbeit heranziehen. Zur Vorbereitung und zur Schulung für diese Arbeit ist nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern der Ausbau der Frauengruppenarbeit notwendig. Im § 9 der Herner Beschlüsse heißt es: „Verpflichtung aller organisatorischen Gliederungen zur Durchführung der Frauenarbeit als einer politischen Aufgabe.“ Das heißt: Die Frauengruppenarbeit ist kein Sonderklub, den die

Frauen zu ihrem Privatvergnügen aufziehen. Die Frauenarbeit ist ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil unserer politischen Arbeit und muß von allen Genossen so geschätzt und gewertet werden. Es ist erfreulich, trotz Schwierigkeiten an einzelnen Orten, daß im allgemeinen das Verständnis für die Bedeutung der Frauenarbeit wächst, und daß viele Genossen diese Arbeit bereitwillig unterstützen. Dazu rechne ich besonders die jüngeren Genossen und die mitteljungen aus der alten SAJ. Sie sind in dieser Beziehung vorbildlich. Wo es noch Schwierigkeiten gibt, sollten wir den Genossen ganz klar sagen, daß wir eine Aktivierung unserer Frauenarbeit brauchen, weil der Erfolg in unserer politischen Arbeit davon abhängt, ob es uns gelingt, Frauen und junge Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen.

In den letzten beiden Berichtsjahren hatten wir zwar keinen prozentualen Rückgang an der Gesamtmitgliedschaft, wohl aber einen Mitglieder-rückgang. Der Grund liegt nicht nur auf finanziellem Gebiet. In einigen Bezirken fehlt noch die Genossin oder der Genosse, die die Arbeit zentral koordinieren. Ich hoffe, daß mehr und mehr Bezirke die Notwendigkeit einer solchen Koordinierung einsehen.

Die berufliche Zusammensetzung unserer weiblichen Mitglieder ist mit einigen bezirklichen Unterschieden folgende: 50 % Hausfrauen, 25 % Fabrikarbeiterinnen, 15 % Angestellte, 5 % Beamtinnen und 5 % freie Berufe. Es gibt allerdings auch Bezirke, in denen 80 % unserer Mitglieder Hausfrauen sind.

Was die Alterszusammensetzung anbetrifft, so ist es nicht ganz leicht, genaue Zahlen zu errechnen. Nach dem 25. Lebensjahr kann man sowieso das Alter einer Frau nicht mehr genau bestimmen. (Heiterkeit.) Aus den Berichten der Bezirke haben wir folgenden Durchschnitt errechnet: 12 % zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr, 20 % zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr, 31 % zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr, 37 % über 50 Jahre. 63 % unserer weiblichen Mitglieder sind also unter 50 Jahre.

Ich muß sagen, daß es doch erfreulich ist, daß man gerade im letzten Jahr feststellen konnte, daß mehr und mehr jüngere Genossinnen in Funktionen hineinwachsen. Diese Entwicklung sollten wir unterstützen und durch unsere Schulungsarbeit fördern. Allerdings bedeutet das nicht, daß wir die alten Genossinnen mit ihren wertvollen Erfahrungen nicht dringend brauchen. Ich denke da besonders an die Genossinnen wie unsere Marie Juchacz, Lore Agnes und Anna Nemitz, die ein Leben lang gezeigt haben, was Frauenarbeit ist und sein kann. (Beifall.)

Der Zentrale Frauen-Ausschuß hat in den letzten Berichtsjahren zu allen wichtigen, die Frauenarbeit betreffenden Fragen Stellung genommen. Ich möchte nur zwei Fragen herausheben. Zunächst die Frage gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Wir haben unsere Forderungen im Aktionsprogramm folgendermaßen formuliert: „Löhne und Gehälter sollen lediglich durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitenden bestimmt werden. In den Tarifverträgen darf es keine ‚Frauenlöhne‘ mehr geben. Die sogenannten ‚typischen‘ Frauenarbeiten müssen neu und gerecht bewertet werden.“ In diesen Forderungen stellen wir uns voll und ganz hinter die Arbeit der Gewerkschaften. Wir würden erfolgreicher sein, wenn mehr von den 800 000 gewerkschaftlich organisierten Frauen auch in der Partei wären. (Beifall.)

Die zweite Frage, die für uns, und zwar nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Männer sehr wichtig ist, ist die Frage der Familienrechtsform. In dem vom Frauenausschuß und Rechtspolitischen Ausschuß vorgelegten Reformvorschlag unserer Partei haben wir es ganz klar gemacht, daß Artikel 3 des Grundgesetzes für uns bedeutet, daß Männer und Frauen die gleichen Rechte haben, nicht aber, wie die Regierungsvorlage es uns jetzt

unterbreiten will, daß im Zweifelsfalle der Mann recht hat. (Heiterkeit.) Ich möchte dem Parlamentsbericht des Genossen Mellies nicht vorgreifen, jedoch zwei Dinge erwähnen, die klar zeigen, daß die SPD die einzige parlamentarische Vertretung der Fraueninteressen ist. Das sind 1. das Mutterschutzgesetz, das auf Initiative der Sozialdemokratischen Partei geschaffen wurde, 2. unser erfolgreicher Kampf gegen die steuerliche Zusammenveranlagung berufstätiger Eheleute. Wenn auf Grund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag in der Gesetzgebung nicht all das erreicht worden ist, was wir erreichen wollten, so wäre ohne unsere Arbeit nicht einmal das geschaffen worden. Vielleicht darf ich doch noch sagen, daß gerade im Bundestag die Genossinnen durch ihre gute sachliche Arbeit sich durchaus als gleichberechtigt und gleichwertig erwiesen haben. Aber nicht nur im Bundestag, sondern auch in den Landtagen und in den Gemeindeparlamenten können wir auf unsere Frauen stolz sein. Wir hoffen und wünschen, daß bei den nächsten Wahlen mehr Frauen in die Parlamente einziehen, und zwar nicht deshalb, weil wir glauben, es müßte auch eine Frau dabei sein, sondern weil wir meinen, daß es aus sachlichen Gründen gut und notwendig ist. (Beifall.)

Für unsere Presse- und Propagandaarbeit auch nur ein Hinweis: Die „Gleichheit“ ist an alle Delegierten verteilt worden. Sie ist die einzige politische Frauenzeitung in der Bundesrepublik. Sie ist allerdings noch nicht das, was wir aus ihr machen möchten. Je größer aber unsere Auflage ist, desto eher können wir den Inhalt ausgestalten. Der Bezirk Franken hat eine systematische Bezirkswerbung durchgeführt und uns in kurzer Zeit 300 neue Abonnenten gebracht. Dabei ist Franken durchaus kein Bezirk mit einer reichen Bevölkerung. Dieses Ergebnis zeigt aber, daß man mit einer systematischen Werbung auch Leser für eine politische Frauenzeitung gewinnen kann. Ich möchte daher also auch euch sehr bitten, werben zu helfen, damit wir die „Gleichheit“ besser ausgestalten können.

In der internationalen Arbeit legen wir besonders Wert auf den menschlichen Kontakt zwischen den Genossinnen der einzelnen Länder. Dazu dienen unsere sehr erfolgreichen Grenztreffen, der Redneraustausch und Grenzgruppenbesuche im Ausland. Gerade die Grenzlandarbeit erscheint uns aus politischen und erzieherischen Gründen besonders wichtig. Aus der Fülle der Probleme möchte ich nur eins herausgreifen. Wir haben im vorigen Jahr auf einer internationalen Frauensonderschule das Thema behandelt „Die Frau im modernen Arbeitsprozeß“, und zwar unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Grenzen der Rationalisierung. Dieses Problem wird immer unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Produktivität betrachtet. Man hat sich aber noch nicht die Mühe gemacht, einmal zu untersuchen, wo hierbei die Grenzen der seelischen und geistigen Möglichkeiten liegen. Wir haben die Freude gehabt, daß die Behandlung dieser Frage eine internationale Diskussion ausgelöst hat. Das Internationale Arbeitsamt hat uns mitgeteilt, daß es bei künftigen Beratungen auf internationaler Basis auch dieses Problem anschnitten und bearbeiten will.

Zum Schluß noch einiges über unsere zentrale Frauenkonferenz, die vom 19. bis 21. Oktober in Fulda stattgefunden hat. Neben einer Diskussion unserer Vorschläge zur Eheerchtsreform, die von Elisabeth Selbert eingeleitet wurde, war Höhepunkt der Tagung ein Referat von Minna Specht über „Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe“. Die Reaktion auf dieses Thema hat gezeigt, daß die Frauen gerade dann ansprechbar sind, wenn man ihnen darstellt, daß Sozialismus nicht nur ein Kampf um eine materielle Besserstellung der Menschen bedeutet, sondern daß er eine bestimmte Haltung zum Leben erfordert. Ich glaube allerdings, daß das nicht nur für unsere Frauenarbeit, sondern für unsere politische Erziehungsarbeit überhaupt gilt. (Beifall.)

Die schönsten Forderungen und Theorien berühren die Menschen nicht, wenn nicht der Mensch, der sie vorträgt, auch das vorlebt, was er predigt. (Lebhafter Beifall.)

In unserer Frauenarbeit versuchen wir, nicht nur neue Methoden der Arbeit zu finden, sondern einen neuen Geist lebendig zu machen. Das heißt, eigentlich ist es nichts Neues, das wir suchen. In Wirklichkeit ist es der alte Geist, aus dem die sozialistische Arbeiterbewegung gewachsen ist. Wir müssen wieder jene Hingabe, jene Begeisterung und Idee-Besessenheit unserer Vorkämpfer in unser Leben und in unsere Arbeit hineinbringen. Das ist eine Frage der Erziehung, noch mehr aber der Selbsterziehung. Damit ist auch der letzte Sinn unserer politischen Frauenarbeit umrissen. Wir wollen die Männer und Frauen unseres Volkes dazu erziehen, daß aus der Stellung der Frau innerhalb unserer Gesellschaft auch die notwendigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Schlußfolgerungen gezogen werden. Wir wollen durch politische Erziehungsarbeit zu einer für die politische Zukunft unseres Volkes entscheidenden Bewußtseinsbildung beitragen. Wir wollen aber gerade als Frau innerhalb und außerhalb der Partei zeigen, daß die Frage der Verwirklichung des Sozialismus letzten Endes eine Frage der Ethik, der moralischen Verpflichtung, der menschlichen Sauberkeit und Selbstlosigkeit ist! (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich erteile das Wort dem Genossen Schönfelder zum Bericht der Kontrollkommission.

Schönfelder:

Werte Genossinnen und Genossen! Wie immer, wird mein Bericht kurz sein. Ich könnte mich vielleicht noch kürzer fassen und nur auf den schriftlichen Bericht beziehen, der im Jahrbuch veröffentlicht ist. Die Kontrollkommission hat mich aber beauftragt, über einen Punkt etwas Besonderes zu sagen, nämlich über die Bedeutung unserer Bewegung für die Verwirklichung unserer Ziele.

Die Macht unserer Organisation beruht auf der Zahl und der Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder und auf unseren Finanzen. Ich wage zu behaupten, und die Genossen, die es miterlebt haben, sind vielleicht meiner Meinung: Unsere Partei ist vor 40, 50 Jahren lebendiger und schlagkräftiger gewesen als heute. (Beifall.)

Die Zeiten haben sich allerdings geändert. Manche der Dinge, die wir heute zu tun haben, hatten wir damals noch nicht zu tun. Unsere Hauptaufgabe, ja, fast die einzige Aufgabe, war damals die Propaganda, frischfröhliche Agitation, Werbung neuer Mitglieder, Werbung für die Presse, Verbreitung von Flugblättern usw. Jetzt ist es ja insofern anders geworden, als wir zur Verantwortung herangezogen worden sind und manche Aufgaben neu übernehmen müssen. Dafür, daß es anders geworden ist, haben die Verhandlungen der beiden letzten Tage ja auch den Beweis geliefert.

Wenn es aber so ist, dann darf die Tätigkeit unserer Parteigenossen in der Organisation doch nicht zu einer Nebentätigkeit werden. (Zustimmung.)

Die Partei und die Organisation wird manches Mal als „der Apparat“ bezeichnet, und es wird nicht immer freundlich über den Apparat geredet. Aber dieser Apparat ist ja kein technischer Mechanismus, sondern ein lebendiger Organismus, dessen Gedeihen wesentlich von dem Geist und dem Willen der Mitglieder abhängig ist. Die Übernahme einer Funktion in der Organisation darf nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt angesehen werden, daß dies der beste Weg ist, zu einem Mandat zu

kommen. Ich möchte mit allem Nachdruck sagen: Das Amt in der Partei, in der Organisation, ist ebenso bedeutungsvoll und wertvoll und ebenso ehrenvoll wie ein Mandat in irgendeinem Parlament. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb die Bitte der Kontrollkommission: Tut alles, was ihr könnt, um die Partei zu stärken, und wendet eure Aufmerksamkeit insbesondere auch diesen Aufgaben zu. Dann, bin ich überzeugt, wird auch der Wunsch, den Erich Ollenhauer neulich am Schluß aussprach, in Erfüllung gehen, daß von diesem Parteitag eine Welle der Bewegung ausgeht. Er wird dann auch seinen Wunsch erfüllt sehen, daß er für die Ziele, die wir hier beschließen, eine starke Stütze in der Aktion der Partei finden wird.

Ich habe nun nur noch den Antrag zu stellen, dem Geschäftsführenden Vorstand Entlastung zu erteilen. Daß wir alles in Ordnung befunden haben, haben wir ja durch unsere Unterschrift in den Berichten, die im Jahrbuch stehen, nachgewiesen.

Vorsitzender Henßler:

Ich danke zunächst den Genossinnen und Genossen, die die Berichte gegeben haben. Wir treten nunmehr in die Aussprache ein. Das Wort hat zunächst der Genosse Karl Wienand, Schladern/Sieg; ihm folgt der Genosse Lüders, Cuxhaven.

Wienand, Schladern/Sieg:

Genossinnen und Genossen! Wenn ich nunmehr zu dem, was vorhin Egon Franke vorgetragen hat, Stellung nehme, ist es nicht meine Absicht, mit quantitativen Begriffen zu operieren. Obwohl es uns aus der Arbeit bekannt ist, war es für mich doch erschreckend zu erfahren, daß der Prozentsatz derjenigen, die das 25. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, nur 3 Prozent beträgt. Ich habe mir meine eigenen Gedanken gemacht, wie es in den anderen Organisationen ist. Ich glaube, es ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß ein Desinteresse der Jugend vorhanden ist. Wir brauchen nicht näher zu untersuchen, warum z. B. im Deutschen Gewerkschaftsbund jeder Zehnte das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Man kann auch zur Kenntnis nehmen, daß z. B. jeder Sechste im Deutschen Gewerkschaftsbund, d. h. in den ihm angeschlossenen Gewerkschaften, jünger als 25 Jahre ist. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß hier für uns ein großes Reservoir vorhanden ist, und m. E. haben wir noch nicht das Mögliche getan, dieses Reservoir für uns nutzbar zu machen. Wir haben zwar, wie es in der letzten Zeit Mode geworden ist, immer den Begriff Jugend in den Vordergrund gestellt, und auch die Regierung hat angefangen, vom Bundesjugendplan über die Länder bis in die kommunalen Ebenen ihren Einfluß auf die organisierte Jugend und auf die unorganisierte Jugend geltend zu machen.

Zum Bundesjugendplan sollten wir gerade in diesem Kreise ein kritisches Wort sagen. Es besteht die Gefahr, daß das gute Einvernehmen der Jugendverbände, die im Bundesjugendring in ihrer Arbeit immer wieder den persönlichen Kontakt, das gute Einvernehmen, die persönliche Freundschaft in den Vordergrund stellen, in Frage gestellt sein wird, wenn immer mehr das Bestreben in den Vordergrund tritt, das Laienelement im kirchlichen Raum zugunsten der klerikalischen Elemente zurückzustellen. Wenn wir die Aktivität der katholischen Jugend betrachten und feststellen, daß durch eine glückliche Koppelung von Persönlichkeiten gerade in den letzten Jahren das Laienelement, welches auch durch den Kirchentag immer wieder in den Vordergrund gestellt wird, hier praktisch angewandt worden ist, so können wir auf Grund der Tatsache, daß sich diese Leute nunmehr allmählich anderen Aufgaben zuwenden, aber hier sich jetzt ganz bewußt

ein klerikaler Einfluß geltend macht, feststellen, daß hier wiederum eine Verlagerung vom Laienelement zum klerikalen Element eintreten soll.

Ich glaube, man sollte die gleiche Aufmerksamkeit einmal jenen Institutionen zuwenden, die man ganz bewußt mit öffentlichen Steuermitteln beeinflussen möchte. Ich denke hier an die Institution der Jugendhöfe. Ich denke aber auch vor allen Dingen an die Jugendpfleger, die meistens aus einer ganz anderen Richtung kommen und im Auftrage dieser Stellen hier ganz bewußte Arbeit verrichten.

Gestern ist in einem anderen Zusammenhange über die staatsbürgerliche Erziehung und die Erziehung der Jugend schlechthin gesprochen worden. Wir haben gerade auf diesem Gebiete sehr viele Anregungen bekommen. Wenn ich mir z. B. die jüngste Veranstaltung des Bundesjugendringes in Frankfurt vor Augen führe, wo ganz bewußt eine Kommission mit der Erarbeitung von Grundsätzen für eine staatsbürgerliche Erziehung beauftragt worden war, und wenn hier klar und für jeden sichtbar z. B. von der Jugend religiöser Verbände, die ich vorhin schon ansprach, Wert auf die Feststellung gelegt wurde, daß sich die Jugend noch nicht politisch betätigen solle und dürfe, daß sie sich in anderer Hinsicht betätigen solle, und daß gleichzeitig eine Überforderung der Jugend, teilweise auch bei uns, noch in politischer Hinsicht gegeben sei, und daß sie gleichzeitig von diesem Gedanken der staatsbürgerlichen Erziehung eine innere Verpflichtung der Jugendlichen zu diesem Staat mit seinem derzeitigen Status in diese Arbeit hineinmogeln wollten und dafür die Plattform des Bundesjugendringes, der ja die demokratischen Jugendverbände in der Bundesrepublik zusammenfaßt, benutzen wollten, dann liegt hierin ganz klar die Absage gegenüber den Bestrebungen, die wir jetzt in diesem Staat zugunsten und zum Vorteil der Jugend entwickeln. Sie wollen ganz bewußt hier mit den Mitteln, die ihnen von der öffentlichen Hand gewährt worden sind, mit einer Verpflichtung gegenüber denjenigen Parteien, denen sie nahe stehen, eine Manifestierung dieses Willens erreichen, der ihnen von oben direktiv gegeben wird.

Ich möchte mir erlauben, einen Bischof aus Deutschland zu zitieren, der kürzlich anlässlich des Jugendtreffens des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sehr starke Worte gegen die Gewerkschaften gebrauchte. Den Aufruf des 1. Vorsitzenden des DGB zur politischen Aktivität der Jugend, da ihre Forderungen von den Koalitionsparteien nicht berücksichtigt würden, nahm er zum Anlaß um die deutsche Jugend vor den Gewerkschaften zu warnen. Ja, er ist noch einen Schritt weitergegangen mit seiner Botschaft, er rät der Jugend überhaupt davon ab, in die Gewerkschaften einzutreten. Daraus ersehen wir, daß auf der einen Seite ganz bewußt die Bestrebung vorhanden ist, einmal aus ganz bestimmten Gründen die Jugend von der immer wieder geforderten politischen Aktivität fernzuhalten und sie auf ein Gleis zu schieben, wo sie sich in einem restaurativen Sinne betätigen kann. Wir sehen bei uns, daß die Kompliziertheit des Lebens, daß die Undurchsichtigkeit der Politik die Jugend von all dem abhält, was eigentlich ihr Lebenselement darstellt. Ich habe einmal die klassische Definition der beiden soziologischen Mobilitäten, der horizontalen und der vertikalen, vorgenommen. Es ist doch so, daß wir mittlerweile bei uns auch eine anonyme Mobilität bekommen haben, die von ganz bestimmten Besitzegoistisch gelagerten bürgerlichen Interessentengruppen ausgeht, den Druck auf den einzelnen so stark ausübt, daß er von sich aus nicht mehr den Mut hat, aus seinem Innern heraus im Laufe seiner Entwicklung die Konsequenzen zu ziehen, die ihn in die Gesellschaft hineinbringen, wie wir sie ihm gestalten wollen und an der er mitgestalten soll.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir die Jugend nicht als etwas Alleinstehendes betrachten dürfen, sondern sie bewußt immer wieder in den Zusammenhang der Gesamtfrage gebracht werden muß. Es hat wenig Sinn — und das wurde vorhin von der Genossin Gotthelf schon ausgesprochen —, wenn da Forderungen herausgegeben werden oder wenn wir hierüber Ausschüßarbeiten vornehmen. Es ist besser, wenn eine unmittelbare Aussprache erfolgt. Ich glaube, gerade der Kreis, der hier versammelt ist, in dem sich profilierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens befinden, die damit der Kritik unterstellt sind, sich bewußt werden und die Handlungen danach einrichten muß, daß nur die vertrauenerweckende Kleinarbeit, die ehrliche innere Überzeugung, die beste Erziehungs- und Werbearbeit für die Zukunft sein kann und darstellt.

Diese Erkenntnis müssen wir m. E. in den Vordergrund stellen. Wenn ich vorhin vom Bundesjugendplan sprach, so möchte ich wenigstens hier eine ganz kleine Episode erzählen, um zu zeigen, wie bewußt Einfluß auf die Gestaltung dieser Arbeit genommen wird, obwohl es hier aus der eigentlichen Gestaltungskraft der Jugendverbände heraus geschehen sollte.

Wir haben kürzlich in der Vollversammlung des Bundesjugendrings einen neuen Vorsitzenden gewählt. Anschließend wurde gesagt, daß dieser Vorsitzende, dem von ganz bestimmten Verbänden Persönlichkeitswerte, die ja immer im Vordergrund stehen, abgesprochen wurden, daß dieser Sozialist nur mit der Blickrichtung auf die Falkenbank in der Vollversammlung gewählt worden sei, und daß dies auf Kosten von anderen, prädestinierteren Kandidaten geschehen wäre. Und es ist sehr bemerkenswert, wenn man erfährt, daß beispielsweise von Seiten des Innenministers Fühling genommen worden ist zu dem Vorsitzenden der Sportjugend und zu Herrn Professor Diem, und daß da die Frage ventiliert worden ist, warum die Sportjugend einen sozialistischen Kandidaten gewählt hat. Daraus ersieht man also, daß hier nicht so sehr der gegenseitige Kontakt, von dem immer wieder gesprochen wird, im Vordergrund steht, sondern ganz andere Interessen und Absichten.

Ich meine, wir sollten daraus eine Konsequenz ziehen. Wir haben zwar bei uns ein Sekretariat für die Jungsozialisten. Die Arbeit, die dort geleistet wird, scheint mir in diesem Zusammenhange nicht zu genügen. Es ist erforderlich, daß wir sehen, daß nicht die Jungsozialisten in dieser Ebene entscheidend mittätig sind, sondern andere Jugendverbände, die uns nahe stehen. Infolge der Kompliziertheit und der Belastungen mit eigenen Aufgaben ist hier noch nicht der entsprechende Kontakt zustande gekommen. Deshalb mein Appell nicht so sehr an diese Konferenz hier als an den neu zu wählenden Vorstand, sich besonders zu bemühen, hier ein koordinierendes Gremium nicht in der Form eines Jugendausschusses zu schaffen, der zwar zusammengesetzt ist, aber in seiner Aktivität noch vieles vermissen läßt, sondern in Form einer Stelle, die diese gleichgelagerten Interessen bewußt gegen die Kräfte, die ich vorhin näher zu charakterisieren versuchte, koordiniert und uns die Möglichkeit gibt, klarere Entscheidungen und bewußt ein näheres Zusammenrücken nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf den Ebenen der Gemeinden zu erreichen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Lüders.

Lüders, Cuxhaven:

Genossinnen und Genossen! Die von dem Genossen Franke festgestellte Tatsache, daß Organisationsdebatten an sich nicht fruchtbar sind — Genosse Franke sagte: Ich empfehle, einmal von Organisationsdebatten abzukommen,

damit wir uns mehr den politischen Aufgaben zuwenden können —, findet meine größte Zustimmung.

Der Antrag Lippstadt in bezug auf die Wiederherstellung der Kreisverbände als organisatorische Untergliederung der Partei ist ja auch in seiner ganzen Form zu weitgehend; denn er umfaßt mehr Text als das bisherige Organisationsstatut. Ich bin der Auffassung, daß unser Organisationsstatut im Interesse der unteren Gliederungen der Organisation kein Exerzierreglement sein darf, in dem alle Einzelheiten der organisatorischen Gliederungen und Aufgaben festgelegt sind.

Was aber in der natürlich gewachsenen organischen, politischen Gliederung auf den gemeindlichen und staatlichen Gebieten entstanden ist, kann man auch in der Partei nicht übersehen. Unsere Kreise — ich denke hier an die Landkreise; ich betone, daß ich aus einer Stadt komme und lediglich durch meine Aufgabe sehr mit der Arbeit der Genossen in den Landkreisen verbunden bin — sind kommunale Verbände, die den Zweck haben, die gemeindlichen Aufgaben, die über die Kraft der einzelnen Gemeinden hinausgehen, gemeinsam zu erledigen, und darüber hinaus steuerlich, wirtschaftlich und sonstwie schwache Gemeinden besonders zu unterstützen. Dieser Solidaritätsbund, der in der staatlichen und gemeindlichen Entwicklung natürlich gewachsen ist, gilt auch für die Partei; denn die kleinen, ländlichen Ortsvereine werden ja nicht nur in der kommunalpolitischen Tätigkeit von den Kreis Ausschußvorsitzenden, die gleichzeitig Fraktionsvorsitzende laut Herner Beschlüssen sein sollen, geleitet, sondern die gesamte Tätigkeit der Partei in diesen kleinen Gemeinden wird koordiniert durch die trotz der Herner Beschlüsse in vielen Teilen unserer Parteiorganisation noch bestehenden Kreisvereine, weil sie einfach nicht abschaffbar sind. Und der Antrag Nr. 20 des Kreises Rosenheim, der besagt, daß der Kreisvorstand über Ausschlüsse entscheiden soll, und der zur Annahme empfohlen ist, zeigt uns schon, daß das Ausschlußverfahren in größeren Ortsvereinen mitgetätigt wird durch ein Gremium von Genossen, denen man das Vertrauen schenkt.

Aber wie ist es sachlich? Ich gebe dies nur als Beispiel: In den kleinen Ortsvereinen sind persönliche Rivalitäten und Gegensätze leichter möglich als in den großen Organisationen. Sie entstehen aus der engen menschlichen Verbindung der Bewohner und Parteimitglieder in den kleinen Gemeinden. Die Ortsvereins-Vorsitzenden sind nach dem Statut nicht immer in der Lage, die Aufgaben so zu erfüllen, wie es notwendig ist.

Bei der Vorbereitung der Wahlen obliegt die Initiative für die Durchführung dieser Aufgaben bis in die kleinsten Einzelheiten in den meisten Ortsvereinen der sogenannten Kreis Ausschüsse. Diese rein sachliche Feststellung resultiert daraus, daß wir unsere befähigten Kräfte zusammenfassen. In den großen Gemeinden haben wir mehr Kräfte zur Verfügung als in den Landkreisen. Auch das sollte dazu führen, die Kreisverbände wieder anzuerkennen. Ich erwarte deshalb, daß wir hier eine Entscheidung fällen, die dahin geht, daß das Organisationsstatut in bezug auf die Gliederung wieder volle Anerkennung findet unter Ausschaltung der Herner Beschlüsse, in denen es heißt: „Die Stufenfolge unserer Organisation ist Ortsverein, Unterbezirk, Bezirk“. Das Organisationsstatut der Partei sagt: Unterbezirke und größere Ortsvereine untergliedern sich nach Zweckmäßigkeit. Damit würde den Bezirken und einzelnen Gebieten die Möglichkeiten gegeben, die den natürlichen Bedingungen entsprechen. Es genügt also, daß wir den von mir erwähnten Passus in den Herner Beschlüssen aufheben.

Genossen aus Lippstadt. Die anderen Dinge, die in eurem Antrag enthalten sind, sind eure ureigenste Angelegenheit. Sie können keinen Platz

im Organisationsstatut finden, weil das Organisationsstatut dann ein Nachschlagewerk werden und keine klare Gliederung unserer Partei festlegen würde.

Der Genossin Herta Gotthelf möchte ich einige Worte des Dankes aussprechen. Sie hat uns aus dem Herzen gesprochen. Sie hat dem Parteitag eine Note gegeben, die zeigt, daß wir nicht nur Menschen sind, die im trockenem, organisatorischen Wirken für die Partei stehen. Ich glaube, wir sollten aus dem Erlebnis unserer Tage und der Verbundenheit, die wir mit unseren Dortmunder Genossinnen und Genossen auf den gemeinsamen Zusammenkünften gefunden haben, das eine herausstellen, daß die Brüderlichkeit und die Menschlichkeit keine Phrase, sondern Wirklichkeit für uns sind. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Waldemar von Knoeringen.

Von Knoeringen, München:

Ich möchte einige Bemerkungen zu dem Antrag 34 des Bezirks Südbayern machen.

Genossinnen und Genossen! Von diesem Parteitag soll, wie wir beschlossen haben, eine soziale Offensive über die westdeutsche Bundesrepublik ausgehen. Große, die Partei auf die Probe stellende Aufgaben stehen vor uns. Auf diesem Wege hat uns Gen. Ollenhauer in seinem Schlußwort einen Satz mitgegeben, der mehr ausdrückt als alles andere, was das Wesen der Organisation ist. Er hat gesagt:

Es gibt kein Wunder der Organisation und der Technik, das über das hinausgehen könnte, was die Partei an eigener lebendiger Kraft aufbringt.

Wir sind uns doch alle klar darüber, daß die Kraft der Partei des demokratischen Sozialismus in Deutschland von der aktiven Arbeit einiger zehntausend Menschen in diesem Volk abhängt, die bereit sind, sich selbstlos einer großen Aufgabe hinzugeben. Wir sollten auch von diesem Standpunkt aus die Wirksamkeit unserer Politik nach außen betrachten. Auf diesen Kern und auf seine Kraft kommt es an, und dieser Kern wird die Massen Deutschlands nicht zu überzeugen vermögen, wenn er nicht selbst von sich überzeugt ist. Das Wort von der materialistischen Bewegung, die wir nach dem Ausspruch unserer Gegner darstellen sollen, ist wirkungslos, wie wir wissen. Denn wir wären nicht hier, wenn nicht im Laufe der Zeiten Tausende von solchen Genossen sich selbstlos der Partei hingegeben hätten. So ist trotz allem realer Kampf um die Macht immer noch der Satz wahr, daß der Glaube ein Element des Sieges ist.

Diesen Glauben innerhalb dieser Zehntausende zu wecken, ist die besondere Aufgabe, die meiner Meinung nach als Punkt eins aller Organisationsarbeit zu betrachten ist. (Beifall.)

Wir haben diese Menschen, die diesen Glauben in sich tragen. Sonst würden sie nicht als Unterkassierer selbstlos treppauf, treppab gehen. Aber wenn wir, die wir die Organisation der Partei zu übersehen im Stande sind, diesen Kern betrachten, stellen wir fest, daß es viel zu viele der alten Genossen sein müssen, die heute noch aus diesem Glauben heraus ihre aktive selbstlose Arbeit für die Partei leisten. Überall wird ein Klage lied darüber angestimmt, daß die Jugend nicht da ist. Ich glaube nicht, daß die Sozialdemokratie, die ja gewisse Voraussetzungen bei den Menschen verlangt, die sich ihr zuzählen, unter den heutigen Verhältnissen sehr bald in der Lage sein wird, eine Massenjugendbewegung auf ihrer Seite zu

finden. Aber ich glaube eins, und das ist vielleicht zu wenig beachtet worden, die Voraussetzung für die Gewinnung der Masse dieser Jugend ist die Gewinnung einzelner. (Sehr richtig!) Die individuelle Arbeit zur Gewinnung von einzelnen besonderen Menschen für die Partei ist die Voraussetzung einer späteren Breitenwirkung der Sozialdemokratie.

Aus diesem Grunde sollten wir das Problem der Erziehung und der Bildung derjenigen Menschen viel mehr in den Mittelpunkt unserer Betrachtung rücken, die auf Grund ihrer Veranlagung, ihrer Erlebnisse, ihrer Grundhaltung ganz natürlich zum Wesen der Sozialdemokratie hinneigen. Wir sollten die Aufgabe der Bildungsarbeit nicht darin sehen, einfach Wissen zu vermitteln. Ich glaube, es ist notwendig, hier auch über Schwächen der eigenen Partei zu sprechen. Wir können nicht den Mangel an Wissen, der heute vielfach in unserer Jugend verbreitet ist, durch große sozialdemokratische Universitäten und Akademien ersetzen und aufholen. (Sehr richtig!) Wir sind dazu unter den heutigen schweren Verhältnissen nicht im Stande, das, was das Leben diesen Menschen nicht zu lernen gibt, das, was sie nicht aus den Büchern holen können, ihnen in monatelangen Kursen zu vermitteln. Wir sollten uns daher klar die Aufgabe stellen, daß die Bildungsarbeit, die Erziehungsarbeit, die wir leisten, eine Aufgabe hat, in erster Linie den Menschen für das Wesen der Sozialdemokratie zu gewinnen. Das wird man nicht immer nur dadurch können, daß man ihnen die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nach Jahreszahlen vermittelt. (Sehr richtig!) Das wird — das hat die Erfahrung gezeigt — erreicht, indem man mit diesen neuen Menschen menschliche Beziehungen aufnimmt und über ihr Leben, ihre Erfahrungen, ihre Erschütterungen im Leben hin zu der seelischen Substanz zu kommen sucht. (Beifall.)

Hier stelle ich in den Berichten, die der Parteivorstand gegeben hat, einen Mangel fest. Auch im Jahrbuch finden wir kaum ein Wort über die Bildungsarbeit der Partei. Ich selbst bin genau unterrichtet, warum das bis heute in dieser Weise nicht der Fall sein kann, weil nämlich die aktuellen Fragen des Tages alles andere überdecken. Aber ich glaube, daß jetzt, wo wir in die harte Tagesarbeit wieder hinausgehen, auch dieser Parteitag erklären muß, daß wir in Zukunft dem Gebiet der individuellen Arbeit, also dieser von mir gezeichneten Bildungsarbeit, mehr Augenmerk zuwenden, als es bisher der Fall war. (Beifall.)

Da geht es nicht an, zu sagen: Dafür haben wir kein Geld; ein acht-tägiger Kursus der Zusammenarbeit kostet zu viel; wir haben keine Lehrer. Ich bin der Meinung, wenn eine Aufgabe, die uns gestellt ist, als eine notwendige Aufgabe in das Bewußtsein der Sozialdemokratischen Partei hineinwächst, dann haben wir auch jederzeit das finanzielle Problem zu lösen vermocht. Es geht darum, dieses Bewußtsein der Aufgabe zuerst zu wecken.

Man soll mir nicht sagen, das sei nicht möglich. Ich stehe nicht hier, um eine Forderung nach der anderen zu erheben. Die drei bayerischen Bezirke können auf eine Leistung hinweisen. Sie sind nicht die kapitalkräftigsten Bezirke unserer Partei. Aber sie haben durch Jahre hindurch fünf Prozent aller Einnahmen der Aufgabe gewidmet, eine eigene Schule zu schaffen. Die Schule ist geschaffen. Der Parteivorstand brauchte sie mit keiner Mark unterstützen. Durch diese Schule sind bisher mehr als 3000 Funktionäre der Partei in acht-tägigen Kursen gegangen. Wenn ich in die Partei hinausgehe, sehe ich da und dort junge Menschen arbeiten, die an die Partei gebunden sind durch das Erlebnis eines acht-tägigen Zusammenseins mit dreißig anderen aus anderen Gebieten, die dasselbe Ziel erstreben, nach Formen und Mitteln zu suchen für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, zwar zuzustimmen, daß dieser

Antrag 34 dem Parteivorstand überwiesen wird. Ich bitte Sie aber dringend, geben Sie diesem Antrag das ganze Gewicht Ihres Willens mit, damit er nicht doch, wie das schon öfter geschehen ist, eine erstklassige Beerdigung findet. Der Parteivorstand wird bereit sein, über diese Frage zu sprechen. Die Georg-Vollmer-Schule in Kochel soll nicht als einzige im Bundesgebiet dastehen. Wir wollen Stätten schaffen der Diskussion, Stätten der Gemeinsamkeit, wo wir uns treffen können jenseits des Trubels und der Wirren des Tages. Lassen Sie mich hier sagen, die stärksten Impulse für meine Arbeit der letzten Jahre in der Sozialdemokratie habe ich aus dem Zusammensein mit Genossen auf der Kochel-Schule bezogen, die aus allen Teilen Deutschlands gekommen sind und die dort über die Erlebnisse ihres Lebens berichtet haben. Ich habe gelernt, welche Fülle der Erfahrungen, welche Fülle des Leidens in unserer Partei steckt. Diese Zusammenfassung hat gezeigt, daß wir eine Kraft sind, die vielleicht im Augenblick keine Antwort auf alle theoretischen Probleme dieses Jahrhunderts zu geben vermag, die aber das Bewußtsein in sich trägt, daß dieser Glaube ein Element ihres Sieges ist. Dieses Vertrauen zueinander, das auf solchen gemeinsamen Tagungen geschaffen wird, diese Bindung an das Wesen der Partei, die damit erzielt wird, schafft erst die Grundlage für das Interesse an den politischen Problemen, die dahinterstehen. Die Kraft unserer Partei hängt von der Zahl der Menschen ab, die an diese Partei glauben und die bereit sind, für diese Partei zu opfern. (Sehr gut!) Sie hängt nicht an der Masse der Mitläufer, sie hängt nicht an denen, die persönlichen Vorteil erwarten, Sie hängt an denen, die wissen, daß sie nicht für sich, sondern für die anderen eine neue menschliche Gesellschaft schaffen wollen. (Beifall.) Diesen Glauben zu wecken ist die erste Aufgabe der Bildungs- und Gemeinschaftsarbeit der Sozialdemokratischen Partei. Sozialistische Menschenbildung ist Arbeit für die Zukunft und Arbeit für den Sieg. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Herbert Kade.

Kade, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Anknüpfend an die Ausführungen des Gen. Waldemar von Knoeringen möchte ich ihm und dem Parteitag sagen, daß Kochel nicht die einzige Parteischule im Bundesgebiet ist. Als Delegierter des Bezirks Hannover darf ich sagen, daß auch wir im Viktor-Adler-Heim bei Hannover eine solche Bildungsstätte für sozialdemokratische Mitglieder und Funktionäre haben, durch die schon sehr viele Genossinnen und Genossen gegangen sind und mit neuem Elan in die Parteiarbeit zogen. (Beifall.) Ich weiß nicht, in welchen Bezirken sich sonst noch Parteischulen befinden, hoffe aber, daß es nicht nur zwei Parteischulen im Bundesgebiet gibt.

Der österreichische Genosse hat vor dem Parteitag die stolze Mitgliederzahl von über 600 000 Mitgliedern angegeben. Wir haben diesen Bericht mit großem Beifall aufgenommen. Scheinen könnte, daß die Zahlen der Bundesrepublik dazu nicht in einem richtigen Verhältnis stehen. Und doch glaube ich, wenn wir überlegen, daß unser Volk durch zwölf Jahre Hitlerfaschismus gegangen ist, ist diese unsere Zahl doch eine stolze Bilanz und ist dieser Bericht auch zukunftssträftig.

Wenn man manchmal Gelegenheit hat, mit Vertretern toleranter bürgerlicher Kreise über unsere Parteiarbeit zu sprechen, dann hört man immer das Wort: Wir beneiden euch um eure große starke Organisation. Das ist sicherlich ein wahres Wort. Es gibt keine Partei in Deutschland, die auf

eine so stolze Arbeit und auf so viele ehrenamtliche Mitarbeiter blicken kann wie die unsrige. Das hat der Bericht des Parteivorstandes bewiesen.

Nun zum Problem der Organisationsgliederung. Die Herner Beschlüsse sagen deutlich, die Gliederung der Partei ist Ortsverein, Unterbezirk und Bezirk. Wir haben getreu dieser Beschlüsse im Bezirk Hannover gehandelt. Wir haben die Kreisvereine aufgelöst. Wie hat sich das ausgewirkt. Ich selber komme aus einem Gebiet, das man so gemeinhin das „Naturschutzgebiet des Neofaschismus“ nennt, nämlich aus der Lüneburger Heide. Wenn wir den Weg der Schaffung der Unterbezirke und der Auflösung der Kreise nicht gegangen wären, wäre es uns finanziell nicht möglich gewesen, diese Gebiete politisch richtig zu bearbeiten. Wir schafften es durch Fassung dieser Beschlüsse und dem dadurch notwendig folgenden sogenannten parteilichen Finanzausgleich. (Beifall.) Nur dadurch, daß wir diesen Passus der Herner Beschlüsse durchgeführt haben, können wir heute in diesen neofaschistischen Gebieten aktiver arbeiten.

Es gibt aber noch ein weiteres Problem der Kreise auf einem anderen Gebiet. Vielen mag unpopulär sein, was ich sage, aber es entbehrt deshalb trotzdem nicht der Wahrheit. Alle, die in den unteren Gremien vielleicht tätig sind, wissen, daß es das Wort „Kreiskönige“ gibt! (Sehr richtig!) Auch bei uns gab es diese Kinderkrankheit. Wir haben sie noch nicht ganz überwunden. Wir glauben aber, daß die Unterbezirke, die ja über die Kreise hinausgehen, da sie mehrere Kreise umfassen, durchaus ausgleichender wirken können. (Sehr richtig!) Wir sind überzeugt, daß auch die anderen Bezirke der Partei diesen Weg gehen sollten, weil wir uns damit unnütze Schwierigkeiten aus dem Wege räumen.

Genossin Herta Gotthelf hat in so warmen Worten zur Gesamtarbeit und zur Arbeit der Frauen gesprochen. Die Erfahrungen, die wir gemacht haben und, ihr männlichen Genossen nehmt mir diese Worte nicht übel, haben sich — zumindest auf der unteren Ebene — so gezeigt:

Wenn wir irgendwo keinen Unterkassierer hatten und an die Stelle eine Frau setzten, die im gewissen Sinne Treue zum Ziel der Partei hatte, so war sie zumeist zuverlässiger. (Beifall.) Wir haben es auch schon vor 1933 in der Sozialistischen Arbeiterjugend erlebt, daß da, wo wir eine junge Genossin als Hauptkassierer einsetzten, die Beiträge pünktlicher herinkamen. Vielleicht liegt es auch daran, daß die Frauen mit etwas mehr Charme an die Beitragskassierung herangehen. (Heiterkeit!) Nun noch ein letztes. Mir liegt eine wichtige Aufgabe der Gesamtpartei am Herzen. In den verschiedenen Referaten ist im gewissen Sinne sieghaft von der kommenden Bundestagswahl gesprochen worden. Man sagte auch, daß mit ziemlicher Sicherheit mit einer sozialdemokratischen Regierung oder Regierungsbeteiligung zu rechnen ist. Wir glauben es, und wir wollen dafür arbeiten. Aber — — und dieses Aber möchte ich erläutern. Wenn wir gesiegt haben und sich dadurch eine kommende sozialdemokratische Regierung am Horizont abzeichnen wird, habe ich wiederum wie früher das Gefühl, daß die Schar der sogenannten Opportunisten und sogenannten „Nurfachleute“ groß werden wird, die dann schnell ein sozialdemokratisches Parteibuch in die Tasche stecken wollen. (Sehr richtig!, Beifall.) Die Gesamtpartei bis hinauf zum Parteivorstand sollte sehr wachsam sein, wenn es darum geht, solche „Nurfachleute“ in entsprechende führende Verwaltungsfunktionen einzubauen. (Beifall.) Wir wollen nicht vergessen und ich will es immer wieder sagen: Der Verwaltungsfunktionär, der durch das Vertrauen der Partei in eine Stelle gesetzt ist, ist auch nicht zuletzt der Partei verantwortlich. Das kann nur derjenige, der treu zum Ziel der Partei steht. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Georg Buch, Bezirk Hessen-Süd.

Buch, Wiesbaden:

Genossinnen und Genossen! Ich will nur einige wenige Sätze zu den Anträgen Nr. 24, 28 und 29 sagen. Ich bin dazu veranlaßt worden, weil die Genossen Franke und Nau einige nicht richtige Auslegungen gegeben haben.

Als der Antrag Nr. 24 erwähnt wurde, ging ein Lächeln durch den Saal. In der unteren Ebene sieht das meist anders aus. Sehr viele Genossen gibt es, die sich zu dem goldenen Parteiabzeichen drängen. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß es nicht notwendig wäre, besondere Abzeichen zu machen. Falsch ist auch, wenn der Genosse Franke sagte, durch unseren Antrag sollten solche Abzeichen geschaffen werden. Das goldene Parteiabzeichen existiert ja bereits und wird keineswegs neu geschaffen. Wenn aber dieses Abzeichen einen Wert haben soll, dann darf es nur an solche Genossinnen und Genossen verliehen werden, die über eine entsprechende Zahl von Jahren in der Partei sind. Leider ist es heute bereits so, daß es 45jährige Genossen gibt, die nur 25 Jahre in der Partei sein können und stolz mit dem 50jährigen Abzeichen herumlaufen. (Heiterkeit!)

Unser Antrag will also keineswegs solche Abzeichen neu schaffen, sondern will nur, daß in diese Sache Ordnung gebracht wird und daß das Goldene Parteiabzeichen, wenn es weiter existiert, auch seinen Wert behält.

Nun zu den Anträgen Nr. 28 und Nr. 29. Sie müßten eigentlich umgestellt werden, denn der Antrag Nr. 28 ergibt sich erst aus dem Antrag Nr. 29.

Ich bitte, einmal einen Blick auf die Seite 189 des Jahrbuches zu werfen. Ich habe mir eine Übersicht verschafft und daraus festgestellt, daß der Bezirk Hessen-Süd und insbesondere der Unterbezirk Wiesbaden bezüglich der Beitragsleistung in den höheren Klassen mit an der Spitze marschiert. Es gibt einige Bezirke, in denen es sehr betrüblich aussieht. Auch diese Punkte unserer Satzungen sollten ernst genommen und nicht nur als Richtlinien betrachtet werden. Wir müßten also auch bereit sein, aus diesen Bestimmungen bestimmte Konsequenzen zu ziehen. Das können wir aber nur, wenn die Bestimmungen so lauten, daß sie auch durchgeführt werden können.

Den Unterkassierern wird sehr oft entgegen gehalten, „mir nutzt ja der Bruttobetrag nichts, der auf der Lohntüte steht; mir nutzt nur der Nettobetrag, der wirklich in der Lohntüte drin ist, nur über diesen Nettobetrag kann ich verfügen“. Aus diesem Aspekt haben wir den Antrag gestellt, in Zukunft an Stelle von „Bruttoeinkommen“ „Nettoeinkommen“ zu setzen. Unser Antrag dient also der Beitragsehrlichkeit, (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich bitte den Parteitag damit einverstanden zu sein, daß wir bei dieser Diskussion auch der Genossin Juchacz, die als Ehrengast unter uns weilt, die Möglichkeit einer kurzen Ansprache geben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bitte die Genossin Juchacz!

Marie Juchacz, Düsseldorf:

Ich habe mit sehr viel Freude die Ausführungen zum Geschäftsbericht gehört und möchte mich darauf beschränken, nur zu dem, was die Genossin Gotthelf zu Ihnen gesagt hat, etwas zu sagen. Die Genossin Gotthelf hat darauf hingewiesen, wie stark die Arbeit der Frauen das soziale Leben umgestaltet. Die Aufgabe der Partei besteht nach meiner Ansicht darin, daß sie zur Mitgestaltung des gesamten sozialen Lebens der Frauenarbeit ihre größte Aufmerksamkeit schenkt und daß sie das, was als p ä d a g o -

gische Aufgabe daraus erwächst, auch wirklich voll erfüllt. Ich hoffe, daß Sie, was ich hier sage, so unbefangen aufnehmen, wie es gemeint ist: Die Zelle aller Arbeit finden wir in der allerkleinsten Familiengemeinschaft, und wir finden sie bei dem einzelnen Menschen. Die Einstellung der Menschen zueinander, also auch zwischen Mann und Frau, muß aber auch auf einer ganz selbstverständlichen Gleichberechtigung basieren, die der eine Teil dem anderen zubilligt, wenn wir in der Gesetzgebung nicht steckenbleiben wollen. Wenn die Sozialdemokratie immer wieder aufs neue Pionierarbeit zu leisten hat, damit die Gesetzgebung auch wirklich, wenn auch nur hinkend und wenn auch nur zögernd der gesellschaftlichen Umwandlung nachkommt, dann ist es unsere Aufgabe als Partei, auch auf dem Gebiete des Sichverstehens und des Miteinanderarbeitens die Pionierarbeit zu tun, die notwendig ist, um auch die psychologischen Differenzen, die es allgemein noch gibt, überbrücken zu helfen. Diese Förderung des Verstehens ist die große Pionierarbeit, die wir zu leisten haben. Ich möchte Sie darum bitten, doch täglich und stündlich darüber nachzudenken, wie man das bis ins einzelne bewerkstelligen kann. Ich will mich noch einmal ein wenig vulgärer ausdrücken: Es ist doch so, daß in der Familie der Mann immer noch so ein Stückchen Pascha ist. (Heiterkeit! Hört, hört!) Es ist noch nicht immer selbstverständlich, daß Mann und Frau gemeinsam die Aufgaben erfüllen, die das Familienleben erfordert. Das ist nicht im Sinne eines Vorwurfs gemeint, sondern es ist aus der Tradition gewachsen, die wir alle erlebt haben. Es sind sehr viele Dinge, die sich mit dem Heute nicht mehr so vertragen, die im heutigen Leben der Menschen Differenzen bilden. Nur dadurch, daß wir uns als sozialistische Partei und als die Partei, die das Glück und das Wohlergehen aller Menschen anstrebt, auch auf kleine Dinge des Lebens konzentriert und von dort aus die Pionierarbeit leisten, die zum wirklichen Fortschritt notwendig ist, erfüllen wir unsere Aufgabe.

Was ich sage, ist dasselbe, was auch in den Worten der Genossin Gottlieb gelegen hat, es ist nur in einer anderen Weise ausgedrückt. Aber ich handle nach dem Worte Goethes: Du mußt es dreimal sagen! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Willi Kuhlmann, Bezirk Niederrhein.

Kuhlmann:

Genossinnen und Genossen! Das starke Bewußtsein dieses Parteitages wird sicherlich in die unteren Funktionärkörper und in die Mitgliedschaft strömen. Der Glaube an die Partei wird nicht nur in der Partei, sondern auch im deutschen Volk seine Bedeutung haben. Der Ansturm, dem wir uns jetzt bei dem Wahlkampf gegenüber sehen, wird immer und immer stärker. Deswegen gilt es alles zu prüfen, um die bestmögliche Form der Arbeit zu finden.

Wenn wir heute im Bericht des Genossen Fritz Heine festgestellt haben, daß wir die Anträge Nr. 41 und 198 als Material an den Parteivorstand überwiesen und zur Annahme empfehlen, dann sind wir darüber sehr froh. Wir meinen damit nicht, daß zu den 15 Ausschüssen, die der Parteivorstand hat, jetzt noch ein überflüssiger sechzehnter hinzukommen soll. Die Ausschüsse werden das sein, was sie aus sich machen. Wenn ich auf die Worte des Genossen Waldemar von Knoeringen hinweise, die ich nur unterstreichen kann, dann bin ich doch der Meinung, daß wir der großen, breiten Flächenarbeit unsere höchste Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wenn man sieht, welche Anstrengungen vom „Deutschen Industrieinstitut“ als dem

Propagandainstitut der Arbeitgeber gemacht werden, wenn man sieht, was die Bundeszentrale für Heimatdienst für Anstrengungen macht, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß wir unsere propagandistische und agitatorische Arbeit vertiefen und organisieren müssen. Es kommt darauf an, daß wir, wie Bertraud Russell in seinem Büchlein „Macht und Persönlichkeit“ sagt, den Kampfinstinkt in unserer Parteiorganisationsarbeit wirksam werden lassen. Wir meinen, es ist ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Unterbezirken und Bezirken notwendig, um die Werbungs- und allgemeine Agitationsarbeit wachzurufen. Es ist doch so, daß ein Teil unserer Ortsvereine und Unterbezirke — wir wollen es ganz deutlich sagen — immer noch im Zustand des Wahlvereins beharrt. Da kommt es darauf an, daß wir systematisch prüfen, um die Versammlungstätigkeit und die Arbeit ein wenig systematisieren. Wenn beispielsweise Dortmund, Hamburg und andere große Bezirke keine Hilfe der Gesamtpartei brauchen, dann brauchen andere Bezirke und Unterbezirke diese Hilfe durchaus. Notwendig ist daher, daß wir in dieser Propagandatätigkeit Schwerpunkte bilden, also nicht nur wie damals zum Werbemonat im November 1950 sagen „Werbung über das ganze Bundesgebiet“, sondern sagen, da und dort sind die Verhältnisse besonders schwierig und da und dort lassen wir besondere Unterstützung einfließen. Das scheint mir besonders deshalb notwendig, weil die Unterbezirke, die überwiegend protestantisch sind, einen leichteren Stand haben als die Unterbezirke, die eine andere konfessionelle Gliederung haben. Deshalb müssen wir in der Arbeit eine Systematisierung, eine Verfeinerung der Propaganda und der Organisation vornehmen. Wir müssen den Willen der Partei in breit angelegten Propagandawellen zum Ausdruck bringen. Wir sind die Partei des Volkes. Eine klare und bestimmte Politik trägt auch eine starke Propagandakraft in sich. Organisatorische und propagandistische Vorbereitungen müssen getroffen werden, um den Ansturm des Gegners auch bei Blockbildung wirksam begegnen zu können. Wenn wir die Partei so verfeinern, wenn wir einen Propaganda-Ausschuß schaffen, der diese Dinge stärker in die Mitgliedschaft und in die Ortsvereine trägt, dann kommen wir einen wesentlichen Schritt vorwärts. Das Propaganda-Referat hat durchaus wirkungsvolle Arbeit geleistet. Am Propaganda-Referat ist keine Kritik zu üben. Ich habe allerdings den Propaganda-Katalog des Jahres 1951 erst Ende des Jahres in die Hand bekommen. Solche Dinge passieren nicht nur in meinem Unterbezirk, sondern auch in anderen Unterbezirken. Ich bin der Meinung: Wenn wir diese große Anstrengung auf allen Gebieten machen, dann wird es möglich sein, aus dem kommenden Wahlkampf stark und sicher hervorzugehen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat die Genossin Krappe.

Krappe, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Parteitage haben mit den Sinn, von einander zu lernen und die Erfahrungen mit in die Bezirke zu nehmen. Organisation darf nicht unterschätzt werden. Ich warne aber vor einer Verallgemeinerung und bitte, mehr auf Individualität zu achten. Was in dem einen Bezirk gut sein kann, kann sich in einem anderen Bezirk gegenteilig auswirken. Wenn man die Anträge liest, hat man das Empfinden, daß meist nur örtliche Sorgen angesprochen werden, die nicht als allgemeine Richtschnur genommen werden können. Die Partei darf nicht starr sein, sondern muß sich individuell und lebensnah verhalten.

Nach all den Dingen, die nach 1945 geregelt werden mußten, wird es jetzt höchste Zeit, neue Menschen zu gewinnen. Ich erkenne durchaus an, daß wir aus zwei Gründen vor einer schweren Aufgabe stehen. Die Menschen

der heutigen Zeit sind nämlich nur durch reale Dinge zu überzeugen, durch nüchterne Erklärungen. Sie glauben nur an das, was nahe ist, was sie erleben können. Die Menschen sind durch die Erlebnisse der Vergangenheit mißtrauisch geworden. Man zweifelt an Rede und Schrift. Jeder möchte bewiesen haben, was irgendwo gesprochen wird. Das ist ein Ergebnis der hinter uns liegenden Zeit. Das erfordert Nüchternheit und Realismus.

Ich möchte aber heute einen ernststen Appell aussprechen. Die Menschen, die nach 1945 zu unserer Partei gestoßen sind, sind fast ausschließlich nur auf Grund verstandesmäßiger Überlegung gekommen. Sie glauben, daß die SPD für ihre Sache am besten eintritt. Es genügt aber nicht, lediglich den Verstand anzusprechen. Es muß besonders wegen der Jugend wieder mehr auf das hohe Ziel hingewiesen werden, auf das, was wir gestalten und ändern wollen. Es fehlt der Schwung des Glaubens, die Bereitschaft zum Opfer für Ideale, um die Jugend zu gewinnen. Die Jugend will Opfer bringen. Das liegt in ihrer Natur. In dieser Beziehung werden die hohen Ziele zu wenig angesprochen. Man verharrt zu sehr bei den Problemen und Sorgen der Gegenwart. Wenn wir das große Heer der Einsamen, sich unsicher Fühlenden und der Suchenden gewinnen wollen, dann müssen wir mehr auf das Gefühl eingehen und zeigen, daß es sich lohnt, für die Sache Opfer zu bringen. Wir können beobachten, daß die Kirchen und Sekten nur das Gefühl der Menschen ansprechen. Und welchen Erfolg haben sie! Auch wir müssen also in der Werbung anders werden! In der Politik dürfen wir nicht starr sein, aber standhaft. Wir dürfen niemand vor den Kopf stoßen. Aber die Menschen, besonders die Jugend, achtet darauf, ob wir unseren Standpunkt beibehalten. Ich warne davor, Entscheidungen um des Augenblicks willen zu treffen, z. B. wegen des Wahlkampfes. Die Jugend hat nur vor einer Partei Respekt, die zu ihrer Sache steht, auch wenn der Standpunkt im Augenblick unpopulär wäre. Hier müssen wir mehr an den späteren Erfolg denken und auf Augenblickserfolge verzichten.

Eine dringende Warnung: Bei uns dürfen nicht die Kräfte siegen, die Politik als Beruf betrachten. Man kann nicht Politik als ein Geschäft ansehen. Man darf nicht immer nach dem tüchtigsten Geschäftsmann suchen. Wir müssen die Kräfte wirken lassen, die aus Opfersinn der Sache dienen. Es ist allgemein anerkannt worden, daß sich gerade die Angehörigen der SPD am treuesten zur Sache stehend gezeigt haben. Diese Treue nach 1933 hat nicht der nüchterne Verstand allein geboren. Dazu gehörten Glaube, Überzeugung, Idealismus. Das hat die Menschen stark gemacht. Deshalb haben wir ausgehalten. Und das müssen wir auch bei den Menschen fördern, die nach 1945 zu uns gekommen sind, und bei den Menschen, die wir gewinnen wollen: bei der Jugend! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Wickbold.

Wickbold, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Schönfelder hat eingehend von der Arbeit der „hauptamtlichen“ Organisatoren gesprochen. Es ist unsere selbstverständliche Pflicht und auch unsere innere Überzeugung, daß wir den Genossen Egon Franke, Alfred Nau, Fritz Heine und der Genossin Herta Gotthelf für ihre unermüdliche Arbeit bei der Erfüllung ihrer oft nicht immer dankbaren Aufgaben zu danken haben. (Beifall.)

Ein offenes Wort zur Organisation. Gestattet mir bitte einen Vergleich, den sehr viele von uns erlebt haben, als wir noch die „wunderschöne“ Uniform eines Landsers trugen. Wenn die Truppe sehr oft nichts mehr besaß, nicht einmal mehr einen Tropfen, dann kam ein unscheinbarer Landser

und organisierte etwas. Gerade diese unscheinbaren Landser waren diejenigen, die das Wesen der Organisation am besten erfaßt haben. (Heiterkeit! Du verwechselst Organisieren und Organisation!) Ihr freut euch über den Vergleich und seid wohl meiner Meinung. (Heiterkeit.) Die Organisation wird meist so aufgefaßt, wie ich sie geschildert habe, obwohl sie etwas ganz anderes ist. (Aha, jetzt kommt er!) Mein Freund, du kannst sprechen, wenn ich gesprochen habe. Ich werde mich freuen, mich gerade mit dir auseinandersetzen zu können.

Organisation bedeutet die Gestaltung der Gesellschaft. Wir dürfen aber bei dieser Organisation, die wir in der Partei betreiben, nicht der Meinung sein, als ob diese beruflichen Organisatoren die Gesellschaft gestalten sollen. Sie soll vielmehr — ich spreche jetzt wieder in einem militärischen Vergleich — das taktische Entscheidungsmittel derjenigen sein, die für die politische Willensbildung der Partei verantwortlich sind. Unsere Organisation ist das machtpolitische Instrument der Partei, um im gegebenen Zeitpunkt die Parteigenossen auf das politische Kampffeld zu führen! (Zuruf: Und die Dienstgrade?) Hier wurde viel von einer Jugendbildung gesprochen. Das ist richtig. Wir sind uns einig. Die Jugend muß gesucht werden. Sie soll sich bei uns wohlfühlen. Dann ist noch etwas anderes zur Sprache zu bringen. Es ist ein heißes Eisen, wir kommen aber nicht herum, dazu Stellung zu nehmen. In jedem Ort bildet sich jetzt irgendein Kriegerverein. (Heiterkeit.) Wenn es nicht die Angehörigen einer ehemaligen Panzer-Grenadier-Division sind, dann die Angehörigen der ehemaligen Fallschirmtruppe. Ob wir nun dorthin gehen oder nicht, wir haben auf alle Fälle zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Vereine da sind und zum größten Teil versuchen, der Demokratie den Todesstoß zu versetzen. Meine Berliner Freunde wissen, daß die Marienkirche das Gemälde vom Totentanz zeigt. Wenn wir uns heute die politische Situation betrachten, dann ist es beinahe die Darstellung des Totentanzes der Demokratie. Ist es richtig, daß die Partei und ihre Funktionäre — obwohl sie das Zeug dazu haben — sich bei diesen Gruppenbildungen absetzen? Sollten wir nicht vielmehr versuchen, in diese Vereine hineinzugehen und deren Mitglieder aufzuklären? (Zahlreiche Zurufe.)

Das ist ein Zeichen dafür, daß ihr es noch nicht versucht habt. (Widerspruch.) Ich habe es aber getan und kann euch nur eins versichern: Es war ein voller Erfolg bei diesen Menschen, die weder etwas von Demokratie noch geschweige denn von der Sozialdemokratie wußten. Mir wurde sogar gestattet, die Themen auszuwählen. Das erste Thema, das ich wählte, war: „Das Wesen einer Regierung und der Opposition“. Meine hannoverschen Freunde wissen, daß man mich zu diesen Abenden bei der Notgemeinschaft ehemaliger Berufssoldaten immer wieder holt. Wie gesagt, es ist ein voller Erfolg. Hier geht es also um eine durchaus ernste Angelegenheit, die wir nicht mit einer Handbewegung abtun können. Wir müssen auch solche Dinge anfassen.

Zur Unterbezirksbildung brauche ich nichts zu sagen. Meine Freunde wissen, daß wir das durchexerziert haben. Dann will ich auch nicht unerwähnt lassen, daß es in den Kreisen sehr viele „Könige“ gibt, die wir wieder auf die richtige Linie zurückführen müssen.

Dann denke ich an einen kleinen Ort im Solling — Uslar — von 7000 Einwohnern, in dem sich die größte Kleinmöbelfabrik Europas mit 2400 Beschäftigten befindet. Dort sind die Ratsherren der SPD zugleich Unterkassierer. Dieses Beispiel hat bei anderen Ortsvereinen Nachahmung gefunden. Niemand scheut sich, ob Bürgermeister oder Kreistagsabgeordneter, als Kassierer tätig zu sein. Also auch das gute Beispiel kann Nachahmung finden.

Zum Schluß eine Mahnung und zugleich eine Bereitschaftserklärung. Wenn die Sozialdemokratische Partei es nicht versteht oder nicht willens ist, den kleinen Funktionär wieder als vollen Ehrenmann, als Ehrenmitglied zu betrachten — also nicht den bezahlten, sondern den opferbereiten —, dann ist all unsere Arbeit vergeblich. Wir müssen der Partei wieder das Rückgrat der opferwilligen und nimmermüden Funktionäre geben. Wenn wir das erreicht haben, dann wird die Organisation das sein, was sie auch sein soll: Der Motor, der laufen soll! Vorwärts, Sozialdemokraten! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Edler.

Edler:

Genossinnen und Genossen! Ich habe die unangenehme Aufgabe, zu einem Antrag zu sprechen, der vom Parteivorstand und Parteiausschuß zur Ablehnung empfohlen ist. Es handelt sich um den Antrag Nr. 12. Dieser Antrag hat schon im Mai 1950 in Hamburg zur Diskussion gestanden. Wir bringen ihn heute wieder, um so mehr, als wir glauben, daß die Begründung für eine etwaige Ablehnung, die der Genosse Egon Franke vorgetragen hat, nicht ausreicht. Wir wünschen hier möglichst nur stimmberechtigte Vertreter, die durch Entscheidung der Mitgliedschaft als Vertreter mit Mandat erscheinen. Wenn Genosse Franke sagt, daß zu befürchten wäre, daß sich die Genossen der Bundestagsfraktion innerhalb ihres Bereichs um eine Delegation nach hierher bemühen würden, dann ist zu bemerken, daß neben den durch Vorbestimmung entsandten Mitgliedern der Bundestagsfraktion zahlreiche andere Genossen sitzen. Wir wünschen tatsächlich etwas weniger Apparat, dafür aber mehr lebendigen Willensausdruck durch Urabstimmungen in den unteren Gremien. Wenn wir feststellen, daß hier annähernd 25 Prozent der stimmberechtigten Vertreter nicht als von den zuständigen Mitgliedskonferenzen gewählte Vertreter angesprochen werden können, dann bedauern wir das. Der Parteitag hat die politische Arbeit zu beurteilen und festzulegen. Und da sind wir allerdings der Auffassung, daß diejenigen, die beurteilt werden sollen, nicht selbst über diese Beurteilung mit abstimmen dürften! (Beifall.)

Wir sind außerdem der Meinung und sind eigentlich durch den mehr als guten Eindruck, den das Referat des Genossen Erich Ollenbauer gemacht hat, zu der Überzeugung gekommen, daß durchaus kein Grund zu Befürchtungen gegeben ist, wenn hier durch eine sachlich klare und eindeutige Argumentation an die Einsicht der Delegierten appelliert wird. Aber ein Anreiz ist gegeben, sich immer wieder an der Meinung und Stimmung in der Mitgliedschaft zu orientieren. Die Meinung und Stimmung der Mitgliedschaft ist immerhin ein, wenn auch nur schwacher, Spiegel der Meinung der Wählerschaft. Das sollten wir nicht übersehen. Wenn durch eine gute Argumentation und eine gute Arbeit eine Verankerung lediglich in der Mitgliedschaft gegeben ist, dann wird sich daraus auch eine Verankerung und ein Ansehen in der breiten Wählerschaft und eine gute und positive Stellungnahme zu unseren Aufgaben ergeben.

Bedenken Sie bitte noch eins! Wenn entsprechend dem Vorschlage des Genossen Egon Franke unser Antrag abschlägig beschieden wird, dann werden wir es in Zukunft erleben, daß kaum noch Änderungsvorschläge wesentlicher Art, die aus der Mitgliedschaft kommen, aber dem Apparat — ich will einmal dieses häßliche Wort, das der Genosse Schönfelder gebraucht hat, aufgreifen — nicht genehm sind, angenommen werden können, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten nicht zu erreichen ist.

Um eine gesunde und organische Meinungsbildung zu gewährleisten, möchten wir wünschen, daß die Stimmberechtigung dort beschränkt wird. Wir wünschen uneingeschränkt den Rat dieser Genossen, aber auch nur den Rat! Bestimmen und entscheiden sollten die Stimmberechtigten und quasi durch eine Urabstimmung gewählten Vertreter.

Nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen bitten wir, unserem Antrage zuzustimmen. Wir haben auch optische Gründe für diese Bitte; denn unser Antrag fordert nicht mehr und nicht weniger als die Legislative für den Parteitag und die Exekutive für diejenigen, die, vom Vertrauen dieses Parteitages getragen, die SPD draußen zu vertreten haben. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossen und Genossinnen, gestatten Sie mir eine Bemerkung! Ich habe weder eine Kritik zu üben noch zu Anträgen Stellung zu nehmen; aber es kommt hier auf eine sachliche Feststellung an.

Es ist in unserer Partei nicht üblich, daß die Mitglieder der Bundestagsfraktion mit abstimmen, wenn die Beurteilung der Fraktion zur Debatte steht. Und nach der bisherigen Übung kann auch der Parteivorstand nicht abstimmen, wenn über seine Arbeit geurteilt wird. Ich bitte also, das auseinanderzuhalten.

Dann habe ich noch ein Telegramm aus Kanada bekanntzugeben.

Herzlichste sozialistische Grüße unseren deutschen Genossen. Die kanadischen Sozialisten verfolgen euren Kampf mit Interesse und Sympathie. Wir hoffen, daß ihr bei den kommenden Wahlen einen Sieg erringen werdet. Unsere Grüße werden getrübt durch das Wissen um den Verlust, den ihr durch den frühzeitigen Tod eures hervorragenden Vorsitzenden Kurt Schumacher erlitten habt. Sein Leben war eine Inspiration für die Sozialisten in der ganzen Welt.

Ich glaube, ich darf den kanadischen Genossen für diese Grüße unseren herzlichsten Dank aussprechen. (Lebhafter Beifall.)

Wir fahren nun in der Diskussion fort. Das Wort hat der Genosse Bessel, Essen, ihm folgt der Genosse Kändler, Hamburg.

Bessel, Essen:

Genossinnen und Genossen, diese Diskussion, die sich hauptsächlich mit den organisatorischen Fragen der Partei beschäftigen soll, ist eine der wesentlichsten Diskussionen, die auf dem Parteitag gepflogen werden sollen. Daher muß ich eine bedauerliche Feststellung an den Anfang stellen, nämlich die, daß es anscheinend sehr viele Delegierte mit ihrer Aufgabe nicht so ganz ernst nehmen; sonst würde man nicht so viele leere Plätze in diesem Saale sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die beiden Probleme, vor denen die Sozialdemokratische Partei in der nächsten Zeit in der Hauptsache stehen wird, ist ja das Problem der Gewinnung der Jugend und das Problem der Schaffung eines aktiven, einsatzbereiten Funktionärkörpers. Wir sollten heute an dieser Stelle einmal untersuchen, weshalb und wieso darüber nicht bereits auf diesem Parteitag mit Stolz berichtet werden konnte, so daß dieses Problem nicht mehr zur Debatte zu stehen brauchte.

Zur Frage der Jugend ganz kurz nur folgendes! Wir haben Ansätze genug in unserer Partei, daß Jugendliche zu uns stoßen und auch bereit sind, mit uns zu diskutieren. Aber wir haben einmal zu untersuchen, wie sich gerade die Generation der älteren Genossen und Genossinnen oft diesen Jugendlichen gegenüber verhält. Und da müssen wir leider feststellen, daß ihr Benehmen sehr häufig verkehrt liegt. Es ist doch folgendermaßen:

Wenn ein junger Genosse das Wort zu irgendwelchen politischen Problemen ergreift und sich nicht ganz auf der Linie der Partei bewegt, manchmal sogar etwas schief liegt, dann steht sofort eine ganze Reihe von älteren Parteigenossen auf und macht ihm klar, daß er das noch nicht verstehe, daß er erst noch lernen müsse, bevor er mit uns sprechen könne. — Auf diese Weise kann man keinen Jugendlichen gewinnen! Auf diese Weise wird man keine Begeisterung bei den Jugendlichen finden. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun zu dem zweiten Problem. Da muß ich eine ernste Warnung an alle diejenigen richten, die zu jener Generation gehören, die vor 1933 die Stärke der Sozialdemokratischen Partei ausgemacht haben.

Es stellt sich heute immer mehr heraus, daß es in unserer Partei — übrigens nicht nur in unserer Partei; aber wir sollten uns heute nur mit unserer Partei beschäftigen — eine sogenannte Zwischenschicht gibt, eine Schicht, die bei Mitglieder- und Funktionärversammlungen, bei Versammlungen der unteren Organe der Partei, durch Abwesenheit glänzt, die aber immer dabei ist, wenn es darauf ankommt, etwa Kandidaten für die Parlamente aufzustellen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb müssen wir einmal ganz eindringlich an alle diese Genossinnen und Genossen herantreten und sie darauf hinweisen, daß sie trotz der Fülle ihrer Arbeit für die Partei immer noch für die Arbeit in den unteren Organen Zeit übrig haben müssen, und wenn sie nur drei- oder viermal im Jahr in den Mitglieder- oder Funktionärversammlungen erscheinen. Es gibt eine Reihe von Genossinnen und Genossen, die über den Dingen zu stehen glauben und befürchten, daß ihr geistiger Horizont beeinträchtigt werden könnte, wenn sie in diesen Mitgliederversammlungen erscheinen müßten.

Wie ist es denn in Wirklichkeit? Das ist der entscheidende Punkt dieser Angelegenheit. Wenn in den Mitgliederversammlungen die einfachsten Genossinnen und Genossen, unsere Unterkassierer und sonstigen Mitglieder beisammen sind und feststellen können, daß der Bundestagsabgeordnete, der Stadtverordnete oder der sonstwie hervorragende Parteigenosse auch in diese Mitgliederversammlungen kommt — auch dann, wenn er nicht zu einem Referat bestellt ist! — und sich mit Ihnen unterhält, dann ist der Kontakt, dann ist die Vertrauensbasis gegeben. Und das ist es, was wir brauchen. Deshalb müssen wir diesen Genossinnen und Genossen einmal ins Gewissen reden. Wir müssen sie heranziehen und ihnen klarmachen, daß sie auch für diese Arbeit Zeit haben müssen. Keiner unserer Genossen sollte mehr Aufgaben auf sich nehmen, als er unter Innehaltung dieser notwendigen Sache erledigen kann. In der Praxis ist es doch so. Ich denke hier in Besonderheit an sehr viele Genossinnen und Genossen, die sich sehr bemühen, irgendeine gewerkschaftliche Funktion, etwa ein kleines Angestelltenverhältnis zu bekommen, das immerhin ihre soziale Stellung in etwa hebt. Solange diese Genossinnen und Genossen ihr Ziel nicht erreicht haben, sind sie sehr oft und sehr rege in unseren Mitglieder- und Funktionärversammlungen tätig; sie glänzen aber sofort durch Abwesenheit, sobald ihr Wunsch in Erfüllung gegangen ist. Das ist es, was das Vertrauen und die Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder untergräbt. Das ist es, was wir in erster Linie beachten müssen. Das muß in Zukunft unterbleiben.

Vorhin hat ein Genosse darauf hingewiesen, daß sich eine ganze sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bereit erklärt hat, als Hauskassierer in Erscheinung zu treten. Auch wir machen das so. Ich bin zufällig Stadtbezirksvorsitzender, und ich habe es in meinem Stadtbezirk durchgeführt, daß jede Genossin und jeder Genosse, der irgendeine Funktion in der Partei ausübt — ganz gleichgültig welche: als Stadtverordneter, Bundestags-

abgeordneter, Landtagsabgeordneter — und in unserem Bezirk wohnt, verpflichtet ist, als Hauskassierer tätig zu sein, und wenn er noch so wenig kassiert. Aber er soll dadurch den Kontakt mit den Mitgliedern aufrecht erhalten. Das ist von den Mitgliedern auch allgemein anerkannt worden. Glauben Sie nicht, daß diese Genossinnen und Genossen nicht die Zeit dazu hätten! Und wenn er nur zehn Haushalte im Monat kassiert, so kostet es ihn eine Stunde Zeit, aber er erwirbt sich ein Vertrauen, dessen Wert weit über den Wert dieser einen Stunde hinausgeht und das die Partei stärkt wie vielleicht nichts anderes. Deshalb diese Aufforderung an alle diejenigen, die heute anwesend sind und sich vielleicht angesprochen fühlen. Die Partei kann nur aktiviert werden, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen der obersten und mittleren Führerschicht, zwischen den kleinen Funktionären und dem kleinen Mann hergestellt wird. Nur so kann eine allgemeine Belebung unserer Mitglieder- und Funktionärversammlungen, nur so kann auch die Aktivierung des politischen Kampfes, die wir so dringend brauchen, für die Zukunft gesichert werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat nun der Genosse Künder, Hamburg.

Paul Künder, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Wir haben in der Partei ganz ohne Zweifel außer Kochel eine ganze Anzahl weiterer Bildungs- und Schulungsstätten sowohl im Norden als auch im Süden und in den übrigen Teilen des Bundesgebietes. Was wir aber neben den Schulungsstätten brauchen, sind Stätten wirklicher geistiger Auseinandersetzungen, die nicht nur die Jugend, die nicht nur die Funktionäre, sondern die wir alle brauchen. Insofern ist Kochel mehr als eine Schulungsstätte. Ich habe Gelegenheit gehabt, 14 Tage lang an einem solchen Kursus in Kochel teilzunehmen, und ich muß sagen, daß dieser Kursus für alle Teilnehmer ein Erlebnis gewesen ist. Ich begrüße die Ausführungen des Genossen Waldemar von Knoeringen aufs Wärmste und möchte wünschen, daß die Partei finanziell in der Lage ist, Kochel weiter auszubauen, um es wirklich zu einem Forum der Auseinandersetzungen für die gesamte Partei zu machen und darüber hinaus noch mehr solcher Stätten wie Kochel zu schaffen.

Wir haben in Hamburg auch unseren Kuperhof und leisten dort sehr gute Bildungs- und Schulungsarbeit. Wir können verzeichnen, daß wir Woche für Woche dort Wochenendkurse durchführen, die von Sonnabend mittag bis Sonntag nachmittag laufen und jeweils von 60 bis 70 Genossen besucht werden. Was für uns besonders begrüßenswert ist, ist die Tatsache, daß die Zahl der Teilnehmer diese Höhe erreicht hat, zum anderen aber auch die Tatsache, daß die Zahl der jüngeren Funktionäre an diesen Auseinandersetzungen verhältnismäßig sehr hoch ist. Das gibt uns die Hoffnung, daß wir die Verjüngung, die wir in der Partei so notwendig brauchen, doch in einigen Jahren durchgesetzt haben werden.

Ich möchte aber noch etwas viel Wichtigeres sagen und darauf hinweisen, daß wir mit unserer Propaganda restlos veraltet sind und daß es Zeit wird, daß wir uns auf alle die Möglichkeiten besinnen, die uns heute gegeben sind, und sie ausnutzen.

Seit 100 Jahren besteht die sozialistische Bewegung. Seit 100 Jahren ist das Hauptwerkzeug für die Meinungsbildung das Flugblatt, die Broschüre und die Versammlung gewesen. Jeder von uns weiß, daß die Flugblätter und die Broschüren so, wie sie von uns herauskommen, zu 90 Prozent und mehr nicht gelesen werden, daß hier ungeheuer viel Geld ausgegeben wird, ohne daß man den damit verfolgten Zweck erreicht.

Weiterhin wissen wir, daß unsere Versammlungen heute weitaus schlechter als vor 1914, in den Anfängen und im Aufbau der Bewegung, besucht werden. Wir sollten uns doch darüber klar sein, daß sich inzwischen auf dem Gebiete der Bildung der öffentlichen Meinung eine Revolution vollzogen hat. Während die Menschen von 1914 gar nicht anders in der Lage waren, sich eine Meinung zu bilden als dadurch, daß sie in eine Versammlung gingen, Zeitungen oder sozialistische Schriften lasen, gibt es doch heute den Rundfunk, der den wichtigsten Faktor in der Bildung der öffentlichen Meinung darstellt. Die Partei müßte noch weit mehr als bisher die Möglichkeiten ausnutzen, die der Rundfunk bietet; denn die Sendungen werden ganz zweifellos nicht immer nur als Geräuschkulisse gehört, sondern sie werden viel beachtet. Und wenn man daran denkt, wie insbesondere die Übertragung der Schumanplandebatte im Bundestag gewirkt hat, dann sehen wir hier doch unerhörte Möglichkeiten.

Weiterhin werden auch die Möglichkeiten, die der Film bietet, von uns bei weitem nicht so beachtet, wie es notwendig wäre. Für mich wäre es eigentlich selbstverständlich gewesen, daß bei einer solchen Tagung wie der heutigen auch die Möglichkeit gezeigt würde, einen Filmapparat kennenzulernen, der für uns wertvoll ist, und andererseits auch Filme vorzuführen. Wir haben hier kein solches Material, obwohl die Partei darüber verfügt. Man sollte aber allen Funktionären, die an dieser Tagung teilnehmen, die Möglichkeit geben, sich diese Dinge vor Augen zu führen.

Dasselbe gilt von den Magnetophongeräten. Auch solche Aufnahmen müßten vorhanden sein. Sie werden uns hier angeboten. Man müßte sie aber in Augenschein nehmen können, um zu sehen, wie man damit arbeiten kann.

Es gibt also genug Möglichkeiten, an die Massen heranzukommen, die wir ausnutzen müssen. Bei unserer Agitation und Propaganda sollten wir darüber hinaus uns die Forschungen der Institute für die öffentliche Meinung mehr als bisher zunutze machen. Davon können wir zweifellos ganz wesentlich profitieren. Z. B. ist es doch außerordentlich interessant, wenn bei diesen verschiedenen Rundfragen, die immer wieder veranstaltet werden, festgestellt wird, daß die junge Generation zwischen 20 und 35 Jahren zu mehr als 50 Prozent sozialistisch eingestellt ist.

Wir müssen uns die Frage vorlegen, wenn sie schon sozialistisch denken und sich entscheiden, warum es dann nicht möglich ist, sie zu unserer Partei heranzuziehen und in unsere Parteiarbeit einzuspannen. Ich glaube, wir müssen gerade auf dem Gebiet der Jugendarbeit noch sehr viel hinzulernen und uns darüber klar sein, daß das Gros der Jugend nicht in unserer Falkenorganisation, sondern außerhalb steht, daß die Jugend durchaus aufgeschlossen ist, daß das aber nicht genügt, sondern wir diese jungen Menschen für unsere Parteiarbeit gewinnen müssen und können. Wenn wir heute sehen, daß immer wieder junge Menschen zu uns in unsere Parteibüros kommen und von uns einen Aufnahmeschein für die Partei verlangen, ohne von irgend jemand dazu aufgefordert zu sein, so müssen wir das sehr sorgsam beobachten. Wir haben dies im letzten Jahr wiederholt erlebt. Das ist ein Gebiet, das viel intensiver beackert werden muß, als es bisher der Fall gewesen ist. Genau so liegt es auf dem Gebiet der Frauenarbeit. Auch hier möchte ich unterstreichen, daß wir uns viel stärker spezialisieren müssen und der Frauenarbeit einen weitaus größeren Rahmen geben müssen, als es bisher der Fall gewesen ist.

Zum Schluß möchte ich betonen, daß wir uns auch bei der Plakatgestaltung mehr als bisher der modernen Mittel bedienen müssen. Unsere Plakate sind im Durchschnitt schlecht und wirkungslos. Wir sollten auch in diesem Punkt von unseren Gegnern und von der Regierung Adenauer

lernen. Was von diesen auf diesem Gebiet geleistet wird, ist für uns gefährlich. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß auch wir mit wirkungsvollerem Material herauskommen. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Hermann Barche, Hannover.

Barche, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Aus den Begrüßungsworten unseres österreichischen Genossen, die wir hier gestern mit Stolz, aber auch mit etwas Wehmut empfunden haben, haben wir gehört, daß in der Stadt Wien jeder sechste Einwohner Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist und im gesamten Land Österreich jeder elfte. Hierzu wurde von dem Genossen Kade gesagt, daß die Bedingungen in Deutschland ungünstiger als in Österreich seien. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Ich möchte sagen, daß wir in Deutschland recht starke Industriezentren haben und folglich die Mitgliederzahlen stärker sein müßten.

Aber hier scheint mir nicht das Problem zu liegen, es liegt auf dem flachen Land. Wir haben es bisher immer noch nicht verstanden, das flache Land zu erobern. Dies ist nicht nur eine politische Aufgabe, sondern vielmehr eine psychologische Aufgabe. Es ist empfehlenswert, daß die Partei sich recht intensiv darüber Gedanken macht, wie man mit geeigneten psychologischen Mitteln die Landbevölkerung davon überzeugt, daß ihr Platz in der Sozialdemokratischen Partei ist. Schließlich ist die Eroberung der Landbevölkerung eine Frage unserer politischen Macht. Wir stellen fest, daß wir über die 34- bis 36-Prozent-Grenze nicht hinauskommen. Ich möchte an eine Zeit erinnern, als in Deutschland der Faschismus im wesentlichen seine Macht vom Land in die Großstadt hineingetragen hat. Wir erinnern uns noch an die Sturm-Kolonnen, die mit überzeugenden Mitteln in Form von Gummiknüppeln oder Schlagringen in die Großstädte gekommen sind und versucht haben, das Volk politisch zu überzeugen.

Einen besonderen Aufruf möchte ich in diesem Zusammenhang an unsere Genossen in den Städten und Großstädten richten. Es nützt uns gar nichts, wenn wir in den Großstädten mit über 50 Prozent die Mehrheit haben, bei den Bundestags- oder Landtagswahlen aber feststellen müssen, daß das Land versagt hat. Hier liegt eine Aufgabe unserer persönlichen Fühlungnahme vor, in dem unsere Funktionäre in den Städten wie früher sonntags hinaus auf das Land gehen, um das Band zwischen Großstadt und Land enger zu gestalten.

Zu der Frage der Frauen- und Jugendarbeit möchte ich folgendes sagen. Es nützt uns gar nichts, wenn wir diese Arbeit als eine Aufgabe ansehen, die erst außerhalb unserer Partei anfängt, indem wir versuchen, diejenigen zu werben, die nicht durch die Familie eine enge Fühlung mit der Partei haben. Hier liegt eine echte Erziehungsaufgabe vor, die in jeder sozialistischen Familie anfangen sollte. Es wäre sicher interessant, einmal eine Statistik darüber zu bekommen, wie viele Frauen unserer Genossen in der Partei organisiert sind und wie viele herangewachsene Söhne und Töchter den Weg zur sozialistischen Jugendbewegung gefunden haben. Hier haben wir eine echte Erziehungsaufgabe in unseren eigenen Familien zu erfüllen, um den Bestand für die Zukunft zu werben. Erleben wir es nicht immer wieder, daß besonders die jungen Menschen und Frauen in der Partei mit Bitterkeit darauf hinweisen, daß recht viele Frauen und Kinder unserer Genossen noch nicht den Weg zur Partei gefunden haben? Das ist meiner Meinung nach auch eine psychologische Aufgabe, die sehr weite Ausstrahlungen haben wird, wenn die indifferenten Frauen und Jugendlichen

feststellen, daß die zu unseren Familien gehörenden Familienmitglieder bei uns organisiert sind.

Um den Einfluß der Partei zu stärken, ist es auch notwendig, daß man etwas zu der Haltung vieler unserer Funktionäre auf der kommunalpolitischen Ebene sagt. Auf dem flachen Lande liegt dieses Problem weniger in der Überzeugungskraft der Worte der einzelnen Genossen als in dem persönlichen Verhältnis unserer Funktionäre und unserer Kommunalpolitiker, die im Blickfeld des Interesses einer kleinen Gemeinde stehen, zu den Einwohnern der Gemeinde. Die Probleme der Eroberung des flachen Landes sind es wert, einmal eingehend untersucht zu werden, weil wir nur aus dem Turm herauskommen, wenn wir die 34- bis 36prozentige Grenze überschritten haben und wenn in gemeinsamer Arbeit zwischen der Großstadt und dem flachen Land der Weg zu politischen Erfolgen freigegeben ist. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich schlage vor, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich bitte aber, pünktlich um 14.30 Uhr zur Stelle zu sein. Es liegen noch drei Wortmeldungen vor. Ich möchte größten Wert darauf legen, daß beim letzten Punkt der Tagesordnung keine Zeitnot eintritt, besonders nicht für den Referenten. Ich bitte deshalb, pünktlich zu sein.

(Schluß der Vormittagssitzung: 13.00 Uhr.)

NACHMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Ich eröffne die Verhandlung des Parteitages. Es sind noch einige Telegramme eingegangen:

„Die Betriebsvertretung und Belegschaft der Schachanlage ‚Scharnhorst‘ wünscht dem Parteitag einen erfolgreichen Verlauf.“ (Beifall.)

Die Vertretung deutscher Sozialdemokraten in Schweden telegraphiert uns:

„Beste Wünsche für die Ergebnisse der Tagung. Vorwärts im Geist Schumachers!“ (Beifall.)

Das Wort hat nunmehr die Genossin Keilhack, Hamburg.

Irma Keilhack, Hamburg: Genossen und Genossinnen! Der Genosse Schumacher sagte auf dem Hamburger Parteitag, daß unsere Partei die Tore weit offenhalten müßte für alle Menschen, die entweder von der Bergpredigt, vom Humanismus oder Marxismus her in die Ideen unserer Partei hineingezogen werden und sie mittragen und vorwärtsbringen helfen wollen. Wir haben längst erkannt, daß nicht die Klassenlage allein das entscheidende Moment ist, das uns über das bewußte Drittel hinaus in der Demokratie zu einer entscheidenden Macht verhelfen kann. Wir sind uns darüber klar, daß andere Gründe die Massen zu uns führen müssen.

Wir haben uns früher fast ausschließlich mit den geistigen Grundlagen der Partei befaßt. Heute ist es so, daß wir uns durch das Drängen der aktuellen Probleme in der Partei fast nur mit den ökonomisch-materiellen Fragen auseinandersetzen müssen. Die meisten unserer führenden Funktionäre werden erdrückt von der Arbeit an den aktuellen Problemen, an den Problemen, die die Lösung der sozialen, der materiellen Lage in unserem Volk herbeiführen sollen. Heute besteht die Gefahr, daß dieses Drängen eine geistige Austrocknung unserer Funktionärschicht in

jeder Stufe zur Folge hat. Dazu ist unsere theoretische Grundlage in der Partei außerordentlich labil. Wir arbeiten von der Hand in den Mund. Wir haben kein so festes und unbestrittenes Fundament, wie es vor vielleicht 30 oder 40 Jahren der Fall gewesen ist. Wir suchen ständig nach Ergänzungen und Bestätigungen der geistigen Grundlage, auf der wir arbeiten.

Eines der Kennzeichen dieses Anliegens war z. B. das Referat des Genossen Schmid vor zwei Jahren auf dem Hamburger Parteitag. Es war ein Anfang von dem, was wir weiterführen müssen. In dieser Problematik liegt auch die Unmöglichkeit, das Grundsatzprogramm der Partei fertigzustellen.

Ich habe keine Patentlösung eines Auswegs aus dieser Krise. Aber ich glaube, eine von den vielen Teillösungen, durch die wir ja überhaupt nur weiterkommen, ist, daß wir versuchen, uns eine Arbeitsgemeinschaft im Rahmen unserer gesamten kulturpolitischen Aufgabe zu schaffen, die uns die geistige Vorarbeit, die geistige Grundlagenforschung will ich einmal sagen, für die Partei abnimmt, die sie für uns erarbeitet.

Ich will einmal kurz umreißen, was ich meine. Ich denke an eine Aufgabe wie die, die die „Fabier“ in England haben oder hatten. Ich glaube, daß es möglich ist, die geistig Schaffenden in Deutschland, die uns bereits als Mitglieder angehören oder mit uns sympathisieren, in einer solchen Arbeitsgemeinschaft zu erfassen, die uns das erarbeitet, was wir neben der Bewältigung unserer aktuellen Aufgaben unbedingt klären müssen. Ich glaube, man müßte einen solchen Versuch machen. Ich weiß nicht, ob er in der Konzeption des Genossen Eichler liegt. Es ist sicher eine Aufgabe unseres kulturpolitischen Referats in naher Zukunft. Man müßte vielleicht versuchen, die Universitäten in den Mittelpunkt einer solchen Arbeit hineinzustellen. Man müßte versuchen, die sozialistischen Studentengruppen zum Kern einer solchen Arbeit zu machen. Sicher gibt es an den Universitäten mehr Professoren, als wir im Augenblick glauben, die unserer Bewegung sehr nahe stehen und die uns große Sympathien entgegenbringen. Wir sollten auch nicht von vornherein denken, daß eine solche Arbeitsgemeinschaft so quasi eine Arbeitsgemeinschaft „feiner Leute“ werden muß. Das widerspricht der tatsächlichen sozialen Situation der Geistesarbeiter. Es soll auch kein „Intelligenzler-Klub“ sein. Die Arbeitsgemeinschaft soll eine Spezialaufgabe haben, wie wir sie heute in der Parteiarbeit vielfach vergeben müssen, um zu einem Gesamtergebnis zu kommen.

Eine solche Arbeitsgemeinschaft würde uns nicht nur geistig befruchten und das in die Partei hineinragen, was wir im Grunde genommen alle entbehren, nämlich über die aktuelle Problematik hinaus Diskussionen über wirklich grundsätzliche Auffassungen und grundsätzliche Probleme der sozialistischen Bewegung, die wir früher immer gehabt haben und die die Lebendigkeit der Partei erst erhalten.

Darüber hinaus halte ich für eine weitere unbedingte Aufgabe, die von einer solchen Arbeitsgemeinschaft übernommen werden könnte, die Förderung unserer nachwachsenden Funktionäre in der sozialistischen Bewegung. Wir hatten in Hamburg früher etwas Ähnliches; einen Bund, die „Gesellschaft der Freunde sozialistischer Studenten“. Er muß die Aufgabe haben, uns den Nachwuchs heranzubringen, nicht nur dadurch, daß die, die jetzt studieren, unterstützt und mit Stipendien versorgt werden, sondern auch dadurch, daß ganz systematisch schon bei den begabten Schülern unserer Arbeiter eine Unterstützung beginnt. Weiter sollten durch eine ständige Auslese unter den Erwerbstätigen die herausgeholt werden, deren „Berufung“ auch ihr neuer Beruf werden kann, und zwar nicht nur über Abiturientenkurse — das ist eine gute Einrichtung —, sondern auch durch andere Fortbildungsmöglichkeiten, die man noch genauer formulieren müßte. Diese

Dinge gehören mit zu dem, was man gegen die Nachwuchsnot tun kann und die in einer anderen Art schon in den Herner Beschlüssen festgelegt sind.

Ich glaube, daß eine solche Einrichtung nicht nur zur Belebung der Parteidebatten beitragen könnte, sondern das eben zu beheben vermag, was wir immer als besonderen Mangel empfunden haben, in die Verwaltung, in die Wirtschaft und in die Gesellschaft Menschen hineinzubekommen, die, qualifiziert und geistig schöpferisch, durch unsere Schule gegangen sind. Wir erfassen außerdem mit einer solchen Arbeitsgemeinschaft auch Kreise, da sie sich nicht auf Mitglieder zu begrenzen brauchte, die die Anziehungskraft unserer Partei sehr erhöhen könnte.

Neben den vielen anderen Teilaufgaben der Partei in der Werbung und für die Ausstrahlung der sozialistischen Bewegung sollte man auch diesem aufgezeigten Problem etwas nähertreten.

Ich würde mich freuen, wenn auch von den Landesbezirken diese Gedanken einmal aufgegriffen werden könnten und Formen annähmen. Wir in Hamburg bemühen uns darum. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Heinrich Ritzel.

Ritzel, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitages auf eine Presseveröffentlichung von heute lenken, die uns zutiefst berührt. Es handelt sich um die Mitteilung über den Inhalt des zweiten Nachtragsetats der Bundesregierung mit einer Endsumme von 2328 Millionen DM. Ich weise auf diese Zahl aus einem besonderen Grunde hin, nicht etwa wegen der steuerpolitischen Probleme, die sich daran knüpfen, sondern wegen einer riesigen Gefahr, die bisher schon stark in Erscheinung getreten ist. Ich brauche nicht an den letzten Ausgleich zu erinnern, der von der Bundesregierung in bezug auf die Verteilung der Anteile auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erzwungen worden ist, sondern ich muß daran erinnern, daß die Arbeit der Kommunen in steigendem Maße durch den wachsenden Finanzbedarf des Bundes in einer Weise lahmgelegt zu werden droht, die die Grundlagen der Existenz unseres Volkes berührt.

Vorsitzender Henßler, den Redner unterbrechend: Genosse Ritzel, ist das nicht eine Diskussionsrede, die zum Bericht der Bundestagsfraktion gehört? (Sehr richtig!)

Ritzel, fortfahrend: Nein, ich will jetzt etwas zur Organisationsfrage sagen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Arbeit unserer Partei in bezug auf den Dienst am Volk entscheidend von der Gemeinde ausgegangen ist. Die meisten von uns haben sich die Sporen der Arbeit im Dienste der Kommunen verdient. Es ist ein zwingender Anlaß, darauf zu achten, daß diese Basis unserer politischen Arbeit nicht erschüttert wird. Aus einem ganz besonderen Anlaß möchte ich darauf hinweisen. Mit steigender Besorgnis beobachten viele von uns eine Art der Entwicklung in den Kommunen, die ich aufzeigen möchte. Ich meine die Überfülle von repräsentativen Verpflichtungen der kommunalen Vertreter, vor allem der Bürgermeister und Oberbürgermeister, und die Entwicklung eines Aufwandes, an dem sich sozialdemokratische Vertreter nicht mitschuldig machen sollten. (Beifall.)

Nicht unbedingt notwendig ist es, da, wo ein Auto notwendig ist, einen Mercedes 300 zu fahren. (Beifall.)

Nicht unbedingt notwendig ist, daß die Aufgaben, die wir kommunalpolitisch in bezug auf die gemeinwirtschaftlichen Funktionen unserer Existenz haben, durch einen übermäßigen Repräsentationsaufwand gefährdet

und erschwert werden. Sozialdemokraten sind in erster Linie dazu verpflichtet, mit einem guten Beispiel voranzugehen. Die Arbeit, die wir zu leisten haben, ist nicht nur eine Arbeit in der Praxis, sondern auch eine theoretische Erkenntnis. Darauf hat unser Parteifreund Waldemar von Knoeringen heute morgen mit vollem Recht hingewiesen. Ich darf daran erinnern, daß der Bezirk Hessen-Süd aus dieser Erkenntnis seit sieben Jahren eine kommunalpolitische Akademie eingerichtet hat, die allein in diesem Jahr in ganzwöchigen Kursen von 1200 Genossinnen und Genossen besucht worden ist. (Beifall.)

Ich habe die Empfindung, daß es notwendig ist, derartige Einrichtungen durch die Partei noch mehr zu pflegen und auch dem Beispiel nachzuahmen, das wir in Hessen beobachten können, wo unsere Freunde in der sozialistischen Regierung mit Rat und mit sehr nennenswerter Tat zu Hilfe kommen, um derartige Einrichtungen zu ermöglichen.

Der eigentliche Anlaß aber, der mich hierhergeführt hat, war eine kurze Bemerkung eines Genossen aus Essen. Er sprach davon, daß Stadtverordnete und Bundestagsabgeordnete verpflichtet sein sollten, Beiträge einzukassieren. Ich nehme an, daß jeder, der den Weg einer langjährigen Parteigenossenschaft zurückgelegt hat, in der einen oder anderen Weise Gelegenheit gehabt hat, auch derartige Funktionen zu tätigen, ganz gleich, ob es sich darum handelt, wie ich aus meinem Leben aus der Zeit vor 25 und 30 Jahren in guter Erinnerung habe, daß man Flugblätter verteilt und von den Bauern mit Hunden gehetzt wurde, oder ob es sich darum handelt, Beiträge einzukassieren. Das Entscheidende, was man von einem Abgeordneten, ob Stadtverordneter, Landtags- oder Bundestagsabgeordneter, fordern sollte, liegt in der Arbeit des Kopfes. Wenn sich jemand im Rahmen der Partei so weit empogearbeitet hat, daß er das Vertrauen gefunden hat, Abgeordneter zu sein, dann verlangt man von ihm etwas mehr als die Einsammlung von Parteibeiträgen. Selbst auf die Gefahr hin, daß es mißfällt, möchte ich feststellen, daß ein Abgeordneter, der beispielsweise in jeder freien Stunde, die er in seinem Wahlkreis verbringt, Sprechstunden abhält, in einer solchen Sprechstunde, die einen ganzen Tag dauern kann und in der er 25, 30 und mehr Menschen kostenlos berät, mindestens so viel nützliche Arbeit geleistet hat, als wenn er sich an der Einsammlung der Parteibeiträge beteiligt.

Die Ämterhäufung, die auch hier zur Sprache kam, beruht nicht zuletzt auf den Anforderungen der Partei selbst, die den einen oder anderen Abgeordneten oder sonstigen Funktionär mit einer Fülle von Pflichten bedenkt, die jedes Familienleben zerschlagen und die den Menschen überhaupt nicht mehr zu sich selbst kommen lassen. Wenn wir eines im Dienste der Arbeiterbewegung mehr berücksichtigen wollten als bisher, dann ist es die Notwendigkeit, die Möglichkeit einer stillen Stunde der Besinnung zu geben und die Notwendigkeit, das, was man praktisch empfindet, in der Theorie für sich selbst und in Gesprächen mit anderen zu erarbeiten. Was wir brauchen, das ist doch das Hand-in-Hand-Arbeiten. Wir müssen die Aktivität von jedem von uns verlangen und jede Stunde für die Partei opfern, die überhaupt noch zur Verfügung steht.

Aber wir sollten uns dabei auch vor einem bewahren. Das Schicksal, das viele von uns in den letzten Jahren ertragen und erduldet und mit ihrem Leben besiegelt haben, sollte uns mahnen. Wir sollten auch mit unseren Kräften rationeller verfahren, als es bisher geschehen ist. (Sehr richtig!)

Das ist der Punkt, der verlangt, daß neben und hinter jeden älteren und alten Genossen ein junger gestellt werden muß, der durch die prak-

tische Leistung des anderen lernt, ebenfalls auf eigenen Füßen zu stehen, um in naher oder fernerer Zukunft als vollwertiger Genosse die gleiche Arbeit zu leisten, wenn ein älterer die Kelle aus der Hand legt.

Wenn der Parteitag zwischen den Älteren, den Alten und der Jugend eine Verbindung schafft, dann hat er auch auf diesem Gebiet eine nützliche Arbeit geleistet. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Hugo Stendel.

Stendel, Hamburg:

Genossinnen und Genossen, besonders aus den großen Städten und aus den dichtbesiedelten Wohnbezirken! Ich möchte die Bitte wiederholen, die Genosse Lüders, Cuxhaven, heute vormittag ausgesprochen hat. Ich möchte euch bitten, diesen Wunsch, der aus den dünnbesiedelten Bezirken der Bundesrepublik kommt, in gute Hände zu nehmen, wenn ihr nachher über den Antrag Nr. 5, dessen einfache Ablehnung vorgeschlagen ist, abstimmen sollt. Wir kommen aus den Gebieten, in denen die Sozialdemokraten keine Tuchfühlung haben und in denen sie sich nicht morgens und abends treffen können, sondern sie müssen sich in Tagesreisen suchen, um überhaupt miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir kommen aus dem flachen Lande, in das wir die Parteiarbeit hineintragen und in dem wir Mitglieder gewinnen sollen. Wenn unser Organisationsstatut und die Herner Beschlüsse festgelegt haben, daß wir unsere Organisation in der Form aufbauen sollten, daß Ortsvereine sich zu Unterbezirken, dann zu Bezirken und schließlich zum Parteiganzen zusammenschließen, dann fehlt bei uns ein Zwischenglied, daß die eigentliche Parteiwerbung leisten soll: der Kreisverein. Wenn ich an die Verhältnisse im Regierungsbezirk oder Unterbezirk Stade denke, der zwischen den beiden großen Unterbezirken Bremen und Hamburg liegt, dann ist Bremen ein großer Bezirk, in dem fruchtbare Unterbezirksarbeit geleistet werden kann. Dasselbe trifft für Hamburg zu. Wenn ich dann aber die 660 000 Einwohner des Unterbezirks zwischen Bremen und Hamburg nehme und daran denke, daß ungefähr 600 Gemeinden fruchtbar bearbeitet werden sollen, dann kann ein Unterbezirk diese Arbeit einfach nicht mehr schaffen. (Zuruf: Es sind ja auch mehrere!) Wenn es dann heißt, wir haben die sogenannten Kreisarbeitsgemeinschaften für besondere Aufgaben, so muß ich darauf hinweisen, daß sie drei Monate vor der Wahl zusammentreten. Unsere Mitglieder sagen, ein Jahr seid ihr nicht zusammengekommen, jetzt steht die Wahl vor der Tür. Was habt ihr in der Zwischenzeit getan?

Die Herner Beschlüsse und das Organisationsstatut müßten für diese dünnbesiedelten Gebiete geändert werden. Für die dünnbesiedelten Gebiete müssen die Kreisverbände von den Herner Beschlüssen und vom Organisationsstatut eingeführt werden.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Fritz Reincke.

Reincke:

Genossinnen und Genossen! Notwendig scheint mir, zu dem Fragenkomplex „Organisation“ einiges zu sagen. Ich möchte mich nicht mit der Frage Kreisverband beschäftigen, aber notwendig scheint mir eine Klarstellung des Begriffes „Ortsverein“ zu sein. Wenn ich recht unterrichtet bin, dann ist es so, daß in einigen Bezirken die Grenze des Ortsvereinsgebietes sich mit der Grenze der politischen Gemeinde deckt. Wenn ich

recht unterrichtet bin, ist es zum Beispiel so, daß in der ganzen Stadt Hannover ein Ortsverein, unterteilt in Abteilungen, besteht. Im hiesigen Bezirk Westliches Westfalen ist es dagegen so, daß in den mittleren und großen Städten eine Vielzahl von Ortsvereinen besteht, die sich dann zu Stadt- oder Kreisverbänden zusammengeschlossen haben. Diese Stadt- oder Kreisverbände sind bekanntlich, das haben wir heute morgen schon festgestellt, satzungsgemäß nicht verankert. Das führt dann insbesondere bei der Aufstellung von Gemeinderatskandidaten zu erheblichen Schwierigkeiten. Im Parteistatut ist in § 5, Absatz 3, ausdrücklich festgelegt: Kandidaten für Gemeindevertretungen stellen die Ortsvereine auf. Wie wollen wir denn nun in einer Stadt, in der 17 oder 25 Ortsvereine bestehen, zu einer ergiebigen Gemeindegemeinschaft kommen, wenn es jedem Ortsverein satzungsgemäß überlassen bleibt, die Kandidaten zu nominieren. Es wird zwar gesagt, daß für solche Fälle, was ganz selbstverständlich ist, auf der Gemeindeebene eine Körperschaft — und sei es nur einmal für diesen Zweck — oder eine Delegiertenversammlung zuständig sein muß. Aber dem steht ganz klar und eindeutig der Wortlaut des Parteistatuts entgegen. Wenn auch von dieser Stelle aus des öfteren die Bedeutung der kommunalen Zusammenarbeit herausgestellt worden ist, dann liegt das Problem im wesentlichen in der Findung der richtigen Männer und Frauen für diese Aufgabe. Wenn diese richtigen Männer und Frauen gefunden werden sollen und wollen, dann geht es nur von einer Ebene, die das gesamte Gemeindegebiet umfaßt. Es wird auch dageengehalten, daß im Absatz 4 des § 5 ausdrücklich festgelegt ist, daß Kandidaten für die Kreistage durch Delegierte der Ortsvereine auf Kreiskonferenzen zu nominieren sind. Aber hier wird ganz deutlich von Kreistagen gesprochen, womit im allgemeinen Landkreistage gemeint sind. Ich bin mir dessen sicher, daß wir in unserem Kreisverband, in dem wir bekanntlich auch vor der Frage stehen, mit den Schwierigkeiten fertig werden, aber ich vermag nicht einzusehen, warum es notwendig ist, Schwierigkeiten auch nebensächlicher Art zu schaffen, wenn sie mit einem klaren Wort zu beseitigen sind. Deswegen meine ich, wenn schon der Begriff Kreisverband nicht satzungsgemäß verankert ist, dann sollte man zumindest Klarheit über den Begriff „Ortsverein“ in der Weise schaffen, daß man sagt, die gebietliche Grenze eines Ortsvereines hat sich mit der Gemeindegrenze zu decken. Dann wären, soweit es sich um Stadtkreise handelt, die Schwierigkeiten behoben. Das aus der einfachen Überlegung heraus, daß der Wortlaut und Sinn klar sein müssen. Wir erleben manchmal in den Kreisverbänden, daß die Ortsvereine sagen: „Was wollt ihr den eigentlich! Ihr habt doch in die Dinge nicht hineinzureden. In der Angelegenheit ist ausdrücklich festgelegt, daß wir für die Nominierung der Kandidaten zuständig sind!“ Da scheint also wirklich eine Klarstellung notwendig zu sein.

Eine weitere Frage ist die Beitragserhöhung. Der Berichterstatter des Parteivorstandes hat heute morgen empfohlen, Antrag Nr. 30 anzunehmen. Der Antrag befaßt sich mit einer 20prozentigen Erhöhung der Beitragsstaffel über 1,20 DM. Ich sage nichts gegen den Antrag. Wichtiger erscheint aber, daß wir zunächst für Beitragserhöhung in der Partei sorgen. Auch in meinem Bezirk, dem Westlichen Westfalen, liegen die Dinge sehr im argen. Und das in einem Bezirk, in dem sich die Industrie zusammenballt, also die Voraussetzungen dafür gegeben sind, eine beachtliche Zahl von höheren Marken zu verkaufen. Wir müssen uns im Westlichen Westfalen ein Beispiel an Berlin, Hamburg oder Südhessen nehmen. Ich bin der letzte, der daraus etwa die Generallösung für die Finanzkalamitäten der Partei herauslesen möchte. Ich bin mir aber über die psychologische Bedeutung der Frage im klaren. Ich glaube, daß die 20prozentige Beitragserhöhung, die Anfang des Jahres notwendig war oder jetzt not-

wendig ist, nicht erforderlich wäre, wenn jedes Mitglied beitragshehrlich wäre. Wenn wir es von den Kleinverdienern mit beispielsweise 300,— bis 500,— DM verlangen, dann müssen wir auch nachweisen können, daß — ich darf dieses Wort einmal gebrauchen — die Großverdiener ihre Pflicht gegenüber der Partei tun. Es mag richtig sein, daß diese Genossen mancherlei über die Beitragszahlung hinaus für die Partei tun. Die Beitragsehrlichkeit muß aber über allem stehen. Deswegen sollten wir also überall in der Partei, wo es notwendig ist — und im Westlichen Westfalen scheint es notwendig — für eine Bereinigung dieser Frage sorgen.

Eine dritte Frage: Der Berichterstatter des Parteivorstandes hat empfohlen, den Antrag 43 (Kreisverband Witten) dem Parteivorstand zu überweisen. An vielen Stellen in der Partei wird über die schlechte Finanzlage geklagt. Man sagt, wir seien nicht in der Lage, eine Parteischule zu errichten, weil das Geld fehle. Dann sollte man eben jeden Pfennig, ehe man ihn ausgibt, herumdrehen und die Ausgaben genau prüfen. Das scheint auf vielen Gebieten nicht der Fall zu sein. Gerade die Frage, die im Antrag Nr. 43 angeschnitten ist, beweist das. Ein Beispiel: Vor eineinhalb Jahren wurde von Bonn aus eine Flugblattaktion gestartet. In meinem Kreisverband befinden sich 17 Ortsvereine. Jeder Vorsitzende bekam ein großes Paket mit Flugblättern. Darin war so viel Material enthalten, daß er meist die Bevölkerung seines Gebietes doppelt damit bedenken konnte. Aber nicht genug damit. Der Kreisverband, der ja nur eine Zusammenfassung der Ortsvereine ist, bekam ebenfalls ein recht erkleckliches Paket. Und der Kreisverbandsvorsitzende bekam in seine Wohnung außerdem noch eine recht umfangreiche Sendung. Das ist nicht in Ordnung!

Ein weiteres Beispiel: Vor etwa zwei Jahren kam ein Propaganda-Katalog heraus, der für die Partei zweifellos sehr wertvoll ist. Er ist in Mehrfarbendruck hergestellt und war zweifellos nicht billig. Auch diese Verteilung war nicht ganz richtig. Jeder Ortsverein bekam ein Exemplar und darüber hinaus das Kreisverbandssekretariat ebenfalls eine Anzahl, die fast an die Gesamtzahl der Ortsvereine des Kreisverbandes heranreicht. Wenn wir die kleinen Funktionäre angehen, für Wahlfonds- oder sonstige Sammlungen und für alle möglichen Zwecke zu arbeiten, dann dürfen wir dem kleinen Funktionär nicht auf der anderen Seite Argumente dafür in die Hand geben, daß er sagt: „Dann soll man doch einmal an der höchsten Stelle die Pfennige, die von uns so mühsam hereingeholt werden, etwas sorgsamer ausgeben.“ Wir bitten den verantwortlichen Organisationssekretär, diese Frage so wichtig zu nehmen, wie sie es verdient.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Leddin, Hannover.

Leddin, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Die Frage der Jugend, das Jugendproblem überhaupt, hat in der Diskussion einen sehr breiten Raum eingenommen. Wir, die Vertreter der Jungsozialisten, und ich glaube, daß ich das auch im Namen der Falken sagen darf, sind erfreut, mit welchem Interesse dieser Parteitag und damit die gesamte Partei diese Frage behandeln. Ich darf euch im Namen der Jugend unseren Dank aussprechen. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil einige Argumente vielleicht noch näher erläutert oder korrigiert werden müssen. Natürlich kann ich in Anbetracht der kurzen Redezeit nicht zusammenfassend sprechen, sondern die einzelnen Punkte nur stichwortartig behandeln.

In jeder Veranstaltung der Partei ist die erste Frage, die wir schon nicht mehr hören können: „Wo ist die Jugend?“ Diese Frage wird aber immer

an die Menschen gerichtet, die gerade zufällig anwesend sind, nicht aber an diejenigen, die fehlen. Dadurch stößt man ausgerechnet die Anwesenden vor den Kopf, so daß auch die eines Tages nicht mehr kommen. Ich möchte diese Frage schlicht und klar beantworten: Die Jugend ist da, und ich werde auch nachher beweisen, aus welchen Gründen ich zu dieser Erklärung komme. Es ist nicht so wesentlich, daß man sich über die Jugend unterhält, sondern daß man versucht — auch das ist in der Diskussion angeklungen —, mit der Jugend in das Gespräch zu kommen. Erkennen wir doch einmal, wer die Jugend ist, wer die Jugend geformt hat, durch welche Schule die Jugend gegangen ist, wie diese zwölf Jahre auf das Leben der Jugend gewirkt haben. Dabei müssen wir auch die Zeit nach 1945 berücksichtigen. Auch wir als Partei haben ja den jungen Menschen nach 1945 nicht sofort die Hand gereicht, wie es eigentlich richtig und gut gewesen wäre. Damit wollen wir keine Schuldfrage anschneiden. Wir müssen die Situation aus einer gewissen Nachkriegspsychose heraus betrachten, obwohl wir manche Einstellung von damals heute nicht mehr verstehen. Der Erfolg dieses Verhaltens war, daß zu der Enttäuschung, die die jungen Menschen erlebten, die Erbitterung kam. Die Nachkriegsgeneration stand vor den Trümmern ihrer Ideale. Sie fand niemand, der ihr die Hand reichte und sagte: „Kommt zu uns, wir wollen mit euch sprechen, wir wollen euch auf einen anderen Weg leiten.“

Zwölf Jahre lang wurden diesen Menschen die negativen Begleiterscheinungen der Demokratie als deren Inhalt vor Augen geführt. Sie hatten ja auch keine Vergleichsmöglichkeiten, um vielleicht von sich aus zu einem anderen Ergebnis kommen zu können. Wiederum war ja diese Demokratie nach einem verlorenen Krieg nicht gesund gewachsen, sondern auf Befehl der Alliierten entstanden. Selbst in den Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen waren wir nicht in der Lage, die allgemeine und damit auch die Jugendnot zu beheben, und es kommt nicht so sehr darauf an, der Jugend die Form der Demokratie zu sagen, sondern deren Inhalt. Man muß ihr überzeugend vor Augen führen, daß man auch in einer Demokratie leben kann. Einem Spätheimkehrer, der 1950/51 aus der Gefangenschaft gekommen ist und heute noch ohne Arbeit ist, kann man schwer verständlich machen, daß die Demokratie ihm eine bessere Lebensmöglichkeit bietet. Diese Menschen wollen wissen, was jetzt und in Kürze geschieht, nicht aber, was vielleicht in einer fernen Zukunft liegt.

Von älteren Genossen wird auch oft der Fehler gemacht, daß man Parallelen zwischen der Zeit nach 1918 und nach 1945 zieht. Das ist aber durchaus abwegig und verkehrt. Es gibt zwar Symptome, die zu einem solchen Vergleich anregen, man muß aber berücksichtigen, daß die Zeit nach 1918 aus einem revolutionären Umbruch heraus entstand. Die Zeit nach 1945 beruht aber auf einem noch nie dagewesenen Zusammenbruch. Ausgehöhlt kam die Jugend ohne Ideale in eine zerrissene Heimat zurück.

Nun zu meiner eingangs aufgestellten Behauptung, daß die Jugend da ist, auch bei uns in unserer Partei. Der Prozentsatz der Jugendlichen in unserer Mitgliedschaft beträgt 10 Prozent, das heißt 60 000 junge Menschen. Wenn wir dabei die verständliche Scheu vor Organisationen, ja, die Feindlichkeit der Jugend gegen Organisationen, berücksichtigen, dann ist dieser Prozentsatz recht beachtlich, und diese 60 000 Menschen bilden ja für die Partei den echten Neugewinn. Die alten Genossen, die sich ihr Ideal durch die zwölf Jahre der Nazidiktatur hindurch gerettet haben, haben ja lediglich dort angeknüpft, wo die Entwicklung 1933 aufgehört hatte. Diese jungen Menschen aber, die heute zu uns gestoßen sind — unabhängig davon, ob durch Familie oder Arbeitsstätte beeinflußt —, haben sich neu zu uns bekannt. Das ist für unsere Partei wichtig und wertvoll. Wir haben ja auch nie erwartet, daß diese junge Generation so von der einen Fahne

zur anderen in geschlossener Formation überwechselt. Das ist vielmehr eine Kleinarbeit, ein Gespräch von Mensch zu Mensch.

Nun zur Frage der politischen Interessiertheit der Jugend. In vielen Diskussionen haben wir erlebt, mit welchem brennenden Interesse die junge Generation die Fragen, die sie unmittelbar berühren, anpackt, mit welcher Leidenschaft sie diskutiert. Immer wieder konnten wir diesen jungen Menschen sagen: „Jawohl, diese Argumente, die ihr vorgetragen habt, sind die Argumente der SPD“. So sehr hat sich die Jugend in ihrer Grundauffassung uns genähert, ohne es immer von sich aus schon zu wissen. Diese Einstellung der Jugend ist aber nicht von heute auf morgen erfolgt, sondern ist das Ergebnis der großen und umfassenden Aufklärungsarbeit durch unsere jüngeren Genossen, die sich immer wieder bemühen, die Jugend für die Partei zu gewinnen.

Seien wir doch einmal ehrlich! Wenn ihr alten Genossen zurückdenkt, wie war es vor 1933? Kam da die Jugend in hellen Scharen? War die Situation damals nicht ähnlich wie heute? Es war doch auch damals eine relativ kleine Gruppe, die sich zu uns bekannte!

Die Jugend von heute ist nicht so sehr auf das Gefühl abgestellt, wie wir manchmal glauben. Sie ist hart, realistisch und sehr kritisch. Sie will keine schönen Phrasen, wie die, daß der Jugend die Zukunft gehöre. Die Jugend sagt: „Wir wachsen sowieso in die Zukunft hinein! Wir wollen an der Gegenwart mitbestimmen!“ (Beifall.) Sie stellt konkrete Fragen und verlangt von uns als Partei eine konkrete und ehrliche Antwort.

Eine Bitte zum Schluß: Wir haben die Worte vernommen, die sich mit der Jugend befassen. Wir haben auch die Versprechungen gehört. Halte diese Worte! Bemüht euch, wenn ihr nach Hause kommt, sie in die Tat umzusetzen. Bemüht euch, bei jeder Gelegenheit der Jugend Verständnis entgegenzubringen und ihr zu helfen. Die Jugend will nichts geschenkt haben. Sie will und muß sich erkämpfen, woran sie teilhaben will. Wir aber versprechen euch, daß wir weiterarbeiten werden, und wir hoffen, daß unsere Arbeit auch dann anerkannt wird, wenn wir nicht allzuviel darüber reden. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Damit ist die Rednerliste erledigt. Wird ein Schlußwort gewünscht? (Zurufe: Nein!) Die Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort, so daß wir in der Beratung unserer Tagesordnung weitergehen können. Soeben sind die Stimmzettel für die Vorstandswahl verteilt worden. Vorher müssen wir noch einen Beschluß fassen, und zwar, daß der Parteivorstand aus dem 1. und 2. Vorsitzenden, aus fünf besoldeten Mitgliedern und aus 23 unbesoldeten Beisitzern besteht. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer dieser Regelung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. Das ist einstimmig beschlossen. Daraus ergibt sich, daß also unter den Beisitzern oder unbesoldeten Mitgliedern, wie es jetzt auf den Stimmzetteln heißt, höchstens 23 gewählt werden dürfen. Mehr macht den Stimmzettel ungültig, bei weniger bleibt der Stimmzettel gültig. Diejenigen, die man nicht wählen will, sind zu streichen. Wir treten in die Abstimmung ein. Nach der Abstimmung sammelt die Mandatsprüfungskommission die Stimmzettel ein. Auch die Stimmzettel für die Wahl der Kontrollkommission sind verteilt worden. Ich bitte, diesen Zettel gleichzeitig mit dem anderen Stimmzettel abzugeben.

Vorsitzender Steinhoff:

Damit keine Unklarheiten entstehen: Jedes stimmberechtigte Mitglied des Parteitages muß zur Kontrolle der Wahl die mit I und II bezeichneten

Abschnitte der Delegiertenkarte abgeben; I für die Wahl des Parteivorstandes, II für die Wahl der Kontrollkommission. Es werden also beide Abschnitte mit eingesammelt.

Siegler:

Ich glaube, daß es erwünscht wäre, wenn uns auch mitgeteilt würde, aus welchen Ländern die auf dem Wahlvorschlag verzeichneten Damen und Herren kommen. Von einigen ist uns das zwar bekannt, aber ich glaube, daß es für die Delegierten wünschenswert wäre, wenn sie wissen, wieviel Genossen z. B. aus Nordrhein-Westfalen oder aus den sonstigen Ländern in den Parteivorstand vorgeschlagen werden.

Vorsitzender Henßler:

Um jeder weiteren Debatte vorzubeugen, will ich an Hand des Wahlvorschlages mitteilen, woher die einzelnen Genossen kommen. Das ist vielleicht am zweckmäßigsten.

Heinrich Albertz, Hannover	Heinz Kühn, Köln
Luise Albertz, Oberhausen	Karl Meitmann, Hamburg
Luise Albrecht, München	Walter Menzel, Düsseldorf
Franz Bögler, Pfalz	Franz Neumann, Berlin
Alfred Dobbert, Wuppertal	Ernst Reuter, Berlin
Egon Franke, Hannover	Carlo Schmid, Tübingen
Andreas Gayk, Kiel	Erwin Schoettle, Stuttgart
Emil Groß, Bielefeld	Louise Schröder, Berlin
Franz Haas, Nürnberg	Elisabeth Selbert, Kassel
Fritz Henßler, Dortmund	Fritz Steinhoff, Hagen
Wenzel Jaksch, Wiesbaden	Hermann Veit, Karlsruhe
Waldemar von Knoeringen, München	Herbert Wehner, Hamburg
Anni Krahnstöver, Bonn und Schleswig-Holstein	August Zinn, Wiesbaden

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung.

Ich werde noch darauf aufmerksam gemacht, daß vier Frauen gewählt werden müssen.

Wir können dann mit der Abstimmung beginnen. Ich werde, wie auf den anderen Parteitag, nach dem Vorschlag des jeweiligen Berichterstatters abstimmen lassen. Das ist auf unseren Parteitagen alte Tradition.

Antrag 2 des Kreisvorstandes Bremen. Es wird Ablehnung empfohlen. Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. (Große Unruhe.)

Genossinnen und Genossen, ich möchte bitten, die Arbeit dem Vorsitzenden etwas zu erleichtern. Ich frage noch einmal, wer entsprechend dem Vorschlage des Berichterstatters für die Ablehnung des Antrages 2 ist, bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Ablehnung wird auch empfohlen für den Antrag 3. Wer entsprechend stimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Ablehnung wird auch für Antrag 4 des Bezirks Südwest empfohlen. Wer entsprechend abstimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 5, Ortsverein Lippstadt, es wird Ablehnung empfohlen. Wer entsprechend stimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 6, Kreisvorstand Bremen, es wird Ablehnung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 7. Es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 8. Es wird Ablehnung empfohlen. Das ist der Antrag des Kreisverbandes Rosenheim-Land. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 9, Bezirk Südwest. Es wird Ablehnung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 10, Kreisvorstand Bremen. Es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 11. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist so beschlossen.

Antrag 12. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 13. Es wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit. (Widerspruch.) Dann bitte ich um die Gegenprobe. — Das erste war zweifellos die Mehrheit.

Antrag 14. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist die Mehrheit.

Antrag 15. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist die Mehrheit.

Antrag 16. Es wird Überweisung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Angenommen!

Antrag 17, Bezirk Südwest. Es wird Ablehnung empfohlen. Bitte ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 18, Bezirk Südwest. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 19. Es wird Ablehnung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist demgemäß beschlossen.

Antrag 20. Es wird Überweisung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. Es ist demgemäß beschlossen.

Bei Antrag 21 wird ebenfalls Überweisung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist demgemäß beschlossen.

Dann Antrag 22. Es wird Ablehnung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 23. Es wird Ablehnung beantragt. Ich bitte um ein Handzeichen. Das ist die Mehrheit.

Antrag 24. Es wird Überweisung beantragt. (Zurufe: Ablehnung!) — Nein, Überweisung an den Parteivorstand. (Widerspruch und Zurufe: An den Organisationsausschuß!) — Eine Überweisung kann nur an den Parteivorstand geschehen und nicht an Ausschüsse, da Ausschüsse ja Organe des Parteivorstandes sind. — Wer also für Überweisung des Antrags 24 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Die Anträge 25 und 26 sind für den Tagesordnungspunkt 6 zurückgestellt.

Antrag 27 ist zugunsten des Antrags 27a, 2. Nachtrag zur Vorlage 4, zurückgezogen.

Antrag 27a wird zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Dann Antrag 28. (Zuruf: — Zur Abstimmung! — Die beiden Anträge 28 und 29 sind an den Parteivorstand zu überweisen. — Nau: Akzeptiert von uns! — Heiterkeit und Beifall.)

Zur Geschäftsordnung Genosse Nau.

Nau:

Genossinnen und Genossen, ich glaube, ich muß hier etwas sagen. Zunächst vielen Dank für die stürmische Heiterkeit und Zustimmung. Es ging mir einfach darum, eine Verabredung mit Wiesbadener Genossen einzuhalten. Ich habe heute morgen in meinem Bericht für die Ablehnung des Antrages plädiert. Nach einer Aussprache mit Genossen aus Wiesbaden habe ich dann erklärt, daß wir von uns aus gegen die Überweisung nicht auftreten werden. (Zuruf: Wer ist „uns“?) — Uns? Das sind wir! (Wer ist das?) — Ich als Berichterstatter. Ich habe meine Empfehlung, abzulehnen, zugunsten der Empfehlung der Genossen aus Wiesbaden zurückgezogen.

Vorsitzender Henfler:

Die Sache ist nun klar: Der Berichterstatter hat seinen Antrag auf Ablehnung zurückgezogen. Es bleibt nur der Antrag auf Überweisung. (Zuruf: Er kann einen Antrag, den Parteivorstand und -ausschuß beschlossen haben, nicht zurücknehmen. Du kannst nicht den Antrag auf Ablehnung zurückziehen!) — Ich bitte, eine solche Diskussion zu unterlassen. Es ist ausdrücklich festgelegt worden, daß nach den Vorschlägen der Berichterstatter abgestimmt werden sollte. Es bleibt also der Antrag auf Überweisung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Ich danke; es ist demgemäß so beschlossen.

Wer für Annahme des Antrags 30 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. Es ist demgemäß beschlossen. (Widerspruch und große Unruhe.) Ich lasse noch einmal abstimmen. Aber ich bitte doch, die Gespräche doch etwas zu unterlassen und darauf zu hören, was von hier aus gesagt wird.

Antrag 30 ist zur Annahme empfohlen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die große Mehrheit.

Antrag 31 ist zurückgezogen.

Antrag 32 ist zur Ablehnung empfohlen. Wer entsprechend beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Antrag 33 ist ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Wer entsprechend beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Das ist die Mehrheit.

Antrag 34. Es ist Überweisung empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Auch Antrag 35 ist zur Überweisung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag 36. Auch da ist Überweisung empfohlen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Für Antrag 37 wird Ablehnung empfohlen. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 38. Es ist Überweisung empfohlen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Es ist so beschlossen.

Antrag 39 ist zur Ablehnung empfohlen. (Widerspruch und Zurufe: Annahme!) — Antrag 39 ist zur Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen.

Antrag 40. Überweisung ist empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen.

Auch bei Antrag 41 ist Überweisung empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. Ist beschlossen.

Antrag 42 ist zur Ablehnung empfohlen. (Zuruf: Zur Abstimmung! Ich beantrage Überweisung!) Nach dem allgemein üblichen Verfahren, daß Änderungsanträge den anderen vorgehen, lasse ich zunächst über diesen abstimmen. Wer ist für Überweisung? — (Zuruf: Ich muß aber darauf aufmerksam machen, daß ein Geschäftsordnungsantrag immer vorgeht!) — Ich muß darauf aufmerksam machen, daß man zuhören soll, was ich sage. (Beifall.) Ich habe dem Änderungsantrag den Vorzug gegeben, und ich bitte um Handzeichen für die Überweisung. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere ist die Mehrheit. Damit ist dann auch bereits die Ablehnung des Antrages ausgesprochen.

Antrag 43. Überweisung ist empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit.

Wir haben dann noch die Anträge 197 und 198 auf dem 2. Nachtrag zur Vorlage Nr. 4.

Für Antrag 197 ist die Annahme empfohlen. Ich bitte um ein Handzeichen. — Ist beschlossen.

Für Antrag 198 ist die Überweisung empfohlen. (Zuruf: Annahme!) — Ich korrigiere mich, auch für Antrag 198 ist Annahme empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen.

Ich glaube, wir haben nun sämtliche Anträge erledigt bis auf den Antrag des Kontrollausschusses, dem geschäftsführenden Vorstand Entlastung zu erteilen. Wer diesem Antrag des Kontrollausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle einstimmige Annahme fest. (Beifall.)

Besteht bezüglich der Wahl des Parteivorstandes noch eine Unklarheit? — Dann will ich die Verhandlungen jetzt um einige Minuten unterbrechen, damit die Stimmzettel eingesammelt werden können und wir dann ohne Störung das Referat des Genossen Mellies, den Bericht der Bundestagsfraktion, entgegennehmen können.

Ich werde darauf aufmerksam gemacht, sämtliche Mitglieder der Mandatsprüfungskommission zu ersuchen, sich am Einsammeln zu beteiligen.

Vorsitzender Steinhoff:

Sind noch Stimmzettel nicht abgegeben? — Dann darf ich feststellen, daß sämtliche Stimmzettel abgegeben sind. Damit ist die Wahlhandlung abgeschlossen.

Vorsitzender Henßler:

Wir kommen dann zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Bericht

über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Ich bitte den Genossen Mellies, das Wort zu nehmen. (Beifall.)

Mellies, Bonn:

Genossinnen und Genossen! Auf dem Hamburger Parteitag vor gut 20 Jahren gab Genosse Rudolf Breitscheid den Bericht der Reichstagsfraktion. Vorher hatte Genosse Hans Vogel das große politische Referat gehalten. Zu Beginn seiner Ausführungen beklagte sich Genosse Breitscheid. Er führte etwa aus: Ich habe mir den Bericht der Reichstagsfraktion wie einen

schönen Kuchen zurechtgemacht, und jetzt ist ein großer Vogel gekommen und hat mir allerlei herausgepickt. In einer ähnlichen Lage befinde auch ich mich. Genosse Ollenhauer hat selbstverständlich in seinem Referat sehr viele Fragen anschneiden müssen, die die Politik der Bundestagsfraktion berühren. Ebenso ist in der nachfolgenden Diskussion eine ganze Reihe von Fragen berührt worden. Außerdem ist in der gestrigen Debatte über das Aktionsprogramm vieles zur Sprache gekommen, was mit der Politik der Bundestagsfraktion im engen Zusammenhang steht. Ich möchte mich darüber nicht beklagen. Es ist selbstverständlich, daß solche Berührungspunkte immer vorhanden sein werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß dieser Tatbestand vorliegt. Ich werde mich bemühen, möglichst wenig zu wiederholen. Es wird sich aber nicht ganz vermeiden lassen, daß ich diesen oder jenen Punkt anschneide, der gestern und vorgestern bereits zur Sprache gekommen ist.

Genossinnen und Genossen!

Aus Anlaß des dreijährigen Bestehens des Deutschen Bundestages ist in ausländischen Zeitungen behauptet worden, der Bundestag sei das fleißigste Parlament der Welt. Diese Tatsache ergibt sich wahrscheinlich nicht aus einem übergroßen Arbeitseifer der Abgeordneten, sondern aus den gegebenen harten Notwendigkeiten. Es galt und gilt in der Bundesrepublik, auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens neue Grundlagen zu schaffen, da bei dem totalen Zusammenbruch nach 1945 kaum noch Rudimente des Staatslebens übrigblieben.

In der letzten Zeit sind Zahlen über die gesamte Arbeit des Bundestages bekanntgegeben worden. Ich will das nicht wiederholen. Ich darf nur kurz auf den Anteil der Sozialdemokratischen Fraktion hinweisen. Bis heute hat die Fraktion nicht weniger als 40 ausgearbeitete Gesetzentwürfe eingebracht. Die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen ist für eine Fraktion, die nicht den ministeriellen Apparat hinter sich hat, eine schwierige Aufgabe. Ich möchte an dieser Stelle ein Wort des Dankes an die Genossen und Genossinnen sagen, die nicht der Bundestagsfraktion angehören, uns aber hilfreich zur Seite gestanden haben. In erster Linie handelt es sich um die Mitglieder der verschiedenen Ausschüsse beim Parteivorstand. Dazu kommen andere Genossinnen und Genossen, die immer zur Stelle waren, wenn wir sie um ihre Hilfe, um ihren Rat baten.

Außerdem hat sich die Fraktion an 20 interfraktionellen Gesetzentwürfen beteiligt. Diese Beteiligung hat sich nicht nur auf die Unterschrift beschränkt, sondern sehr oft waren sozialdemokratische Abgeordnete an der Ausarbeitung dieser interfraktionellen Gesetzentwürfe maßgebend beteiligt.

An großen Anfragen sind von der Fraktion 63 eingebracht worden, und 67 kleine Anfragen wurden gestellt. Diese großen und kleinen Anfragen haben bekanntlich eine besondere Bedeutung. Bei der Zurückhaltung der Bundesregierung bei der praktischen Unterrichtung des Parlaments ist gerade dieser Gesichtspunkt bei den großen Anfragen besonders zu beachten.

An Anträgen hat die Sozialdemokratische Fraktion in diesem Bundestag bisher 197 eingebracht. Beteiligt war sie außerdem an 50 interfraktionellen Anträgen.

Angesichts dieser Zahlen wäre es vermessen, in der Stunde, die mir für mein Referat zur Verfügung steht, auch nur den Versuch zu machen, die Arbeit der Sozialdemokratischen Fraktion in allen Einzelheiten zu schildern. Ich muß die Delegierten auf den eingehenden Bericht im Handbuch der Partei verweisen und kann mich in meinen Darlegungen darauf beschränken, zu zeigen, wie wir uns bemüht haben, die großen politischen Probleme zu meistern.

Genossinnen und Genossen! Wir müssen außerdem berücksichtigen, daß sich mit der eben in Zahlen geschilderten Fraktionsarbeit die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht erschöpft. Selbstverständlich mußten die Vorlagen der Bundesregierung eingehend beraten werden, und ebenso die Anträge, die von anderen Fraktionen kamen. In den Ausschüssen ist die sachliche Beratung sehr oft fast allein auf den Schultern unserer Genossen hängengeblieben. Man darf also ohne Übertreibung feststellen, daß eine große Belastung der Abgeordneten des Bundestages vorhanden gewesen ist und daß diese Arbeitslast mit sehr viel Fleiß bewältigt wurde.

Bei der Totenehrung ist schon einzelner Toter gedacht worden, die der Sozialdemokratischen Fraktion angehörten. Auch der Genosse Ritzel hat vorhin noch einmal auf diese Totenliste der Fraktion hingewiesen. Sie umfaßt 10 Namen. 24 Bundestagsabgeordnete sind bis heute durch Tod von uns gegangen. Von ihnen gehörten diese zehn der Sozialdemokratischen Fraktion an. Von diesen hat niemand das bekannte biblische Alter von 70 Jahren erreicht. Die Ältesten waren der Genosse Knothe mit 63 und der Genosse Lohmüller mit 60 Jahren. Fünf erreichten nur ein Alter von 50 bis 56 Jahren, und drei starben bereits im Alter von 42 bis 46 Jahren. Sie sind alle im besten Sinne des Wortes in den Sielen gestorben. Sie haben für eine bessere Zukunft des Volkes im politischen Leben ihre Kräfte verzehrt.

Die Arbeit des Parlaments wurde durch eine Tatsache erschwert, die schon Erich Ollenhauer auf dem Hamburger Parteitag behandelte. Er hat damals darauf hingewiesen, daß das Parlament wenig Selbstbewußtsein entwickelt hat. Das ist leider so geblieben. Infolge des Fehlens echter politischer Kräfte und echter politischer Zusammenschlüsse rechts von der Sozialdemokratie, fand dieses erste Parlament der Bundesrepublik nicht die Kraft, eine gute parlamentarische Tradition zu entwickeln. Die Mehrheit des Parlaments fühlte sich vielmehr fast stets als verlängerter Arm der Bundesregierung.

Da diese Bundesregierung selbst ein echtes Verhältnis zum Parlament nicht finden konnte, ist der Stand der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik schlecht geblieben. Der Kanzler hat aus seiner Mißachtung des Parlaments nie ein Hehl gemacht. Anstatt daß sich nun das Parlament in seiner Gesamtheit dagegen empört hätte, fand der Kanzler bei verletzenden Redewendungen gegen das Parlament von der Tribüne des Bundestages sogar Beifall bei der Mehrheit des Hauses. (Hört, hört!) Das Parlament konnte sich auch nicht zu einem entscheidenden Schritt aufraffen, als Minister Erhard einen Beschluß des Bundestages als einen Beschluß von Hysterikern bezeichnete. (Pfui-Rufe!) Der Kanzler und die Bundesregierung durften immer sicher sein, eine willfährige Mehrheit in diesem Bundestag zu finden.

Man hat in der Öffentlichkeit von den Regierungsparteien oft hervorgehoben, daß bei der Sozialdemokratie ja Fraktionszwang bestände. Wir müssen damit rechnen, daß das eine der Walzen sein wird, die demnächst auf die deutsche Bevölkerung losgelassen werden. Die Mitglieder der Koalitionsparteien — wurde uns gesagt — seien aber in ihren Entscheidungen frei. Nach dem Fall Bodensteiner wird man darin vielleicht vorsichtiger werden. Nun, das Märchen von dem Fraktionszwang bei der Sozialdemokratie, wie es sich der politische Spießer vorstellt, ist ein billiger Agitationsschlager. Man könnte nur wünschen, und wir sagen es ohne jede Überheblichkeit, daß alle Fraktionen im Bundestag in einer ernststen politischen Diskussion ihre Haltung so erarbeiteten, wie das in der Sozialdemokratie der Fall ist. Es würde um das politische Leben in der Bundesrepublik um vieles besser bestellt sein. Und wie ist es mit dem Zwang bei den anderen? In kleineren Dingen haben gelegentlich einmal einige Ab-

geordnete von der CDU und FDP mit der Sozialdemokratie gestimmt. Wenn es aber um den Weiterbestand dieser Regierung ging, war man sich im entscheidenden Augenblick immer einig. Es bestand dann nicht nur bei den einzelnen Fraktionen Fraktionszwang, sondern es bestand sogar bei den Regierungsfraktionen Koalitionszwang. Wegen der bestehenden Schwierigkeiten innerhalb der Koalition waren echte politische Auseinandersetzungen den Regierungsparteien sehr unangenehm. In immer stärkerem Maße mußten wir erkennen, daß man echten politischen Auseinandersetzungen aus dem Wege ging, indem man Anträge der Sozialdemokratie nicht mehr diskutierte, sondern sie einfach niederstimmte. Bei dem Gesetz über den Lastenausgleich, bei dem diese Erscheinung besonders zu beobachten war, wurde sogar den einzelnen Regierungsparteien das Stellen von Anträgen untersagt, damit keine Schwierigkeiten in der Koalition aufkamen. Ebenso verhielt es sich bei dem Gesetz über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und bei dem Betriebsverfassungsgesetz.

Diese Erscheinungen sind deshalb besonders bedauerlich, weil dieses erste Parlament der Bundesregierung die Aufgabe gehabt hätte, die parlamentarische Demokratie wieder gut zu fundieren und für eine gute Tradition auf diesem Gebiet zu sorgen.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich immer wieder bemüht, eine Änderung herbeizuführen. Wir haben das Haus auf die eigentliche Aufgabe hingewiesen. Aber leider war unseren Bemühungen kein Erfolg beschieden. Mindestens haben die Vertreter der Regierungsparteien allen unseren Versuchen ein entschiedenes Nein entgegengesetzt. Angesichts dieser Situation war die Aktivität der Sozialdemokratischen Fraktion bei der Einreichung von ausgearbeiteten Gesetzentwürfen den Regierungsparteien besonders unangenehm. Sie machten sogar den Versuch, diese Tätigkeit dadurch zu unterbinden, daß sie die geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Behandlung dieser Anträge und Gesetzentwürfe verhindern wollten. Allerdings ist es bei dem ersten Versuch geblieben, nachdem wir mit aller Deutlichkeit klagemacht hatten, welche Folgen ein solches Tun für die parlamentarische Arbeit hat. Dagegen suchten die Regierungsparteien die Möglichkeiten der Opposition dadurch einzuschränken, daß sie die Geschäftsordnung des Bundestages je nach den Bedürfnissen der Regierungsparteien änderten. So wurde z. B. bei der Beschlußfassung über die vorläufige Bundeshauptstadt die geheime Abstimmung eingeführt, eine Regelung, die parlamentarisch völlig unzulässig ist. Sie wurde dann auch bald — nachdem sie ihren Zweck erfüllt hatte — beseitigt. Um die Anträge der Opposition zu verhindern, erfand man eine Bestimmung, die vorschrieb, daß bei Anträgen, die Ausgaben verursachen, auch gleichzeitig die Deckungsmöglichkeiten angegeben werden mußten. Das Bundesverfassungsgericht hat der Mehrheit des Bundestages bescheinigt, daß diese Bestimmung die Verfassung verletzen würde, weil die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten dadurch eingeschränkt werde. In der neuen Geschäftsordnung gelang es uns endlich, für die namentliche Abstimmung den Minderheitsschutz zu garantieren. Die namentliche Abstimmung muß nun durchgeführt werden, wenn 50 Abgeordnete sie beantragen. Als die Sozialdemokratische Fraktion von dieser Möglichkeit der namentlichen Abstimmung bei dem Betriebsverfassungsgesetz einige Male Gebrauch machte, überlegten die Regierungsparteien, ob sie die Bestimmung nicht wieder beseitigen sollten, weil es verschiedenen Mitgliedern des

Parlaments, vor allen Dingen der CDU, unangenehm ist, wenn nachher festgestellt werden kann, wie sich der einzelne bei wichtigen Entscheidungen verhalten hat.

Genosse Ollenhauer hat in Hamburg auch darüber berichtet, daß der Start des Parlaments deshalb so schlecht sei, weil der erste Präsident seinen Aufgaben nicht gewachsen war. Die Sozialdemokratische Fraktion hat damals früh genug auf diese Schwierigkeiten hingewiesen, aber die anderen Fraktionen haben alle Vorschläge der Sozialdemokratie — zeitig genug zu einer Lösung zu kommen — abgewiesen. Sie mußten nachher, als die Verhältnisse unerträglich geworden waren, mühsam einen halbwegs tragbaren Ausweg suchen. Der heutige Präsident hat versucht, die Fehler seines Vorgängers zu vermeiden, aber gerade in den letzten Sitzungen vor den Ferien trat deutlich in Erscheinung, daß auch er in schwierigen Situationen der Regierungsparteien geneigt ist, die gebotene Loyalität des Präsidenten zu vergessen. Durch das von mir schon angedeutete Verhalten des Bundeskanzlers wurde die politische Arbeit außerordentlich erschwert. Der Kanzler hört es bekanntlich selbst gern, wenn er ein Mann der einsamen Beschlüsse genannt wird. Er hat auch nie versucht, ein in der Demokratie notwendiges, echtes und gutes Verhältnis zwischen Parlament und Regierung herzustellen. Besonders auf außenpolitischem Gebiet mußte sich das verhängnisvoll auswirken. Die Regierungsparteien haben zwar immer von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Basis zwischen Regierung und Opposition in der Außenpolitik gesprochen, und auch der Kanzler hat gelegentlich entsprechende Äußerungen gemacht, aber die Bundesregierung hat von sich aus nie den Versuch gemacht, eine solche gemeinsame Basis zu finden. Man hat sich die gemeinsame Basis so vorgestellt, daß die Regierung die Verträge abzuschließen hätte und die Opposition einfach ja oder nein sagen müsse. So kann man selbstverständlich eine gemeinsame Basis für so wichtige Fragen in einem Parlament nicht finden. Die Regierung hat — und Genosse Schumacher hat das schmerzlich empfunden — nicht verstanden, die Bälle aufzufangen, die ihr von der Opposition zugespielt wurden. Der Kanzler kannte die Schwäche seiner Position gegenüber dem Parlament. Deshalb hat er immer wieder versucht, eine eingehende Beratung der abgeschlossenen Verträge im Parlament zu verhindern. Die Regierungsparteien waren allzuoft bereit, ihm dabei zu helfen. Es bedurfte im vorigen Jahr einer erbitterten Auseinandersetzung, um zu verhindern, daß der Schumanplan noch vor Weihnachten ohne größere Debatte im Parlament durchgepeitscht wurde. Auch beim Generalvertrag und beim Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft versuchte der Kanzler dasselbe Spiel. Die seit Wochen feststehenden Dispositionen des Parlaments hinsichtlich der Ferien sollten aufgehoben werden. Dieser Versuch ist dem Kanzler genau so mißlungen, wie er beim Schumanplan mißlang. Sie wissen, daß die Verträge heute noch in den Ausschüssen des Bundestages liegen, und wahrscheinlich hat heute der Kanzler, nachdem sie vor den amerikanischen Wahlen keineswegs mehr im Parlament ratifiziert werden können, selbst kein großes Interesse mehr an einer beschleunigten Beratung. Wir haben diesen Widerstand gegen die Durchpeitschung der Verträge nicht nur geleistet, um eine genügende Unterrichtung des Parlaments über die wichtigen Verträge zu sichern, sondern wir haben diese Dinge immer mit dem Blickfeld auf die kommende Arbeit der Parlamente gesehen. Bei den internationalen Verträgen gibt es bekanntlich keine Abänderungsmöglichkeit durch das Parlament. Sie können nur angenommen oder abgelehnt werden. Gerade deshalb ist die dauernde Unterrichtung auch der Opposition in der parlamentarischen Demokratie eine zwingende

Notwendigkeit. Genosse Ollenhauer und Genosse Wehner haben auf die Vorgänge, die sich in den letzten Wochen auf diesem Gebiet abgespielt haben, bereits hingewiesen. Sie ist zwar nicht im Grundgesetz vorgeschrieben, ergibt sich aber für den, der eine echte parlamentarische Demokratie will, von selbst. Aber der Kanzler hat auch dann eine Unterrichtung eines der beiden Häuser sogar nicht vorgenommen, wenn es ihm verfassungsmäßig vorgeschrieben war. Der gegenwärtig amtierende Präsident des Bundesrates hat erst vor einigen Tagen darauf hinweisen müssen, daß die Bundesregierung ihrer Aufgabe, die im Grundgesetz vorgeschrieben ist, den Bundesrat laufend zu unterrichten, nicht nachgekommen sei. Heute lesen wir in der Zeitung, daß darüber eine Aussprache zwischen dem Präsidenten des Bundesrats und dem Bundeskanzler stattgefunden hat. Wir wollen hoffen, daß der Präsident des Bundesrats diese Möglichkeit benutzt hat, um den Bundeskanzler sehr nachdrücklich auf seine Verpflichtungen aus dem Grundgesetz hinzuweisen. Es ist schon hier dargestellt worden, daß und aus welchem Grunde die Sozialdemokratische Fraktion die Außenpolitik des Bundeskanzlers leidenschaftlich bekämpft. Ich kann deshalb darauf verzichten, die Haltung der Fraktion zu dieser Frage im einzelnen zu schildern. Ich möchte aber noch einige wenige Bemerkungen zu diesem Thema machen.

Über die Frage der deutschen Einheit und über die Frage Berlin ist hier auch genügend gesprochen worden. Zu der Frage Berlin auch nur einen Hinweis: die Wichtigkeit dieser Frage ist von der Sozialdemokratie stets erkannt worden. Auch hier konnte uns von den Berliner Genossen bescheinigt werden, daß es gerade der Sozialdemokratischen Fraktion zu verdanken ist, wenn heute durch das Dritte Überleitungsgesetz eine halbwegs erträgliche Regelung getroffen worden ist. Aber bei den Regierungsparteien hat man jahrelang kein Verständnis für den würdelosen Zustand gehabt, der dadurch eintrat, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin oft Woche für Woche nach Bonn kommen mußte, um sich die Gelder für die weitere Existenz des freien Berlin gerade zu erbetteln. (Beifall.) Wenn heute die Regierungsparteien auf die Verdienste für die Freiheit Berlins hinweisen, dann sollte man ihnen mit Nachdruck sagen, daß gerade dieser würdelose Zustand Berlin damals großen Schaden zufügte. Die Berliner haben uns auch ihre Lage, in der sie sich immer noch befinden, eingehend geschildert. Man muß sich bei der Bundesregierung und allen verantwortlichen Stellen darüber klar sein: 300 000 Erwerbslose in Berlin sind einfach auf die Dauer nicht zu tragen. Hier muß eine durchgreifende Arbeit geleistet werden. Es genügen auch hier nicht mehr schöne Worte über die Wirtschaftsförderung in Berlin, sondern man muß endlich zu entscheidenden Daten übergehen.

Ich habe ausgeführt, daß es leider zur Entwicklung einer echten parlamentarischen Demokratie durch das Verhalten der Bundesregierung und der Regierungsparteien nicht gekommen ist. Wieweit wir uns von einer solchen echten parlamentarischen Demokratie entfernt haben, zeigt die Behandlung des Bundeshaushalts.

Bekanntlich ist das Budgetrecht des Parlaments seit Einführung der Demokratie als das wichtigste und entscheidendste Recht des Parlaments angesehen worden. Nun gab es beim Zusammentritt des Bundestages, der mitten im Haushaltjahr erfolgte, und beim Aufbau der Bundesministerien sicher sehr viel Schwierigkeiten. Wir haben diese Schwierigkeiten nicht verkannt, aber wenn wir die Hoffnung haben durften, daß mit der gründlichen Durchberatung des ersten Haushaltplanes die Stellung des Parlaments gefestigt sei — Ollenhauer hat darauf in Hamburg hingewiesen —, so mußten wir leider feststellen, daß die Mehrheit des Hauses auch hier sehr bald der Bundesregierung freie Hand ließ. Um eine rechtzeitige Ver-

abschiedung des Haushaltes zu ermöglichen, hat sich auch die Sozialdemokratische Fraktion für den Haushalt 1951 mit dem sogenannten Überrollungshaushalt einverstanden erklärt. In loyaler Weise wollten wir mithelfen, daß das wichtigste Recht des Parlaments in den nächsten Jahren gesichert sei und so besser verankert wird. Dieser gute Wille, den alle Fraktionen des Parlaments und auch die Sozialdemokratie gezeigt haben, ist vom Bundesfinanzminister und von der Mehrheit des Bundestags nachher mißbraucht worden. Man ist offenbar der Ansicht, daß es nicht gut sei, wenn man eine ausführliche Beratung des Haushaltplanes ermögliche. Man dachte deshalb nicht daran, die dem Parlament gegebene Zusage auf rechtzeitige Vorlage des Haushaltplanes zu erfüllen, damit der Haushaltplan vor dem 1. April 1952 durch das Parlament verabschiedet werden könne. Um die Jahreswende 1951/52 legte der Finanzminister nicht, wie er versprochen hatte, den Haushaltplan 1952 vor, sondern er machte den Vorschlag, auch für das Jahr 1952 den Haushaltplan 1951 als Wiederholungshaushalt zu übernehmen. Er getraute sich nicht, das Wort Überrollungshaushalt noch einmal zu gebrauchen, weil er sonst hätte leicht als der Überrollungsminister in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen können. Trotz des heftigen Widerstandes der Sozialdemokratischen Fraktion stimmte die Regierungsmehrheit dem Vorschlag des Ministers zu. Er war mit den neuen Versprechungen des Bundesfinanzministers verbunden, nun den Haushaltplan für 1953 so rechtzeitig vorzulegen, daß dieser Bundestag wenigstens den letzten Haushaltplan ordnungsmäßig verabschieden könnte. Gerade in diesen Wochen verlautet aus dem Bundesfinanzministerium, daß die Aufstellung des Haushaltes 1953/54 außerordentliche Schwierigkeiten bereite und die vorgesehenen Termine wahrscheinlich nicht eingehalten werden könnten. Bei den Überlegungen auf dem Bürgerstock, die Wahl schon im Juni stattfinden zu lassen, hat vielleicht auch der Gedanke eine Rolle gespielt, daß man dann den Haushaltplan 1953 auch nicht mehr verabschieden kann. So bekommt die Bundesregierung keinen vom Parlament festgesetzten Haushaltplan, und so wächst Tag für Tag die Macht der Bürokratie. Während der Kanzler aus dem Artikel 24 des Grundgesetzes einen neuen Artikel 48 der Weimarer Verfassung machen möchte, möchte sein Finanzminister ohne Parlament, gestützt auf die Art. 111 und 113 GG., ohne Haushaltplan regieren. Damit wäre der parlamentarischen Demokratie ein schwerer Schlag versetzt. Das warnende Wort, daß wir aus dem nationalsozialistischen Führungsstaat in einen Führungsstaat der Bürokratie kommen, scheint durch dieses Verhalten der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages Tatsache zu werden.

Wenn ich zu Eingang meines Referats erwähnte, daß fast alle staatlichen Grundlagen mit dem Zusammenbruch 1945 zerstört waren, so wäre es notwendig gewesen, einen Neubau aufzurichten, der angesichts der Not in den breiten Bevölkerungskreisen und angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung eine unbedingte Notwendigkeit war. Ich kann mich auch hier auf das beziehen, was Genosse Ollenhauer in seinem Referat darüber aufgeführt hat. Aber diese Bundesregierung hat, auch das hat Genosse Ollenhauer aufgezeigt, zu einer solchen Neuordnung nie den ersten Willen gehabt. Sie ist angetreten nach dem Gesetz der Restauration, und ihr heißes Bemühen geht dahin, dieses Gesetz, wie es in dem bekannten Goethewort heißt, auch zu vollenden. Diese Tatsache wird uns aus ihren eigenen Reihen bestätigt. So wird in der August-Nummer der „Frankfurter Hefte“ folgendes festgestellt: „Die Sozialpolitik ist weit davon entfernt, zu begreifen, daß Zeiten des Umbruchs wie keine anderen geeignet sind, Neuordnungen zu schaffen, im Gegenteil, sie dient einer kümmerlichen Restauration, ja man begnügt sich nicht einmal damit, sondern bringt sogar — leichtfertig oder absichtlich — das, was vor Jahrzehnten schon erreicht wurde, ins Wanken.“ Die „Deutsche

Zeitung" vom 20. August 1952 schreibt: „Die Versprechungen der Bundesregierung, eine Reform der Sozialversicherung in Angriff zu nehmen, sind vier Jahre alt“, und weiter: „Hätte die Bundesregierung ein umfassendes soziales Konzept gehabt, so wäre es freilich nicht einmal mit den bis heute steckengebliebenen Entwürfen für die Sozialversicherung getan gewesen“. Und auf einem anderen Gebiet stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 13. September d. J. fest: „Vor allem muß entschieden werden, ob wir in der Finanz- und Steuerpolitik weiter Flick auf Flick setzen wollen, oder ob wir uns endlich zu einer neuen Hose entschließen“.

Die genannten Zitate sind Zeitungen und Zeitschriften entnommen, die sicher nicht in dem Verdacht stehen, sozialdemokratische Zeitungen zu sein, oder zu den Presseorganen gehören, die der Sozialdemokratie nahestehen.

Die ganze Politik der Bundesregierung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ist Flickwerk gewesen. Wir wissen, daß sich diese Herren der Koalition darauf berufen, daß sie Politiker aus christlicher Verantwortung seien. Diese Politiker aus christlicher Verantwortung, wie sie sich so gern nennen, können sich offenbar nicht an die alte biblische Wahrheit erinnern: „Man setze nicht einen alten Flecken auf ein neues Kleid, denn das alte reißt von neuem, und der Riß wird ärger denn zuvor.“ (Beifall.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Laufe des letzten Jahres in einem Antrag verlangt, daß eine Studienkommission eingesetzt wird, um Vorschläge für eine soziale Neuordnung zu machen. Dieser Antrag ist von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt worden. Man hat sich damit begnügt, die Berufung eines Beirats beim Arbeitsminister zu beschließen, dem man aber auch gleich die Aufgabe setzte, nur Flickwerk zu leisten. Der Beirat sollte bis zum Herbst seine Arbeit abschließen. Er hat aber seine Arbeit noch gar nicht aufgenommen, weil er noch nicht gebildet ist. Auch hier nur Vertröstungen. Keine Taten!

So hat in den verabschiedeten Gesetzen auf dem Gebiet der Sozialpolitik die Restauration Triumphe feiern können. Man ist bei dem Gesetz über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung hinter die Jahrhundertwende zurückgegangen. Man hat bei dem Betriebsverfassungsgesetz gute Entwicklungen, die in den einzelnen Ländern eingetreten waren, rücksichtslos wieder beseitigt. Man spricht zwar sehr viel von der Sicherung der Demokratie, man redet auf jeder Kundgebung davon, daß wir den Kalten Krieg gewinnen müssen, aber alle notwendigen Maßnahmen, die der Bevölkerung in der Bundesrepublik das Gefühl geben könnten, daß die notwendige soziale und wirtschaftliche Neuordnung geschaffen wird, werden beiseite geschoben. Von den von der Fraktion eingereichten Gesetzen haben sich viele mit sozialen Fragen beschäftigt. Ich darf nur die wichtigsten herausgreifen:

Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen,

Gewährung von Kinderbeihilfe,

Mutterschutzgesetz — Herta Gotthelf wies schon darauf hin —,

Gesetz zur Änderung der §§ 1274 ff. der Reichsversicherungsordnung,

Versicherungspflicht in der Angestellten-Versicherung und in der Knappschaftsversicherung.

Sie sehen schon aus diesen kurzen Hinweisen, wie ernst die Sozialdemokratische Fraktion gerade auf sozialpolitischem Gebiet ihre Arbeit genommen hat. Das war besonders notwendig, weil die Notstände in Deutschland durch den Krieg und seine Folgen sehr groß waren.

Obwohl die Bundesregierung einmal erklärte, daß dem Volke das Brot nicht verteuert werden sollte, ging sie Mitte 1950 dazu über, den Preisen freien Lauf zu lassen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat damals sofort

den Antrag gestellt, daß nun eine entsprechende Erhöhung der Renten, der Arbeitslosenunterstützung, der Unterhaltshilfe usw. erfolgen müsse. Aber die Regierung hatte auch hier sehr harte Ohren, und es bedurfte eines ganzen Jahres fortgesetzter Mahnungen, Interpellationen und Anträge, bis endlich eine Erhöhung durchgeführt wurde. Dieselbe Hartnäckigkeit zeigt sich bei der Beratung der sozialdemokratischen Anträge über Winterbeihilfen. Vor 14 Tagen haben wir einen Antrag für diesen Winter eingereicht. Die Bundesregierung, die sonst so gern die Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik herausstellt, verfährt in diesen Dingen so, wie man es in Abänderung des Songs aus der „Dreigroschenoper“ sagen könnte: „Und man sieht nur, was im Lichte der wirtschaftlichen Entwicklung steht, was im Schatten bleibt, das sieht man nicht, möchte es nicht sehen“.

Als im ersten Jahr der Tätigkeit dieser Bundesregierung die Arbeitslosenziffer in den Wintermonaten den Stand von ungefähr zwei Millionen erreichte, war der Bundeskanzler selbst der Auffassung, daß man diesem Zustand mit dem Gerede von der freien Marktwirtschaft nicht mehr begegnen könne. Die Sozialdemokratische Fraktion hat die Wirtschaftspolitik Erhards gerade deshalb bekämpft, weil sie die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt. Ich kann hier nicht im einzelnen zu der Wirtschaftspolitik Erhards Stellung nehmen, das ist ja auch in Hamburg durch den Genossen Veit grundlegend geschehen. Aber wenn man heute bei einer Arbeitslosenzahl, die noch immer über einer Million liegt, von der Bundesregierung aus den Standpunkt vertritt, daß die Vollbeschäftigung erreicht sei, so zeigt sich nur um so mehr, wie gering das Verantwortungsbewußtsein der Bundesregierung für die sozial Schwächsten ist. Bei dem Zahlenspiel hat man die jugendlichen Arbeitslosen überhaupt vergessen. Auf fortgesetztes Drängen der Sozialdemokratischen Fraktion hat der Bundesarbeitsminister vor etwa 1½ Jahren ausgeführt, daß die Bundesregierung demnächst einen Plan zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit vorlegen werde. Aus diesem Plan zur Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit wurde nachher ein kümmerliches Notstandsprogramm mit einem Aufwand von 200 Mio DM.

Als man das Wort von der jetzt eingetretenen Vollbeschäftigung aussprach, hat man die strukturelle Arbeitslosigkeit offenbar übersehen. Dafür hat man offenbar überhaupt nichts. Sie findet doch darin ihren Ausdruck, daß die Erwerbslosigkeit in den Ländern, in denen die Vertriebenen in erster Linie Unterkunft gefunden haben, am stärksten ist. Der Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosenzahl beträgt im gesamten Bundesgebiet 29,8 Prozent, der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung aber nur 16,8 Prozent. Die Hauptflüchtlingsländer haben einen wesentlich höheren Prozentsatz. So sind in Schleswig-Holstein 51 Prozent der Arbeitslosen Vertriebene, in Niedersachsen 40,1 und in Bayern 35,7 Prozent. In den Ohren dieser Unglücklichen muß das Wort, daß die Vollbeschäftigung erreicht sei, wie ein blutiger Hohn klingen.

Es wird heute viel auf den Vertriebenenminister Lukaschek geschimpft, aber damit tut man dem Mann selbst Unrecht. Man sucht eben einen Sündenbock, dem man alle Schuld in die Schuhe schieben kann.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat zwar auch immer offen gesagt, daß sie einen energischeren Vertriebenenminister wünschte, aber das gute Wollen und die lautere Gesinnung von Herrn Lukaschek wurde von uns nie angezweifelt.

Wir haben auch immer gewußt, daß ein noch so energischer Vertriebenenminister den Zustand nicht ändern könnte, daß bei den Arbeitslosen die Vertriebenen den höchsten Prozentsatz stellen. Das ist eine Folge der Wirtschaftspolitik von Herrn Erhard, der Wirtschaftspolitik, die von dieser

Bundesregierung und von dieser Mehrheit des Bundestages über den Schellendaus gepriesen wird.

Die Vertriebenen haben ja bei der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes am besten gesehen, wie diese Bundesregierung darauf ausgeht, denen den Besitz zu erhalten, die ihn durch den Zusammenbruch retten konnten und die zu vergessen, die durch die Kriegsfolgen in das härteste Schicksal hineingestoßen wurden. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich seit den Tagen des Wirtschaftsrates bemüht, diesem Lastenausgleich ein Gesicht zu geben, das den sozialen Notwendigkeiten entspricht. Je länger die Zeit bis zur Verabschiedung des Gesetzes dauerte, und je mehr der erste Eindruck der Not der Vertriebenen verblaßte, desto weniger war man geneigt, den Notwendigkeiten einer echten Vermögensumschichtung Rechnung zu tragen. Ohne die energische und tatkräftige Mitarbeit der sozialdemokratischen Vertreter in den Ausschüssen wäre das Gesetz noch viel ungünstiger ausgefallen. Man hätte dann an die große Masse der Vertriebenen überhaupt nicht gedacht, sondern nur in erster Linie den früheren Großbesitz entschädigt. Wenn man für den Vorsitzenden des Lastenausgleichsausschusses nach der Verabschiedung des Gesetzes besondere Belobigungen ausgesprochen hat, so wäre es sicher gut gewesen, auch an die Vertreter der Sozialdemokratie zu denken, die viel länger an diesem Werk gearbeitet haben und die alles dazu beigetragen haben, daß die Unterhalts-hilfe gesichert und die Hausratshilfe in dem vorgesehenen Umfang gewährt wird.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist fast unbemerkt von der Öffentlichkeit das große Werk der Zollgesetzgebung verabschiedet worden. Die älteren Genossinnen und Genossen werden sich noch erinnern, daß früher diese Zollgesetzgebung zu den größten Debatten im Reichstag Anlaß gaben. Heute werden die Einzelheiten in den Ausschüssen hart ausgekämpft, und im Plenum wird nur noch wenig darüber gesprochen. Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich auch hier bemüht, wenigstens für die wichtigsten Gebrauchs- und Verbrauchsgegenstände niedrige Zollsätze zu erreichen, aber die Regierungsmehrheit hielt daran fest, daß z. B. auf Eier, Linsen, Zitronen, die wichtigsten Gewürze, Kakaobohnen, technische Öle, Seifen und Waschmittel, Baumwollgewebe, Fahrräder und Fahrrad- und Motorradteile hohe Zollsätze festgesetzt wurden. Die SPD-Anträge auf Senkung wurden abgelehnt. Sie wissen, daß wir nach den Ferien eine Bundestagsdebatte über Butterpreise und Kartoffelpreise hatten. Wir waren für eine Senkung oder Beseitigung der Zölle eingetreten. Wie schnell manche Vorstellungen der Regierungsparteien und der Bundesregierung überholt wurden, zeigt sich durch die heutige Entwicklung. Das, was die Sozialdemokratische Fraktion in Anträgen während der Beratungen und in einem späteren Antrag vorgeschlagen hat, was aber von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt wurde, muß heute als sachlich notwendig von der Bundesregierung selbst durchgeführt werden. Die Durchführung des Gesetzes Nr. 27 hätte es notwendig gemacht, zeitig genug eine Neuordnung der Wirtschaft vorzunehmen, wie sie im Artikel 15 des Grundgesetzes vorgesehen ist. Aber die Bundesregierung hat es auch hier zu keiner Entscheidung gebracht, obwohl mit Anträgen der Sozialdemokratischen Fraktion wiederholt auf die dringende Notwendigkeit des Erlasses eines entsprechenden Gesetzes hingewiesen wurde. Inzwischen ist man wahrscheinlich sehr froh, daß durch das Hinauszögern den alten Aktionären die Aktien wieder übereignet werden können und damit das Gefühl haben zu können, es bleibt alles, wie es früher war, und merkt nicht einmal, daß man bei dieser Einstellung angesichts des Kalten Krieges und der weltpolitischen Lage auf einem Vulkan tanzt. Nur mit großer Mühe konnte das Gesetz über die Mitbestimmung bei Kohle und Eisen verabschiedet werden.

Die erste größere gesetzgeberische Maßnahme dieser Bundesregierung war bekanntlich die Änderung des Einkommensteuergesetzes. Über die Auswirkungen und die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Fraktion ist auf dem Hamburger Parteitag berichtet worden. Interessant ist, daß bei der späteren Änderung der sogenannten Siebener-Gruppe — die entsprechenden Paragraphen des Gesetzes — die Vorschläge, die die Sozialdemokratische Fraktion bei der Beratung des Gesetzes gemacht hat, von der Regierung zum großen Teil übernommen werden mußten. Der große Finanzbedarf der öffentlichen Hand hätte es erforderlich gemacht, möglichst bald eine große Finanz- und Steuerreform vorzunehmen. In den zwanziger Jahren konnte diese Reform etwa zwei Jahre nach Abschluß der Währungsreform vorgenommen werden. Heute sind seit der Währungsreform über vier Jahre verflossen, und der Bundesfinanzminister muß erklären, daß er außerstande sei, diesem Bundestag noch die große Finanz- und Steuerreform vorzulegen. Wahrscheinlich wird das Parlament gezwungen sein, aus diesem Grunde auch eine Änderung des Art. 107 des Grundgesetzes vorzunehmen, weil es vor Verabschiedung der großen Finanz- und Steuerreform nicht möglich sein wird, die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern vorzunehmen. So bewahrheitet sich auch auf finanzpolitischem Gebiet das, was die „Frankfurter Allgemeine“ sagte, daß nämlich die bisherige Arbeit Flickwerk sei. Die Schreie aus den Kreisen der sogenannten Wirtschaft, die in den letzten Tagen zu hören sind, kommen zwar aus anderen Beweggründen, aber sie geben der sozialdemokratischen Kritik an der Arbeit des Bundesfinanzministers recht. In den ersten Monaten der Tätigkeit des Bundestages gelang es, in einer Frage eine weitgehende Einmütigkeit herzustellen, das war bei der Frage des Wohnungsbaues. Die Sozialdemokratische Fraktion hat um die Jahreswende 1949/50 ihren Entwurf eingereicht, und das hat sicher dazu beigetragen, daß nun auch die Regierung ihre Tätigkeit beschleunigt. Inzwischen haben sich hinsichtlich der Finanzierung große Schwierigkeiten ergeben, und deshalb hat die Sozialdemokratische Fraktion gerade in den letzten Tagen einen Änderungsentwurf zu diesem Gesetz eingereicht. Ein wichtiger Komplex konnte bei der ganzen Einstellung dieser Bundesregierung leider nicht erledigt werden, das ist das Baulandbeschaffungsgesetz. Die Vertreter, namentlich von den kommunalen Parlamenten und Verwaltungen, wissen, welche Hemmungen für die Neubautätigkeit dadurch entstehen, daß man in der Bundesregierung und im Bundestag durch das Festklammern an überholten Bestimmungen und Begriffen hier zu keiner fortschrittlichen Lösung kommt. Der neue Wohnungsbauminister hat vor einigen Tagen auf der Tagung des Volksheimstättenwerks mitgeteilt, daß im Laufe der nächsten Wochen, zumindest aber im Laufe des Jahres das Gesetz über die Baulandbeschaffung verabschiedet werden soll. Wir hoffen, daß das gelingt, damit endlich in den Gemeinden die Schwierigkeiten beseitigt werden, die einer vernünftigen Wohnungswirtschaft auf diesem Gebiet immer noch entgegenstehen.

Ollenhauer hat auf dem Hamburger Parteitag die Forderung aufgestellt, daß der Aufbau eines demokratischen Staatswesens in Gesetzgebung und Verwaltung eine dringende Notwendigkeit sei.

Auch hier läßt sich nur wieder feststellen, daß die Bundesregierung zur Bearbeitung dieser Aufgaben nicht fähig und nicht willens ist. Auch hier geht man nur dazu über, alte Zustände möglichst wiederherzustellen und die großen Risse mit neuen Flickern zu versehen.

Für den Wiederaufbau eines solchen demokratischen Staatswesens braucht man in erster Linie in der Verwaltung einen übersichtlichen Aufbau und für die dort beschäftigten Kräfte entsprechende gesetzliche Bestimmungen. Es ist zwar auch auf Bundesebene von der Verwaltungsreform sehr viel

gesprochen worden, aber gerade hier hat sich die Unzulänglichkeit der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages offenbart. Man ließ die alten Behörden und Verwaltungen weiterbestehen bzw. richtete daneben neue ein, oder wo der alte Apparat nicht ausreichte, fügte man unorganisch einen neuen Teil an. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß das Grundgesetz in seiner ganzen Struktur dem Bundestag die Hemmungen auferlegt hat.

Trotzdem wäre eine vorbildliche Lösung beim Bund sicher auch Vorbild für die Länder und Gemeinden geworden. Es war die Sozialdemokratie, die durch den Beschluß vom 20. April 1949 eine Fassung des Grundgesetzes durchsetzte, die überhaupt die Möglichkeit für eine Tätigkeit einer Bundesregierung bietet. Es zeigt sich aber, daß auch die jetzt gefundene Form der Finanzverwaltung zu den größten Unzuträglichkeiten führt. Bei den Beratungen im Finanzausschuß des Bundestages waren sich deshalb alle Experten gleich welcher politischen Richtung sie angehörten — darüber einig, daß sich nur bei einer Bundesfinanzverwaltung bis zur untersten Ebene die Möglichkeit für eine einheitliche Durchführung der Gesetze und eine rationelle Verwaltung biete. Ebenso bestand Einigkeit darüber, daß bei der Durchführung der Steuergesetze durch die Länder ein Ausfall entsteht, der mit einer Milliarde eher zu niedrig als zu hoch beziffert wird.

Diese Zahl hat zwar gestern der Genosse Schmidt, Hamburg, angezweifelt. Aber man darf natürlich nicht nur diese Zahl ansehen. Ich habe mit dem Genossen Schmidt gestern noch darüber gesprochen, welche Folgen bei einem einheitlichen Bundesfinanzverband später eintreten würden. Wir würden dann endlich auch zu einer einheitlichen Durchführung der Steuergesetze kommen, und diese einheitliche Durchführung würde — das ist die Auffassung aller Sachkenner — eben einen ganz ungewöhnlich hohen Mehrertrag zur Folge haben. Diese beiden Faktoren würden — wie gesagt — nach Ansicht aller sachkundigen Kreise den Betrag von einer Milliarde DM erreichen.

In allen Finanzdebatten hat deshalb die Sozialdemokratische Fraktion immer wieder die Übernahme der Finanzverwaltung auf den Bund und die dafür notwendige Änderung des Grundgesetzes gefordert. Wahrscheinlich wird sich nicht die notwendige verfassungsändernde Mehrheit im Bundestag finden. Aber wir werden trotzdem den Versuch machen, die Frage zu einer Abstimmung im Bundestag zu bringen; denn wenn auch nur festgestellt würde, daß die einfache Mehrheit des Bundestages für die Einführung der einheitlichen Bundesfinanzverwaltung ist, wären wir damit bereits ein gutes Stück weitergekommen.

Ein gutes und modernes Gesetz für die Bediensteten des Bundes konnte bis jetzt noch nicht verabschiedet werden. Wir können nicht die Hoffnung haben, daß das neue Beamtengesetz, das vielleicht noch von diesem Bundestag verabschiedet wird, den Erfordernissen eines demokratischen Staates entspricht. Sie wissen, mit welcher Hartnäckigkeit die Sozialdemokratie für ein einheitliches Betriebsverfassungsgesetz gekämpft hat. Diese unsere Forderung ist im Bundestag abgelehnt worden, und die Regierung hat daraufhin ein besonderes Personalgesetz für die Bediensteten der öffentlichen Hand eingereicht. Aber dieses Personalvertretungsgesetz atmet ganz bestimmt keinen modernen demokratischen Geist.

Wie nachlässig bei dem Aufbau der Bundesbehörden verfahren wurde, zeigt am deutlichsten das Auswärtige Amt. Hier war es einem Team von mittleren Beamten möglich, durch ihre persönlichen Verbindungen alle alten Kräfte des Auswärtigen Amtes wieder herbeizuholen. Der auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion eingesetzte Untersuchungsausschuß des Bundestages zeigte, daß die verantwortlichen Stellen offenbar nicht

einmal begreifen wollten, welcher Schaden dadurch nicht nur für die Demokratie in der Bundesrepublik, sondern auch für die deutschen Interessen im Ausland entsteht. Die Sozialdemokratische Fraktion hat stets betont, daß sie nicht den kleinen Mitläufer treffen will, aber es ist beim Aufbau eines wirklich demokratischen Staatswesens ein unmöglicher Zustand, daß an leitenden Stellen wieder jene Kräfte sitzen, die im Dritten Reich an denselben Stellen ihre Kraft dem verbrecherischen System zur Verfügung gestellt haben. Wir sollen dabei nie vergessen, daß die letzte Verantwortung für diese Entwicklung natürlich der zuständige Außenminister trägt, der ja für den personellen Aufbau dieses Amtes verantwortlich ist. Und wenn dieser Außenminister in seiner Hauptbeschäftigung als Bundeskanzler so stark in Anspruch genommen wird, daß er in seiner Nebenbeschäftigung als Außenminister nicht mehr die Zeit und die Kraft aufbringen kann, auch den personellen Aufbau seines Amtes grundlegend zu bestimmen und zu beeinflussen, hätte er im Interesse der deutschen Demokratie zeitig genug eine dieser beiden Aufgaben in andere Hände legen müssen. Wenn ich über die Tätigkeit des Parlaments gesprochen habe, so darf ich unter dieser Tätigkeit ja nicht nur die Gesetzgebung, die Verabschiedung von Verträgen usw. verstehen, man muß vielmehr immer wieder darauf achten, daß das Parlament eine zweite, und zwar außerordentlich wichtige Aufgabe hat, nämlich die, die Regierung zu kontrollieren. Die Kontrolle der Regierung kommt eigentlich bei der Rechnungsprüfung zum Ausdruck. Auch hier ist es leider so, daß bis jetzt die Rechnungen aus den ersten Jahren der Tätigkeit der Bundesregierung noch nicht vorliegen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird hier auf eine entschiedene Beschleunigung drängen. Da, wie ich schon ausführte, die Regierung das Bestreben hat, einer ordnungsmäßigen Haushaltsplanberatung zu entgehen, wird die Rechnungskontrolle für dieses Jahr eine um so wichtigere Aufgabe des Parlaments sein. Eine weitere Möglichkeit der Kontrolle der Regierung sind die Untersuchungsausschüsse. Die Sozialdemokratische Fraktion hat die Einsetzung folgender Untersuchungsausschüsse beantragt:

1. Prüfung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Kraftstoffvertriebs;
2. Prüfung der im Raume Bonn vergebenen Aufträge;
3. Klärung der Ursachen der Grubenkatastrophe auf Zeche „Dahlbusch“;
4. Prüfung von Mißständen in der Bundesverwaltung, der sogenannte Platow-Ausschuß;
5. Prüfung der Frage, ob durch die Personalpolitik Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten sind;
6. Prüfung der Beschäftigung von Schwerbeschädigten bei den Bundesbehörden.

Abgeschlossen sind erst die Arbeiten des sogenannten Spiegelausschusses und des Untersuchungsausschusses über die Personalpolitik im Auswärtigen Amt und des Untersuchungsausschusses über die Vergabe der Arbeiten im Bonner Raum. Der Ausschuß zur Untersuchung über die Beschäftigung Schwerbeschädigter ist erst jetzt gebildet und konnte seine Arbeit noch nicht aufnehmen.

Wenn die Arbeit der übrigen Untersuchungsausschüsse auch noch nicht zum Abschluß gekommen ist, so wollen wir doch ganz objektiv feststellen, daß die Schuld nicht nur bei den Regierungsstellen, sondern auch beim Parlament liegt. Aber schon die Tatsache, daß solche Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden können und daß sie ihre Arbeit durchführen, wird die Bundesregierung immer wieder darauf hinweisen, daß hier für sie sehr unerquickliche Situationen entstehen könnten. Bei dem letzten Untersuchungsausschuß, den wir beantragt haben, konnten wir bereits in diesen

Tagen eine überraschende Wirkung feststellen: Man bemüht sich im Augenblick bei den Bundesbehörden, möglichst viele Schwerbeschädigten einzustellen, weil man natürlich diesem Untersuchungsausschuß nicht nur mit genauem Zahlenmaterial aufwarten muß, sondern weil man dort auch Rede und Antwort darüber stehen muß, warum die Bestimmungen des Gesetzes und die Beschlüsse des Bundestages bisher nicht beachtet worden sind.

Genossinnen und Genossen, ich konnte wirklich nur in ganz groben Zügen die Arbeit der Bundestagsfraktion in den letzten 2 $\frac{1}{4}$ Jahren darlegen. Wenn ich einzelne Gebiete nur kurz und andere gar nicht berührt habe, so soll das nicht bedeuten, daß sie weniger wichtig seien und weniger beachtet zu werden brauchten. In der Sozialdemokratischen Fraktion ist es selbstverständlich, daß alle Arbeiten im Parlament gleich wichtig sind und gleich sorgfältig wahrgenommen werden müssen.

Nun bleibt mir noch die Aufgabe, zu den Anträgen, die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellt sind, ein paar Worte zu sagen. Es handelt sich um die Anträge Nr. 44—56. Der Antrag Nr. 44 ist durch die Annahme der großen politischen Entschließung erledigt.

Bei den Anträgen Nr. 45, 46, 47 und 48 handelt es sich um die Frage des Wahlrechts. Dazu nur zwei Feststellungen!

Ich glaube, wir sollten uns in der Sozialdemokratischen Partei daran erinnern, daß Wahlrechtsfragen keine Grundsatzfragen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Bei dem Eifer, mit dem manchmal über diese Frage diskutiert wird, könnte man fast annehmen, es handle sich wirklich um die heiligsten Güter der Partei.

Zweitens sind sich Parteivorstand und Sozialdemokratische Bundestagsfraktion darüber klar, daß bei den Gegebenheiten der gegenwärtigen politischen Lage nur die Anwendung des alten Wahlrechts für den Bundestag in Frage kommen kann, daß man also dieses Gesetz für die Wahl zum neuen Bundestag anwenden muß. Wir werden zur gegebenen Zeit entsprechende Schritte tun. Deshalb bitten Parteivorstand und Parteiausschuß, die Anträge Nr. 45 bis einschließlich Nr. 48 abzulehnen.

Antrag Nr. 49 soll der Bundestagsfraktion überwiesen werden. Parteivorstand und Parteiausschuß legen aber Wert darauf, dabei ausdrücklich zu betonen, daß sich die Sozialdemokratische Partei mit der in diesem Antrag geforderten Neubestätigung durch demokratische Gremien alle zwei Jahre — es handelt sich um die Richter — niemals einverstanden erklären kann. Der Antrag soll aber dem Parteivorstand überwiesen werden, weil wir für ein Richterwahlgesetz und für die Beratung sonstiger Gesetzentwürfe den Antrag als Material zur Verfügung haben möchten.

Die Anträge Nr. 50—56 bitten wir mit Ausnahme des Antrags Nr. 53 der Bundestagsfraktion zu überweisen. Da handelt es sich um einzelne Fragen, die in der Bundestagsfraktion bearbeitet werden müssen; bei Antrag Nr. 50 um die Flüchtlingsbelastung in Schleswig-Holstein; bei Antrag Nr. 51 um die Frage der Lebensmittel; bei Antrag Nr. 52 um die Mieterfrage; bei Antrag Nr. 54 um die besonderen Notstände an der Zonengrenze; bei Antrag Nr. 55 um Schiffsbau; bei Antrag Nr. 56 um die Arbeitslosigkeit in den anderen Städten. Diese Fragen müssen in der Fraktion bearbeitet werden. Deshalb bitten wir um Überweisung.

Der Antrag Nr. 53 ist inzwischen erledigt, weil ja die Sozialdemokratische Fraktion einen Entwurf für ein Wiedergutmachungsgesetz eingereicht hat und in diesem Entwurf die hier angeschnittene Frage ebenfalls behandelt wird.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß es für die Arbeit dieser Bundestagsfraktion wie für die

Arbeit jeder anderen Fraktion nur eine Losung geben kann; und diese Losung ist das Wort von Kurt Schumacher, das in dem kleinen Heftchen, das uns überreicht wurde, mit Recht an der Spitze steht. Es lautet:

Wenn sozialdemokratische Politik überhaupt einen Sinn hat, wenn die Sozialdemokratie eine Aufgabe hat, dann ist es die, immer bei den Schwächeren und Ärmeren zu sein.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich danke dem Genossen Mellies für seinen Bericht.

Ich bin bereits in der Lage, das Ergebnis der Wahl, soweit die beiden Vorsitzenden und die besoldeten Mitglieder des Vorstandes in Frage kommen, mitzuteilen.

Abgegeben wurden: 369 Stimmen. Ungültig waren: 6 Stimmen. Es bleiben: 363 gültige Stimmen.

Zum Ersten Vorsitzenden wurde mit 357 Stimmen Erich Ollenhauer gewählt, (Langanhaltender, stürmischer Beifall. Die Anwesenden erheben sich und singen: „Wann wir schreiten Seit an Seit“.)

Auf den Genossen Mellies entfielen 318 Stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Ich beglückwünsche beide zur Wahl in dem Bewußtsein, daß sie eine außerordentlich große Aufgabe übernommen haben, aber auch in dem Bewußtsein, daß sie ihre ganze Kraft zur Lösung dieser Aufgabe aufwenden werden, und in dem Bewußtsein, daß die Partei sie bei dieser Aufgabe nach besten Kräften unterstützen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich teile nunmehr das Ergebnis der Wahl für die besoldeten Beisitzer mit:

Alfred Nau	341 Stimmen
Herta Gotthelf	337 Stimmen
Max Kukil	327 Stimmen
Fritz Heine	322 Stimmen
Willi Eichler	306 Stimmen

(Lebhafter Beifall.)

Den Genossen Nau, Gotthelf und Heine meine Glückwünsche für die Neubestätigung in ihrem Amt, und meine Glückwünsche den Genossen Kukil und Eichler! Ich hoffe, daß die Erwartungen, die wir in sie gesetzt haben, von ihnen erfüllt werden. Wir wollen das Unsere dazu tun, daß sie diese Erwartungen erfüllen können. (Lebhafter Beifall!)

Ich gebe dem Genossen Ollenhauer zu einer kurzen Ansprache das Wort.

Ollenhauer (mit anhaltendem, lebhaftem Beifall empfangen):

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke euch von Herzen für den Vertrauensbeweis, der durch meine Wahl zum Vorsitzenden unserer Partei so eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht wurde. Ich danke auch gleichzeitig im Namen von Wilhelm Mellies dafür, daß ihr ihm das Vertrauen geschenkt habt, in Zukunft als stellvertretender Vorsitzender unserer Partei zu wirken.

Die Aufgabe, die diese Wahl mir überträgt, ist schwer, weil die Aufgaben, die vor der Partei liegen, so unendlich schwer und kompliziert sein werden, und vor allem, weil ich an den Platz des Mannes trete, der eine so überragende und unersetzliche Rolle in unserer Partei gespielt hat, Kurt Schumacher. (Beifall.)

Ich bin mir der Größe dieser Aufgabe bewußt, und ich kann euch in diesem Augenblick nur sagen: Ich werde das Beste, was in meinen Kräften steht, tun. Eins allerdings macht die Aufgabe leichter, und eins gibt mir die

Zuversicht, daß sie zu einem guten Ende geführt werden kann. Das ist das Bewußtsein, daß das Vertrauen der Partei hinter mir steht, und das Bewußtsein, daß ich in dieser Aufgabe getragen werde von einem einheitlichen Willen der Partei, daß das, was ich für die Partei sagen und tun werde, der Ausdruck derjenigen politischen Kraft in Deutschland sein wird, von der die Zukunft der deutschen Demokratie, die Zukunft der arbeitenden Menschen unseres Landes abhängt.

Liebe Genossen und Genossinnen! Ich danke euch, und ich wünsche und hoffe, ja ich bin dessen sicher, daß wir im Geiste der Kameradschaft, im Geiste der Freundschaft an die Arbeit gehen, in den Kampf, und daß wir in der gemeinsamen Anstrengung unserer Partei die Sache der Freiheit, der Menschlichkeit, des Friedens zum Erfolg führen werden. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen! Wir setzen unsere Beratungen fort. Zur Diskussion steht der Bericht des Genossen Mellies über die Arbeit der Bundestagsfraktion. Mit zur Diskussion stehen die Anträge, die Genosse Mellies erwähnte, Nr. 44—56. Ich habe bis jetzt nur eine Wortmeldung. Das Wort hat der Genosse Dobbert, Wuppertal. (Dobbert: Nur dann, wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen!) Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. (Dobbert: Dann verzichte ich! — Beifall.) Weitere Wortmeldungen liegen nunmehr nicht vor. Darf ich diese Enthaltensamkeit so auslegen, daß Sie mit Ihrem Schweigen der Bundestagsfraktion Ihr grenzenloses Vertrauen aussprechen wollen? (Lebhafter Beifall.)

Ihr Beifall beweist, daß ich mit dieser Auslegung recht habe. Ich stelle also das einstimmige Vertrauen des Parteitags zu der Arbeit der Bundestagsfraktion ausdrücklich offiziell fest.

Wir müssen jetzt die erwähnten vorliegenden Anträge verabschieden.

Der Antrag Nr. 44 ist durch die Annahme der großen politischen Entscheidung erledigt. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann stelle ich das fest.

Es ist vorgeschlagen worden, Antrag Nr. 45 abzulehnen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön; das ist die Mehrheit.

Antrag Nr. 46. Vorschlag, den Antrag abzulehnen. Wer dem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön; das ist die Mehrheit, es ist entsprechend beschlossen.

Antrag Nr. 47. Vorschlag, ihn abzulehnen. Wer dem beistimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön; ist entsprechend beschlossen.

Antrag Nr. 48. Gleichfalls Vorschlag der Ablehnung. Ich bitte um ein Handzeichen, wer zustimmen will. — Danke schön; entsprechend beschlossen.

Antrag Nr. 49. Vorschlag, den Antrag der Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer für Überweisung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön; entsprechend dem Vorschlag ist beschlossen.

Antrag Nr. 50. Gleichfalls Überweisungsvorschlag. Ich bitte um ein Handzeichen. — Danke schön; entsprechend beschlossen.

Antrag Nr. 51. Überweisungsvorschlag. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. (Zurufe.) Selbst wenn wir beschließen würden, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, würde er sowieso zur Bundestagsfraktion kommen. Beschließen wir also entsprechend dem Vorschlag: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön; entsprechend beschlossen.

Antrag Nr. 52, Auch hier Überweisungsvorschlag. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön; entsprechend beschlossen. (Zuruf: Gegenprobe! Bei den ganzen Anträgen ist nicht ein einziges Mal eine Gegenprobe gemacht worden!) — Genossinnen und Genossen! Sie können versichert sein, daß wir es bei den jetzt durchgeführten Abstimmungen deswegen nicht für notwendig hielten, eine Gegenprobe vorzunehmen, weil die überwältigende Mehrheit für die Vorschläge gestimmt hat. Selbstverständlich werden wir, wenn die Abstimmung zweifelhaft ist, die Gegenprobe veranstalten. Aber wenn mindestens drei Viertel der Delegierten, teilweise noch mehr, dafür gestimmt haben, brauchen wir eigentlich keine Gegenprobe. Aber wenn es gewünscht wird, machen wir bei den weiteren Abstimmungen die Gegenprobe.

Antrag Nr. 53 ist erledigt durch den von der Bundestagsfraktion inzwischen eingebrachten Antrag, ein Wiedergutmachungsgesetz einzubringen. Ich stelle das fest. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Antrag Nr. 54. Beantragt ist Überweisung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe. — (Heiterkeit.) Einstimmig beschlossen. So ist es vorhin auch gewesen. (Erneute Heiterkeit.)

Antrag Nr. 55, Vorgeschlagen ist die Überweisung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe. — Gegen zwei Stimmen beschlossen.

Antrag Nr. 56, Überweisung beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ist nicht der Fall. Dann stelle ich einstimmige Annahme fest.

Genossinnen und Genossen! Die Ergebnisse der Vorstandswahl, soweit sie noch nicht mitgeteilt wurden, liegen noch nicht vor. Es wäre sicher wünschenswert, wenn wir zusammenblieben, bis die Mandatsprüfungskommission die anderen Ergebnisse ausgerechnet hat. Deshalb schlage ich vor — dieser Tagesordnungspunkt ist mit den Änderungen abgeschlossen —, daß wir jetzt noch den Punkt 6 der Tagesordnung — sonstige Anträge — erledigen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Natürlich ist die Frage, ob wir über die vorliegenden Anträge diskutieren wollen. Wir können vielleicht so verfahren, daß ich die einzelnen Anträge aufrufe, die Frage stelle, ob jemand zu dem jeweilig aufgerufenen Antrag das Wort wünscht, wenn ja, das Wort erteile und dann abschließend abstimmen lasse. Haben Sie gegen dieses Verfahren Bedenken? (Zurufe: Nein!) — Es bestehen keine Bedenken.

Antrag Nr. 178 ist zurückgezogen und damit erledigt.

Antrag Nr. 179 ist durch die große Entschließung bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 2 erledigt.

Antrag Nr. 180. Parteivorstand, Parteausschuß und Kontrollkommission schlagen Ihnen vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Keine. Einstimmige Annahme.

Antrag Nr. 181.

Vorsitzender Henßler:

Ich bitte, bei Antrag Nr. 181 eine Berichtigung vorzunehmen. Der Antrag lautet:

Der Parteivorstand wolle prüfen, ob die Aufnahme von Grundunterricht in Staatsbürgerkunde in allen öffentlichen Schulen als Forderung aufgestellt werden soll.

Statt dessen soll es heißen: „ . . . die Aufnahme von Grundunterricht in der Volkswirtschaft neben dem Unterricht in Staatsbürgerkunde“, der bereits an allen öffentlichen Schulen gegeben wird.

Vorsitzender Steinhoff:

Partei Vorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission schlagen Ihnen vor, den Antrag zu überweisen. Wird das Wort dazu gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer der Überweisung des Antrages in der berechtigten Formulierung, die Genosse Henßler mitgeteilt hat, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Bei Antrag Nr. 182 ist gleichfalls vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich komme zur Abstimmung über den Vorschlag auf Überweisung. Ich bitte um ein Handzeichen. — Danke schön. Gegenprobe. — Einstimmig beschlossen.

Antrag Nr. 183 ist zurückgezogen und damit erledigt.

Antrag Nr. 184 ist geändert worden. Der Antrag Nr. 184 a liegt Ihnen vor. Es wird darauf hingewiesen, daß im zweiten Absatz eine kleine stilistische Änderung vorgenommen werden muß. Es heißt dort:

Sie wirken beim Aufbau der Demokratie verwirrend und schädigend in der SPD.

Die Worte „in der SPD“ müssen gestrichen werden. Wird das Wort dazu gewünscht? (Zuruf: Jawohl!) Das Wort hat der Genosse Leddin, Hannover.

Leddin, Hannover:

Genossinnen und Genossen! Ich habe den Auftrag, im Namen der Antragsteller zu dem vorliegenden Änderungsantrag 184 a eine kurze Begründung zu geben. Der Genosse Egon Franke hat bereits in seinen Ausführungen zum Organisationsteil gesagt, wie wichtig es ist, daß eine starke und geschlossene Partei und Parteio rganisation für die Verwirklichung unserer politischen Ziele zur Verfügung stehen. Darum ist es unsere Aufgabe, die Partei vor schädigenden Einflüssen zu schützen. Diese Einflüsse können sowohl von innen nach außen als auch umgekehrt wirksam werden. Bei der Diskussion dieses Antrags haben wir feststellen können, daß sich zwei verschiedene Meinungen herauschälten, zwei Standpunkte, die scharf gegeneinander abzugrenzen sind. Die eine Auffassung ist, daß dieser Antrag in seiner Formulierung noch nicht scharf genug und weitgehend genug ist. Die anderen glauben, daß wir durch diesen Antrag unsere Plattform nach außen selbst einengen würden.

Genossinnen und Genossen! Wir sind politische Menschen und können und wollen uns nicht selbst isolieren. Darüber ist kein Zweifel. Dieser Antrag erhebt klar und eindringlich zwei Forderungen. Die erste, daß kein Genosse Organisationen angehören kann, die in ihren Zielsetzungen unserer Partei entgegenstehen. Die zweite befaßt sich mit den Kräften, die unter dem Tarnmantel sogenannter politischer Neutralität oder der Überparteilichkeit durch ihr praktisches Wirken beweisen, daß sie sehr konkrete, wenn auch nicht immer saubere politische Ziele verfolgen. Sie verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit, nicht zuletzt im Hinblick auf die dunklen Geldquellen, aus denen sie auch finanziert werden.

Auf diesen Überlegungen basieren unser ursprünglicher Antrag Nr. 184 und dieser Änderungsantrag Nr. 184 a.

Selbstverständlich werden wir die Tätigkeit jedes Genossen, der sich über die Partei hinaus eine größere Plattform für die politische Wirksamkeit

sucht, begrüßen. Wir verlangen aber, daß jeder, wo er auch stehen mag, als Genosse und Sozialdemokrat handelt und spricht. Es kann und darf nicht so sein, daß Genossen auf der Stufenleiter der Partei nach oben klettern und mit einem Klimmzug die Plattform irgendeines Gremiums erreichen und dann hinter sich die Leiter zurückstoßen, auf der sie hochgekommen sind.

Ich brauche darüber keine weiteren Ausführungen zu machen, denn wir alle werden diese Beispiele kennen. Nur ein konkretes Beispiel laßt mich nennen, und ich zitiere wörtlich:

Man kann nicht behaupten, daß die Väter dieser Formulierungen ihre Absicht wahrgemacht hätten, sich künftig nicht weiter mit dem Rücken zur Wand zu verteidigen. Nirgendwo lassen sie den Mut zu einer neuen Konzeption erkennen. Wenn der im September in Dortmund stattfindende Parteitag der SPD die programmatische Forderung des Aktionsprogramms in der vorliegenden Fassung bestehen läßt, wird die Sozialdemokratische Partei künftig wieder mit dem Rücken zur Wand kämpfen müssen. Aus Mangel an Mut vor dem Risiko, unter Umständen noch weitere vier Jahre Oppositionspartei bleiben zu müssen, würden sie dann auf die Chance verzichten, der Demokratie eine dauerhafte Grundlage zu geben.

Der erste Eindruck wird sein, dieses Zitat kann nur aus der Feder eines Fremden oder gegen uns gerichteten Menschen stammen. Dieses Zitat stammt aus einer Wochenschrift. Sie nennt sich „Der Wähler“, herausgegeben von der „Deutschen Wählergemeinschaft“, und stammt aus der Feder des derzeitigen Parteisekretärs Fritz Piefke, der das wörtlich in dieser Zeitschrift veröffentlicht hat. Das nur als ein Beispiel dafür, wie es nicht sein soll. (Beifall.)

Dabei ist vollkommen belanglos, ob der sachliche Inhalt dieser Abhandlung richtig oder falsch ist. Es spielt auch gar keine Rolle, aus welchen Motiven diese Abhandlungen geschrieben worden sind. Und wenn sie noch so edel wären, entscheidend ist hier, daß ein Genosse das Organ einer dieser zitierten Organisationen als Sprachrohr benutzt, um sich in der Öffentlichkeit in einer die Partei schädigenden Art und Weise mit diesem Problem auseinanderzusetzen, für das die Partei allein und ganz allein das richtige Forum ist.

Was aber für den Genossen Piefke richtig ist, trifft für jeden anderen Genossen im gleichen Maße zu, ganz gleich, in welcher Funktion und Stellung er sich befindet.

Abschließend möchte ich sagen: Kritik und Diskussion sind in einer demokratischen Partei unerläßlich, um zu einer Meinungsbildung zu kommen. Wir haben aber als Sozialdemokraten auch die Verpflichtung, einen gefaßten Beschluß zu unterstützen, auch wenn wir in der Diskussion nicht dieser Meinung waren. Deswegen bitten wir, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 184 a. Wer dem Antrag die Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Zurufe: Nein!) Der Antrag ist gegen sieben Stimmen angenommen.

Wir kommen dann zum Antrag Nr. 185. Es wird vorgeschlagen, ihn anzunehmen. Liegen Wortmeldungen vor? Das ist nicht der Fall. Wer den Antrag annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Antrag Nr. 186. Es wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Liegen Wortmeldungen vor? — Es liegen keine vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Überweisung dieses Antrages will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Vorschlag auf Überweisung ist einstimmig angenommen.

Zum Antrag Nr. 187 wird vorgeschlagen, ihn dem Vorstand zu überweisen. Liegen Wortmeldungen vor? — Das ist nicht der Fall. (Zuruf: Ablehnen!) Es wird beantragt, den Antrag abzulehnen. Der weitestgehende Antrag ist, darüber abzustimmen, ob wir den Antrag ablehnen wollen. Wer den Antrag ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Wir kommen zur Gegenprobe. — Mit Mehrheit ist beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Zum Antrag Nr. 188 wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Wird das Wort gewünscht? — Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Überweisung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Nun die Gegenprobe. — Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Der Antrag Nr. 189 betrifft das Aktionsprogramm.

Zum Antrag Nr. 190 schlage ich vor, ihn zurückzustellen, weil er auch das Aktionsprogramm betrifft. (Zurufe: Überweisung!) Es wird vorgeschlagen, ihn an den Parteivorstand zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer die Überweisung wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Zum Antrag Nr. 191 wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Liegen Wortmeldungen vor? — Das ist nicht der Fall. Wer die Überweisung will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Überweisung ist einstimmig beschlossen.

Ebenfalls wird die Überweisung an den Parteivorstand beim Antrag Nr. 192, beim Antrag Nr. 193 und Nr. 194 vorgeschlagen. Außerdem liegt ein Telegramm des Oberbürgermeisters Kolb aus Frankfurt vor, der uns mitteilt:

Namens unserer Stadtverwaltung bitte ich, die freiheitliche Stadt Frankfurt am Main für den nächsten Parteitag in Vorschlag zu bringen. (Beifall.)

Ich schlage vor, auch dieses Telegramm dem Parteivorstand zu überweisen. Wer dafür ist, daß alle Anträge bezüglich des Tagungsortes des nächsten Parteitags dem Parteivorstand überwiesen werden, den bitte ich um ein Handzeichen. — (Zuruf: Erst fragen, ob neue Vorschläge kommen!) Liegen Wortmeldungen vor? — Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich danke Ihnen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist gegen zwei Stimmen angenommen.

Es ist noch über die Anträge Nr. 25 und Nr. 26 zu entscheiden. Aber mit der Annahme des Antrags Nr. 184 a sind diese beiden Anträge überholt und hinfällig geworden. (Zurufe: Nein! Dem Parteivorstand überweisen!) Es wird vorgeschlagen, diese beiden Anträge dem Parteivorstand zu überweisen. Liegen Wortmeldungen vor? — Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag auf Überweisung an den Parteivorstand seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke. Wir kommen zur Gegenprobe. — Es ist entsprechend dem Vorschlag gegen eine Stimme entschieden worden.

Damit hätten wir auch diesen Fragenkomplex erledigt. Die Ergebnisse der Auszählung liegen leider noch nicht vor. Wir haben aber keinen Stoff mehr, um Sie weiter zu unterhalten. (Heiterkeit.) Wir werden einmal hören, wie lange es dauert. —

Es scheint sich noch hinzuziehen. Ich schlage vor, daß wir jetzt Schluß machen. Wir treffen uns sicher in großer Zahl nachher auf der Hohensyburg und lassen uns das Ergebnis telefonisch nach dort durchgeben.

Ich höre eben, es dauert noch 20 Minuten bis eine halbe Stunde. Wollen wir unterbrechen? (Zurufe: Ja! — Nein! — Ja!) Also, wir machen eine Pause. Sobald das Ergebnis vorliegt, rufen wir die Delegierten noch einmal zusammen und verkünden das Resultat.

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen! Bevor ich das Resultat der Wahl durch den Genossen Völker bekanntgeben lasse, darf ich folgendes Telegramm aus Wirges (Westerwald) bekanntgeben:

Die in Wirges tagende Kreiskonferenz des Unterwesterwaldkreises sendet in treuer Verbundenheit herzliche Grüße. Eure Arbeit diene der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus im Interesse aller schaffenden deutschen Menschen. Möge der 5. Nachkriegsparteitag ein Markstein in der sozialdemokratischen Geschichte werden.

Der Kreisvorstand
Anton Diehl, Vorsitzender

(Beifall.)

Nun erteile ich dem Genossen Völker das Wort zur Berichterstattung über die Beisitzerwahl.

Völker:

Im Namen der Mandatsprüfungskommission habe ich für die Beisitzerwahl folgende Ergebnisse bekanntzugeben:

Abgegebene Stimmen	369
Ungültige Stimmen	6
Gültige Stimmen	363

Davon entfielen auf:

Waldemar von Knoeringen	352	(Beifall)
Ernst Reuter	347	(Beifall)
Fritz Henßler	339	(Beifall)
Walter Menzel	337	(Beifall)
August Zinn	332	(Beifall)
Carlo Schmid	331	(Beifall)
Louise Albertz	325	(Beifall)
Andreas Gayk	325	(Beifall)
Heinrich Albertz	320	(Beifall)
Erwin Schoettle	319	(Beifall)
Herbert Wehner	316	(Beifall)
Wenzel Jaksch	310	(Beifall)
Louise Schröder	309	(Beifall)
Franz Neumann	290	
Elisabeth Selbert	289	
Emil Groß	287	
Hermann Veit	273	
Franz Böglar	269	
Anni Krahnstöver	267	
Fritz Steinhoff	266	
Lisa Albrecht	246	
Franz Haas	244	
Karl Meitmann	231	

Damit ist die Liste der gewählten Beisitzer erschöpft.

Ferner erhielten Stimmen, gelten aber nicht als gewählt:

Heinz Kühn	222
Alfred Dobbert	219
Egon Franke	215

Damit ist der Bericht beendet.

Vorsitzender Steinhoff:

Die Verhandlungen werden morgen früh, pünktlich 9 Uhr, fortgesetzt. Die heutigen Nachmittagsverhandlungen sind geschlossen.

Ende des vierten Verhandlungstages.

FÜNFTER VERHANDLUNGSTAG

Sonntag, den 28. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Die Verhandlungen des Parteitages sind eröffnet.

Ich habe noch eine Bitte vorzutragen, Diejenigen Delegierten, die für heute abend Theaterkarten haben, aber bereits heute abreisen, werden gebeten, die Theaterkarten wieder abzugeben.

Weiter wird gewünscht, daß die Debattenredner von gestern und auch die heutigen, falls sich welche zur Diskussion melden, vor der Abreise nach Abschluß des Parteitages möglichst ihre Rede durchsehen, damit das Protokoll ohne Verzögerung fertiggestellt werden kann.

Das Ergebnis der Auszählung für die Wahl der Kontrollkommission liegt noch nicht vor.

Ich gebe nunmehr dem Genossen Eichler das Wort zum Bericht der Redaktionskommission für das Aktionsprogramm.

Eichler:

Genossinnen und Genossen! Wir hatten uns, als wir das erstmal auf diesem Parteitag über das Aktionsprogramm sprachen, darüber verständigt, daß sowohl die in den Parteitagmaterialien gedruckt vorliegenden Anträge als auch die Anträge, die direkt gestellt wurden, sowie freundliche und wohlwollende Anregungen, die uns brieflich oder mündlich übermittelt worden waren, bearbeitet werden sollten. Am Sonntagmorgen, also jetzt, sollten wir uns darüber unterhalten, was aus der Arbeit der Kommission, die der Parteitag für diese Arbeit gewählt hat, geworden ist.

Wir haben diese Kommission unmittelbar konstituiert. Sie hat sich, wie das bei solchen Arbeiten selbstverständlich ist, in einzelne Gruppen aufgeteilt, die sich im wesentlichen an die Einteilungen des Programms hielten, das heißt, für jeden der Hauptabschnitte des Programms wurde eine kleinere Gruppe von Genossen gebildet, die den Abschnitt zu bearbeiten hatte.

Das Ergebnis dieser Arbeit liegt nun diesem hohen Auditorium zur Prüfung vor. Wir sind zwar pünktlich damit fertig geworden, aber wenn wir sehr viel später fertig geworden wären, wären wir unpünktlich gewesen, denn die Arbeit ist heute morgen um 8.45 Uhr hier abgeliefert worden. Gerade so rechtzeitig — das war ja der Sinn gewesen —, daß jeder, bevor die Verhandlungen beginnen, sich mehr oder weniger damit beschäftigen kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich — es wird sonst vielleicht vergessen — den Druckern und Setzern unserer Parteidruckerei in Dortmund danken (Lebhafter Beifall!), die wirklich keine Mühe gescheut haben, um uns, soweit es an ihnen lag, bei dieser Arbeit zu unterstützen. Man konnte merken, daß sie selber nicht nur daran interessiert waren, es zu setzen und zu drucken, sondern sie hatten vorher auch das Programm gelesen und waren höchst interessiert zu erfahren, was daraus geworden war.

Ich will noch kurz erwähnen: Die Kommission bzw. die einzelnen Gruppen haben sich die Arbeit nicht sehr leicht gemacht. Wir haben versucht, in der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand und wobei wir zum Teil leider die Anwesenheit auf dem Parteitag schwänzen mußten, um an dem Programm zu arbeiten, etwas zustande zu bringen, von dem man nun sagen kann — wie ich glaube —: Das Programm ist doch erheblich verbessert. Die

ganze Darstellung ist zum großen Teil gestrafft worden. Die Wünsche auf Kürzungen halten sich mit den Wünschen von Einfügungen die Waage. Es stellte zwar niemand den Antrag, das Programm zu verlängern. Etwa zwölf Zeilen ist es kürzer als vorher. (Heiterkeit!) Das heißt, es ist der Länge nach das gleiche geblieben. Für das Lesen haben wir also keine Zeit gespart.

Ich habe leider keine Zeit mehr gehabt, eine einwandfreie Statistik darüber aufzustellen, welche Anträge, so wie sie waren, angenommen worden sind, und welche Anregungen halb oder ganz Aufnahme fanden sowie mit welchen wir unserer Meinung nach im Rahmen dieses Programms nicht viel anfangen konnten. Es ist wohl richtig, daß diese letzte Gruppe die weitaus kleinere ist. Ein sehr erheblicher Teil der Anträge ist einfach so, wie sie gestellt worden waren, dadurch verarbeitet worden, daß wir, wenn es Streichungsanträge waren, die Streichungen gleich vornahmen. Ein anderer Teil der Anträge ist als Anregung verwertet worden. Zum Teil sind Anträge dadurch erledigt worden, daß wir den Streit aus der Welt schafften, indem wir weder das gesagt haben, was wir ursprünglich selbst dachten, noch das, was die Antragsteller dazu vorschlugen. Das betrifft besonders den beliebten Gesprächsgegenstand über die Prinzipien, welches Wahlrecht in Deutschland anzuwenden ist. Über diesen Gegenstand befindet sich in diesem Programm nichts mehr. Wir haben alles, was darüber angedeutet war, gestrichen und hoffen, daß der Parteitag damit einverstanden ist.

Eine andere Schwierigkeit haben wir durch eine besondere Maßnahme aus der Welt geräumt, weil wir einen anderen Weg zur Lösung nicht finden konnten. Es handelt sich um — wenn ich mich recht erinnere — elf oder zwölf Anträge, die darauf hinausliefen, die Präambel in irgendeiner Weise durch Streichung, Hinzufügung usw. zu ändern. Wir haben geglaubt, daß wir das nicht tun sollten. Um dieses Problem nun für jeden Delegierten außerhalb jeder Diskussion zu stellen, haben wir uns entschlossen, die von Kurt Schumacher geschriebene Präambel dem Parteiprogramm als Vorwort voranzustellen und dieses Vorwort mit seinem Namen zu unterzeichnen. (Beifall.) Daß man dann an der Präambel nichts ändern kann, ist klar. Aus Ihrem Beifall kann ich schließen, daß der Parteitag derselben Meinung ist wie die Kommission.

Dann haben wir, nachdem wir nicht nach dem Vorwort direkt mit beiden Füßen in das erste Kapitel hineinspringen wollten, eine kleine Einleitung geschrieben. Sie ist drei bis vier Sätze lang. Sie belastet den Platz bestimmt nicht. Die Einleitung hat Genosse Carlo Schmid noch in den letzten Tagen geschrieben. Nach einiger Beratung haben wir uns alle entschlossen, diese Einleitung als eine Art Präambel und als Übergang zur eigentlichen Sache vorzuschlagen.

Der Abschnitt Außenpolitik ist im wesentlichen nicht geändert worden, um einige Sachen ist er gekürzt worden. Der erste Entwurf ist schon durch die vergangenen Monate in einigen Punkten überholt worden. Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen, den wir bisher nicht erörtert hatten, jedenfalls nicht schriftlich. In dem Kapitel über Außenpolitik heißt es auf Seite 3:

Die SPD strebt ein wirksames System kollektiver Sicherheit an, an dem Deutschland gleichberechtigt und ohne Gefährdung seiner Wiedervereinigung beteiligt ist.

Wir glaubten, daß damit manchen Wünschen Rechnung getragen wird, ohne daß wir uns auf der anderen Seite etwas in der klaren und durchsichtigen Haltung in dieser Frage vergeben. Ich erwähne den Satz, weil er eine gewisse Hinzufügung zu dem ist, was wir bisher in der Außenpolitik stehen hatten.

Hierbei möchte ich einfügen, daß wohl inzwischen jeder Teilnehmer des Parteitagcs herausgefunden hat, daß im gedruckten Entwurf, der Ihnen jetzt vorliegt, die linke Spalte das alte Programm und die rechte das neue enthält. Man kann also dadurch vergleichen. Dieses Verfahren war nicht ganz einfach, weil sich die Anordnung, das heißt die inhaltsmäßige und gruppenmäßige Anordnung, etwas geändert hat.

Jeder Leser wird wahrscheinlich die Gründe dafür leicht erraten. Zum Teil sind auch einige Anträge in dieser Richtung gestellt worden. Sie können damit als erledigt gelten.

Zum Abschnitt Innenpolitik habe ich bereits gesagt, daß wir die Ausführungen über das Wahlrecht gestrichen haben. Davon ist also überhaupt nicht mehr die Rede. Ferner ist nicht mehr die Rede von der Aufteilung in Länder und was dazu für Bedingungen zu erfüllen seien. Wir glaubten, daß uns dieser Punkt — insbesondere, wenn man einige Länder, um die es sich handelt, ins Auge faßt — auf dem Parteitag nicht weiterbringt. In den Abschnitt Innenpolitik haben wir ferner aufgenommen — es stand bisher dort und war auf eine bestimmte Anregung hin geändert worden — die Gleichberechtigung auch in der Wirtschaft, d. h. also, das Kapitel über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben und außerhalb der Betriebe in der Wirtschaft. Obwohl man darüber streiten kann, ob dieser Punkt in dem Abschnitt Wirtschaft zu behandeln sei, glaubten wir, dieses Kapitel im Abschnitt Innenpolitik bringen zu müssen, da diese Forderung für die Stärkung der Demokratie bedeutsam ist.

Eine Reihe von Anträgen, die das Verhältnis der Gemeinden zum Land und zum Bund behandeln, sind dadurch behoben worden — wie überhaupt viele strittige Anträge —, daß die Antragsteller oder die Vertreter von Bezirken, die den Antrag gestellt haben, in der Kommission gewesen sind. Man konnte sich mit ihnen verständigen, was nun das Richtige sei. Wie immer in solchen Fällen, so hat sich auch hier gezeigt, wenn zwei verschiedene Meinungen sind, ist es besser, sich mündlich zu unterhalten. Die Freundschaft wächst zwar, wie man sagt, im Quadrat der Entfernung, aber durch Briefwechsel wird sie nicht gestärkt. Es war besser, hier mündlich zu arbeiten. Wir alle haben den Eindruck, daß in den drei Tagen mehr geschafft worden ist, als in drei Wochen schriftlicher Verständigungsversuche.

Aus der Diskussion vom Freitag wissen wir, daß eine Sache besonders brennend war, nämlich die Antwort auf die alte Karnevalsfrage „Wer soll das bezahlen?“ (Heiterkeit.) In der Tat müssen wir alle zugeben, daß das eine bedeutsame Frage ist. Was wir nicht wollen mit dem Programm, ist: einen Katalog von frommen Wünschen oder Versprechungen zu bringen, von denen man, wenn es darauf ankommt, sagen muß, wir können es vielleicht auch nicht besser als andere Leute. Deshalb haben wir uns in den Gruppen sehr angestrengt, bei denen diese Frage am erheblichsten ist, nämlich in der Gruppe Wirtschaft und in der Gruppe Sozialpolitik sowie in der für Finanz- und Steuerpolitik. Die Gefahr lag darin, daß die Leute von der Wirtschaft glaubten, alles Geld, was übrig sei, könne man für sie für Investitionszwecke und sonstige Dinge reservieren. Die Sozialpolitiker glaubten, das ganze Geld könne man für sozialpolitische Leistungen ausgeben. Die Steuerpolitiker denken, man könne die Steuern so weit senken, daß der Himmel auf Erden für die Steuerzahler errichtet werden könnte. Die Arbeit, die in den einzelnen Gruppen geleistet worden ist, die auch zum Teil zusammenarbeiten mußten, weil sich die drei Gebiete in der Praxis nicht auseinanderreißen lassen, führte dann auch zu einer Reihe von Formulierungen in allen drei Gebieten, denen man auch eine größere Vorsicht anmerkt. Es wird nicht mehr so mit vollen Backen geblasen wie vorher, wobei wir nicht sagen müssen, es wäre etwa alles falsch und unüberlegt

gewesen, was vorher in dem Programm stand. Wir glauben aber, daß eine gewisse Vorsicht, die sich in diesen Änderungen andeutet und ausdrückt, geboten ist. Wir wollen lieber in dieser Frage zu vorsichtig sein und uns nachher angenehm überraschen lassen, daß mehr Geld übrigbleibt als wir gedacht haben, als umgekehrt.

Das Kapitel über die Wirtschaft selbst scheint unseres Erachtens erheblich verbessert zu sein. Das sicher wieder deswegen, weil die Genossen, die in der Diskussion eine Reihe von Vorschlägen machten, in der Kommission Gelegenheit hatten, diese Vorschläge vorzubringen und zu erläutern.

Wir legen euch gerade in diesem Punkt ein sicherlich ganz erheblich verbessertes Manuskript unseres Programmentwurfs vor. Die Formulierungen sind klarer und ohne Zweifel systematischer. Es grenzt sich deutlich gegen mögliche Verdächtigungen, von denen eine ganze Reihe in der Diskussion auch angeführt worden sind, ab, so z. B. gegen die, daß die SPD anderen Leuten das Eigentum wegnehmen und nicht nur die großen Betriebe sozialisieren wolle, sondern auch Mittelstand, Gewerbe und Handel und was alles sonst noch zu sozialisieren sei. Es ist also auch Rücksicht genommen bei dem, was man sagt, sowohl auf die Leute, die nicht wissen, was wir uns dabei denken, als auch auf die, die mit bösem Willen das Programm lesen und nur nach unvorsichtigen Formulierungen eifrig suchen, um es dann in der Propaganda gegen uns an die große Glocke zu hängen.

Wir haben also versucht, hier die Chancen und Möglichkeiten zu geben, die 34-Prozent-Grenze zu überschreiten. Wir hoffen, daß das möglich sein wird, wenn wir auf die Probe gestellt werden, also bei der nächsten Bundestagswahl.

Obwohl wir hier nach dem Prinzip verfahren zu sein scheinen, daß, wer vieles bringt, jedem etwas bringt und keinem eigentlich etwas Rechtes, möchte ich sagen, daß das hier nicht der Fall ist. Wir bringen zwar vielen etwas, aber das liegt daran, daß wir auch wirklich beabsichtigen, für viele eine bessere Welt zu schaffen. Nicht nur aus Gründen der Propaganda versuchen wir, noch irgendwelche Leute oder Gruppen von Leuten zu finden, denen wir noch etwas versprechen könnten. Gerade umgekehrt ist es! Wir haben so vielen Leuten ernsthaft und sauber etwas zu versprechen, daß wir eher eine Gruppe vergessen haben, die wir noch hätten nennen können. Und diese Bemühungen haben uns dahin geführt, manches noch in das Programm aufzunehmen, was bisher noch nicht in ihm gestanden hat.

Die Kapitel über das Handwerk in der Wirtschaft und über die Landwirtschaft sind sachlich nicht erheblich geändert. Das Kapitel über die Landwirtschaft ist lediglich umgestellt worden und ist dadurch systematischer, klarer, übersichtlicher und einfacher lesbar gemacht worden. Dagegen ist der Abschnitt über den Wohnungsbau ganz erheblich geändert und eigentlich neu geschrieben worden. Vor allen Dingen auch unter dem Gesichtspunkt, daß die systematische Gliederung des Programms ganz erheblich geändert worden ist. Dieses Kapitel stand früher unter der Hauptüberschrift Sozialpolitik. Ich glaube, wir sind wohl alle der Meinung, daß es dort nicht hingehört, sondern daß man es ganz einfach in das Kapitel der Wirtschaft nehmen muß, wenn auch als eine besondere Aufgabe der Wirtschaft, und daß der Wohnungsbau genau wie alles, was eigentlich eine Wirtschaftsaktion ist, in die Wirtschaftsplanung, Steuerplanung usw. auch hier eingebaut werden muß, daß die Sozialpolitik zwar etwas davon hat, wenn die Leute gesunde Wohnungen für alle haben, daß der Wohnungsbau selber aber doch nicht eigentlich eine sozialpolitische Aufgabe ist.

Finanz- und Steuerpolitik haben wir jetzt als einen besonderen Hauptabschnitt genommen. Am Inhalt dieses Abschnitts hat sich nicht sehr viel

geändert, wenn auch jeder, der es genau liest, eine größere Vorsicht auch da angewandt sehen wird.

Über die Sozialpolitik habe ich bereits gesprochen. Sie scheint auch klarer — insbesondere durch eine neue Einleitung — und insofern realistischer, als jetzt angedeutet ist, in welcher Ecke man mit Recht gewisse Reserven vermuten kann, aus denen man beim richtigen Anlaufen und richtiger Ausnutzung eine Steigerung der sozialen Leistungen erwarten kann. Es kann also nicht mehr der Eindruck entstehen, daß der Sozialplan, wie wir ihn vorgelegt haben, durch eine Regierungserklärung einer sozialdemokratischen Regierung bereits in die Tat umgesetzt sein könnte. Das hat zwar auch vorher noch niemand geglaubt, aber jetzt ist klarer gesagt, daß das nicht der Fall sein wird.

Wir haben unter der Überschrift „Recht auf Heimat und Hilfe“ die Fragen der Vertriebenen behandelt. Diese Fragen halten wir für so wichtig, daß man sie nicht irgendwo einbauen kann, und deshalb haben wir uns eine neue Hauptüberschrift ausgedacht und unter ihr über die Vertriebenenpolitik alles das gesagt, was zu dieser Frage zu sagen ist.

War glauben, daß hier eine Möglichkeit besteht, die Anregungen des Genossen Löbe und einiger anderer Diskussionsredner vom vorigen Freitag leicht zu verwirklichen. Das ist ein Gegenstand der Politik, der sich so leicht und beinahe so, wie er hier steht, wenn man ihn mit einigen Schlagzeilen und Blickfängen ausstattet, für die Wahl an den Orten, die dafür besonders ansprechbar sind, verwenden läßt und uns außerordentlich gute Dienste wird leisten können.

Schließlich haben wir die letzten drei Kapitel über Jugend, Familie und Erziehung nicht mehr so getauft, sondern unter der Überschrift Kulturpolitik zusammengezogen, von der dann der erste Teil der Erziehung zur Freiheit, Toleranz und sozialen Verantwortung, der zweite Teil Frau und Familie und der dritte Teil das Recht der Jugend betrifft.

Es gab auf dem Parteitag einen Genossen — ich weiß nicht mehr genau, wer es ist; ich glaube aber, es war Genosse Grunner aus Berlin —, der glaubte, daß nun die Jugend in unserem Programm als Schlußpunkt, gewissermaßen als Katzenauge, beleuchtet würde. Das ist nun in der Tat so geworden. Aber wir können sagen, daß die Jugend, soweit sie uns zur Beratung zur Verfügung stand — und das sind führende Funktionäre der jungsozialistischen Bewegung und aus dem Verband der Falken —, es lieber gesehen haben, am Ende des Programms zu stehen, als an der vorletzten oder an der vorvorletzten Stelle. Es ist ganz richtig: Schluß und Anfang eines Programms sind die wichtigsten Stellen, weil man ja ein Programm nicht einfach mit einem „usw.“ ausklingen läßt, nachdem man vorher alle möglichen Forderungen aufgestellt hat, sondern sich meist etwas Nettes ausdenkt, um die ganze Geschichte abzurunden und von dieser Abrundung, von dieser Apotheose dann ein milder Strahl noch auf das Kapitel fällt, das gerade davor steht.

So hat sich denn die Jugend entschlossen — und wir mit ihr — den Reigen unseres Programms zu beschließen. Wir haben am Ende des Programms dann nicht nur für den Abschnitt „das Recht der Jugend“ selber versucht, einen Abschluß zu finden, der sich nicht wie ein bloßes Anhängsel an die anderen Forderungen anreihet; wir haben ganz zum Schluß des Programms eine Anregung der Berliner Genossen aufgenommen; wir haben sie so verwandt, wie sie uns gegeben worden ist.

Ich glaube, daß ich dem Abschnitt „Erziehung zu Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwortung“ und „Frau und Familie“ nicht sehr viel Neues

hinzuzufügen brauche — nichts über das hinaus, was ich bereits in meinem ersten Bericht über den ersten Entwurf gesagt habe.

Der Abschnitt über Erziehung zu Freiheit, Toleranz und sozialer Verantwortung ist allerdings sehr viel größer geworden. Wir haben uns doch entschlossen, über die Schule mehr zu sagen. Wir haben auch, soweit es uns notwendig erschien, wenigstens angedeutet, was uns auf dem Gebiete der Hochschulreform, der Erwachsenenbildung usw. vorschwebt. Soweit ein Aktionsprogramm zu diesen Fragen Stellung nehmen muß und nimmt, ist das Wesentliche darüber gesagt worden.

Über das Kapitel „Frau und Familie“ werden vielleicht manche sagen, es stehe zu viel darin. Ich will dem nicht unbedingt widersprechen. Andererseits wissen wir aber, wie notwendig es ist, die Frauen geradezu mit der Nase darauf zu stoßen, daß die Sozialdemokratische Partei die Sorgen der Frauen ernst nimmt, wieso sie sie ernst nimmt und warum gerade die Frauen einen Grund haben, dieses Ernstnehmen mit dem notwendigen Interesse zu erwidern. Ich glaube auch, daß es keine Katastrophe ist, wenn dort einige Sätze stehen, von denen man sagen kann, es wäre auch nicht schlimm, wenn sie fehlten.

Einige Genossen haben gefragt und manche haben direkt den Antrag gestellt, etwas Programmatisches auch über die Justiz zu sagen. Es gab niemand, der etwa gesagt hätte, es sei gar nicht zu verstehen, wie jemand auf den Gedanken kommen könnte. Wir hatten sehr wohl den Eindruck, daß man vielleicht etwas darüber sagen könnte. Aber nach längeren Überlegungen und insbesondere nach Rücksprache mit unseren Fachjuristen sozialdemokratischer Observanz haben wir uns doch entschlossen, dazu nichts vorzuschlagen — einfach deshalb, weil wir hier nicht nur einige Proteste gegen bestimmte Erscheinungen in der Justiz loslassen wollten, über die wir uns alle einig sind, die wir alle für bedenklich halten, die aber an diesem Programm nichts ändern, und die uns leicht in die Gefahr bringen könnten, später einmal zu bedauern, daß wir hier in der Kürze der Zeit etwas geschrieben haben, was nicht hinreichend vorbereitet gewesen ist.

Deshalb scheint es uns besser, über ein Gebiet lieber nichts zu sagen, als etwas, was uns nach zwei oder drei Jahren leid tun könnte, wenn es schwarz auf weiß hingeschrieben ist. Aus diesem Grunde haben wir diesen Antrag vernachlässigt. Ich sage das ausdrücklich, damit niemand auf den Gedanken kommt, wir hätten den Wert dieser Anregung nicht begriffen.

Alles in allem glaube ich, kann es der Parteitag verantworten, den Entwurf so, wie er Ihnen jetzt vorliegt, zu verabschieden. Niemand verlangt ja von einem der Delegierten mit seiner Zustimmung zu diesem Programm ein Bekenntnis, daß dieses Programm nun ein Dokument sei, gegen das er ganz und gar nichts mehr einzuwenden hätte und das seinen Gefühlen, seinem Verstande und seinen übrigen geistigen Kräften völlig entspreche. Ich glaube, keinem von uns geht es so. Aber wenn wir uns nach einem Monat wieder hinsetzen, und eine neue Kommission dieses Programm noch einmal bearbeitet hätte, würden wir vor derselben Frage stehen wie heute: Wir hätten wieder 80 Anträge, von denen keiner dümmer wäre als die, die diesmal gestellt worden sind. Wir würden uns mit sachlichen Gründen streiten können und am Ende der Diskussion den Antrag stellen, den Abschluß der Diskussion auf einen oder zwei Monate zu verschieben. Ich habe inzwischen an der Ausarbeitung einer Reihe von Programmen, Manifesten und öffentlichen Erklärungen mitgearbeitet. Meine Erfahrungen in dieser Beziehung sind von einer beinahe tödlichen Identität. Es gibt dabei nichts Neues zu erfahren, als daß auch bei der strengsten, angestrengtesten, geistig diszipliniertesten und wohlwollendsten Arbeit niemals ein Produkt

entstehen wird, an welchem nun gar nichts mehr zu feilen und zu korrigieren wäre. Wir werden niemals an einem Punkt anlangen, an dem wir alles wissen.

Ein Optimum an Befriedigungsmöglichkeit scheint — alles in allem gesehen — gegeben zu sein: Kürze der Zeit, Beschränkung der Zeit, die den Genossen für diese Arbeit zur Verfügung stand, und die dringliche Notwendigkeit es zu verabschieden, scheint es mir zu erlauben, den Parteitag zu bitten, dieses Programm so, wie es ist — nehmt alles nur in allem! — zu akzeptieren. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich danke dem Genossen Eichler für seinen Bericht. Der Parteitag hat dazu Stellung zu nehmen.

Nun glaube ich, daß es keinem Delegierten in der kurzen Zeit möglich gewesen ist, die Veränderungen durchzusehen. Wir werden also gezwungen sein, der Redaktionskommission volles Vertrauen zu schenken für die Arbeit, die sie geleistet hat. Ich glaube, wir können das auch, ohne große innere Hemmungen oder überhaupt Hemmungen zu haben. Ich stelle also die Frage, wer das Wort zur Aussprache wünscht.

Die Anträge, die zum Aktionsprogramm gestellt sind, halte ich für durch die Überweisung an die Redaktionskommission erledigt. Wenn jemand einen früheren Antrag aufrechterhalten will, muß er sich besonders melden.

Das Wort hat jetzt der Genosse Arnold Müller, Bremen.

Müller, Bremen:

Genossinnen und Genossen! Bei einer oberflächlichen Betrachtung der neuen Vorlage kann man im großen und ganzen feststellen, daß sie erhebliche Verbesserungen enthält. Trotzdem sehe ich als junger Mensch noch eine große Lücke darin. Hier auf dem Parteitag ist so furchtbar viel über die Jugendfrage gesprochen worden. Man hat gesagt: Es genügt nicht, daß wir versuchen, die Jugend für uns zu gewinnen, sondern wir müssen ihr auch die Chance geben, sich mitgestaltend zu betätigen. Daher habe ich im Aktionsprogramm die Frage des Wahlalters vermißt. Zu dieser Frage liegt der Antrag Nr. 97 vor, in dem gefordert wird, das aktive Wahlalter auf 18 und das passive Wahlalter auf 21 Jahre herunterzusetzen. Wenn die Jugend reif ist zu kämpfen — und Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, sie kämpfen zu lassen, sind heute ja schon wieder vorhanden —, wenn die Jugend reif ist, das auszulöffeln, was ihr Ältere einbrocken, dann dürfte sie auch wohl die Reife besitzen, über diese Fragen, die sie selber betreffen, mitzubestimmen. Deswegen bedaure ich es außerordentlich, daß wir diesen wichtigen Punkt nicht herausgestellt haben. Ich möchte bitten, das unter den Jugendforderungen noch besonders herauszustellen. Das wäre nämlich ein Punkt, in welchem wir uns radikal von den anderen politischen Parteien unterscheiden würden. (Sehr gut!) Dadurch wird es uns vielleicht gelingen, einen großen Einbruch in die Schar jener jungen Menschen zu erzwingen, die heute noch nicht bei uns stehen. Wir würden ihnen beweisen, daß wir es mit unserem Streben nach Mitgestaltung der Jugend im öffentlichen Leben ernst nehmen.

Desgleichen habe ich mich schriftlich an die Antragskommission gewandt mit der Bitte, eine Formulierung dahingehend in das Programm einzubauen, daß unsere Partei gegen alle Bestrebungen ist, die darauf hinauslaufen, einen neuen Arbeitsdienst zu errichten. Auch in diesem Punkte sollten wir eine ganz klare Sprache führen. Schon weil wir gegen die Ausbeutung sind, müssen wir uns gegen jeden Arbeitsdienst wenden, sei er auf freiwilliger

oder auf zwangsmäßiger Grundlage aufgebaut. Ich bedaure es außerordentlich, daß es Genossen gibt, die heute noch für einen freiwilligen Arbeitsdienst eintreten. Daher bitte ich, diesen Punkt auch besonders mit herauszustellen, damit nicht nachher etwa einmal eine sozialdemokratische Regierung versuchen sollte, die Jugendarbeitslosigkeit mit dadurch regeln zu helfen, daß man einen neuen Arbeitsdienst aufbaut.

Ich glaube, hier können wir uns mit den Forderungen der Gewerkschaftsjugend solidarisch erklären. In diesem Punkte wäre eine ganz klare Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien erforderlich, die den Arbeitsdienst als vordringliche Forderung zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit betrachten, da sie keine anderen Möglichkeiten und Mittel haben, mit diesem Problem fertig zu werden. Wir sollten dann klar herausstellen, daß wir es nicht nötig haben, mit diesen Mitteln der Ausbeutung dieses Problem zu lösen. Ich möchte bitten, daß das bei den Jugendforderungen besonders herausgestellt wird.

Ich meine, um zum Schluß zu kommen, daß es nicht genügt, platonische Erklärungen gegenüber der Jugend abzugeben. Wir müssen und wollen etwas tun. Wir müssen wirklich bereit sein, etwas zu tun. Die Tat entscheidet und nicht das Wort. In der Jugend ist die Auffassung vorhanden, so wenig, wie irgend möglich, Zwang angewendet zu wissen, und so viel Idealismus, wie irgend möglich. Deshalb sollten wir eine ganz klare Abgrenzung zwischen staatlichem Zwang und Individualismus machen, um wirklich die Jugend zu überzeugen, daß wir es ernst meinen mit einer wirklich sozialistischen Gesellschaftsordnung und mit einer Gemeinschaft, in der jedes Individuum seinen gebührenden Platz hat und sich entfalten kann. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Swolinzky, Berlin.

Swolinzky, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Erwarten Sie nicht, daß ich mich tiefschürfend mit dem Inhalt des gesamten Programms hier beschäftige. Aber ein typisches Merkmal muß ich hier einmal ansprechen. Wir sprechen nicht umsonst von einem Juristendeutsch. Bei unseren Verlautbarungen der Partei, glaube ich, könnte man von einem Funktionärdeutsch sprechen. Wenn wir uns um die Werbung neuer Menschen bemühen, haben wir auch an solche Kreise zu denken, die weder erfahren noch übertrieben gutwillig bereit sind, uns zu hören und zu verstehen. Wir haben auch damit zu rechnen, daß man böswillig die Verlautbarungen unserer Partei verdreht oder aus dem Zusammenhang reißt.

Nun vermisse ich im Programm, daß man auf das Fühlen und Denken weiter Schichten unserer Bevölkerung, die in Handel, Handwerk und in der Kleinindustrie selbständig tätig sind, Rücksicht nimmt. Im Gegensatz zu der Auffassung vor hundert Jahren hat sich die Zahl der Selbständigen nicht vermindert, sondern verhältnismäßig sehr stark vergrößert. Eine Partei, die sich, um die Demokratie wirksam werden zu lassen, bemüht, eine Mehrheit im Volk zu erringen, muß auf diese Gruppen in der Bevölkerung Wert legen. Unsere Gegner sprechen immer davon, daß wir die Zwangswirtschaft fordern. Wir hätten stärker betonen müssen, daß, außer der Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien, die Industrie- und Handelsbetriebe, besonders auch die Handwerksbetriebe jeder Größe, unberührt bleiben sollen. Ich weiß, daß im Aktionsprogramm steht: Wir werden die kleinen und mittleren

Betriebe fördern. Als sogenannter Mittelständler ist es meine Aufgabe, mich mit diesen Kreisen der Menschen, die wir gewinnen wollen, zu beschäftigen. Wenn ich den Leuten erkläre, wir werden euch fördern, dann sagt man mir, das ist eine allgemeine Redensart. Von Fördern spricht jede Partei. Wir hätten das Positive der Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien durch etwas Negatives erweitern müssen und eine Grenze zwischen unserer Absicht der Vergesellschaftung und unserer Absicht, die Dinge im übrigen zu lassen, wie sie sind, ziehen müssen. Es bedarf keines Streites, daß man durch steuerliche und lohnpolitische Maßnahmen alles gegenüber dem Mittelstand und den kleineren Unternehmungen erreichen kann, was uns wünschenswert ist. Deshalb vergeben wir uns nichts, wenn wir hier konkret formulieren. Wir sprechen von Privateigentum. Darauf kann jemand sagen: Privates Eigentum und mein Betrieb sind durchaus zu unterscheidende Dinge. Deshalb sollten wir konsequent sagen: Die kleinen Betriebe werden von uns nicht angetastet. Ich weiß aus der täglichen Unterhaltung, daß eine derartige Abgrenzung nötig ist. Ich habe eben zu Freunden scherzend gesagt: Wenn ich mich bemühe, das zu erreichen, schade ich mir selber, weil ich weiß, bei jeder Mehrheit, die wir erringen, habe ich mit einer höheren Besteuerung zu rechnen. Ich handle also selbstlos, wenn ich sage, wir müssen versuchen, diese Kreise in ihrer Sprache anzureden. Sonst verspräche ich mir bei meiner Arbeit unter den Kaufleuten wenig Erfolg. Die Gegner würden sagen: Privateigentum wohl, aber eure Betriebe sollten gesichert sein. Ich empfehle, diese Dinge einmal ernst zu diskutieren und eventuell durch Einfügung eines kurzen Satzes so zu formulieren, daß der sogenannte Mittelstand, den es heute nicht mehr gibt, diese Formulierung versteht und die Gegner keine Chance haben, sie zu verdrehen. (Beifall.)

Vorsitzender Henfler:

Das Wort hat der Genosse Johann Heide, Arnsberg.

Heide, Arnsberg:

Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns das erste Aktionsprogramm vor Augen führen und uns die neue Formulierung nach der Berichterstattung durch den Genossen Eichler betrachten, dann wirft sich die Frage auf, ob wir bei der Kürze der Zeit, wie Genosse Henfler schon sagte, die Möglichkeit haben, darüber eingehend zu diskutieren.

Ich möchte keine wesentlichen Ausführungen zu den einzelnen Teilen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik usw., machen. Aber eins möchte ich betonen. Ich weiß nicht, ob es überhaupt zweckmäßig ist, heute in eine zweite Debatte einzutreten. (Sehr richtig!) Ich glaube kaum, daß wir an diesem überarbeiteten Aktionsprogramm überhaupt noch Wesentliches ändern können. Man kann wohl Anregungen geben. Wenn wir in eine Debatte eintreten, müßte es wieder zu irgendwelchen Abstimmungen kommen. Wir sollten aber über den gesamten Inhalt dieses neuen Programms entscheiden.

Genossinnen und Genossen! Ich persönlich bin der Meinung, daß man aus dem Aktionsprogramm machen kann, was man persönlich will. Das richtet sich immer danach, ob ich auf dem Lande oder in der Stadt spreche, und zu welchen Schichten der Bevölkerung ich spreche. Deshalb bin ich der Meinung, daß jeder von uns, den berufenen Vertretern auf dem Parteitag, und auch jeder draußen das Aktionsprogramm in der Bevölkerung populär machen kann, wenn er es so auslegt, wie es gegeben ist. (Beifall.)

Vorsitzender Henfler:

Das Wort hat der Genosse Grunner, Berlin.

Dr. Grunner, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Die Programmkommission hat meiner Auffassung nach eine gute Arbeit geleistet. (Beifall.) Ich kann zu dieser Arbeit nur subjektiv Stellung nehmen, und da kann ich kein besseres Urteil fällen, als zu sagen: Wenn ich es gemacht hätte, hätte ich es auch nicht besser machen können. Das soll unterstreichen, daß ich die Arbeit anerkenne.

Mit einigen Konzessionen an die schwankenden Schichten in Form einer unklaren Ausdrucksweise bin ich nicht einverstanden. Schwankende Schichten können nicht dadurch gewonnen werden, daß man das Programm in Richtung zu einem Allerweltsprogramm erweitert. Die schwankenden Schichten sind nur zu gewinnen, indem man ihnen ihre ökonomische Lage in der Gesellschaft zum Bewußtsein bringt. Darum kommen wir nicht herum, welche Formulierungen auch im Aktionsprogramm stehen.

Welche Formulierungen mir nicht gefallen, will ich hier nicht in der Öffentlichkeit bekanntgeben, um nicht die politischen Gegner darauf hinzuweisen. Hauptsächlich sind es einige ungenaue und den ökonomischen Tatbestand verschleiernde Formulierungen. Es werden sich Interpreten finden, die viel Zeilenhonorar verdienen werden mit Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften, indem sie die einzelnen Formulierungen erläutern. Deshalb ist eine klare Sprache notwendig. Aber Genosse Eichler hat recht: Der Parteitag kann kein Aktionsprogramm beschließen, das alle befriedigt. Je mehr sich aber das Aktionsprogramm bemüht, alle Volksschichten zu befriedigen, desto weniger wird es die Sozialdemokraten und die Arbeiterschaft befriedigen (Beifall), auf die meiner Meinung nach immer weniger Rücksicht genommen wird. Ich für meinen Teil werde dem Aktionsprogramm zustimmen. Die Aufgabe der Sozialdemokraten wird sein, das Aktionsprogramm in der heute zu beschließenden Fassung durch eine echte Diskussion in der Partei zur Auswirkung zu bringen und zu verbessern. Und vielleicht kommen wir dann zu einem neuen Parteiprogramm. In dieser Hinsicht bin ich optimistisch. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Ratz, Kiel.

Ratz, Kiel:

Genossinnen und Genossen! Ich stimme den beiden Vorrednern zu, daß es nicht zweckmäßig ist, hier die neuen Formulierungen zu diskutieren. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, Formulierungen zu finden, die alle befriedigen. Ich glaube, mit dem neu formulierten Programm haben wir die Grundlage für eine gute Arbeit.

Bei der Durchsicht habe ich aber doch den Eindruck gewonnen, daß manche Verbiegungen der deutschen Sprache vorgekommen sind. Ich würde es begrüßen, wenn sich die Partei entschließen könnte, dem Parteivorstand die Möglichkeit zu geben, rein stilistische Änderungen vorzunehmen. Deswegen möchte ich folgenden Antrag stellen:

Die Partei erklärt sich damit einverstanden, daß der Parteivorstand eine stilistische Überarbeitung des angenommenen Aktionsprogramms vornimmt.

Wenn das geschieht, haben wir, glaube ich, das Rüstzeug, das wir für die kommenden Kämpfe brauchen, und ich glaube, es ist ein gutes Rüstzeug. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Albertz, Hannover.

Heinrich Albertz, Hannover.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte nur eine sehr allgemeine Bemerkung machen. Genosse Eichler hat in seinem heutigen einführenden Bericht mit Recht darauf hingewiesen, daß neben einer von ihm erwarteten Diskussion über einen Satz im Programm zur Außenpolitik die wesentliche Spannung in der Arbeit der Programmkommission die Karnevalsfrage gewesen ist: Wer soll das bezahlen? Es ist eine schwierige Aufgabe für die Genossen aus den verschiedenen Gruppen unserer Partei, eine Koordinierung zwischen der Wirtschafts- und Steuerpolitik auf der einen Seite und der Sozialpolitik auf der anderen Seite zu erreichen. Ich bin als einer derjenigen, der in die Rotte der Sozialpolitiker gehört, dafür dankbar, daß auch hier vor dem Plenum des Parteitages diese Frage von unseren Freunden von der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik sehr ernst gestellt worden ist. Ich bin der letzte, der irgendwelche Illusionen darüber hätte, daß wir ein großes Programm auf sozialpolitischem Gebiet aufstellen könnten, das dann durch die nüchterne Realität und die finanziellen Möglichkeiten uns doch von vornherein über den Haufen werfen würde.

Aber ich möchte versuchen, bei dieser Schlußdiskussion über das Aktionsprogramm zu dieser Seite unserer Arbeit, vielleicht aus meinem seltsamen Beruf her, hier noch eine Exegese zu geben, auf deutsch, eine Hintergrundbemerkung. Die Theologen können ja aus den Texten alles herauslesen. (Heiterkeit.) Das war keine unfreundliche Bemerkung gegen die Theologen! (Zuruf: Das ist eine Selbsterkenntnis.) Ich möchte, um wieder ernst zu werden, hier noch folgendes sagen. Ich bin überzeugt, daß sowohl Genosse Eichler, als der Chef der Arbeit an diesem Aktionsprogramm, als auch die Freunde von der Wirtschafts- und Steuerpolitik mit mir sagen werden, daß hinter der Frage, wer das bezahlen soll, die andere Frage von uns positiv beantwortet werden sollte, daß gewisse Dinge bezahlt werden müssen (Beifall) und daß wir bei aller Anerkennung, allem Sachverstand und bei aller Würdigung der nüchternen Realitäten die Investitionen in den Menschen mindestens ebenso wichtig nehmen müssen wie die Investitionen in Sachgütern. Ich weiß, daß das schon etwas an der Grenze gefährlicher Schlagworte liegt, meine Freunde von der Wirtschaftspolitik, denn sicher ist auch jede Investition in Sachgütern ein echter Dienst am Menschen, wenn diese Investition vernünftig ist.

Aber auch auf diesem Parteitag und als Hintergrund dieses Aktionsprogramms sollte für uns unverrückbar stehen, daß wir die Dinge, die in der Sozialpolitik von uns gefordert werden, nicht als eine Soziallast, sondern als eine Sozialleistung sehen. (Beifall.) Ich wäre dafür dankbar, daß von diesem Parteitag aus diese fruchtbare Spannung, die in der Aktionskommission so deutlich zu Tage getreten ist, den großen Bogen sozialistischer Politik weiter hält und weiter prägt als einen echten Dienst am Menschen.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Haas, Nürnberg:

Haas, Nürnberg:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte nur eine Anregung zur Kulturpolitik vorbringen, die für Bayern aber von größter Bedeutung ist. Franken hatte schon in einem Antrag gewünscht, daß das Wort „Hochschulen“ bei der Lehrerbildung durch das Wort „Universitäten“ ersetzt würde. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß uns die jetzige Festlegung in Bayern Schwierigkeiten machen könnte, weil man dort versucht, die Lehrerbildung gerade an die philosophisch-theologischen Hochschulen zu verlegen. Ich bitte zu prüfen, ob es nicht möglich ist, das durch eine konkrete Festlegung zu verhindern.

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat der Genosse Hemsath, Westliches Westfalen.

Hemsath:

Die Programmkommission hat es für richtig gehalten, den Unterabschnitt „Gesunde Wohnungen für alle“ aus dem Abschnitt „Sozialpolitik“ in den Abschnitt „Wirtschaftspolitik“, und zwar zwischen Handwerk und Finanz- und Steuerpolitik, einzufügen. Man hat gesagt, das sei ein Vorteil. Dieser Auffassung kann ich mich aber nicht anschließen, weil die Forderung nach gesunden Wohnungen ein sozialpolitischer Grundsatz unserer Gesamthaltung ist sowie eine der elementarsten Voraussetzungen für eine wirksame Gesundheitspolitik. Dieser Grundsatz der Forderung nach gesunden Wohnungen für alle gehört also sicherlich in den Abschnitt „Sozialpolitik“ hinein.

Ich bitte die Programmkommission, sich noch einmal zu überlegen, ob es wirklich eine Verbesserung bedeutet, wenn man unsere Forderung nach sozialen Wohnungen für alle und die Aufzeichnung des Weges zur Verwirklichung dieser Forderung unter allen Umständen in den Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ hineinschreibt. Ich vermag in dieser Änderung keinen Fortschritt zu sehen.

Vorsitzender Henßler:

Die Rednerliste ist geschlossen. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Eichler:

Genossinnen und Genossen! Ich glaube nicht, daß die Diskussionsredner von mir erwarten, daß ich sage, wir würden alles entsprechend ihren Vorschlägen ändern. Zu jedem Punkt möchte ich trotzdem das sagen, was ich für richtig halte. Es kann sich daher nur um eine persönliche Stellungnahme handeln, weil ich ja in der Zwischenzeit nicht Gelegenheit hatte, mich mit den Genossen von der Kommission zu unterhalten.

Der Genosse Müller (Bremen) hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre gefordert. Die Partei hat sich seit langer Zeit und sehr oft darüber unterhalten. Wir sind immer zu der Auffassung gekommen, daß diese Forderung keineswegs das Ergebnis haben würde, junge Menschen an die Politik heranzuholen. Für die Jugend ist vielmehr notwendig, ein vernünftiges Leben gesichert zu erhalten. Notwendig ist, die Jugend immun gegen das zu machen, was leider im Wahlkampf auch oft die Hauptrolle spielt, nämlich Demagogie von sachlichen Argumenten zu unterscheiden.

Es gibt doch keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß wir den Arbeitsdienst nicht wollen. Ich habe sogar in der Kommission gelegentlich gefragt, ob wir nicht schreiben wollten, daß wir dagegen seien. Man entgegnete mir, daß wir doch nicht alles in das Programm hineinschreiben könnten, wogegen wir seien. Nirgends ist im Programm angedeutet, daß wir für den Arbeitsdienst sind. Wenn die Vermutung nahe läge, daß einer auf den Gedanken kommen könnte, dann würde ich verstehen, daß man diese Ablehnung festlegt. Aus keiner Zeile des Aktionsprogramms geht auch nur andeutungsweise hervor, daß das beschlossen werden könnte. Deshalb braucht man das auch nicht besonders zu negieren.

Genosse Müller hat natürlich recht, wenn er sagt, der Sozialismus solle eine Gemeinschaft von Menschen erstreben und darstellen, er solle nicht mit Versprechungen arbeiten. Wir erkennen an, daß das in der Politik sehr oft geschieht. Am wenigsten geschieht es aber in unserer Partei. Versprechungen stellen immer eine Gefahr dar. Es ist sehr einfach, zu sagen, dieses

Programm lasse Ansätze vermissen, die Voraussetzungen für eine solche Gemeinschaft herzustellen, die Bevölkerung, die Sozialisten und Arbeiter fähig zu machen, nicht nur in diese Gemeinschaft hineinzuwachsen, sich durch sie stützen und tragen zu lassen, sondern auch in dieser Gemeinschaft eine Rolle zu spielen. Das ist die Idee, die wir haben. Ich glaube, daß das Programm uns dabei helfen wird, wenn wir selbst uns an das Programm halten.

Genosse Swolinzky hat das typische Merkmal unserer Bewegung — wie er meint — hier aufs neue gebrandmarkt und hat dabei einige Bundesgenossen auf dem Parteitag gefunden, indem er sich über das „Funktionärdeutsch“ beschwerte. Auch hier ist es einfach, derartige allgemeine Behauptungen aufzustellen. Das Beste wäre: Schreibe du uns doch einen Programmteil auf, der dir nicht den Eindruck macht, im Funktionärdeutsch abgefaßt zu sein. Ich garantiere dir, die Leute werden sagen: Was hat das für ein Jurist geschrieben? Mir hat z. B. einer geschrieben, der noch nicht wußte, daß die Präambel von Kurt Schumacher stammt: Warum laßt ihr solche bedeutsamen Dokumente nicht durch Schumacher schreiben? Der hätte es klar und überzeugend hingeschmissen! (Heiterkeit.) So würde es vielen gehen. Entgleisungen, Abweichungen ins Funktionärdeutsch, gibt es immer wieder. Ich glaube aber nicht, daß unser Programm übermäßig viel davon enthält. Wenn jemand etwas entdeckt, möge er uns einen Nasenstüber geben. Wir sind für jeden Hinweis dankbar.

Dann hat Genosse Swolinzky erklärt, wir sollten noch stärker betonen, was wir nicht sozialisieren wollen. Ich darf darauf hinweisen, daß so etwas sogar im Programm steht. Allerdings nicht wie in einem Katalog bei Wareneinfuhr, der 758 Posten enthält. Hierfür gilt das gleiche wie für das Thema „Arbeitsdienst“. Wenn dieses Programm ein einfacher Handwerker liest, der zumindest Volksschulbildung hinter sich hat, lesen und schreiben kann, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß er mit ruhigem Gewissen erklären könnte, er wisse noch immer nicht, ob die Sozialdemokraten den kleinen Mittelstand sozialisieren wollten. Wir machen uns geradezu verdächtig, wenn wir mit Schildern herumlaufen, auf denen steht, was wir nicht machen wollen. Wir haben den kleinen und großen Gewerbetreibenden unzählige Male versichert, daß wir ihnen nichts Böses antun, sondern ihnen helfen wollen. (Beifall.)

Der Genosse Heide hat etwas sehr Interessantes erzählt. Bei der Betrachtung dieses Programms bringt natürlich jeder seine speziellen Gesichtspunkte. Das liegt im Beruf, in der Landschaft. Landschaft: Das ist ja das neue Wort für das, was auf die Haltung eines Menschen einwirkt. Bei den meisten Anträgen kann ich von vornherein sagen, von wo sie kommen, aus Schleswig-Holstein, aus Niedersachsen oder einer anderen Gegend. Das liegt nicht daran, daß die Anträge besonders klug oder dumm sind, sondern daran, daß man weiß, in welcher Gegend die angeschnittenen Fragen eine hervorragende Rolle spielen. Mit anderen Worten: Wir wissen ja, wo jeden der Schuh drückt.

Es ist verständlich, daß der kleine Gewerbetreibende, der Industriearbeiter, der Arbeitslose, der 18jährige und der 50jährige wünschen, etwas sie speziell Berührendes im Aktionsprogramm zu lesen. Daher kommt es, daß das Aktionsprogramm nicht jeden in jeder Hinsicht befriedigen kann. Dieser Mangel ist aber nicht zu vermeiden. Das liegt nun einmal an der Verschiedenartigkeit der Menschen. Wenn aber nun einmal alle Menschen gleich wären, ganz gleich, wem sie ähnelten, dann wäre das eine fürchterlich stumpfsinnige Gesellschaft. Deshalb nehmen wir die Verschiedenartigkeit der Menschen lieber als schön entgegen.

Genosse Swolinzky hat uns als versteckte Zentralisten bezeichnet. Genosse Grunner hat wieder etwas anderes erklärt. Er warnte und sagte, wir hätten, um alle Schichten zu befriedigen, so viele Konzessionen gemacht, daß eine Schicht, nämlich der Arbeiter, nicht befriedigt werde. Das war die einzige Bemerkung in der Diskussion des heutigen Vormittags, die mir leid getan hat, nicht deshalb, weil sie gegen uns gerichtet war. Wir sind ja durchaus von dem Verdacht frei, nicht die richtige Sorge für den deutschen Arbeiter zu empfinden. Auf einem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei sollten wir aber nicht erklären, daß alle möglichen Leute mit dem Programm zufrieden sein können, daß wir uns aber vom deutschen Arbeiter fortbewegen! Das ist nicht gut! (Beifall.) Selbstverständlich hat Grunner in einem recht. Man kann Leuten, die nicht begreifen, in welcher Lage sie sich befinden, nicht dadurch helfen, daß man sich in die gleiche Ignoranz den ökonomischen Verhältnissen gegenüber begibt. Wir müssen uns bemühen, einmal den Verstandesdeckel aufzureißen, frische Luft und Gegenzug in dieses Kästchen hineinzubringen. Wer weigert sich denn? (Heiterkeit.) Vielleicht hat Grunner gedacht, daß unsere Konzessionen Blickfang oder Wahlparolen sein sollen, die wir in Wirklichkeit gegen unser Gewissen in das Programm hineingeschrieben hätten. Das ist aber nicht der Fall. Wir sind der Meinung, daß sich seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes etwas geändert hat! Dafür können die Verfasser des Kommunistischen Manifestes nichts, wir aber auch nicht. Diese Tatsache müssen wir ausdrücklich festhalten. Als Politiker haben wir Tatsachen zu akzeptieren. Wenn sie uns nicht passen, dann können wir sie ändern. Wir müssen uns aber darüber klar sein, mit welchen Tatsachen wir es zu tun haben. Darin ist sich die Kommission wohl einig: Wir haben nichts in das Programm hineingeschrieben, was wir im Interesse der Arbeit für unsere Partei und für den Sozialismus nicht verantworten können. Im Programm steckt — von uns aus gesehen — nicht irgendeine Wahllüge, ein Lockmittel für Stimmenfang oder etwas Ähnliches. Natürlich wollen wir Stimmen fangen. Wenn wir aber die Fliegen locken, dann locken wir sie auf echten Honig, nicht auf Fliegenfänger, führen sie nicht an der Nase herum, tun nicht so, als ob wir eine Blume in der Hand hätten, obwohl wir in Wirklichkeit ein Klümpchen Dreck vorzuweisen haben. (Beifall.)

Genosse Ratz hat einen Antrag gestellt, der uns wohl alle befriedigen könnte. Wir hätten bei dessen Annahme die Chance, im Rahmen des Parteivorstandes und mit einem Kreis von Genossen, die man aussuchen müßte, im Programm stilistisch, nicht sachlich, dieses und jenes Wort zu ändern. Ich halte den Vorschlag für gut und hoffe, daß sich der Parteitag ihm anschließt.

Genosse Albertz hat etwas sehr Gescheites gesagt. (Heiterkeit.) Damit will ich nicht sagen, daß er es sonst nicht tut. Es hat mich aber nicht nur interessiert, sondern auch bewegt. Natürlich besteht die Gefahr, daß man sagt: Wer soll das bezahlen? Man guckt vielleicht in die Kasse hinein, stellt fest, daß nichts drin ist (Zuruf: Typisch Kassierer!), und erklärt: Dann können wir nichts bezahlen! Wenn Deutschland heute etwa 850 Mill. DM monatlich für Dinge ausgibt, die weder wirtschaftlich noch sozialpolitisch eine positive Auswirkung haben — von dem Gesichtspunkt der Humanität will ich gar nicht sprechen —, dann glaube ich, ist es wirklich wichtig, die Frage zu stellen: Was muß unbedingt bezahlt werden? Diese Frage ist natürlich wichtig.

Der Genosse Haas hat die Frage angeschnitten, über die man sich in den deutschen Lehrerverbänden schon seit Jahrzehnten die Köpfe heiß und kalt redet: Die Frage der Lehrerausbildung an Universitäten. Sachlich haben wir gegen eine solche Lehrerausbildung nichts. Ich kann euch aber nicht

versprechen, daß wir diese kleine Änderung, die wie eine kleine stilistische Änderung aussieht, hineinbringen. Wir werden mit unseren kulturpolitischen Fachgenossen aus den Sektoren Schule und Hochschule noch einmal darüber beraten.

Der Genosse Hemsath hat schließlich dagegen protestiert, den Komplex Wohnungsbau in den Abschnitt „Wirtschaft“ zu nehmen. Ich glaube, daß das keine grundsätzliche Frage ist. Natürlich kann man sagen, daß der Wohnungsbau in den Gesundheitsdienst gehöre. Das folgt schon aus dem Ausdruck „Gesunde Wohnungen“. Wir wollen aber keine Villen bauen, die bauen sich andere Leute für eigenes Geld. In der Riesenplanung gehört aber der Soziale Wohnungsbau in den Sektor Wirtschaft. (Sehr gut!) Er muß in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, daß man das Geld praktisch aus dem gleichen Topf nehmen muß. Man sollte nicht zehn verschiedene Töpfe aufstellen.

Damit glaube ich, den Diskussionsrednern Rede und Antwort gestanden zu haben. Ich bitte den Parteitag, das Programm zu verabschieden, damit wir in der Beratung der Tagesordnung fortfahren können. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen! Außer dem Antrag Ratz liegen keine Anträge vor. Dieser Antrag bedarf keiner besonderen Abstimmung mehr, weil vom Berichterstatter anerkannt wurde, daß eine solche stilistische Überprüfung erfolgen soll, die aber am sachlichen Inhalt nichts ändert.

Wir haben dann nur noch über die Vorlage abzustimmen, die uns die Redaktionskommission vorgelegt hat. Ich bitte um ein Handzeichen derjenigen, die dieser Vorlage zustimmen. — Ich bitte um die Gegenprobe — Ich stelle fest, daß diese Vorlage die einstimmige Annahme des Parteitages findet. (Stürmischer Beifall!)

Ich bitte jetzt den Berichterstatter der Mandatsprüfungskommission, das Wahlresultat mitzuteilen.

Schönfelder (Berichterstatter):

Genossinnen und Genossen! Ich gebe das Ergebnis zur Wahl der Kontrollkommission bekannt:

Abgegeben wurden	371 Stimmen
Ungültig waren	0 Stimmen
Demzufolge	371 gültige Stimmen

Davon entfielen der Reihenfolge der Stimmenzahl nach auf:

Gustav Bratke	363 (Beifall)
Adolf Schönfelder	363 (Beifall)
Fritz Ulrich	363 (Beifall)
Grete Rudoll	357
Walter Damm	355
Ernst Herder	355
Christian Wittrock	354
Heinrich Höcker	353
Jakob Steffan	346

Damit sind die Vorgenannten in die Kontrollkommission gewählt. (Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen! Der Parteitag hat nun seine Arbeit erledigt. Ich gebe nun dem Genossen Ollenhauer das Wort zu einer kurzen Schlußansprache. (Beifall.)

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen! Wir sind am Ende eines der arbeitsreichsten und, wie ich glaube, bedeutsamsten und erfolgreichsten Parteitage unserer Partei seit 1945.

In diesem Augenblick möchte ich als Vorsitzender der Partei einige Verpflichtungen erfüllen, die, wie ich glaube, allen von uns am Herzen liegen.

Zunächst aber möchte ich im Namen aller Mitglieder des Parteivorstandes, die gestern gewählt worden sind, und auch im Namen der soeben gewählten Mitglieder der Kontrollkommission dem Parteitag für das Vertrauen danken, das er durch diese Wahlen den Genossen, die an der Spitze der Partei stehen sollen, zum Ausdruck gebracht hat.

Dann aber ist es eine freudige Pflicht, am Ende unserer Arbeit allen denen zu danken, die durch ihre Mitarbeit die glatte Durchführung des Parteitages ermöglicht haben. (Beifall.)

Ich danke in erster Linie den Genossinnen und Genossen der Partei in Dortmund und dem Bezirk Westliches Westfalen. (Beifall.)

Wir haben alle genügend organisatorische Erfahrung, um zu wissen, welches ungeheure Maß von Arbeit, Ausdauer und Zuverlässigkeit erforderlich ist, um eine solche Tagung wie die unsrige so reibungslos durchzuführen. Wir haben den Genossinnen und Genossen für diese Leistung für die ganze Partei von Herzen zu danken. Ebenso danken wir für die Gastfreundschaft, die sie persönlich und zum Teil in Verbindung mit der Stadt Dortmund uns entgegengebracht haben. (Beifall.)

Wir haben wenig freie Zeit gehabt. Aber jede Stunde, die wir außerhalb dieser Arbeitstagung verlebt haben, haben wir das Gefühl gehabt, daß wir in dieser Stadt zu Hause sind. Das ist nur dank der Gastfreundschaft, die wir bei der Stadt Dortmund und bei unseren Dortmunder Genossen gefunden haben, möglich gewesen. Heute nachmittag wird sich zeigen, daß das der Ausdruck einer Gesinnung war, die ihre Wurzeln in einer breiten Grundlage sozialdemokratischer Mitglieder und Anhänger und in einem Geist hat, der uns mit der Hoffnung von Dortmund weggehen läßt, daß die Kommunalwahlen in dieser Stadt und in diesem Land am 9. November mit einem Erfolg der Sozialdemokratischen Partei enden werden. (Stürmischer Beifall!)

Ich möchte auch der Presse und dem Rundfunk danken. Durch die Intensität unserer Arbeit haben wir es ihnen nicht leicht gemacht. Aber wir danken ihnen dafür, daß die Beratungen und Beschlüsse dieses Parteitages ein so nachhaltiges und breites Interesse in der deutschen und ausländischen Öffentlichkeit gefunden haben. (Beifall.)

Ich bin sicher, auch im Namen des ganzen Parteitages zu handeln, wenn ich den Genossinnen und Genossen unserer Mandatsprüfungskommission, aber insbesondere den Genossinnen und Genossen unseres Präsidiums unseren herzlichsten Dank für die Art und Weise der Führung der Verhandlungen dieses Parteitages ausspreche.

Gestatten Sie mir ein persönliches Wort. Wir haben vor allem unserem Fritz Henßler zu danken, daß er in diesen Tagen diese große Arbeit auf sich genommen hat. (Lebhafter Beifall.) Für uns war es eine Freude und ein Glück, ihn hier im Präsidium des Parteitages zu sehen. Wir wünschen, daß

er recht bald in voller Gesundheit, in alter Kraft und alter Frische in seiner Arbeit hier in seiner Stadt, in seinem Bezirk und in der zentralen Führung der Partei tätig sein kann. (Lebhafter Beifall.)

Schließlich haben wir einem Kreis von Genossinnen und Genossen zu Beginn unseres Parteitages eine Aufgabe aufgebürdet, von der wahrscheinlich nicht alle Opfer vorher gewußt haben, welche physische Anstrengungen es bedeutet. Ich meine die Mitglieder unserer Programmkommission. (Beifall.) Die Arbeit, die heute vorlag und die wir einmütig angenommen haben, enthält eine Fülle von Leistungen der letzten drei Tage. Das Resultat, das wir erzielten, war nur durch diese Bereitschaft zur Mitarbeit und durch den Willen möglich, unter allen Umständen das Beste, was in dieser Zeit zu erreichen war, dem Parteitag vorzulegen. Wir alle sind den Genossinnen und Genossen für diese Leistung aufrichtig dankbar. (Beifall.)

Schließlich möchte ich ein Wort des Dankes an die beiden Genossen richten, die gestern nicht wieder in den Parteivorstand gewählt wurden; so an Alfred Dobbert, der aus dem Parteivorstand ausgeschieden ist. Alfred Dobbert hat in der Zeit seiner Mitgliedschaft im Parteivorstand einen aktiven Anteil an unserer Arbeit genommen. Ich bin mir gewiß, daß wir alle auf seine Mitarbeit auch in Zukunft rechnen können. Auch wenn er nicht mehr als Mitglied des Parteivorstandes tätig ist, wird er an anderer Stelle wichtige Funktionen für die Partei bekleiden. (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte auch ein Wort herzlichen Dankes an Egon Franke richten, der ebenfalls nicht mehr zum Parteivorstand gehört. Egon Franke war bis gestern eines der besoldeten Mitglieder unseres Parteivorstandes. Er gehört zu jenen, die seit 1945 ununterbrochen und mit dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit das Beste an dieser Stelle für die Partei gegeben haben. Wir haben ihn vor einem Jahr nach dem Tode unseres Bruno Leddin gebeten, den Wahlkreis von Bruno Leddin in Hannover zu übernehmen und im Interesse der Gesamtpartei wichtige Funktionen im Lande Niedersachsen und im Bezirk Hannover auszufüllen, weil gerade in diesem Lande seine Mitarbeit von entscheidender Bedeutung war. Die Konsequenz dieses ihm von der Gesamtpartei erteilten Auftrages war, daß er nicht mehr seine besoldete Funktion ausüben konnte. Wir haben als Parteivorstand den Wunsch gehabt, ihn weiterhin unter den unbesoldeten Mitgliedern zu sehen. Ich möchte ganz offen sagen, ich wäre glücklicher, wenn die Mehrheit des Parteitages diesem Wunsche Rechnung getragen hätte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind aber eine demokratische Partei. Die Entscheidung des höchsten Gremiums der Partei ist für jeden verpflichtend. Jeder hat sie zu respektieren. Ich bin überzeugt, daß aus demselben Geist, von dem ich hier spreche, Egon Franke diese Entscheidung hinnehmen wird. Mit meinem Dank und unserem Dank für seine bisherige Mitarbeit an seinem bisherigen Platz verbinde ich den Wunsch, daß uns seine Arbeitswilligkeit und sein guter Wille auch in Zukunft in der Gesamtpartei zur Verfügung stehen möge.

Ich möchte auch unseren ausländischen Gästen aus vollem Herzen für die Ansprachen und für das Interesse danken, das sie an diesem Parteitag unserer Arbeit entgegengebracht haben. (Lebhafter Beifall.) Ihre Ansprachen waren durchweg mehr als Begrüßungsansprachen. Sie waren für uns zum Teil außerordentlich wertvolle Beiträge in der Diskussion über die Probleme, die uns alle zutiefst bewegen. Ich bin sicher, im Namen des Parteitages zu sprechen, wenn ich unseren ausländischen Freunden hier am Schluß unserer Arbeit sage, daß wir gerade auch durch diesen Teil der Verhandlungen des Parteitages in unserer Überzeugung gestärkt worden sind, daß trotz aller hier und da noch bestehenden sachlichen Verschiedenheiten die Aussichten für eine effektive Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien Europas in

den uns gemeinsamen Fragen heute größer sind, als sie jemals in der Vergangenheit waren. (Lebhafter Beifall.)

Und nun zur Arbeit des Parteitages selbst! Ich will hier kein Resümee über die Verhandlungen geben. Wir alle haben sie gemeinsam erlebt, und wir alle sind Mitträger der Debatten und Entscheidungen gewesen. Das Entscheidende aber ist — und das hier noch einmal festzustellen, ist mir ein Bedürfnis —: sowohl in der Diskussion über die aktuellen politischen Fragen als auch in der Diskussion über das Aktionsprogramm hat sich eins gezeigt: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die innere Freiheit und Stärke, jedes Problem in aller Öffentlichkeit klar und verantwortungsbewußt zu diskutieren, und daß, was wir nun hier als Beschlüsse — sei es als politische Entschließungen, sei es im Aktionsprogramm — vorzulegen haben, gewinnt erstens durch die freie Diskussion und zweitens durch die Einmütigkeit der Beschlüsse sein großes, starkes, werbendes und anziehendes Gewicht. Wir haben es uns nicht leicht gemacht; das hat noch die Diskussion heute morgen bewiesen. Wir sind nicht an die Sache herangegangen mit der Überlegung, wie wir nun in den bevorstehenden Auseinandersetzungen, insbesondere im kommenden Wahlkampf zum Bundestag einige schlagkräftige, durch den Tag bedingte Wahlperioden schaffen könnten, um Stimmen zu gewinnen, sondern wir haben gewissenhaft und verantwortungsbewußt über die Frage diskutiert und entschieden, wie sich die Sozialdemokratische Partei verhalten soll, wenn sie in höherem Maße als bisher das Vertrauen der Wähler bekommt. Und das ist eine Haltung, die aus echtem demokratischen Geist geboren ist; das ist eine Haltung, welche die Partei vor der Gefahr schützt, wenn sie heute einen Wahlerfolg verbuchte, morgen darum bangen zu müssen, diesen Erfolg nicht halten zu können, weil sie nur mit billigen Wahlkampfparolen einen Teil des Flugsandes in ihre Gräben getrieben hätte. Wir wollen eine Stärkung der Sozialdemokratie, die am letzten Tage einer verantwortlichen Regierungsbeteiligung mit derselben Entschlossenheit und Festigkeit zu uns steht, wie am ersten Tage nach dem Siege. (Lebhafter Beifall.)

Ich will hier nicht nachträglich irgend etwas Sachliches zum einstimmig beschlossenen Aktionsprogramm sagen. Sicherlich ist es richtig, was hier Willi Eichler ausgesprochen hat und was wir alle fühlen: Nicht in jedem einzelnen Punkte ist es so formuliert oder ist die sachliche Forderung so gestellt, wie der eine oder andere sich vielleicht gewünscht hätte. Aber das ist doch nicht wesentlich. Wesentlich ist, daß wir alle in der Überzeugung einig sind, daß, wenn dieses sozialdemokratische Aktionsprogramm durch die Sozialdemokratie in Deutschland realisiert sein wird, wir einen entscheidenden Schritt in der Neuordnung Deutschlands in der Richtung einer demokratischen und sozialen Entwicklung vorangekommen sind. (Lebhafter Beifall.)

Das ist die Aufgabe, die die Zeit unserer Generation stellt. Das ist die Aufgabe, die in der nächsten Arbeitsperiode vor uns liegt. Wir haben mit unserer Zustimmung die Verpflichtung übernommen, diese Aufgabe zu lösen. Ich glaube, das Handwerkszeug, die Basis für diese Arbeit, die uns das Programm geliefert hat, ist gut. Nun haben wir an seiner Verwirklichung zu arbeiten.

Ich sagte schon, daß unser Parteitag keine Paradevorstellung für die Öffentlichkeit war. Wir haben nichts verdeckt und nichts vertuscht. Alles, was uns bewegt ist frei ans Licht gekommen. Und das ist ein Gewinn. Gewiß, es gibt Leidtragende, nämlich im Lager der Gegner der Sozialdemokratie (Sehr gut und lebhafter Beifall), nämlich alle jene, die ihre Hauptaufgabe darin gesehen haben, über die „unvermeidliche Krise“ oder die „großen inneren Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie“ zu speku-

lieren und zu versuchen, in unseren eigenen Reihen auf diese Weise Unsicherheit und Mißtrauen zu bringen. Ich möchte allen jenen, die so argumentiert haben, das herzliche Beileid des gesamten Parteitages aussprechen. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Alle Spekulationen auf eine solche Entwicklung haben sich als ein totaler Mißerfolg erwiesen. Ich sage das deshalb, weil es sich ja bei dieser Diskussion nicht immer nur darum gehandelt hat, daß Leute sie betrieben haben, die Freude am reinen Spekulieren haben, sondern weil sich bei dieser Diskussion herausgestellt hat, daß auch viele Gutwillige im anderen Lager immer noch nicht das Wesen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begriffen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Partei ist eben kein Haufen und keine Interessengemeinschaft. Diese Partei ist eine auf Vertrauen und politische Einsicht von Hunderttausenden von Mitgliedern und von Millionen von Wählern gegründete Gemeinschaft. Diese Partei ist eine Gemeinschaft, in der die Grundsätze der Demokratie, die sie für das Volk und für die Beziehungen der Völker verwirklicht sehen will, mit allen Konsequenzen durchgeführt werden, und hier liegt der eigentliche entscheidende Grund für unsere innere Stärke und für unsere politische Kraft.

Wir haben durch unsere politischen Entschlüssen und insbesondere durch die Annahme unseres Aktionsprogramms den Weg gewiesen. Jetzt haben wir zu beginnen. Der Parteitag ist zu Ende, die Arbeit draußen beginnt. Das Resultat und den Erfolg unserer Anstrengungen werden wir an einem unerbittlichen Barometer in einer sehr absehbaren Zeit ablesen können, nämlich an den nackten und nüchternen Zahlen, die am Abend des Wahltages im November und am Abend des Wahltages für den neuen Bundestag vor uns liegen werden. Denken wir daran! Da gibt es keine Rettung, und da gibt es kein „Daranherumdoktern“, da müssen wir uns dann mit den durch diese Wahlen geschaffenen Tatsachen abfinden!

Und das letzte, was ich sagen will, ist das: Sorgen wir dafür, daß die Wahlziffern dieser Wahlen Siegesziffern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sind! (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.

(Anhaltender stürmischer Beifall.) Die Versammelten erheben sich und singen „Brüder zur Sonne zur Freiheit . . .“

ANHANG

Kundgebungen und Beschlüsse

Politische Entschließung

Der Parteitag billigt die Politik der Partei im Kampf um den Aufbau Deutschlands und um die Erfüllung unseres Staatswesens mit neuem politischem und sozialem Inhalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sieht in der Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik zugunsten der Sozialdemokratie die einzige Möglichkeit, die deutsche Demokratie auf eine feste Grundlage zu stellen und sie im Innern wie nach außen gegen alle Angriffe widerstandsfähig zu machen. Die von der gegenwärtigen Bundesregierung und den sie tragenden Parteien geübte Praxis des obrigkeitlichen Verwaltungsstaates führt zur Verkümmern der parlamentarischen Demokratie und fördert die Entwicklung der extremen Kräfte von rechts und links.

Der Versuch, überlebte wirtschaftliche und soziale Zustände aufrechtzuerhalten, wie er in der Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik der Bundesregierung zum Ausdruck kommt, verhindert die Lösung der dringendsten sozialen Probleme und reißt eine Kluft auf zwischen breitesten Schichten des Volkes und dem Staat. In der Durchführung des vollen Mitbestimmungsrechtes der arbeitenden Menschen in der Wirtschaft sieht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine der dringlichsten Forderungen. Nur durch ihre Verwirklichung und durch eine Politik der sozialen Gerechtigkeit erhält die politische Demokratie ein festes Fundament.

Im Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiterhin ein Höchstmaß an Initiative entfalten. Nur so werden die drohenden Gefahren sowohl einer Entwicklung nach dem Vorbild von Warschau und Prag als auch einer endgültigen Teilung Deutschlands abgewendet werden können.

Der Parteitag erwartet von der Bundestagsfraktion, daß sie im Sinne der von Kurt Schumacher vertretenen Politik um des Friedens in der Welt willen nichts unversucht lassen wird, um die vordringlichste politische Forderung des ganzen deutschen Volkes — die Wiedervereinigung in Freiheit und mit friedlichen Mitteln — durchzusetzen.

Statt Gespräche mit den unverantwortlichen Hilfskräften der sowjetischen Besatzungsmacht fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Verhandlungen der vier Mächte, denen die Verpflichtung obliegt, durch eine Übereinkunft zur Gewährleistung freier Wahlen die Spaltung Deutschlands zu beenden.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet auch die auf dieses Grundgesetz vereidigte Bundesregierung zur Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands.

Die vom Bundeskanzler unterzeichneten Verträge stehen zu dieser Verpflichtung ebenso im Widerspruch wie zu der Forderung des Grundgesetzes, daß das ganze deutsche Volk in den Stand gesetzt werden muß, „in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden“.

Das Nein der Sozialdemokratie zu den Verträgen von Bonn und Paris steht im Einklang ebenso mit den Forderungen des Grundgesetzes wie mit der Notwendigkeit, endlich ernsthafte Schritte zur Schaffung der Voraus-

setzungen einer wahrhaft europäischen Völkergemeinschaft zu unternehmen, statt — wie bisher — Europa durch die kleineuropäische Konstruktion noch weiter zu spalten. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt es ab, Verträgen zuzustimmen, durch die Deutschland zu einem Land minderen Rechtes wird. Sie wird im Falle der Annahme der Verträge durch eine Mehrheit dieses Bundestages vom ersten Tage ab mit aller Entschiedenheit für ihre radikale Revision durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen. Der Parteitag appelliert an alle freiheitlich gesinnten Deutschen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der Durchführung dieser Politik aktiv zu unterstützen.

Entschließung zur Lage in der Sowjetzone

Die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands veranlaßt den Parteitag der Sozialdemokratie, warnend auf die Lage in diesem Teil Deutschlands hinzuweisen. Die letzten Beschlüsse der sowjetischen Staatspartei, der SEP, über den Aufbau der „Volksdemokratie“ und die inzwischen angelaufenen Maßnahmen zur Errichtung der sowjetischen Klassengesellschaft haben zu einer Verschärfung des seit 7 Jahren anhaltenden Terrors geführt.

Die Errichtung der absoluten SEP-Diktatur erfolgt in einem Zeitpunkt, in dem sich die Existenzkrise der vom deutschen Volk abgelehnten Sowjetpartei zu einer Krise des kommunistischen Regimes ausgeweitet hat. Für die Bevölkerung der Sowjetzone bedeutet die Aufzwingung der sowjetischen Klassenordnung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine erhebliche Verschärfung der bisher angewandten Ausbeutung und eine weitere Verelendung der Werktätigen, der Bauernschaft und des Mittelstandes.

Diese Entwicklung hat zu einer Stärkung des Widerstandswillens gegen das kommunistische Regime in der Zone geführt. Der von den Kommunisten am schärfsten bekämpfte und diffamierte „Sozialdemokratismus“ erweist sich als die stärkste Kraft gegen die Verwirklichung der sowjetischen Pläne in Mitteleuropa.

Der Parteitag weist besonders auf die gesteigerte Militarisierung der Sowjetzone hin, wobei die Jugend in einem nach nazistischem Vorbild aufgebauten Zwangsarbeitsdienst im militärischen Geist erzogen und auf militärische Aufgaben vorbereitet wird.

Die SEP hat durch die Absperrungsmaßnahmen an der Zonenangrenzlinie die Teilung Deutschlands vertieft. Die kommunistischen Abschnürungsmaßnahmen sowie die Sowjetisierungsversuche in der Zone entlarven die kommunistischen Einheitsbeteuerungen als Propaganda zur Tarnung der Absichten und Ziele für die Sowjetisierung Gesamtdeutschlands.

Der Dortmunder Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bekennt sich solidarisch zu seinen Brüdern und Schwestern in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und erklärt seine enge Verbundenheit mit allen freiheitlich gesinnten Menschen. Der Parteitag gedenkt der zahlreichen Opfer des Kampfes gegen das kommunistische Regime. Ihnen und den Kämpfern in der Sowjetzone gilt das Gelöbnis des Parteitages im Sinne des Vermächtnisses Kurt Schumachers, den Kampf um die Einheit Deutschlands für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie kompromißlos weiterzuführen.

Bildung eines Propagandaausschusses

Beim Parteivorstand der SPD wird ein Propagandaausschuß gebildet. Er besteht aus einem Mitglied des Parteivorstandes und sechs weiteren Mitgliedern, die zu berufen sind.

Parteivorstand und Parteiausschuß

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besoldeten und 23 unbesoldeten Mitgliedern.

Entscheidung über die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen

Die Entwicklung eines echten demokratischen Lebens in Deutschland leidet unter der Tatsache, daß eine Reihe von politischen Organisationen und demokratisch unkontrollierbaren Kräften der verschiedensten Richtungen sich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele Organisationen bedienen, die — unter Vorgabe für die Demokratie zu wirken — antidemokratischen und parteifeindlichen Kräften Vorschub leisten. Sie wirken verwirrend und schädigend beim Aufbau der Demokratie.

Die SPD erwartet von ihren Mitgliedern, daß sie sich von solchen Organisationen und Bestrebungen nicht nur fernhalten, sondern ihnen wirksam entgentreten.

Auf Antrag einer Bezirksorganisation soll der Parteivorstand untersuchen und im Benehmen mit dem Parteiausschuß entscheiden, ob die Zugehörigkeit zu solchen Organisationen mit der Mitgliedschaft in der SPD vereinbar ist.

Festsetzung von Pflichtbeiträgen

Die Festsetzung der Pflichtbeiträge erfolgt grundsätzlich durch den Parteitag. Für die Zeit zwischen zwei Parteitagen kann in dringenden Fällen der Parteivorstand im Benehmen mit Parteiausschuß und Kontrollkommission Beitragsveränderungen beschließen.

Herausgabe einer Zeitschrift

Der Parteivorstand wird beauftragt, nach Schaffung der finanziellen Voraussetzungen die Herausgabe einer Zeitschrift vorzubereiten, die der Diskussion grundsätzlicher Fragen von aktueller Bedeutung und zugleich der Bildungsarbeit dient. Eine solche Zeitschrift, die die erfolgreiche Tradition der „Gesellschaft“ und „Sozialistischen Bildung“ fortsetzen soll, entspricht — wie die Programmdebatte beweist — einem dringenden Bedürfnis und ist für die Durchführung der Bildungsarbeit unentbehrlich.

Mitgliedsbeiträge

Die 1948 auf dem Düsseldorfener Parteitag laut Beitragsstaffel beschlossenen Beiträge werden generell um 20 Prozent erhöht.

Broschüre über Vollbeschäftigung

Der Parteivorstand wird beauftragt, in einer volkstümlich gehaltenen Broschüre den Standpunkt der Partei zur Vollbeschäftigung darzulegen und diese Broschüre allen Bevölkerungsschichten in geeigneter Form zugänglich zu machen.

Beflagung mit Bundesfarben bei öffentlichen Anlässen

Bei allen öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen, bei denen Fahnen gezeigt werden, sollen sozialdemokratische Vertreter, wie Bürgermeister, Abgeordnete, Minister usw., nur teilnehmen, wenn die Bundesfarben Schwarz-Rot-Gold gezeigt werden.

An den Parteivorstand überwiesene Anträge

Zum Organisationsstatut

§ 18 des Organisationsstatuts erhält folgenden Zusatz: „Er hat dafür zu sorgen, daß vor wesentlichen politischen Entscheidungen die gesamte Parteimitgliedschaft zur Diskussion und Stellungnahme aufgefordert wird“.

§ 27 Ziff. 2 erhält folgende Fassung: „Der Ausschlußantrag muß . . . beim Kreisvorstand gestellt werden“.

§ 27 Ziff. 3 erhält folgende Fassung: „Als erste Instanz entscheidet . . . ein Schiedsgericht des Kreisverbandes“.

§ 29 Abs. 3. Es ist zu streichen: „wenn es sich um einen groben Verstoß gegen die Grundsätze der Partei handelt“.

Der Parteivorstand wird beauftragt, Richtlinien über die Verleihung von Parteiabzeichen herauszugeben. Es sind drei Parteiabzeichen herauszugeben:

1. Ein allgemeines Parteiabzeichen für alle Mitglieder,
2. Ein silbernes Parteiabzeichen, welches nach 25jähriger Mitgliedschaft verliehen wird,
3. Ein goldenes Parteiabzeichen, welches nach 50jähriger Mitgliedschaft verliehen wird.

Mitgliedschaft von Sozialdemokraten im BVN

(Antrag des Bezirksparteitages Mittelrhein)

Die Mitgliedschaft im BVN (Bund der Verfolgten des Naziregimes) ist nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD bzw. deren Gruppe politisch verfolgter Sozialdemokraten.

(Antrag des Bezirksvorstandes Hannover)

Der BVN (Bund der Verfolgten des Naziregimes) hat sich mehr und mehr von seinem ursprünglich herausgestellten Ziel (Gestaltung und Durchsetzung einer umfassenden Wiedergutmachungsgesetzgebung) abgewandt und sich in aktuelle politische Auseinandersetzungen eingemischt. Dabei hat er mit erheblichem Aufwand trotz unserer Warnungen Propaganda gegen die erklärte Politik der SPD betrieben. Nach einem unbestrittenen Grundsatz unserer Partei kann niemand Mitglied der SPD sein, der für eine andere Partei oder gegen die SPD wirkt. Infolgedessen ist die Mitgliedschaft in SPD und BVN bzw. dessen Nachfolgeorganisationen miteinander unvereinbar.

Überprüfung der Beitragsstaffelung

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Beitragsstaffelung zu überprüfen und unter dem Gesichtspunkt neu zu gestalten, daß künftig vom Nettoeinkommen ausgegangen wird.

Änderung der Beitragseinstufung

In § 8 des Organisationsstatuts werden an Stelle der Worte „Für Brutto-Monatseinkommen“ die Worte „Für Netto-Monatseinkommen“ gesetzt.

Förderung der Bildungsarbeit

Der Parteivorstand wird beauftragt, für die im Bundesgebiet bestehenden Schulungs- und Bildungsstätten aus dem gesamten Beitragsaufkommen einen prozentualen Anteil zur Förderung der Bildungsarbeit abzuweigen, da bisherige Versuche — wie etwa die Einführung eines Kulturgruschens oder einer Kulturfondsmarke — fehlgeschlagen sind.

Altersversorgung für Parteisekretäre

Für Parteisekretäre (Bezirks- und Unterbezirkssekretäre) ist eine Versorgung bei Dienstunfähigkeit oder Alter sicherzustellen. Der bisherige Zustand, wonach Parteiangestellte im Falle einer vorzeitigen Invalidität oder im Alter nur auf die Rente ihrer Angestelltenversicherung angewiesen

sind, ist untragbar. Die Partei hat die Verpflichtung, alles zu tun, um einen gesicherten Lebensabend und eine Versorgung der Familie im Todesfall zu gewährleisten.

Verbesserung der „SOPADE“

Der Parteivorstand wird ersucht, alles Erforderliche zu tun, um

- a) eine Verbesserung des redaktionellen Teiles der „SOPADE“ zu erreichen;
- b) nach erfolgter Verbesserung für eine weitestgehende Verbreitung dieser Zeitschrift zu sorgen.

Verbesserung der Berichterstattung über volkswirtschaftliche Fragen

Der Parteivorstand wird beauftragt, in den Zeitungen und Zeitschriften, die seinem Einfluß unterliegen, in klarer und allgemeinverständlicher Sprache für eine laufende Aufklärung und Berichterstattung in den Angelegenheiten der Volkswirtschaft zu sorgen.

Vermehrte Berücksichtigung propagandistischer Gesichtspunkte

Der Parteivorstand wird ersucht, in vermehrtem Maße auf den propagandistischen Gesichtspunkt Rücksicht zu nehmen.

Einrichtung von Propagandareferaten in Bezirken und Unterbezirken

Um die objektiven Bedingungen für die Ausweitung des sozialdemokratischen Einflusses auszunützen, beschließt der Parteitag der SPD in Dortmund, bei allen Bezirken und Unterbezirken Propagandareferate einzurichten.

Der Parteivorstand wird verpflichtet, großangelegte und konzentrierte Propaganda- und Agitationsunternehmen mit den modernsten Methoden der Massenaufklärung und Massenwerbung in den Bezirken vorzubereiten; er hat den echten Wettbewerb als ungemein kräftigen Ansporn zwischen den einzelnen Bezirken und Unterbezirken wachzurufen und wachzuerhalten. Das dabei erklärte Ziel ist, durch die politischen und organisatorischen Anstrengungen der einzelnen Bezirke und Unterbezirke den Mitgliederbestand über die Eine-Million-Grenze zu erhöhen.

Der Charakter der SPD als die zahlenmäßig stärkste und festgefügteste politische Organisation in der Bundesrepublik ist dadurch immer wieder zu bestätigen.

Verringerung der Auswahl des Propagandamaterials

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Vielzahl der von ihm den Ortsvereinen angebotenen Werbebroschüren, Flugblätter, Handzettel und dergl. einzuschränken. Bei der Herausgabe dieses Materials soll er sich auf nicht allzu viele Probleme beschränken und konzentrieren. Die Organisation der Verteilung des Flugblattmaterials auf die Parteiorganisationen — insbesondere auch bei Wahlen — ist zu überprüfen und notfalls zweckmäßiger zu gestalten.

Bestätigung der Richter durch das Parlament

Die Fraktion des Bundestages und die zuständigen Ausschüsse des Parteivorstandes arbeiten einen Gesetzentwurf aus zur Abänderung des Artikels 97 des Grundgesetzes, in dem der Absatz 2 des genannten Artikels dahingehend abgeändert wird, daß die Richter durch das Parlament bzw. durch dazu bestimmte demokratische Gremien alle zwei Jahre neu bestätigt werden müssen. Vorsorglich soll zum Artikel 146 des Grundgesetzes angekündigt werden, daß unsere Partei, falls das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, in der neu zu schaffenden Verfassung niemals ihre Zustimmung zu

einem ähnlichen Artikel in der Verfassung, wie es der Artikel 97 des Grundgesetzes bestimmt, geben wird, und daß sie nicht die Entscheidung über vorzeitige Entlassung der Richter in die Hände anderer Richter geben wird.

Flüchtlingshilfe für Schleswig-Holstein

Partei Vorstand und Bundestagsfraktion werden verpflichtet, mehr als bisher darauf hinzuwirken, daß das Hauptflüchtlingsland Schleswig-Holstein schneller von seinem Bevölkerungsüberdruck entlastet und durch planmäßige Zuwendung von Investitionen und Aufträgen in die Lage versetzt wird, zusätzliche Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten für die seit Jahren schwer notleidende Bevölkerung zu schaffen.

Verhinderung von Preissteigerungen

Die Bundestagsfraktion hat Schritte zu unternehmen, um eine weitere Steigerung der Preise für Lebensmittel unter allen Umständen unmöglich zu machen. Was heute mit dem Butterpreis passiert, kann morgen mit Brot und übermorgen mit Kartoffeln geschehen. Diesem Treiben können und dürfen wir nicht länger tatenlos zusehen.

Gegen Bevorzugung der Vermieter

Die Bundestagsfraktion wird ersucht, durch geeignete Anträge zu verhindern, daß die Vermieter vom Bundestag einseitig bevorzugt werden.

Erweiterung des Interzonenhandels

Der Bund stellt den durch die Demarkationslinie von ihrem natürlichen Hinterland abgeschnittenen Städten bevorzugt finanzielle und materielle Investitionen zur Verfügung.

Die Erklärungen der offiziellen Stellen in Bonn haben z. B. bisher zu keiner Beseitigung der Arbeitslosigkeit und des wirtschaftlichen Notstandes im Raume Lübeck geführt.

Zur Erleichterung der um ihre Existenz ringenden Fischer und der Fischindustrie (in erster Linie Schlutup und Travemünde) wird eine Erweiterung des Interzonenhandels auf diesem Gebiet gefordert.

Sicherstellung des Materialbedarfs für den Schiffsbau

Der Partei Vorstand wird beauftragt, sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß der Materialbedarf der Schiffs- und Schiffsmaschinenbauern in Zukunft in vollem Umfang sichergestellt wird.

Bevorzugung der Hansestädte bei der Arbeitsbeschaffung

Der Partei Vorstand wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Hansestädte mit ihrer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit zu den Ländern gerechnet werden, die bei der Vergebung von Arbeitsbeschaffungsgeldern des Bundes oder der Mittel der Arbeitslosenversicherung für die Arbeitsbeschaffung vordringlich berücksichtigt werden.

Demokratisierung des Schulwesens

Die Landtagsfraktionen der SPD werden gebeten, allen Länderparlamenten der Bundesrepublik einen auf eine durchgreifende Demokratisierung des gesamten westdeutschen Schulwesens hinzielenden Gesetzentwurf vorzulegen. Bei der Schaffung dieses den Bestand unserer freiheitlichen Staatsform sichernden Gesetzes hat der Gedanke vorherrschend zu sein, daß der Geist wahrer Demokratie unausrottbar in die Herzen der heranwachsenden Generationen gepflanzt werden muß. Das Gesetz muß die Gewähr bieten, daß der Unterricht in den meinungsbildenden Fächern Anhänglichkeit und Begeiste-

rung für ein nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie regiertes Gemeinwesen und Haß und Verachtung gegen die Diktatur und ihre Anbeter auslöst. Insbesondere sind den Kindern und Jugendlichen die im In- und Ausland begangenen Greuelthaten der nazistischen Verbrecher und Scharlatane in ihrer ganzen Abscheulichkeit zu schildern. Die im Laufe der Jahrhunderte von den unterdrückten Klassen für politische Rechte und wirtschaftliche Besserstellung ausgefochtenen Kämpfe, beginnend mit den Aufständen der Plebejer gegen die Patrizier und der Sklavenrevolte des Spartakus im alten Rom und endend mit den gigantischen Auseinandersetzungen zwischen der modernen internationalen Gewerkschaftsbewegung und den Besitzern der Produktionsmittel sind während des Geschichtsunterrichts in ihrer Zielsetzung und ihren Auswirkungen nicht mehr wie bisher nur am Rande, sondern eingehend zu besprechen.

Den Schülern und Schülerinnen der Volks- und Realschuloberklassen sowie der Mittel- und Oberstufen höherer Lehranstalten sind laufend Aufsatzthemen zu stellen, deren Behandlung die gewünschte politische Ausrichtung fördert. Die Erziehung der jungen Menschen zu aufrechten Demokraten ist von den Schulaufsichtsbehörden gewissenhaft zu überwachen. Lehrer, die infolge reaktionärer Einstellung oder pädagogischer Unfähigkeit die Jugend nicht mit demokratischem Geist beseelen wollen oder können, sind wegen staatsfeindlicher Gesinnung oder auf Grund des im neuen Beamtengesetz vorgesehenen sogenannten „Trottelparagraphen“ aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.

Mehrere aus fortschrittlich gesinnten Parlamentariern, Philologen, Historikern und Staatswissenschaftlern zu bildende Ausschüsse sind zu beauftragen, neue, dem Geist des zu schaffenden Gesetzes Rechnung tragende Lehrbücher über die Fächer Deutsch, Geschichte und Staatsbürgerkunde zu verfassen.

Grundunterricht in der Volkswirtschaft

Der Parteivorstand wolle prüfen, ob die Aufnahme von Grundunterricht in der Volkswirtschaft neben dem Unterricht in Staatsbürgerkunde, der bereits an allen öffentlichen Schulen gegeben wird, als Forderung aufgestellt werden soll.

Verwaltungsreform

Die notwendige Verwaltungsreform muß darauf bedacht sein, daß alle Verwaltungsinstanzen zwischen Gemeinde und Bund auf das notwendige Maß beschränkt werden; besonders bezieht sich das auf die Verwaltung der Mittelinstanzen (Regierung, Regierungspräsident). Ihre Aufgaben können teils von den Ministerien durchgeführt werden, teils den Selbstverwaltungskörperschaften übertragen werden. Das würde eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung bedeuten und es würden Instanzen ausgeschaltet, die keiner direkten parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Die Landtagsfraktionen der SPD sollen daher auf Beseitigung der Mittelinstanzen hinarbeiten.

Verabschiedung des Sozialdemokratischen Jugendplanes

Der Parteivorstand wird beauftragt, den in Vorbereitung befindlichen „Sozialdemokratischen Jugendplan“ noch im Jahre 1952 zu verabschieden.

Einsetzung einer Programmkommission

Zur baldigen Fertigstellung eines Parteiprogrammes beschließt der Parteitag die Einsetzung einer Programmkommission.

Die Kommission setzt sich aus Mitgliedern des Parteivorstandes unter Hinzuziehung von wissenschaftlichen Mitarbeitern zusammen. Sie hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Einberufung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand

Der Parteivorstand wird beauftragt, den Wirtschaftspolitischen Ausschuß beim Parteivorstand regelmäßig einzuberufen.

Der Ausschuß hat die im Aktionsprogramm niedergelegten Grundsätze zu einem Regierungsprogramm auszuweiten und dieses bis Februar 1953 dem Parteivorstand vorzulegen.

Gedenktag für die Opfer des Nazismus

In jedem Jahr wird an einem bestimmten Tage im ganzen Bundesgebiet von der Partei der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Sämtliche Organisationsgliederungen werden verpflichtet, an diesem Tage entsprechende Feiern zu veranstalten.

Vorschläge für den Ort des nächsten Parteitages

Der nächste Parteitag findet in der Zonengrenzstadt Lübeck statt.

Der nächste Parteitag wird in dem Hauptflüchtlingsland Schleswig-Holstein abgehalten. Für die Partei ist es von Bedeutung, daß ihre repräsentativste Versammlung einmal in dem Lande mit der größten Flüchtlingsnot und der höchsten Dauerarbeitslosigkeit stattfindet.

Der nächste Parteitag findet in Bremen statt.

Begrüßungstelegramme

Lisa Albrecht, Bonn

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrbund „Solidarität“

Betriebsvertretung und Belegschaft der Schachanlage Scharnhorst

Co-operative Commonwealth Federation of Canada

Henry Rutz, i. A. der AfoL

Louise Schröder, Berlin

Sozialdemokraten aus der Sowjetzone

Sozialdemokratische Partei Belgiens

Sozialdemokratische Partei Italiens

Sozialistische Gruppe des Europarats, Straßburg

Sozialistische Partei Luxemburgs

SPD-Kreisvorstand Wirges (Westerwald)

Georg Stierle, z. Z. im Krankenhaus

Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in London

Vertretung deutscher Sozialdemokraten in Schweden

Liste der Delegierten und Gäste

DELEGIERTE

Bezirk Schleswig-Holstein

Frieda Bendtfeldt	Karl Noack
Emma Bohnemann	Hans Oldorf
Anne Brodersen	Walter Raschert
Hans Eckstrand	Karl Ratz
Paul Dölz	Reinhold Rehs
Georg Godzik	Erwin Riegel
Armin Korn	Alfred Schneider
Karl Langbehn	Willi Steinhörster
Eugen Lechner	Heinrich Warstatis
Werner Lewerenz	Erich Wendicke
Hermann Lüdemann	Heinrich Wilkens
Friedrich Lühje	

Bezirk Hamburg-Nordwest

Dr. Siegfried Bärsch	Gertrud Lockmann
Willi Berkahn	Theodor Lüders
Peter Blachstein	Arnold Müller
Max Brauer	Gerhard Neuenkirch
Oskar Burghardt	Andreas Pens
Martha Damkowski	Johannes Richter
Horst Engel	Prof. Dr. Karl Schiller
Bruno Fritz	Walter Schmedemann
Otto Hinrichs	Helmut Schmidt
Nikolaus Jürgensen	Karl Strutz
Wilhelm Kaisen	Hugo Stendel
Helmut Kalbitzer	Alfred Stiehn
Irma Keilhack	Karl Vittinghoff
Fritz Krieger	Josef Wagner
Dr. Wilhelm Kröger	Herbert Wehner
Paul Känder	

Bezirk Weser-Ems

Erich Beyer	Martha Schmidt
Max Dittmann	Bernhard Snöink
Emil Funk	Louis Thelemann
Arthur Groß	

Bezirk Hannover

Hermann Barche	Karl Kunkel
Fritz Blume	Max Kunze
Fritz Brockmann	Walter Läge
Georg Diederichs	Günter Leddin
Ernst Fahlbusch	Walter Lichtenberg
Erich Hansmann	Karl Markwardt
Gustav Henkelmann	Charlotte Melzer
Willi Humbeck	Friedel Obser
Herbert Kade	Kurt Partzsch
Walter Kloos	Gerhard Pusch

Paul Seidel
Helmut Sennholz
Willi Stania
Henriette Suffrian

Oswald Todtenberg
Heinz Werner
Paul Wickbold
Ernst Winter

Bezirk Braunschweig

Otto Brunte
Heini Edler
Alfred Krebs
Georg Marks

Albert Maronna
Alfred Schliestedt
Walter Schmidt
Willi Weize

Bezirk Östliches Westfalen

Heini Bell
Gert Benz
Peter Birkel
Rudolf Brinkmann
Fritz Boer
Willi Coring

Johannes Frisch
Gustav Greile
Otto Grube
Heinrich Hüffmeier
Ernst Michel
Heinrich Schäffer

Bezirk Westliches Westfalen

Herbert Bartz
Herbert Coesfeld
Brigitta Engert
Grete Fähmann
Kurt Frömbsdorff
Alfred Geisner
Peter Heckmann
Johann Heide
Rudi Heiland
Fritz Heinrich
Heinrich Hemsath
Ernst Hue
Josef Ickerott
Günther Jaschke
Alma Kettig
Ernst Knäpper
Dr. Horst Knöpfe
Willi Michels
Ernst Reez
Helene Reichl

Fritz Reincke
Leni Rommel
Hans Rübenstrunk
Erna Sabellek
Heinrich Schievelbusch
Otto Schön
Josef Schwabe
Heinrich Siebert
Gisela Svensson
Anni Tappe
Wilhelm Tenhagen
Matthias Thesing
Julius Veith
Else Wagner
Herbert Weigert
Fritz Werner
Luise Wieland
Walter Wobser
Karola Zorwald

Bezirk Niederrhein

Willi Andres
Ernst Besse
August Blanke
Fritz Bohl
Eberhard Brünen
Elfriede Engelmohr
Ewald Flamme
Hermann Herbertz
Gert Hölzel
Hans Kohler

Willi Kuhlmann
Willi Lünemann
Rudolf Möller-Dostali
Hans Lenschen
Hans Peters
Karl Ringhoff
Adam Romboy
Heinrich Roth
Willi Schöne
Lotte Wicke

Bezirk Mittelrhein

Klaus Haaß	Marianne Kühn
Hein Hamacher	Josef Scheuren
Josef Heinrichs	Karl Wienand
Wilhelm Kohlen	

Bezirk Hessen-Nord

Bernhard Ahrens	Eitel O. Höhne
Carl Deerberg	Anna Peters
Georg Fehling	Willi Richter
Bernhard Franke	Alfred Thofern

Bezirk Hessen-Süd

Willi Banse	August Krämer
Hans Berthold	August Kriegshäuser
Arthur Bratu	Wilhelm Massot
Fritz Brauer	Lisa Rotter
Georg Buch	Jean Ruth
Heinz Daniels	Hermann Schaub
Heinrich Fischer	Hans Schröder
Franz Fuchs	Wilhelm Schwarz
Walter Hesselbach	Adam Spamer
Paul Kirchhof	Herbert Tulatz

Bezirk Südwest

Karl-Hans Albrecht	Alex Möller
Hilde Baumann	A. Muser
M. Christl	Stefie Restle
Richard Enz	Martha Schanzenbach
Fritz Erler	Fr. Schieler
Karl Frasch	Max Singer
Günther Fuchslocher	Jakob Trumpfheller
Ernst Höse	August Weinstock
Otto Lauer	Karl Wilhelm
Helmut Mielke	

Bezirk Niederbayern/Oberpfalz

Alfons Auerböck	Franz Sichler
Dr. Margot Bergmann	Albert Stadler
Leo Hofmann	Günter Wolff

Bezirk Franken

Hanns Heinz Bauer	Heinrich Löffler
Ewald Drechsel	Ruth Neumann
Hans Ermann	Käthe Reichert
Otto Fink	Friedrich Richter
Heinrich Firmschild	Heinz Richter
Franz Haas	Fritz Rupprecht
Karl Herold	Heinz Schmude
Franz Kaiser	Hans Schorner
Hans Keller	Heinrich Stöhr
Georg Künzel	Klaus Voigdt

Bezirk Südbayern

Willy Dohr	Albert Preischl
Martha Eder	Gustav Röhl
Maria Fried	Josef Schäfer
Maria Günzl	Franz Schilder
Ernst Gumerum	Georg Schütte
Max Heydemann	Willy Thieme
Josef Lang	Hans Unger
Sabine Niemann	Robert Winter

Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau

Karl Haehser	Elfriede Seppi
Otto Schmidt	Paul Willrich

Bezirk Pfalz

Carola Dauber	Paul-Robert Miethke
Gustav Hochwarter	Herbert Müller
Fritz Hofäcker	Herbert Noack
Heinz Jossé	Ignaz Roth
Elisabeth König	Hans Voigtländer

Bezirk Rheinhessen

Karl Delorme	Walter Wille
Emil Lang	

Bezirk Berlin

Gerhard Außner	Susanne Räder-Großmann
Otto Bach	Ernst Scharnowski
Bruno Bieligk	Klaus Schütz
Willy Brandt	Dr. Otto Suhr
Dr. Josef Grunner	Curt Swolinzky
Gretel Heise	Herbert Theis
Edith Krappe	Theo Thiele
Willi Krefßmann	Alexander Voelker
Kurt Mattick	Jeanette Wolff
Kurt Neubauer	

BUNDESTAGSFRAKTION

Dr. Adolf Arndt	Friedrich Maier
Dr. Fritz Baade	Franz Marx
Arno Behrlich	Wilhelm Mellies
Dr. Otto-Heinrich Greve	Emmy Meyer-Laule
Arno Hennig	Dr. Erik Nölting
Werner Jakobi	Fritz Ohlig
Dr. Harald Koch	Willi Richter

PARTEIVORSTAND

Heinrich Albertz	Anni Krahnstöver
Luise Albertz	Karl Meitmann
Egon Franke	Dr. Walter Menzel
Franz Bögler	Alfred Nau
Alfred Dobbert	Franz Neumann
Willy Eichler	Erich Ollenhauer
Andreas Gayk	Prof. Ernst Reuter
Herta Gotthelf	Prof. Dr. Carlo Schmid
Emil Groß	Erwin Schoettle
Fritz Heine	Dr. Elisabeth Selbert
Fritz Henßler	Fritz Steinhoff
Wenzel Jaksch	Dr. Hermann Veit
Waldemar v. Knoeringen	

PARTEIAUSSCHUSS

Lucie Beyer	Dr. Elly Linden
Emil Bettgenhäuser	Günter Markscheffel
Richard Borowski	Georg Peters
Josef Braun	Maria Prejewa
Max Denker	Anton Pytlik
Bruno Diekmann	Heinrich Ritzel
Rudolf Freithof	Hermann Runge
Alfred Frenzel	Käthe Schaub
Marta Giesemann	Eugen Schmiedel
Eugen Hertel	Max Seidel
Albert Höft	Käte Strobel
Franz Höhne	Luise Stein-Baur
Paula Karpinski	Hans Striefler
Adolf Keilhack	Gertrude Vogl
Wilhelm Kleemann	Heinrich Wenke
Max Kukil	Ida Wolff
Heinz Kühn	Trude Wolff

KONTROLLKOMMISSION

Gustav Bratke	Adolf Schönfelder
Walter Damm	Jakob Steffan
Ernst Herder	Fritz Ullrich
Heinrich Hoecker	Christian Wittrock
Georg Richter	

INTERNATIONALE GÄSTE

- Amerika:** Julius Braunthal,
Sozialistische Internationale, London
Dr. S. E. Estrin,
Jüdisches Arbeiterkomitee Amerikas (Jewish Labor
Committee)
- Dänemark:** Hans Hedthoft,
Sozialdemokratische Partei Dänemarks
Frede Nielsen,
Dänemarks Sozialdemokratische Partei
- England:** Saul Rose,
Labour Party, England
- Finnland:** Aarre E. Simonen,
Sozialdemokratische Partei Finnlands
- Frankreich:** Georges Brutelle,
Sozialistische Partei Frankreichs (SFIO)
Oreste Rosenfeldt,
SFIO
- Holland:** Koos Vorrink,
Partei der Arbeit in Holland
J. H. Scheps,
Partei der Arbeit in Holland
Alfred Mozer,
Partei der Arbeit in Holland
J. M. Willems,
Partei der Arbeit in Holland
- Norwegen:** Finn Moe,
Norwegische Arbeiterpartei
Odd Lien,
Norwegische Arbeiterpartei
- Österreich:** Dr. Bruno Pittermann,
Sozialistische Partei Österreichs
Josef Kratky,
Sozialistische Partei Österreichs
- Schweden:** Sven Andersson,
Sozialdemokratische Partei Schwedens
Per Aasbrink,
Sozialdemokratische Partei Schwedens
- Schweiz:** Jules Humbert-Droz,
Sozialdemokratische Partei der Schweiz
- Spanien:** Rudolf Llopis,
Sozialistische Partei Spaniens im Exil
- Sozialistische Union
Mittel- und Osteuropas:** Dr. Stefan Bede,
Sozialdemokratische Partei Ungarns im Exil
Dr. Vilem Bernard,
Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei im
Exil
Panas Fedenko,
Ukrainische Sozialistische Partei im Exil

EHRENGÄSTE

Lore Agnes
Wilhelm Dittmann
Marie Juchacz

Paul Löbe
Anna Nernitz
Rudolf Wissell

WEITERE GÄSTE

Max Beyreis, Sozialdemokratische Partei Flensburgs
Curt Conrad, Deutsche Sozialdemokratische Partei Saar
Wilhelm L. Christiansen, Sozialdemokratische Partei Flensburgs
Hermann Olson, Sozialdemokratische Partei Flensburgs
Prof. Ludwig Preller, Stuttgart
Nicolaus Reiser, Sozialdemokratische Partei Flensburgs

INHALT

Gedenkrede von Fritz Henßler	5
Eröffnungsansprache von Erich Ollenhauer	9
Konstituierung des Parteitag	12
Wahl des Präsidiums	13
Begrüßungen:	
Fritz Henßler, Oberbürgermeister von Dortmund	13
Heinrich Wenke, Bezirkssekretär Westliches Westfalen	15
Christian Fette, Vorsitzender des DGB	17
Gustav Dahrendorf, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften	18
Julius Braunthal, Sekretär der Sozialistischen Internationale	19
Saul Rose, Int. Sekretär der Labour Party, England	21
Rodolfo Llopis, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Spaniens im Exil	22
Jules Humbert-Droz, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz	24
Dr. S. Estrin, Vorstandsmitglied des Jüdischen Arbeiterkomitees der USA	26
Dr. Aarre Simonen, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Finnlands	26
Panas Fedenko, Vertreter der Sozialistischen Union von Zentral- und Osteuropa	27
Hans Hedtoft, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks	28
Beschluß der Tagesordnung	30
Beschluß einer Geschäftsordnung	32
Wahl der Mandatsprüfungskommission	32
„Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordring- lichstes Ziel sozialdemokratischer Politik“	
Erich Ollenhauer	33
Diskussion:	
Curt Conrad, Deutsche Sozialdemokratische Partei an der Saar	51
Prof. Fritz Baade, Kiel	53
Walter Kloss, Uelzen	56
Willy Brandt, Berlin	57
Armin Korn, Lübeck	58
Erwin Riegel, Lübeck	60
Rudolf Möller-Dostali, Essen	61
Prof. Carlo Schmid, Bonn	63

Begrüßungen (Fortsetzung)	
Finn Moe, Norwegische Arbeiterpartei	68
Georges Brutelle, stellvertr. Generalsekretär der SFIO	70
Koos Vorrink, Vors. der Partei der Arbeit	72
Sven Andersson, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Schwedens	75
Dr. Bruno Pittermann, Vorsitzender der Sozialistischen Nationalratsfraktion Österreichs	77
Diskussion: (Fortsetzung)	
Erwin Schöttle, Stuttgart	78
Walter Wobser, Bochum	80
Franz Neumann, Berlin	81
Herbert Wehner, Hamburg	84
Peter Blachstein, Hamburg	87
Günther Markscheffel, Mainz	89
Prof. Ernst Reuter, Berlin	90
Max Kukil, Kiel	92
Jeanette Wolff, Berlin	94
Erik Nötting, Düsseldorf	96
Schlußwort: Erich Ollenhauer	99
Erledigung der Anträge 1, 178, 179, 195, 196	102
Aktionsprogramm der SPD	
Berichterstatter: Willi Eichler	103
Diskussion:	
Prof. Ludwig Preller, Stuttgart	114
Paul Löbe, Berlin	119
Fritz Erler, Tuttlingen	120
Otto Schmidt, Giesenhausen/Oberwesterwald	122
Werner Jakobi, Iserlohn	124
Max Kunze, Bassum	126
Wenzel Jaksch, Wiesbaden	127
Heinz Kühn, Düsseldorf	128
Hermann Lüdemann, Preetz (Schleswig-Holstein)	131
Karl Vittinghoff, Hamburg	133
Eberhard Brünen, Duisburg	133
Heinrich Schroth, Solingen	135
Dr. Josef Grunner, Berlin	136
Arnold Müller, Bremen	139
Helmut Schmidt, Hamburg	140
Bericht der Mandatsprüfungskommission	
Berichterstatter: Alex Völker	143
Diskussion: (Fortsetzung)	
Lorenz Knorr, Bonn	143
Georg Kurlbaum, Nürnberg	146

Gerhard Neuenkirch, Hamburg	147
Helmut Mielke, Stuttgart	148
Prof. Karl Schiller, Hamburg	150
Arno Behrisch, Hof/Saale	152
Arno Hennig, Bonn	154
Werner Lewerenz, Lübeck	156
Dr. Siegfried Bärsch, Hamburg	158
Willy Brandt, Berlin	160
Herbert Coesfeld, Dortmund	162
Klaus Schütz, Berlin	163
Josef Lang, Dachau	164
Hanns Heinz Bauer, Würzburg	166
Walter Hesselbach, Frankfurt a. M.	167

Arbeitsberichte des Parteivorstandes:

Organisation	Egon Franke	169
Finanzen	Alfred Nau	176
Presse und Propaganda	Fritz Heine	182
Frauen	Herta Gotthelf	187

Bericht der Kontrollkommission

Berichterstatter: Adolf Schönfelder	191
---	-----

Diskussion:

Karl Wienand, Schladern/Sieg	192
Theodor Lüders, Cuxhaven	194
Waldemar von Knoeringen, München	196
Herbert Kade, Hannover	198
Georg Buch, Wiesbaden	200
Marie Juchacz, Düsseldorf	200
Willi Kuhlmann, Düsseldorf	201
Edith Krappe, Berlin	202
Paul Wickbold, Hannover	203
Heini Edler, Braunschweig	205
Ernst Bessell, Essen	206
Paul Känder, Hamburg	208
Hermann Barche, Hannover	210
Irma Keilhack, Hamburg	211
Heinrich Ritzel, Frankfurt a. M.	213
Hugo Stendel, Hemslingen/Krs. Rotenburg	215
Fritz Reincke, Witten	215
Günter Leddin, Hannover	217

Wahlen	219
------------------	-----

Erledigung der Anträge 2—24, 27, 27a, 28—43, 197 und 198	220
--	-----

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Berichterstatter: Wilhelm Mellies	223
---	-----

Verkündung des Ergebnisses der Wahl der Vorsitzenden und der geschäftsführenden Parteivorstandsmitglieder	237
Kurze Ansprache Erich Ollenhauers	237
Erledigung der Anträge 44—56 sowie des Punktes VI der Tages- ordnung: Sonstige Anträge 178—184, 184a, 185—194, 25—26	238
Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes	243
Bericht der Redaktionskommission	
Berichterstatter: Willi Eichler	245
Diskussion:	
Arnold Müller, Bremen	251
Curt Swolinzky, Berlin	252
Johann Heide, Arnsberg	253
Dr. Josef Grunner, Berlin	254
Karl Ratz, Kiel	254
Heinrich Albertz, Hannover	255
Franz Haas, Nürnberg	255
Heinrich Hemsath, Münster	256
Schlußwort: Berichterstatter Willi Eichler	256
Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der Kontrollkommission	259
Schlußansprache: Erich Ollenhauer	260
Anhang:	
Kundgebungen und Beschlüsse	265
An den Parteivorstand überwiesene Anträge	267
Liste der Delegierten und Gäste	273